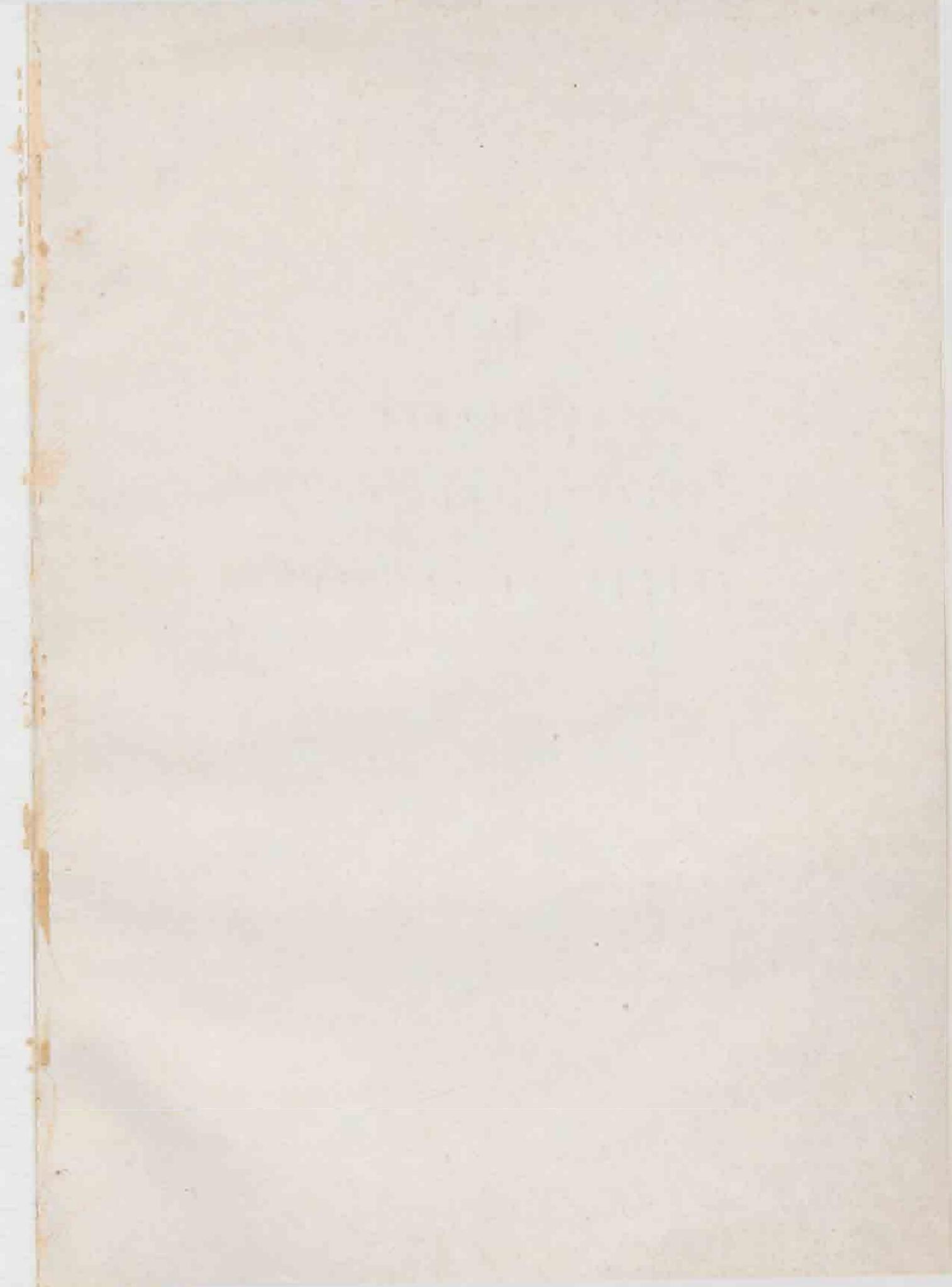
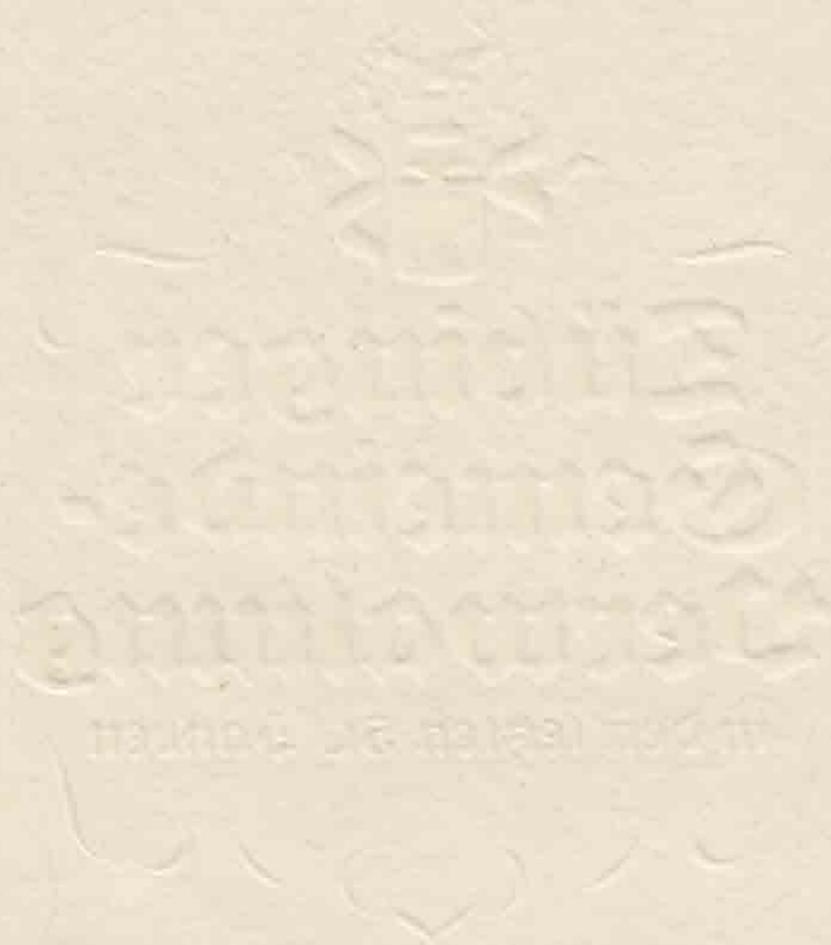


Tübinger
Gemeindeverwaltung
in den Jahren 50 Jahren

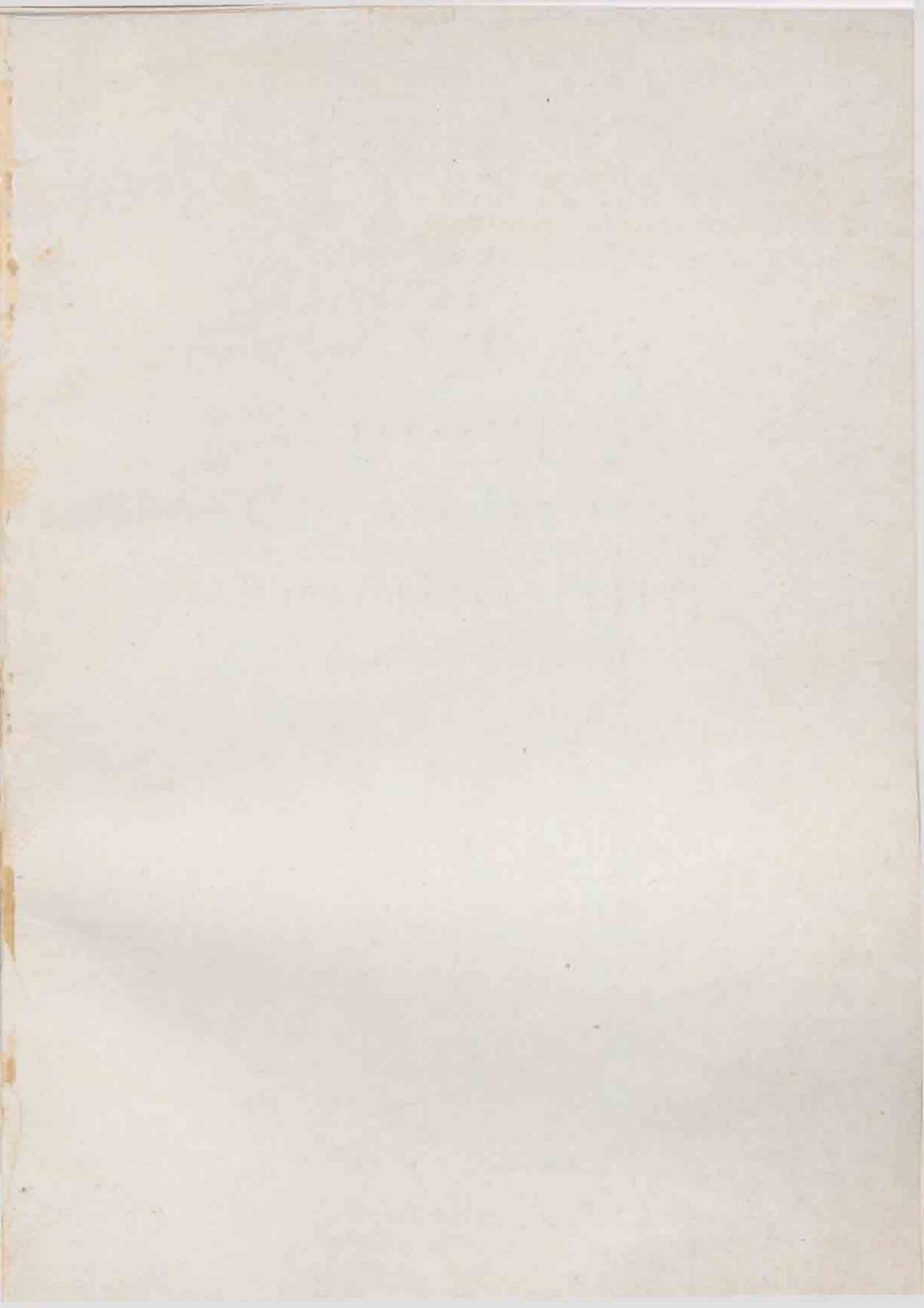
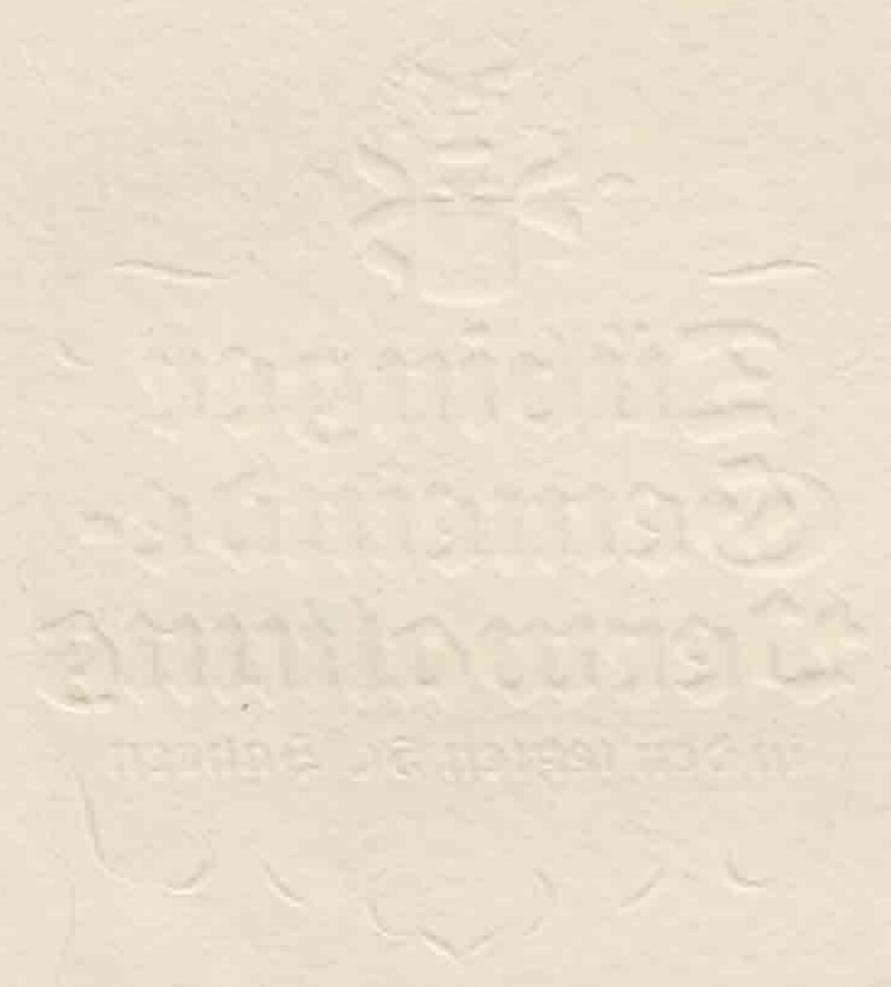


Stadtarchiv
Tübingen
UM
140
b

9547 1M



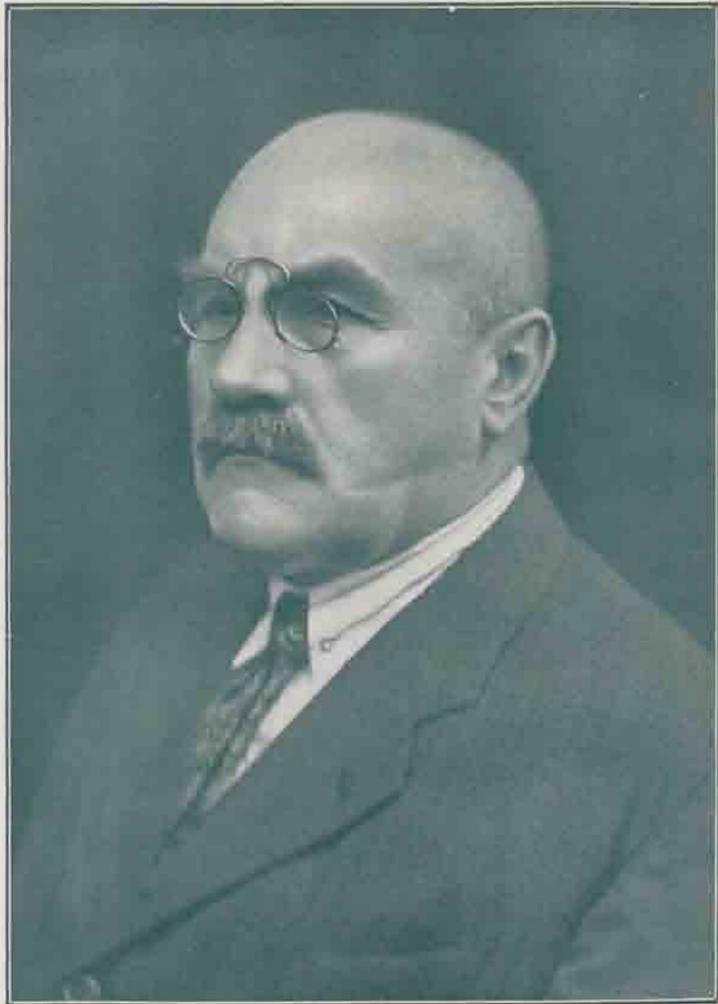
AM 1456



AM 1



Oberbürgermeister Göß
(1874—1897)



Oberbürgermeister Dr. h. c. Hauser
(seit Dezember 1897)

Tübinger Gemeindeverwaltung

in den letzten 50 Jahren



**Im Jubiläumsjahr der Universität
Juli 1927**



A 1020

Vorwort

Wenn sich die unterzeichnete Stelle — nicht ohne anfängliches Bedenken, schon wegen der nur äußerst knapp dafür zur Verfügung gewesenen Zeitspanne — doch noch entschlossen hat, über bemerkenswerte, zumeist freilich längst bekannt und Ereignis gewordene Dinge und Vorgänge im Tübinger Gemeindehaushalt und auf dem Tübinger Rathaus während der letzten 50 Jahre namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet im Gewand der vorliegenden kleinen Broschüre eine übersichtlichere Kenntnis zu geben, so will sie damit keinen eigentlichen und erschöpfenden Verwaltungsbericht vom Stapel lassen, und noch weniger erhebt sie Anspruch darauf, die Fülle des ohnedies gehäuften „Tübinger“ Lesestoffs mit einer flüssigen Unterhaltungslektüre zu bereichern. Wir halten uns eben für veranlaßt, wenn nicht verpflichtet, dem 450jährigen Jubiläum der Universität, als einem Termin der Sammlung und des Rückblicks allererster Ordnung, auch unsererseits sozusagen den schuldigen Respekt zu bezeugen u. a. dadurch, daß wir in einem Erinnerungsgang von der Gegenwart bis zur Schwelle des vollendeten 4. Lebensjahrhunderts der Hochschule auch die Entwicklung der mit ihr ja untrennbar verbundenen Stadtgemeinde (außerhalb der Hochschulsphäre) in mehr äußeren Linien und hauptsächlich im Rahmen gemeindebehördlichen Wirkens skizzieren.

Ohne Kunst, aber mit dem Gefühl einer gewissen Rechenschaftslegung soll dies in gedrängter Kürze geschehen und schon deshalb kann es nur sein — in Form von Abschnitten oder Auschnitten, welche hauptsächlich Gebiete kommunaler Lebensäußerung, wie Hoch- und Tiefbau, Werkswirtschaft, Gewerbe und Handel, Verkehrsweisen, Schulwesen usw. nacheinander behandeln und die hiefür einschlägigen Geschehnisse und Auswirkungen aus genannter Periode resapitulieren.

Dabei wird naturgemäß die Erzählung oder Aufzählung reger und ausführlicher, sobald sie in den Bereich der Eigenschöpfung hineinkommt — und bei der hier angewandten materiellen Gliederung lassen sich ohne Schaden für den Zusammenhang auch Wiederholungen und Anklänge an anderorts schon Gesagtes nicht ganz vermeiden.

Außerdem mußte man schon bei der Ausarbeitung, die angesichts der fortlaufenden Anforderungen eines anstrengenden Berufs für fast alle Beteiligten eine notgedrungen flüchtigere war, den Eindruck gewinnen, daß auch die gegenwärtige (von Hause aus ja schon eingeschränkter angenommene) Aufgabe unter andern Umständen da und dort inhaltlich und nach der Formseite noch besser gelöst werden konnte. Zumal ja neben dem zumeist spröden und nüchternen auch der interessante Stoff und ebenso der blühende Amtsstil wohl auf keinem Rathaus ganz ausgehen.

handene nasse Stellen durch künstliche Entwässerung trocken zu legen und die sog. „Wassergallen“ planmäßig zu entfernen. Bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft über die Bodenbeschaffenheit eingeholte Gutachten und genauere Grunduntersuchungen (Baurat Ganz) lauteten indessen nicht sehr günstig für das durchaus nützliche intensiver Bewirtschaftung der dortigen Fläche.

Trotzdem wurden auch noch auf anderen städtischen Allmandteilen, so „Am Deschle“ (Steinenberg), „unter der Wanne“ usw. umfangreichere Verbesserungsarbeiten erledigt, indem man jedes Jahr eine bestimmte Fläche umgebrochen und dann mit irgend einer Fruchtart angefüllt hat. Dies ergab für einen Teil unserer Einwohnerschaft über den Winter lohnenden Erwerb und die Gelegenheit, damit städtische Steuerschuld abzutragen. Weiter konnte das herausgeschaffte Steinmaterial für eine bessere Befestigung der Feldwege dort direkt Verwendung finden, und endlich nahm man wohl mit Recht an, daß das tiefe Umgraben auch den bestehenden Obstbaumanlagen nur förderlich sein werde.

Zur Ansicht und zum Betrieb derartiger Kulturarbeiten und ebenso zwecks regerer Fürsorge für Ordnung und Pflege der Feld- und Güterwege hat dann die Gemeindeverwaltung um jene Zeit (als eine Trennung in Hoch- und Tiefbau beim Stadtbauamt noch nicht durchgeführt und der einzige Träger des Amtes ohnedies mit einer Hilfskraft zu stützen war) mit der Bezeichnung „Straßenmeister“ vorübergehend einen Funktionär angestellt, der von Hause aus geprüfter Landwirt war und dazu einen besonderen Ausbildungskurs als Kulturaufscher durchlaufen hatte. Aber schon die von Natur aus nur eingeschränkt mögliche Kultivierung des dortigen Allmandgeländes ließ vom Versuch, einen solchen Beamtentyp evtl. dauernder einzuführen, bald wieder abkommen.

Die bezüglichlichen Geschäfte gingen dann wieder auf den Gemeindeinspektor über — und seit der auf 1. 1. 1914 erfolgten Abschaffung dieser Stelle ist die Wahrnehmung der in Rede stehenden Obliegenheiten Sache des Stadtpflegers unter Beihilfe des Allmandauschusses und von Funktionären aus der Mitte des Arbeiterpersonals.

Erneut ventilert wurde zu Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts sodann auch die Frage der Erstellung eines Schafhauses auf dem Berge, jedoch ohne praktischen Erfolg.

Dem Obstbau, seiner Zeit durch den Hopfenbau etwas ins Hintertreffen geraten, mußte nun so wie so mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Deshalb

pflanzte man u. a. in Verbindung mit den neugeschaffenen Güterwegen und auch sonst an hierfür geeigneten Feld- und Bizinalwegen der Stadt (nach Hirschau, Schwärzloch etc.) neue Obstalleen. Nicht immer unter sympathischer Teilnahme der anliegenden Grundstücksbesitzer; denn auffälliger Weise schien damals der freudige Trieb, auch noch für den Entel Bäume zu pflanzen, der das reiche Baumfeld der Tübinger Markung früher hervorgebracht hat, in landwirtschaftlichen Kreisen merklich nachgelassen zu haben.

Auch der jährlichen Ergänzung des Obstbaumsatzes auf den verschiedenen städt. Territorien und (wie gesagt) der Obstbaumpflege überhaupt wurde näher getreten — und man hält sich dessen bis zur Stunde auf mancherlei Weise beflissen (u. a. Zwetschgenanlage auf dem Hühberg, Veredlung der Kirschbäume unter der Wanne, Anstellung eines Stadtgärtners, unentgeltliche Abgabe eines städtischen Geländes an den Obstbauverein zu einem Versuchsgarten etc.). Und der stadteigene Besitz beträgt zur Zeit nicht weniger als 4500 Obstbäume verschiedenster Art.

Die Kriegszeit brachte es dann mit sich, daß auch, wie oben berührt, die Bewirtschaftung des städtischen Grundbesitzes auf ihren Ernährungswert erneut unter die Lupe genommen wurde. Unter gründlichem Besicht an Ort und Stelle hat man damals jedes Fleckchen Boden, das nur halbwegs einen Ertrag versprach, urbar gemacht und an hiesige Einwohner verpachtet. Auch hat man einen großen Teil der seitherigen Pachtflächen in kleinere Stücke — von 3 Ar ab zerlegt, um so eine möglichst große Anzahl Pacht Liebhaber befriedigen zu können (darunter ausgiebige Schaffung sogen. Schrebergärten). Und so sind allein im Bereich der Stadtpflege (ohne Stiftung) z. Bt. 953 Pachtflächen vorhanden gegenüber 383 im Jahre 1877 und etwa 400 im Jahre 1897. Und gerade nach ihrem neuesten Stand charakterisiert sich unsere städt. Landwirtschaft wieder als weitere Einschränkung der vielfach zu teuer gewordenen Eigenverwaltung (nur noch Wiesenflächen im Neckar- und Ammertal) und als wachsenden Uebergang zur privaten Verpachtung.

Wald

Die Stadt besitzt schon seit langen Jahrzehnten Waldfläche — im Bereich des Schönbuchs von rd. 425 Hektar und zusammen mit dem Stiftungseigentum von

504 Ha. Daran hat sich auch im rückliegenden Jahrhundert nur wenig oder gar nichts geändert.

Ursprünglich hatte sie nur ein geringes Waldareal. Dagegen hatte sie umfassende Weide- und Beholzungsrechte im Schönbuch und in den Bebenhäuser Klosterwäldungen. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden nun längere Verhandlungen wegen Ablösung dieser Rechte statt — mit dem Er-

Die Bewirtschaftungsweise des Waldes war bekanntlich vor Zeiten allgemein und durchaus in das Belieben der betreffenden Waldbesitzer gestellt. Man konnte Holz fällen, wann und soviel man wollte. Und die Folge davon war, daß auch die Stadt speziell in den vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts — anscheinend, wenn das Geld in der Stadtkasse knapp war — sich eben an den Wald



Rathaus mit Marktplatz

gebnis, daß seitens des Staates als Entgelt die Gaishalde an die Stadt abgetreten wurde — im Maßgehalt von rund 1087 Morgen. Dazu hatte die Stadt dann noch von Bebenhäuser Einwohnern mehrere Waldparzellen käuflich erworben und außerdem im Laufe der Zeit ehemalige städtische Allmandflächen auf dem Hühberg, Steinenberg und im Schachbaum zu Wald angelegt. Das ergibt im Ganzen den schon erwähnten Waldbesitz von 425 Hektar.

An Holzarten sind in der Hauptsache vorhanden: Eichen, Buchen, Fichten und Föhren. Der Bestand des Waldes ist durchweg ein guter, vornehmlich an schönen Eichen und Buchen.

hielt und dabei nicht selten eine Raubwirtschaft entwickelte, deren Folgen heute noch da und dort zu verspüren sind.

Diese wohl auch anderwärts übliche Wirtschaft war auf die Dauer nicht haltbar. Es wurde deshalb allgemein zur Sicherung eines angemessenen Ertrags aus der Waldwirtschaft gerade vor ungefähr 50 Jahren das Gesetz „über die Bewirtschaftung und Beaufsichtigung der Gemeinden, Stiftungen und sonstigen öffentlichen Körperschaften vom 16. August 1875 mit Vollzugsinstruktion vom 21. Juli 1876“ erlassen. Hiernach muß in allen Körperschaftswäldungen die Aufstellung der Wirtschafts- und Betriebspläne, die Ausführung

derselben und die technische Betriebsführung überhaupt durch Sachverständige geschehen, welche die Befähigung für den Staatsdienst abgelegt haben. Es müssen zehnjährige Wirtschaftspläne aufgestellt werden.

Diese Bewirtschaftungsweise gilt heute noch — und beträgt z. Bt. beim Stadtwald nach dem für die Nutzungsjahre 1923—1932 genehmigten Wirtschaftsplan die jährliche Hauptnutzung an Derbholz 1200 Festmeter (mit einem wechselnden Geldertrag von 55 000 Mark pro Jahr gegenüber 26 000 Mark im Jahre 1877 und 19 500 Mark im Jahre 1897). Nach sachverständigem Urteil gehört unsere Gaishalde mit zu den schönsten Eichenwäldern des Landes und an der Hand eines Hochwaldbetriebs, wie er sein soll, wächst sie immer mehr in ein besseres Ertragsverhältnis hinein.

Neben ordnungsmäßiger Pflege des Waldbestandes ist vor allem auch das Bestreben der Stadtverwaltung (schon im Interesse der Steigerung der Holzertöse) darauf gerichtet, gute Holzabfuhrwege zu schaffen. Aber nicht bloß das. Der Wald ist uns auch noch in einem andern Sinn als durch seinen Holz- und Jagdertrag Gemeinvermögen geworden. Er soll die Annehmlichkeit der Tübinger Wohnstatt uns erhöhen, nach der Arbeit und Unrast seine Stille und Ruhe und im wohlgepflegten Revier ein schönes und gesundes Wandern vermitteln. Deshalb gehört planmäßiger Bau bescheidener Spazierwege — zuweilen Hand in Hand mit dem Verschönerungsverein — schon von langher zu unseren waldbewirtschaftlichen Aufgaben. Der Wald ist unser Stolz; er verbindet schon mit seinen zeitlich weitgespannten Betriebsplänen in wirtschaftlicher Aufbauarbeit durch mehrere Menschenalter hindurch die Geschlechter. — Und Kinder des Schönbuchs sind wohl auch die gewaltigen Eichenstämme, denen unser Rathaus (mit seinem Geburtsdatum 1435) seine dauerhafte Konstitution zu verdanken hat.

Auch der Rebwirtschaft und dem Weinbau, die ja in früheren Jahrhunderten in unserem Tübingen eine ganz wesentliche Rolle gespielt und weite Bevölkerungskreise zu beruflichen Trägern gehabt haben — hat die Gemeindeverwaltung in der rückliegenden Aera die schuldige Achtung erwiesen und sie hat auch ihrerseits vergeblich versucht, die stark rückläufige Bewegung, die ja auf diesem Feld schon vor längerer Zeit her eingetreten war, zum Stillstand zu bringen. Man hat beispielsweise im Jahre 1898 und 1900 in ziemlichem Umfang stadteigene, anscheinend hierfür besonders brauchbare Flächen auf der „Morgenstelle“ an hiesige Weingärtner — zwecks Anlage

weiterer Weinberge in Gestalt sogen. Musterweinberge — unentgeltlich überlassen. Es ist aber wenig oder nichts dabei herausgekommen. Einige Anlagen wurden von mutwilliger Hand zerstört und im übrigen hat sich eben auch da gezeigt die vielfach zu beobachtende und für den Werdegang oder Abgang des Weinbaus wohl ersüßliche Ursache, daß unser hiesiger Rebgrund nach seiner natürlichen Lage den Unbilden des Klimas zumeist nicht gewachsen erscheint. Zur Zeit besteht allerdings noch ein Versuchsgarten auf der Lichtenberger Höhe, zu dessen Anlage die Stadt vor 15 Jahren das erforderliche Areal kostenlos hingab und auch einige wenige Haushaltungen, die auf den resp. Ertrag für ihren Unterhalt nicht angewiesen sind, treiben in bevorzugter Lage immer noch und nicht ohne Nutzen den Weinbau. Aber im großen und ganzen bleibt festzustellen: Der Klein- und Gemüsebauer hat auf Tübinger Grund schon länger und wohl für immer den Berufsweingärtner verdrängt und hat für den Konsum der städtischen Bevölkerung besonders an Milch und Gemüse eine gegenüber früher erhöhte Bedeutung gewonnen. Und erfreulich ist der Vorschlag und Fortschritt, der wenn auch zwerghaften doch lohnenden und dem Tübinger Viktualienmarkt zuträglichen freien Wirtschaftsbetriebe; ebenso wie man begrüßen mag — die nach Zahl und Qualität besonders starke Entwicklung unserer hiesigen Berufsgärtnerereien.

Ueber Größe und Kulturart des Grundbesitzes ist folgendes zu sagen:

Es waren vorhanden:

a) Stadtpflege	1877	1897	1927
	ha	ha	ha
I. Acker, Wiesen, Gartenländer und ähnliches	63,5	73,5	126,5
II. Hopfenland	9,5	2,5	—
III. Weide und Wäden	47,0	47,0	36,0
IV. Anlagen	10,0	10,0	17,0
V. Spielplätze für Schüler und die verschied. Vereine	—	—	6,5
Dazu			
VI. Waldungen	425,0	425,0	425,0
Zusammen	555,0	558,0	611,0
b) Stiftungs- und Armenpflege			
I. Acker und Wiesen	73,66	73,98	76,53
II. Park- u. Gartenanlagen			
Friedhof	2,93	2,93	7,19
III. Wald	96,46	96,46	96,46
Zusammen	173,05	173,37	180,18

c) Gaswert	1877	1897	1927
	a	a	ha a qm
I. Gaswert mit Hofraum	38,70	71,70	3 95 29
II. Industriegleis	—	—	40 60
III. Ackerland, Baumwiese etc.	—	26,53	1 72 40
Zusammen	38,70	98,23	6 08 29

d) Wasserwert			
I. Pumpstation u. Zufahrt in der Hedingerstraße	29,06	29,06	29 06
II. Hochreservoir	20,00	44,23	74 23
III. Baumwiese, Ackerland etc.	70,38	81,13	3 02 44
Zusammen	119,44	154,42	4 05 73

e) Elektrizitätswert			
Zusammen	—	—	100 30

Der heutige Stand erweist also gegenüber dem Jahre 1877 ein noch vorhandenes Mehr von 53 Hektar bezw. inklus. Besitz der Stiftungspflege und Werke von rund 64 Hektar. Dabei ist aber nicht außer Acht zu lassen, daß vom Jahre 1898 ab allein bei der Stadtpflege insgesamt rund 32 Hektar mehr erworben und eben in der Hauptsache an Private als Baustellen wieder abgegeben worden sind — neben Arealverbrauch für Eisenbahnzwecke (rd. 10 Hektar) und für Neulaferte und Lazarett (rd. 6 Hektar). Auch die Stiftungs- und Armenpflege hat trotz des geringen gegenwärtigen Mehrbestands sehr starke Umsätze an Grundstückserwerb und Wiederabgabe (an Private und Stadt) in den rückliegenden Jahrzehnten zu verzeichnen. Es ergibt sich also in den letzten 30 Jahren ein tatsächlicher Zuwachs von rd. 85 bezw. 96 Hektar. Und die lebhaft durchgeführte Vermehrung und Wiederveräußerung städt. Grundbesitzes, namentlich baureifen Geländes, sie spiegelt sich auch wieder in der an anderer Stelle zu besprechenden Boden- und Baupolitik.

In diesem Kapitel sei nur erwähnt, daß den umfänglicheren städt. Bodenerwerb seiner Zeit mitbestimmt hat — das Ueberhandnehmen von Ausmärkern auf Tübinger Markung (speziell im obern und untern Neckartal). Der Bauer vom benachbarten Weißen und Wankheim drückte mit seinen Aufkäufen immer mächtiger herein. Dem mußte begegnet werden — zugleich in der Absicht, hiesigen Grundstücksbesitzern, die aus irgend welchem Grund zu verkaufen genötigt oder gewillt waren, das Kaufsobjekt womöglich im Wege der Verpachtung vorerst stadtheits weiter zu belassen.

Der Erfolg wurde durchschlagend erreicht, wie die nachfolgenden Zahlen beweisen.

Wir hatten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerpflichtige

1877 Einheimische	1856	Ausmärker	359
1897 Einheimische	1820	Ausmärker	418
1927 Einheimische	2880	Ausmärker	429.

Alles in allem hat die Stadtgemeinde Tübingen auf ihrer Markung eigenen Grundbesitz von rund 787 Hektar bei einer diesbezüglichen Gesamtmarkungsfläche von rund 1900 Hektar, also 41 Prozent der letzteren. Unter diesen Zahlen (1900 Hektar) sind aber die öffentlichen Straßen, Wege und ähnliches nicht inbegriffen.

Rechnet man diese letzteren Flächen mit ein, so beziffert sich nach dem Stand vom 1. Januar 1927 die Gesamtmarkungsfläche Tübingen — ausgenommen Ummern, das eine Teilgemeinde für sich mit 170 Hektar 26 Ar Flächeninhalt bildet, auf 2042 Hektar 73 Ar. Dies bedeutet eine Zunahme in den letzten 30 Jahren von rund 23 Ar, was im wesentlichen daher rührt, daß im Laufe dieser Zeit einige Markungsgrenzausgleiche mit den Nachbargemeinden Derendingen und Lustnau vorgenommen worden sind.

Die Gesamtmarkungsfläche des Oberamtsbezirks Tübingen beträgt 22 272 Hektar, worunter 7968 Hektar Wald (in der Hauptsache Schönbuch) und 13 183 Hektar landwirtschaftlich benützte Flächen.

In einem besonderen Anhang soll sodann in diesem Kapitel noch zum Wort kommen:

Das Feldbereinigungswesen Feldwege und Entwässerung

Obwohl im Jahre 1877 auf der Markung Tübingen 234 Feldwege vorhanden waren, entbehrte doch noch ein erheblicher Teil der Grundstücke einer ständigen Zufahrt und war auf Ueberfahrtsrechte (zur Zeit und ohne Schaden) angewiesen, d. h. in der freien Bewirtschaftung gehindert.

Einem solchen Mißstand konnte nur abgeholfen werden durch einen systematischen Ausbau des Wegnetzes. Dieser erfolgt, sofern nicht sämtliche Beteiligte zugestimmt haben, durch Feldbereinigung auf der Grundlage des Gesetzes vom 30. März 1886. Auf diese Weise ist es möglich, sämtlichen beteiligten Grundstücken wenigstens eine ständige Zufahrt zu beschaffen, die bestehenden Ueberfahrtslasten zu beseitigen, die Bewirtschaftung durch Schaffung zweckmäßiger Grund-

stückformen zu erleichtern und durch Herstellung von offenen Gräben den notwendigen Wasserabzug zu befördern.

In den Jahren 1905 bis 1927 wurden folgende Feldbereinigungen ausgeführt:

Name der Feldbereinigung	Jahr der Ausfüh- rung	Zahl der beteil. Grundbesitzer	Zahl der beteil. Parzellen	Fläche in ar	Zahl der neu gebauten Wege	Länge der neu gebauten Wege in m
I. Dehler	1905	37	72	1300	1	900
II. Ammertal	1910/11	241	416	10600	31	8900
III. Kreuzberg	1914	68	100	2400	3	1000
IV. Viehweide	1921/22	310	585	11200	36	7400
V. Heuland	1922/23	78	125	2600	4	1400
VI. Hemmental	1922/27	217	344	5400	6	3000
VII. Himbach	1924	80	103	1600	7	250
		1029	1745	35100	88	22850

Weitere Feldbereinigungen sind in Vorbereitung, so daß in absehbarer Zeit die gesamte Stadtmarkung mit einem zweckmäßig ineinandergreifenden Begrenzungsnetz versehen sein wird. Damit ist nicht nur den Bedürfnissen der Landwirtschaft gedient, sondern es wird, wenn die neuen Wege in genehmigte Ortsstraßen gelegt werden, wie dies im Ammertal, im Heuland und im Viehsinger geschehen, auch noch Baugelände erschlossen, was im Interesse der baulichen Entwicklung der Stadt sehr zu begrüßen ist.

Feldwege.

Im Jahre 1877 waren auf Markung Tübingen 234 Feldwege vorhanden.

Von 1877—1897 wurden gebaut:

15 Feldwege mit einem Meßgehalt von zusammen 52 Ar und einer Länge von zusammen 1400 Meter.

Von 1897—1927 wurden gebaut:

103 Feldwege mit einem Meßgehalt von zusammen 1200 Ar und einer Länge von zusammen 24550 Meter.

Obwohl die meisten dieser Wege als Erdwege, die den Bedürfnissen der Landwirtschaft genügen, angelegt sind, wurden jedoch eine Anzahl Hauptzufahrtswege mit einer festen Unterlage (Chaussierung) versehen. Es sind dies: der Weg im Urschrain (Ehstium), der Dehlerweg, der Randweg, der Weg im Kreuzberg, beim Himbach, im Heuland (verlängerte Hauserstraße), Jägerwand, beim König-Karl-Stein.

Von 1897—1927 wurde eine Anzahl bestehender Wege erbreitert und verbessert: der Burgholzer Weg, der Weg zur Vichtenberger Höhe, zum Waldhäuser Egerzierplatz, im Buckeloh, auf der Wanne, Sonnenhalde Egart (zur Dedenburg), das Dehlersteigle (Brei-

ter Weg), das Lamparter Steigle, im oberen Schnarrenberg.

Entwässerung

des oberen Ammertals in den Jahren 1910 und 1911.

Das entwässerte Gebiet liegt in dem auf große Längenausdehnung nahezu ebenen Ammertal, welches bei einer Breite von durchschnittlich 400—500 Meter nördlich und südlich durch rasch ansteigende Hänge der Keuperformation begrenzt ist. Infolge des mangelhaften Zustandes des Wildbette der Ammer, welches bei zahlreichen Krümmungen einen durchaus ungenügenden Querschnitt aufwies und dessen Sohle unterhalb der Weilersbachemündung höher lag als das angrenzende Wiesengelände, hatte sich im Lauf der Zeit bei der überaus geringen Geschwindigkeit des durch zahlreiche Quellen einen ständigen Zufluß erhaltenden Grundwasserstroms ein förmliches Sumpfbetten gebildet. Die Folgen hiervon zeigten sich in erster Linie in den nach Menge und Güte geringen Erträgen der Ammertalwiesen; sodann aber wirkte die mit dem hohen Grundwasserstand verknüpfte starke Ausdünstung in so hohem Grade abkühlend auf die Lufttemperatur, daß die schädlichen Frühjahrs- und Herbstfröste dadurch zweifellos noch eine Steigerung erfuhren.

Das entwässerte Gebiet umfaßt eine Fläche von 7700 Ar mit 241 beteiligten Besitzern und 376 beteiligten Parzellen.

Die Entwässerung erfolgte:

1. durch Erbreiterung und Tieferlegung der Ammer,
2. durch offene Gräben in einer Gesamtlänge von 5600 Meter,
3. durch Drainierung mit einer Gesamtstranglänge von 12 000 Meter.

Die Vorteile der Ammertal-Entwässerung sind folgende: Schutz der Ammervorstadt vor Ueberschwemmungen, Gewinnung von hochwasserfreiem Baugelände, Steigerung der Grundstückspreise, sowie der Erträge nach Menge und Güte, Verbesserung der klimatischen und gesundheitlichen Verhältnisse des oberen Ammertals und der Ammervorstadt.

Tübingen und die Nachbargemeinden

An den Markungsgrenzen sind im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Änderungen vorgenommen worden.

Am einschneidendsten sind diejenigen gegenüber der Markung Derendingen. Die Grenzlinie reichte nämlich früher nahe an die Militärstraße heran und war unregelmäßig und vielgezackt. Für die bauliche Entwicklung der Gegend zwischen Steinlach und Zollerndorfbahnlinie war dies natürlich überaus nachteilig. Deshalb hat die Stadtgemeinde versucht, auf der Grundlage eines von einem städtischen Techniker

Bezüglich der Kanalisationsfrage wurde jedoch noch jahrelang verhandelt, bis endlich 1906 eine Einigung auch in dieser Frage zu Stande kam. Nach dem von den beiderseitigen Gemeindefollegien am 26. Juli/4. August 1906 abgeschlossenen und von der Kreisregierung am 30. Oktober 1906 genehmigten Vertrag hatte die Stadt 5,6 Hektar abzutreten, während sie 4,8 Hektar erhielt. Die Markungsgrenze verläuft jetzt, wie be-



Partie an der Neckarbrücke

(Stadtgeometer Eberhardt) aufgestellten gemeinsamen Bebauungsplans einen entsprechenden Markungsausgleich herbeizuführen. Doch waren die diesbezüglichen Verhandlungen recht langwierige — und Derendingen konnte sich lange nicht entschließen, dem Tübinger Vorschlag, die Markungsgrenze bis zur Ecke der Moltkestraße vorzurücken, seine Zustimmung zu geben. Und erst unter dem Druck des Umstands, daß die Gemeinde wegen Ableitung der Abwässer aus ihrem Neubaugebiet in Not kam und auf das Entgegenkommen der Stadt angewiesen war, ist schließlich im Jahr 1900 eine diesbezügliche Einigung zu Stand gekommen.

reits erwähnt, entlang der Moltkestraße.

Ein weiterer, jedoch nicht erheblicher Markungsausgleich war durch Erbauung der Reparaturwerkstätte nötig. Die Markungsgrenze Tübingen-Derendingen verlief nämlich da in ziemlich gekrümmter Linie quer durch Gebäude, Gleise, Kohleanlagen usw. des Berlstädterbahnhofes. Dieser unguite Zustand wurde nun durch Vereinbarung der beiderseitigen Gemeindefollegien vom 7. März/14. April 1914 beseitigt.

Geändert hat sich auch die Markungsgrenze Tübingen-Lustnau. Dieselbe fiel nämlich früher zum Teil in die Köstlinstraße, was in mancher Hinsicht unerwünscht war. Anlässlich der Aufstellung eines

Ortsbauplans für die Wilhelmsvorstadt wurde nun mit der Gemeinde Lustnau vereinbart, daß die Markungsgrenze durchweg auf die östliche Grenze der Köstlinstraße verlegt wird.

Endlich fanden infolge der Ammer- und Himbach-Verbesserung bezw. der Entwässerung im Ammertal kleine Grenzberichtigungen zwischen Tübingen und der Gemeinde Unterjesingen, sowie der Teilgemeinde Ammern statt.

Ist auch die Frage der Eingemeindung von Lustnau und Derendingen nach Tübingen in den rückliegenden Jahrzehnten beregt worden? In förmlicher Weise und von Amtswegen noch nicht; wiewohl ja eine zeitlang es geradezu Mode war, von jeder größeren

Stadt als besonders großzügig zu verlangen, daß sie mindestens ein paar Nachbargemeinden sich einverleibe. Wir gingen davon aus, daß vorerst noch jeder Gemeindebezirk, auf sich selbst gestellt, das bessere Teil erwähle und daß die (Hoch)Zeit für eine nähere Verbindung mit der einen oder andern Nachbargemeinde noch nicht genau zu bestimmen sei. Im übrigen war und ist man sich aber auch darüber im Klaren und hat dem durch gelegentliche Vereinbarungen u. a. wegen Lieferung von Gas und Elektrizität praktischen Ausdruck verliehen, daß beiderseits darauf Bedacht zu nehmen ist, der Entwicklung der Dinge im Sinn möglichst natürlichen Zusammenwachsens wenigstens kein Hindernis zu bereiten.

Städtische Bau- und Bodenpolitik

Wenn man im allgemeinen, (während der letzten Jahrzehnte schon vor dem Krieg) zufolge der vielfach unerwartet schnellen Zunahme der Bevölkerung erstling in den größeren u. Großstädten wegen der richtigen wohnlichen Unterbringung dieser Bevölkerung vor schwierige neue Aufgaben gestellt war und deshalb intensiver denn zuvor eine planmäßige Gestaltung der Wohnviertel und des für die örtliche Gemeinschaft zu nützenden Geländes — unter Beacht der mancherlei Anforderungen der Hygiene und des verschieden gerichteten Verkehrs und mittels tunsichster Sonderung der eigentlichen Wohnviertel von den Industriequartieren etc. — sich vorzunehmen hatte, so konnte und durfte schon ein solches Vorgehen und die allein dadurch mögliche Abwehr sittlicher und gesundheitlicher Schäden, aber auch vermeidbarer Verkehrsmängel und Schönheitsfehler, für das Verhältnis mittlerer und kleinerer Städte und für das einschlägige Verhalten ihrer Verwaltungen selbstverständlich nicht unbeachtet und gleichgültig bleiben.

Auch in ihrem Bereich sollen im Erweiterungsgebiete Mietkasernen mit luft- und lichtlosen Höfen nicht existent werden; auch hier muß für Schaffung von Freiflächen und Volksgärten, von Spiel- und Sportplätzen zeitig und bestmöglich gesorgt werden. Deshalb ist ihrerseits ähnlich wie bei den Stadtgebilden ausgedehnteren Maßstabs die Erkenntnis vom Not-

wendigen weitaussehender Planung für eine ordnungsmäßige Entwicklung des Städtebaus mehr und mehr zu vertiefen und energisch zu betätigen. Es wird also in wachsendem Grad einmal darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Planung von einer und derselben und von einer solchen Amts- und Geschäftsstelle aus erfolgt, welche die vielfachen Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft abwägend versteht und für die einander häufig widerstrebenden Interessen einen vernünftigen Ausgleich sucht — und weiter wird man anstreben müssen, daß ein solcher Plan zunächst mehr skizzenhaft und grundzöglich — allerdings in möglichst organischem Zusammenhang der einzelnen natürlichen Abschnitte — das für die Erweiterung in Betracht kommende Gesamtgelände umfaßt.

Selbstverständlich ist damit keine absolute Gewähr gegeben, (ein Gedanke der oben schon gestreift wurde), daß nun ein solcher (General-) Plan auch durchaus so verwirklicht wird, wie er zunächst sich gedacht ist. Das verbietet nicht selten der Eintritt ganz neuer Verhältnisse, denen eben Rechnung zu tragen ist wenn auch möglichst unbeschadet der eigentlichen Richtlinien des Projekts.

Praktisch wird man deshalb die ganze Sache von der betreffenden Stadtverwaltung aus so handhaben, daß man zwar mittels der vorerwähnten zentralen Geschäftsstelle diese seine städtebaulichen Grundideen sich formt und zurecht legt, daß man aber das vorgeschriebene Bauplanverfahren mit öffentlicher Auflage und Einholung entsprechender Genehmigung nur schritt- und abschnittsweise durchführt — nicht zuletzt nach Maßgabe der sich jeweils für das betreffende Einzelgebiet geltend machenden verschiedenartigen Bauwünsche. Eine anderweitige Behandlung dieser Dinge etwa mit sofortiger, endgültiger und konkreter Feststellung und Genehmigung des Gesamtplans (in allen seinen Teilen) würde viel unfruchtbare Arbeit schaffen. Schon allein um deswillen, weil auch die kleinste, durch Neuverhältnisse begründete oder ohne weiteres einleuchtende Aenderung des Bauplans nur auf dem Weg oder Umweg des (umständlichen) Verfahrens erfolgen könnte. Vor allem aber auch um deswillen, weil dann Anrechte oder doch Anwartschaften der innerhalb des genehmigten Bauplans befindlichen Grundstücksbesitzer begründet würden mit der Folge, daß die letzteren jegliches Abweichen vom Bauplan, das, wenn auch überwiegend dem Gemeinwohl dienlich, nur im geringsten ihren Interessen abträglich wäre, lebhaftest bekämpfen würden. Und dann (und das wäre das Allerschlimmste) würde eine solche nach Zeit und Art über die Maßen vorgehende Planung — der wilden Grundstückspekulation Tür und Tor öffnen. Mit andern Worten: Die gesunde bauliche Entwicklung würde schwerst belastet wenn nicht in ihr Gegenteil verkehrt eben durch diesen Einfluß des Bodenwuchers, der erntet, wo er nicht gesät hat und einigen Wenigen in die Tasche jagt, worauf nicht bloß nach bodenreformerischer Auffassung am ehesten noch die Allgemeinheit ein Anrecht hat.

Deshalb ist der Forderung nach planmäßiger Gestaltung in der oben skizzierten Art sofort die andere anzureihen, die überhaupt erst die Ausführung dieser Pläne oder doch eine wirtschaftlich tragbare Ausführung derselben ermöglicht — nämlich die — nach dem Eingreifen kommunaler Bodenpolitik. Die letztere ist nicht nur berufen, für den direkten Arealbedarf der Gemeinde mit Bezug auf alle nur denkbaren öffentlichen Gebäude, Sportplätze, Friedhöfe und sonstige öffentl. Anlagen zu sorgen; sie bildet auch mittelbar mit ihrem darüber hinausgehenden Grunderwerb (darf man wohl sagen) eine wesentliche Voraussetzung und einen wirksamen Vorspann jeder neuzeitlichen Stadterweiterung, Siedlung und Verkehrsordnung. Es ist dies eine Erkenntnis, die an der

Hand der Erfahrung immer mehr zum Gemeingut städtischer Verwaltungen heranreift. Denn was nicht (ich wiederhole) der schönste und vollkommenste Bauplan, wenn nach Lage der Dinge seine Erschließung und Durchführung der Gemeindevertretung, die doch führend und bahnbrechend sein soll, an allen Ecken und Enden unüberwindliche finanzielle Hemmnisse bereitet?

Aber auch aus anderen Gründen ist es von großem Wert, daß die Städte — wenigstens eingeprengt in Privatgrundstücke — eigenen Grundbesitz haben, beispielsweise um die Bildung der Bodenpreise mit zu beeinflussen und bei Tausch-, Umlegungs- etc. Aktionen besser mitwirken zu können. Deshalb glücklich die Gemeinde, die von Hause aus umfangreichen Grundbesitz hat oder die noch rechtzeitig einen geeigneten Bodenvorrat sich angeschafft hat! Auch die Stadt Tübingen hatte ja wohl von früher her (vielfach zugleich als Stiftungsgemeinde) einen relativ beachtlichen Grundbesitz, aber eben zumeist in der „landwirtschaftlichen“ Zone und an der Peripherie ihrer Markung. Sie hat dann allerdings — im Lauf längerer Jahre und vor dem Krieg und namentlich auch brauchbar für bauliche Erweiterungen (in der Bauzone) so viel Grund und Boden erworben, wie im Verhältnis gesehen wohl wenig Städte des Landes, nicht zuletzt indem sie jede sich bietende Gelegenheit eines Erwerbs zu angemessenem Preis planmäßig und gründlich genützt hat. Der schon vorhandene stadteigene Grundbesitz wurde dadurch besser arrondiert und auch da und dort für den landwirtschaftlichen Betrieb noch besser verwertbar. Und wie an anderer Stelle (städtischer Grundbesitz) schon erwähnt, war für den umfangreicheren Bodenerwerb, weiter entfernt vom Stadtbezirk, mitbestimmend die Absicht, hiesigen Kleinlandwirten, die etwa aus dringender wirtschaftlicher Not verkaufen mußten, das seitherige Eigengelände vorerst pachtweise weiter zu belassen und eben damit den immer lebhafteren Vorstoß von Ausmärkern auf hiesiger Markung — speziell im oberen und unteren Neckartal von Weilheim und Wankheim her — abzuwehren. Die Stadt bekam aber auch auf diese Weise ausgedehnteres Areal für ihren verschiedenen Eigenbedarf in naher und ferner Zeit zur Verfügung. Außerdem war sie in der Lage, durch entsprechend bedingten Wiederverkauf des Geländes an Private der Bautätigkeit und im besonderen dem Wohnungsbau (u. a. mit der Folge lebhafter Steigerung des Zuzugs von außen und beträchtlicher Hebung der Steuerkraft) einen ungeahnten Aufschwung zu geben. Zugleich erlangte sie die

Möglichkeit, auf die Bildung der Grundpreise bzw. Bauplatzpreise nicht unwesentlich einzuwirken. Beim Verkauf an Dritte wurden deshalb in der Regel bescheidene Verkaufspreise angelegt, wie dies aus besonderem Anlaß vor kürzerer Frist in „einer Zusammenstellung über die Grunderwerbs- und Verkaufspreise der Stadt“ vom Steueramt und Stadtpflege hier mittels publider Urkunde dargetan wurde. Diese Preise hatten vornehmlich den Zweck, die erwachsenen Selbstkosten zu decken und daneben noch auch der Erschließung neuen Baugeländes einigen Vorschub zu leisten. Beim Grundstücksverkauf wurde allerdings regelmäßig bedungen, daß innerhalb kürzerer Frist bei Vermeidung von Vertragsstrafen und schließlicher Rückgabe der Baustelle gebaut werden muß, weiter, daß Veräußerung an Dritte nur mit Zustimmung der Stadt erfolgen kann und endlich, daß die Errichtung von Hintergebäuden ohne die Erlaubnis der Stadtgemeinde unzulässig ist. Aber auch sonst wurden gegebenenfalls auf Einschränkung der Nutzbarkeit des Bauplatzes, sodann auf Gestalt und Beschaffenheit des Bauwerks selbst abzielende, über den gesetzlichen Rahmen der (früher bekanntlich in verschiedener Hinsicht unzulänglichen) Bauordnung hinausgehende Forderungen im Kaufvertrag von Gemeindewegen gestellt. Diese Gepflogenheit wurde mit verschiedenen zeitlich gegebenen Modalitäten bis zur Stunde eingehalten, beispielsweise werden auch jetzt noch für die Regel anbedungen — Mindestfrontlänge und Zahl der Stockwerke des bezügl. Bauwerks, Baufrist, erstlinige Berücksichtigung hiesiger Handwerker und Arbeiterschaft usw.

Auf solche Art wurden vom Jahre 1898 ab allein 370 größere private Neubauten auf vorher stadteigener Grundfläche errichtet und eine ganze Vorstadt — die Hechinger- und Reutlinger-Vorstadt — hat in der Hauptsache dieser städtischen Boden- und Baupolitik ihre Existenz zu verdanken, wie dies ja auch in anderem Zusammenhang schon gezeigt worden ist. Der Stand der städtischen Liegenschaft von einst und jetzt und mit Bezug auf alle in Betracht kommenden Zwecke findet sich im Kapitel „Städtischer Grundbesitz“. Hier sei nur kurz vermerkt, daß in der Zwischenzeit (von 1898 bis 1927) Neugelände im Meßgehalt von 85 Hektar erworben und davon Gelände im Meßgehalt von ca. 32 Hektar wieder veräußert worden ist, so daß also trotz der stattgehabten Verkäufe der städtische Grundbesitz gegenüber dem Stand von 1898 rund 53 Hektar gleich 160 Morgen mehr beträgt.

Was allerdings im besondern den Vorrat städtischer Baustellen anbelangt — also solcher bau-

fähiger Flächen, die im arrondierten und schon erschlossenen (mit Straßen und Leitungen usw. wenigstens einigermaßen ausgestatteten) oder mit erträglichen Kosten und binnen kürzerer Frist erschließbaren Gelände innerhalb und an der Peripherie der städtischen Wohnzone sich befinden —, was diesen Vorrat anbelangt, so war er noch vor Kriegsende ein recht umfangreicher und respektabler. Einmal zufolge gestifteten Zukaufs, dann aber auch zufolge der großen Kulturwerke der Stadt (der Neckar-, Steinlach-, Ammerverbesserung, der Drainierung des Ammertals usw.), die vorher vom Hochwasser überflutetes oder versumpftes Gebiet hier in brauchbares Spiel- und Sportgelände, dort in Baufeld umgewandelt haben. Nicht zu vergessen hiebei den Umtausch des stadteigenen Exerzierplatzes im unteren Wöhrd gegen ein erlahmtes Exerzierfeld (für die Militärverwaltung) im Salzgarten.

Dieses reichlichere „Hat“ an städtischem Bauareal ist, wie in einem sorgfältigen und ins Einzelne gehenden Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung aus letzter Zeit dargestellt wurde und auf welchen man hiewegen verweisen darf, erheblich zurückgegangen nicht bloß durch eigene Ueberbauung, sondern eben vornehmlich (wie oben erwähnt) durch entsprechende Ueberlassung an Dritte u. a. auch Ausgabe von Heimstätten. Und im Hinblick auf diese Tatsache hat letzten Herbst aus besonderer Ursache (Gesuchsvorlage der „Bausparer“) einmütig und in aller Öffentlichkeit — in einer grundsätzlichen Stellungnahme zur seither beobachteten, durchaus bewährten „Boden- und Baupolitik“ der Tübinger Gemeinderat die Auffassung bekundet, daß mit den städtischen Baugründen nunmehr entschieden sparsamer zu Rate zu gehen, daß andererseits aber auch mit der gebotenen Energie auf umfanglichere Arrondierung und Erschließung weiteren Geländes während angemessener Frist und im Rahmen finanzieller Tragbarkeit Bedacht zu nehmen sei.

Um letzteren Erfolg zu erreichen, muß auch im Tübinger Gemeindehaushalt die Arbeit des Bodenpolitikers, weit entfernt sich zur Ruhe zu setzen, neue Impulse bekommen und müssen u. a. die organisatorischen Grundlagen für ihre praktische Handhabung sich noch mehr verbessern. Ueber das Wie erübrigt vorerst nähere Darstellung und genügt es zu unterstreichen, was eingangs dieses Kapitels gestreift wurde, daß zwischen der gemeindlichen Amtsstelle, die als die geschäftliche Trägerin der Bauplanbearbeitung und alles darauf Bezüglichen figuriert und zwischen dem Amtsbereich (wohl Stadtschultheißenamt bzw. Stadt-

und Stiftungspflege), der in erster Linie den Grunderwerb, den gelegentlichen und den mehr planmäßigen zu betreiben hat, ein lebendiger gegenseitig aufklärerischer und anregender Geschäftsverkehr eingerichtet und gepflegt wird. Selbstverständlich und vornehmlich ist dabei nach wie vor das Erfordernis, daß die be-



Neckarpartie vor der Korrektion

treffenden Geschäfte streng nach den Grundätzen der Amtsverschwiegenheit und lediglich im Gemeininteresse mit reiner Hand geführt werden. Letzteres gehörte früher (gerade auch auf diesem Feld) auf dem Tübinger Rathaus zur guten Ueberlieferung und hat der Stadtvorstand in der Regel im vertraulichen Verkehr mit dem Stadt- oder Stiftungspfleger und evtl. mit den resp. technischen Beamten in den einzelnen Fällen die vorbereitenden Fäden gesponnen.

Schon aus diesem Grund (eben wegen des unumgänglich notwendigen Zusammenhangs mit der Grunderwerbsfrage) ist eine auch nur teilweise Verlegung der Bauplanarbeiten in ein geschäftliches Gremium außerhalb des Rathauses unbedingt zu verwerfen, wo-

Ortsbauplan

Grundament und wesentliches Mittel für den Städtebau wie er sein soll bildet die bauplanmäßige Ordnung, mit der sich ja auch die hier nicht weiter zu erörternden Baugesetze eingehender befassen. In Nachfolgendem möge die seitherige (und künftige) Bearbeitung der Ortsbaupläne und Ortsbauanlagen eine besondere

bei übrigens die Beziehung besonderer Sachverständigen in den einzelnen Stadien der Plansbearbeitung oder die Vorlage mehr oder weniger durchgearbeiteter Plansentwürfe an eine amtliche Begutachtungs- und Prüfungsstelle dieser Art durchaus möglich und rätlich erscheinen.



Neckarpartie nach der Korrektion

Wenn es dem Tübinger Gemeinwesen in den rückliegenden Jahrzehnten unter ursprünglich höchst prekären Verhältnissen namentlich in der steuerlichen Veranlagung möglich gewesen ist, in richtiger Einteilung und abwägender Aufeinanderfolge seiner mancherlei Aufgaben und Schöpfungen allmählich zu erstarren und immerhin Respektables zu leisten, so lagen und liegen gerade auch in der Handhabung der (dargestellten) Boden- (und Bau-) politik starke Wurzeln seiner Kraft und Auswirkungen, die vielfältig und wertvoll sind auch da, wo man sie nicht immer mit runden Zahlen zu belegen im Stande oder gewillt ist.

Würdigung finden. Zunächst sei erwähnt, daß solche in Tübingen — wie zweifelsohne auch anderwärts — bis Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts vollständig gefehlt haben und dann — noch bis zur Mitte der 90er Jahre — auf vergilbten Flurlarten so mangelhaft dargestellt worden sind, daß

es oft schwer hielt, bestimmt zu erkennen, was darin genehmigt sein soll und was nicht. Als man dann die Umarbeitung dieser bis dahin vorhanden gewesenen sogen. Ortsbaupläne nach neuzeitlichen Gesichtspunkten und ebenso ihre Erweiterung als ein dringendes Bedürfnis erkannt hatte, mangelten — da um diese Zeit erstmals ein Stadtgeometer (Eberhardt) als Vollbeamter angestellt wurde — die nötigen sachlichen Unterlagen. Nicht einmal von der Altstadt war ein brauchbarer Plan existent. Und es mußte deshalb zunächst das ganze Altstadtgebiet neu gemessen werden; eine überaus umfangreiche und schwierige Arbeit, die erst im Jahre 1915 zum Abschluß gelangt ist. Mustergültige Planwerke vom bebauten Gebiet in allen gebräuchlichen Maßverhältnissen stehen aber als Frucht der Stadtvermessung nunmehr durchweg zur Verfügung, sie werden sorgfältig ergänzt und weitergeführt. Ebenso wird das (bei der Stadtvermessung begonnene) Polygonnetz die Berghalden hinan nach allen Flanken ausgedehnt und werden — darauf gegründet — Neumessungen, Einbindemessungen alter Vermessungslinien und Aufnahmen der Geländeformation getätigt, um auch für die bergigen Außengebiete genaue Pläne im Maßstab 1:1000 — mit Höhenschichtlinien — herstellen und solche für die schon längst als dringend erkannte Erweiterung der in den letzten Jahrzehnten (unter Benützung notdürftig zusammengetragener Unterlagen) bearbeiteten Baupläne grundlegend verwenden zu können.

An größeren Stadtbauplansarbeiten in den letzten 20 Jahren vor Kriegsausbruch sind zu nennen:

1. der Stadtbauplan der Wilhelmsvorstadt 1898 bis 1900, seither des öfters geändert,
2. der Stadtbauplan vom Föhrberg, der mangels geeigneter Zufahrtswege heute noch nicht durchgeführt und änderungs- und erweiterungsbedürftig ist (1898),
3. der Stadtbauplan auf dem Desterberg (seit seiner Genehmigung (1898) mehrmals geändert und erweitert),
4. der Stadtbauplan der Reutlingervorstadt, (Nustrievorstadt) 1898/1900,
5. der Stadtbauplan der Neckarhaldevorstadt 1894 bzw. 1912,
6. der Stadtbauplan östlich der Karlstraße aus Anlaß der Neckarkorrektur und der Bahnhofserweiterung 1911, mit den jetzt angefochtenen aber unter dem Zwang der Verhältnisse (Bahnhofserweiterung und Hochüberführung der Bahn) entstan-

denen Änderungen am ursprünglichen Stadtbauplan der Reutlinger Vorstadt, Ziffer 4.

7. der Stadtbauplan vom oberen Ammertal 1911,
8. der Stadtbauplan der Hechinger- und Reutlinger-Vorstadt in der Umgebung der Kasernenbauten (Beginn der Erschließung des Gaigenbergs) 1914.

Nachdem in der Kriegszeit die Bauplansarbeit begreiflicher Weise ganz ausgelegt hatte, sind auch in der Ära nach dem Krieg bis zur Gegenwart nur unbedeutendere Fälle von Änderungen an genehmigten Bauplänen zur Behandlung gestanden. Seinen Grund hat dies darin, daß seit Kriegsende bis heute überhaupt nicht oder nur ganz wenig privates Gelände mit der Folge entsprechender Anregung zur Erweiterung des Stadtbauplans seitens der betreffenden Grundbesitzer — in Betracht kam und daß das fast ausschließlich begehrte stadteigene Bauareal mit wenigen Ausnahmen an solchen Stellen innerhalb des genehmigten Stadtbauplans situiert war, wo eine irgend wesentliche Änderung sich erübrigte hat.

Ist früher — bei der sehr eingeschränkten Zahl (man kann sagen der Einzahl) — unserer bautechnischen Beamten und in Beacht ihrer berufspersonlichen Qualitäten die Ausarbeitung der Baupläne in der Hauptsache durch den erst Mitte der 90er Jahre hauptamtlich angestellten Stadtgeometer (Eberhardt) erfolgt — da und dort unter Zuziehung eines sachverständigen Obergutachters von auswärts — und ist dann daran anschließend nach Trennung des Bauamts in ein Hoch- und Tiefbauamt neben dem Stadtgeometer in der Hauptsache der Tiefbaumeister engagiert worden, so ist man sich neuerdings im Schoß der Verwaltung darüber klarer geworden, daß bei der Aufstellung von Ortsbauplänen bzw. von in der Regel ihnen vorausgehenden generellen Entwürfen auch noch — mehr als seither — der Hochbaumeister zum Wort kommen sollte, bzw. daß für die Regel eine vernünftige Zusammenarbeit von Architekt (Hochbaumeister) Bauingenieur (Tiefbaumeister) und Landmesser stattzufinden hätte. Nur dadurch wird eine in allen Stücken brauchbare Arbeit gewährleistet, sowohl in Rücksicht auf die zweckmäßige Bebauung und Aufteilung des Geländes und auf die leichte Durchführbarkeit der projektierten Straßen mit ihren Abwassertanälen und Leitungen aller Art, als auch in Rücksicht darauf, daß künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Bauten, Naturdenkmäler, Friedhöfe, schöne Straßen- und Landschaftsbilder nicht nur erhalten, sondern wo irgend möglich in ihrer Wirkung erhöht und mit Schaffung

von Neuanlagen vermehrt werden sollen. Ganz abgesehen davon, daß all' den Anforderungen der Gesundheit, des zu erwartenden Verkehrs, des Wohnungsbedürfnisses und überhaupt der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Bestimmung einer angemessenen Zahl, Lage und Größe der öffentlichen Plätze, der Breite der Ortsstraßen, der Tiefe der Baublöcke, schon gesetzlicher Vorschriften gemäß Rechnung zu tragen ist.

Außerdem ist vorgeesehen, daß auch künftig in wichtigeren Fällen und nicht bloß wenn die Dreieinigkeit der Techniker einmal versagen sollte, noch ein unparteilicher auf dem Spezialgebiet der Ortsbauplanbearbeitung durchaus bewährter Städtebauer herangezogen werden soll, bis auf Weiteres zweckmäßig in Gestalt der bestehenden städtischen Beratungskommission, der man nach ihren seitherigen Leistungen volles Vertrauen schenken darf. Im Laufe der Zeit und mit dem Wachstum der Gemeinde wird dann ja wohl ein besonderes Stadterweiterungsamt sich herauskristallisieren, das mit den ihm beigegebenen eigenen Landmessern voraussichtlich auch die Arbeiten besorgt, welche — wie Schaffung der Rohpläne und Eigentumseinzeichnung und Geländedarstellung, Ausarbeiten der umfangreichen Vorlagen an das Ministerium zur Einholung der Bauplansgenehmigung, Ueberwachung der genehmigten Stadtbauplansakten und im Bedarfsfall die Uebertragung der Pläne ins Gelände — dem (ordentlichen) Stadtvermessungsamt bis auf Weiteres vorbehalten sein müssen.

Die meist aus der Vorkriegszeit stammenden Stadtbaupläne (unserer Stadt) sind heute so ziemlich alle erweiterungsbedürftig. Und auch darüber ist kein Zweifel: jetzt nach der Korrektur des Neckars, nach der Bahnhofserweiterung, mit ihren Hochüberführungen (oben schon gestreift), nach der endgültigen Neugestaltung des Güterbahnhofs und in Ansehung einmal des ungeahnt gestiegenen Kraftwagenverkehrs und dann wieder unserer weitgehenden wirtschaftlichen Armut — würde man wohl auch manches anders machen, als man es vor 30 und mehr Jahren sozusagen tastend versucht hat. Im übrigen wird man erst mit der Neubearbeitung der resp. Anschlußgebiete völlige Klarheit darüber gewinnen, welche Änderungen an den bestehenden Bauplänen heute noch möglich und nützlich sind.

Es ist wohl anzunehmen, daß die tiefeinschneidenden Geländeumwälzungen durch Fluß- und Bahnbauten hierorts im Wesentlichen nun vollzogen sind und daß der (heutige) Plansarbeiter den Bedürfnissen der Zukunft klarer und entschiedener aufzuwarten vermag, als dies seither der Fall war. Ganz ausgeschlos-

sen ist es aber — besonders bei unseren immer wieder schwierigen Geländebeziehungen nicht, daß auch inskünftige nach allen Regeln der Kunst aufgestellte und bestmöglich festgehaltene Ortsbaupläne durch das Sicheindringen von nicht abzuwehrenden und bei der Bearbeitung in ihrer Sonderart auch nicht vorauszu sehenden Bauten ganz erhebliche Wandlungen erfahren.

Im übrigen bedeutet ja die Durchführung und vornehmlich die für das Gemeinwesen wirtschaftlich tragbare Durchführung genereller oder genehmigter Planungen wieder ein Kapitel für sich und ein mindestens ebenso wichtiges als das Zustandekommen der Planung selbst. Und die Erschließung von Grundstücken mit Zufahrten und Leitungen ist bekanntlich, namentlich sofern sie von den beteiligten (Privat-) Grundstücksbesitzern auszugehen hat, zumeist keine einfache Sache unjenseits als ja seither auch eine Handhabe, wie das neuerdings nun perfekt gewordene Baugesetz, noch gefehlt hat.

Besonders förderlich für die Durchführung genehmigter Baupläne war bislang und das wird auch künftig nicht anders sein, eine gesunde kommunale Bodenpolitik, von der schon die Rede war. Ganze Wohnquartiere sind dabei ohne viel Lärm und unter praktischer Aufteilung des Geländes sozusagen aus dem Boden heraus gewachsen (Beispiel Reutlinger- und Hechinger Vorstadt). Freilich auch dieses Mittel allein kann es nicht schaffen — denn die Stadtgemeinde ist schon aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, nach allen Richtungen der Windrose und so umfänglich aufzukaufen, wie es jeweils erforderlich wäre. Deshalb hat sie auch noch in anderer Art, wie und wo es nur irgend angängig erschien, zum Zweck der praktischen Durchführung genehmigter Baupläne ihre Pionierdienste geleistet.

Mit einem kurzen Wort sei in dieser Beziehung erinnert — an die seinerzeitige Erschließung des Desterbergs (um die Jahrhundertwende), die nur möglich war mit dem Ankauf und der Niederlegung des Hansstarkeanwesens und mit dem (durch besondere Umstände noch befügigten) Ausbau der Kaiserstraße. Weiter — an den Durchbruch der heutigen Hauptverkehrs- und Geschäftsader, der Mühlstraße, der im Jahre 1883 begonnen und unter Ueberwindung vieler Schwierigkeiten etappenweise durchgeführt worden ist. Die erste Etappe dieses Unternehmens umschließt die in den 80er Jahren als eine durchaus richtige und grundlegende Maßnahme (unter Führung von Oberbürgermeister Göss). Im Jahre 1897 gelang es dann der Stadt, das (Ecke Mühl- und Wilhelmstraße noch stehengebliebene, mit schwerster Behinderung in die

Straße hereinragende) „alte Delanathaus“ aus den Händen der Domänenverwaltung zu erwerben, (den Baukosten als Armenhaus in die Mauerstraße zu versetzen) und damit an diesem wichtigsten Verkehrspunkt die in verkehrlicher und städtebaulicher Hinsicht gebotene bauplanmäßige Ordnung endgültig zu treffen. Als Frucht dieses Vorgehens hat die Stadt u. a. wertvolle Baupläne in zentralster Geschäftslage, besonders an der Ostseite der Mühlstraße gewonnen und solche in Würdigung der Sachlage — unter Beziehung besonders erfahrener und anerkannter Sachverständiger (u. a. Prof. Walter von Nürnberg) nach einem einheitlichen Plan und unter Aufstellung besonderer Anbauvorschriften ebenso rascher wie in jeder Hinsicht zweckmäßiger und ansehnlicher Ueberbauung zugeführt. Auf solche Weise allein war es möglich, an einer bedeutsamen Stelle der städt. Bildfläche noch auf die Jahrhunderte hinaus eine entsprechende architektonische (Lösung und) Wirkung zu erzielen. Nebenbei bemerkt: nicht ohne städt. Opfer, denn ein Teil der Bauplanerlöse wurde dazu verwendet, ihre Architektenkosten den Bauenden tragen zu helfen. Dafür waren diese Bauherren verpflichtet, nicht nur zur Facadenbearbeitung (und Grundrißlösung) nach freier Wahl Architekten von Ruf im einzelnen Fall beizuziehen, sondern auch beim Bauwert gewisse Normativbestimmungen wie Massivbau, vorgeschriebene besondere Dachdeckung u. a. einzuhalten.

Ins Kapitel praktischer Bauplanerschließung ist sodann einschlägig: die Neckar-, Steinlach- und Ammerverbesserung in verschiedener Hinsicht (Befreiung von Hochwasser, Anlage von Baustraßen, Schaffung von Alleen und Sportplätzen). Hieher gehört weiter der Hinweis auf bereits ausgeführte und in der Ausführung begriffene Feldvereinigungen an den Berghängen (mit städt. Beihilfe) mit dem Neben Zweck — mäßlicher Erschließung der betreffenden Gebiete mit Feldwegen im Zuge späterer sich dort gedachter Baustraßen. Und nicht abwegig ist und in diesem Zusammenhang zu vermerken: Auch sonst hat man — im Bereich des Vermögens und Mißgestaltetes bebauend — von Gemeindewegen in wachsendem Maß ein aufmerksames Auge gehabt, wenn es galt, künstlerisch wertvolle alte Stadtbilder zu erhalten und zu ergänzen. Ein besonderes Ortsstatut schützt u. a. schon seit längerer Frist die mauerreichen Häuserreihen der Neckar- und Bursagasse etc. gegen den Fluß hin vor weiteren Eingriffen, und in gleicher Weise ist unser Marktplatz mit seinen Giebelfronten vor wenigstens künftiger Verunstaltung gesichert usw. Erinnert sei hier auch an die von der Stadtverwaltung schon vor

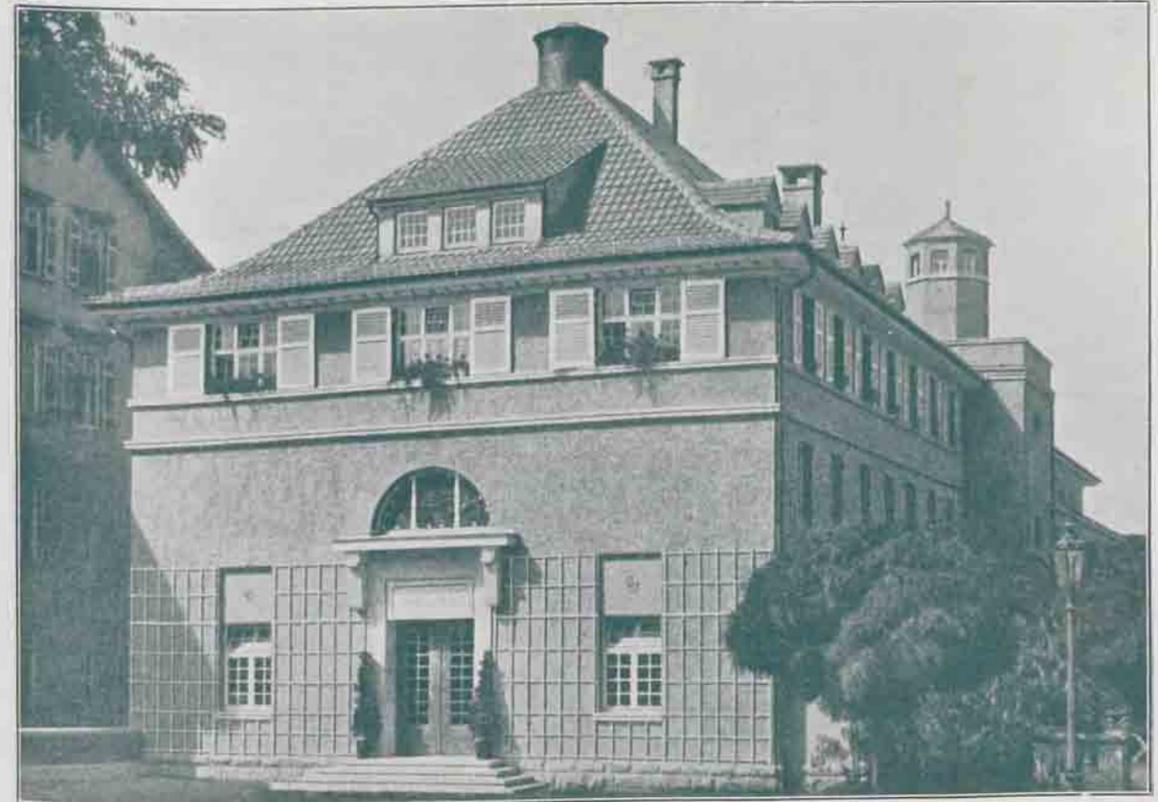
Jahrzehnten bewirkte Beziehung berufener Städtebauer anlässlich der Erstellung von privaten Gebäuden beispielsweise des bekannten Prof. Theodor Fischer bei Erbauung des Verbindungshauses der Burschenschaft Derendingia auf dem Schloßberg mit der Folge, daß die jetzige, dem umgebenden äußeren Rahmen glücklich angepaßte Außengestaltung des Korporationshauses sich durchgesetzt hat.

In der kommenden Zeit wird die bauplanliche Bearbeitung der nachfolgend skizzierten Gebiete notwendig werden und Hand in Hand damit die Neubearbeitung unserer allgemeinen Ortsbauordnung und besonderer Anbauvorschriften für einzelne Quartiere:

1. wie bereits förmlich beschlossen des veralteten Stadtbauplans am Föhrberg und Geigerte und seine Erweiterung nach Norden und Westen in die Bergzonen der Grafenhalde, des Zwergenbühls, Gflingsloh etc. hinein, nicht ohne die Heringziehung des Klinikengebiets, soweit es praktischen Belang hat;
2. eines Teils des Stadtbauplans im Bereich des oberen Ammertals mit nachträglicher Einlegung eines im Prinzip schon gutgeheißenen, mehr diagonal verlaufenden Verkehrszugs von der Westbahnhofstraße zur äußeren Herrenbergerstraße, und unter Erweiterung nach Norden und Westen;
3. die endliche Regelung des Stadtbauplans der Derendinger Vorstadt;
4. Stadtbauplan vom Galgenberggebiet mit Unterbringung des neuen Friedhofs;
5. Feststellung des Stadtbauplans vom eigentlichen Industrieviertel (östlich der Eberhard- und Ludwigstraße);
6. Erweiterung des Stadtbauplans vom Oestenberg gegen Osten hin bis zur Lustnauer Banzone im Neule, und vom Neckar (südlich) bis zur Lustnauer Allee (nördlich) gemeinsam mit der Gemeinde Lustnau;
7. Erweiterung des Stadtbauplans der Wittelmsvorstadt (im Anschluß an den Lustnauer Denzenberg) in das Bergland des Heuland hinein und evtl. (damit zusammenhängend);
8. Stadtbauplan der oberen Waldhäuserstraße (alte Leimengrube) unter Einbeziehung der Berggebiete des Iglersloh, der Viehweiden, des Käsenbachs, Rotbads etc.;
9. Eingliederung des Schloßbergs in den Stadtbauplan mit Anschluß an die bestehenden Pläne der Neckarhaldevorstadt und der Schwärzlocherstraße.

Die gründliche Bewältigung dieser Aufgaben wird die technischen Aemter der Stadt noch auf Jahre beanspruchen. Dabei wird man sich bestrebt halten, zunächst Bebauungspläne mehr genereller Natur zu erlangen aus

ihrem noch wandelbaren Rahmen heraus und dem jeweiligen Bedürfnis angepaßt von Fall zu Fall kleinere Ausschnitte endgültig zu bearbeiten und dann dem Ministerium zur Genehmigung jeweils vorzulegen.



Ablandbad

Bauliche Ausdehnung Tübingens in den letzten 50 Jahren

Das rein äußerliche Wachstum unserer Stadt in den letzten 50 Jahren sollte (ebenfalls aus Anlaß des Universitätsjubiläums) in zugleich urkundlicher und leicht merkbarer und übersichtlicher Weise der Einwohnerschaft dargelegt werden. Dies konnte am besten geschehen durch entsprechende Ergänzung oder durch Neudruck des vorhandenen Stadtplans und zwar derart, daß in allerdings langwieriger

kleiner Arbeit all die in der rückliegenden Aera angefallenen Neu- und Erweiterungsbauten hoch- und tiefbaulicher Art von fachverständiger Seite aufgezeichnet, und mit Unterscheidung ihres zeitlichen Anfalls verschieden koloriert und dann zur Formung und Vervielfältigung mittels Steindrucks einer einschlägigen Firma überwiesen worden sind. Dabei war man von Hause aus zwecks besserer Fruchtifizierung der

Arbeit für die weitesten Kreise darauf bedacht, nicht nur dem kleinen gemeindlichen Schriftchen eben mit Bezug auf gegenwärtiges Kapitel den so geschaffenen neuen Stadtplan als ein Charakteristikum des solenneren Zeitgeschehens einzuhängen, sondern denselben womöglich auch im hiesigen Adreßbuch als eine aus Jubiläumsjahr besonders erinnernde Beilage zu verwerthen.

Die neue stadtplanmäßige Darstellung spricht für sich selbst und zählt im Wesentlichen all das auf, was in der rückliegenden Periode zwischen den beiden Jubiläumdaten mit Unterscheidung der beiden hauptsächlichlichen Zeitabschnitte 1877 bis 1897 und 1897 bis 1927 an Hoch- und Tiefbauten auf der Bildfläche des Stadtbezirks und seiner allernächsten Umgebung sich verändert hat oder Neues geworden ist.

Um einiges Charakteristische aus dem Bestand des Jahres 1877 herauszustellen, hätte der oberflächliche und flüchtige Betracht u. a. vielleicht folgendes zu vermerken:

Beim 400-jährigen Jubiläum erfreute sich die Stadt bereits der Eisenbahn Neutlingen—Rottenburg und der Zollernbahn (1861 bezw. 1869 erbaut). Sie war auch schon seit Jahren im Besitz einer Gasanstalt (1862 errichtet) und eben im Begriff, eine neuzeitliche Wasserversorgung mit ihrem Pumpwerk an der Hechingerstraße, mit ihrem Reservoir auf dem Desterberg und entsprechendem Leitungsnetz durchzuführen. Während der Kern der Altstadt im wesentlichen dieselbe Physiognomie darbot wie heute, war das Stadtbild als Ganzes gesehen ein viel engrahmigeres und zeigte namentlich (um das vorweg zu sagen) in der Anlage, Pflege und Beleuchtung seiner Straßen (Gehwege) und öffentlichen Plätze vielfach noch einen recht ursprünglichen ja derb dörflichen Charakter. Südlich vom Neckar standen — außer dem bescheidenen Bahnhof und einigen Häusern an der Karls-, Uhland- und Böhldstraße die Kaserne (1873 erbaut), das nun wieder verschwundene Gaswerk an der Neutlingerstraße und wenige kurz zuvor erstellte Gebäude an der Hechinger- und Steinlachstraße. Und wer vom Bahnhof her die alte, malerische im Jahre 1900 niedergelegte Neckarbrücke passierte, konnte von Bauweisen auf den Höhen des Desterbergs und des Schloßbergs noch nichts wahrnehmen. Die äußersten Gebäude an der Gartenstraße auswärts waren das von Rittmeister Schott (No. 11 an der Nordseite) und das von Obertribunalrat Wüß (No. 20 an der Südseite). Der ganze Verkehr von und zu der Stadt zwängte sich durch die bucklige Neckargasse, da die Mühlstraße die heutige Trägerin des Haupt- und

Durchgangsverkehrs ja erst vom Jahr 1887 ab in mehreren Bauetappen erschlossen worden ist oder mehr oder weniger vollständig sich Bahn gebrochen hat.

Erhöhte Gehwege gab es noch keine im ganzen Umfang der Altstadt. Meist verlief in der Mitte der Gasse ein Kandel und in den Fugen des holperigen Kleinsplasters grünte nicht selten recht üppig der Graswuchs. Die Kanalisation fehlte noch gänzlich und ganz besonders die Verhältnisse und Winkel in der unteren Stadt gaben davon ruckbares Zeugnis. Aber auch der Grundwasserstand reichte hier den größten Teil des Jahres teilweise bis unter das Straßenpflaster, was sich am besten in den eben errichteten Hydrantenschächten beobachten ließ.

Alljährlich überschwemmten zuweilen mehrmals die Hochfluten des Neckars und der Steinlach die talgelegenen Wiesen und Felder und bewirkten in den Alleen und Untergehöfen der dortigen Häuser häufigen und auch namhaften Schaden. Auch die Ammer ging nach starken Gewitterregen leicht über Bord und setzte außer den Wiesen im Ammertal und dem botanischen Garten die ganze untere Stadt bis herauf in die Kornhausgasse mehr oder weniger fühlbar in Mitleidenschaft.

Westwärts war die Stadt nicht weit über die ehemalige Umwallung hinaus vorgedrungen und war mit Ausnahme von einigen Mühlen etc. am Schleismühle- und Schwärzlochweg wenig zu sehen. Auch die Häuser an der Belthle- und Keltnerstraße wurden erst später — Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre und bis herein in die Neuzeit erstellt. Auf dem Föhberg thronte nur (an der Stelle der heutigen Nervenklinit) das von Professor Oslander herrührende „Schlößchen“ und am Fuße des Bergs (am Krummshentel) lagerten der „König“, der „Engel“, die alte „Nempferlei“ und die Villa Köstlin (jetzt Bezirksbauamt). Eine Wilhelmsvorstadt existierte nicht. Die letzten Häuser an der Wilhelmstraße auswärts waren südöstlich ein Teil der alten Augenklinit und nordwestlich die alte Partie des Reitstalls. Weiter einwärts waren auf der Nordwestseite (der Wilhelmstraße) das alte chemische Institut, die neue Aula und das botan. Institut schon vorhanden. Auch der Hauptbau der chirurg. Klinit, das physiologische und das pathologische Institut waren neben einer schon länger eingegangenen Ziegelei bereits auf der Bildfläche.

Nach dem Jahre 1877 setzte die Bautätigkeit sofort kräftig ein, erreichte in der Zeit von 1884 und 1885 einen gewissen Höhepunkt und staute dann wieder etwas ab gegen das Ende der 80er und im Anfang der 90er Jahre. Bis zum Jahre 1897 waren be-

reits 300 Hauptgebäude errichtet, von denen nachfolgende besondere Erwähnung verdienen:

1) **An Gemeindebauten:** der Realschulanbau am Schulberg, die Mädchenvolksschule an der Grabenstraße und die Knabenvolksschule an der Keltnerstraße.

2) **An Universitätsbauten:** das Kanzlerhaus, die Universitätsturnhalle und der neue Reitstall an der Wilhelmstraße, die Anatomie am Desterberg, die medizinische Klinit an der Oslanderstraße, das physiologisch-chemische Institut an der Gmelinstraße, das große Pflanzenhaus im botanischen Garten, das physikalische Institut an der Gmelinstraße, die Frauenklinit und die Nervenklinit an der Oslanderstraße.

3) **An sonstigen Bauten:** die katholische Kirche und der Kaiser-Wilhelmsturm auf dem Desterberg.

Die Erstellung der ca. 300 Neubauten erforderte in der gleichen Zeit auch den Ausbau entsprechender Straßen, Abwasserkanäle und Leitungen für Gas- und Wasserzufuhr. Ein Bild von dem ungefähren Ausmaß dieser Bauten mögen die nachfolgend errechneten Zahlen unseres Stadtvermessungsamtes geben.

Danach handelt es sich in den ersten zwei Jahrzehnten (1877—1897) um:

den Ausbau von ca. 3650 Meter chauffierter Ortsstraßen,
die Ausführung von ca. 8000 Meter Gehwegen (Randsteine),
von ca. 3700 Meter Abwasserkanäle,
von ca. 4400 Meter Wasserleitungsrohren
von ca. 3250 Meter Gasleitungsrohren
von ca. 5500 Quadratmtr. Kandelpflaster.

In den letzten 3 Jahrzehnten war die Bautätigkeit fast durchweg, wenigstens in der Friedenszeit, eine sehr starke. Ihren größten Umfang erreichte sie im Jahre 1911, ging von da bis zum Kriegsausbruch etwas zurück, um in den Kriegsjahren fast ganz auszusetzen, und erwachte danach wieder mit einem bis heute sich steigenden Wachstum; stadtsieits gefördert durch verbilligte Abgabe stadteigenen Baugeländes, durch Reihung von städtischen Baudarlehen und durch Bürgerschaftsübernahme für Darlehen der staatlichen Wohnungskreditanstalt.

In der Zeit von 1897 bis 1927 wurden erbaut ca. 830 Hauptgebäude. Darunter mag man hervorheben:

1. **An städtischen Gebäuden:** Das Gymnasium und die Turnhalle an der Uhlandstraße, das Elektrizitätswerk an der hinteren Grabenstraße, der Anbau an die katholische Schule und der Aufbau der Mädchenvolksschule an der Grabenstraße, der Um- und Anbau des Rathauses, das neue Gaswerk im Eisenhut, der städt-

ische Bauhof am Schleismühlweg, die Oberrealschule an der Uhlandstraße, die Gewerbeschule und das städt. Krankenhaus (nun Altersheim) an der Schmiedthorstraße, das städt. Kraftwerk an der Brückenstraße, das Uhlandbad bei der Neckarbrücke und die im Bau begriffene Mädchenrealschule samt Turnhalle an der Derendinger Allee.

2. **An Universitätsbauten:** Der Anbau an die chirurgische Klinit, das zoologische und mineralogische Institut an der Hölderlin- und Waldhäuserstraße, das chemische Institut an der Wilhelmstraße, die Augenklinit an der Oslanderstraße, die Universitätsbibliothek an der Wilhelmstraße, die Poliklinit und die Haut- und Ohrenklinit an der Oslanderstraße, und die werdende Kinderklinit an der Rümelinstraße.

3. **An sonstigen staatlichen Bauweisen:** Das Justizgebäude mit besonderen Verwaltungs- und Gefängnisbauten an der Kaiserstraße, das Oberamtsgebäude an der Rümelinstraße und mehrere große Beamtengebäude an der Hauser-, Melanchthon- und Brunnsstraße.

4. **An Reichsbauten** (für Garnisons- und Bahnzwecke): Das Betriebsinspektionsgebäude am Bahnhof, das Güterbahnhofsgebäude, die Werkstättebahnhofsgebäude, die Gebäude des Westbahnhofs, das Offizierskasino an der Böhldstraße, die Neukaferne und das Lazarettgebäude an der Paulinenstraße, die Neu- und Umbauten des Hauptbahnhofs, der Postneubau an der Karlsstraße und in gegenwärtigem Stadium ein großes Dienstgebäude der Reichspost an der Bahnhofstraße.

5. **An Bauweisen von anderer Seite** (Kirchengemeinde, Gesellschaften und Private): Die Eberhardskirche und das Stadtpfarrhaus an der Eugenstraße, das Missionsärztliche Institut mit Schwesternheim an der Mauler- und Mohlstraße und das Tropengeneesungsheim auf der Höhe des Iglersoh, der Museumsanbau, die Geschäftshäuser an der Mühl- und Kaiserstraße und die studentischen Verbindungshäuser auf dem Desterberg und dem Schloßberg, das Schlachthaus.

Zusammen wurden in den letzten 50 Jahren ca. 1130 Hauptgebäude erstellt. Mit der Erstellung dieser Gebäude mußte natürlich der Ausbau von Straßen und deren Ausstattung mit Leitungen aller Art Schritt halten. Ein ungefähres Bild von dem Ausmaß dieser Tiefbauten mögen die nachfolgenden vom Stadtvermessungsamt errechneten Zahlen geben.

Danach handelt es sich in den letzten 50 Jahren um: den Ausbau

von ca. 20 000 Meter chauffierter Ortsstraßen,
die Ausführung von ca. 36 600 Meter Gehwege (Randsteine)

von ca. 25 000 Meter Wasserleitungsröhren,
 von ca. 29 700 Meter Gasleitungsröhren,
 von ca. 58 600 Quadratmeter Pflasterflächen
 (ohne Flidarbeiten und zweite Pflasterungen),
 von ca. 1800 Meter Brunnenleitungsröhren,

von ca. 184 Meter Werkkanal (Mühlkanal-
 kraftwerk),
 von ca. 600 Meter Turbinenleitung zur hydrau-
 lischen Akkumulierung,
 von 1550 Meter Fernwarmwasserleitung.

Die Bevölkerung der Stadt

Bevölkerungszahl und Standesamt von 1876-1926

Nach den in der Regel alle 5 Jahre vorgenommenen Volkszählungen hat sich die ortsanwesende Bevölkerung von Tübingen vom Jahr 1875 bis zum Jahr 1925 mehr als verdoppelt. Von dieser Zunahme entfallen auf die ersten 20 Jahre (1875—1895) 3518 Einwohner — rund 30 % und auf die weiteren 30 Jahre (1895—1925) 7270 Einwohner — rund 70 %. Ueber die zu Grunde liegenden Ursachen soll hier nicht näher gehandelt und sollen lediglich die Ergebnisse der einzelnen Volkszählungen aufgeführt werden:

	ortsanwesende Personen	Religion			andere Bekennn.
		ev.	kath.	ist.	
1875:	10,471	9,056	1,266	75	74
1895:	13,989	—	—	—	—
1905:	16,809	12,451	2,970	105	193
1910:	19,078	15,304	3,509	139	126
1916:	19,491	—	—	—	—
1919:	19,275	—	—	—	—
1925:	21,259	15,782	3,939	82	463

Aus diesen Volkszählungsergebnissen ist noch als Besonderheit festzustellen, daß sich die Bevölkerungszahl im Kriegsjahr 1916, trotz der Einberufung selbst der letzten Jahresklassen, im Vergleich mit derjenigen im Jahr 1910 — auch wenn man die natürliche Zunahme von 1910—1914 im Auge behält — sogar erhöht hat. Dies resultiert daher, daß Tübingen in seiner Eigenschaft als Universitätsstadt mit den verschiedenen Universitätskliniken schon von Kriegsbeginn an (und später durch Umwandlung der Universitätsturnhalle, des Museums, des Konvikts und einer Anzahl Studentenhäuser) in ein Heimatlazarett ersten Ranges sich verwandelt und daß es zufolge Belegung der alten und neuen Kaserne, aber auch des

Konvikts, des Schlosses und des Pflughofs mit Ersatzformationen, im Jahr 1916 nicht weniger als 4106 Militärpersonen und 34 Kriegsgefangene gezählt hat.

Nach dem Zurückfluten der Heeresmassen und der Auflösung der Truppenteile wurden hier im Jahre 1919 19,275 ortsanwesende Personen, darunter noch 96 Militärpersonen (meist Abwicklungskommandos) festgestellt und die letzte Volkszählung im Jahre 1925 bringt gegenüber dem Jahr 1919 wieder einen normalen Bevölkerungszuwachs von rund 2000 Personen, darunter 550 Militärpersonen als Angehörige des II. Reichswehrbataillons (bad.) Inf.-Reg. 14.

Anschließend an die Volkszählungsergebnisse wird auch in kurzem Zahlenbild das Anwachsen der Besuchsziffer der Studenten an der hiesigen Universität interessieren.

1875:	888
1895:	1262
1905:	1714
1910:	2169
1916	458 (und 1621 immatr. Kriegs-
1919:	2957 teilnehmer)
1926:	2752

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bevölkerungszahl ist es nicht abwegig, auch des nunmehr seit über 50 Jahren bestehenden Standesamts besonderer Erwähnung zu tun.

Durch das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes ist bekanntlich mit dem 1. Januar 1876 im ganzen Reich die seither von den Pfarrämtern vorgenommene Aufzeichnung der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle, sowie die Führung der Kir-

chenbücher (jetzt Familienregister) auf die Standesämter übergegangen.

Aus diesen Eintragungen ergibt sich, daß die Zahl der Geburten „in der Stadt“, im Vergleich der Jahre 1876—1926 und im Verhältnis zur Einwohnerzahl um etwa 50 % zurückgegangen ist (und daß im Kriegsjahr 1917 nur etwa die Hälfte der Geburtenzahl der Vorkriegsjahre erreicht wurde). Dagegen welfi

Bemerkenswert ist am Ende auch die Verteilung der Stadtgeburten auf die einzelnen Berufsstände — vergl. auch Berufsumschichtung:

	Zahl der Geburten	Wein- gärtner	Gewerbe- treibende	Beamte	Angestellte u. Arbeiter	Sonstige
1876:	290	30 %	31,7 %	20,1 %	12,8 %	5,2 %
1895:	278	24,3 %	23,5 %	22,2 %	24,4 %	5,7 %
1905:	367	12,8 %	21,5 %	27,5 %	35,5 %	2,4 %
1926:	312	1,3 %	17 %	31,8 %	40,9 %	9,8 %



Schwimmballe des Ablandbades

nach unwesentlichen Störungen in den Kriegsjahren die Geburtenzahl „in der Universitätsfrauenklinik“ eine ungehemmte Steigerung auf.

	Geburten:		
	in der Stadt	in % der ortsanw. Bevölk.	in der Universitäts- Frauen-Klinik
1876:	290	2,73	143
1895:	278	1,99	380
1905:	367	2,78	317
1913:	349	1,70	756
1917:	186	0,95	574
1919:	300	1,55	694
1926:	312	1,47	890

Die Eheschließungen zeigen seit dem Jahre 1905 ungefähr dieselbe Zahl, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit erkläre Schwankungen aufweist, also prozentual betrachtet einen nicht unerheblichen Rückgang.

	Eheschließungen	
	Zahl	in % der ortsanw. Bevölkerung
1876:	71	0,67 %
1895:	85	0,61 %
1905:	113	0,69 %
1913:	112	0,53 %
1917:	87	0,44 %
1919:	151	0,78 %
1926:	113	0,53 %

Ein eigenartiges Bild ergibt die Zahl der Sterbefälle „in der Stadt“, vergleicht man nämlich die Zahl derselben im Jahr 1876 (230) mit derjenigen von 1926 (188), so zeigt sich, daß die Sterbefälle — im Verhältnis zur Einwohnerzahl — auf annähernd $\frac{1}{3}$ tel gefallen sind, was wohl als eine Folge ärztlicher Kunst, gesteigerter Volkshygiene, besonders rüchlich des Rückgangs der Kindersterblichkeit (gerade hier an der Universität) anzusehen ist.

Sterbefälle:

	in der Stadt (Einwohnerzahl)	in % der Einw.zahl	in der Klinik (u. auswärtig Eingebuchte)
1876:	230	2,23 %	103
1895:	190	1,36 %	149
1905:	274	1,63 %	228
1913:	162	0,85 %	344
1917:	295	1,51 %	295
1919:	227	1,20 %	342
1926:	188	0,89 %	359

Zu vergleichen ist dann noch im besonderen die Säuglingssterblichkeit mit ihrem Anteil an dem Rückgang der allgemeinen Sterblichkeitsziffer mittels nachstehender Zahlen:

Säuglingssterblichkeit: (Kinder unter 1 Jahr)

	Sterbefälle in der Stadt	darunter Säuglinge	in % der Sterbefälle
1876:	230	80	33,6 %
1895:	190	54	28,4 %
1905:	274	81	29,6 %
1913:	162	24	14,8 %
1917:	295	27	9,1 %
1919:	227	24	10,5 %
1926:	188	24	12,8 %

Zum Schluß wird der „Geburtenüberschuß“, der etwa $\frac{1}{4}$ der gesamten Bevölkerungszunahme ausmacht, nachgewiesen. Wie schon oben ausgeführt übersteigt dieser, trotz des 50 %igen Rückgangs der Geburten (im Verhältnis zur Einwohnerzahl) die Sterbefälle:

	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
1876:	290	230	60
1895:	278	190	88
1905:	367	274	93
1913:	343	162	181
1917:	186	295	—
1919:	300	227	73
1926:	312	188	124

Berufliche Umschichtung in den letzten 50 Jahren

Vor 50 Jahren hatten wir in Tübingen einen Bevölkerungsstand von 10 471 Einwohnern — einschließlich Studenten und Militärpersonen — mit 1976 Haushaltungen. Um nun ein einigermaßen getreues Bild der beruflichen Umschichtung bis zur Gegenwart zu bekommen, werden wir (in der Hauptsache) die Ziffern der jeweils polizeilich gemeldeten bzw. festgestellten Haushaltungen als solcher und dazu die Zahl der Steuer- und Gebührenträger zu Grund legen müssen.

Danach finden wir im Jahr 1877 zu einem erheblicheren Teil unserer Einwohnerschaft den Landwirtschaftsberuf mit vorzugsweisem Weinbau vertreten, dann — zahlenmäßig noch stärker — das Kleinhandwerk (zum Teil mit landwirtschaftlichem Nebenbetrieb) und endlich — numerisch noch recht bescheiden — das Handelsgewerbe; beide (Handwerk und Handel) mehr oder weniger abgestimmt auf die Bedürfnisse und Einrichtungen der Hochschule. Neben diesen 3 Berufsständen, die häufig unter dem Begriff der Wirtschaft (im engeren Sinn) zusammengefaßt werden und die Träger selbständiger (wirtschaftlicher) Unternehmungen umschließen, unterscheiden wir als weitere Berufschichten die Angehörigen der Universität und der Garnison, sowie die Beamten des Staats- und der Stadt, der Eisenbahn, der Post und eine Anzahl von Rentnern und Pensionären. Letztere sind übrigens zu jener Zeit der Zahl nach nicht sonderlich auffällig.

Es waren also vorhanden (1877) nach unseren Ermittlungen:

	Wein- gärtner (Voll- betriebe)	Wein- gärtner (u. ungleich Tagelohn- arbeit)	Hand- werker	Handel	Zusammen
1877:	150	312	591	95	1148

	Freie Berufe	Beamte des Staats- u. der Stadt	Beamte der Eisen- bahn	Post	Pensionäre sonstige Rentner	Zusammen
1877:	21	254	87	24	108	260

	Arbeitnehmer (Angestellte, Handwerksge- s. und Arbeiter)	Zusammen
1877:	74	828

Erst mit der Weiterentwicklung der Stadt und der raschen Zunahme ihrer Bevölkerung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzog sich hier ein Wandel, der mit dem anderer z. B. industrieller Städte in seinen

ursächlichen Verhältnissen nicht ohne weiteres zu vergleichen ist.

Im einzelnen mag man dazu bemerken: Der Rückgang des Weinbaus und die Ausdehnung der städt. Wohnzone hat die, in Ansehung der ertragsfähigen Anbaufläche, ohnehin beschränkte Zahl lebensfähiger landwirtschaftlicher Betriebe weiterhin verringert und so mancher Kleinlandwirt, der neben seinem eigenen Wesen durch zusätzliche Tagelohnarbeit in Gärten usw. sein Leben gestiftet, war durch die wachsende Ungunst der Verhältnisse gezwungen, einen mehr dauernden Unterschlupf als Arbeiter oder Angestellter in irgend einem (nicht zuletzt auch städtischen) Haushalt zu suchen; insbesondere gaben auch die viel umfangreicher gewordenen staatlichen Einrichtungen erstklassig der Eisenbahn- und Postdienst auf solche Weise nicht wenigen das tägliche Brot.

	Weingärtner (Vollbetriebe)	Weingärtner (mit Tagelohnarbeit)
1877	150	312
1897:	179	284
1926:	146	156

Anders beim Gewerbe: Dieses hat sich der fortschreitenden Entwicklung durch wenigstens teilweises Umstellen auf maschinelle Einrichtung einigermaßen angepasst und neben verschiedenartigem Verlust auch eine ganze Anzahl von Neubetrieben, allerdings zumeist bescheidenen Umfangs aufgebracht.

Handwerksbetriebe:	1877: 591,
	1897: 668,
	1926: 788.

Auch der Handel hat sich unter anderem zufolge der allgemeinen Herstellung von Massenartikeln mehr und mehr entwickelt und nicht wenig Geschäfte verschiedenster Bedarfsgebiete erweilen ein auch qualitativ gesteigertes Leistungsvermögen.

Handelsbetriebe:	1877: 95,
	1897: 148,
	1926: 318.

Die freien Berufe wie Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte usw. zeigen nachfolgende Ziffern:

1877: 21,
1897: 32,
1926: 84.

Aber auch die übrigen Einrichtungen des Staats (in Reich und Land) — Landgericht, Amtsgericht,

Oberamt, Finanzamt, Bezirksbauamt, Lehrerschaft u. a. — und der Universität (Institute, Kliniken usw.) haben naturgemäß eine große Zahl von Beamten hierher geführt und Tübingen zu einem vielbegehrten Amts- und Wohnsitz gemacht.

Beamte des Staats und der Stadt:

1877: 254,
1897: 340,
1926: 681.

Der Ausbau der Verkehrsmittel insbesondere der Eisenbahnen und Post stempelte die Stadt zu einem Knotenpunkt der Eisenbahnlinien Tübingen—Stuttgart, Tübingen—Horb, Tübingen—Sigmaringen und Tübingen—Herrenberg, der wiederum die Heranziehung von Personal dieser Verkehrseinrichtungen am hiesigen Platze (für die erwähnten Strecken) zur Folge hatte und der die Zahl dieser Beamten mächtig ansteigen ließ.

	Eisenbahnbeamte	Postbeamte
1877:	87	24
1897:	162	49
1926:	447	142

Und nicht zuletzt hat die ausgezeichnete landwirtschaftliche Lage der Stadt und die seltene Schönheit ihrer Umgebung so manchen bewogen, seinen Wohnsitz hier zu nehmen und für viele, die einmal hier Fuß gefaßt hatten, ist sie zur dauernden Heimat geworden.

Am allermeisten aber hat die Stadt zusammen mit der Möglichkeit des Besuchs höherer Schulen und letzten Endes der Hochschule immer eine große Anziehungskraft insbesondere auf solche Personen ausgeübt, die am Ende ihrer Schaffenskraft den geruhigsten Lebensabend hier zubringen wollten und die nützlichweise damit verbinden konnten, ihren Kindern oder sonstigen Angehörigen ein, wenn auch bescheidenes so doch erträgliches Studium in Anlehnung an den eigenen Haushalt und Familienkreis zu ermöglichen (nicht selten derart, daß eine gewinnbringende Untervermietung das Rückgrat des Haushalts zu stützen hatte).

In welchem Ausmaß hiervon Gebrauch gemacht wurde, zeigen folgende Zahlen:

Pensionäre: (im Ruhestand lebende Beamte)

1877: 108,
1897: 230,
1926: 508.

Sodann seien noch genannt diejenigen Personen (Rentner, Witwen usw.), die sich zufolge Alters und

aus gesundheitlichen Rücksichten vom Handwerk oder Geschäft zurückgezogen haben, um ihre letzten Jahre im Ruhestand zu verbringen; bei ihnen ist, wie nachstehende Zahlen zeigen, ohne Zweifel als Folge des Vermögensverlustes durch die Inflation seit dem Jahr 1897 im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme keine wesentliche Veränderung eingetreten.

Sonstige Rentner, Witwen und Privatleute:

1877: 260
1897: 438
1926: 516

Als bisher (1877 und 1897) in der Bevölkerung nicht besonders hervorgetretene Berufschicht ist endlich eine Anzahl Angestellter, Gewerbegehilfen und Arbeiter mit selbständigem Haushalt festzustellen:

1877: 74
1897: 107
1926: 764

Als Gesamtbild ergibt sich aus der geschilderten Entwicklung der einzelnen Berufsarten, daß seit dem Jahr 1877 eine grundlegende Umschichtung der Gesamtbevölkerung derart eingetreten ist, daß die selbständige Bevölkerung der Landwirtschaft, des Handwerks und Handels im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (nach der Zahl der Haushaltungen) betrügt:

a) Betriebsunternehmer:

	Gesamtzahl der Haushaltungen	Wein-gärtner	Handwerk	Handel	sonst.	in % der Haushaltungen
1877:	1976	462	591	95	1148	58%
1897:	2637	463	668	148	1279	48,5%
1926:	4550	302	788	318	1408	31%

b) sonstige Berufe:

	Preis-berufe	Quantität der Stände				
	beruflich	der Stände				
1877:	21	254	87	24	108	260
1897:	32	340	162	49	230	438
1926:	84	681	447	142	508	516

	Arbeitsnehmer	insg.	in % der Haush.
1877:	74	828	41,9%
1897:	107	1358	51,4%
1926:	764*	3142	69%

(Darunter kaufm. Angestellte: Buchhandel, Bank 184, Gewerbegehilfen, Schriftf., Bauhandw. 412, ungelernete Arbeiter, Hilfsarbeiter, Tagl. 168)

Mit andern Worten: Während diese (selbständigen) Betriebe im Jahr 1877 noch rund drei Fünftel der hiesigen Einwohnerschaft ausgemacht haben, sind sie — ungefähr hälftig vertreten um die Wende des Jahrhunderts, — im Jahr 1926 aufgrund zwei Fünftel der ortsansässigen Bevölkerung heruntergegangen — und hat unser Tübingen, wenigstens nach diesen Zahlen, den Charakter einer vorzugswelken Beamten- und Rentnerstadt noch weiter entwickelt.

Gewerbe und Handel

Entwicklung der letzten 50 Jahre

Die gewerblichen, meist handwerklichen Betriebe Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts trugen wohl in Tübingen vielfach noch und mehr oder weniger das Gepräge der früheren (rechtlich abgetanen) Zunftverfassung oder doch herkömmlichen Umfang und Zuschnitt. Die zum meist kleinen Handwerksbetriebe brauchten auch kaum besondere Hilfskräfte; sie wurden gegebenenfalls vom

Vater auf den Sohn übertragen und von diesem oder dem sonstigen Nachfolger in der Regel nach der übernommenen Schablone weiter geführt. Natürlich nicht ohne Ausnahmen. Großgewerbliche Form gabs noch keine, auch wenn man die damals in der Fünzfzahl existenten Brauereien, die heute alle verschwunden, in Betracht zieht.

Und die Jahrhunderte alte Gewöhnung

brachte es in der Universitätsstadt so mit sich, daß auch der Durchschnittshandwerker seinen Lebensunterhalt nicht unwesentlich auf das Einkommen aus Wohnungsmiete und aus zuweilen recht ausgedehnter

lung rationeller, leistungsfähiger zu gestalten, da erwuchsen ihm schon von den Nachbarn und dergl. nicht geringe Schwierigkeiten. Man war aber auch, selbst wenn nur bescheidene Erweiterung der Werkstatt



Gewerbeschule

Landwirtschaft abgestellt und eben nicht selten nur insoweit gewerblich sich angespannt hat, als die Kundschaft solches verlangte. Auch der Geschäftsgeist ließ vielleicht da und dort zu wünschen übrig, vollends in den Fällen, wo die Nachahmung gewisser studentischer Bräuche an ihm gekehrt hat. Häufig fehlte es für die Möglichkeit gesteigerter Produktion in den enggebauten und blockierten Stadtteilen am Werkstatttraum und an den Betriebsmitteln. Und wenn je der eine oder andere Handwerksmeister — auf der Basis der eingetretenen allgemeinen Gewerbefreiheit — einen Anlauf nahm, seinen Betrieb in Grundlage und Einrich-

eines Flaschners oder Ähnliches in Frage stand, mit dem für den Zirkulationsweg stets marktbereiten Einwand jeweils rasch zur Hand, das Unternehmen sei ein lästiges und ob seiner gesteigerten Geräusch- etc. Wirkung am Sitz einer Hochschule unmöglich zu dulden u. a.

Und so braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, daß während der aufs Jahr 1877 nächstfolgenden Jahrzehnte der in Land und Reich fessellos einsetzenden gewerblichen Entwicklung (mittels maschineller Arbeit und im Großbetrieb) auch hierorts eine Reihe von Handwerkerarten zum Opfer gefallen sind und

daß dagegen die Zahl der Handelsbetriebe, deren es im Jahr 1877 in Tübingen 95 gegenüber insgesamt 591 gewerblichen gewesen sind, in dieser Zeit auf Doppelt anwuchs. Ausgestorben sind da vornehmlich: die Band- und Bortenmacher, die Tuchmacher, die Tuchscherer, Hut-, Handschuh-, Kamm- und Knopfmacher, die Weindreher, Nagelschmiede, Rot- und Weißgerber, Seiler und Seifensieder u. a.

Günstiger war die Sachlage naturgemäß bei dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und seinen verwandten Berufen von Alters her und bis in die neuere Zeit. Dieses hat fast in allen Zweigen fortwährend und in gesundem Wuchs seinen Platz behauptet. Brauereien haben wir allerdings (wie erwähnt) keine mehr und auch die Zahl der Wirtschaften ist gegenüber dem Jahr 1914 mit 87 auf die heutige (immer noch mehr als genügende) mit 66 zurückgegangen. Dagegen haben bekanntlich Ende der 80er

Auch diese Zahlen werden verständlicher, wenn man das oben schon angesprochene Entwicklungsverhältnis des Tübinger Handels mit Bezug auf den ganzen Gewerbebestand bis zur Gegenwart vollends aufzeigt.

Auf der einen Seite (Gewerbe) — nach der Zahl der Betriebe bzw. der steuerlichen Kapitale also eine Zunahme von 35% bzw. 235% auf der andern (Handel) eine solche von 240% bzw. 350%. Das in den 70er Jahren noch erhebliche Zurückstehen der beruflichen Handelsbetriebe ist freilich nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, daß damals fast sämtliche Bekleidungsartikel und Gegenstände des täglichen Bedarfs durch das Handwerk hergestellt und zum Verkauf gebracht wurden. Und das spätere ungemeine Wachstum der Handelsgeschäfte erklärt sich u. a. durch nachfolgende Hereinnahme dieser Bekleidungs- etc. Artikel, ursprünglich 16 Betriebe dieser Art (9 Ellenwaren) jetzt 47 derselben (Herrenwäsche, Huthandel,

I. Gewerbe:	1877		1907		1914		1918		1926		
	Zahl	Steuerkap.									
Baugewerbe	128	52,594	175	131,048	188	131,115	101	88,676	207	160,000*	
Bekleidungs- u. Genußmittelgewerbe	157	34,864	203	38,806	176	38,675	130	21,831	202	92,000	
Nahrungs- und Genußmittel	178	154,577	223	278,660	236	360,840	176	289,227	199	230,000	
Sonst. gewerbli. Betriebe	133	68,041	152	227,220	170	236,111	114	264,222	180	250,000	
Zus.	591	310,076	753	675,734	770	766,741	521	663,956	788	732,000	
II. Handel:		1877		1907		1914		1918		1926	
Bekleidung und sonst. Ausstattung	16	29,013	43	62,405	49	109,200	36	134,160	47	126,000	
Nahrungs- und Genußmittel	45	90,000	80	80,159	102	93,300	92	95,880	146	209,000	
Gewerbli. Erzeugnisse u. Bedarfsart.	19	28,000	25	28,553	25	49,400	28	48,481	47	102,000	
Sonst. Bedarfsartikel	24	22,000	40	153,419	47	230,075	33	191,235	78	170,000	
Zus.	95	169,013	188	324,536	223	481,975	189	470,456	318	598,000	

* Um die tatsächl. überal festgestellte, gehobene „Rechnungsbilanz“ von Gewerbe und Handel im Jahr 1926 mit derjenigen früherer Jahre zu vergleichen, mußte die frühere Besteuerungsgrundlage (persönlicher Reinkommen, Gültigkeit, Vertrag aus Betriebskapital zur „Schuldungsposition“ Ermittlung des Gewerbe-Steuerkapitals 1926 angenommen werden, denn das Gewerbevermögen 1926 (Steuerb. Steuerbetrag) würde nur in beschränkter Weise und infolge der Wirtschaftskrise an der Hand der Einkommensteuervorauszahlungen 1924, die sich auf „Einkommensänderungen“ stützen, berechnen (Vergleiche Einkommensteuervorauszahlung und 3 Prozent des Betriebskapitals). Diese beschränkten Zahlen bieten natürlich keine Gewähr für die fortwährende Entwicklung an Zahl und im Vergleich mit dem früheren Steuerkapital zu zeigen.

Jahre und Anfang der 90er die Metzger in einer Gesellschaft sich zusammengesetzt und mit deren Hilfe ein (öffentliches) Schlachthaus erstellt und damit der gemeindlichen Verwaltung, die auf diesem Feld entschieden besser angebracht gewesen wäre, bis auf Weiteres den Rang abgelaufen.

Es gab im Jahre 1877 im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 173 Betriebe (darunter 35 Bäcker, 48 Metzger, 6 Müller, 47 Wirtschaften, 4 Gärtner) wohl zumeist recht kleine Anlagen. Ende 1926 sind es nun deren 199 (darunter 42 Bäcker, 32 Metzger, 3 Müller mit einer Kunstmühle, 66 Wirtschaften und 25 Gärtnereien) — großenteils in jeder Beziehung recht leistungsfähige und ansehnliche Geschäfte.

Schuhwaren-, Kurzwaren-, Ausstattergeschäfte), dann das Anschwellen der Landesprodukte- und Spezerei- (Kolonialwaren-) geschäfte von 15 bzw. 20 auf jetzt 33 bzw. 78, der Papierwarenhandlungen von 3 auf 10, des Buchhandels von 5 auf 8, der Banken von 2 auf 6 — darunter neben erstklassigen und recht umfangreichen auch viele geringfügige Betriebe, Grünwarenläden etc. — und endlich durch das Hinzukommen ganz neuer Anlagen — Baumaterialien- u. Möbelhandlungen, Agenturen (letzte 31) usw.

Von der Jahrhundertwende ab — mit ihren fortschreitenden Verkehrsmitteln und mit ihrer so ziemlich alle Bedarfswaren erfassenden Industrialisierung — zeigt sich neben dem stetigen Anwachsen der Handels-

berufe auch im Gewerbe und speziell in der Sphäre des Handwerks (sonderlich des Bauhandwerks nach der Zahl der Betriebe und vor allem auch nach dem Umfang der Steuerkapitale — bis zum Ausbruch des Krieges eine immer lebhafter werdende Aufwärtsbewegung. Sie ist übrigens wesentlich mit verursacht durch eine Reihe von Maßnahmen der städt. Verwaltung, von denen im zweiten Abschnitt dieses Kapitels die Rede sein soll.

Auch einige Fabrikbetriebe wurden da existiert oder machen sich eher bemerkbar (1 Stuhl- und Möbelfabrik, 2 Zementfabriken, 1 Maschinenfabrik, 2 Kunstverlage).

Freilich der im Jahr 1914 ausbrechende Krieg unterbindet dann wieder so ziemlich für alle Gewerbebezweige den so hoffnungsvoll begonnenen Aufschwung. Zwar entstehen einige Rüstungsbetriebe mit der bekannten, meist kurzlebigen Aufblähung; aber für das übrige Gewerbe und nicht zuletzt für das aufstrebende Bauhandwerk bedeuten diese Kriegsjahre mit ihrer mancherlei Aufzehrung (erstlich der Arbeitskräfte selbst) auch in unserer Mitte einen bösen Aderlaß.

Die Zahl der steuerpflichtigen Gewerbe sinkt von 770 im Jahr 1914 auf 521 im Jahre 1918, also auf weniger als noch im Jahr 1877 (mit 591).

Auch die Summe der Handelsbetriebe erleidet einen immerhin merklichen Rückschlag (von 223 auf 189). Lähmend lag ja auf dem gesamten Wirtschaftsleben der immer drückendere Zwang und die Rationierung der Nahrungsmittel und fast aller Bekleidungs- und überhaupt Bedarfsgegenstände.

Danach präsentieren der verlorene Krieg und die Revolutions- und Inflationsjahre auch dem Gewerbe und Handel ihre Rechnung — mit einem weiteren empfindlichen Stillstand.

Freilich auch in dieser Periode allgemeinen Niedergangs blühen einzelne Geschäfte zum Teil recht fragwürdiger Grundlage und Herkunft und andere erlangen einen Papiermarkt-Reichtum, der sich jedoch vielfach als trügerisch erweist und späterhin unter der Marktstabilisierung zumeist rasch wieder verflüchtigt. Und nicht wenig Konturlose setzen zum Beweis dessen ihren Leichenstein.

Das Baugewerbe fristet indessen gerade inmitten der letzteren Ära (der Inflation) bei nicht ganz ausgeprägter Bautätigkeit eine leidliche Existenz.

Fassen wir endlich noch ins Auge die letzte Phase der Entwicklung vom Zeitpunkt der wieder stabilen Mark (November 1923) ab, so dürfen wir heute die Gewerbebetriebe wenigstens ziffermäßig als wieder auf dem Stand von 1914 angelangt feststellen und

voran das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe beklunden sie in der Gegenwart eine erfreuliche Lebenskraft, wenn auch zufolge unjünglicheren Mangels von Bar- und Kreditmitteln Tempo und Umfang der Erzeugung vorderhand in der Regel noch mäßige bleiben. Doch auch hierin scheint sich ja ein Wechsel zum Besseren anzubahnen.

Die Handelsbetriebe hinwiederum haben sich (wie schon oben gestreift) gegenüber dem Vorkriegsverhältnis um ein volles Drittel vermehrt; freilich mögen darunter auch leichter wiegende kaum lebensfähige Existenzen nicht allzu vereinzelt vorkommen. Der Stamm leistungsfähiger Kaufleute, die wirklich diesen Namen verdienen, hat jedenfalls die Aufschwüngen und Abwärtsfahrten überwunden und ist als solcher ganz leistungsfähig geblieben.

Aber auch die Fabrikbetriebe haben die kritischen Zeitläufte in der Hauptsache heil durchgemacht und sogar noch erheblichen Zuwachs gewonnen (1 Teigwarenfabrik, 1 Hutfabrik, 1 Strumpfwarenfabrik, 1 Fabrik für Heizungsanlagen, 2 Maschinen-, 2 Metallwaren- und 2 Möbelfabriken).

Auch dies ein Zeichen immer stärker einsetzenden gewerblichen Unternehmungsgeistes und ein Merkmal des wirtschaftlichen Fortschritts!

In diesem Zusammenhang wäre noch einzuflechten eine kurze Bemerkung über das Verhältnis unseres Universitäts-Haushalts zum örtlichen Gewerbe und Handel.

Daß der Sitz erlösnis der Universität, aber nicht nur dieser, sondern auch der in Tübingen gegebene Sitz verschiedenster Landes- und Reichsbehörden und nicht zuletzt einer Garnison in reichem Maße Fruchtfolgen hat für das ansässige Gewerbe und den Handel (und für die gemeindliche Gesamtwirtschaft) ist klar auch ohne aufzählenden Nachweis. Und es trifft dies zu, wiewohl das ökonomische Bild wenigstens im Verhältnis der Studentenschaft zur Tübinger Geschäftswelt im Zeichen des Wertstudenten und der studentischen Nothilfe gegen früher einigermaßen sich gewandelt hat.

Der durch das Dasein der Universität etc. begründete konsumtive Charakter der hiesigen Wirtschaft muß natürlich vor allem dem Handel zu gut kommen und in verschiedener Hinsicht Antrieb und Auftrieb ihm geben (beispielsweise Buchhandel und Buchdruck). In der Tat hat wohl auch darin die relativ große Zahl und Verschiedenart der oben skizzierten Handelsgeschäfte mit zum Teil hochentwickelter Leistungsfähigkeit (über den Rahmen einer Kleinstadt hinaus) seinen wesentlichen Ursprung.

Ein analoges wenn auch nicht durchweg gleichgeartetes Verhältnis besteht dann zwischen Hochschule und örtlichem Gewerbe. Auch hier bedingt von jeher und bis zur Stunde der vielgestaltige Bedarf der Universität (des öffentlichen und privaten Haushalts) namentlich im Bereich der Landeskrankenhäuser das Dasein einer Reihe von Gewerbebetrieben mit ihrem auf Neuerzeugung oder bloße Unterhaltung gerichteten Schaffen. Umfänglicher trifft dies zu speziell beim Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Aber auch bei einigen für den Verbrauch der Hochschule einschlägigen sonstigen Gewerben (Optik, Feinmechanik etc.) bestanden und bestehen schon seit längeren Jahrzehnten, mitunter beiderseits recht förderliche, zuweilen auf besonderem persönlichem Vertrauen abgestellte Beziehungen zum einen oder andern Universitätsinstitut und zu den Kliniken. Nicht zu vergessen sind gewisse Spezialgeschäfte des studentischen Verbrauchs (Glasmaler, Seckler).

Im übrigen aber ist die (schon oben gestreifte) Annahme kaum zu bestreiten, daß der im wirtschaftlichen Verhältnis zum sagen. „Universitätsdorf“ außerordentlich belangreiche und überragende Universitätshaushalt die Entwicklung des Handwerks im Allgemeinen auf Tübinger Boden nicht günstig beeinflusst hat.

Die Leichtigkeit des Erwerbs, die wenigstens früher in verschiedener Hinsicht in gewissen Grenzen für den Tübinger Hausbesitzer bestand, war der Entfaltung gewerblicher Energie entschieden abträglich und ließ einen Unternehmungsgeist vollends hinein in die industrielle Form spärlich nur aufkommen, zumal auch in Universitätskreisen die Ueberzeugung vom recht wohl Verträglichem der verschiedenen ideellen und materiellen Interessen, die in einer kleinen Universitätsstadt nebeneinander wohnen müssen, erst allmählich und schrittweise sich durchgesetzt hat.

Deshalb waren auch Reibungen zwischen behaupteten Belangen der Hochschule und etwa einsetzenden Ausdehnungsbestrebungen des Handwerks in rückliegender Zeit nicht allzu selten.

Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Förderung von Gewerbe und Handel.

Wie schon in dem vorgehenden Abschnitt dargelegt, standen zu Ende des vorigen Jahrhunderts die handwerklichen Betriebe und darunter hauptsächlich das Baugewerbe durchschnittlich in keiner sonderlichen Blüte und in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Unternehmungsgeist waren sie zumeist nicht gerade vorbildlich.

Hier galt es nun für die Gemeindeverwaltung den Hebel anzusetzen, mit Ausschaltung von mancherlei

Hemmungen, die teilweise verschütteten wirtschaftlichen — und moralischen Kraftquellen gewerblicher Produktion wieder aufzudecken und gegebenenfalls auch das Hineinwachsen in die industrielle Form tunlichst zu fördern.

Einen wesentlichen Fortschritt auf diesem Wege bedeutet die Erstellung des im Jahre 1903 zunächst als Dampfwerk erbauten städt. Elektrizitätswerks in der hinteren Grabenstraße, das dem hiesigen Handwerk die immer mehr und mehr um sich greifende Ausstattung auch kleiner Betriebe mit maschineller Einrichtung ermöglicht hat.

Als dann die Stadt vollends nach Errichtung des neuen Gaswerks und durch den Bau des Reckarwerks ihre Leistungsfähigkeit nach Menge und Güte ganz erheblich erweitern konnte, hatte sie, neben andern günstigen Folgen, ein vornehmliches Mittel in der Hand, im besondern das örtliche Gewerbe und Handwerk vorwärts und aufwärts zu tragen. In doppelter Art: Man hat einmal bei diesen gemeindlichen Werken entgegen seiner sonstigen Neigung auf Eigeninstallation von Haus aus in weitem Umfang verzichtet, um damit einem agileren Installationsgewerbe mehr Raum zu geben; man hat weiterhin — besonders nach Anschluß aller erhältlichen Wasserkräfte — eben durch umfänglich verabreichte und billig berechnete motorische Energie das Leistungsniveau des örtlichen Gewerbes in allen seinen Zweigen ganz beträchtlich gehoben.

Diese Steigerung des Leistungsvermögens der einzelnen Berufszweige mag u. a. folgende Uebersicht dartun:

An das städtische Elektrizitätswerk angegeschlossene Elektromotore.

	1904		1907		1918		1926	
	Zahl	PS	Zahl	PS	Zahl	PS	Zahl	PS
1. Baugewerbe	27	111	50	186	92	369	153	561
2. Bekleidungs- gewerbe	1	4	2	4	17	45	74	127
3. Nahrungs- u. Ge- nussmittelgewerbe	21	57	50	104	179	368	276	605
4. Sonstige gewerb- liche Betriebe	41	69	76	139	261	659	384	1105
Gesamtzahl	90	241	178	433	552	1441	887	2398

Dabei waren die Preise (wenigstens in jener Zeit) nachweisbar so ziemlich die niedrigsten unter all den vielen und vielerlei (auch Groß-) Elektrizitätswerken des Landes.

In gleicher Weise hat auch beim städtischen Gaswerk stets weitgehende Rücksicht auf das ansässige gewerbliche Interesse die Preise geregelt.

Aber auch noch auf andere Weise wurde erfolgreich versucht, der gewerblichen Erzeugung und speziell dem Tübinger Baugewerbe freie Bahn zu eröffnen — nämlich durch die städt. Boden- (und Bau-) politik, d. h. durch die zielbewußte Vermehrung des städt. Grundbesitzes im besondern die Bildung eines größeren Vorrats städtischer Baustellen. Eine solche Politik im Bereich unseres Gemeindehaushalts — über die

deren die Stadtgemeinde im Bereich des Hoch- und Tiefbaus eine große Zahl für die verschiedensten Eigenbedürfnisse erstellt hat, ging man auch sonst grundsätzlich darauf aus, im freien Wettbewerb das ansässige Bauunternehmergewerbe als selbständigen Träger baulicher Aktionen nach Kräften heranzuziehen und sich auswirken zu lassen. Schon dadurch, daß der Unternehmer die reife Baustelle aus städtischer Hand



Partie am Stuttkanal

noch in einem besonderen Kapitel zu handeln ist — setzte umfänglicher ein vom Jahre 1898 an. Von da ab war die Stadtverwaltung immer mehr darauf bedacht (selbstverständlich Hand in Hand mit planmäßiger Ordnung des Geländes), jede sich bietende Gelegenheit zum Erwerb günstig gelegener Grundstücke um angemessenen Preis zu ergreifen. Die Stadt bekam damit ausgedehntes Areal für ihren verschiedenen Eigenbedarf in naher und ferner Zeit zur Verfügung. Vor allem aber war sie auch in der Lage, durch entsprechend bedingten Wiederverkauf des Geländes an Private der Bautätigkeit und im besondern dem Wohnungsbau einen ungeahnten Aufschwung zu geben und namentlich auch der Entfaltung des Baugewerbes wertvolle Impulse und Möglichkeiten zu schaffen. Denn abgesehen von den öffentlichen Bauten,

jederzeit leicht und preiswürdig und unter vorteilhaften Zahlungsbedingungen zu erwerben im Stande war, wurde er davon abgehalten, seinerseits Gelände auf Vorrat zu kaufen und sein Betriebskapital zum Schaden einer umfänglichen, rasch fortschreitenden und qualifizierten Bautätigkeit zu zersplittern.

Aber auch die einzelnen Zweige des kleineren und mittleren Tübinger Baugewerbes kamen durch den unverhältnismäßig großen Anfall öffentlicher und privater Neubauten in dieser Zeitperiode, die nach Zahl und sonstiger (steuerlicher) Auswirkung in anderem Zusammenhang näher dargestellt werden wird, besser in Schwingung.

Und da die Stadt bei ihren Kaufverträgen u. a. ihr besonderes Augenmerk darauf richtete, wenigstens in den neueren Stadtteilen ein allzu engräumiges Bauen

und Wohnen zu vermeiden — beispielsweise wurde bestimmt, daß teilweise Veräußerung des von der Stadt erworbenen Areals an Dritte nur mit gemeinsamer Erlaubnis möglich ist und daß ohne letztere auch die Errichtung bewohnter und nicht etwa nur für gewerbliche Zwecke benützter Hintergebäude (Werkstatt) unzulässig ist — so war eine solche Behandlungsweise auch ganz dazu angetan, dem gewerblichen Wesen da und dort die nötige Ellenbogenfreiheit zu sichern.

Die Bemühungen sind schon gestreift — und sie bedeuten auch für heute ein aktuelleres Thema — auf allen Flanken der Wohnzone das freie Gelände bauplanmäßig zu ordnen und gegebenenfalls auch praktisch (mittels der neuerlich besser möglichen Baulandumlegung oder wie immer) zu erschließen.

Nicht zuletzt hat es aber gegolten, sozusagen unter gemeinsamer Führung auch in den bislang noch widerstrebenden Teilen der Einwohnerschaft der Auffassung zum Durchbruch zu verhelfen, die von möglichst ungehemmter Siedlung und Entfaltung gewerblichen Wesens — schließlich auch in der Form des Großbetriebs — nicht nur keinen Schaden speziell für den Universitätshaushalt annahm, vielmehr eine günstige Einwirkung auf den Wuchs der Gesamtgemeinde in verschiedener Beziehung sich erhofft hat.

Und dazu ist es wohl nicht überflüssig, ein kurzes Wort über Tübingen's Industrie hier einzuflechten.

Schon in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts (kurz vor und nach Erstellung des Bahnhofes) hat die Frage der Heranziehung von Industrie — vornehmlich der Nuzbarmachung der Wasserkräfte auf dem Tübinger Rathaus hie und da einmal eine Rolle gespielt und die Köpfe heiß gemacht, ohne daß übrigens die mehrfach in der Sache gefaßten Beschlüsse zur Ausführung gekommen wären. Man kann vom heutigen Standpunkt aus sagen „zum Glück“ — wenigstens mit Bezug auf die sich gedachte Wasserkraftgewinnung mittels eines knapp oberhalb der Pfingstweide in den Fluß eingebauten Wehrs und eines Ausfluß- oder Fabrikkanals, der vom Wehr ab etwa südlich der heutigen Seeanlage aber noch im Raumbereich derselben sich hingezogen und oberhalb der Steinlammündung das Flußbett wieder erreicht hätte; wobei das Gelände zwischen der heutigen Umlandstraße und dem Bahnhof als Areal für die Fabrikbauten in Betracht kommen sollte. So widerwärtig uns in der Gegenwart schon die bloße gedankliche Vorstellung eines solchen Unternehmens, und seiner Begleitererscheinungen anmutet, so kann man doch auch die Klageklänge in einer damals veröffentlichten Denkschrift einigermaßen verstehen, wenn sie den Notstand der hiesigen Geschäftstreibenden (die mit all ihrem Hoffen und Sinnen auf die Universtität angewiesen und während der den 3. Teil des Jahres ausmachenden Vakanzzeiten fast ganz lahmgelegt seien) in Vergleich gesetzt hat — mit der anderorts sich ausdehnenden Ansiedlung von Fabriken, die dem ganzen Gewerbebestand vermehrten Verkehr und Verdienst bringen. Und mindestens geschichtlich bemerkenswert ist, wenn auch wohl nicht als Ausdruck der überwiegenden Meinung der Professoren- und Universitätskreise in dieser Frage einzuschätzen, was der bekannte Aesthetiker Vischer um jene Zeit in einem Memorandum an die württembergische Staatsregierung wegen Verlegung der Hochschule von Tübingen nach Stuttgart gerade über das Mögliche und Wertvolle der Anspannung gewerblich-industrieller Tätigkeit u. a. eben durch Nuzung der Neckarwasserkräfte gesagt und worin er für die bisherige diesbezügliche Unterlassung den schlaffen Charakter der Tübinger Bevölkerung verantwortlich gemacht hat.

Jedenfalls hat sich im Lauf der rückliegenden 50 Jahre in weiteren Kreisen der Bürgerschaft namentlich des Gewerbebestands und vollends im Schoß der Gemeindeverwaltung selbst immer entschiedener die Ueberzeugung gefestigt: „Ein Schuß Eisen ins Blut“ mit Erhalt von Industrie kann der Tübinger Bevölkerung auch in kleingewerblichen Kreisen nur nützen, umso mehr als u. a. auch die Frage, in welcher Weise für den aussterbenden Weinbau ein Ausgleich und Anderswerb zu beschaffen, immer dringender sich gestaltete. An eine überwachende Industrialisierung hat man selbstverständlich dabei bis zur Stunde nicht gedacht und auch nicht denken können: Man erstrebte eben sofern sich um Zuzug von auswärts handelte, passende Betriebe der Eisen- oder Metallbranche, des Buchdrucks usw., die eine gutbezahlte qualifizierte Arbeiterschaft brauchen gegenüber solchen, denen mit ungelerten Arbeitern oder gar ausschließlich weiblichen Arbeitskräften gedient ist. Und auch die Locierung an sich erwünschter Betriebe sollte dem freien Belieben nicht schrankenlos anheimgestellt werden.

Man hat deshalb um die Wende des Jahrhunderts seitens der Gemeindeverwaltung an der südöstlichen Peripherie der Stadt in der Nähe des Bahnhofes und der herrschenden Windrichtung angepaßt das sogenannte „Industrie viertel“ gegründet: ein weiträumig und überwiegend durch Auktions gewonnenes stadteigenes Gelände, dazu bestimmt und durch Plan, Satzungen und praktische Maßnahmen (Industriegleis) noch

besonders dazu tauglich gemacht, aller Art gewerbliche und Industriebetriebe, die auch lästige Anlagen im Sinne der Gew.-Ordnung sein durften und dürfen, aufzunehmen und ohne jeglichen Schaden und Gefahr für die innere Wohnzone (durch Geräusch-, Rauch- und Staubbelästigung) und im besonderen für Bestimmung und Betrieb der Hochschule als solcher — weiter bestehen und sich entwickeln lassen.

Tatsächlich ist es ja nun im vorgeesehenen Raumbereich des „Industrie viertels“ abgesehen von einigen respektableren Firmen, die zumeist schon vorher hierorts (zum Teil in nächster Umgebung) ansässig waren, zu einer belangreichen industriellen Entwicklung gar nicht gekommen und auch die oben erwähnten erwünschten Betriebe sind ausgeblieben trotz aller Mühe, die man sich seitens der Gemeindeverwaltung immer wieder gegeben hat. Die Sache stand unter feinen günstigen Auspizien nicht zuletzt auch um deswillen, weil erfahrungsgemäß manche Unternehmer befürchten, an einem Platz, der für Fabrikanlagen noch Neuland ist, mit ausreichendem Erhalt geeigneter Arbeitskräfte am Ende in Bedrängnis zu kommen.

Immerhin ist für diesbezügliche Weiterentwicklung noch ausgedehnteres Bauland vorhanden. Um so mehr als die Gemeindevertretung verschiedene und lebhafteste Versuche auswärtiger Industrien in der begünstigten Inflationsära mit dem Lockvogel der Schaffung von Fabrikfilialen reichliches Gelände von uns zu erwerben, durch die nüchternen vertragliche Forderung paralytisiert hat, daß eine förmliche Uebereignung des resp. Areals erst nach vollzogener vollständiger Ueberbauung in Betracht kommen könne.

Geradezu eine Unterlassungssünde wäre es aber, würden wir am Schluß dieses Abschnitts nicht noch eines, das gewerbliche Wesen erstbetrachtenden Faktoren gedenken, der in der Abhandlung Schulwesen noch besonders zum Zug kommen wird, nämlich unserer Tübinger Gewerbe- und Handelsschule. Wie ihr origineller baulicher Sitz im Schoße der Altstadt weithin bemerkt wird durch seine alttümliche Holzkonstruktion mit dem prächtigen Wuchs der eichenen Glieder, so hat sich dieser unser stets wachsen-

der Schulhaushalt, der in einem Schulverband noch die Nachbargemeinden Lustnau, Derendingen und Duffingen einschließt, auch nach Maßgabe seiner Leistungen durchs Land hin schon heute eine sehr beachtliche Stellung errungen.

Und immer bestimmter und zielsicherer wird er die künftige Aufgabe dahin zu bewältigen haben, Hand in Hand mit den Männern der Praxis, den Handwerksmeistern, die auch ihrerseits auf Eigendisziplin und Erziehung zur Qualitätsarbeit sich einzustellen hätten, einen den gewerblichen Bedürfnissen engst angepaßten und aufeinander abgestimmten Schul- und Lehrbetrieb zu entfalten.

Wenn sodann der Handwerkerstand zur Begegnung von allerhand Gefahren und Schäden und zur Stärkung seines Gemeinschaftsgefühls im möglichst vollständigen organisatorischen Zusammenschluß all seiner lebendigen Kräfte und Glieder sein Heil sieht und auf engerem und weiträumigem Feld und unter Führung öffentlich rechtlicher Vertretungskörper aus den eigenen Reihen in wachsendem Maß die Form der Genossenschaft und der Arbeitsgemeinschaft zu Hilfe nimmt, so kann und soll man mit derlei Bestrebungen und Gebilden auch von Gemeindegewegen nur sympathisieren, wenn anders sie sich im rechten sozialen Geist und Verhältnis zur Gesamtheit vollziehen und nicht als brutalster Berufsegoismus auf den Plan treten und aus der Art schlagen. Wir dürfen sagen: es ist (zeitlich) weithin zurück im Tübinger Gemeindeleben und im Verhalten der jeweiligen Gemeindevertretung ein hervorstechender Zug, daß man — im Allgemeinen nicht zum Schaden des Ganzen — die Bedeutung eines selbständigen und bodenständigen Gewerbe- und Handelsstands in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht voll erkannt und unter gegenseitiger Befruchtung nicht nur mit Worten gepflegt hat.

Im besondern kann auch die gesunde Eigenart der Tübinger Bevölkerungsschichtung (nicht zuletzt im Hochschulinteresse) auf frisch pulstierenden gewerblichen Einschlag unmöglich verzichten.

Eisenbahn- und Straßenwesen Kanalisation, Flußbauten

Eisenbahnwesen

Wohl bestand seit 1861 die Eisenbahn Horb—Tübingen—Neutlingen—Stuttgart — und auch die Zollerndalbahn war schon im Jahre 1869 erstellt worden. Von Jahr zu Jahr zeigte sich aber immer mehr die Unzulänglichkeit der hiesigen Eisenbahnanlagen — und auch die Wünsche nach weiteren Bahnverbindungen, so durch den Schönbuch nach Stuttgart, dann durch das mittlere Neckartal nach Nürtingen und durch das Ammertal bis Herrenberg wurden immer lebhafter. Während nun das Bahnprojekt Tübingen—Herrenberg in den Jahren 1908—1910 Ereignis geworden, hängen die sonstigen Bahnfragen auch heute noch mehr oder weniger in der Luft (vergl. Schlußwort dieses Abschnitts).

Der alte Tübinger Personen-, der Güter- und der Werkstättebahnhof waren in ihrer ursprünglichen Verfassung räumlich gar sehr zusammengedrängt — auf eine Fläche von 600 Meter Länge und 50 Meter mittlerer Breite und umschlossen im Süden durch die Rottenburger Staatsstraße, im Norden durch die Bahnhofstraße, im Westen und Osten durch die schienengleichen Uebergänge der Derendinger- bzw. der Karlsstraße. Zufolge dessen wurden diese auch technisch und baulich veralteten Bahnhofsanlagen im Lauf der Jahre von allen Beteiligten als immer ungenügender empfunden. Es fehlten die nötigen Bahngleise für den Personen- und Güterverkehr, es fehlten überdeckte Bahnsteige, der Güterschuppen war viel zu klein, die Ladegleise und die Anfahrten hiezu mangelhaft und die Reparaturwerkstätte hatte keinen Platz, um Wagen, Maschinen usw. geordnet unterzustellen. Die Eisenbahn von Plochingen her war noch eingleisig. Und die schienengleichen Bahnkreuzungen am Ost- und Westende der Bahnhöfe, d. h. der Karl- und Derendingerstraße bildeten nicht nur für den Bahnbetrieb eine lebhaftige Störung, sie wirkten auch für den überaus starken Straßenverkehr, ins-

besondere aber für den Uebertandverkehr der Karlsstraße in hohem Grad hemmend und gefährlich.

Der maßgebenden Eisenbahnbehörde mußten diese unzulänglichen Zustände längst bekannt sein, denn große Neuanlagen, Erweiterungsbauten und dergl. waren im Zusammenhang mit dem Bau des zweiten Gleises in Aussicht genommen. Dieser Ausbau war zwar von Plochingen her schon länger begonnen, ging aber nur abschnittsweise in der Richtung nach Tübingen vor sich.

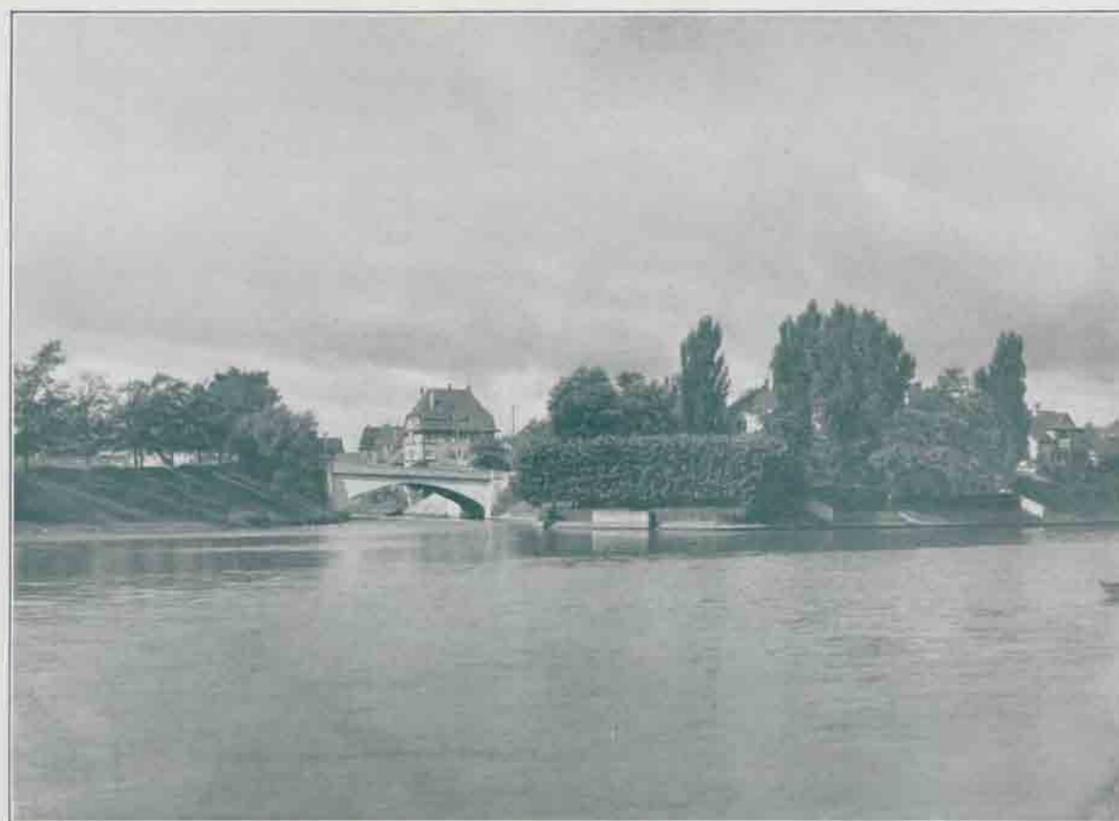
Um das Jahr 1906 rückte die Eisenbahnverwaltung (zunächst streng vertraulich) der Stadt gegenüber mit ihren generellen Plänen über die am hiesigen Platz sich gedachten **Bahnbauten** heraus. Mittlerweile war auch der Plan einer normalspurigen Eisenbahn Tübingen—Ammertal (Westbahnhof)—Herrenberg weiter gediehen.

So erwünscht nun und notwendig die projektierte Umformung war, so tief und schwerwiegend gestalteten sich ihre Eingriffe in die bestehenden Verhältnisse, im besondern in die städt. Interessensphäre. Glücklicherweise war zwar ein großer Teil des zu den Eisenbahnbauten benötigten Geländes im Besitze der Stadt bzw. konnte von dieser (im Lauf nicht immer einfacher Verhandlungen) hiefür frei gemacht werden; andererseits wurden durch die geplanten Bauten im besondern städt. Alleinflächen da und dort erheblicher durchschnitten. Weiter sollten bestehende Hochwasserwege gekreuzt, eingeengt oder versperrt werden, denn das ganze Gelände nördlich der Eisenbahn bis zur Uhländstraße herüber, d. h. die obere Lindenallee, die Kastanienallee und der untere Wöhrd war bekanntlich damals noch Hochwasserabfluß- und Ueberschwemmungsgebiet. Eine irgend nachteiligere Veränderung dieser Abflußverhältnisse durfte aber die Stadt nicht zulassen — und sie zu verbessern erklärte sich die Eisenbahn hinwiederum nicht für verpflichtet. Deshalb

wollte man bahnteils zunächst durch Flußbrücken, Flußdurchlässe und Hochwasserbermen Abhilfe schaffen, lauter Dinge, die auf der Bildfläche dem fraglichen Gelände nichts weniger als zuträglich gewesen wären und zur Zierde gereicht hätten.

Inzwischen war in den Jahren 1907 und 1908 der städt. Entwurf einer umfangreichen **Neckar- und Steinlachkorrektur** zur rechten Stunde voll-

wendungen zu partizipieren. So selbstverständlich erschienen diese gemeindliche Annahme der Eisenbahnverwaltung nun eben nicht, miewohl auch die staatliche Flußbauverwaltung sich dafür am Ende eingesetzt hat — und es entspann sich ein langes und zähes Ringen, in dessen Verlauf der resp. Bahn- und Flußbauentwurf hin und her gewendet und da und dort geändert werden mußte.



Partie am Einfluß der Steinlach in den Neckar

lends fertig geworden. Und bald wurde klar, daß bei Durchführung dieses städtischen Verbesserungsplans nicht nur die obengenannten unschönen Behelfsbauten entbehrlich werden, sondern daß auch ein Teil der Hauptbahnbauten selbst dazu eine ganze Anzahl von Nebenanlagen, (insbesondere Ersatzstraßen) einfacher, billiger und zwangloser sich herstellen lassen. Außerdem war aus den Flußbauten Erdmaterial zu gewinnen und recht zweckmäßig für die Eisenbahn wieder verwendbar.

Aus dieser Sachlage folgerte die Stadt zu Lasten der Eisenbahnverwaltung die selbstverständliche Pflicht, an den Kosten der Flußbauten mit einem Beitrag ungefähr in der Höhe der (ohnehin) anfallenden Bauauf-

Das Jahr 1908 brachte dann schließlich doch noch den schließlich friedlichen Austrag u. a. mit der Bestimmung, daß die Stadt zu bescheidenem Kaufpreis das erforderliche Areal an die Eisenbahnverwaltung abgetreten, zur sofortigen Flußverbesserung sich anheißig gemacht und daß die Bahnverwaltung ihr dazu einen einmaligen Beitrag von 180 000 Mark zugesteuert hat.

Damit war der Weg geebnet für zweckmäßigste, einfachste und rascheste Durchführung der Eisenbahnbauten, die dann auch sofort und kräftig in Etappen eingeleitet haben. Gleichzeitig erfolgte seitens der Stadt auf mehreren Plätzen die Inangriffnahme der Verbesserungsarbeiten.

Freilich ein Rattenkönig von Problemen auf den verschiedenen Gebieten war auch dabei lebendig und geneigter Lösung durch die Stadt anfällig geworden.

So mußte für den kleinen Exerzierplatz im untern Wöhrd (im Wehgehalt von über 9 Hektar) durch Bereitstellung eines Platzes im Salzgarten Ersatz geschaffen werden, nachdem die Militärverwaltung hierfür das Gelände in der Umgebung der Essigfabrik und an der oberen Lindenallee vergeblich angestrebt hatte.

Weiter ging man daran im untern Wöhrd stehende Platanen- und Ahornbäume mittlerer Jahre, die sonst gefällt werden mußten, aus dem an die Eisenbahn abgetretenen Bauland in großer Zahl nach der Umgebung der neuen Seeanlage mit Glück zu verpflanzen. Ganz abgesehen von den mancherlei Regelungen über Straßen, Brücken, Kanal- und sonstige Leitungsanlagen, die vornehmlich mit der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau zu treffen gewesen sind!

Am Ende gelang es aber alle Anstände zu überwinden. Und so war auch die wesentliche Fertigstellung und Inbetriebnahme der Eisenbahnbauten noch vor dem Krieg möglich geworden. Zuerst der zweigleisige Ausbau der Bahn von Reutlingen her, dann der neue Güterbahnhof östlich der Stadt mit seinen Ladegleisen, den Rampen und dem großen Güterschuppen, mit der Eisenbahnstraße, der Straßenüberführung über die Bahn (Blaue Brücke) und der Friedrichstraße mit der gewölbten Steinachbrücke; nachher kam abschnittsweise in Betrieb der Personenbahnhof mit einzelnen Bahnsteigen, die Fußwegunterführung in der Karlsruferstraße, die neue Rottenburger- nördlich der Bahnhofstraße; es folgte die Herrenberger Eisenbahn — zunächst die Strecke Herrenberg-Westbahnhof, dann die Reststrecke Westbahnhof-Hauptbahnhof mit dem Schloßbergtunnel und die betonierte Eisenbahnbrücke über den Neckar. Den Schluß bildete der Werkstättebahnhof mit der oberen Straßenüberführung (Franzosenbrücke) und die Kasernenstraße.

Andere Eisenbahnwünsche und Eisenbahnprojekte sind (wie Eingangs gestreift) teils nicht verwirklicht worden, teils auf halbem Wege stecken geblieben.

Schon im Jahre 1905 setzten unter Mitführung unserer Stadt die Bestrebungen der Neckartalgemeinden und der Stadt Nürtingen für eine linksufrige Neckartalbahn von Nürtingen nach Tübingen ein, wodurch ein dichtbesiedeltes und zukunftsreiches Wohn- und Wirtschaftsgebiet erschlossen und befruchtet und außerdem der Schienenweg nach Tübingen wesentlich verkürzt, sowie unter Umgehung einer verlorenen

Steigung von etwa 75 Meter erheblich verbessert worden wäre. Schon war das Bahnbauprojekt im Jahre 1912 vom damals noch zuständigen württ. Landtag der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen und stand seine Durchführung in naher Aussicht, als im Sommer 1914 der Weltkrieg ausbrach. Dieser hat zunächst den Bahnbau verhindert und die Nachkriegszeit mit ihrem wirtschaftlichen Niederschlag, der Übergang der Landesbahnen an das Reich und die Heranziehung der Eisenbahn als Mitträger der Daweslasten haben leider den Eisenbahnbau weiter hinaus gerückt. Daß aber die linksufrige Neckartalbahn als ein verkehrlich und wirtschaftlich gleich wichtiges Glied unseres Eisenbahnnetzes in nicht zu fernher Frist kommen muß, ist heute noch und mehr denn je unsere feste Ueberzeugung und nach wie vor Gegenstand unserer unermüdlischen Bestrebung.

Um viele Jahre älter sind die Pläne einer Schönbuch-Eisenbahn, von der Gäubahn bei Böblingen oder Baihingen abzweigend und über Dettlenhausen—Waldenbuch führend bis Tübingen.

Die dringliche Betreibung dieses Planes hatte den Tellerfolg, daß (noch vor dem Krieg) der Bau einer Eisenbahn von Böblingen her begonnen, dann abschnittsweise bis Dettlenhausen vorgetrieben wurde.

Nachher ist eine Eisenbahnlinie Baihingen—Waldenbuch in Bau genommen worden, welche aber infolge der schon geschilderten ungünstigen Zeitverhältnisse in den hohen Dämmen und den Eisenbahnviadukten bei Leinfelden stecken blieb. Erst neuerdings hat sich die Reichsbahndirektion vielleicht mit unter dem Druck des nachher kurz geschilderten Projekts einer elektrischen „Schönbuch-Schnellbahn“ entschlossen, die Eisenbahn vorläufig bis Waldenbuch vollends auszubauen. Es sind aber die beiden Schönbuch-Eisenbahnlinien zunächst nur Sackbahnen.

In den abgelaufenen zwei Jahren 1925 und 1926 hat ein von der Landeshauptstadt Stuttgart ausgehender neuer Plan, welcher die Landeshauptstadt, die Landesuniversitätsstadt und die Schönbuchgemeinden unter Zuhilfenahme der stecken gebliebenen Eisenbahnanlagen bei Leinfelden durch eine Elektr. Schönbuch-Schnellbahn miteinander verbinden wollte, viel Aufsehen gemacht u. dann sofort auch das Gegenprojekt einer Schönbuch-Randbahn über Plattenhardt hervorgerufen.

Der wirtschaftliche, kulturelle und hygienische Wert dieser Straßenbahn (wenn anders sie wirklich gut, rasch und billig verbindet) ist sicher hoch einzuschätzen, weil sich hiedurch Landeshauptstadt und Landesuniversitätsstadt mit gegenseitiger Befruchtung verkehr-

lich näher kommen und weil dadurch insbesondere den Großstädtern der Schönbuch weiter erschlossen und leichter zugänglich gemacht würde. Aber die Durchführung des Plans wäre nur dann möglich gewesen, wenn sich das Land am Bau und Betrieb führend beteiligt hätte. Dafür bestand zunächst wenig Aussicht und nachdem auch durch die Wiederaufnahme der Eisenbahnbauten Leinfelden—Waldenbuch die dortigen Eisenbahnanlagen für den Straßenbahnkörper nicht mehr in Frage kommen, ist der Plan der elektrischen Schönbuch-Schnellbahn wohl für die nächsten Jahre als erledigt anzusehen. Wir hoffen nicht für immer und wünschen für Wirtschaft, Verkehr und Technik recht bald eine solche Entwicklung, daß der Gedanke wieder aufgegriffen und mit erträglichen Kosten durchgeführt werden kann.

Mit dem Aufkommen der Kraftwagen als Personautos setzten auch die Bemühungen ein, zur Förderung des lokalen Verkehrs und als Vorläufer der gewünschten Eisenbahnlinien Personenomnibuslinien zu errichten.

So hat sich im Jahre 1910 ein Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Degerloch—Tübingen gebildet, der alsbald diese Linie eingerichtet und betrieben hat. Die Kraftwagenlinie ist, nachdem sie im Jahre 1913 von der staatl. Post übernommen wurde, noch heute im Betrieb und erfreut sich guter Benützung.

Unter der Bezeichnung: Neckartal—Filder—Kraftwagen G.m.b.H. ist im Jahr 1913 von den Neckartalgemeinden und Tübingen eine Personenomnibuslinie Nürtingen—Tübingen eingerichtet worden, die aber bei Kriegsausbruch durch Wegnahme der technischen Betriebsmittel wieder eingehen mußte.

In neuerer Zeit hat sich in reger Weise die Privatwirtschaft mit der Einrichtung von Autolinien für Personenbeförderung befaßt und auch in Tübingen und den benachbarten Bezirken einige Linien vorläufig eröffnet oder zu eröffnen die Absicht. So eine Linie Herrenberg—Ammerthal—Tübingen, welcher später nach Beseitigung techn. Hindernisse noch die Ortschaften Wendelsheim, Wurmlingen u. Hirschau angegeschlossen werden sollen; dann eine Linie Rottenburg—Tübingen und andere mehr. Auch der Plan wird gegenwärtig beregt, durch eine Autolinie in der Art eines Vorortverkehrs die Gemeinden Lustnau und Derendingen mit der Stadt Tübingen besser zu verbinden.

Es würde zu weit führen, hier auch noch all' die Bemühungen zu skizzieren, die namentlich auch vom hie-

figen Bürger- und Verkehrsverein und von der Universitätsverwaltung aus lebhaft und nicht erfolglos eingeleitet haben — im Einvernehmen mit der Stadt, eine Verbesserung der Fahrpläne im Fern- und Nahzugsverkehr zu bewirken.

Daß Tübingen gerade als kleine Universitätsstadt Alles aufbieten muß, um auf dem Verkehrsgebiet früher erlittene Nachteile einigermaßen auszugleichen und überhaupt im Wettbewerb mit großstädtischen Hochschulen durch seine Verkehrstage nicht gar zu sehr in der Provinz zu verschwinden, wird Jedermann einleuchten und bleibt nach wie vor primäres Erfordernis.

Straßenwesen

Leistungsfähige geordnete und saubere Straßen sind ein ganz wesentliches Merkmal und Ausstattungsstück jeglicher städt. Kultur — und können in einer Universitätsstadt vollends nicht entbehrt werden. Danach vornehmlich beurteilt auch der (fremde) Besucher das ganze Gemeinwesen und ein diesbezüglich korrektes Verhältnis zieht nicht zuletzt den Verkehr an und hilft ihn reibungsloser gestalten.

Das Tübinger Straßenwesen hat aber auch von jeher in techn. Beziehung besondere Aufmerksamkeit für sich beansprucht, weil unsere Stadt am Schnittpunkt dreier Durchgangsstraßen mit Ueberlandverkehr liegt, weil ihr hügeliges Gelände den Straßenbau schwieriger macht und endlich weil die drei größeren Gewässer, der Neckar, die Steinach und die Ammer mehrfach durch größere Straßenbrücken überschritten werden müssen.

Innerhalb des geschlossenen Wohnbezirks ist die Pflege der Durchgangsstraßen städt. Aufgabe, außerhalb sind die betreffenden Straßenzüge Staatsstraßen. Die fortgesetzte Ausdehnung des Wohngebiets bringt es mit sich, daß der Stadt von Jahr zu Jahr Strecken der Durchgangsstraßen in Eigenpflege zufallen und bei dem sich rapid steigenden Straßenverkehr auch ihr Budget in wachsendem Maße belasten.

Im Laufe der rüdliegenden Jahre und Jahrzehnte sind sehr belangreiche Neubauten, Umbauten und Verbesserungen von Straßen durchgeführt worden.

Vor allem verdient hier Vermerk — der Durchbruch der (250 Meter langen) Mühlstraße i. J. 1886, mit hohen Stügmauern u. späterem einheitlichen

Anbau der östlichen Straßenseite, wodurch für den Straßenverkehr ein flüssiger Straßenzug mit mäßiger Steigung geschaffen und wodurch die steile, schmale Neckargasse für Fahrzwecke in der Hauptsache ausgeschaltet worden ist. Wie notwendig der Mühlstraßenbau war und ist, geht auch daraus hervor, daß gegenwärtig diese Straße vom Verkehr am stärksten beansprucht und täglich den Durchzug von ca. 1200 Fahrzeugen verkraftet.

Nicht weniger dringend war die Erbauung einer neuen Neckarbrücke südlich der Mühlstraße, aber ebenfalls im Zug der Hauptverkehrsstraße, denn immer unzulänglicher erwies sich die alte Brücke über den Neckar. Diese letztere bestand schon seit dem Jahre 1489, sie überbrückte den Neckar in 5 Gewölbepfeilern und sah mit ihren massigen Steinpfeilern recht malerisch aus. Aber sie war viel zu schmal, konnte schwere Lasten nicht mehr tragen, die 5 Durchflußöffnungen waren für die geschlossene Hochwasserableitung völlig ungenügend, die Pfeiler nicht tief genug fundiert und teilweise unterwaschen. So mußte denn diese über 400 Jahre alte Brücke abgebrochen werden. An ihre Stelle wurde im Jahr 1900 durch den Staat (Minist.-Abteilung für den Straßen- und Wasserbau) eine neue Betonstraßenbrücke mit 2 großen Durchflußöffnungen und mit einer Nutzbreite von 13,65 Meter erbaut; wobei auf dringliches Betreiben der Stadt die erstvorgesehene Nutzbreite von 12,50 Meter zu Gunsten der Fahrbahn (auch zur Ermöglichung der Führung einer elektrischen Bahn) nachträglich um ca. 1,15 Meter erhöht worden ist. — Auf deren Mittelpfeiler wasserabwärts ist das Standbild des Grafen Eberhard, des Gründers der Universität Tübingen aufgestellt, wovon die Brücke den Namen „Eberhardsbrücke“ bekommen hat. Wasseraufwärts führt ein Staffelanlage nach der Platanenallee hinunter, dessen Baukosten die Stadt zu tragen hatte. Die neue Eberhardsbrücke ist am 27. Juli 1901 eingeweiht und dem Verkehr übergeben worden.

Weitere Straßenverbesserungen und Brückenbauten erstanden in den folgenden Jahren im Nordwesten der Stadt durch den Ausbau der Kelttern-, der oberen Belthle- und der äußeren Herrenbergerstraße, womit 3 neue Ammerbrücken verbunden waren.

Große Veränderungen und Neuanlagen an Straßen brachten sodann die schon eingangs geschilderten Eisenbahnbauten in den Jahren 1910—1914. Der schienengleiche Uebergang in der Karlstraße mußte in Wegfall kommen, die — bisher die Eisenbahn kreuzenden — Straßen westlich und östlich des Personen-

bahnhofs mußten hoch über die Bahn hinweggeführt werden, die alten Bahnkreuzungsstellen mußten verlassen werden — und es entstand demzufolge ein Netz von neuen Straßen mit mehreren Brücken. Diese Bauten waren gemäß vertraglicher Abmachung teils obliegend der Stadt, teils der Eisenbahn und sie sind in einem Zug mit den Bahn- und Flußbauten hergestellt worden. Erwähnenswert hievon sind, die eiserne Straßenbrücke über die Bahn unterhalb des Personenbahnhofs (Blaue Brücke), dann südlich der Bahn — die Auffahrtsrampe der Hechingen-, Keutlinger- und Ulrichstraße, zusammengefaßt in der Walter-Simonstraße u. die Keutlingerstraße durch den früheren Gaswerkshof bis zur Fürststraße mit einer neuen Brücke über die Steinlach. Nördlich der Bahn sind zu erwähnen die rund 350 Meter lange Friedrichstraße mit einer größeren gewölbten Betonbrücke über die forrigierte Steinlach, die Poststraße und die Fußwegunterführung in der Karlstraße beim früheren schienengleichen Bahnübergang.

Mit der Steigerung des Verkehrs und der Unterhaltungskosten machte sich schon in den 90iger Jahren mehr und mehr das Bedürfnis nach einem haltbareren Straßenbelag an Stelle der Besotterung fühlbar. Demzufolge wurde auch bald damit begonnen, die Fahrbahnflächen der Durchgangsstraßen — nach einem ad hoc aufgestellten besonderen Plan (rücksichtlich der Aufbringung der Mittel und der etappenweisen Durchführung innerhalb des Wohngebiets) — und abgestaffelt nach ihrer verkehrlichen Beanspruchung — im wesentlichen unter Absehen vom feuchten Pfrondorferstein mit Granitsteinpflasterung zu befestigen. Krieg und Nachkriegszeit unterbrachen diese Verbesserungsarbeiten, die aber nunmehr in der früheren Art auch rücksichtlich der finanziellen Betreibung wieder aufgenommen werden sollen.

Zweifellos hat man durch diesen frühzeitigen systematischen Uebergang zur Pflasterbahn dem immer intensiver einsetzenden Durchgangsverkehr großen Vorschub geleistet und die resp. Kostentragung für Stadt und Bezirk erheblich erleichtert.

Die überwiegend dem lokalen Verkehr, dem Ortsverkehr dienenden Straßen, namentlich die Bau- und Wohnstraßen, werden unter dem Namen Ortsstraßen zusammengefaßt. Durch die im Laufe der Jahre entstandenen neuen Siedlungsgebiete Industrieviertel, Desterberg, Universitätsviertel, Herrenberger Vorstadt und Westbahnhofgebiet, ist das Ortsstraßennetz erheblich ausgedehnt worden.

Hervorzuheben sind an solchen Neu-Straßen insbesondere die Kaiserstraße, Hauff-, Venau- und Stauf-

senstraße, die Kasernenstraße, die Nauklerstraße, Melanchthon-, Waldhäuser- und Hauserstraße und zu beiden Seiten des gestauten Neckars, mit hohen Alleenbäumen besetzt, die Hermann-Kurzstraße und die Bismarckstraße. Weiter ist zu erwähnen die im Jahre 1896 erbaute Alleenbrücke über den Neckar, die Schmiedtorfstraßenbrücke über die Ammer, 1904 erbaut, eine leichtere Ammerbrücke im Zug der Kappstraße,

die Haaggasse und die Neckarhalde mit der Kronenstraße. In besonderem Maße wurde für den Fußgänger noch weiter gesorgt durch eine ganze Zahl von Fußwegen und Staffelanlagen wie z. B. am Schloßberg vom Ammertal bis zur Neckarhalde, in der Kaiserstraße durch eine Staffelanlage beim Justizgebäude, dann durch eine Staffel (Himmelsleiter) von der Kaiser- nach der Brunnenstraße. Viel und gerne benützt



Alävanlage

mit der Ammerkorektion im Jahre 1910 hergestellt und die aus Anlaß der Neckarkorektion vom Umlandplatz nach der Platanenallee gewölbte Fußgängerbrücke, genannt Umlandsteg. Alle neueren Straßen haben durchweg erhöhte Gehwege und wurden, soweit angängig, mit Baumstark ausgestattet.

Aber auch im Stadtkern haben die Ortsstraßen, insbesondere in den abgelaufenen 25 Jahren, fast durchgängig wesentliche Umwandlung erfahren, hauptsächlich durch Anlegen von erhöhten Gehwegen, Erbreiterungen und durch Pflasterung der Fahrbahn aus Hartgestein. Erwähnenswert sind diesbezüglich der Marktplatz, der Holzmarkt, Kirchgasse, Neuestraße, Hofengasse, Kornhausstraße, Ammergasse,

wird auch der eiserne Steg über den Neckar beim Stauwehr unterhalb Tübingen, der infolge geschlossener Unterbringung der Wehrbedienungsmaschinen für den Fußgängerverkehr freigegeben und mit der Erbauung der Wasserkraftanlage im Jahre 1910 und 1911 hergestellt wurde.

Außerhalb des Wohngebiets sind an größeren neuen bzw. erheblich verbesserten Weganlagen zu nennen — der Weg auf der Lichtenberger Höhe am Bismarkturm vorbei, der Staffelmweg nach der Biesingerstraße herunter und der Sandweg, letzterer im Jahr 1906 erbaut und gemeinsam mit der Gemeinde Lustnau unterhalten, nicht zu vergessen die Fußwege auf beiden Seiten der Steinlach. Dann

folgt als Notstandsarbeit im Jahr 1923 der Elysumweg und im Jahr 1926 der zunächst nur im ersten Teil erstellte Waldweg Vogelbrunnen — Königstein, mit einem neuen Waldbrunnen. —

Im übrigen erfordert der moderne Straßenverkehr in unserer hügeligen und engen Altstadt demnächst eine umfassende Verkehrsregelung (Einführung von Einbahnstraßen und dergl.) die in Arbeit ist. Auch der Durchgangsverkehr und die Erschließung von weiterem Siedlungsgebiet erheischt für die Zukunft größere, darunter umfangreiche Straßenanlagen, für deren Durchführung die technischen Vorarbeiten im Gange sind.

Kanalisation und Müllbeseitigung

Mit der Herstellung einer einheitlichen Kanalisation wurde erstmals (abschnittsweise) im Jahre 1893 in der unteren Altstadt begonnen, während die nach und nach entstandenen Neugebiete in der Regel eben zusammen mit dem jeweil. Straßenbau kanalisiert worden sind.

Die Stadtkanalisation erfolgt nach einheitlichen Gesichtspunkten und nach größeren Entwässerungsplänen regelmäßig nach „dem Mischsystem“ und teilt Tübingen in drei größere Gebiete, nämlich in das nördlich der Ammer gelegene Nord- oder Ammergebiet, in das zwischen Ammer und Neckar gelegene Mittelgebiet (mit der gesamten Altstadt) und in das südlich vom Neckar gelegene Südgebiet.

Dem Nord- oder Ammergebiet dient die wasserarme Ammer, dem größeren Mittel- und Südgebiet der wasserreiche Neckar als Vorfluter. Denselben werden die Abwässer durch einzelne Sammelkanäle zugeführt. Schwemmkanalisation war bis vor kurzem in allen drei Entwässerungsgebieten nicht möglich, obwohl die Kanäle selbst hiefür von Anfang an eingerichtet sind.

Das Netz der städt. Straßenkanäle in der Altstadt und in den Neugebieten ist seit dem Jahr 1893 auf rund 26 Kilometer neuer Straßenkanäle (teils aus Steinzeugröhren, teils aus gemauerten Klinkerprofilen) angewachsen. Das Netz erweitert sich alljährlich mehr oder weniger durch Neugebiete und weil in der Altstadt (in der Regel der planmäßigen Straßenverbesserung vorausgehend) immer noch Neukanäle herzustellen und Lücken im Kanalnetz zu schließen sind. An

der Peripherie der Stadt, am Fuß von steilen Hängen sind Sand- und Geröllbecken notwendig, ebenso sind zur Entlastung der Kanalisationsanlagen in gewissen Abständen Regenauslässe nach den Vorflutern eingebaut. Die Einleitung der Abwässer in die städt. Straßenkanäle ist durch Ortsbauordnung geregelt und sind für den Anschluß von den Grundbesitzern statutarisch festgesetzte Gebühren zu entrichten.

Im Jahr 1906 wurde auf Grund eines umfangreichen Vertragswerks der Nachbarort Derendingen unserem Kanalsystem angeschlossen. Und mit der Durchführung der Neckarkorrektion sind rund 1,8 Kilometer lange Sammelkanäle rechts und links vom Neckar erbaut worden zu dem Zweck, die Abwässer mehr zusammenzufassen und außerhalb des Staubeereichs, d. h. unterhalb des Stauwehrs und unterhalb der Stadt in den Neckar einzuführen.

Jahrelang und immer dringlicher hat die Universität und haben die Landeskrankenhäuser die Forderung nach Einrichtung von Wasserspülaborten erhoben. Die langwierigen durch den Krieg unterbrochenen Verhandlungen zwischen Stadt und Staat haben dann schließlich Anfangs des Jahres 1925 einen Vertrag gezeitigt, nach welchem die Stadt mit Unterstützung des Staates eine zentrale Kläranlage (für die sie noch während des Krieges die Berechtigung sich erholt hatte) baut und die Möglichkeit schafft, die Abfälle aus Wasserspülaborten der Universitätsgebäude ohne Weiteres in das städtische Kanalnetz abzuschwemmen. Diese zentrale Kläranlage ist im Frühjahr 1926 zu Ende geführt worden. Sie besteht kurz gesagt — aus einem 3 Kilometer langen Sammelkanal mit den mancherlei Nebeneinrichtungen (auch einer längeren Dückeranlage) und aus einer mechanischen Abwasserreinigungsanlage (Emscher Becken) am Neckar unterhalb Lustnau und dient zunächst überwiegend der Universität und den Landeskrankenhäusern. Doch können die Abwässer von etwa 7000 Menschen des Ammergebietes darin aufgenommen werden, was vorerst genügt. Und es besteht die Möglichkeit, nach und nach weitere Stadtgebiete anschließen zu lassen. Ueberhaupt kann man das Werk als den ersten Abschnitt eines großzügigen Unternehmens bezeichnen, das nichts mehr und nichts weniger als die Einführung der Schwemmkanalisation für die ganze städtische Wohnzone im Sinn hat. Der weitere Ausbau kann aber selbstverständlich nur schrittweise erfolgen und sein Tempo wird ganz wesentlich mitbestimmt durch das jeweilige Leistungsvermögen der Stadt. *)

Das Straßenreinigungsweesen mußte man längst schon in städt. Regie übernehmen. In den letzten paar Jahren sind weitere Verbesserungen, insbesondere durch Anschaffung von Müllauto, Autokehrmaschine und Autosprengwagen erzielt worden. In der praktischen Einführung begriffen sind — die Forderung bedeckter Mülleimer und der Gebrauch von Elektrokarren. Und in Bälde wird zu herogen sein — die Verlegung einzelner Müllplätze weiter auswärts der Stadt und die evtl. Erweiterung des Autoparks.

Was die pneumatische Abortentleerung anbelangt (die seit 2½ Jahrzehnten besteht), so leidet die Einrichtung grundzöglich darunter, daß sie im Hinblick auf die eigenartigen Verhältnisse der (unteren) Altstadt nicht obligatorisch gemacht werden kann. Immerhin bewähren sich als nützliche Verbesserungen die im Jahre 1908 erstellte Latrinensammelgrube an der Hagelbacher Straße (mit einigen hundert Kubikmeter Fassungsvermögen) und die nach dem Krieg eingeführte Latrinenaufnahme durch eigene Kraftfahrzeuge der Stadt. Freilich, auch die zunehmende Schwemmkanalisation (von der oben die Rede war) wird der pneumatischen Abortentleerung immer mehr abträglich werden.

Flußbauten

Schon seit Generationen spielt das Kapitel „Flußbau“ im Gemeindehaushalt eine hauptsächlich Rolle. Angesichts der Tatsache, daß unser Tübingen am Zusammenfluß von drei größeren Wasserläufen gelegen ist, daß die Siedlungen immer mehr in die drei verhältnismäßig engen Flußtäler hineinwachsen und daß die Flüsse hier noch die Eigenschaft wilder Gebirgsflüsse haben und als solche nach schweren Gewittern, langdauerndem Regen und bei Schneeschmelzen rasch und ungemein umfanglich Hochwasser herbeiführen.

Vornean steht in dieser Beziehung die von Süden kommende Steinlach, die an Niederwasser 0,5 Cbm. pro Sek., an Hochwasser bis zu 200 Cbm. bringt; dann kommt von Südwesten her der Neckar mit etwa 6 Cbm. Niederwasser und bis zu 720 Cbm. Hochwasser, während die westlich zuströmende Ammer von etwa 0,7 Cbm. Niederwasser bis zu 70 Cbm. Hochwasser in der Sek. anschwillt.

Je umfanglicher die Siedlungen in den Flußtälern entwickelt und je wertvoller die Sachgüter sind, umso notwendiger ist natürlich auch der Schutz dieser

Siedlungen und ihrer Menschen vor Wassergefahr und die dauernde Herausnahme des Wohngebiets aus der Ueberschwemmungszone geworden. Und umso mehr empfiehlt sich die Regulierung der Wasserläufe, indem man feste Flußbette herstellt, die auch gewaltige Hochfluten darin geschlossen abführen können. In dieser Beziehung haben die Jahre seit 1890 fortwährend neue und schwerere Aufgaben gezeitigt. Hand in Hand mit dem Verbesserungsweesen ging aber häufig auch eine planmäßige Sicherung und Rügung der Wasserkräfte für den städt. Haushalt. Die Ausgestaltung der Flußläufe im Einzelnen ist dabei je nach Lage und Eigenschaft der betreffenden Flußstrecke und je nach den Zeitverhältnissen und den zur Verfügung stehenden Baumaterialien mitunter recht verschieden gestaltet.

Der Beginn größerer Flußbauten fällt in das Ammertal, wo aus Anlaß des Schlachthausneubaus im Jahre 1893 eine Ammerkorrektion unterhalb der Stadt in Länge von etwa 0,8 Kilometer durchgeführt wurde. Das Querprofil hat Rasenböschungen und eine Niederwasserrinne gepflastert. Es folgte dann im Jahre 1897 die Ammerverbesserung innerhalb der Stadt entlang der Graben- und Keltnerstraße mit Mauerprofil und Niederwasserrinne aus Beton.

Zur Gewinnung des Bauplatzes für die neue Universitätsbibliothek in der Wilhelmstraße ist sodann eine 380 Meter lange Verlegung und Einwölbung des Käsenbachs in der Emelinstraße (im Jahre 1908) notwendig geworden.

Das nach Umfang, Aufwand, Wirkung und Wert bedeutendste städt. Werk dieser Art ist aber die in den Jahren 1910—12 mit einem Kostenbelang von rd. 2 Millionen Mark durchgeführte Neckarkorrektion, die ja schon vorn insofern kurz beregt wurde, weil sie auch das Fundament war für eine rasche und zwanglose Durchführung der dargestellten Eisenbahnanlagen. Die im ff. als „die Neckarkorrektion“ schlechthin bezeichnete Unternehmung charakterisiert sich als eine bauliche Aufgabe, mit deren Bewältigung die Gemeindevverwaltung schon seit langen Jahrzehnten erfolglos befaßt war, als eine Aufgabe, die am Ende alle Gebiete des städt. Tiefbaus einschlägig berührt hat und die eben nur im Zusammenhang mit der erwähnten Bahnbauaktion und dann mittels kräftiger staatlicher Unterstützung, vor allem aber durch die organische Verbindung mit einem (ebenfalls gemeindlichen) Wasserkraftwerk nach der technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Seite vernünftig und tragbar überhaupt gelöst werden konnte.

*) Ueber die weiteren Einzelheiten dieser umfangreichen und komplizierten Einrichtung, siehe die Abhandlung des Stadtbaumeisters von den Bergern im Jahrbuch des Ingenieurwesens 1926, Heft 97, 98.

Der technische Kern des Unternehmens ist die 3 Kilometer lange Korrektur des Neckars, beginnend oberhalb Tübingen und endigend unterhalb der Wasserkraftanlage bei der Markungsgrenze Lustnau. Diese Wasserkraftanlage ist mit der Flußverbesserung verknüpft und ein integrierender Bestandteil des Ganzen.

Das gesamte Neckarkorrektionsunternehmen ist früher schon (1911) in einer der Tübinger Chronik beigelegten Druckschrift von Oberbürgermeister Haufer, nach der technischen und wirtschaftlichen Seite eingehend geschildert und dann auch in Wort und Bild in einem Sonderabdruck der württ. Bauzeitung vom Erbauer, Stadtbaumeister Vandenberg, veröffentlicht worden, weshalb sich erübrigt, auf Einzelheiten (über Hergang und Gestalt) weiter einzugehen. Und nur ganz Wesentliches über Zweck und Formung mag hier erwähnt werden.

Es galt, den Neckarfluß so auszugestalten, daß er eine max. Hochwassermenge mit 720 bzw. 850 Cbm. in der Sek. geschlossen abführen konnte. Nur dadurch wurde stadteigenes Gelände weit hin hochwasserfrei und die Schließung der Flußbrücken und Flußrinnen der Karlstraße ermöglicht. Außerdem mußte mit der Flußregulierung eine wesentliche Absenkung des Hochwasserspiegels erreicht werden. Das Flußbett selbst wurde abschnittsweise je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden gestaltet.

Auf der oberen Strecke, oberhalb der Herrenberger Bahn war der Durchflußraum durch eine Flußerweiterung nach rechts zu erbringen, wobei ein Schöpfdamms das auf dem rechtsseitigen Wiesengelände fließende Hochwasser dem Neckarlauf zuführt. Auf der mittleren Strecke, von der Herrenberger Bahn bis zur Eberhardbrücke, war eine Neckarerweiterung nicht tunlich, weshalb ein zweiter Neckararm rechts vom Mutterbett (durch den sogen. Flußkanal) angelegt wurde, der unter dem (zweiten) Bogen der Eberhardbrücke wieder in den Neckar einmündet. Von der Eberhardbrücke abwärts wurde dann der Fluß wieder nach rechts und nach links hin verbreitert.

In Rücksicht auf den teilweise erheblich vergrößerten Flußquerschnitt war aber dann wieder unbedingtes Erfordernis — die zu gleicher Zeit erstellte Wasserkraftanlage unterhalb Tübingens mit ihrem beweglichen Wehr, weil hiedurch der Niederwasserspiegel des Neckars bis über das Stadtgebiet hinauf erheblich und auf konstante Höhe gestaut werden konnte. Mit der Folge, daß das ganze breite Flußbett ständig mit Wasser gefüllt ist, und daß in wasserarmer Sommerszeit ein fast ausgetrocknetes Flußbett mit üblem Aussehen

und noch üblerer Ausdünstung vermieden wird. Andererseits war aber dann auch die Wehranlage so zu konstruieren, daß man das Flußbett bei Hochwasser rasch freizulegen und mit erheblicher Absenkung bis 850 Cbm. Hochwasser anstandslos abzuleiten im Stand ist. Die (angewandte) Walzenwehranlage hat neben ihren ästhetischen Vorzügen den Anforderungen bei Hochwasser immer entsprochen und noch zu keinerlei Anständen geführt.

Die Mündung der Steinlach mußte erheblich nach Osten abgedreht werden aus flußbautechnischen Gründen. Die Landzunge hat im Zusammenhang mit dem gleichzeitig erbauten Offizierskasino, das auf der alten Steinlachmündung steht, einheitliche Anpflanzung und Gestaltung erhalten.

Da wo die rechtsseitige Ufermauer an die Eberhardbrücke anschließt, wurde der große Nachenlandeplatz mit einem Brückenhäuschen eingeschoben und weiter abwärts die Ufermauer zur Erhaltung zweier alten Weidenbäume kurz unterbrochen. Einer dieser Bäume ist im Jahr 1925 durch Sturmwind zerstört worden. Die Verbindung vom Ablandplatz nach der Plantanentallee über den Flußkanal wird (an Stelle eines früheren eisernen Stegs über den Mühlbach) durch eine neuerbaute Fußgängerbrücke bewerkstelligt.

Das vom Hochwasser freigelegte Gelände war teils für Eisenbahnzwecke zu verwenden, teils, insbesondere unterhalb der Karlstraße, als Siedlungsgelände zu formen. Heute ist es fast durchweg überbaut. Und wo früher die großen Flußrinnen der „Kronentache“ und „Saulach“ mittels Flußbrücken unter der Karlstraße durchgeführt waren, stehen jetzt das städt. Schwimmbad und das neue (demnächst wesentlich zu erweiternde) Gebäude der Reichspostverwaltung. Das westlich der Karlstraße gelegene Gebiet der Kastanienallee und oberen Lindenallee hat durch Hochwasserfreilegung, durch planmäßige Anpflanzung und durch die bessere Herstellung der Seeanlage ganz erheblich gewonnen.

Zum abrundenden Abschluß gerade dieses Werkbeschriebs ist wohl nicht überflüssig und vornehmlich auch behufs Vergleich der damals gehegten Erwartungen mit dem nun heute Erreichten — und es ist auch wegen der in der Zwischenzeit mehrfach eingetretenen, sehr umfangreichen und gefährlichen Hochwasser von besonderem Interesse in diesem Zusammenhang einen Teil der Ausführungen zu rekapitulieren, die anlässlich der Einweihung des Korrektionswerks am 2. Januar 1912 Oberbürgermeister Haufer — im Beisein einer größeren Zahl von

geladenen Gästen (darunter Minister des Innern von Bismarck) auf dem Rathaus gemacht hat:

„Beim Abschluß eines so großen Unternehmens, wie es die Neckarkorrektur vorstellt, mit all dem, was ihr um- und anhängt, hat man das begriffliche Bedürfnis, in gedrängter Kürze nochmal das Fazit des Erreichten zu ziehen, das zum Teil als reife Frucht jetzt schon eingebracht ist, zum Teil aber auch als keimende

nungs- und Kulturzentren in dieser Hinsicht ein anderes Bild uns wieder entrollt — ein Bild des Schreckens und der Zerstörung. Und wer weiß, ob nicht mit dem Wechsel der Jahrgänge wieder häufiger Ueberschwemmungen sich einstellen mögen und wer will bestreiten, daß bei den erfahrungsgemäß rasch einfallenden Hochwässern des Neckars und



Oberrealschule

Aussaat für künftige Ernte erst noch heranwächst. Da ist nun für ein geordnetes und aufstrebendes Gemeinwesen — und auf diesen Charakter wollen wir Anspruch erheben — vor allem die Tatsache erfreulich, daß wir einen recht ausgedehnten Teil unseres Wohnbezirks und zwar im eigentlichen Herzen der Stadt von zeitweilig vorkommender Ueberschwemmung befreien und damit den Schutz für Leib und Leben und für Sachgüter gewähren, den man nach menschlichem Ermessen überhaupt zu gewähren im Stande ist. Und wenn auch in den rückliegenden Jahren Ueberschwemmungen weniger häufig und vielleicht auch weniger gefährlich (infolge Vertiefung der Neckarsohle aus natürlicher und mechanischer Ursache) hierorts aufgetreten sind, so hat doch das Jahr 1910 mit seinen Katastrophen in einer Reihe von Flußgebieten und an hervorragenden Woh-

der Steinlach — wo der normale Bestand eine Wassermenge von höchstens 12 cbm ausmacht, die großen Hochwasser aber auf 720 bzw. 855 cbm pro Sekunde anschwellen, der Gefährdungsgrad für die Beteiligten ein relativ hoher ist? — Dazu kommt der gewiß schätzenswerte Vorteil einer Art von Arrondierung, die mit Ausschaltung der trennenden Ueberschwemmungszonen unserem räumlichen Gemeinwesen vollends vom Standpunkt späterer baulicher Ausdehnung seiner Seitenflügel zuteil wird. Die Verbesserung betrifft dann außerdem noch ein der Stadt gehöriges freies Gelände, das — in unmittelbarer Umgebung der Wohnquartiere gelegen — als sogen. „oberer, mittlerer und unterer Wöhd“, als Fläche zwischen Karlstraße und Steinlach, als „oberer und unterer Sänswasen“ nicht weniger denn 10 ha Wehgehalt hat und das nun durch Abwen-

ding von Hochwassernot in ganz anderer Weise als bisher und mit verschiedenstem Zweckinhalt ausnützlich wird. Ist doch dadurch brachliegendes Weideland, darunter der frühere Exerzierplatz, teilweise in wertvolles Baugelände gewandelt und es ermöglicht, das vorhandene Alleenrevier in der Hauptsache hochwasserfrei und zu einer großen wohlumfriedeten Parkanlage mit Einschluß von Fest- und Spielplatz zu gestalten. All dies ist nun (wie gesagt) zum Teil mit direkt gegebener wirtschaftlicher Ausbeute werbendes Kapital unseres Gemeindevermögens geworden und geeignet, die Annehmlichkeit hiesiger Wohnungsnahme zu steigern. —

Weiter aber wird der Ruf Tübingens, eine gesunde Stadt zu sein, die erst jüngst wieder auf der hygienischen Ausstellung in Dresden ob des Rauch-, Staub- und Rußfresen ihrer Luft sich Weltung verschafft hat, durch die Korrektur (schon weil sie die Abfuhr der Abwässer viel besser bewerkstelligt) nur noch gewinnen. Deshalb haben auch technische Gesundheitsbehörden, darunter Medizinalkollegium und Hygienisches Institut, bei verschiedenem Anlaß die Tübinger Flußverbesserung als einen wesentlichen hygienischen Fortschritt und ihre tunliche Förderung als im hygienischen Interesse gelegen bezeichnet. Eines aber möchte ich zu Angesicht des fertigen Werkes noch besonders betonen: Die Befürchtungen, die man anfangs wegen schädlicher Einwirkung auf das Stadt- und das Landschaftsbild von verschiedener Seite der Unternehmung glauben anhängen zu müssen, sie sind durch die vorsichtige Art der Ausführung und vornehmlich durch die Wirkung der Stauanlage im Rahmen des Gesamtwerks nach meiner Meinung hinfällig geworden. Im Gegenteil, an Stelle der alten Schönheiten, die übrigens schon mit dem Abgang der malarischen Neckarbrücke um ein wesentliches Kleinod gekürzt worden, sind neue Partien von besonderem Reize erkunden, die mit fortschreitender Bepflanzung und Bebauung des Grenzrayons noch mehr gewinnen und beim Eintritt in die Stadt recht wirkungsvoll sind.

Vergessen wir endlich nicht, wie unser Sportwesen sich ausdehnt, belebt und erfrischt dadurch, daß es mit der gestauten Wasseroberfläche ein Neureich für Ruder und Schlittschuh erobert. Zusammenfassend darf ich sonach es aussprechen: Schon die Flußverbesserung allein ist ein großes Kulturwerk und an schöpferischen Möglichkeiten nicht arm — wenn auch runde materielle Vorteile etwa in Gestalt von Erlösen aus Baugründen nur in mäßigen Grenzen und nicht durchweg sofort realisierbar daraus entspringen. Gerade in letzterem Punkt unterscheidet sich merklich der Standpunkt der heutigen Gemeindeverwaltung von dem rückwärts durch die Jahrzehnte verlaufbaren.

Aber auch für Fassung und Nutzung der Neckarkräfte (um nun auf dieses Thema zu kommen) haben wir endgültig eine ganz andere Lösung gefunden, als sie dereinst sich gedacht war. Und auch wenn man von den Fortschritten der Technik bestehend in bewegl. Wehran-

lage ganz absteht, fällt ein Unterschied in die Augen, der das frühere Verhältnis des Kraftwerks zur Korrektur gegenüber dem jetzigen geradezu auf den Kopf stellt. Während nämlich seinerzeit das Kraft- oder Wasserwerk zufolge eines Kanals, der durch den mittleren Wöhrd projektiert war — auf eine wesentliche Strecke seines Laufs gerade entlang dem Häuserrevier den Neckar wasserarm gemacht und damit eine fast unheilvolle Situation vollends bei anhaltender Trockenheit verschuldet hätte — ist es umgekehrt nun die Kraftanlage, die für Schaffung eines erträglichen Flußbetts und Flußlaufs durch Aufstau (nach Vornahme der Korrektur) schlechterdings nicht entbehrt werden kann. Flußverbesserung und Wasserwerk tun sich heute gegenseitig nicht Abtrag, vielmehr sie ergänzen einander; und auch im Kostenbelang war die gleichzeitige Ausführung beider Bauten besonders für das Ertragswert im Sinn einer Minderung des Baukapitals von entschiedenem Vorteil. Wenn so das Wasserwerk einen untörichtigen Bestandteil der Korrektur bildet und deshalb auch als ein gemeinnütziges Unternehmen charakterisiert ist, so rechtfertigt sich doch nach Lage der besonderen Verhältnisse schon heute sein Dasein auch aus fiskalischen Gründen und seine Rentabilität erscheint uns bei halbwegs normalem Verbleib der Wasserkraft gesichert.

Die einleuchtenden gesundheitlichen Vorzüge unserer jetzt ausgeführten Kanalisation mit den Hauptkanaläulen dem Neckar entlang sind erwähnt. Hinzufügen darf ich, daß dieses Unternehmen auch eine weitere Etappe bedeutet im schon beschlossenen Vormarsch zum Endziel eines einzigen zentralen Klärwerks — zwecks Reinigung sämtlicher Abwässer des ganzen Gemeindehaushalts und zwecks Ermöglichung einer Schwemmkanalisation von Fäkalstoffen — mit einwandfreier Einrichtung des Systems der Spülaborte — wenigstens für bestimmte Quartiere. Weiter hat unser Korrektionswert — zum Teil allerdings im Zusammenhang mit schwebenden Bahnbauten oder durch sie erstlinig verursacht — dem lokalen und Durchgangs-, dem Geschäfts- und Spazierverkehr verschiedene neue interessante Straßenzüge gebracht, die nur im Entstehen begriffen sind und zum Teil auch für sofortigen Anbau sich eignen. Endlich aber — ich möchte sagen zur schönheitlichen Krönung des Ganzen — haben wir unser Anlagenrevier nicht nur vor wesentlichen Schäden aus der Korrektur her — bewahren können und (wie schon erwähnt) größtenteils vor Ueberschwemmung gesichert; wir haben auch dort, ganz abgesehen von der Seeanlage und dem neuen Flutkanal, die mit dem früheren, dem Altbestand, zum mindesten jeden Vergleich aushalten, mit der Bewirkung eines großen Bepflanzungsplans (zum vorhandenen Bezirk weiter zugegebener Fläche) neue Alleen und ästhetische Werte zum wesentlichen Genuß erst kommender Geschlechter geschaffen in der Nachfolge jener Altvordern, die uns dereinst die alten Alleen geschenkt haben. Und fiskalische Medankengänge waren es wahr-

sich nicht, die uns dabei besonders bewegt haben, denn sonst hätten wir vielleicht andere Wege einschlagen müssen.

Deshalb gilt es nun, die neu geschaffenen Güter und Möglichkeiten noch Kräften zu nützen, schon damit das anaalegic Baukapital sich bald (wenigstens teilweise) wieder ersehe. In dieser Hinsicht sehen wir freilich einen Erfaß nicht etwa nur im realen Grundstückserlös, wir haben da auf längere Frist kalkulieren und auf anderer Grundlage rechnen gelernt und beispielsweise die Vorzüge aller, die wir den Rücksichten auf Erhalt und Pflege unserer landschaftlichen Schönheiten, den Mähen und Opfern auf Erhalt und Schaffung von Alleen und Parkanlagen, unsern gesundheitsförderlichen Einrichtungen der Kanalisation usw. entnehmen, auch sie zählen wir zu den produktiven, zu den im letzten Ende wirtschaftlichen Dingen.

Jenes Wort des bekannten Aesthetikers Wischer aus den Older Jahren, das ich schon einmal in diesen Räumen erwähnt habe: „Wäre nicht Schlaffheit der Charakter dieser Bevölkerung, so stöbe nicht seit Jahrhunderten ungedämmt und ungenützt der Neckar an ihr vorüber, der Wöhrd wäre entwässert usw.“ Jenes scheltende Wort sichts uns nimmermehr an. Freuen wir uns, die Alten schlafen zu können über eine Unternehmung, die mehr als ein halbes Jahrhundert und bislang fruchtlos Vertretung und Bürgerschaft Tübingens in Atem gehalten hat; freuen wir uns weiter über den Besitz einer Wertanlage (Korrektur und Stauwert), die auch schon während ihres jungen Daseins nach dem Urteil hervorragender Sachverständiger in Struktur und Betrieb als eine in jeder Hinsicht solide und zweckmäßige Anlage erkannt ist — und bleiben wir nach wie vor über alles Trennende weg treu der Devise: „Bahn frei auch in diesen Dingen für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer geliebten Stadt!“

„Aber wenn man vom elektrischen Teil der Stauanlage absteht, den unser Betriebsleiter Henig in jeder Beziehung trefflich besorgt hat und wenn man den staatlichen Sachverständigen, im besonderen Herrn Baudirektor von Velbrand, ihren Anteil nicht verkümmert, so ist doch in allererster Linie und überwiegend der Vorstand unseres Tiefbauamts, Stadtbaumeister Landenberger, bei der nun abgetanen Korrektionsaffäre nach der Seite der Planung und nach der Seite der Ausführung der eigentliche Geschäftsträger gewesen. Seit 5 Jahren in unserem Dienste und nicht lang nach seinem Amtsantritt mit der Vorbereitung für das vorliegende Werk befaßt, hat er in ihm und mit ihm zugleich das Meisterwerk einer durch beharrlichen Fleiß ebenso wie durch technisches Können hervorragenden Arbeit geliefert.“

Im Umfang der „Neckarkorrektur“ nachstehend, aber deshalb doch von großer Bedeutung ist ein wei-

teres Unternehmen dieser Art, nämlich die im Jahr 1910 durchgeführte Ammerkorrektur oberhalb Tübingens bis zur Markungsgrenze Unterjesingen. Auch das Ammertal litt bei Hochwasser sehr viel unter Ueberschwemmung und war allmählich sehr verumpft. Viele Hektar Wiesen lieferten nur wenigen Ertrag. Durch eine 3 Kilometer lange Ammerkorrektur (als der wesentlichen Grundbasis) und durch eine umfangreiche Feldbereinigung mit Entwässerung wurde das große Gelände mit bald 100 Hektar hochwasserfrei, entsumpft, in der Bewirtschaftung verbessert und im Ertrag erheblich gesteigert. Außerdem wurde der Stadt zum und beim neuen Westbahnhof ein größeres Siedlungsgebiet gewonnen und durch Straßen, Kanäle, Brücken und dergl. noch weiter erschlossen.

Und nun in aller Kürze noch zu den neuesten Vorgängen: Das Katastrophenhochwasser vom Jahr 1919, der Menge nach eines der größten registrierten Hochwasser des Neckars, hat den Fluß oberhalb Tübingen — soweit noch unkorrigiert — aufs schwerste beschädigt. Die Schäden sind im Laufe der Jahre immer größer geworden und haben schließlich zu einem uferlosen Zustand und einer Flußverwilderung geführt. Aus mancherlei Gründen war danach ein Eingreifen geboten. So ist denn nach wiederholten Anläufen im Frühjahr 1926 (als Notstandsarbeit) gemäß einheitlichem Plan eine weitere umfassende Neckarverbesserung mit 1,5 Kilometer Länge, die demnächst ihren Abschluß findet, in Szene gegangen. Damit in Verbindung steht die Wiederherstellung des früher vielbegehrten, vom Hochwasser abgerissenen Spazierwegs auf der rechten Seite des Neckars, sodann ausgedehntere Neupflanzung von Alleenbäumen.

Heimatbuch

Es ist ohne Weiteres klar, daß die ganze Reihe der oben umrissenen Dinge wie Bahnhofumbau, Flußverbesserung, Wasserkraftwerk, Entwässerung etc. in die bestehenden Verhältnisse (in Natur- und Menschenwerk) da und dort revolutionsartig eingreifen mußte; namentlich traf dies für den oberen Alleenbereich zu, dessen seitherige Bildsäule und Baumreihen der Herrenberger Bahnbau mit seiner Eisenbahnbrücke und Dammschüttung ungut durchquert und alteriert hat. Und im ersten Stadium der zum Teil nur ausgereiften Pläne war die Sache naturgemäß noch mehr verworren und waren noch geschäftiger — Gerücht und

Vorstellung kommenden Unheils. Deshalb nimmt es Einen — vom retrospektiven Betracht aus nicht Wunder, wenn in Tübingen, wo zudem um das deutsche Heimatschutzwesen viel bemühte Männer und Vorkämpfer ihres Antes walteten, damals lebhaftere Erregung und ehrliche Sorge eingeleitet sind und das Geplante oder das in Wort und Wert jeweils Geoffenbarte von Anbeginn an scharf aufs Korn genommen haben.

Und trotzdem — der „Heimatschutzstreit“, der dann darob entbrannt ist und die Tübinger Einwohnerschaft eine Zeitlang geradezu in zwei feindliche Lager geteilt hat, er brauchte kein so grimmenstimmiges Gesicht anzunehmen und fast die ganze Kulturwelt zu alarmieren. Wenn anders man auf der einen Seite über die Absichten, Formen und Auswirkungen des Gesamtunternehmens von Hause aus gründlicher sich informiert hätte und wenn anders auf der anderen Seite und in weiteren Kreisen schon bekannt oder doch geläufiger waren bestimmtere Begriffe über das, was die Heimatschutzbewegung, die um jene Zeit allerorten mit neuem Eifer und Rüstzeug und auch in mehr internationaler Gewand auf den Plan getreten, des Näheren will und bezweckt und im besonderen wie sie sich gegenüber absoluten Notwendigkeiten des Lebens und fraglos gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen eigentlich einstellt.

Dies darf, ja muß gesagt werden gerade von einem Standpunkt aus, der es nach wie vor ablehnt, den Austrag des Streites einseitig und rechtshaberisch zu beurteilen. Und bemerkenswert bleibt (und dankenswert), daß damals von Universitäts- und Staatswegen in behördlich offizieller Form ein Einvernehmen mit der städtischen Verwaltung gesucht und ebenso auf Schaffung eines klaren Tatbestandes und einer sicheren Umgrenzung des Unternehmens, wie auf tunlichste Schonung all des Bestehenden und Erhaltungswürdigen in positiver Weise hingewirkt wurde. Das Beste hat dann allerdings das werdende und vollends das gewordene Wert selbst getan. Immer einleuchtender hat es gezeigt, wie ohne die Neuschöpfungen der natürliche Weiterwuchs des ganzen Gemeinwesens geradezu unleidlich gehemmt war, aber auch wie trotz der da und dort bedauerlichen Störung und Zerstörung guten Mitbestandes man beachten sollte Neues und Schönes an Stelle der Verluste gerückt ist. Und ohne Wagnis mag man behaupten, nur ganz wenige und in graue Theorie eingespinnene Menschen könnten es sein, welche an Stelle der Neubrücke, an Stelle des regulierten Flußlaufes, an Stelle des Güter- etc. Bahnhofs und selbst an Stelle der See-

anlage (die doch ihren Platz eben nur durch Verbanung jeglicher Siedlungsabsicht im dortigen Gelände behauptet) den alten Zustand wieder herstellen wollten.

Gut ist die Sache aber auch gegangen insofern, als sich die Gemeindevertretung durch das ihr gegenüber entwickelte feindliche Pathos nicht einschüchtern ließ und den als richtig erkannten Weg, wenn auch unter möglicher Rücksichtnahme auf die idealen Interessen des Heimatschutzes, (die ja im Grunde genommen auch die ihrigen waren) bis zum Endziel verfolgt und damit die wertvollen Ausstattungsstücke und lebenswichtigen Glieder des Gesamtunternehmens zur rechten Zeit noch gesichert hat. Denn mag man auch mit Fug einwenden, den Trägern der Unternehmung und der letzteren selbst (in Plan und Wert) hat es mit nichten geschadet, daß man das Gewissen geschärft hat und mag man insofern jenem „Heimatschutzstreit“ und seinen Ausern ein gewisses Verdienst vindizieren: soviel ist auch sicher, hätte jene Mobilmachung namentlich der gebildeten Schichten in Stadt und Land den Erfolg gezeitigt, daß die Gemeindevertretung am Ende die Platte ins Korn warf, so wäre vollends beim Beacht der allgem. wirtschaftlichen und Notverhältnisse, wie sie sich dann im Krieg und in der Nachkriegszeit eingestellt haben, unserem Gemeinwesen in Stadt und Hochschule ebenso unberechenbarer wie unheilbarer Schaden erwachsen.

Wichtig für die fortschreitende Klärung der Frage war sodann noch — und schon deshalb möchte ich dieses Ereignis hier einzeichnen, daß während der Tagung des II. Internationalen Heimatschutzkongresses in Stuttgart im Juni 1912, die sehr zahlreich und aus aller Herren Ländern besucht war, auf Veranlassung hiesiger Mitglieder (der HH. Prof. Fuchs und von Lange) eine große Mehrheit von Kongreßteilnehmern mit den führenden Häuptern auch Tübingen einen Besuch abgestattet und all' das Sehenswerte in unserem Bereich mehr oder weniger kritisch sich zu Gemüt geführt hat.

Auch die Gemeindevertretung hatte dabei im Einvernehmen mit dem Arrangement die sehr schätzbare Gelegenheit, auf dem Rathaus die Herrschaften zu begrüßen und ihren Standpunkt zu entwickeln. Wir durften mit Hinweis auf das Stadt- und Landschaftsbild, wie es ist und noch ist und im besonderen auf die Wohnzeilen unserer Altstadt feststellen, daß es uns trotz alledem und alledem nicht gelungen sei, das Charakteristische und Beständige unseres edlen Tübinger Besitzstandes zu verderben oder wesentlich zu verringern und daß wir mit Hilfe künstlerischen Rats nicht selten die Neuschöpfungen mit dem geschichtlich Ge-

wordenen und Altgewohnten in harmonische Verbindung gebracht und dem alten Erbe neue (heimatliche) Schätze angegliedert haben. Wenn also auch unter Katechismus unzweideutig und nicht erst seit heute dahin laute, den Träger geistiger Kultur legten Endes über den Wirtschaftsmenschen zu stellen und immer wieder Verjüngung zu suchen in der Dauer-schöne der Natur und im lebendigen Gedächtnis an

ahmer, sondern echte Söhne ihrer Zeit sein, wie dies dereinst bei den Alten der Fall war. In diesem Sinn wollen wir in Tübingen Heimatschutz treiben und — wenn auch im einen oder andern Fall über Tun oder Lassen unsere Ansichten auseinandersetzen, uns doch immer wieder zurecht und zusammen finden eben in der gemeinschaftlichen Liebe zu unserer engeren und weiteren Heimat.“



Kriegerfriedhof

die Lage unserer Voreltern, „so wollen wir nicht bloß erhalten, wir wollen und müssen auch arbeiten, Neues erschaffen, schon um das materielle Fundament zu gewinnen für das Gedeihen noch anderer (immaterieller) Güter, die wir für unsere örtliche Gemeinschaft gerade in einer Universitätsstadt notwendig brauchen. Und das also Erschaffene soll unbefangenen den Stempel unseres eigenen Wesens tragen und die Künstler in Wort und Bild, die uns dabei vor allem in den Fragen des Städtebaus und der Landschaftspflege beraten, sie sollen frei und unabhängig vom Dogma des Schemas und Dogmas nicht bloße Nach-

Sehr interessant waren dann die Ausführungen eines ersten Führers und Referenten aus den Reihen der hochwerten Gäste (des Landesbaurats a. D. Rehborst, Köln): er hat unserem Städtchen nach dem bekannten Heine'schen: „Mir ist als ob ich die Hände“ etc. seinem Wesen und auch „seiner schönen Weltabgeschlossenheit“ unter lebhafter allseitiger Zustimmung ein hohes Lied gesungen — ausklingend in der dringlichsten Mahnung, doch ja auf die weitere Erhaltung der Schönheit „des alten herrlichen Tübingen“ Bedacht zu nehmen. Im übrigen aber hat er die Auffassung vertreten, daß der Heimatschutz kein retardie-

rendes Moment, keine Altertümelei, kein Romantizismus sein solle und wolle, sondern daß er auch das Leben zu berücksichtigen habe, allerdings immer mit dem Wunsche, daß dieses und seine Erfordernisse sich mit den Heimatschutzideen vereinigen mögen.

„Möchte es (Tübingen) noch eine lange Reihe von Jahren zu den Städten zählen, die nicht in die Zahl der Großstädte einrücken. Denn es muß bei der Konzentration der Arbeit und dem entsetzlichen Anwachsen der Großstädte auch Orte wie Tübingen geben, wo der, der sich auf der Hochschule vorbereitet für das Leben, in Ruhe und Stille dies vermag, wo aber auch der, der den Kampf des Lebens bis zum Abend gekämpft, einen richtigen Lebensabend finden kann.“

Das sind wie damals so heute goldene Worte, wertvoll genug in einem feinen und guten Herzen behalten zu werden.

Und auch das, was Anfangs ds. Jz. in einer vom Bund für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern hierorts abgehaltenen Versammlung Univ.-Professor Dr. Fuchs über Heimatschutz und Volkswirtschaft ausgeführt hat — im besondern mit seinem Hinweis einmal auf den tiefgreifenden Gegensatz zwischen der im Kapitalismus sich höchst auswirkenden Privatwirtschaft und dem Heimatschutz und zum andern auf die bestehende Zielgemeinschaft (mit Richtung auf eine nationale Kultur) zwischen Volkswirtschaft und Heimatschutz kann m. E. sympathische Zustimmung finden.

Und wenn weiter davon die Rede ist, daß auch die

Schönheit nationalen Reichtum und nationales Kapital bedeute und daß die wachsende Erkenntnis dessen in die Forderung sich umsetzen müsse, nicht zuletzt bei industriellen Anlagen nicht lediglich nach Maßgabe der Zweckmäßigkeit, sondern auch nach den Bedürfnissen neuer künstlerischer Schönheitswerte (in Übereinstimmung mit der landschaftlichen Umgebung) zu bauen, so wird man auch der Berechtigung dieses Gedankens nichts anhaben können.

Und gerade auch ins Tübinger Lebenszentrum trifft der Satz, der es als eine bedauerliche Erscheinung kennzeichnet, daß in den Klein- und Mittelstädten vielfach eine Ueberschätzung der Großstadt eingetreten sei, die schlechthin und gedankenlos als Trägerin höherer Kulturwerte angesehen werde, ohne es zu sein.

In dieser Beziehung vornehmlich sind Heimatschutz und Tübinger Gemeindevertretung natürliche Bundesgenossen im Kampf letzten Endes für die kleine Universitätsstadt und wider die mancherlei Feinde ihrer besseren Wertung.

Wiewohl offenbare Mängel auszugleichen unablässig bemüht soll deshalb auch unser Tübingen zugleich heimatsfroh und der Fülle seiner eigenartiger Vorzüge sich bewußt, ob seiner Zukunft unverzagt bleiben und dem guten Alten getreu und dem nützlichen Neuen nicht abhold das im Grund (für die Gesamtheit) unentbehrliche Wesen der Kleinstadt weiter entwickeln!

Städtische Anlagen und Denkmale

Von alters her sind in Tübingen die öffentlichen Anlagen, insbesondere die Alleen hervorragend und deren Erhaltung durch sorgsame Pflege wird immer eine vornehme Aufgabe der Stadtverwaltung sein müssen. Das Kernstück der öffentlichen Anlagen bilden gegenwärtig noch die Alleen südlich der Altstadt, zwischen dem Neckar und Bahnhof gelegen.

Die umfangreichen Eisenbahn- und Flußbauten, der Aufstau des Neckars, sowie neue Straßenanlagen (in den Jahren 1908—1914 durchgeführt und an anderer Stelle schon hinreichend beschrieben) brachten einerseits empfindliche Eingriffe in den Alleenbestand, andererseits aber auch neue Möglichkeiten, das

Alleengebiet zu erweitern, zu verbessern und abzurunden. Die Eingriffe in den alten Bestand auf das kleinstmögliche Maß zu beschränken, den Alleenhaushalt durch Neuschöpfungen zu erweitern und denselben an die neuen baulichen Anlagen tunlichst anzupassen; das war die keineswegs leichte Aufgabe, welche nach einheitlichem Plan in der Hauptsache bis zum Kriegsausbruch durchzuführen war. Aber auch in der Nachkriegszeit ist jede sich bietende Gelegenheit zur Verbesserung und Erweiterung der öffentlichen Anlagen benützt worden, insbesondere auch bei Aufstellung und Durchführung der Stadtbaupläne.

Die Anlagen ums Jahr 1900

Von den im Jahr 1900 bestandenen öffentlichen Anlagen sind hervorzuheben:

Die Kastanienallee, im Jahr 1819 angepflanzt und in ihrer Ausdehnung noch unverfehrt, mit der später angelegten Bahnhofsallee und dem Bahnhof als südlichem, dem Uhlanddenkmal als nördlichem Abschluß. Nicht zu vergessen ist dabei die alte Schlittschuhbahn, welche später der neuen Seeanlage weichen mußte.

Die Platanenallee in der Neckarniederung, von der Neckarbrücke bis zum Seufzerwäldchen reichend, ist ebenfalls heute noch unverfehrt und die schönste Allee des Tübinger Stadtbereichs. Sie wurde einige Jahre später als die Kastanienallee angelegt.

Im Westen an die Kastanienallee anschließend war die alte und junge Lindenallee, 1508 bzw. 1896 angelegt, dann die Derendinger Allee, die alte Badischüssel mit dem Derendinger Mühlbach von großer Bedeutung.

Die Alazienallee war weniger ausgedehnt.

Westlich der Karlstraße unterhalb der Steinlach war der untere Wöhrd mit dem kleinen Erzierplatz, vorwiegend mit Weidenbäumen bepflanzt, gegen die Bahn zu mit jüngeren Platanen, Eichen und dergl. ausgestattet. Er konnte aber als Allee nicht ohne weiteres angesprochen werden.

Alle diese Alleen und Plätze lagen im Ueberschwemmungsgebiet des Neckars, wodurch ihr Wert und Bestand erheblich beeinträchtigt war. Erst die Durchführung der Neckarkorrektion hat diese Mängel beseitigt.

Veränderungen und Neuschöpfungen

Schon von Natur aus sind die älteren Alleen gewissen Veränderungen unterworfen, denn von Jahr zu Jahr altern sie mehr, die Bäume verlieren an Widerstandskraft, Wind und Wetter werden ihnen dauernd schädlicher. Durch den Gewittersturm am 19. Juli 1926 beispielsweise ist insbesondere die Kastanienallee, dann aber auch die alte Lindenallee oberhalb der Herrenberger Bahn schwer mitgenommen

worden. Der Ersatz einzelner verloren gegangener Bäume durch Nachpflanzung junger Bäume ist nicht immer möglich, die Verpflanzung größerer Bäume technisch schwierig, kostspielig und immer riskiert. Auf Neuschöpfungen bedacht zu sein, ist daher eine ebenso wichtige Aufgabe wie die Erhaltung der alten Bestände.

Augenfälliger sind freilich die Veränderungen durch äußere Einflüsse. Schon durch den Bau der Alleenbrücke 1896, ferner durch die Erstellung des Gymnasiums und der Oberrealschule und durch die notwendige Verlängerung der Uhlandstraße nach Westen mußte nach und nach die alte Alazienallee geopfert und auch die alte Lindenallee an ihrem östlichen Ende etwas beschnitten werden. Durch den Bau der Herrenberger Eisenbahn ist zunächst die alte Badischüssel am Mühlbach in Wegfall gekommen und die Lindenallee durchschnitten worden. Durch den Flußkanal mit der Straßenbrücke mußte das Seufzerwäldchen etwas verschmälert werden, außerdem waren einige weitere alte Bäume an der Derendinger Allee zu beseitigen.

Umfänglicher (wenn auch weniger empfindlich) waren die Eingriffe im Gebiet östlich der Karlstraße, allwo durch den neuen Güterbahnhof, durch die Neckar- und Steinlachkorrektur, dann durch die Friedrichstraße und die Bismarckstraße, die alten malerischen Weidenbäume nach und nach vollständig, die Platanen-, Eichenbäume und dergl. mittlerer Jahre durch Verpflanzung nach der Seeanlage, dem Spitalhof und der Eberhardskirche entfernt wurden. Aber insbesondere die Flußkorrektur hatte den Vorteil, daß wie schon gesagt, große Teile des Alleengebietes hochwasserfrei wurden und über den bisherigen Alleenbereich hinaus neue öffentliche Anlagen erstellt werden konnten. Nur die Platanenallee mit dem Seufzerwäldchen mußte Hochwassergebiet bleiben, aber auch deren Ueberflutung ist gegenüber früher viel seltener geworden. Eine vollständige Aufzählung der Neuschöpfungen würde zu weit führen, weshalb nur die größeren Neuanlagen kurz erwähnt werden sollen und zwar zunächst diejenigen westlich der Karlstraße.

Die Seeanlage in der Kastanienallee, ein Schmußstück im Alleenbereich, ist durch Ausbaggerung entstanden und im Jahr 1906 begonnen worden. Anpflanzung und Weganlagen derselben sind nach einheitlichem Plan von der Firma Berz u. Schwede, Stuttgart hergestellt worden. Der Speisung dient der regulierte Mühlbach mit kleiner Wehranlage und einem Hochwasserabfluß gegen den Neckar, der Ent-

leerung ein kleines unterirdisches Auslaßbauwerk am östlichen Ende. Die Benützung als Eisbahn im Winter ist zeitweise nicht ungefährlich und erfordert besondere Vorsichtsmaßnahmen. Eine große Bereicherung hat die Seeanlage im Jahr 1926 durch Aufstellung der Dannecker'schen Nymphengruppe erfahren.

Die Platanenallee mit dem Seufzerwäldchen ist durch die Anlegung des Flutkanals zu einer langgestreckten Insel geworden und hat durch den gewölbten Fußgängersteg vom Umlandplatz her einen bequemen und schönen Zugang bekommen. Allerneuesten Datums ist die Verbesserung des Musikplatzes. Weitere äußerliche Veränderungen sind nicht wahrnehmbar; die in früheren Jahren öfters beobachtete Blattkrankheit der einzelnen Platanenbäume ist seit dem Aufstau des Neckars verschwunden.

Mit der Verlängerung der Umlandstraße nach Westen ist auch deren Bepflanzung (anfänglich Silberlinden, später Platanen) einheitlich bis zur Herrenberger Eisenbahn durchgeführt worden.

Die alte Derendinger Allee hat ihre Eigenschaft als Fahrstraße an die westlich gelegene neue Derendinger Allee abgegeben.

Die zwischen Allenstraßenbrücke, Eisenbahnbrücke, dem Neckar und Flutkanal gelegene Landzunge ist vom Katastrophenhochwasser im Dezember 1919 stark beschädigt worden und wurde im folgenden Jahr zur besseren Hochwasserausgleichung und zwecks Gewinnung von Erdmaterial um 1 Meter abgegraben und mit Weiden bepflanzt. Später im Jahr 1927 ist der Mittelweg bis zur Eisenbahnbrücke mit Ahornbäumen bepflanzt worden.

Die alte Lindenallee hat am West- und Ostende oberhalb der Herrenberger Bahn durch holbrunde Bänke und Hecken künstliche Abschlüsse erhalten und die neuen Ufer des Neckars, ebenso der Hochwasserhochdamm sind durch Wegenlagen und einheitliche Anpflanzung mittelst Pappelbäumen zu einer neuen Allee gestaltet worden.

Erwähnenswert ist noch die Anpflanzung des ovalen Festplatzes in der jungen Lindenallee mittelst Kastanien, die an anderen Stellen hinderlich, hierher verpflanzt wurden.

Westlich der Karlstraße sind bemerkenswert zunächst das Brückenhäuschen und der Madenlandplatz am Beginn der Wöhrdstraße, mit Kastanienbäumen angepflanzt, dann weiter unten die Landzunge an der Steinlachmündung in den Neckar samt Zugangsweg, mit Hecken- und Platanenbepflanzung versehen und endlich noch die beiderseitigen

Strassen entlang der Neckarufer (Bismarck- und Hermann Kurzstraße), mit Ulmen angepflanzt, welche letztere schon zu stattlichen Bäumen herangewachsen sind.

Südlich der Eisenbahn ist hervorzuheben der Volksgarten im neuen Industrieviertel, die mit Bäumen bepflanzen Fußwegenlagen auf den Steinlachdämmen bis weit in die Markung Derendingen hinaus und die Ausstattung der Kasernenstraße mit Baumstah aus Birnbäumen.

Durch Aufkauf von Grundstücken in der Lichtenberger Höhe und durch Aufforstung derselben ist es gelungen, den Wald näher an die Stadt heranzuziehen. Durch eine neue Wegenlage mit Baumpflanzung ist die Lichtenberger Höhe zu einem beliebten Spazierweg geworden.

Der Gutleuthausgarten bei der Wilhelmstraße wurde zu einem Park umgestaltet.

Infolge der Neckarregulierung oberhalb Tübingen und durch die Erstellung des Universitätsportplatzes im Jahr 1926 ist eine weitere Ausdehnung des Alleenbereichs nach Westen erfolgt. Zunächst wurde der alte Hochwasserdamm abgetragen, nach Westen verschoben und im Frühjahr 1927 mit Pappelbäumen neu bepflanzt. Auch die junge Lindenallee wurde etwas nach Westen verlängert, die alte Lindenallee am Westende um einige ältere Bäume beschritten, dann ober abgedreht und durch eine neue beplante Wegenlage südlich des Universitätsportplatzes bis zum Hochwasserschutzdamm weitergeführt. Die regulierten Neckarufer bekamen teilweise Baumstah, Hecken- und Weidenbepflanzung. Der im Bau befindliche Fußsteg über den Neckar schafft die schon längst erwünschte Verbindung von Alleegebiet und Neckarhalde.

Ein umfangreiches und bedeutendes Kapitel ist die Anpflanzung von Straßen, Wegen, öffentlichen Plätzen und sonstigen Bauwerken tiefbaulicher Art, die regelmäßig nach bauamtlichen Plänen zu erfolgen hat. Erwähnenswert sind die Straßen auf dem Desterberg wie z. B. Hauff-, Lenau- und Stauffenstraße, die Himmelsleiterstafel, neuere Straßen im Universitätsviertel, die Schaffhausenstraße, der Sandweg und der Elysiumsweg. Aus der Reihe der sonstigen größeren Bauwerke ist zu erwähnen, die Anpflanzung des Wasserbeckens der hydraulischen Akkumulierungsanlage auf dem Desterberg, der Wasserhochbehälter in der Grafenhalde und die ausgedehnten Anpflanzungen der zentralen Kläranlage am Neckar unterhalb Lustnau durch Hecken, Pyramidenpappeln und Obstbäume.

Brunnen

Die in Aussicht stehenden Neuanlagen im oberen Neckartal, nämlich die Wasserkraftanlage Tübingen-Triebingen, die Freibadeanlage und die Straße nach Hirschau werden auch bezüglich der Bepflanzung neue Aufgaben bringen, deren Lösung in großzügiger Weise nur wieder auf Grund eines einheitlichen Plans möglich ist.

Von den in verhältnismäßig reichlicher Zahl vorhandenen Brunnen ist wohl der Marktbrunnen seiner ganzen Struktur nach der hervorragendste, weshalb ihm hier einige Worte gewidmet sein sollen.



Dannecker'sche Nymphengruppe

Viele der ausgeführten und noch neu herzustellenden Neupflanzungen werden gegenwärtig weniger bemerkt, künstliche Geschlechter haben den größeren Nutzen.

Seit Bestehen des Tiefbauamts ist der gesamte Alleenhaushalt dem Bauamt unterstellt; mit der örtlichen Pflege und Unterhaltung ist der Stadtgärtner betraut. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt, nicht nur deshalb, weil die Arbeiten rasch, reibungslos und billig durchgeführt werden, sondern auch deswegen, weil dieselben (größtenteils mit tiefbaulichen Unternehmungen zusammenhängend), gleich von Anfang in die resp. Entwürfe einbezogen und mit denselben nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

Auf architektonisch reich und kräftig gegliederter, mit ornamentalen und figürlichen Plastiken geschmückter Brunnenfäule in Stein inmitten eines großen achteckigen ebenfalls steinernen Brunnentrogs erhebt sich die Neptunfigur; das Ganze ein Kunstwerk der Renaissance. Die Brunnenanlage ist in städtebaulicher Hinsicht auf dem Marktplatz richtig platziert, den architektonischen Hintergrund bildet die Hauptfront des Rathauses, im übrigen umsäumt von den Giebelhäusern, wie wir es in vielen mittelalterlichen Städten noch vorfinden.

Brunnenfäule mit Neptunfigur sind im Laufe der Jahre stark verwittert, ornamentale, figürliche und sonstige Giebelteile sind zum Teil abgefallen, so daß die

Frage einer Erneuerung bald ins Auge gefaßt werden mußte. Immerhin ist auf Grund sachmännischer Untersuchung neulich festgestellt worden, daß die Standfähigkeit des Brunnens noch auf Jahrzehnte als gesichert angenommen werden kann und eine eigentliche Baufähigkeit noch nicht besteht. Grundsätzlich dürfte (auch nach kürzlich vom Stadtvorstand gemachten Ausführungen) davon auszugehen sein, daß dieser alte Marktbrunnen in getreuer Nachbildung einmal wieder ersteht, was geschickte Bildhauerhände uns schwer fertigbringen sollten, da die Ausführung von Gipsabgüssen von sämtlichen architektonischen und figürlichen Teilen des Brunnens in früheren Jahren rechtzeitig von der Stadt veranlaßt worden ist. Denn der Tübinger Marktbrunnen ist mit seiner Formgebung in den Marktplatz und in seine Umgebung derart hineinlombiert, daß man sich eine andere moderne Brunnengestalt dort kaum denken kann.

Eine solche, heutigem künstlerischen Geschmack entsprechende Lösung läme dagegen einmal für den Brunnen auf dem Holzmarkt vor der Stiftskirche in Frage, der in geschmacklosen gußeisernen Formen unschön wirkt und kein zu langes Dasein mehr verdient. Freilich müßte mit der Aufstellung eines neuen Brunnens dortselbst auch zugleich die Pflanzgestaltung am Holzmarkt vor der Stiftskirche einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden und deshalb wird schon die ausgabliche Seite der Sache noch nicht so rasch an eine Aenderung herantreten lassen.

Von weiteren bemerkenswerteren Brunnen sei noch genannt die Brunnenanlage vor der Neckarmüllerei mit der wasserspüßenden Nymphe.

Beim Bau der neuen Neckarbrücke blieb nämlich das kleine Vorgefände vor der Neckarmüllerei mit dem sogenannten „Philosophenbrünnele“ in städtebaulicher Hinsicht ungelöst liegen. Es wurden daher fr. Zt. die nötigen Schritte unternommen, diese liegengeliebene Ecke vollends auszugestalten durch Erstellung einer neuen Brunnenanlage.

Zunächst war daran gedacht, eine Kopie der bekannten Danner'schen Brunnennymphe in Stuttgart sich zu verschaffen. Dieser Gedanke wurde aber bald wieder aufgegeben, weil ein kurz zuvor von der Stadt an der Gewerbeschule angestellter Zeichenlehrer — der jetzige Studienrat *Merz* an der Oberrealschule — in seiner Eigenschaft als früherer akademisch gebildeter Bildhauer eine selbständige Schöpfung offeriert hatte.

Sein Anerbieten (Modellskizze) mit der knieenden wasserspüßenden Nymphe erlangte ziemlich allgemeines Beifall, besonders nachdem Prof. Th.

Fischer in München (damals an der technischen Hochschule in Stuttgart) den Plan für Postament und architektonische Anlage (vertiefter Brunnen) dazu entworfen. Ende 1904 genehmigten die bürgerl. Kollegien im Prinzip die Ausführung mit einem gesamten Aufwand von ungefähr 10 000 Mk., worunter 4000 Mk. aus freiwilligen Beiträgen stammten. Die so geplante Anlage wurde nun zunächst in Form eines Gipsmodelles öffentlich ausgestellt. Während dieser Ausstellung tauchte aus den Kreisen der Bürger- bzw. Studentenschaft ein neuer Gedanke auf, nämlich der an Stelle der klassizistischen weiblichen Figur eine andere Anlage mit realistisch und heimlich lokalem Vorwurf zu wählen und zwar die schon seit einiger Zeit vom Schauplatz verschwundene Figur des (Flößer) „*Socke*“ zu verkörpern.

Dieser an und für sich originelle Gedanke wurde (mangels künstlerischer Veranschaulichung) nach einiger Zeit jedoch wieder fallen gelassen und nach fast zweijähriger Pause bestätigten die Kollegien den früheren Beschluß und übertrugen Herrn *Merz* zur sofortigen Ausführung die etwas überlebensgroße Brunnenfigur in kararischem Marmor, während das umgebende Tuffsteingemäuer mit einfachem Unterbau und mit dem Viereck von Bäumen (Platanen) nach dem Fischer'schen Vorschlag vorgesehen wurde.

Die Nymphe selbst wurde im Jahre 1910 in die Anlage eingebracht.

Dann sei aber auch noch einer Anlage gedacht, die ebenfalls hieher gehört und eine Sehenswürdigkeit allerersten Ranges darstellt; es ist dies die im vorigen Herbst am Anlagensee aufgestellte *Danner'sche* (Original) *Nymphengruppe*.

Aus der Vorgeschichte über den Erhalt dieses wertvollen Kunstwerks dürfte Folgendes interessieren:

Im Juli 1912 hat der verstorbene König in Bebenhausen eine evtl. Verbringung dieser Gruppe nach Tübingen für den Fall ihres Ersatzes durch eine Marmorkopie (Stiftung) dem verstorbenen Universitäts-Professor *Lange* gegenüber bereit. Der Tübinger Stadtvorstand wurde hievon in Kenntnis gesetzt und hat dann fr. Zt. sofort die weiteren Schritte mit dem damaligen königlichen Oberhofmarschallamt eingeleitet bezügl. Regelung des Transports hierher, über Ort und Art der Aufstellung usw.; außerdem hat er noch ein Gutachten über den Zustand der Gruppe selbst von einem bedeutenden Bildhauer (*Bach*) eingeholt, der diese früher auszubessern hatte.

Dieser Künstler bezeichnete die Gruppe als das Beste, was *Danner* geschaffen habe, sie besteht aus

einem sehr guten feinkörnigen Sandstein, wie man besseren für solche Arbeiten nicht finden könne. Die Gruppe sei an einigen Teilen der Gewandung etwas angegriffen gewesen, im Uebrigen sei sie intakt, auch sei der Transport möglich. Die weiteren Verhandlungen, die der Stadtvorstand mit der Bau- und Gartendirektion zu führen hatte, ergaben die voraussichtliche Fertigstellung der Marmorkopie im Spätherbst 1914.

Der Krieg unterbrach den Weiterverfolg der Sache, nach dem Krieg wurde städtischerseits wieder nachgeforscht, wobei sich herausstellte, daß die Marmorkopie erst Ende des Jahres 1922 durch Bildhauer *Fanghanel* (Nachfolger von Professor *Fremd*) fertig geworden ist. Bei den weiteren diesbezüglichen Verhandlungen mit der nun zuständigen Bauabteilung des Finanzministeriums trat die neueste Auffassung des Landesamts für Denkmalpflege in den Vordergrund, die Gruppe werde den Transport nach Tübingen nicht mehr aushalten, es wäre daher besser, sie auf ihrem jetzigen Platz in Stuttgart vollends „in Schönheit sterben zu lassen“.

Auf Angehen der Stadt Tübingen erklärte sich jedoch der schon genannte Bildhauer *Fanghanel* schriftlich bereit, den Transport der Gruppe nach Tübingen unter Garantie unbeschädigt einschließl. Aufstellung am Anlagensee zu übernehmen. Inzwischen traf eine Anfrage des Herrn Staatspräsidenten an den Herrn Stadtvorstand bezügl. Uebernahme jeglicher Verpflichtungen im Falle der Ueberlassung der Gruppe an die Stadt Tübingen ein, die von Gemeindegewegen dahin beantwortet wurde, daß die Verbringung hierher jederzeit vorgenommen werden könne; hierauf kam die Erteilung der Genehmigung.

Die Aufstellung hier am Anlagensee erfolgte dann im Benehmen mit dem zuständigen

Referenten des Landesamts für Denkmalpflege, Herrn Professor *Fiechter*. Die Ueberführung durch Bildhauer *Fanghanel* geschah darauf (im September vorigen Jahres) ohne jeden Zwischenfall, ebenso die Aufstellung auf den vorbereiteten Tuffsteinsockel im Anlagensee; die gärtnerische Umgebung erfuhr eine dementsprechende Aenderung. Und so stehen die Nymphen an naturschöner, wirksamer Stätte inmitten des Anlagengeländes — in unmittelbarer Umgebung der höheren Schulen — an der Umlandstraße.

Plakatwesen

Zum Schluß hier noch ein Wort vom **Plakatwesen**.

Schon seit längerer Zeit bestanden in dieser Hinsicht hier fast unhaltbare Zustände. Zettel, Aufschriften usw. wurden an Winkeltüren, Zäunen, vorspringenden Hausteilen u. A. unerlaubt angeklebt, ein Zustand, der sich auch im Interesse des Stadtbildes nicht mehr länger halten ließ. Das Hochbauamt befaßte sich mit der Regelung dieser Angelegenheit und beantragte die Aufstellung einer Anzahl Plakatsäulen und Plakattafeln in schlichter Form an hierfür geeigneten Stellen der Stadt, was dann (nach Maßgabe entsprechender Gemeinderatsbeschlüsse) auch durchgeführt wurde. Das Plakatwesen ist auf diese Weise in geordnete Bahnen gekommen, die aufgestellten Plakatsäulen bringen nirgends eine Störung im Stadtbild hervor. Außerdem wurden, dem Drängen der hiesigen Geschäftswelt nachgehend, vor dem Bahnhofsgebäude 3 große *Reklamefelder* durch das Hochbauamt geschaffen, die vom Landesamt für Denkmalpflege gutgeheißen, in das dortige Landschaftsbild sich einfügen.

Gemeindeverwaltung

Die bürgerlichen Kollegien 1877

Gemeinderat:
Vorsitzender: Stadtschultheiß *Gös*.

Mitglieder:
1. *Braeuning*, Wilhelm, Kaufmann
2. *Reichmann*, Wilhelm, z. Krone

3. *Wimmer*, Christ., Pfandratschreiber
4. *Stoll*, Fr. (Priv.), Stadtwaldmeister
5. *Schuler*, Johannes, Privatier
6. *Mayer*, Gottlieb, Weingärtner
7. *Haag*, Adolph, Privatier
8. *Schening*, Fr., Schreiner

Alphabetische Reihenfolge

- Aldinger, Friedrich, Polizeiamtman
 Barth, Christian, Hofphotograph, Bürgerauschuhmit-
 glied
 Baur, Louis, Kaufmann, Gemeinderat †
 Benz, Anton, Meldebeamter †
 Bühler, Edmund, Mechaniker, Gemeinderat
 Dannenmann, Fritz, Werkmeister, Gemeinderat
 Eberhardt, Friedrich, Stadtgeometer †
 Fischer, Karl, Kat.-Geometer, Bürgerauschuhmitglied
 Geilsdörfer, August, Stadtbaumeister †
 Gesele, Heinrich, Bierbrauereibesitzer, Gemeinderat
 Griebhaber, Hermann, Stadtpfleger
 Gunßer, Christian, Kaufmann u. Landtagsabgeord-
 neter, Gemeinderat
 Haag, Karl, Hofdekorationsmaler, Gemeinderat
 Hanfmann, Wilhelm, Stadtschultheißenamtssekretär
 Haug, Paul, Hirschwirt, Bürgerauschuhmitglied
 Haußer, Hermann, Oberbürgermeister
 Dr. Hagum, Simon, Rechtsanwalt, Bürgerauschuh-
 mitglied
 Hemig, Otto, Betriebsleiter des Elektr.-Werks
 Herrmann, Gottlob, Sekretär der Ortsbeh. f. d. Ar-
 beiterversicherung
 Heusel, Eugen, Meldebeamter †
 Hornung, Julius, Hofphotograph, Gemeinderat
 Jung, Ludwig, Bäckermeister, Bürgerauschuhmitglied
 Keller, Franz, Dr. med. San.-Rat, Gemeinderat †
 Kieß, Fritz, Mehlhändler, Bürgerauschuhmitglied
 Kieß, Wilhelm, Oberamtstierarzt und städt. Fleisch-
 beschauer †
 Kirschmer, Hermann, Buchdruckereibesitzer, Bürgeraus-
 schuhmitglied
 Krauß, Joh. Georg, Weingärtner, Bürgerauschuh-
 mitglied †
 Landenberger, Wilhelm, Stadtbaumeister
 Liesching, Theodor, Rechtsanwalt und Landtagsabge-
 ordneter, Gemeinderat †
- Maier, Hermann, Stadtpflegebuchhalter
 Marquardt, Georg, Bierbrauereibesitzer, Gemeinder. †
 Meß, Heinrich, Kaufmann, Gemeinderat
 Munz, Jakob, Zimmermeister, Bürgerauschuhmit-
 glied †
 Reichmann, Moritz, Zur Forelle, Bürgerauschuhmit-
 glied †
 Ring, Gustav, Steuerratschreiber und Standesbeamter
 Ritter, Ernst, Stadtgeometer
 Schäfer, Friedrich, Fabrikant, Gemeinderat †
 Scheef, Adolf, Bezirksnotar, Bürgerauschuhobmann
 Schimpf, Fritz, Kaufmann, Bürgerauschuhmitglied †
 Schleich, Gustav, Dr. Univ.-Professor, Gemeinderat
 Schmid, Christian, Weingärtner, Gemeinderat
 Schmid, Gottl. Friedrich, Weingärtner, Bürgeraus-
 schuhmitglied
 Schott, Adolf, Schäftemacher, Gemeinderat
 Schott, Adolf, Buchhalter
 Schweickhardt, Heinrich, Kaufmann und Reichstags-
 abgeordneter, Gemeinderat †
 Seyfang, Immanuel, Ratsdiener
 Singer, Wilhelm, Verw.-Ratschreiber
 Sonnwald, Karl, Buchhändler, Gemeinderat
 Sontheimer, Ludwig, Kaufmann, Gemeinderat
 Stähle, Theodor, Verwalter des Gas- und Wasser-
 werks †
 Stengle, Friedrich, Bahnhofrestaurateur, Gemeinder. †
 Trautwein, Karl, Gemeindeinspektor †
 Wägenbaur, Karl, Bauwerkmeister, Bürgerauschuh-
 mitglied †
 Waiblinger, August, Weingärtner, Gemeinderat
 Weidle, Christian David, Weingärtner, Bürgeraus-
 schuhmitglied
 Berner, Hermann, Volksschullehrer, Bürgerauschuh-
 mitglied
 Wörz, Reinhold, Gymnasialprofessor, Gemeinderat †
 Zeißer, Joh. Christ., Weingärtner, Gemeinderat †.

Was die berufliche Zusammensetzung der Kollegien (des früheren Gemeinderats und Bürgeraus-
 schusses, nun des alleinigen Gemeinderats) anbelangt,
 so haben wir im Jahre 1877 und ff. entsprechend der
 damaligen sozialwirtschaftlichen Struktur der Bevölke-
 rung und dem herrschenden Wahlrecht fast durchweg
 selbständige Angehörige des Gewerbe-
 und Kaufmannsstandes und der Wein-
 gärtnerchaft, neuerdings aber und in der Ge-
 genwart sind es ihnen gegenüber in der Mehrzahl
 Beamte und Angestellte bezw. qualifi-
 zierte Arbeiter und Träger freier Be-
 rufe.

Was die Parteizugehörigkeit betrifft, so
 gab es im Jahre 1877 und ff. nur zwei Parteien, die
 demokratische (Volks-) Partei und die Deutsche Par-
 tei, wobei die Wahl aufs Rathaus nach einfacher
 Stimmenmehrheit erfolgt ist. Die Proportionalwahlen
 (mit der hier immer sehr rege geübten Möglichkeit des
 Panaschierens und der Stimmenhäufung) sind ja erst im
 Jahre 1906 mit der neuen Gemeindeordnung einge-
 führt worden. Seit einigen Jahren haben wir fünf
 Rathausparteien: Deutschdemokratische Partei (8 Mit-
 glieder), W. Bürgerpartei bezw. Deutschnat. Volks-
 partei (8), Deutsche Volkspartei (5), Sozialdemokr.
 Partei (4) und Zentrum (3).

Dabei war es lange Jahrzehnte hindurch — beim
 Zweikollegialsystem — Gepflogenheit, in den
 Gemeinderat regelmäßig nur solche Personen zu wäh-
 len, die zuvor schon dem Bürgerauschuh angehört hat-
 ten und damit die vorgängige Zugehörigkeit zu diesem
 als eine Art Vorschule für die gemeinderätliche Tätig-
 keit aufzufassen. Ferner war es bestehende Übung un-
 ter den Parteien, Mitglieder, die während einer ganzen
 Amtsperiode einem Kollegium schon zugehört hatten,
 in der darauffolgenden Neuwahl nicht sofort wieder
 zu berücksichtigen. Im Interesse gesunden Stoffwech-
 sels wurde überhaupt der Erneuerungsprozeß
 eines Vertretungskörpers jeweils gründlich vollzogen
 und konnte schon deshalb eine (anderorts hier und da
 bemerkte) Ueberalterung weniger oder nicht vorkom-
 men.

In diesem Zusammenhang sei nicht unterlassen, noch
 ein Wort dem früheren Kollegium des Bü-
 rgerauschusses zu widmen, der seiner Zeit als
 Kontrollorgan und Repräsentant der Bürgerschaft ge-
 genüber der Verwaltung fungiert und erst mit der
 Schaffung des Einkollegialsystems im Jahre 1919 seine
 Existenz eingebüßt hat. Er hat zweifellos (soweit mir
 die Dinge und Personen eben vom Jahre 1897 ab
 näher bekannt sind) in Führung und Gestaltung des

Tübinger Gemeindehaushalts gute Dienste geleistet.
 Und auch die Zusammenarbeit beider Kollegien hat sich
 hier fast durchweg reibungslos positiv und be-
 fruchtend abgewickelt. Dank vornehmlich einer Reihe
 tüchtiger Obmänner, die mir da gegenüber standen und
 zur Seite standen und mit denen ich in ereignisreichen
 Tagen manche Beratung und Vorberatung gepflogen
 habe — und Namen wie Liesching, Teufel, Hor-
 nung, Sontheimer, Scheef, Hagum, Heg-
 ler und Schweickhardt werden mir auch in dieser
 Eigenschaft wohlklingend bleiben.

Ein Beweis dafür, daß führende Personen und Män-
 ner des allgemeinen Vertrauens immer erstlinig auch
 in die Gemeindeverwaltung eingezogen sind bezw. in
 ihr agiert haben, ist nicht zuletzt der Umstand, daß we-
 nigstens in den drei rückliegenden Jahrzehnten fast
 durchweg Tübinger Gemeinderatsmitglieder (und zeit-
 weise mehrere zugleich) auch Mitglieder des
 Reichstags bezw. des Landtags (wenn auch
 zum Teil noch in anderen Wahlkreisen) gewesen sind.
 Im Besonderen seien in zeitl. Folge als Landtagsabge-
 ordnete erwähnt die Gemeinderatsmitglieder: Kauf-
 mann Gunßer, Rechtsanwalt Liesching (späterer
 Finanzminister), Reggermeister Weidle, Kaufmann
 Heinrich Schweickhardt, Bezirksnotar Scheef
 und Flaschnerobermeister Henne — die beiden letz-
 teren noch in der Gegenwart und von längerer Frist
 her (vom Jahre 1913 bezw. 1920 ab). Die durch diesen
 Umstand gegebenen mancherlei Beziehungen waren
 und sind für die gemeindlichen Verhandlungen nicht
 selten von recht befruchtendem Belang und unter ver-
 schiedenem Betracht im öffentlichen Interesse wertvoll.

Daß wir auch eine Vertretung der Tübinger
 Frauenwelt, seit die legale Möglichkeit dazu
 vorhanden ist, in unserer gemeinderätlichen Arbeits-
 mitte haben (jetzt nur noch in der Einzahl) ist zu be-
 grüßen.

Im übrigen ist ja auf der Basis unserer kollegialen
 Gemeindeverfassung eben das Kollegium (jetzt aus-
 schließlich des Gemeinderats) nach seiner ganzen Zu-
 sammensetzung aus Willen und Begabung und nach
 Maßgabe seines Gemeinfinns und des Geistes der Ver-
 träglichkeit und der Arbeitsfreude, der es erfüllt, das
 jenige Organ, das die Gemeindegewirtschaft in Anfang
 und Ende wesentlich bestimmt und bedingt. Und ohne
 Einvernehmen mit dem Kollegium ist auch sein Vor-
 sitzender, ist der Ortsvorsteher bei aller etwaigen Inia-
 tive in der Hauptsache zur Ohnmacht verdammt und
 bleibt seine Tätigkeit zu einem guten Teil in der Luft
 hängen. Schwere wiegende Differenzen solcher
 Art hat es nun aber unseres Wissens in der gan-

zen rückliegenden Verwaltungsperiode nicht gegeben: Im Gegenteil kann man wohl vom durchgängigen Bestand eines guten Einvernehmens zwischen den wesentlichen Arbeitsfaktoren der Tübinger Gemeindeverwaltung sprechen.

So sorgfältig und vielseitig die (vorbereitenden) Ausschussberatungen im Bereich der gemeinderätlichen Tätigkeit zu sein pflegten, von weitergehender Einrichtung selbständiger Verwaltungsabteilungen haben wir hier bislang geflüchtig Abstand genommen, um eben das Plenum selbst mit aktuellerem Interesse in der Geschäftsführung auf dem Laufenden zu halten.

Ohne auf Einzelnes und Persönliches näher einzugehen, von all dem, was als treibende Gesamtsache für die gedeihliche Entfaltung unserer Gemeindegewirtschaft zu gelten hat, möge noch Nachfolgendes vermerkt sein.

Die Mitglieder der Tübinger bürgerlichen Kollegien, durch all die verschiedensten Verwaltungsperioden und Neubestellungen hindurch, sie haben nach meiner Erfahrung in der Regel mit Sachkunde und Verantwortungsgesühl den an sie herantretenden kommunalen Anforderungen entsprochen, und die Eigenschaften zur Führung guten Regiments und Haushalts waren in einer Reihe von Einzelpersönlichkeiten geradezu hervorragend vertreten. Und ich fühle mich veranlaßt, nicht wenigen sympathischen Gestalten unter ihnen, Männern von Geist und Mut, die sind und gewesen sind im Gedenken dessen dankbar die Hand zu drücken.

Dies Wort trifft im allgemeinen zu — auch für unsere Beamten, die dereinst auf dem gemeindlichen Arbeitsplan standen (darunter † Stadtgeometer Eberhardt, † Stadtbaumeister Geilsdörfer, † Verwaltungsrat Stähle) und noch stehen. Auch hier ist die Tatsache unbedingt anzuerkennen, daß ohne den tapferen Beistand und den soliden Rückhalt einer Beamtenschaft, die stets mit vollem Verständnis und ganzer Kraft und treupflichtlich sich eingesetzt hat — unter Einbezug der ihr unterstellten Funktionäre und Arbeiter, — die erzielten Erfolge nicht erreicht worden wären.

Im übrigen gabs keine besonderen Grundsätze und Weisheitsregeln für unsere Geschäftsführung, soweit gesetzliche Norm und Aufsichtsbehörde dazu überhaupt Spielraum gelassen; es wäre denn die Richtschnur des jährlichen Haushaltsplans, der immer sorgfältig und bei halbwegs normalen Verhältnissen stets fristzeitig im Frühjahr aufgestellt wurde und unter Beacht verschiedener Kautelen unbedingt befolgt werden mußte. Die Verwaltung im allgemeinen kennt ja kein zwingendes Dogma und Schema — (abge-

sehen von der Konsequenz, wo sie naturgemäß und als solche angebracht ist) und die kommunale Selbstverwaltung im speziellen kennzeichnet sich als das Feld der schablonenlosen Arbeit, der Wertung der Dinge und Vorgänge von Fall zu Fall; wobei auch der fogen. Zufall, richtig genügt, eine größere Rolle zuweilen spielt, als man für gewöhnlich es annimmt. Und wer wollte bestreiten: die Tätigkeit der Verwaltungsbehörde ist und bleibt zu ihrem subtilsten und besten Teil Persönlichkeitsleistung. „Mannsnamen“ (Männer) und nicht bloß „Maßnahmen“ sind es, die wir brauchen. Das gilt im Gemeindehaushalt für Gemeinderat und Ortsvorsteher, das gilt entsprechend abgetönt auch für die verschiedensten Geschäftszweige und ihre einzelnen Träger, die bei aller Unterordnung und Fühlungnahme mit der obersten oder zentralen Instanz zum selbständigen Urteil zur Eigenverantwortung zu erziehen und anzuhalten sind.

Als charakteristisch für die rückliegende Verwaltungsperiode dürfen wir feststellen, ihre schönsten Worte sind nicht bloß zum Fenster hinausgeflogen, sondern Taten gewesen, die auf den verschiedensten Feldern zu uns und unsern Nachkommen lebendig noch sprechen: Errungenschaften nicht selten, die als hochwertige werbende Kapitalien dem Gemeinschaftsvermögen einverleibt sind und es bleiben; Werke zumeist, die jetzt oder später in Angriff genommen, nicht mehr ausgeführt werden konnten, die von der säumigen Minute ausgeschlagen keine Ewigkeit uns zurückgebracht hätte. — Und wenn Politik im allgemeinen als die Kunst bezeichnet wird, das Mögliche nur zu erstreben und es dann auch zu erreichen, so war eine solche Kunst für unsere Tübinger Verhältnisse vornehmlich am Platz. Ein schwerer Fehlschlag (der über die allgemeine Notlage noch hinausgriff) durfte nicht kommen, oder er mußte unbedingt pariert werden können, sonst lief das ökonomisch und steuerlich schwache Gefüge Gefahr, unheilbar beschädigt zu werden und lief die Verwaltung Gefahr, das Vertrauen der Bürgerschaft ganz und gar zu verlieren.

Die seitherige Gemeindepolitik war aber auch für die Regel nichts weniger als gleichbedeutend mit Parteipolitik, (wenngleich seit Neuordnung des Gemeindegewichts parteipolitische Rücksichten und Absichten auch auf dem Tübinger Rathaus im Vergleich mit früher lebhafter eingesetzt haben), und für den Kenner der Verhältnisse ist es sicher, daß man den Ausgang und Fortschritt unserer Gemeindegewirtschaft nicht zuletzt auf die völlige Abwesenheit einseitiger und leidenschaftlicher Parteipolitik in

unserer Verwaltung zurückführen darf. Und ob eine durchweg parteipolitische und parlamentarische Orientierung der Verwaltung inskünftig auch für kleinere und mittlere Gemeinwesen zum Segen ausschläge, wäre aus mehr als einem Grund billig zu bezweifeln — bei allem Respekt vor der ehrlichen und opferwilligen Parteilarbeit als solcher.

Zur guten Uebersieferung hat es auch gehört, daß die einseitige Geltendmachung beruflicher oder (noch schlimmer) einzelpersönlicher Interessen, die zumeist unter gemeinnützigem Titel (aber auf Kosten der Gesamtheit) sich anzupirschen pflegen, auf dem Tübinger Rathaus nicht eigentlich aufkommen konnte und daß im besonderen Grundstückspekulation und ähnliche Dinge im Kreis der kollegialen Mitglieder und der Beamten schon seit Langem verpönt waren. Mit andern Worten: man hat (selbst den bösen Schein meidend) mit reiner Hand und uneigennützig gewirkt — und so solls auch bleiben. Denn eine Verwaltung, in der einmal in solcher Art der Wurm des Eigennutzes sich festgehohlet hat, kann keine gesunden Früchte mehr reifen.

Nach der Formseite war es an der Tagesordnung, daß der inneramtliche Verkehr der auch nach praktischen Gesichtspunkten untereinander abgegrenzten Ämter und Aufgabenbereiche reibungslos und einfach unter Vermeidung überflüssigen Formframs sich abgespielt hat und daß vornehmlich der Außenverkehr mit dem Publikum von einer stets dienstgefälligen Art bedient wurde. Gelegentliche Ausnahmen hievon konnten nur diese Regel bestätigen und überdies einem Tübinger Publikum gegenüber keinen langen Bestand haben.

Zum Schluß noch einen Satz über die gemeindliche Selbstverwaltung, die ja leider in der Gegenwart so sehr verkümmert ist und wesentlich nur noch im Rahmen der kommunalen Volkswirtschaft Fleisch und Blut hat! Sie fördert dadurch, daß sie in eigener Sache auf eigene Füße sich stellt, zweifellos Verantwortung und Entschlußkraft. Sie vermittelt aber auch mit der im kleinen Kreise (des Gemeindehaushalts) gegebenen besseren Uebersicht über alle Vorgänge und deren Wechselwirkungen eine bessere Einsicht in das und ein innigeres Interesse für das, was in diesem kleinen Kreise der Gesamtheit frommt oder abträglich ist und hilft damit unter den Beteiligten den Sinn eher heranzubilden, den wir heute so naturnotwendig brauchen, wie unsere fünf andern,

den Gemeinfinn. Solidarisch denken mit Kopf u. Herz ist ja auf der ganzen Linie und lebhafter denn je erst recht die Forderung des Tages, die freilich mehr hinausgetönt als praktisch befolgt wird. Deshalb sollte gerade im Volksstaat — zum Nutzen von Gemeinde und Staat — das hohe politische Gut der Selbstverwaltung nicht eingeeengt und zurückgeschritten, sondern noch weiter ausgebaut und besser fundiert werden.

In dieses Kapitel gehört sodann noch ein Passus, mit dem es ausklingen soll, nämlich der summarische Dank der Stadt an all die Vertretungen des Staats, der öffentlichen Körperschaften und Anstalten, soweit ihre Tätigkeit in der rückliegenden Ära die gemeindliche Arbeit nach Form und Inhalt gestützt hat und nicht zum Gegenstand speziellen Betrachts in dieser Broschüre gemacht ist. Wenn jeweils bei besonderen Gelegenheiten beispielsweise bei Gewährung von Staatsbeiträgen die ergangene Leistung von Gemeindegewesen sofort erkenntlich quittiert worden ist, so möchten wir auch die Tatsache dankbar verzeichnen, daß wir uns seitens der hier so zahlreich domizilierten Staats- und Reichsbehörden eines so gut wie lückenlos lokalen amtsgeschäftlichen Verkehrs zu erfreuen gehabt haben.

Aber auch mit den hiesigen Kirchengemeinden sind wir in paritätischer Art stets in gutem Einvernehmen gestanden und haben nie aufgehört, sie (neben den Schulen) vollaus zu bewerten — als wirksame Helfer und unentbehrliche Gradmesser für die innere Kultur und Lebenskraft unserer Bevölkerung, vollends in der gegenwärtigen Notzeit.

Und waren und sind sie nicht letzten Endes ebenfalls Träger und Mehrer unseres Gemeinwesens die sonstigen freien und organisierten oder vereinsmäßig zusammengeschlossenen Kräfte in der Bürgerschaft, die gemeinnützige und ideale Zwecke im Schild führen und zu realisieren verstehen? Und wer wollte ernsthaft die Produktivität für den wirtschaftlichen und idealen Wuchs unseres Haushalts bezweifeln — einer Reihe von hier nicht näher aufzuzählenden Vereinen voran des Bürger- und Verkehrsvereins (mit seinen lokalen Ablegern), des Verschönerungsvereins und all der Turn-, Sport- und Gesangsvereine?! Wir gedenken ihrer deshalb auch an dieser Stelle mit der schuldigen Anerkennung und wir begrüßen ihr künftiges Tagwerk.

Die Beamtenenschaft

Vor 50 Jahren (1877) setzte sich der Beamtenkörper unserer Stadt- (und Stiftungs-) Gemeinde aus insgesamt 26 Beamten und Unterbeamten und 19 Angestellten zusammen. Dieser Status hat im Laufe der Jahre bis zur Gegenwart aus verschiedenen Ursachen — namentlich zufolge des erheblichen Wachstums der Einwohnerschaft — nach Zahl und Struktur bei den einzelnen Amts- und Geschäftsstellen nachfolgende Aenderung bzw. Erweiterung erfahren:

Das Städtische Revieramt weist heute auf: 2 Beamte — nämlich den Oberbürgermeister und 1 Verwaltungsobersekretär — und 2 Unterbeamte — den Rathausmeister und den Amtsdienner — gegenüber 2 Beamten und 1 Angestellten im Jahr 1877.

Das städtische Revieramt (als gemeindliche Einrichtung seit 1899 bestehend) war bis zum Jahre 1925 mit dem Stadtschultheißenamt verbunden und mit 1 Beamten im Hauptamt besetzt, der zugleich Sekretariatsgeschäfte besorgt hat. Seit 1925 ist die Amtsstelle für sich.

In früheren Zeiten bestand nur eine Ratschreiberei mit 1 Beamten und 1 Gehilfen — neben 1 Beamten (ab 1896) für Pfand- und Güterbuchwesen, welches letzteres am 1. Jan. 1900 verstaatlicht worden ist. Die Steuerverwaltung im Jahre 1903 ließ die Schaffung einer besonderen Steuerratschreiberei — das heutige Steueramt — nicht vermeiden, und die Verwaltungsratschreiberei, der neben Standesamt noch das Zeugnis- und Beurkundungswesen oblag, war im Jahre 1910 zu entlasten durch Abtrennung der Aufgaben des Standesbeamten und des Zeugnis- etc. Wesens (Justizratschreiberei). Der heutige Bestand der drei Ratschreibereien umfaßt darnach: 3 Beamte und 5 Angestellte.

Die Stadtpflege hatte früher an Personal: 3 Beamte; heute sind es deren 4, sowie 1 Unterbeamter und 4 Angestellte. Neugeschaffen wurden im Bereich der Stadtpflege: 1 Stadtkassierstelle, 1 Buchhalterstelle und die Stelle eines Kanzleisekretärs.

Beim Stadtbauamt war früher und lange Zeit hindurch nur ein Stadtbaumeister vorhanden (neben

4 Straßenwärtlern). Mit der Anstellung eines zweiten Stadtbaumeisters im Jahr 1906 erfolgte die Trennung von Hoch- und Tiefbau. Heute umfaßt das Hochbauamt 2 Beamte und 2 Angestellte, das Tiefbauamt 1 Beamten, 6 Unterbeamte und 8 Angestellte.

Für Feld und Wald waren im Jahr 1877 ein Stadtwaldmeister, 1 Waldschütze und 3 Feldschützen tätig. Im Jahr 1883 wurde dem Stadtwaldmeister auch das neugeschaffene Amt eines „Gemeindeinspektors“ (Aufsicht für Feld und Wald) übertragen, am 1. Januar 1914 aber wieder aufgehoben. Der Personalbestand ist jetzt: 4 Unterbeamte, 1 Angestellter.

Das Stadtvermessungsamt wurde erst im Jahr 1891 errichtet. Bis dahin war wohl ein Stadtgeometer da, jedoch nur auf privatrechtlicher Grundlage. Erst von 1891 ab trat der Stadtgeometer ins Beamtenverhältnis ein. 1904 und 1919 wurde je eine weitere Stadtgeometerstelle (für Feldbereinigung und Bauvermessung) geschaffen, so daß das Stadtvermessungsamt heute einen Personalbestand von 3 Beamten und 1 Angestellten hat.

Im Bereich der Armen- und Stiftungsverwaltung sind heute: 2 Beamte, 4 Unterbeamte und 1 Angestellter, gegenüber 2 Beamten und 3 Angestellten im Jahr 1877.

Schulhausmeister und Hauswarte sind es heute 6 und 2 privatrechtlich angestellte Schuldiener. Früher waren 3 Famuli oder Schuldiener tätig.

Die von alters her bestehende Hochwache auf dem Stifstkirchenturm wurde im Jahre 1923 in Ansehung der neuzeitlichen Feuermeldeeinrichtungen aufgehoben.

Die Fleischbeschau wurde früher (bis 1900) von einem Nichtbeamten ausgeübt. Von da ab besorgte sie der Oberamtstierarzt — nebenamtlich — und mit einem (von ihm angestellten approbierten Assistententierarzt. Im Jahr 1920 stellte die Stadtgemeinde einen besonderen Stadttierarzt (zunächst auf privatrechtlicher und dann auf beamtenrechtlicher Grundlage) auf.

Die Stadtpolizei, die im Jahr 1877 einen Personalbestand von 15 Beamten hatte, ging am 1. April 1923 mit 23 Beamten (darunter einem — disziplina-

risch dem Stadtvorstand unterstellten — selbständigen Polizeiamtmann) und mit einem Angestellten in die Verwaltung des Staats über.

Bei der im Jahr 1923 hierorts durchgeführten Verstaatlichung handelte es sich allerdings nicht um die gesamte Gemeindepolizei, es verblieb vielmehr der Stadtgemeinde eine ganze Reihe von Polizeizweigen, als da sind: die Armen-, Bau-, Feld- und Forstpolizei, die Feuerpolizei und das Feuerlöschwesen, das Impfschularzt- und Hebammenwesen, die Leichenschau und das Begräbniswesen, die Markungspolizei, die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, die Straßenpolizei hinsichtlich der Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen einschließlich der Müll- und Fäkalienabfuhr, und endlich die Wasser-, Wohnungs- und Marktpolizei.

Die in diese Polizeigebiete einschlägigen Aufgaben wurden selbstverständlich vor der Polizeiverstaatlichung von dem Stadtpolizeiamt erledigt, während sie nun seit 1. April 1923 in der Hauptsache dem Stadtschultheißenamt in der Berufsperson des Oberbürgermeisters (unter prakt. Beihilfe einzelner städt. Beamter) ohne Weiteres zugewachsen sind.

Im städt. Gaswerk funktionierten im Jahre 1877 1 Verwalter und 1 Gasmeister. 1879 kam das Wasserwerk hinzu mit 1 Werkführer und 1 Heizer. 1902 zählte man im neuerstandenen städt. Elektrizitätswerk 1 Betriebsleiter, 1 kaufmännischen Beamten und 6 Angestellte. Die ganze Werkswirtschaft erforderte jedoch in der Folgezeit durch die stete Entwicklung noch weiteres Personal, so daß heute das Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk zusammen 4 Beamte, 6 Unterbeamte und 12 Angestellte umfassen.

Die Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung wurde im Jahr 1891 mit 1 Beamten errichtet. Heutiger Personalstand: 1 Beamter, 1 Unterbeamter, 1 Gehilfe.

In das im Jahr 1914 erstellte Uhlbad sind 2 Unterbeamte und eine Angestellte eingetreten und so ist es bis zur Stunde geblieben.

Die Telefonzentrale wurde bis 1917 von der Polizeiwache bedient; von da ab durch einen besonderen städt. Angestellten (Kriegsinvaliden).

In der Nachkriegszeit mußte das Wohnungsamt mit 1 Beamten und 1 Angestellten und das Wohlfahrtsamt, das aus dem früheren Lebensmittelamt (einer Einrichtung des Kriegs) hervorging mit 1 Beamten, 1 Unterbeamten und 2 Angestellten errichtet werden.

Danach Gesamtpersonal der Stadtgemeinde Tübingen zu Anfang des Jahres 1927

61 Beamte und Unterbeamte,

42 Angestellte (Schreibgehilfen u. dergl. — durchaus auf privatrechtl. Grundlage befindlich —)

insgesamt 103 gegenüber 45 im Jahr 1877.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Abgang der Polizeibeamten im Jahr 1923 durch Beamte und Angestellte neu geschaffener Ämter aus der Nachkriegszeit (Wohnungs- und Wohlfahrtsamt), sowie durch Neueinstellung von Arbeitskräften im Bereich der städtischen Werkswirtschaft sich etwa ausgleicht.

Die vorstehenden Zahlen auf die Bevölkerungsziffer der Stadt bezogen, ergeben:

im Jahr 1877 bei rund 10 500 Einwohnern: 4,28 Beamte und Angestellte auf je 1000 Einwohner,

im Jahr 1927 bei rund 21 300 Einwohnern: 4,83 Beamte und Angestellte auf je 1000 Einwohner.

Also ist der städtische Beamtenkörper seiner zahlenmäßigen Zusammenfassung nach im Verhältnis zu der Stadtbevölkerung in den letzten 50 Jahren prozentual fast gleichgeblieben; obwohl eine Reihe neuer Geschäftstellen mit verschiedenartiger Auswirkung auch für die zentrale Tätigkeit hinzugekommen und obwohl die Verwaltungsaufgabe als solche einmal zufolge des umfangreicheren und komplizierteren Geschäftesapparats und dann unter der PreSSION der total gewandelten allgemeinen-wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine ungleich schwierigere und beanspruchendere geworden ist. Ebenso ist annähernd gleich geblieben der verhältnismäßige Befoldungsaufwand für die Beamten und Angestellten. Es betrug im Jahr 1877 bei 45 Beamten und Angestellten die Gesamtsumme der Befoldungsaufwendungen 37 456 Mk. = rund 10 % des Bruttoausgabenbetrags der Stadtgemeinde vom Jahr 1877 mit 377 000 Mk. Im Jahr 1926 machte sie bei 103 Beamten und Angestellten einen Betrag aus von 330 000 Mk. = rd. 11 % des Bruttoausgabenbetrags mit 2 900 000 Mark.

Daraus ist — wohl auch für den Laien — ersichtlich, daß in der rückliegenden Ära der Tübinger Gemeindehaushalt nach der Zahl und dem Grad der Beanspruchung seiner Beamten und Angestellten durchschnittlich recht hohe Anforderungen gestellt und so sparsam als nur denkbar gewirtschaftet hat.

Der derzeitige Stand (Juni 1927) der städtischen Beamten (im Beamtenverhältnis) ist folgender:

Stadtschultheißenamt:

Dr. h. c. Hauffer, Hermann, Oberbürgermeister
Weimer, Johann, Verwaltungsobersekretär
Dreß, Max, Rathhausmeister
Schnaidt, Wilhelm, Hausmeister.

Stadtpflege:

Singer, Wilhelm, Stadtpfleger
Bliesle, Fritz, Stadtkassier
Koch, Karl, Oberbuchhalter
Diebold, Max, Buchhalter
Schultes, Josef, Kanzleisekretär
Krebs, Gottlieb, Förster
Bader, Jakob, Hausinspektor
Jäger, Andreas, Hausmeister
Walz, Emil, Hausmeister
Nischeler, Christian, Hauswart
Haug, Gottlieb, Hauswart
Mayer, Wilhelm, Hauswart
Bolan, Hermann, Feldschütze
Holoch, Christian, Feldschütze
Schmid, August, Feldschütze.

Verwaltungsratschreiberei:

Hartter, Rudolf, Verwaltungsratschreiber

Steueramt:

Seelos, Hermann, Stellvertreter
Krebs, Christof, Steueraufseher.

Standesamt:

Pfeiffer, Karl, Justizratschreiber.

Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung:

Herrmann, Gottlob, Rechnungsrat
Herrmann, Franz, Verwaltungsekretär.

Revijorat:

King, Gustav, Rechnungsrat.

Stiftungspflege und Armenverwaltung:

Griehhaber, Hermann, Stiftungspfleger
Kurz, Paul, Buchhalter
Maier, Karl, Hausmeister
Böpple, Richard, Gutleuthausmeister
Kehrer, Friedrich, Spitalwaldmeister
Kürner, Hermann, Friedhofsaufseher.

Wohlfahrtsamt:

Schlichtenmayer, Gustav, Rechnungsrat
Spannenberger, August, Aufwärter und
Schrammenmeister.

Jugendamt:

Jehle, Fritz, Jugendrat

Binder, Gustav, Obersekretär

Rukwied, Dittise, Bezirksfürsorgerin.

Wohnungsamt:

Bedt, Richard, Wohnungsbeamter.

Fleischbeschau:

Dr. Weitbrecht, Diethelm, Stadttierarzt
Zeiler, Fritz, Hausmeister.

Hochbauamt:

Haug, Karl, Stadtbaurat
Kollmar, Otto, Stadtbauingenieur
Reiff, Johannes, Bauobersekretär.

Tiefbauamt:

Landenberger, Wilhelm, Stadtbaurat
Sauter, Adolf, Stadtbauingenieur
Waiblinger, Friedrich, Gartenmeister
Heubach, Ernst, Maschinenmeister (Walzmeister)
Kübler, Friedrich, Maschinenmeister (Kraftwagenführer)
Kürner, Ernst, Bauhofaufseher
Waiblinger, Karl, Bauzeichner
Boier, Michael, Straßenwärter
Brodbeck, Hermann I., Straßenwärter
Hipp, Gottlieb, Straßenwärter.

Stadtvermessungsamt:

Ritter, Ernst, Vermessungsrat
Hames, Hans, Stadtgeometer
Kirn, Hans, Stadtgeometer
Kehrer, Hermann, Vermessungsgehilfe.

Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk:

Henig, Otto, Betriebsdirektor
Schott, Adolf, Kassier
Fauner, Michael, Gaswerksmeister
Eichele, Robert, Oberbuchhalter
Kost, Emil, Buchhalter
Ohnewald, Georg, Kanzleisekretär
Held, Hermann, Betriebsmeister
Esterried, Paul, Maschinenmeister
Mohl, Karl, Maschinenmeister
Müller, Karl, Rohrmeister
Schwaigert, Karl, Obermonteur
Waiblinger, Christian, Kassengehilfe.

Uhlandbad:

Buchhalter, Karl, Hausverwalter
Beerschwinger, Hans, Badmeister.

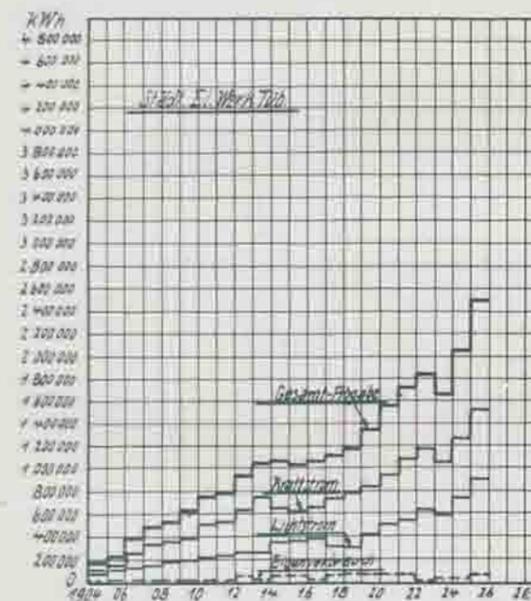
Städtische Eigenbetriebe

Geschichtlich-technischer Betracht

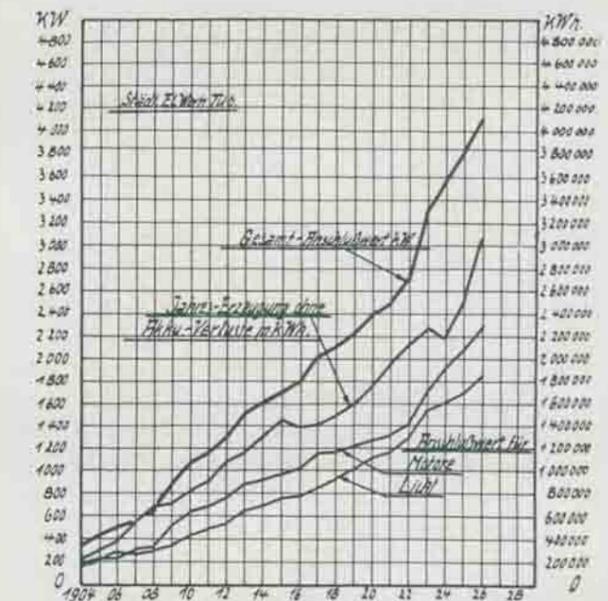
Das städtische Elektrizitätswerk 1902-1927

Die große elektrotechnische Ausstellung in Frankfurt im Jahre 1892 und die elektrotechnische Ausstellung in Stuttgart im Jahre 1896 waren Marksteine hoher Bedeutung für die damals noch recht bescheidene Elektrizitätswirtschaft. Die Ausstellungen zeigten die Uni-

len) äußerst bescheiden ist, konnten doch dort günstigsten Falles nur etwa 60 P.S. gewonnen werden und heute arbeitet das Elektrizitätswerk Tübingen (um das vorweg zu sagen) mit etwa 2000 P.S. Und es dürfte nicht uninteressant sein, die Entwicklung der elek-



Nutzstromabgabe von 1904-1927



Entwicklung des Anschlußwertes und der Gesamtproduktion 1904-29

versalität elektrischer Energie für die gesamte Kultur-entwicklung und beleuchteten eindringlich die vielseitigen Fortschritte, die durch die Elektrizität errungen werden konnten. Wohl nicht zum wenigsten waren diese Triebfedern mit maßgeblich dafür, daß man sich schon in den 90er Jahren in der Stadtgemeinde Tübingen mit der Frage der Elektrizitätsversorgung, wenn auch vorläufig nur leichthin, befaßt hat. Zunächst dachte man an den Ausbau der in der Mühltstraße gelegenen drei Ammer-Gefällstufen, deren Gesamtleistung allerdings (mit heutigem Maßstab geme-

trischen Stromversorgung Tübingens innerhalb der letzten 22 Jahre mittels des anschaulichen Kurvenblatts vorzuführen.

Entschiedener wurde gegen die Wende des Jahrhunderts der Gedanke, auch Tübingen der Vorteile zentraler elektrischer Kraftversorgung teilhaftig werden zu lassen, betrieben. Unter Führung der Gemeindeverwaltung und Förderung durch den Gewerbeverein wurde das Empfehlenswerte, ja Notwendige eines Eigenwerkes betont und fand mählich auch in den Kreisen der Bürgerschaft Anklang, vol-

lends nachdem noch Universität und Eisenbahnverwaltung ein aktuelleres Interesse bekundet. Umfragen um diese Zeit ergaben einen Anschlußwert von etwa 150 P.S. für Kraft (bei 45 hiesigen Gewerbetreibenden) und von etwa 1200 16kerzigen Kohlefadenlampen. (Auch hier erscheint ein Vergleich zwischen Einst und Jetzt — vergl. Kurvenblatt — zweckmäßig).

Schon in Rücksicht auf diese bescheidene Nachfrage und die erheblichen Baukosten war die sofortige Wirtschaftlichkeit eines Wasserkraftwerkes natürlich ausgeschlossen und konnte (auch aus andern Gründen) nur die Erstellung eines Dampfkraftwerkes als Primäranlage in Betracht kommen. Für dieses galt es nun in aller Stille den geeigneten Bauplatz zu finden und nach Überwindung mancher Hindernisse gelang es dem Stadtvorstand an äußerst günstig, weil zentral gelegener (wenn auch äußerlich unscheinbarer) Stelle an der hinteren Grabenstraße inmitten der Wohnzone eine genügend große Gartenfläche anzukaufen. Heute noch und wohl auch in fernerer Zukunft ist dort der eigentliche Betriebsitz des Elektrizitätswerkes. Die bürgerlichen Kollegien genehmigten den Erwerb und beschloßen gleichzeitig den Bau des städt. Dampfkraftwerkes auf diesem Platz. Der Bau des Werkes wurde dann derart gefördert, daß Ende 1902 sein Betrieb einsetzen konnte. Die Spannung, für die man das neue Werk baute, war und ist heute noch 440 Volt Gleichstrom für Motore und 220 Volt für Licht. Zur Aufstellung gelangten 2 Dampfkessel mit angemessener Heizfläche und 1 Tandem-Dampfmaschine 150/220 P.S. mit 1 Stromerzeuger und den dazugehörigen Nebeneinrichtungen, Schalt- und Leitungsanlagen. Bei der Bemessung der Gebäulichkeiten wurde möglicher Erweiterung der Dampfanlage Rechnung getragen. Sodann wurde schon im Jahre 1903 eine kleine stadteigene Wasserkraft beim sog. Mühlgraben — nun Mühlstraße — im Zusammenhang mit dem gleichzeitig stadtheits erstellten Wohn- und Geschäftshaus, Mühlstraße 16, ausgebaut. Im gleichen Jahre erfolgte auch die Aufstellung einer weiteren größeren Dampfmaschine mit allen Zubehörenden für Erzeugung elektrischer Energie. Dies war notwendig, denn schon bis 1904 war der Anschlußwert, d. h. die Summe der angeschlossenen Stromverbraucher auf 350 Kw. gestiegen, wovon 180 Kw. auf Kraft und 170 Kw. auf Licht entfielen. Die Jahreserzeugung elektrischer Energie stieg auf 280 000 Kwstb. (250 000 Kwstb. mit Dampf, 30 000 Kwstb. mit Wasserkraft erzeugt). Bezüglich der weiteren Entwicklung sei wieder auf das Kurvenblatt verwiesen.

Bis zum Jahre 1903 war Ingen. Geiß Betriebsleiter und ab 1. Januar 1904 wurde der heute noch tätige Betriebsdirektor Henig gewählt. In diese Zeit fällt auch die Einführung der Eigenregie im Werkstattdienst und in der Ausbildung des Personals.

Von erheblichem Belang für die Produktion war die im Jahre 1905/06 erfolgte Einrichtung des neuen Trinkwasserwerks mit elektrischem Antrieb und wichtig für den Konsum die Einführung der Stromsparenden Metallfadenlampe.

Die Anfänge der elektrischen Straßenbeleuchtung gehen in das Jahr 1905 zurück. Der diesbezügliche Gemeinderatsbeschuß sah die Beleuchtung einiger Hauptstraßenzüge Mühlstraße, Wilhelmstraße mit Bogenlampen vor. Als in beiderseitigem Interesse liegend kam im Jahre 1908 ein Vertrag mit Lustnau über dessen Stromversorgung zu Stande. Um die gleiche Zeit wurden auch die erforderlichen Einrichtungen für den Bau einer Feuermelde- und Feueralarmanlage in Eigenregie, d. h. soweit es sich um Verteilungsanlagen und Leitungen handelt, perfekt.

Im Jahre 1909 gelang es den ersten Großabnehmer für elektrische Energie (über Tageszeit) zu gewinnen. Weitere derartige Anschlüsse machten die Aufstellung eines Gleichstrom-Drehstrom-Umformers im Werk Grabenstraße notwendig mit der Aufgabe, bisher ausschließlich erzeugten Gleichstrom in hochgespannten Drehstrom (5000 Volt) zwecks rationeller Ueberbrückung größerer Entfernungen bei verhältnismäßig hochgradiger Leistung zu ermöglichen.

Gleichzeitig erfolgte die Verlegung der ersten Hochspannungskabel. Dabei wurde von vornherein grundsätzlich auf evtl. weitere Ausdehnung des Versorgungsgebietes Bedacht genommen.

Die Jahresproduktion war inzwischen (1910) auf etwa 800 000 Kwstb. gestiegen bei einem Anschlußwert von rund 1150 Kw. und einer Verteilung auf etwa 1000 Konsumstellen. Eine gleichmäßig wachsende Stromabnahme stand zu erwarten. Die schon länger betriebenen Vorarbeiten für den Ausbau einer Neckarwasserkraftanlage (im Zusammenhang mit der damit unlöslich verbundenen Neckarkorrektion) waren abgeschlossen. Und so konnte das — für die Entwicklung der städt. Elektrizitätswirtschaft überaus wertvolle Wasserkraftwerk endlich Ereignis werden. Der Weg bis zur Erreichung dieses Zieles, auch die „weiße Kohle“ in Tübingen genügt zu bekommen, war im übrigen ein langer und mühevoller bis in's Jahr 1850 zurückgehend und ist ausführlich geschildert in der Druckschrift „Die Neckarkorrektion Tübingen Dezember 1911. Oberbürgermeister Haußer.“

Die Wasserkraftanlage am Neckar erschloß eine Gesamtleistung von 626 P.S., erzeugt durch zwei horizontal angeordnete Zwilling-Francis-Turbinen, die mittels Riemen und Spannrolle Stromerzeuger entsprechender Größe treiben. Der Riemenantrieb mußte mit Rücksicht auf wohl bald sich einstellende Niedertafelung in der Nähe des Wasserkraftwerkes gewählt werden, denn die Riemen ermöglichen einen geräuschlosen Gang der ganzen Maschinerie. Neben dem für den engeren Umkreis direkt benötigten Gleichstrom hat man das Neckarkraftwerk vornehmlich zur Erzeugung von hochgespanntem Drehstrom ausgerüstet, um damit (wie schon an anderer Stelle gesagt) wirtschaftlich größere Energiemengen auf erhebliche Entfernungen zu übertragen.

Im Frühjahr 1910 wurde der Anschluß der Gemeinde Rebenhausen und des Kgl. Jagdschlösses sichergestellt. Eine nennenswerte lukrative Eroberung war dies zwar nicht, es ermöglichte aber einen elektrischen Stützpunkt für eine evtl. zu erstellende Straßenbahn (welches Projekt damals erreichbarer erschien denn heute), zu bekommen.

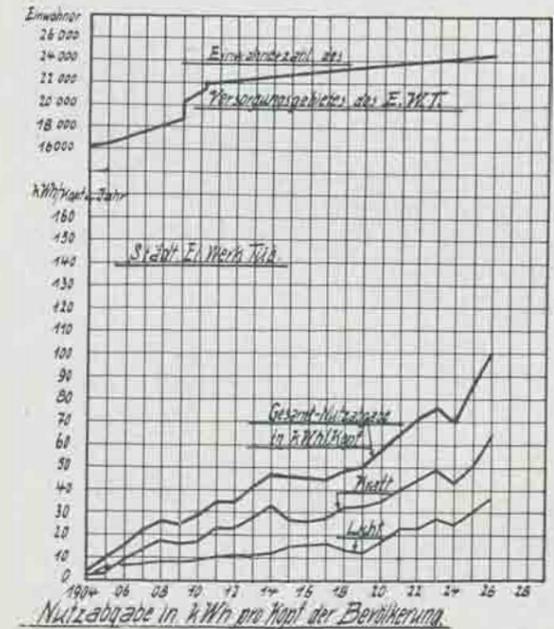
Durch den Bau des Neckarkraftwerkes ist eine Minderung der Erzeugungskosten für elektrischen Strom eingetreten, so daß mit Wirkung vom 1. 4. 1913 der Lichtstrompreis von 60 Pfg. auf 48 Pfg. ermäßigt werden konnte.

Die jährliche Nachtstromabgabe auf den Kopf der Bevölkerung — 1904 5 Kwstb. — war bis 1914 auf 48 Kwstb. gestiegen. Infolge dieser raschen Entwicklung waren die Leitungsanlagen vielfach zu klein geworden; dadurch aber, daß um jene Zeit die stromsparenden Metalldrahtlampen mit nur 1/3tel Stromverbrauch gegenüber der Kohlefadenlampe sich immer mehr durchsetzten, konnten die Netzanlagen wieder auf eine Reihe von Jahren, ohne größere Erweiterungsbauten, als zulänglich gelten, ja noch umfangreiche Neubauten wurde möglich.

Schwere Zeiten machte das Elektrizitätswerk über den Krieg durch. Der Mangel an elementarsten Betriebsmitteln, Kohle etc. (unzulänglich in Menge und Güte) war ständig und zeitweilig an der Grenze des Erträglichem und man darf feststellen, ohne die Wasserkraft wäre die Elektrizitätsversorgung nicht selten zum Stillstand gekommen: Ein Zustand, der für das gesamte Wirtschaftsleben Tübingen's in verschiedener Richtung sich verhängnisvoll ausgewirkt hätte, zumal aus der Not heraus fast alle Räder und in allewege auf elektrische Energie eingestellt waren. In der Ära schlimmster Materialnot mußte zufolge lebhafter Nachfrage eine weitere Primärmaschine zu-

gelegt werden. Es gelang eine (ganz wenig gebrauchte) Heißdampflokomotive 300 P.S. besten Fabrikats einschließlich des erforderlichen Stromerzeugers vorteilhaft zu erwerben. Dieser Maschinenfabrik fand vornehmlich aus Ersparnisgründen im Kesselhaus des Werkes Grabenstraße seinen Standort.

Während des Krieges fielen dem Elektrizitätswerk mancherlei im gemeinen Interesse liegende notgebotene Aufgaben zu. So richtete man in seinen Räumen (zusammen mit dem nationalen Frauendienst) eine Küche zur Bereitung von Liebesgaben für im



Felde Stehende und Heimkehrende ein und später eine Obst- und Gemüseverwertungs- und Trocknererei zur Sicherstellung der Versorgung Daheimgebliebener. Man trocknete Laub und Rüben; man beteiligte sich nach der technischen Seite an der Errichtung der Volkstüche im Spital; man baute und betrieb Fliegeralarmeinrichtungen, man war die Trägerin der Metallsammlung für Stadt und Oberamt Tübingen (einer Erinnerung, die heute noch mit besonders gemischten Gefühlen anklings); man betrieb eine umfangreiche Uniformwäscherei, um Verdienstmöglichkeit für die Frauen Ausmarschierter zu schaffen und so weiter.

Gegen Kriegsschluß wurde das Gebäude Rommengasse 18 für Bürozwende erworben, nachdem man schon 1910 zur Schaffung neuer Magazine und Lagerplätze die Gebäude Langegasse 3a, b und c gekauft hatte.

Die einsetzende Inflation (1919 ff.) brachte als Begleiterscheinung zunächst zahlreiche Neuanschlässe, ein rapides Ansteigen des Anschlußwertes und para-

lellgehend eine erhebliche Vermehrung des Konsums. Die vorhandenen Betriebseinrichtungen wurden am Ende unzulänglich und weiterer Ausbau des Werkes war zu bedenken. Damit ergab sich im Jahre 1920 als zweckmäßig — Zusammenfassung und Ausbau der drei Gefällstufen der Ammer in ein gemeinschaftl. Triebwerk unter der Brunnenpforte an der Neckarbrücke. (Alle 3 Gefällstufen waren schon länger her Eigentum des Elektrizitätswerks, das Triebwerk am Mühlgraben seit 1903 und die beiden anderen Triebwerke der Schnaitzhöfen Mühlen an der Neckargasse hatte man 1910 anlässlich der Neckarorrektion erworben). Der Ausbau der Ammerwasserkraft war freilich nur als Teillösung zu bewerten und es galt, noch weitere Hilfsmittel zu suchen und dabei auch technisch Veraltetes zu ergänzen.

War die Neckarwasserkraft in den eigentlichen Betriebsstunden von Morgens bis in die Nacht hinein fast restlos ausgenützt, so traf dies für die späten Nachtstunden bis in die Frühe nicht zu. Und die verhältnismäßig kleine Blei-Akkumulatorenbatterie des Elektrizitätswerks war altersschwach geworden und in großem Umfang erneuerungsbedürftig. Um hier gründlich und auf längere Frist hin zu helfen, unternahm man das Wagnis trotz der unsicheren Wirtschaftslage, einen schon im Jahre 1908 aufgetauchten Gedanken zu verwirklichen und eine hydraulische Speicherranlage zu erstellen. Deren Aufgabe ist es, wenn irgend möglich, die Aufstellung der im Bau und Betrieb teuren Bleiakumulatorenbatterie auszuschalten und in den Zeiten winterlicher Höchstbelastung die Belastungsspitzen zu verflachen. Im Jahre 1920 wurde diese Anlage nach den Plänen des Elektrizitätswerks und des Tiefbauamts erbaut. Auf die Einzelheiten der technisch interessanten Anlage soll hier nicht näher eingegangen werden. Grundzüge ist aber zu sagen, daß in Zeiten schwacher Werksbelastung, etwa von abends 11 Uhr bis morgens gegen 1/27 Uhr sonst ungenützt zu Tale rollende Wasserkraft Pumpen antreibt, die durch Rohrleitung Wasser in ein auf dem Desterberg erstelltes Reservoir (ca. 7000 Cbm.) pumpen. In Zeiten des Kraftbedarfs wird das hochgepumpte Wasser in der gleichen Rohrleitung über eine Turbine, die mit Stromerzeugern gekuppelt ist, wieder zu Tale gelassen — und nimmt so an der Stromlieferung in Zeiten des Bedarfs wieder teil. Die Anlage arbeitet mit 120 Meter Gefäll und hat den gehegten Erwartungen bisher in jeder Hinsicht entsprochen.

Im Zusammenhang mit dieser Wasserspeicheranlage (um sie in weitestem Umfang zu nützen) und auch mit Rücksicht auf spätere Entwicklung wurde schon vor

dem Bau der Anlage erstmals ein Vertrag über Stromausgleich mit dem Nachbarwerk, der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg e.G.m.b.H. getätigt. Mit dieser Gesellschaft sind im Laufe der Zeit noch eine Reihe weiterer Abkommen getroffen worden.

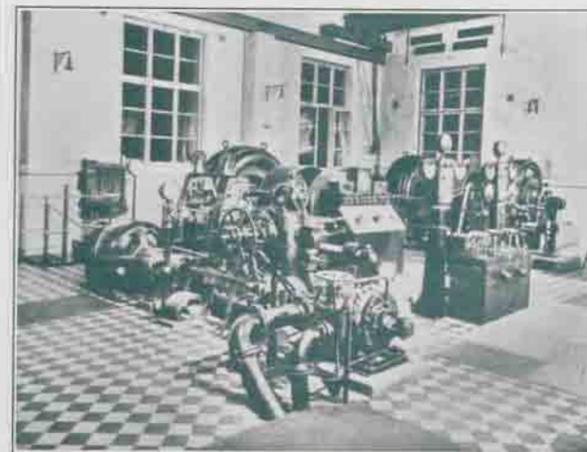
Neben den Erweiterungsbauten für die Stromversorgung wurde langwierig und lebhaft geplant und verhandelt, um die Konzession über Ausnützung einer Wasserkraft bei Kirchentellinsfurt zu erhalten — entsprechend einem schon länger existenten Grundprojekt der Stadtverwaltung Tübingen — und unter scharfem Mitwerben der Stadtgemeinde Reutlingen. Nach langem Hin und Her wurde die Berechtigte schließlich an Reutlingen erteilt mit dem Hinweis, daß (nach Ansicht der entscheidenden Stelle) Tübingen seinen Bedarf an Wasserkraften vorläufig gedeckt habe. Allerdings war Reutlingen u. a. gehalten, einen einmaligen größeren Geldbetrag für Instandsetzung und Unterhaltung des Neckarlaufes im Interessengebiet Tübingens zu leisten.

Der Fortentwicklung der Tübinger Stromversorgung Rechnung tragend mußte man aber auch für Anschaffung weiterer, möglichst vorteilhaft arbeitender Primärmaschinen besorgt sein. Im Verfolg dessen wurde eine noch recht gut funktionierende Sauggasmaschine angeschafft und 1922 in der Nähe des Neckarkraftwerkes in einem besonderen Gebäude aufgestellt. Bei der Wahl des Platzes hat man auf spätere Erweiterung der Maschinenstation entsprechende Rücksicht genommen. Neben der (wie allgemein anerkannt) wirtschaftlichen Arbeitsweise von Sauggasmaschinen gegenüber sonstigen Wärmekraftmaschinen hat deren Vorhandensein auch den Wirtschaftsgang des Gaswerks günstig beeinflusst.

Schon während der Inflation war es durch zeitgemäße Maßnahmen gelungen, die aufs Äußerste erschöpften und fast in nichts verflüchtigten Lagerbestände für Bau und Betrieb des Elektrizitätswerks rechtzeitig zu ergänzen und so mit dem Eintritt sicherer Währung die Möglichkeit geordneten Weiterbetriebs zu schaffen.

Im Frühjahr 1924 wurden die Lichtstrompreise trotz absolut gestiegener Sachpreise weiter ermäßigt und zwar einheitlich auf 45 Pfg. pro Kwstd. für Licht und im Oktober desselben Jahres wurden auch die Kraftstrompreise neu geregelt mit Staffelung je nach Verbrauch von 25 Pfg. bis 6 Pfg. pro Kwstd. Auch diese Neuordnung der Strompreise schloß (im bestimmten Rahmen) eine ganz erhebliche Verbilligung in sich und trug den tatsächlichen Verhältnissen besser Rechnung.

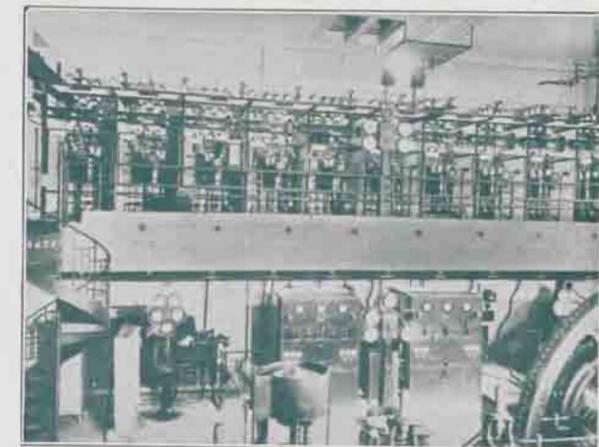
Die dem tolen Wirbel der Inflationsjahre folgende Stabilisation zeitigte nach der Scheinblüte dieser Jahre auch für das Elektrizitätswerk einen erheblichen wirtschaftlichen Rückgang derart, daß die Produktion gegenüber 1922 bis Ende 1924 um etwa 10 % fiel. Der Rückgang war umso bemerklicher, als man fast vom Werksbeginn an (abgesehen von den eigentlichen Kriegsjahren) an eine ca. 10 %ige jährliche Steigerung des Stromverbrauchs gewöhnt war. Bis Anfang 1925 hatte sich der Stromkonsum aber wieder gehoben, die jährliche durchschnittliche Steigerung trat bald wieder ein.



Generatoren im Neckarwerk

Die Wohnzone und damit auch das Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerks dehnte sich immer weiter aus und der Stromverbrauch, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, war im ständigen Steigen begriffen. Den Anforderungen an die Stromversorgung konnte mit dem nach Möglichkeit erweiterten Gleichstromnetz nicht mehr nachgekommen werden. Der Gemeinderat mußte deshalb im März 1925 eine umfangreiche Erweiterung und Umstellung des Leitungsnetzes gutheißen, bei der Grundgedanke war, die Außenbezirke fernerhin mit Drehstrom zu versorgen oder durch Umspannstationen Drehstrom auf Gleichstrom zu unterstützen. Besonders förderlich war diesem Vorhaben, daß von längerer Hand um Tübingen herum und durch Tübingen hindurch (gerade für diese vorausgesehene Entwicklung) Hochspannungsleitungen verlegt worden waren. Jetzt im entscheidenden Moment konnte daher mit verhältnismäßig geringen Mitteln das Erforderliche vorgekehrt werden. In den Außenbezirken Reutlinger-Vorstadt, Herrenberger-Vorstadt, Schleifmühlweg, bei der Re-

paraturwerkstatt und schließlich auch im Gebiet des Gaswerks wurden, möglichst weit vorgeschoben, Transformatorstationen resp. Umspannstationen erstellt. Im Zusammenhang mit der Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom und mit Rücksicht auf spätere weitere Entwicklung der Elektrizitätsversorgung wurde um jene Zeit auch eine leistungsfähige Hochspannungsleitung über den Schloßberg in Richtung Herrenbergerstraße, Hagellocherweg—Grabenstraße verlegt und eine weitere leistungsfähige Leitung in Richtung Weilheimer Brücke, Galgenberg—Gasfabrik gezogen, die nach der einen Seite ihre Fortsetzung findet durch



Neue Hochspannungs-Schaltanlage im Werk Grabenstraße

Leitungen der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg—Kirchentellinsfurt zu und nach der andern Seite in Richtung Weilheimer Brücke—Reutlingen. Ueber diesen Leitungszug bestehen vertragliche Abmachungen mit der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg, in denen man sich das gegenseitige Stromtransportrecht zusichert und auch sonstige Eventualitäten bestmöglich berücksichtigt.

Um die Wende des Jahres 1925/26 und Anfang 1927 waren die Wirtschaftsverhältnisse folgende:

Der Anschlußwert war bis Anfang 1927 auf ca. 4400 Kw. gestiegen, der Verbrauch gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung auf etwa 110 Jahres-Kwstd. und die Stromerzeugung ohne Akkumulierungsverluste auf etwa 3,5 Millionen Kwstd., wobei nicht mitgerechnet sind etwa 0,75 Millionen Kwstd., die nicht direkt über das Elektrizitätswerk Tübingen gehen.

Die stationären Dampfmaschinen und Dampfkessel im Werk Grabenstraße, bald 25 Jahre alt, waren nach jeder Richtung unzulänglich

geworden. Die Wasserkraftmaschinen des Neckarwerks und der Ammer waren restlos ausgenutzt und die Gasmaschine war täglich von morgens bis spät in die Nacht in Betrieb. Die hydraulische Akkumulationsanlage wurde, soweit die Neckarwasserverhältnisse es zuließen, bis zum letzten Tropfen beansprucht und in Zeiten geringer Wasserführung mußte man trotz Ackerstanspannung des alten Dampfwerks noch erhebliche Mengen Fremdstrom für das Werk Grabenstraße beziehen. Und dies wiewohl der Betrieb der alten Dampfanlagen nach der wirtschaftlichen und nach der Seite der Betriebssicherheit sehr mangelhaft war.

Rechtzeitig — 1926 — beschloß man daher, diese Anlage in der Grabenstraße auszubauen und durch neue, leistungsfähige, moderne Aggregate zu ersetzen. Man hat zwei Delmaschinen mit zusammen 1500 P. S. gewählt. Zugleich kam zur Ausführung die schon beim Beschluß über die Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom geplante und genehmigte neue Hochspannungs-Schaltanlage in der Grabenstraße und weiter kamen zur Aufstellung — leistungsfähige Quecksilber-Dampf-Gleichrichter, denen die Aufgabe zufällt, von außen her zugeführten Hochspannungs-Drehstrom in örtliche Spannung 440 Volt Gleichstrom umzuwandeln.

Anfang Dezember 1926 war die erste Delmaschine, gekuppelt mit einem Gleichstromerzeuger, im Werk Grabenstraße betriebsfertig und auch die sonstigen (vorher genannten) Einrichtungen wurden nach Ueberwindung von mancherlei Schwierigkeiten ausgeführt. Und so konnte zum erstenmal wieder seit Langem auch in Zeiten höchster Belastung der Betrieb glatt und ohne Sorgen durchgeführt werden. Die neue Delmaschine, gekuppelt mit einer Gleichstrommaschine, tat im Schwerpunkt der Gleichstromversorgung eben in der Grabenstraße ihre besten Dienste. Eine andere Frage war nun die, ob mit Rücksicht auf örtliche Erscheinungen auch die Delmaschine II gekuppelt mit einer Drehstrommaschine, im Werk Grabenstraße unterzubringen sei, oder ob die Drehstrommaschine besser in den Schwerpunkt der Drehstromversorgung, eben ins Neckarwerk an der Gartenstraße zu stehen käme. Bleibende betriebliche und wirtschaftliche Nachteile entstanden dadurch nicht. Am Ende wurde man im Februar 1927 dahin schlüssig, die zweite Delmaschine (Drehstrommaschine) besser beim Neckarwerk in einem an die Sauggasanlage noch zu erstellenden Anbau unterzubringen. Damit verband man das Unternehmen, das beim Betrieb der Gasmaschine und der 2. Delmaschine reichlich anfallende Warmwasser in einer besonderen Leitung nach dem

Uhlbad für Zwecke dieses Betriebs zu überführen — in Ergänzung der schon existenten Warmwasserleitung vom Gaswerk her.

Was die Weiterentwicklung der Elektrizitätswirtschaft Tübingens und seiner unmittelbaren Umgebung anbelangt, so ist als bemerkenswert zu nennen — ein zur Zeit schwebendes Genehmigungsverfahren wegen Gewinnung einer zweiten Neckarwasserkraft am Weilheimer Steg; ein Unternehmen, das voraussichtlich bald, wenn keine unerwarteten Schwierigkeiten sich ergeben, gemeinschaftlich mit der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg ausgeführt werden kann. Außerdem schweben schon seit längerer Frist Verhandlungen über Stromabnahme aus einem für Zwecke der Universität evtl. zu erstellenden staatlichen Fernheizwerk.

Zusammenfassend ist über den gegenwärtigen Stand hiesiger Elektrizitätsversorgung zu sagen:

Nach vollendeter Aufstellung der zweiten Delmaschine und bei guter Wasserleistung stehen rund 2000 Kw. Primärmaschinen zur Verfügung. Außerdem sind Einrichtungen zum Bezug von etwa 450 bis 500 Kw. Fremdstrom vorhanden. Dem steht gegenüber eine Eigenstromerzeugung von annähernd 3,5 Millionen Kwstd. (ohne Akkumulierungsverluste), wozu noch etwa 0,75 Millionen Kwstd. zu rechnen wären, die das Elektrizitätswerk Tübingen nicht selbst erzeugt. Auf den Kopf der Bevölkerung im Tübinger Versorgungsgebiet kommen etwa 110 Kwstd. Jahresverbrauch.

Wenn nun auch zu hoffen ist, daß man durch die zuletzt getätigten bzw. zum Teil noch in fronte befindlichen Ausbauten der städt. Werke einige Jahre ohne wesentliche Erweiterung der Primäranlagen auskommen kann, so ist dabei nicht zu vergessen, daß der durchschnittliche Stromverbrauch Deutschlands auf den Kopf der Bevölkerung etwa 176 Kwstd. ausmacht, in Württemberg allerdings etwas weniger, daß Tübingen also den deutschen Mittelwert — der selbstverständlich keinen absoluten Maßstab darstellt und von einer Reihe besonderer Faktoren beeinflusst wird — noch lange nicht erreicht hat.

Abgesehen von den beim seinerzeitigen Werkbau (1902) vorhandenen Haupt- und Verteilungsleitungen sind die Verteilungsanlagen bis heute um 250 bis 300 Km. neue Leitungen und um 13 Km. Erdkabel verschiedener Spannung und Querschnitte vermehrt worden.

In ihrem jetzigen Umfang stellen die städtischen Elektrizitätswerke Tübingen einen Sachwert von etwa 1,8 bis 2 Millionen Mark dar.

Das städtische Gaswerk 1861–1927

Vornehmlich die Frage der Straßenbeleuchtung Tübingens war es, die im Jahre 1861, zur Zeit der Eröffnung der Eisenbahn Reutlingen-Tübingen, den Beschluß der damaligen bürgerlichen Kollegien förderte, ein stadteigenes Gaswerk zu bauen. Es wurde erstellt in der Gegend des heutigen Häuserblocks — begrenzt von der Reutlinger-, Eugen-, Hechinger- und Ulrichstraße auf einer Grundfläche von 1½ Morgen, die man von der Stadtpflege um 1790 fl. 37 fr. erkaufte. Bemerkenswert ist einstige Ausdehnung, Lage und Umgebung des Gaswerks im dortigen Gebiet innerhalb gewisser Zeitabschnitte aus den noch vorhandenen Skizzen festzuhalten.

Es ist nicht ohne Interesse, hier eine auf die Vorgeschichte des Gaswerks bezügliche Darstellung einzuschalten, die der damalige Rechtskonsulent Gös (später Oberbürgermeister von 1874–1897) im alten Amtsgrundbuch des Gaswerks gibt:

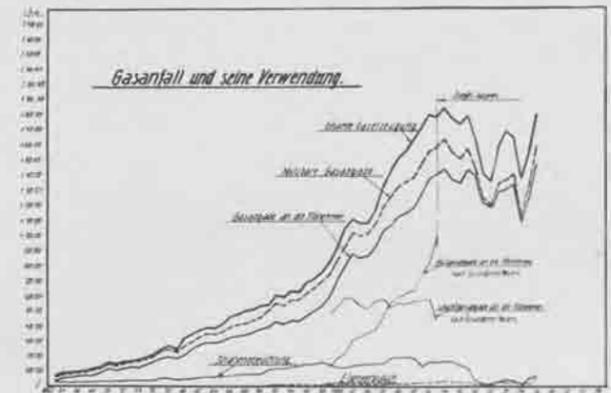
„Bis zum Jahre 1827 war die Stadt Tübingen bei Nacht nicht beleuchtet, nur bei außerordentlichen Fällen bei Brand- und Wassergefahr war jeder Bürger verpflichtet, vor sein Haus eine Laterne zu hängen und an den Eckhäusern waren Vorrichtungen angebracht, um auf eisernen Pfannen Kochränze aufzusteden.“

Im Jahre 1819 scheint sich erstmals das Bedürfnis nach Beleuchtung der Straßen geregt zu haben und es wurden über die Beleuchtung von Heilbronn Erkundigungen eingezogen.

Im Herbst 1826 herrschte in Tübingen große Aufrichtung, da neben Anderem das gänzliche Fehlen öffentlicher Beleuchtung in einer in Mainz erschienenen Druckschrift scharf kritisiert wurde und der Stadtrat beschloß, nach Einholen von Musterlaternen aus Stuttgart und Göttingen, 34 Straßenlaternen anzubringen. Sie wurden von einem Tübinger Flöschner gefertigt. Im Laufe der Zeit kamen noch mehrere hinzu, doch war auch damals schon eine strittige Frage, wer zahlt. Man dachte daran, die Kosten nach dem Brandversicherungskataster anzulegen, die Kreisregierung war damit jedoch nicht einverstanden, genehmigte aber im Jahre 1828, daß die Mittel für die Straßenbeleuchtung aus Zuschlägen bei Hausverkäufen aufgebracht werden. Entsprechend gemachten Vorschlägen genehmigte die Kreisregierung diese Besteuerung auf 10 Jahre. Die Zustimmung wurde dann verlängert insoweit, „als die Straßenkorrekturen der Stadt nicht vollendet seien, der Stadt fortzubehalten gestattet.“ Ein Beitrag von 100 fl., den die Universitätsinstitute zur Straßenbeleuchtung zahlten, fiel auf Grund des Gesetzes vom 18. Juni 1849 fort.

1852 meldete sich eine Gesellschaft, welche auf ihre Rechnung die Stadt mit tragbarem Gas zu 8 fl. 30 fr. pro 1000 c³ zu beleuchten sich erbot, die Verhandlungen zerbrachen sich. Einen Fortschritt bedeutete im Jahre 1856 die Einführung der Schieferöl-Straßenbeleuchtung. Ein Unternehmer führte sie in dreijährigem Aktord aus mit dem Bedingnis, daß die erforderlichen Einrichtungen nach Ablauf des Aktords der Stadt kostenfrei zu übergeben sind. Die Schieferöl-Straßenbeleuchtung bestand bis zum Jahre 1862, von da ab erstrahlte die Gas-Straßenbeleuchtung.“

Ein Fachmann — der Direktor des Nürnberger Gaswerks Emil Spreng — erbot sich um 1861 ein



Gaswerk hier zu erstellen und wies auf seine Erfahrungen bezüglich der Rentabilität der Gasbeleuchtung in kleineren Städten als Tübingen (damals 8700 Einwohner) hin und gab zu bedenken, daß schon als Folge der Eröffnung der Eisenbahn sich die Einführung der Gasbeleuchtung auch für Tübingen als dringendes Bedürfnis herausstellen werde. Die bürgerl. Kollegien beschloßen am 26. Novb. 1861 — u. a. nach vorausgegangenen Verhandlungen mit Universität und Staat — das Angebot Spreng anzunehmen und diesem den Bau des Werkes für Rechnung der Stadt zu übertragen.

Als weisfichtig kann man es bezeichnen, daß damals Tübingen sich entschloß, das Gaswerk in Eigenregie zu bauen und zu betreiben in einer Zeit, wo zweifelsohne ein erheblicher Wagemut dazu erforderlich war und wo ausländische Firmen um Konzessionen für Ausführung und Betrieb von Gaswerken lebhaft sich bewarben.

An Hochbauten wurden errichtet:

1 Dienhaus mit 3 Defen; zusammen mit 10 Retorten, 1 Apparaturgebäude mit Flügelanbau enthaltend Betriebsräume, Büro, Arbeiterlokal, ferner der Gasometer 24 000 c³ haltend — nach heutigem Maß rund

680 Cbm. Die Leistungsfähigkeit der Öfen ließ täglich bis zu 500 Cbm. sich steigern.

Die Kosten des Werks — das am 1. November 1862 in Betrieb gesetzt wurde — betragen zusammen 93 010 fl. südd. Währung. 185 Straßenflammen mit 15 c' Konsum wurden aufgestellt und 33 000' Leitungsröhren (10 000 Meter) verlegt.

Ueber die Verwaltung des Werkes wurde ein besonderes Statut geschaffen, das die einzelnen Funktionen der mit der Verwaltung und dem Betrieb betrauten Personen eingehend behandelte. Das Werk blieb bis zum Jahre 1880 fast unverändert. 1890 mußte ein größerer Erweiterungsbau erstellt werden, da sich der Gasverbrauch auf etwa 500 000 Cbm. gehoben hatte. Bis 1900 stieg der Gasverbrauch auf ca. 750 000 Cbm., was insbesondere die Einführung des Glühstrumpfes und die mehr und mehr sich durchsetzende Anwendung des Steinkohlengases für Kochzwecke bewirkt haben. Trotzdem ab 1900 die elektrische der Gasbeleuchtung ernste Konkurrenz machte, fanden diese Verluste in der wachsenden Kochgasabgabe mehr als Ausgleich.

Im Jahre 1906 betrug die Gasproduktion 1,3 Millionen Jahres-Cbm. Einer solchen Produktion war das Gaswerk nicht mehr gewachsen; auch waren manche Einrichtungen veraltet und seine Lage inmitten eines immer mehr sich besiedelnden Gebietes und auch wegen Fehlen eines Gleisanschlusses wurde unzureichend. Die bürgerlichen Kollegien beschloßen deshalb im Frühjahr 1906 den Neubau eines Gaswerkes und gleichzeitig seine Verlegung stadtauswärts östlich im Gewand „Eisenhut“. Mit dem Bau des Gaswerkes wurde ein vom Güterbahnhof abzweigender Gleisanschluß hergestellt, der ermöglichte, den jährlichen Bedarf an Steinkohle, z. B. rund 5000 Tonnen, ohne Umladung den Lagerstellen des Gaswerkes zuzubringen. Diese stadteigene Gleisanlage nahm zugleich Rücksicht auf mögliche Benützung durch private Industrie. Im Herbst 1908 kam das neue Gaswerk erstmals in Betrieb. Neben Einführung rationell arbeitender Gasöfen mit Horizontalretorten wurde auch die Kohlenförderanlage maschinell betrieben und Vorfrage getroffen, daß unter Umständen späterhin die Beschickung der Gasöfen auch maschinell geschehen konnte. Soweit noch brauchbar, wurden Bestandteile des alten Gaswerkes beim Neubau mitverwendet.

Die Ofenanlage im neuen Werk besteht aus 5 Ofenblöcken, geeignet zur Aufnahme von je 9 Stück 4 Meter langen Retorten mit je 350 Kilogr. Ladung. Zwei gute, brauchbare Gasometer wurden vom alten nach dem neuen Gaswerk veretzt und einer davon auf dop-

pelten Inhalt gebracht. Die beiden Vorratsbehälter fassen zusammen 10 000 Cbm. Die Ofenblöcke sind so eingerichtet, daß täglich bis 12 000 Cbm. Gasproduktion möglich ist. In vorzüglicher Weise wurden alle Gebäude untereinander und im Innern weitläufig gestaltet.

Die Baukosten beliefen sich auf 680 000 Mk.

Das neue Gaswerk erlebte einen äußerst erfreulichen Aufschwung. Die Jahresproduktion belief sich 1914 auf 1,8 Millionen Cbm. und war im Jahre 1864 der Gasverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung etwa 5 Cbm., so stieg er stetig aufwärts bis 1914 auf 65 Cbm. Auch eine wirtschaftlichere Gestaltung des Betriebs brachte der Gaswerksneubau mit sich.

Eine wichtige Aufgabe hatte bis 1910 das Gaswerk in der Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze. Von 1864 mit etwa 20 000 Jahres-Cbm. hat der Aufwand an Gas zur Straßenbeleuchtung bis 1910 auf etwa 200 000 Jahres-Cbm. sich erhöht.

Technisch und wirtschaftlich gleich wichtig für den städt. Haushalt war ab 1913/14 die Versorgung des städt. Umlandbades vom Gaswerk aus mit Warmwasser. Sie bestand darin (nach Eigenkonstruktionen, Berechnungen und Versuchen von Direktor Henig, unterstützt von Gasmeister Fauner), daß die vorher nutzlos abziehenden Abgase der Gasöfen mittels besonderer Vorrichtung zur unentgeltlichen Bereitung von Warmwasser verwendet wurden und daß dieses Warmwasser mittels besonderer Leitung auf eine Strecke von 1,6 Km. dem Umlandbad zugeführt wurde. (s. besondere Druckschrift Umlandbad von Oberbürgermeister Haußer).

Die Kriegs- und Inflationsjahre 1914—1923 brachten auch dem Gaswerk mancherlei Leiden und Hemmungen, u. a. durch den Mangel an notwendigen und vollwertigen Betriebsstoffen, den Zwang der Vergasung von Holz, Posidonienstrieber, der Abgabe von Gas nur an bestimmten Tagesstunden usw. Die Folge dieses äußerst mangelhaften Betriebs zusammen mit der allgemeinen Not und Verarmung — war ein ganz wesentlicher wirtschaftlicher Rückschlag — derart, daß eine Zeitlang das Gaswerk mit Unterbilanz wirtschaftete und nur mit der tatkräftigen Hilfe der jüngeren Schwester, des Elektrizitätswerkes, überhaupt sein Dasein gefristet hat.

Den Tiefstand wies das Jahr 1920 auf, wo die frühere Jahresproduktion von 1,8 Millionen Cbm. unter 1,4 Millionen Cbm. gesunken ist. Nicht unerwähnt mag bleiben als Mitursache des Rückgangs, daß viele Konsumenten zur vorteilhafteren elektrischen Beleuchtung

übergewandert sind, zumal das Elektrizitätswerk schon vermöge seiner Wasserkraftanlagen leistungs- und lieferungsfähiger geblieben war.

Von 1924 bis zur Gegenwart ist ein stetiges, gesundes Ansteigen des Gasverbrauchs — allerdings mehr für Kochzwecke — festzustellen. Heute ist der beste Vorkriegsstand wieder erreicht.

Um den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden und den nachteiligen Folgen der Kriegs- und Inflationszeit mit Bezug auf die Werkseinrichtungen zu begegnen, hat man sich Ende 1924 entschlossen die Betriebseinrichtungen des Gaswerkes einer gründlichen Instandsetzung zu unterziehen, den maschinellen Ofenbetrieb möglichst vollständig einzurichten und gleichzeitig das Coffin-Verfahren einer zusätzlichen Koks-gaserzeugung innerhalb der Ofenretorten selbst einzuführen.

Der Umbau wurde in den Jahren 1924/25 vollzogen mit einem Aufwand von 140 000 Mark, der aus laufenden Mitteln der drei städt. technischen Werke aufgebracht wurde. Geht man doch wohl mit Recht schon seit längerer Frist davon aus, daß sämtliche technische Werke eine betriebswirtschaftliche Einheit darstellen, deren Aufgabe es ist, sich zum gemeinen Nutzen gegenseitig zu stützen und zu ergänzen.

Die neue Einrichtung hat sich gut bewährt, besonders rücksichtlich der eingetretenen Kohlenersparnisse: Während im Jahre 1914 bei einer Gasproduktion von 1,82 Millionen Cbm. rund 5 800 000 Kilogr. Kohlen verbraucht wurden, waren im Jahre 1926 bei gleicher Produktion nur noch rund 4 900 000 Kilogr. erforderlich.

Das Gaswerk ist heute als ein moderner und durchaus leistungsfähiger Betrieb anzusprechen, dem erstlinig die Pflege und Weiterentwicklung des Verbrauchs für Koch- und Heizgas obliegen muß.

Das städtische Wasserwerk 1877—1927

Schon Anfang der siebziger Jahre hat sich die Gemeindeverwaltung mit dem Plan einer zentralen Wasserversorgung für die Stadt Tübingen befaßt, weil mit dem Wachstum von Stadt und Universität auch das Bedürfnis nach gutem Nutz- und Trinkwasser größer wurde und weil die aus alter Zeit her vorhandenen Brunnen, deren Ergiebigkeit mit der fortschreitenden Bodenkultivierung mehr und mehr nachließ, nicht ge-

nügend Wasser liefern konnten. Teilweise war auch das Brunnenwasser, je nachdem die zugehörigen Quellen in größerer oder kleinerer Tiefe gefaßt waren, nicht einwandfrei.

Im Jahr 1876 wurde Oberbaurat Ehmann, der damalige Landestechner für das württ. Wasserversorgungswesen, mit der Aufstellung von Entwurf und Kostenanschlag über eine zentrale Wasserversorgungsanlage für die hiesige Stadt beauftragt. Da einerseits die Quellen der näheren Umgebung von Tübingen das (nach Menge und Güte) notwendige Wasser nicht liefern konnten, andererseits die geologischen Verhältnisse des Neckartals auf einen größeren Grundwasserstrom schließen ließen, so lag nahe, eine Versorgung mittels Grundwasser ernstlich zu erwägen. Durch Probebrunnen, Probeflöcher und Schächte, wurde das Grundwasser nach Güte und Menge untersucht, mit befriedigendem Erfolg.

Im Sommer 1877, gerade vor 50 Jahren, wurde daher von den bürgerlichen Kollegien der Beschluß gefaßt, die zentrale Wasserversorgung nach dem Ehmannschen Entwurf auszuführen. Die Kosten waren zu 330 000 Mark berechnet. Die Mittel sollten durch Schuldausnahme beschafft werden. Als bald ist dann auch das Unternehmen in Angriff genommen worden und im Frühjahr 1879 war die gesamte Anlage so weit fertig, daß sie vom bauleitenden Techniker an die Stadtverwaltung übergeben werden konnte.

Die damalige Wasserversorgungsanlage bestand aus einem gemauerten Grundwasserbrunnen rechts der Steinlach, aus der Wasserförderungsanlage, nämlich dem Maschinen- und Dampfkesselhaus östlich der Hochingerstraße, aus einem gemauerten Hochbehälter auf dem Oesterberg mit 1600 Cbm. Fassungsraum u. dem Rohrnetz mit der Hauptleitung nach dem Hochbehälter durch den Neckar. Der Hochbehälter (auf der mittleren Höhe 386,0) lag etwa 65 Meter über der Wasserförderungsanlage und ist heute noch in Benützung. Seine Höhenlage begrenzt zunächst das obere Niveau der Wasserversorgung des Hauptgebiets. Auf die Höhe des Hochbehälters mußte das Wasser durch das Dampfpumpwerk gehoben werden. Fernmeldeeinrichtungen und ähnliches über den Wasserstand im Brunnen und im Hochbehälter gabs zu jener Zeit noch nicht; auf der Südseite des Hochbehälters war ein Pegel angebracht, welcher den jeweiligen Wasserstand im Hochbehälter anzeigte und der vom Pumpwerk im Tal aus, wenn es das Wetter zuließ, von Zeit zu Zeit mit einem Fernrohr beobachtet werden konnte.

Nach den Versuchsergebnissen der Probebrunnen und den hierauf aufgestellten Berechnungen sollte nun-

mehr unsere Stadt auf absehbare Zeit reichlich mit gutem Nutz- und Trinkwasser versorgt sein. Aber die Erfahrung hat's anders gelehrt. Der Wasserverbrauch steigerte sich (zwar nicht in dem starken Maße wie heutzutage) und die Ergiebigkeit der Grundwassergewinnungsanlage wurde je länger je geringer, so daß schon nach 15jähr. Betrieb erhebliche Erweiterungsarbeiten einsehen mußten. Man legte in den nachfolgenden 10 Jahren einen neuen weiteren Sammelschacht an, man stellte eine längere Sicker-galerie her, es wurde eine weitere Dampfmaschine mit Pumpe aufgestellt und man leitete zuletzt des Nachts das Wasser des Derendinger Mühlbachs in das alte Steinlachbett, um auf diese Weise den Grundwasser-träger wieder mit Wasser zu sättigen. Aber dies waren alles nur Notbehelfe, die vorübergehend Besserung brachten, nicht aber dauernde Abhilfe. Die Grundwasserfassungsanlage war offenbar zu weit südlich im Steinlachgebiet gelegen und man hatte damit die Hauptader des Grundwasserstroms nicht getroffen. Mittlerweile vergrößerte sich die Wasserklemme immer mehr. Die bauliche Ausdehnung der Stadt drängte naturgemäß weiter nach Süden, überschritt die Eisenbahnlinie und mußte früher oder später das Grundwasserfassungsgebiet erreichen. So wurde die Frage einer gründlichen Erweiterung und Verbesserung der Wasserversorgung immer brennender.

Nunmehr setzten im Jahr 1904 neue Untersuchungen zur Auffindung von ergiebigen Wassergewinnungsstellen ein, die diesmal aber gründlicher und umfangreicher denn je zuvor durchgeführt wurden. Man dachte wieder an Quellwassergewinnung aus den Wieslachquellen bei Gönningen und Quellwasser aus dem Ammertal bei Keusten, das ohne Pumpwerk mit natürlichem Druck nach Tübingen geleitet werden sollte. Aber das Wasser aus dem Ammertal war zu hart, es war insbesondere sehr gipshaltig und die Ableitung der Gönninger Quellen scheiterte u. a. an den Einsparungen und Forderungen der Wasserwerksbesitzer am Wieslachlauf. Hand in Hand mit den Versuchen, Quellwasser zu gewinnen, gingen die Grundwasseruntersuchungen im Neckartal aufwärts bis Rottenburg und abwärts von Tübingen; dann im Ammertal oberhalb Lustnau, wo Probefrünnen und Probefrüschächte angelegt wurden, auch Tiefbohrungen wurden vorgenommen. Die Ergebnisse waren recht abwechslungsreich. Mehrmals war überraschenderweise die Wasserbeschaffenheit zweier ganz benachbarter Probefrünnen sehr verschieden. Endlich nach 3/4-jähriger Untersuchung und nachdem 40 Brünnen geschlagen und 5 tiefe Schächte getrieben waren, wurde

im rechten Neckartal unterhalb Tübingen im Gewand Au ein Grundwasserstrom erschlossen, der, wie sich nach längerer Beobachtung zeigte, reichlich und gutes Trinkwasser lieferte. Wie Oberbürgermeister Hauser in einer diesbezüglichen Druckschrift vom Juli 1905 (Beil. der Tübinger Chronik) bemerkte, bilden diese Untersuchungen eine Geschichte für sich selbst, deren Hauptsache ist eben ihr erfreulicher Abschluß. Denn damit waren die Vorarbeiten ausgetragen und war die Entscheidung wieder zugunsten der Grundwasserversorgung gefallen.

Inzwischen hatte sich auch auf dem Gebiet der Wasserförderung Einiges verändert: Die Stadt hatte ein eigenes Elektrizitätswerk, auf dem Markt war eine neuere Pumpenart, die schnelllaufende Kreiselpumpe, die sich für Wasserförderung mit elektrischem Antrieb sehr gut eignet und endlich konnte nach die Wasserförderung in die Belastungstiefen des Elektrizitätswerks gelegt werden, sofern Brünnen, Wasserförderungsmaschinen und Hochbehälter entsprechend leistungsfähig und groß genug bemessen wurden.

Im Juli 1905 wurde die Erstellung des (zweiten) neuen Pumpwerks auf stiftungseigenem Grundstück beschlossen und ein größeres Gelände als Schutzgebiet hinzugekauft und aufgestockt. Die Kosten des Unternehmens waren zu 165 000 Mk. veranschlagt.

Die Anlage, gegenwarts und schon seit langen Jahren ausschließlich die Trägerin unserer Wasserversorgung, bestand aus einem 9 bis 10 Meter tiefen gemauerten Kesselbrunnen, aus der 250 Millimtr. weiten Druckleitung bis zum alten Rohrnetz südlich der Eisenbahn und aus einem kleinen Maschinenhaus. Das letztere enthielt, den Vorschlägen des Elektrizitätswerks gemäß, zunächst eine elektrisch betriebene, mehrstufige Kreiselpumpe mit 30 Sekltr. Leistung. Später im Jahr 1911 ist dann eine weitere Pumpe mit 40 Sekltr. Leistung aufgestellt und in Betrieb genommen worden. Die zur Wasserförderung nötige Betriebskraft wird vom städt. Elektrizitätswerk in Form von Gleich- und Drehstrom geliefert, ebenso erfolgt von dort aus die Bedienung durch Fernsteuerungsanlagen, so daß direkte Bedienungskosten wegfallen. Das alte Pumpwerk im Industrieviertel blieb vorläufig als Reserve und Notbehelf stehen. Die fortgesetzte Sohlendertiefung des Neckars machte notwendig, daß im Jahr 1907 eine neue Druckleitung im Zug des Hauptstrangs quer unter dem Neckar hindurch eingelegt wurde. Durch die großen Bahnhofs- und Flußbauten der Jahre 1908 bis 1912 waren weitere umfangreiche Leitungsarbeiten veranlaßt, wie z. B. die Einlegung der Hauptleitung in einen begehbaren Kanal unter der Eisenbahn und der blauen Brücke hindurch.

Im Jahr 1909 wurde der Nachbarort Derendingen an die hiesige Wasserversorgung angeschlossen, später konnte das alte Pumpwerk im Industrieviertel endgültig verlassen, abgebaut und einem hiesigen Gewerbebetrieb pachtweise überlassen werden.

Das Emporklettern der Siedlungen an den Hängen über das Niveau der Wasserversorgung hinaus, insbesondere auf dem Desterberg- und Schloßberggebiet, nötigte zur Schaffung von Hochzonen mit einzelnen kleineren Hochbehältern, denen das Wasser durch eigene, elektrisch betriebene und automatisch einsetzende Pumpanlagen aus dem Leitungsnetz der Niederzone zugeführt wird.

Seit dem Jahr 1906 ist der Wasserverbrauch ungemein gestiegen. Damals sind an Wasser verbraucht worden jährlich 360 000 Cbm. oder pro Kopf und Tag durchschnittlich 48 Liter. Im Jahr 1924 ist der Wasserverbrauch auf 790 000 Cbm. im Jahr angewachsen, was einen Durchschnittsverbrauch von 94 Liter pro Kopf und Tag ergibt und bei weiterer Entwicklung ist im Jahre 1930 mit einem Jahresverbrauch von über 1 Million Cbm., oder pro Kopf und Tag mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 108 Liter zu rechnen. Auch die sich immer mehr einführende Schwimmkanalisation steigert den Wasserverbrauch, anfänglich weniger, später mehr. Das große Wachstum des Wasserverbrauchs, dessen Ursache hauptsächlich in der Ausdehnung der Siedlung und der Veränderung der Lebensweise der Bevölkerung zu suchen ist, ist der Grund, daß im Laufe der letzten Jahre immer fühlbarer in einzelnen vom Pumpwerk und Hochbehälter abgelegenen Stadtteilen (wozu auch ein Teil des Universitätsgebiets gehörte) zeitweiser Wassermangel herrschte, der zu Klagen Anlaß gab. Um diesen Mißständen abzuwehren, wurde im Sommer 1925 über die Erweiterung und Verbesserung der Wasserversorgung ein Bauprogramm (auf Jahre hinaus) durch das Tiefbauamt vorgelegt und vom Gemeinderat genehmigt. Hiernach ist vorgesehen: Für sofort — die Erstellung eines Gegenbehälters aus Eisenbeton mit etwa 1300 (2000) Cbm. Fassungsraum im Geigerle des nordwestlichen Stadtgebiets und mit der entsprechenden neuen Wasserzuleitung.

Für die nächsten Jahre: die Erweiterung der Grundwassergewinnungsanlage im Neckartal gegebenenfalls durch Erstellung weiterer Grundwasserbrunnen oder Sicker-galerien; die Erweiterung der Hauptleitung vom Pumpwerk nach der Stadt und dem Hochreservoir, sowie die Erweiterung und der Zusammenschluß verschiedener Hauptrohr-

stränge innerhalb des Stadtgebiets. Außerdem sind Maßnahmen vorgesehen zur Eindämmung des übermäßigen Wasserverbrauchs, wozu insbesondere die restlose Einführung von Wassermessern zu zählen ist. Hierdurch soll, normale Entwicklung vorausgesetzt, den Bedürfnissen des nächsten Jahrzehnts genügt werden. Die Kosten für den Gegenbehälter mit der zugehörigen Rohrleitung waren zu etwa 105 000 Mk. berechnet. Von den Verbesserungsbauten ist bisher der erste Abschnitt durchgeführt worden. Der Gegenbehälter ist Ende des Jahres 1926 in Betrieb genommen, er hat die gehegten Erwartungen erfüllt.



Maschinenhaus der Sauggasanlage beim Neckarwerk

Von allen gemeindlichen Einrichtungen ist die Wasserversorgung diejenige, welche für Leben und Gesundheit der Bewohner von größter Bedeutung ist.

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die Beschaffenheit des Wassers aus unserer Grundwasserfassungsanlage in der Au seit dem Jahr 1905 kaum eine nachteilige Veränderung erfahren hat und ein neuestes Gutachten vom Jahr 1926 sagt über die Wasserbeschaffenheit wörtlich:

„Die bakteriologische Untersuchung (u. a. Hyg. Institut) hat, so oft sie auch vorgenommen wurde, und das geschieht in jedem Semester mindestens zweimal, ergeben, daß das Tübinger Leitungswasser außerordentlich keimarm ist; es können auf 1 chem. l. bis 1 Keim gerechnet werden, es ist so keimarm, daß es bei den bakteriologischen Kursen an Stelle sterilisierten Wassers verwendet werden kann.“

Aber die fortgesetzte Steigerung im Wasserverbrauch, die Ausdehnung der Siedlung, besonders an den Hängen über das Niveau der Wasserversorgung hinaus, erfordert auch inständig Aufmerksamkeit und zeitiges Anpassen an Verbrauch und Ansprüche.

In die technischen Arbeiten der Wasserversorgung, nach Bau und Betrieb, teilen sich Tiefbauamt und Elektrizitätswerk derart, daß von letzterem der maschinelle und betriebliche Teil, von ersterem der bautechnische Teil einschließlich des Rohrnetzes besorgt wird. Diese Arbeitsteilung hat sich bisher bewährt.

Uhlandbad 1914–1927

Die seit Anfang dieses Jahrhunderts lebhafteren Bestrebungen, in Tübingen eine das ganze Jahr hindurch benutzbare städtische Badeanstalt (neben einer solchen auf Pontons und im Sommer) zu erstellen, wurden im Jahr 1906 sehr gefördert durch die Bereitstellung eines Baufonds in Höhe von 50 000 M. Dazu kamen noch bald ein Beitrag des Staates im Betrag von 50 000 Mark (einschließlich von 31 500 M. Entschädigung für die zu Bahnbauzwecken benötigte „Badschüssel“) und (von Gemeindewegen eingeleitete) namhafte Schenkungen Privater, sodaß die Bauaktion ernstlicher ins Auge gefaßt werden konnte. Mit der Ausarbeitung entsprechender Pläne ist aber erst der im Jahre 1910 in städtische Dienste getretene Stadtbaumeister Haug betraut worden. Ein die Ausführung des Badbaues wesentlich vortreibender Umstand ergab sich sodann damit, daß es in der Zwischenzeit (durch Versuche von Betriebsleiter Henig und Gasmeister Fauner im Benehmen mit dem Stadtvorstand) gelang, der projektierten Badeanstalt das nötige Warmwasser kostenlos zuzuführen durch eine Fernwarmwasserleitung vom Gaswerk her, woselbst durch Ausnützung der überschüssigen Wärme der Gasöfen diese neue, geradezu bahnbrechende Wärmequelle für das Bad gefunden wurde. Auf solche Weise war es dann auch möglich, nicht nur vorläufig den Betriebsaufwand wesentlich zu reduzieren, sondern auch die Bauanlage, unter Wegfall des sonst nötig werdenden Dampfamtes für eine Hochdruckkesselanlage, ohne Störung in das Straßen- und Landschaftsbild einzuführen. Der Baugedanke war also realisierbar. Ueber die Wahl des Bauplatzes konnte kein Zweifel bestehen. Einige diesbez. Schwierigkeiten seitens der Nachbarn mußten zuvor beseitigt werden. Im übrigen war aber der Platz an der Karlstraße, zwischen der „Krone“ und Mechaniker Trautwein, eine reife Frucht der gerade durchgeführten Neckarkorrektion, wegen seiner zentralen Lage wie geschaffen für

ein Hallenbad. Da um jene Zeit die 50. Wiederkehr des Todestags von Ludwig Uhland zu feiern war, wurde in einer Festsitzung des Gemeinderats (am 13. November 1912) beschlossen, eine bedeckte Badeanstalt mit Schwimmhalle, Brause-, Wannen- und Dampfbädern usw., modernen hygienischen Anforderungen entsprechend, genannt „Uhlandbad“, nach den Plänen von Stadtbaumeister Haug mit einem Kostenaufwand von rund 250 000 Mark zu erstellen. Als Sachverständige wurden zugezogen Professor Bonatz, Oberbaurat Stocker und der bekannte Balneologe Geheimrat Hofrat Leo von Better.

Im Wesentlichen enthält die Bauanlage außer der Schwimmhalle mit dem 25 Meter langen Schwimmbassin (dem wohl heute noch größten im Lande) und dem darunter liegenden Warmwasserspeicherbehälter, die nötigen An- und Auskleidekabinen, einen Reinigungsraum, ein komplettes russisch-römisches Bad, eine Wannenabteilung mit medizinischen und elektrischen Lichtbädern, ein Hundebad, eine Wäscherei, Büglerei und eine Niederdruckdampfheizung; ferner 2 Wohnungen für die Bademeister, die Kasse, eine geräumige Eingangshalle und Anderes. Der Bau wurde Ende Mai 1912 begonnen und konnte schon am 25. Juli 1914 eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben werden. Die Baukosten, einschließlich der Fernwarmwasserleitung, hielten sich im Rahmen des Vorausanschlags.

Im Jahre 1920 mußte eine zweite Wannenabteilung im Untergeschoß eingerichtet werden.

Vergl. übrigens eine kleine Broschüre „Uhlandbad Tübingen“ vom Juli 1914 von Oberbürgermeister Haußer.

Kiesbaggereibetrieb 1907–1927

Bis zum Jahr 1901 waren die Kiesverbraucher gezwungen, ihren Bedarf entweder von auswärts zu beziehen oder aus dem Neckar (und der Steinlach) zu gewinnen. Allgemein zugängliche Abfuhrstelle war der beinahe das ganze Jahr über wasserfreie Platz beim Einfluß des Mühlbachs unterhalb der Neckarbrücke, zu dem ein steiler Fahrweg, etwa in der Gegend des heutigen Bootsanlegeplatzes, hinabführte.

Dieser äußerst primitive Zustand, aus dem Neckar Kies zu gewinnen, befriedigte auf die Dauer nicht, auch

reichte der zumeist nur durch Hochwasser angeschwemmte Vorrat in Anbetracht sich immer mehr steigender Nachfrage kaum mehr aus; eine Neuordnung war daher dringend nötig.

Schon im Haushaltsplan 1900 wurden 5000 Mark als Rate zur Anschaffung eines mechanischen Kiesbaggers aufgebracht, weitere 5000 Mark im Jahr darauf. Anschaffung und Inbetriebnahme wurde von den Gemeindefollegien im Jahr 1901 beschlossen. An Kosten verursachte die seinerzeit verhältnismäßig einfache Einrichtung, bestehend hauptsächlich aus einem schwimmenden Dampfbagger, zwei Pontons und zwei Rachen einschließlich Nebenkosten und Inbetriebsetzung zusammen 13 185 Mark.

Im Zusammenhang mit der Bahnhofserweiterungsfrage kam der Gemeinderat im Oktober 1905 auf den Plan einer See- und Parkanlage im mittleren Böhld zu sprechen und damit auf die Notwendigkeit der Vertiefung des Geländes der früheren Schlittschuhbahn. Beschlußfassung über die eigentliche Ausführung und Gestaltung der Seeanlage erfolgte bekanntlich erst später, weil diese Fragen eng mit der Neckarkorrektion und hiezu gehörigen Unternehmungen zusammenhängen.

Mit den Vorarbeiten d. h. Ausbaggerung und Vergrößerung des früheren Schlittschuhbahngeländes wurde sofort begonnen u. z. nicht unter dem Titel der Seeanlage sondern eines Unternehmens der sogenannten Trockenbaggerei, das für den städtischen Baggereibetrieb mangels Ergiebigkeit des Flußbaggerfelds geradezu eine Notwendigkeit bedeutete, wollte der Betrieb dem immer noch steigenden Kiesbedarf der jetzt und in den nächsten Jahren sehr intensiven Bautätigkeit Genüge leisten. Die Arbeiten gingen rüstig vorwärts und zeigten äußerst günstiges Ergebnis. Einerseits fand der so gewonnene Kies reißenden Absatz (aus dem Erlös wurden sämtliche Ausgaben bestritten), andererseits konnten im Alleengebiet sonstige der Erledigung harrende Aufgaben — wie Auffüllen und Planieren des übrigen Seeanlagegeländes (Mühlbach) und desjenigen um die Oberrealschule — gleichzeitig und unter günstigen Arbeitsbedingungen (Bewertung unverkäuflichen Materials in unmittelbarer Nähe) getätigt werden.

1908 erfolgten wesentliche Vergrößerungen des Betriebs durch Anschaffung einer zweiten (elektrischen) Baggermaschine mit Zubehörten und es konnte anschließend an die Erweiterung des Neckar-

bettes herangegangen werden. Damit Hand in Hand Beginn der Aushubarbeiten im Flutkanal zwecks Materialgewinnung zur Auffüllung im Alleengebiet (siehe auch oben) und Schaffung eines geeigneten Platzes für die städtische Neckarbadeanstalt (rechtes Ufer).

Die Gesamtkosten der Seeanlage einschließlich Bepflanzung und Erstellung des Wärterhauses beliefen sich auf 50 828 M., welche ausschließlich durch den Baggerbetrieb (Kiesverkauf) in den Jahren 1907, 1908 und 1909 aufgebracht wurden.

Nach Beendigung der oben angeführten Arbeiten wurde einer der beiden Bagger unterhalb des Neckarstauewehrs postiert, einerseits weil der Kiesvorrat im oberen Neckar mit einem Bagger spielend gewonnen werden konnte (der Vorrat ging übrigens auch zurück) andererseits, weil das Neckarbett unterhalb des Stauewehrs wegen der Rückstauung des Wassers und aus sonstigen Gründen (Grundwasserversorgung) möglichst freigehalten werden muß.

Bisher war es nur möglich in der Hauptsache Grobkies zu gewinnen und abzusetzen. Um aber den erhöhten Anforderungen der Bauunternehmer an die Beschaffenheit des Kieses gerecht zu werden — es bestand große Nachfrage nach Zart- bzw. Eisenbetonties — erfolgte 1913 Anschaffung und Aufstellung einer Wasch- und Quetschmaschine mit Sortiertrommel. Die ganze Neuanlage einschließlich elektrischer Maschinen kostete rund 17 500 Mark, welcher Betrag wiederum aus angeammelten Mitteln der Verwaltung gedeckt werden konnte.

Der Betrieb rentierte bis zu Kriegsbeginn gut und war aller und jeder Nachfrage gewachsen. Mit Erliegen der Bautätigkeit, d. h. von Kriegsbeginn bis Schluß, Beginn der Wohnungszwangswirtschaft, Inflation, ging er naturgemäß zurück. Die Arbeitererschaft war größtenteils zum Heer eingezogen; von der Verwaltung wurden Familienunterstützungen bezahlt.

Der Baggerbetrieb ist heute, wo die Bautätigkeit allmählich wieder anfängt, rege zu werden, mit ein ansehnliches Unternehmen und Vermögensobjekt unserer Gemeindeverwaltung.

Auch künftig wird die Verwaltung in der Lage sein, den einschlägigen Bedürfnissen, hauptsächlich der Nachfrage örtlichen Baugewerbes, das dadurch nicht auf auswärtige Lieferanten angewiesen ist, mit Kies und Sand in guter Qualität und zu billigem Preis zu genügen. Die technische Leitung untersteht zur Zeit dem Hochbauamt, die rechnerische der Stadtpflege.

B) Finanzwirtschaftlicher Betracht

Elektrizitätswerk

(Vgl. auch geschichtl. Beschrieb).

Von den städtischen Eigenbetrieben steht an erster Stelle das Elektrizitätswerk.

Daselbe hat sich aus kleinen Anfängen zu einem wirtschaftlichen Faktor allerersten Ranges entwickelt. Diese Entwicklung verdankt es nicht zuletzt seiner umsichtigen Betriebsleitung.

Die rasch zunehmende Abnehmerzahl und der steigende Bedarf an Strom erforderten sowohl umfangreichen Ausbau der Dampfkraft mit Maschinenanlagen, als auch die Neugewinnung von Wasserkräften. Hand in Hand damit gingen Erstellung und Erwerb von Wohn-, Büro- und Lagergebäuden.

Heute stellt das Elektrizitätswerk schon äußerlich einen bedeutenden Grundstückskomplex dar, der besteht aus:

1. dem Dampfelektrizitätswerk hintere Grabenstraße;
2. der Sauggasanlage am Neckar, mit hydraul. Akkumulierung;
3. Wasserkräften: Neckarwasser- und Ammerwasserkraftanlagen;
4. Wohnhäusern: Mühlstraße 16, Wöhrdstraße 23;
5. Wohn- und Bürogebäuden: Nonnengasse 18;
6. Wohn- und Lagergebäuden: Länggasse 54.

Dazu kommt ein über die ganze Stadt sich ausbreitendes ober- und unterirdisches Leitungsnetz für Gleich- und Drehstrom mit 12 Gleichstromspeisepunkten und 3 Transformatorenhäusern, darunter ein größeres Umspannwerk in der Reutlingervorstadt. Auch die Nachbargemeinden Lustnau und Bebenhausen, sowie ein Teil von Derendingen sind darin einbezogen. Nicht zu vergessen das fast lückenlose Leitungsnetz zwecks Straßenbeleuchtung.

Der Wert sämtlicher Gebäude, Einrichtungen und Anlagen dürfte mit 1,8 bis 2 Millionen G.M. nicht zu hoch gegriffen sein. Diese Werte wurden zwar größtenteils durch — in der Hauptsache ab-

getragene — Schuldaufnahme geschaffen, ein nicht unbeträchtlicher Teil wurde aber auch sofort aus laufenden Betriebsmitteln bestritten.

Neben der Ansammlung von Erneuerungsfonds (die während der Inflation in Sachwerten angelegt wurden) hat das Werk alljährlich noch aus seinen Uberschüssen erhebliche Beträge an die Stadtkasse abgeführt. Dabei ist ausdrücklich zu betonen, daß die Preise für elektrische Energie hierorts unter dem Durchschnitt derjenigen der größeren Elektrizitätswerke sich bewegten.

Sie betragen:

1902—13 Einheitslichtpreis 60 Pfg. pro Kwstd.

Einheitskraftpreis 25 Pfg. pro Kwstd.

ab 1. 4. 1913 Licht 48 Pfg. — Kraft 20 Pfg. pro Kwstd.

1919—1923 Inflation

ab 1. 3. 24 Licht 45 Pfg. pro Kwstd. — Kraft 25/18 gestaffelt

ab 1. 10. 24 Licht 45 Pfg. bzw. 40 Pfg. pro Kwstd. — Kraft 25/6 gestaffelt.

Seit Bestehen des Werkes — (19 Jahre ohne Inflationszeit) wurden insgesamt bar 1 220 000 Mk., d. h. durchschnittlich 65 000 Mk. pro Jahr an die Stadtpflege abgeliefert. Ungerechnet die Leistungen für die Straßenbeleuchtung.

In den Spezialtats von 1926 und 1927 — ist ein jährlicher Ueberschuß von 210 000 Mark erreicht bzw. vorgesehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Elektrizitätswerkes (besonders in Bezug auf Barablieferung an den Stadthaushalt und Erwerb von Maschinenkapital aus Laufendem) darf man hienach als eine recht gute bezeichnen. Sie war (wie gesagt) nicht verursacht — durch eine fiskalische Preispolitik, die den Tübinger Stromverbraucher mehr als anderorts oder mehr als bei Nutzung etwa möglicher anderer Bezugsquellen belastet

hätte, sondern durch höchste Intensivierung und rationellste Bewirtschaftung der Produktionsmittel, Beobachtung und Pflege des Fabrikationsganges nach den verschiedenen Richtungen wurde fortlaufend geübt. Dazu kam die fast restlose Ausnützung der angeschlossenen Wasserkraftanlagen. Auch in den Zeiten geringer oder geringster Nachfrage nach dem (Massen-) Artikel Elektrizität wurde sie durch Angliederung sonstiger stadt-eigener Betriebe (Trinkwasserversorgung, Baggerbetrieb etc.) weithin ermöglicht.

In letzterem Punkt ist noch weiter einschlägig — die hydraulische Speicherung, durch die es hauptsächlich erreicht wird, die Abfallenergie betriebschwacher Stunden als hochwertigen Tagesstrom abzugeben und eine unentbehrliche Notreserve zu bilden.

Ein erhebliches Moment der Wirtschaftlichkeit bedeutet sodann die Sauggasmaschine als Primäranlage der Stromerzeugung. Bei geringstem Brennstoffbedarf und einfacher Bedienung im praktischen Betrieb des Elektr.-Werkes befruchtet sie auch noch den Ertrag des Gaswerks, indem sie dort anfallende weniger wertige Nebenprodukte verarbeitet.

Hand in Hand mit diesen betriebstechnischen Maßnahmen geht — den örtlichen Bedürfnissen aufs engste sich anpassend — Eigenfabrikation und Montage noch vieler für den gesamten Werksbetrieb unmittelbar benötigter Dinge.

Nach Vorstehendem ist (ohne Ueberhebung) das Elektrizitätswerk als ein Betrieb zu bezeichnen, der technisch in jeder Hinsicht hoch steht und der auch nach seinen wirtschaftlichen Ergebnissen einen Grundpfeiler der Werks- und der gesamten Gemeindegewirtschaft darstellt.

Nach den gemachten Erfahrungen wirkt sich in unserer Werkswirtschaft auch der Umstand recht günstig aus, daß der Direktion des Elektrizitätswerkes seit verschiedenen Jahren in der Oberleitung nun auch das Gas- und Wasserwerk unterstellt sind und daß man den Gesamtwerkshaushalt als eine Betriebseinheit anzusehen, mehr und mehr sich gewöhnt hat.

Mit der Zentralisierung der drei Werke ist aber auch eine nicht unwesentliche Ersparnis an Betriebs- und Verwaltungskosten verbunden.

Gaswerk

(vergl. auch geschichtlichen Beschrieb).

Der älteste städt. Eigenbetrieb ist das Gaswerk. Ursprünglich am Beginn der Reutlingerstraße situiert,

mußte es — weil allmählich zu sehr im Wohngebiet liegend und infolge seiner veralteten Einrichtungen den erhöhten Ansprüchen auf Gasbezug nicht mehr gewachsen — weiter östlich und entfernter von der Wohnzone verlegt werden.

Der vergrößerte, weiträumige Neuaufbau erfolgte 1906 bis 1908; ihm reihte sich im Jahre 1924/25 eine großzügige Erweiterung der maschinellen Einrichtungen an.

Das Werk besteht heute aus Ofenhaus, Kesselhaus, Apparate-Reiniger- und Uhrenhaus nebst den dazu gehörigen Nebengebäuden, Büro- und Werkstatte-



Speicherbecken für die hydraulische Akkumulierung

bäude, 2 Gasometern — und dürfte einschließlich Maschinen, Apparaten, Rohrleitungsnetz und Industriegleis immerhin einen Wert von 600 bis 700 000 Mk. repräsentieren.

Die Kosten des Neubaus wurden durch (schon beträchtlich abgetragene) Schuldaufnahme gedeckt, während die nicht unerheblichen Aufwendungen des Umbaus (1924/25) von den drei technischen Werken gemeinsam aus laufenden Mitteln aufgebracht worden sind. Die Entwicklung des Werkes war wohl eine langsame aber eine stetige; das Jahr 1914 brachte den höchsten Gaskonsum, der aber in den Kriegs- und Inflationsjahren bedeutend zurückging und erst 1926 wieder den alten Höchststand (1914) erreicht hat.

Was die Preispolitik beim Gaswerk anlangt, so kann auch hier gesagt werden, daß sie jederzeit den Interessen der Gasabnehmer billige Rechnung getragen hat. Der Gaspreis betrug im Jahre 1862 — 36 Pfg. (umgerechnet) und ging bis 1889 — stets abwärts sich bewegend — auf 18 Pfg. pro Cbm. zurück.

Von da bis heute variierte er zwischen 16 Pfg. (niederster Preis 1913/16) und 20 Pfg. (heutiger Preis) und blieb damit fast durchweg unter dem Durchschnittspreis der größeren Gaswerke des Landes, wenn man die Wertigkeit des Gases beim Vergleich nicht außer Acht läßt.

Die wirtschaftlichen Ertragnisse des Gaswerks (in Form von Ueberschüssen an die Stadtpflege) — wobei die jeweils angesammelten Erneuerungs- und Reservefonds und die Leistungen für die Straßenbeleuchtung nicht berücksichtigt sind — waren in den ersten 22 Jahren kaum nennenswerte, mit dem Jahre 1884 setzte aber regelmäßige Ablieferung von Ueberschüssen ein. — Die Gesamtablieferungen an die Stadtkasse betragen seit dieser Zeit 1 550 000 Mark, das sind — ohne Inflationsjahre — durchschnittlich 27 000 Mark pro Jahr.

In den Spezialtats von 1926 und 1927 ist ein jährlicher Ueberschuß von 62 000 Mark erreicht bezw. vorgesehen.

Diese Erträge reichen nun allerdings entfernt nicht an die des Elektrizitätswerks heran. Zu berücksichtigen ist eben, daß der Fabrikationsgang hier mehr an alt hergebrachte Methoden sich bindet und eine größere Beweglichkeit (wie beim Elektr. Werk) nicht zuläßt. Im übrigen verabsäumte man auch hier nicht, in diesem Betriebszweige erzielte allgemeine Fortschritte zu nützen. Am besten wird dies illustriert durch die beständig wachsende Ausbeute an Gas- und Nebenprodukten aus demselben Rohstoff, der Kohle.

Die 1924/25 getroffenen umfassenden Verbesserungen im Fabrikationsgang (mit größerer Ausbeute und Mehrung des maschinellen an Stelle des Handbetriebs) erbrachten einen günstigen Wirtschaftserfolg, der sich mit der Steigerung des Konsums noch weiter auswirken wird. Hierzu mag man bemerken, daß die am Gasabsatz interessierten Geschäftskreise hierorts noch etwas mehr auf Propaganda abheben dürften.

Auch das städt. Gaswerk ist in der Gegenwart ein Betrieb, der jeden Vergleich mit seinesgleichen — technisch und wirtschaftlich — aushält.

Wasserwerk

(vergl. auch geschichtl. Betracht).

Ihr Wasserwerk hat die Stadtverwaltung Tübingen nie als eigentliches Erwerbsunternehmen betrachtet.

Sie vertrat von jeher den Standpunkt, daß es sich hier um eine durchaus primäre Lebensnotwendigkeit der Bevölkerung handelt, deren Befriedigung mehr in das Gebiet der öffentlichen Fürsorge gehört und daß das Wesentliche erreicht wird, wenn bei bescheidenen Revenuen das Werk sich selbst zu alimentieren im Stand ist.

Im Verfolg dieser Grundeinstellung wurden die Wasserzinsen stets in mäßigen Grenzen gehalten. Sie betragen 1877 bis 1886 — 18 Pfg., 1887 bis 1918 — 21 Pfg., 1919 bis 1923 (Inflationszeit), ab 1924 bis heute 25 Pfg. je pro Cbm. (Wenn sie trotzdem im Vergleich mit dieser oder jener Gemeinde höhere sind, so verursacht dies der leidige Umstand, daß man nach Maßgabe der Lage der Wassergewinnungsstelle das Wasser durchweg mit erheblichem künstlichem Druck den Verbrauchern zuleiten muß).

Dementsprechend gestalteten sich auch die Ueberschüsse des Betriebs. Erst von 1890 ab sind solche zu verzeichnen. Die an die Stadtkasse abgelieferten Beträge machen in 32 Jahren (ohne Inflationszeit) die Gesamtsumme von 335 000 Mark aus, durchschnittlich also rd. 10 000 Mark pro Jahr (gleichzuachten einer Art von Risikoprämie für den Werksunterhalt durch die Stadt überhaupt). In den Spezialtats von 1926 und 1927 ist ein jährlicher Vorschuß von 17 000 Mark erreicht bezw. vorgesehen.

Stets bedacht war man — bei Förderung und Verteilung des Wassers — auf möglichst günstige Arbeitsmethoden. Namentlich mit der Schaffung der neuen, ausgiebigen und guten Wassergewinnungsstelle in der Au wurde auch die Förderung noch rationeller gestaltet insofern, als zufolge des fast vollständig automatisierten, ohne menschliche Beihilfe sich abspielenden Arbeitsgangs die resp. Betriebskosten auf ein Minimum sich reduziert haben.

Die Wasserwerksanlagen bestehen aus:

1. dem alten Wasserwerk Hechingerstraße — Gebäude und Grundstück,
2. der Pumpstation „Au“ mit Druckleitung und Hochbehälter Desterberg (Höhe 388) sowie Reservoir daselbst (Höhe 437),
3. der Wasserversorgungsstelle Schloß Hohentübingen,
4. dem Gegenbecken in der Grafenhalde mit Zuleitung und Abwasserbohle,
5. den Maschinen und dem Rohrleitungsnetz

und dürften heute einen Vermögenswert von rund 400 000 Mark haben.

Kiesbaggereibetrieb

(Vergl. auch geschichtl. Betracht).

Zu einem recht rentablen Betrieb hat sich auch die 1901 ins Leben gerufene Kiesbaggerei entwickelt. In den 26 Jahren ihres Bestehens hat sie einen Ertrag von rd. 100 000 Mark abgeworfen (ohne Berücksichtigung der Inflation). Dazu kommen die Erstellung der Park- und Seeanlage beim Hauptbahnhof mit einem Aufwand von 50 000 Mark, durchaus geleistet vom Baggerbetrieb mittels Verkauf des dort gewonnenen Kieles — und die Schaffung eines Inventarvermögens von ca. 30 000 Mark — Wert der ganzen Betriebseinrichtung.

Der Spezialetat für 1927 sieht einen jährlichen Ueberschuß von 20 000 Mark vor (entsprechend der tatsächlichen Einnahme des letzten Jahres).

Dabei ist hervorzuheben, daß die Kiespreise stets bescheidene und den jeweiligen Marktverhältnissen angepaßt waren (1,40 Mk. bis derzeit 4 Mk. für 1 Cbm. Grobkies, und 3 Mk. bis derzeit 6,50 Mk. für 1 Cbm. Feinkies) und daß die Abnehmer neben einer billigen Ware auch eine solche von guter Beschaffenheit immer geliefert erhielten.

Man kann sagen, die Einrichtung ist gleichermaßen nützlich für Unternehmerin und Abnehmer.

Spezielle tiefbauliche Eigenbetriebe

(Dampfwalze, Autobetrieb usw.).

In der Form anders, im Endeffekt aber gleich gut wirken sich die tiefbaulichen Eigenbetriebe aus. Die mancherlei Bauwerke tiefbaulicher Art im hiesigen räumlich ausgedehnten Stadtgebiet (wie z. B. Straßen, Brücken, Kanäle, Flußläufe, auch Alleen, Promenadenwege und Staffeln), die ständig der Beanspruchung und dem Verschleiß ausgesetzt sind, brauchen Aufmerksamkeit und ihr geordneter Unterhalt mit geringstem Kostenaufwand bleibt (insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Not) unerläßlich geboten. Dies ist aber für die Dauer nur dann zu erreichen, wenn die technischen Meister mit geschultem Personal und mit einer entsprechenden Ausstattung von Gerätschaften bei allen vorkommenden Arbeiten nach Erfordernis rasch und selbsttätig eingreifen können. Außerdem muß auch bei Neubauarbeiten in gewissem Rahmen die Möglichkeit vorliegen, im Notfalle durch den Ei-

genbetrieb preisregulierend zu wirken oder einzuspringen.

Die Straßencleaning und die Latrineneentleerung wird schon längere Jahre im Eigenbetrieb durchgeführt.

Hand in Hand damit geht die Bereitstellung teils größerer, teils kleinerer Vorräte an Straßen- und andern Baumaterialien, insbesondere auch an Eisenteilen für Kanalisation und dergl. Diesem Zweig des städt. Tiefbauamts dient zunächst als bauliche Anlage der im Jahr 1910 beim Westbahnhof neu erstellte städt. Bauhof, welcher enthält — ein Wohnhaus für die zwei Bauaufseher, eine Anzahl Geräte- und Lager-schuppen, ein größeres Magazingebäude, kleinere Werkstätten für Schlosser, Maurer und Zimmermann, insbesondere aber (jenseits der Bahn) einen größeren Materiallagerplatz mit Gleisanschluß vom Westbahnhof her. An größeren Gerätschaften sind in den rückliegenden Jahren nach und nach aus tausenden Mitteln und Einsparungen beschafft worden — ein Kraftfuhrpark bestehend aus einigen Lastautos, ein Müllabfuhrauto, eine Autostraßenkehrmaschine, ein Autohydrengwagen; weiter ein Walzpark, enthaltend eine schwere Dampfstraßenwalze und noch verschiedene andere Einrichtungsstücke worunter auch Straßenteermaschinen.

Diese tiefbaulichen Eigenbetriebe, etatlich unter dem Titel „Bauhof und Autobetrieb“ aufgeführt, erscheinen im Etatsentwurf 1927 in Ausgaben mit 76 000 Mark, denen wieder die gleiche Summe an Einnahmen gegenübersteht. Es fällt ihnen (wie gesagt) die Aufgabe zu, in allererster Linie die ordentlichen und außerordentlichen städtischen Tiefbauarbeiten rasch, anstandslos und mit tunlichst niederen Kosten durchzuführen und daneben sich selbst zu tragen. Diese ihre Aufgabe erfüllen sie, wie ein Vergleich der Etatsätze für die ordentlichen Tiefbauarbeiten der Vor- und Nachkriegsjahre ohne weiteres ergibt.

Die Anpassung der Eigenbetriebe an die fortwährend sich steigenden Ansprüche des Verkehrs und der Gesundheit erfordert schon für näher absehbare Zeitfrist weitere Maßnahmen, die im Gang sind.

Umlandbad

Das städtische Umlandbad Tübingen — erstellt in den Jahren 1913/14 — ist seit Juli 1914 im Betrieb.

Auf seine Entstehungsgeschichte hier näher einzugehen, erübrigt sich, da dies an anderer Stelle ge-

schehen: vergl. geschichtl. Betracht. Es repräsentiert einen heutigen Wert von immerhin 500 000 M.

Was die finanzwirtschaftliche Seite der Betriebsführung anbelangt, so sind hierfür entsprechende Richtlinien schon existent in dem seinerzeitigen Ausführungsbeschuß der Gemeindefolge vom 13. November 1912, wo u. a. gesagt ist, daß die Unternehmung als eine gemeinnützige, von Rücksichten auf das Gemeinwohl getragene zu kennzeichnen sei.

Im Uebrigen ist die wirtschaftliche Tragbarkeit des Unternehmens — neben der bescheidenen Baukapitalanlage vor allem durch die teilweise Kohlenersparnis bedingt, welche die Wärmeleitung vom Gaswerk her in sich schließt. (Deshalb konnte das Bad auch während des Kriegs trotz der allgemeinen Knappheit der Betriebsmittel ohne Unterbrechung geführt werden als ein wesentliches Erfrischungs- und Heilmittel für so viele verwundete und genesende Soldaten).

Eingedenk des gemeinnützigen Charakters wurde und wird vor allem das Bestreben darauf gerichtet, den Badbetrieb sich selber alimentieren zu lassen und ersttiniig für Reparatur- und Erneuerungszwecke Erübrigungen zu erzielen.

Diese Einstellung findet auch ihren Ausdruck in der Bemessung der Badpreise. Sie sind heute noch im wesentlichen dieselben, wie zu Beginn des Bades im Jahre 1914 beispielsweise für 1 Schwimmbad: Erwachsene 40 Pfg., Schüler 20 Pfg. bzw. 10 Pfg., Wannenbad 1. Klasse 70 Pfg., 2. Klasse 40 Pfg., Dampfbad 1 M. 80 Pfg. bzw. 2 M. 20 Pfg. usw.

Aber auch die Frequenz, welche im allgemeinen eine gute war und ist, bestätigt die Richtigkeit dieser Wirtschaftsmaßnahme.

Im Jahre 1921 mußte man eine Erweiterung des Bades durch Einbau von 10 Wannen im Untergeschoß vornehmen.

Um speziell auch Wenigerbemittelten Gelegenheit zum Benützen des Bades zu geben, sind — neben den Brausebädern wöchentlich besondere Badezeiten zu ermäßigtem Preis als sogen. Volksbäder eingeführt. Weiterhin sind für Kriegsbeschädigte beim Schwimm- und Wannenbad Ermäßigungen (50%) vorgesehen. Auch bestimmten Vereinen steht die Schwimmhalle zur Betreibung des Schwimmsports an einigen Abenden der Woche zu billigeren Sätzen zur Verfügung.

An Bädern wurden abgegeben und zwar:

	1915:	1926:
Schwimmbäder	38 635	61 191
Volksbäder	8 148	3 292
Brausebäder	1 727	4 153

Wannenbäder	14 379	39 911
Dampfbäder	288	1 176
Elektrische Lichtbäder	—	223

Angefallen sind sodann im Ganzen an:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1915	26 157 M.	23 558 M.
1926	59 916 M.	38 074 M.

Die Einnahmen legen sich in der Hauptsache aus den Badegebühren zusammen, während bei den Ausgaben an erster Stelle figuriert: der Betriebsaufwand — Kohlen (1915: 2669 Ztr. = 3469 M., 1926: 4069 Ztr. = 6443 M.), Gas, Wasser, Elektrizität (1915: 672 M., 1926: 5885 M.), dann Unterhaltung von Gebäude, Maschinen und Leistungen (1926: 4200 M.), Gehälter und Löhne (1915: 9860 M., 1926: 12 000 M.) u. A.

Vorhanden ist zur Zeit eine Rücklage von 40 bis 45 000 Mark (aus den vergangenen Jahren), welche für Reparatur- und Erneuerungszwecke des Bades grundsätzlich bestimmt ist. Daraus will man — wie neuerdings vorgesehen — eine Summe von 10 000 Mark verwenden für Erweiterung der Warmwasserleitung — im Zusammenhang mit der Aufstellung einer 2. Delmaschine im Elektrizitätswerk beim Stauwehr. Im Effekt bedeutet auch dies eine Bereicherung unseres Umlandbades in hygienischer und gemeinwirtschaftlicher Hinsicht.

Zusammengefaßt im Rahmen unserer gegenwärtigen Etatswirtschaft ergeben die Eigenbetriebe folgendes zahlenmäßiges Bild:

	Mark
vom Elektrizitätswerk jährliche Barzuwendung	210 000
vom Gaswerk jährliche Barzuwendung	62 000
vom Wasserwerk jährliche Barzuwendung	17 000
vom Kiesbaggerbetrieb jährliche Barzuwendung	20 000

Die beiden Werke (Gas- und Elektrizitätswerk) liefern außerdem schon seit längeren Jahren an wirtschaftlich Schwache (an Kleinrentner, Sozialrentner — seit Jahresfrist auch an Erwerbslose —) Elektrizität, Gas und Koks zu besonders verbilligten Preisen, indem sie (nach neuerlicher Bestimmung) dem Wohlfahrtsamt hierfür jährlich zuschießen 5500 Mark.

Ferner werden im Herbst an die vorgenannten Kategorien (hiesiger Bürger) größere Mengen Brennma-

terial (Schlackenkoks, Braunkohle) zumeist unentgeltlich oder zu äußerst niederem Preise abgegeben.

Schließlich werden überhaupt die kleinen Strombezieher — und als solche gelten ohne Weiteres alle, die einen Monatsverbrauch von 3 Kwstd. nicht überschreiten — mit einem Lichtstrompreis von nur 40 Pfg. pro 1 Kwstd. berücksichtigt.

Endlich ist bei der Zuwendung an die Stadtpflege nicht berechnet der wirkliche Werksaufwand für die Straßenbeleuchtung. Die Gasstraßenbeleuchtung verbraucht nämlich zur Zeit etwa 75 000 Cbm. jährlich, die elektrische Straßenbeleuchtung und die Beleuchtung der Transparente für die Feuermeldeanlagen etwa 135 000 Jahres-Kwstd. Der Aufwand hierfür — einschließlich des notwendigen Lampenersatzes und Instandhaltung beträgt

beim Gaswerk	9 500 M.
beim Elektrizitätswerk	22 000 M.
zusammen	31 500 M.

Dem gegenüber steht als (rechnungsmäßiges) Entgelt der Stadtpflege an die Werke der Betrag von nur 2500 Mark.

Demnach beträgt die Wertleistung noch weitere 29 000 Mark, ein Mehr, das eigentlich durchlaufend zu verrechnen wäre, ebenso wie die sozialen Leistungen, die hier eben mit der Hauptziffer von 5500 M. aufgezeigt sind.

Ergäbe also ein tatsächliches Aufbringen der Werke (Gas- u. Elektrizitätswerk) mit mindestens 344 000 M. zur Entlastung des Allgemeinhauhalts oder — mit anderen Worten — wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Jahre 1926 der auf Grund, Gebäude und Gewerbe umzuliegende endgültige Abmangel noch rund

345 000 Mark oder 15% der Kataster betragen hat, einen Betrag der schon als solcher gleich ist der Höhe des lehtjährigen Gemeindefchadens.

Dabei sind die runden finanziellen Vorteile der tiefbauamtl. Eigenbetriebe noch gar nicht berücksichtigt, wiewohl man sagen darf, daß auch durch sie (neben ihren einleuchtenden Vorzügen für einen flotten, sauberen und hygienisch einwandfreien Betrieb) zehntausende und aberzehntausende Mehrausgaben dem Gemeindehaushalt alljährlich erspart bleiben.

Und nicht zu vergessen das Umlandbad mit seiner mehr gemeinwirtschaftlichen, aber deshalb nicht minder produktiven Auswirkung — auf dem weiten Feld der Gesundheitspflege und der vornehmlich der Jugend dienlichen planmäßigen Leibesübung. Und dies auf einer Grundlage, die zwar keinen Gewinn einbringt, aber die Gemeindegewirtschaft auch nicht belastet, wie dies sonst bei Badanstalten geradezu die Regel ist.

Die ausgeprägte und umfangreiche Eigenadministration ist ebenso notwendig wie charakteristisch für den Tübinger Gemeindehaushalt. Und ohne den lebendigen Einschlag all dieser Regiebetriebe — die so ziemlich allein noch so etwas wie echte Selbstverwaltung verkörpern Angesichts unserer im Einnahme- und namentlich Ausgabebudget fast durchaus gebundenen zwangsläufigen Wirtschaft — wären wir auch bei alleräußerster Sparsamkeit außer Stand, den gehäuften und besonders von Reichswegen immer wieder gesteiften Ausgaben im Rahmen irgend erträglicher Steuerbelastung aufzuwarten — und besonders den durch das Dasein der Universität gegebenen potenzierten Anforderungen verschiedenster Art (und nicht zuletzt auf dem Gebiet des schwer beanspruchenden Schulwesens) könnten wir entfernt nicht gerecht werden.

Hochbauten

In einem allgemeinen Teil ist die Bautätigkeit der letzten 50 Jahre (auch auf hochbaulichem Gebiet) bereits umrissen. In Nachfolgendem möge noch Wuchs und Wesen der während dieser Zeit ausgeführten städtischen Hochbauten kurz dargelegt und ein generelles Bautenverzeichnis der rückliegenden Ära angegeschlossen werden.

Um- und Ausbau des Rathauses

Diesen Baugedanken hat bittere Not geboren.

Schon im Jahre 1898 wurde eine Summe von 60 000 Mark für den Zweck baldigen inneren Ausbaus des Rathauses „in die Obligationsschuld“ eingestellt. Die bauliche Verfassung des bestehenden Rathauses war allmählich unhaltbar geworden und elementare Rück-

sichten auf Gesundheit und Sicherheit und nicht minder auf das, was sauber und wohlstandig — verlangten immer dringlicher die Abhilfe. Die Treppen waren schlecht, die Aborte äußerst primitiv und gesundheitswidrig und am Haus zeigten sich starke Setzungen. Auch das Fehlen einer Zentralheizung machte sich unliebsam bemerkbar, ebenso der Umstand, daß mehrere Kanzleien, wie die des Hoch- u. Tiefbauamts, des Stadtvermessungsamts und der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung in einem anderen Gebäude — dem Kornhaus — untergebracht werden mußten. Die Bauaktion wurde immer wieder hinter noch Dringlicherem zurückgestellt. Aber im November 1906 beschloßen die Kollegien endgültig den Umbau und Ausbau des Rathauses mit einer ungefähren Voranschlagsumme von 140 000 Mark. Der Zeitpunkt wurde auch um deswillen also gewählt, weil kurz vorher mit dem Heimfall des städteigenen alten Landgerichts an die Stadt (in der Wilhelmstraße) die erwartete günstige Gelegenheit eintraf, während der Bauzeit die Kanzleilokale dort unterzubringen. Freilich die bekannte Ideenfruchtbarkeit Tübingens hat auch hier um jene Zeit ihre Auslese geboten und u. a. den unglaublichen Vorschlag eines Bürgers gezeitigt, „den alten Rathausbau als unwürdig und neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr entsprechend abzureißen und in neuem Gewand zu erstellen.“ Als Oberexperte für den Rathausumbau wurde Professor Schmol, der Direktor der Baugewerkschule in Stuttgart gewonnen. Von ihm rührt in der Hauptsache die Grundrißlösung und durchaus die Fassadengestaltung und die künstlerische Anordnung und Ausstattung der Gänge, Vorräume und Amtszimmer her. Die örtliche Bauleitung, die Anfertigung der Bau- und Werkzeichnungen und die Abrechnungsarbeit war Sache des städtischen Hochbauamts (Stadtbaumeister Geilsdörfer). Die Bauarbeiten setzten ein im April 1907. Die Einweihung konnte am 24. April 1909 mit einem Festakt im untern Rathausaal vollzogen werden. Der definitive Bauaufwand betrug einschließlich Mobilien 190 000 Mark. Vor dem Umbau und der Erweiterung besaß das Rathaus 12 Kanzleien, nachher 33, ungerechnet die Hausmeisterwohnung und die Räume für die Polizei. Innerhalb des alten Rathauses konnte durch bloße Aufdeckung von verborgenen Schönem mit geringen Mitteln teilweise große Wirkung erzielt werden. Und überhaupt hat sich damals, — nachdem es kurz zuvor gelungen war, eine schwere Gefahr, die diesbezüglich dem baulichen Rahmen des Marktplatzes gedroht, rasch und ohne viel Aufhebens abzuwenden, bei der Stadtverwaltung der Vorfall ge-

festigt, das von den Jahrhunderten ihr vererbte Bild des Rathauses mit der umgebenden Häuserreihe am Markt möglichst unverfehrt zu erhalten. „Mit der stolzen Pracht einiger Rathäuser in einstigen Reichsstädten des Landes kann und will unser bescheiden Haus nicht rivalisieren. Wohl aber stellen es seine schlichten Reize im Kranz der Altgetreuen am Markt vor manch prunkenden, hochragenden Tempel der Neuzeit, und Tübingens Bürger haben allen Grund, seinen Besitz als wahre Errungenschaft zu begrüßen. Möge nun das erneuerte Rathaus — der alte wesentliche Bau aus Eichstamm (vom Jahre 1435) und der neuere (An-) Bau aus Stein immer fester in Eins verwachsend unter des Allgütigen Schirm auch weiterhin der Jahrhunderte Lauf überdauern.“

Zu diesem seinem Wunsch konnte der Stadtvorstand bei der Einweihung noch abschließend die überraschende Mitteilung machen: „Der erste Beschluß der Stadtverwaltung, der in den neu restaurierten Räumen verkündet werden soll, ist der, daß die bürgerlichen Kollegien gestern Abend einen von mir vorgelegten Kaufvertrag genehmigt haben, nach welchem der ganze, dem Rathaus benachbarte Winterhalder'sche Gebäudekomplex im Meßgehalt von 5 a 14 qm um den Kaufpreis von 105 000 Mark an die Stadtgemeinde übergehen soll. Ausdrücklich sei konstatiert: Nicht weil irgend ein Bedürfnis für das Rathaus namentlich nicht ein solches räumlicher Natur in absehbarer Zeit hierfür vorlag, ist dieser Schritt getan worden, vielmehr zudem Zweck auch weitestgehenden Anforderungen der Vorsicht mit Bezug auf Erhalt des äußeren Charakters des Rathauses und seiner Umgebung und mit Bezug auf seine eventuelle Ausdehnungsmöglichkeit (auf lange Frist hin) Rechnung zu tragen und eine günstige Kaufsgelegenheit, die wahrscheinlich nicht mehr kam, nicht ungenützt verstreichen zu lassen.“

Das Gymnasium

war früher im städtischen Gebäudekomplex von Wilhelmstraße Nr. 1 untergebracht. Im Jahre 1897 stellten sich aber an diesem Bauwesen so bedeutende Schäden heraus, daß die Frage eines Neubaus, (auch wegen des fehlenden Saales für Zeichnen und naturwissenschaftlichen Unterricht), auf anderer Baustelle natürlich — um eine Neuaufführung auf diesem, erstlinig für Geschäftshäuser passenden Platz konnte es sich von vornherein nicht handeln — allen Ernstes zu erwägen war. Das Stadtbauamt fertigte Pläne zu einem Neubau auf einer Baupläche an der Uhländstraße an. Eingehende Beratung ergab die Zustimmung der bürgerlichen Kollegien und der damaligen Aufsichtsbehörde,

der Kultministerialabteilung für Gelehrten- und Realschulen hiezu; letztere bewilligte außerdem einen namhaften Beitrag. Für die architektonische Ausgestaltung des in so bevorzugtem landschaftlichem Rahmen gelegenen Neubaus wurde eine Stuttgarter Architektenfirma (Eisenlohr u. Weidle) beigezogen. Das 15-klassige Schulgebäude erhielt auf seiner westlichen Seite noch eine selbständige Turnhalle. Beide Gebäude erforderten einen Aufwand von 245 158 Mark. Im September 1901 konnte die Bauanlage eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben werden. Das alte Gymnasialgebäude ist das heutige Kaufhaus Schimpf.

bau auf das jetzt schon fast allzu hohe Gebäude nicht in Frage kommen konnte, so lag der Gedanke nahe, die Realschule durch einen Anbau gegen Osten hin in den Bereich des Kameralamts hinein zu vergrößern. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem Fiskus, im Jahre 1904 angebahnt, wurden 1905, als das neue Justizgebäude bezogen und das städteigene alte Landgerichtsgebäude an der Wilhelmstraße der Stadt wieder heimgefallen war, nochmals energisch betrieben. Jedoch hat die damalige Kgl. Domänenverwaltung das gemeindliche Gesuch, das Kameralamtsgebäude gegen das alte Landgericht zu vertauschen, im Frühjahr 1906 endgültig



Modell der neuen Sammelschule

Die Realschule

wurde im Jahre 1823 eröffnet. Die nötigen Schulzimmer fand sie zunächst im Kornhaus, dann in dem später abgebrochenen Mädchenschulgebäude auf der Südseite der Stiftskirche, schließlich nach dem Auszug des Gymnasiums in der anatolischen Schule. Schon 1877 mußte dieses für die rasch wachsende Realschule unzulänglich gewordene Gebäude durch einen Anbau (nach Westen) enthaltend 6 Klassenäle und die Schuldienerwohnung, mit einem Kostenaufwand von 50 000 Mark vergrößert werden. Auf diese Weise entstand eine Baugruppe mit beherrschender Lage im Stadtbild.

Im Jahre 1905 beschäftigte sich die Stadt lebhafter mit dem Plan, die Realschule in eine Vollanstalt, in eine

Oberrealschule

umzubauen. Aber die vorhandenen Räume waren selbst für den bestehenden Umfang der Schule in verschiedener Beziehung unzulänglich. Und da ein Auf-

trag abgelehnt. So mußte wohl oder übel um einen andern Platz sich bemüht werden, da auch das alte Landgerichtsgebäude, weil hiefür ungünstig gelegen und aus Fachwerk (mit unverhältnismäßig teurem Einbau) auszuscheiden hatte, und man beschloß, die neue Oberrealschule in der verlängerten Uhländstraße, westlich vom Gymnasium anzusiedeln. Das hiefür verfügbare Areal war freilich durch den Lauf des damaligen Mühlbachs noch arg zerschnitten und ein genügend großer Platz ließ erst im Zusammenhang mit der gerade um jene Zeit ausgeführten Korrektur des Mühlbachs und mit der Schaffung der Seeanlage sich finden.

Um einen modernsten Anforderungen an ein Schulgebäude entsprechenden Bauentwurf zu bekommen hat dann die Stadt einen Wettbewerb unter den Architekten Württembergs veranstaltet, nachdem über Raumbedarf, Unterlagen für den Wettbewerb usw. zuvor

ein führender Baukünstler Süddeutschlands, Professor Theodor Fischer (später dann auch Preisrichter) gut-
ächtlich gehört worden war. Der Wettbewerb brachte
je einen zweiten Preis den Architekten Elsäßer und
Friedrich Müller in Stuttgart. Die weitere Planung
und Umarbeitung — letztere war schon deshalb nötig,
weil die im Bauprogramm anfänglich enthaltene Ab-
sicht eines späteren Umbaus (für eine gewerbliche Fort-
bildungsschule) wieder aufgegeben war —, übernahm
Architekt Elsäßer ein geborener Tübinger; die Bauaus-
führung besorgte das städtische Hochbauamt. Im Sep-
tember 1908 wurde mit den bezüglich der Fundation
nicht ungeschwerigen Bauarbeiten begonnen. Die Ein-
weihung der neuen Schule, mit einem Baukostenbelang
von 253 421 Mark, konnte im Mai 1910 stattfinden
und damit der Auszug aus dem alten Realschulgebäude
am Schulberg.

So präsentierte sich nun dieser Schul-
hausneubau der Stadt Tübingen mit
seinen 17 Klassen-, Chemie- und Physik-
räumen, Zeichenfälen, dem vornehm aus-
gestatteten Rektorats- und Konventzim-
mer usw. als eine gut gruppierte, mit
verhältnismäßig einfachen Mitteln in
Burgarchitektur durchgeführte Anlage,
im Alleentrevier am sogen. Flutkanal
prächtig gelegen und ein- und unterge-
ordnet den im Hintergrund hochragen-
den Baumassen des Schlosses Hohen-
tübinger.

Wie bereits erwähnt, war ursprünglich geplant, die
seit her bestandene, allmählich unzulänglich unterge-
brachte gewerbliche Fortbildungsschule als

Gewerbe- und Handelsschule

dem Neubau der Oberrealschule anzugliedern oder ihm
die von der Realschule nach Bezug des neuen Oberreal-
schulgebäudes verlassenen Räume am Schulberg zuzu-
weisen. Beides wurde wieder aufgegeben und es
wurde in richtiger Erkenntnis der Sachlage (nach
Schaffung eines neuen städtischen Bauhofs am Schleif-
mühlweg) der Um- und Einbau des zentral gelegenen
alten Stadtmagazins an der Schmiedtorstraße und
Bachgasse mit seiner reizvollen Holzarchitektur für
Zwecke der Gewerbe- und Handelsschule ins Auge ge-
faßt. Solches entsprach auch einem Gesamtplan, den
die Stadtgemeinde über den allmählichen Ausbau des
alten Spitals und der um den Spitalhof herumgela-
gerten Gebäude zu dieser Zeit von Professor (Direktor
der Baugewerkschule) Schmohl in Stuttgart sich hatte
ausarbeiten lassen. Der Einbau der Gewerbe- und

Handelsschule in das alte Stadtmagazin wurde dann
im Jahre 1910 unter Leitung des Stadtbauamts mit
einem Aufwand von 49 019 Mark perfekt. Dieser Ein-
bau bestand im Wesentlichen aus dem Einbringen
neuer Wände unter Beibehalt der konstruktiv notwen-
digen Holzbinder, so daß das wichtige, interessante alte
Holzsachwerk sowohl im Innern als am Außen, wo
es verputzt war, zu voller Wirkung gelangte. Der
mächtige Bau mit seinen vier übereinanderliegenden
Dachräumen hat dadurch gerade für Gewerbeschul-
zwecke eine besonders passende Verwendung bekom-
men. Eine Restaurierung am Außen wurde dieses
Frühjahr erneut vorgenommen.

Was nun die Ende der 90er Jahre ins Leben ge-
tretene

höhere Töchterchule heute sogenannte Mädchenschule

anbelangt, so wurden hier neben dem ursprünglichen
Gebäude in der Münzgasse und dem Kornhaus noch
die Alt-Räume der Realschule am Schulberg (nach
Fertigstellung der neuen Oberrealschule) zur Verfüg-
ung gestellt. Trotzdem zeigte sich auch hier bald erheb-
liche Raumnot und schien Abhilfe nur mittels Neubau
ermöglicht.

Freilich so einfach sollte die Sache in diesem Fall
nicht gehen. Ein Bedürfnis war zwar allgemein an-
erkannt, ja es waren bereits namhafte Geldbeträge für
die Ausführung angesammelt; da brach der unglück-
liche Weltkrieg aus und auch nach Beendigung dessel-
ben wurden Schulbaufragen begreiflicher Weise hinter
anderen dringlicheren Dingen — beispielsweise Hebung
der Wohnungsnot usw. — vorerst zurückgedrängt. Und
man mußte sich weiter damit behelfen, der Mädchen-
realschule in verschiedenen Gebäuden immer wieder
andere Räume zuzuweisen. Der Betrieb der Schule
wurde dadurch am Ende auf nicht weniger als vier
Gebäude verzettelt, denn als Turnraum diente der
Rittersaal vom Schloß Hohentübinger, was für Leh-
rer und Schüler allmählich unhaltbare Zustände ergab.
Im Jahre 1925 hat sich daher der Gemeinderat mit
der Frage der Erstellung einer neuen Mäd-
chenrealschule nebst Turnhalle wiederholt und
eindringlich befaßt. Bezüglich der Platzfrage war schon
vor dem Kriege bei der damaligen Domänendirektion
mehrfach versucht worden, (ähnlich wie früher bei der
Realschule) das Kameralamtsgebäude am Schulberg
zum Zwecke der Erstellung eines Schulneubaus — mit
Einbezug des benachbarten stadteigenen Realschul-Ge-
bäudes — zu erhalten und mehrere Entwürfe waren
vom Hochbauamt fertiggestellt. Doch gelang es der
Stadt auch für diesen Zweck nicht — trotz hervorragen-

der Eignung der erstrebten Grundfläche hierfür — beim
Staat durchzudringen. Und als nach Kriegschluß —
unter allerdings total gewandelten Verhältnissen
(Reichsfinanzbehörden) — der Sturm auf das alte
Kameralamt (um nichts zu versäumen) noch einmal
versucht wurde, blieb auch dieser letzte Versuch leider
erfolglos. So mußte man geeignete neue Baustel-
len ausfindig machen. Die Wahl fiel auf das städti-
sche Gelände an der verlängerten Uhlstraße und
der neuen Derendinger-Allee mit westlichem An-
schluß an den Herrenberger Bahndamm (früher Schü-
lerplatz).

Vom städtischen Hochbauamt ausgearbeitete Pläne
und Kostenvoranschläge wurden gebilligt und der Auf-
sichtsbehörde, sowie einem technischen Oberexperten
(Prof. Schmohl) zur Begutachtung übermittelt. Die
Gutachten sind günstig ausgefallen, so daß schon um
deswillen keine Veranlassung vorlag, von den Plänen
des städtischen Baumeisters abzuweichen und einen
von dieser oder jener Seite gewünschten Wettbewerb
einzuleiten. Den endgültigen Beschluß über den Zeit-
punkt der Bauausführung hat der Gemeinderat frei-
lich zunächst noch insoweit zurückgestellt, bis hiezu ein
in finanzieller Beziehung halbwegs tragbares Funda-
ment vorlag. Und in der Zwischenzeit hat man sich
dahin besonnen (um das ganze Unternehmen unter
verschiedenem Betracht noch befriedigender zu gestal-
ten), den Schulhausbau auch noch für
Zwecke der Volksschule heranzuziehen. Dem Hochbauamt gelang eine Lösung ohne Aende-
rung der Grundform (im Wesentlichen durch Ausbau
des Dachgeschosses des Hauptbaukörpers etc.) und der
den Charakter einer „Sammelschule“ tragende Bau-
entwurf umfaßte nun 23 Klassenfäle, Handarbeits-,
Zeichen- und Werkfäle, Physik- und Chemieräume usw.
und eine außergewöhnlich große, zugleich als Festaal
benutzbare Turnhalle. Nachdem mit diesem also er-
weiterten Schulbauprojekt (mit Turnhalle) auch die zu-
ständige Oberschulbehörde sich einverstanden erklärt
und das Kultministerium eine angemessene Staatsbei-
hilfe in Aussicht gestellt hatte, erfolgte am 2. August
1926 gemeindlicherseits die endgültige Beschlußfal-
lung und die Genehmigung zum sofortigen Beginn der
Bauarbeiten. Schon am 23. August 1926 konnten die
Rohbauarbeiten vergeben werden und Anfangs Sep-
tember erfolgte der erste Spatenstich. Trotz längere
Zeit hindurch ungünstigen Wetters gelang die Fer-
tigstellung des Rohbaus im Monat April 1927, und
wird es voraussichtlich möglich sein den Schulhausbau
bis Spätherbst ds. Js. bezugsfertig zum Austrag zu
bringen. Der Voranschlag für diesen Neubau beträgt

470 000 Mk. In einem Teil der freierwerbenden Altschul-
häuser werden voraussichtlich Familienwohnungen
eingebaut werden.

Im Jahre 1879 hat sich die Stadtgemeinde entschlo-
sen — unter Aufbringung großer Opfer ein neues,
allen Anforderungen der damaligen Zeit gerecht wer-
dendes

Mädchenvolksschulgebäude

an der Grabenstraße zu errichten. Mit seinen 8 Klas-
senfälen ist dieser allerdings in Fachwerksbauweise mit
äußerer Verblendung durchgeführte Schulbau ein recht
stättliches Bauwesen, das im Jahre 1882 bezogen wor-
den ist und einen Gesamtaufwand von 50 655 Mk. er-
fordert hat. Im Lauf der Jahre wurde die Trennung
der Mädchenschule in eine höhere (A Klassen-) und eine
niedere Abteilung angebahnt. Die eigentliche Reform
des Mädchenschulwesens und die Eröffnung der städt.
höheren Mädchenschule kam jedoch erst im Jahr 1895-
96 zu Stande und damit die räumliche Abtrennung der
neuen Schulgattung (vornehmlich Gebäude der Münz-
gasse). 1905 wurde das Mädchenvolksschulgebäude um
ein Stockwerk erhöht und auf die Klassenzahl 12 gebracht.

In den Jahren 1891/92 erfolgte sodann die Erstel-
lung eines (größereren)

Knabenvolksschulgebäudes

Der sehr geräumige Neubau, der auf 92 829 Mk. zu-
stehen kam, wurde damals nach den Plänen des Stadt-
bauamts und unter dessen Leitung an der Ecke Kellern-
und Belthlestraße ausgeführt. Das dreistöckige, in den
zwei oberen Stockwerken in Fachwerk ausgeführte
Haus mit Außenverblendung, klarem Grundriß und
direkt anschließendem besonderen Abortgebäude weist
acht reichlich große und gut belichtete Klassenzäle sowie
eine Hausmeisterwohnung im Erdgeschoß auf, ferner
eine für die damaligen Verhältnisse geräumige Turn-
halle. Vor einigen Jahren wurde der Turn- und
Spielplatz östlicherseits nicht unwesentlich vergrößert
und ein weiteres Klassenzimmer (früher Lokal des
Knabenorts) eingebaut.

Im Betreff:

Katholisches Volksschulwesen

stand die Stadtverwaltung im Jahre 1902 vor der Not-
lage, infolge der bedeutend angewachsenen Besuchszif-
fer der vorausgegangenen Jahre weitere Schulräume
zu beschaffen. Nun befand sich aber das Schulgebäude
in der Grabenstraße samt Garten- und Spielplatz da-
mals noch im Besitz der katholischen Kirchenpflege und
war das Rechtsverhältnis nach Ablösung der früher
bestandene freien Konfessionschule seitens der poli-
tischen Gemeinde — durch einen Vertrag vom Jahre
1882 geregelt worden.

Die beste Lösung für Deckung des Raumbedarfs war nun folgende: Erstellung eines entsprechenden Erweiterungs- bzw. Anbaus an das Altgebäude — auf der östlichen Seite — und überhaupt rechtliche Neuordnung der Eigentumsverhältnisse.

Auf Antrag der Stadt gelang es denn auch, vom kath. Kirchenstiftungsrat das ganze Schulgebäude samt Zubehörden und einschließlich Grund und Boden (früher gemeindlicherseits kostenlos überlassen) um den Preis von 15 000 Mark zu erwerben.

So wurde dann im Jahre 1903 der Anbau durchgeführt und wurden vier neue Schulräume gewonnen. Der ganze (nun durchaus städtische) Komplex stellte damit ein hübsches 2stöckiges außen verblendetes Schulgebäude dar, dem man inzwischen noch ein Zimmer für Handarbeiten und (im Jahre 1925) ein weiteres 7. Klassentotal durch Vergrößerung gegen die hintere Grabenstraße angegliedert hat.

Die Kosten des Anbaus im Jahre 1903 betragen 26 055 M., so daß die Gemeinde unter Hinzurechnung des Kaufpreises für das ursprüngliche Gebäude und der weiteren Vergrößerungen ungefähr 50 000 Mark aufgewendet hat.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang

das alte Kornhaus

an der Kornhausstraße. Im Jahre 1903 wurde es umgebaut, um neben Kanzleien für das Stadtbauamt und die Stadtgeometerstelle Schul- und Zeichensäle abzugeben und der Generalzufluchtsort zu werden — für alle im Gemeindehaushalt auftauchenden und sonst nicht sofort zu befriedigenden Raumbedürfnisse — der es in der Tat bis zur Stunde gewesen ist.

An Neu- und Umbauten auf anderen Feldern des Gemeinwesens sind nachfolgende zu benennen:

Wahlabbad

(siehe besonderen Beschrieb an anderer Stelle).

Der sogenannte

Bauhof

wurde im Jahre 1909 am Schleifmühlweg mit einem Aufwand von 43 646 M. erbaut, da das alte Stadtmagazin nach Lage und Einrichtung neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen war. Er besteht aus einem Wohnhaus für den Bauhofaufseher, einigen größeren Wagen- und Gerätehallen und einem Magazinsgebäude, dem man nach dem Kriege noch ein Werkstatanwesen angegliedert hat. Die vom städt. Tiefbauamt praktisch und zweckmäßig durchgeführte Bauhofanlage ist sodann noch durch einen Eisenbetonsteg über die Herrenberger Bahn hinweg mit einem größeren Lagerplatz mit Gleisanschluß verbunden.

Unter den Hochbauten der technischen Werke der Stadt — in den rückliegenden Jahrzehnten hauptsächlich erstellt — röhieren ihrer Bedeutung nach das Zentralgebäude des

Elektrizitätswerks

an der hinteren Grabenstraße. Es gelang (im Jahr 1902) den Baukomplex in einer für den Betrieb äußerst vorteilhaften Lage mitten in der Altstadt zu situieren. Später wurden noch einige Erweiterungsbauten vorgenommen.

Im Jahr 1903 ist dann (behufs ungehinderter Nutzung der vorhandenen oberen Wasserkraft des Mühlkanals) an der werdenden Mühlstraße ein massives, sehr wertvolles Wohn- und Geschäftshaus auf Rechnung des Elektrizitätswerks errichtet worden (nach Plänen und unter der Leitung des Stadtbauamts). Seine Räume sind im Wesentlichen (namentlich im Parterre) für Geschäftszwecke vermietet, können aber jederzeit für den Eigenbedarf (als Ausstellungsalon etc.) in Betracht kommen. Anlässlich der Deckkorrektur und der Herstellung des Stauwehres wurden sodann im Jahr 1910/11 beim Stauwehr (an der Brückenstraße) mehrere Hochbauten für das

Kraftwerk I

errichtet, (nach Plänen des Tiefbauamts) bestehend in einem Wohngebäude für die Betriebsleitung des Elektrizitätswerks, einem großen Maschinenhaus und einem Bedienungshäuschen für das Walzenwehr. 1921 hat sich der Bestand durch einen Hochbau zur Aufnahme einer Sauggasanlage erweitert.

Nicht zu vergessen — eine Reihe von Transformator- und Umformerstationen; kleine Bauwesen, die schlicht und zweckentsprechend in das jeweilige Landschaftsbild eingefügt und teils während des Kriegs, teils im Jahre 1925/1926 an der Peripherie der Stadt auf Kosten des Elektrizitätswerks vom Hochbauamt erstellt worden sind.

Im Jahr 1908 unternahm die Stadtgemeinde die Errichtung eines

neuen Gaswerks im sog. Eisenhut.

nach Plänen des damaligen Stadtbauamts. Die alte Gasfabrik wurde abgebrochen und das Gelände zur Erstellung von mehrgeschossigen Wohnbauten an der Ulrich-, Christoph- und Neutlingerstraße an Private verkauft. Die Neuanlage im Eisenhut umfaßte eine ganze Reihe von einschlägigen Werksgebäuden — neben einem Haus für Wohn- und Bürozwede. Im Jahr 1925 wurde der Betrieb durch maschinelle Einrichtungen und im Zusammenhang damit durch Ein- und Erweiterungsbauten modernisiert.

Unter den — in den letzten Jahrzehnten verwirklichten — Hochbauten der **Ortsarmen- und Stiftungspflege und der Friedhofsverwaltung**, steht voran die **Spitalhofanlage**. Das heißt — der allmähliche Um- und Ausbau des Spitals und der den Spitalhof einschließenden Bauwesen. Einen generellen Plan hiezu hat ein auswärtiger Baukünstler (Prof. Schmohl) aufgestellt. In diesem Plan war eine ganz wesentliche Umgestaltung des an das Stadtmagazin anstoßenden Spitalgebäudes und dann die Niederlegung des dem Stadtmagazin vorgelagerten sogen. „Fruchtkastens“ vorgesehen. Das Stadtmagazin sollte (wie dann durchgeführt und schon vorn vermerkt wurde) die Gewerbe- und Handelsschule aufnehmen. Das Spitalgebäude selbst sollte in ein Krankenhaus umgewandelt und das Industriegebäude weiteren Schulzwecken dienlich gemacht werden. Die sogen. Spitalscheuer sollte, ihres seitherigen Zwecks entkleidet, größere Dachaufbauten erhalten. Die Heizung aller Gebäude war von einer Zentrale vom Krankenhaus aus projektiert. Die Gemeindevorwaltung war sich bald darüber klar, daß die Sache also inszeniert werden müsse. Und gleichzeitig mit dem Einbau der Gewerbe- und Handelsschule wurde dann auch (im Jahre 1910) der Umbau des alten Spitals in ein

städtisches Krankenhaus

vorgenommen, eine Aktion, die möglichst beibehaltend die alten konstruktiven Teile im Innern auch die bauliche Außengestalt (in Putzmanier) unaufdringlich in das Straßenbild der Altstadt eingefügt hat.

Mit dem vorläufigen Eingehen des städtischen Krankenhausbetriebs im Jahre 1924 erfolgte die Umwandlung in ein Bürgerheim (Pflegeanstalt), die mit verhältnismäßig geringen Mitteln vom Hochbauamt bewerkstelligt wurde.

Im Zusammenhang damit wurde dann auch (innerhalb des Komplexes) das Gebäude der früheren Arbeitsschule (neben dem Ammerkanal) zum Verwaltungsgebäude der Stiftungs- und Armenpflege mit bescheidenem Aufwand gestempelt. Die leerstehende Spitalscheuer erhielt im Jahre 1912 einen Ein- und Umbau und schloß in den verschiedenen Stockwerken u. a. in sich — außer den Kellerräumlichkeiten (für den Haushalt des Krankenhauses) eine Leichenhalle mit Seziersraum, Räume für einen hauswirtschaftlichen Fortbildungsunterricht, größere Kanzleilokale für die Bezirkskrankenliste und Abteile für eine Kinderkrippe (jetzt Kanzleien für das später neu geschaffene Wohlfahrts- und Jugendamt).

Auch das

„alte Gutleuthaus“

an der Lustnauer Allee ist vom Wandel der Zeit nicht verschont geblieben. Schon im Jahr 1895 wurde im Gutleuthaushof, entlang dem Siechenbach, ein Nebengebäude neu erstellt. 1910 ist dann das Hauptanwesen selbst (unter Ueberwindung vieler Schwierigkeiten in konstruktiver und technischer Hinsicht) einem größeren Um- und Einbau unterzogen worden. Im Innern des Hauses war eine vollständige Neuerteilung der Räume durchzuführen und nach Außen ein neues Stockwerk aufzusetzen, das in Form umfänglicher, aber ruhig gehaltener Dachaufbauten einheitlich u. unauffällig der umgebenden Landschaft sich anpaßt.

Im Bereich des Friedhofs und seiner baulichen Ordnung ist ebenfalls manches geschehen und Etliches und Größeres harri noch baldigster Lösung.

Im Jahre 1894 wurde eine Friedhofskapelle erstellt. Die Friedhofwege wurden in durchweg guten Zustand versetzt und das ganze Revier mit Brunnen, Alleenbäumen, Ziersträuchern aller Art ausgestattet.

Bei Ausbruch des Krieges sah die Stadt sich genötigt, einen Teil des Friedhofs für Kriegergräber in Anspruch zu nehmen. Der Friedhof selbst erfuhr im Jahr 1918 eine (möglichste) Erweiterung gegen Westen und ebenso gegen Nordosten.

Im Jahre 1921 hat das Hochbauamt die definitive Ausgestaltung des

Kriegerfriedhofs mit Kriegerdenkmal

vorgenommen — nach Mahgabe eines von ihm ausgearbeiteten Entwurfs, der im Jahre 1916 von einer vom Ministerium des Innern eingesetzten Künstlerkommission gutgeheißen worden war. Im Oktober 1921 fand die feierliche Einweihung der (durchaus gelungenen) Anlage statt (unter Teilnahme weitester Kreise der Einwohnerschaft).

In diesem Friedhof sind beerdigt: 245 Deutsche, 12 Franzosen, 1 Engländer und 4 Russen (Engländer und Franzosen wurden übrigens in den letzten Jahren wieder ausgegraben und überführt). Das Kriegerdenkmal in Muschelschale stellt im Wesentlichen eine architektonisch ausgebildete Wand dar mit einfacher figürlicher Plastik und mit der Aufschrift:

„Den Helden des Weltkrieges 1914/18“.

Ueber Lage und Charakter eines nicht mehr zu umgehenden Neu-Friedhofs sind schon während des Krieges Untersuchungen angestellt worden, insbesondere darüber, ob nicht ein Waldfriedhof in Betracht kommen könnte. Doch ist man im Benehmen mit einer Vertretung der staatl. Denkmalpflege von dieser Idee

wieder abgekommen — und sucht nun konkreter — in Verbindung mit dem Bauplan im Galgenberg eine wohl passendere Lösung.

Zur Milderung und Behebung der (durch den Krieg veranlaßten)

Wohnungsnot

hat die Stadtgemeinde frühzeitig die nötigen Schritte unternommen. Im Jahre 1917 sind in Rücksicht auf die Bereitstellung ausreichender Studenten- und Familienwohnungen für die Nachkriegszeit von Mitgliedern der bürgerl. Kollegien (unter Führung von Stadtbaumeister Haug) Umgänge in allen hiesigen Gebäuden vorgenommen worden. Dabei wurden besondere Listen (über Studentenzimmer und Familienwohnungen) aufgestellt, um eben in Erwartung eines gewissen Wohnungsmangels solchermaßen vorbereitet zu sein. Außerdem wurden vorsorglicher Weise für eine größere Anzahl eventuell zu erstellender Wohnungsbauten die nötigen, öffentlich bewirtschafteten Baustoffe bei der damaligen Kriegsbedarf- und Rohstoffstelle angemeldet. Das Kriegsende und der Anfang des Jahres 1919 fanden daher die Stadt in einer Bereitschaftsstellung wenigstens bezüglich der Studentenwohnungen (und auch eine ad hoc eingerichtete Altmöbelstelle half mit, minderbemittelten Kriegsteilnehmern und Kriegsgetrauten billige Möbel zu vermitteln.)

Der Mangel an Familienwohnungen erforderte aber trotz aller Vorkehrung — angesichts des fast gänzlichen Versagens der privaten Bauenergie nach dem Krieg — die besondere praktische Fürsorge der Stadt. Da die Baustoffnot vom Frühjahr 1919 überaus hemmend wirkte, mußte man zunächst bestrebt sein, dem Mangel an Familienwohnungen durch Einbau von Wohnungen in vorhandene Häuser und durch Ankauf und Aufstellung von Baracken abzuhelfen. So wurden im Jahr 1919 6 Militärbaracken angekauft und in kürzester Zeit in Wohnbaracken für 14 Familien umgewandelt. Daneben wurden, wo immer es zugänglich erschien, Wohnungseinbauten in städtischen (Schul-) Gebäuden (und privaten Gebäuden) durchgeführt. Besonders lohnend erschien der Einbau der alten Infanteriekaserne, die ihrer eigentlichen Bestimmung bereits entzogen war und im wesentlichen den Arbeiter- und Soldatenrat beherbergt hat. Im Einvernehmen mit dem damaligen Kriegsministerium bezw. mit dem Reichsfiskus gelang es der Stadt, 47 Familienwohnungen (2, 3 und 4-Zimmerwohnungen mit Zubehör) in diese Kaserne einzubauen und schon Ende des Jahres 1919 bezugsfertig zur Verfügung zu stellen. Insgesamt konnten auf diese Art schon im ersten Nach-

kriegsjahr (mit Baukostenzuschüssen von Reich und Staat) 72 Familienwohnungen beschafft werden. Das Jahr 1920 brachte wiederholte Unterfuchungen und Darlegungen wegen raschen und zweckmäßigen Wohnungsbaus. Ein Referat des Vorstands unseres Hochbauamts über Wohnungsbau, alte und neue Bauweise, über Wohnungsform, Arten von Kleinwohnungsbauten usw., belegt mit Plänen und Kostenvoranschlägen, bewirkte den gemeindlichen Beschluß, ein Reihenhäuser mit 8 Dreizimmerwohnungen an der Katharinenstraße und ein solches mit 12 Zweizimmerwohnungen am Schleifmühlweg zu erstellen.

Das Einbauen städtischer und privater Gebäude wurde fortgesetzt und auch erreicht, daß in großen privaten Einfamilienhäusern noch verschiedentlich Räume für kleinere Familienwohnungen frei gemacht wurden. Das Resultat im Jahr 1920: Neuschaffung von 53 Familienwohnungen.

Im Jahre 1921 setzte glücklicherweise die private Bautätigkeit wieder ein. Die Baustoffe waren wieder eher erhältlich — und die Stadtgemeinde nützte die Situation dazu, die private Bautätigkeit erneut anzufachen — durch Abgabe von billigstem (bei dem damaligen Geldwert fast kostenlosen) Bauareal im erschlossenen Gelände und durch Reihung nieder verzinslicher Darlehen. Ihres besonderen Wohlwollens hatten sich dabei zu erfreuen — die zahlreichen Heimstädtendoppelhäuser an der Eberhard-, Militär- und Mathildenstraße etc. und die (Knecht'schen) Ambihäuser an der Katharinenstraße. Die Stadt selbst konnte so ihr Bauprogramm etwas zurückschneiden entsprechend ihrer in diesen Jahren und bis zur Stunde beobachteten Taktik, bei starkem Einsatz privater Bautätigkeit, die überhaupt erstlingig zu fördern ist, mit Eigenbauten zurückzuhalten — und umgekehrt. Sie verlegte sich jetzt nur noch auf die Erstellung von Dreizimmerwohnungen mit Zubehör, nach denen hierorts die weitaus größte Nachfrage bestand und noch besteht. Man wurde schlüssig, einige Wohngebäude nach dem vom städtischen Hochbauamt entworfenen 2- bzw. 3-stöckigen Doppelhaustyp zu erstellen (weil leichter verkäuflich und auch sonst begehrter), in den nächsten Jahren also fortzuführen und hierfür u. a. städtisches Gelände (und zwar noch vorhandenes Baugelände innerhalb der Wohnzone) heranzuziehen. Dies führt in den Jahren 1921/25 zur Errichtung von zwei Vierfamilienhäusern und einem Sechsfamilienhaus an der Militärstraße, zwei Vierfamilienhäusern an der Paulinenstraße, zu je einem Sechsfamilienhaus an der Kaserne- und Hauserstraße und zu

einem Einfamilien Doppelhaus an der Biererstraße (die letztere stellte eine besondere Bauaktion, mit der Landesversicherungsanstalt zusammenhängend, dar). Diese städtischen zwei- bzw. dreistöckigen Doppelwohnhäuser sind schlicht gehaltene verblendete Fachwerkhäuser mit einfachem, klarem Grundriß. Zu jeder Wohnung gehört ein Gartenteil. — Nebenher ging das Freimachen von Familienwohnungen in privaten Gebäuden weiter. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt und auf städtischem Baugrund — an der Bismarck-, Hermann-Kurz-, Waldhäuser- und Reutlingerstraße u. a. — wurde (wie an anderer Stelle gezeigt) auch von Privaten in den letzten Jahren lebhaft gebaut und auch die Staatsfinanzverwaltung rückte erfreulicher Weise mit großen Beamtenwohngebäuden an der Hauser-, Melancthon- und Brunsstraße auf den Plan — gemeindlicherseits unterstützt in der Erschließung des resp. Geländes.

Heute ist die Wohnungsnot am hiesigen Platze bezüglich der Vier- und Mehrzimmerwohnungen in der Hauptsache gedeckt. Es fehlt nur noch an kleineren Zwei- und Dreizimmerwohnungen, von deren Beschaffung der private Wohnungsbau aus wirtschaftlichen Gründen kein Freund ist. Deshalb ist die Stadtgemeinde gewillt, sich allmählich von der Reihung der Baudarlehen wieder abzuwenden und die verfügbaren Mittel noch mehr zum Eigenbau von Kleinwohnungen, im wesentlichen von Dreizimmerwohnungen einzusetzen. Der Anfang ist schon gemacht mit der Erstellung eines Zweifamilienreihenhauses und zwar an der Schaffhausenstraße in unmittelbarer Nähe des Güterbahnhofs, wo auch in städtebaulicher Hinsicht ein Wohnquartier mit möglichst geschlossener Häuserfront am vorteilhaftesten sich ausnimmt. Im Bedarfsfall soll noch das eine oder andere Haus dortselbst nachfolgen. Auch will man mit dem Termin des Bezugs der neuen Mädchenrealschule in einem Teil der Althäuser dieser Schule weitere Wohnungen einrichten.

Tübinger Bautätigkeit Hochbau von 1877 bis 1927

Umbauten, sowie kleinere Umbauten und Nebenbauten landwirtschaftlicher und industrieller Natur sind hiebei nicht aufgeführt (zusammengestellt von Vermessungsrat Ritter).

Jahrgang 1877.

Wirt Pfisterer, Wohnhaus und Regelbahn, Neckarhalde 40a.
Herm. Nisch, Kfm., Wohnhaus, Herrenbergerstraße 26
Oskar Ferdinand Schmid, Wohnhaus, Hintere Grabenstraße 5
Ballmeister Keller, Wohnhaus, Hint. Grabenstr. 1 u. 3
Berkmeister Vetsche, Wohnhaus, Breuningstraße 3/1
Georg Grüninger, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Reutstadtgasse 1
Hopfenhändler Hermann, Magazingebäude, Steinlachstraße 1
Küfer Wagner, Wohnhaus, Jakobsgasse 18
Johannes Kost, Wohnhaus, Jakobsgasse 20

Gottlieb Schmid, Wohnhaus, Jakobsgasse 22
Gottlieb Wilh. Holoch, Wohnhaus, Jakobsgasse 24
Jakob Brodbeck, Wohnhaus, Belthlestraße 3
Gottlieb Schmid, Wohnhaus, Belthlestraße 5
Joh. Gottl. Haarer, Wohnhaus, Belthlestraße 7
Berkmeister Vetsche, Wohnhaus, Haaggasse 10
Jakob Friedr. Dannemann, Maurer, Wohnhaus, Belthlestraße 10
Stadtgemeinde, Wasserwerksgebäude, Hechingerstr. 35
Berkmeister Vetsche, Wohnhaus, Neckarhalde 19
Steinhilber u. Strauß, Wohnhaus, Belthlestraße 9
Clemens u. Decker, die ersten Ziegeleigebäude im Gaisweg
Stadtgemeinde, Erweiterung des Gaswerks, Reutlingerstr. 10
Clemens u. Decker, die ersten 2 Ziegeleigebäude im Gaisweg
Stadtgemeinde, Realschulambau, Schulberg 8a

Jahrgang 1878.

Kameralamt Tübingen, Kanzlergebäude, Wilhelmstraße 11
 — — Univ.-Turnhalle, Wilhelmstraße 34
 — — Mediz. Klinik und Dampfesselhaus, (Hölderlinstraße 33 u. 33a) jetzt Ostanderstraße
 Wägenbaur u. Brösamle, Wohnhaus, Steinlachstr. 7
 Joh. Friedr. Maier, Wohnhaus, Belthlestraße 11
 Bauunternehmer Steinhilber, Wohnhaus, Belthlestr. 13
 Paul Weigel, Dekonom, Wohnhaus und Scheuer (Anker), Belthlestraße 15
 Werkmeister Kätein, Wohnhaus, Christoffstraße 12
 Ferdinand Forstbauer, Wohnhaus, Hirschauerstr. 5
 Werkmeister Lettche, Wohnhaus, Derendingerstr. 20
 Paul Friedrich Eberle, Bäcker, Wohnhaus, Belthlestraße 17
 Karl Latus, Wohnhaus, Dedenburg (spät. abgebrannt)
 Johannes Schmid, Wohnhausanbau, Frondsbergstr. 1
 Oberamtmann Rominger, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 17
 Färber Hiller, Wohnhaus, Rappstraße 3
 Gebrüder Liebmann, Wohnhaus und Scheuer, Hechingerstraße 9
 Wägenbaur u. Brösamle, Doppelwohnhaus, Hechingerstraße 1 u. 3
 Clemens u. Decker, Doppelwohnhaus, Herrenbergerstraße 33 u. 35
 Clemens u. Decker, Wohnhaus, Herrenbergerstr. 37
 Oberamtsrichter Kießling We., Wohnanbau, Herrenbergerstraße 5
 Rotgerber Bauer, Wohnhaus, beim Nonnenhaus 8
 Küfer Müller, Scheuer, Mauerstraße 12
 Paul Sinner, Photograph, Wohnhaus (Sennhütte), Desterberg

Jahrgang 1879.

Oberförster Jäger, Wohnhaus, Desterbergstraße 2
 Ernst Rudolf Mang, Wgtr., Wohnhaus, Mauerstr. 14
 Malermeister Binder, Wohnhaus, Kasernenstr. 15
 Werkmeister Kolb, Wohnhaus, Herrenbergerstr. 30
 Friedrich Sinner, Wgtr., Wohnhaus, Madergasse 10
 Kaufmann Stahl, Wohnhaus, Neckarhalde 66
 Landgerichtsrat Bienz, Wohnhaus, Neckarhalde 68
 Christian Gugel, Wgtr., Wohnhaus, Mauerstraße 16
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Mauerstraße 18
 Bauunternehmer Belfer, Wohnhaus, Belthlestraße 19
 Privatier Gutekunst, Wohnhaus, Belthlestraße 21
 Kellernverein, Saalbau u. A., Schmiedtorstraße 17
 Wägenbaur u. Brösamle, Wohnhaus, Christoffstr. 2
 Kfm. Boffert We., Wohnhaus, Belthlestraße 25
 Friedr. Schmaith, Müller, Scheuer, Schleifmühlweg 13

Jahrgang 1880.

Schneider Sautter We., Wohnhausanbau, Gartenstraße 31
 Bauunternehmer Strauß, Wohnhaus, Belthlestr. 39
 Rittmeister Schott, Wohnhaus, Gartenstraße 13
 Kath. Kirchengemeinde, kath. Kirche, Froshgasse 4
 Bauunternehmer Steinhilber, Doppelwohnhaus, Hintere Grabenstraße 25 u. 27
 Werkmeister Kätein, Wohnhaus, Christoffstraße 14
 Adolf Stoll, Werkmeister, Wohnhaus, Ulrichstraße 3
 Johannes Gösele, Brauereibes., Wohnhaus, Schwärzlocherstraße 19
 Oberförster Rau, Wohnhaus, Wöhrdstraße 21
 Tübinger Hilfsverein, Doppelwohnhaus, Belthlestraße 31 u. 33
 Ernst Schuler, Bäcker, Wohnhaus, Belthlestraße 12
 Bauunternehmer Strauß, Wohnhaus, Belthlestr. 41
 Privatier Gentinger, Wohnhaus, Nonnengasse 16
 — — Wohnhaus, Nonnengasse 18
 Werkmeister Lettche, Wohnhaus, Militärstraße 32
 — — Wohnhaus, Militärstraße 34
 Jakob Bez, Bierbrauer, Wohnhaus, Bursagasse 4a
 Wägenbaur u. Brösamle, Doppelwohnhaus, Christoffstraße 5 u. 7
 Staatsfinanzverwaltung, Mediz. Klinik (Erweiterung) Ostanderstraße
 Stadtgemeinde, Mädchenvolksschule, Grabenstraße 37
 Heinrich Schweighardt, Kunstmühle, vor dem Haagtort 2b
 Friedrich Kausch, Maler, Wohnhaus, Belthlestraße 2
 Werkmeister Kolb, Wohnhaus, Herrenbergerstr. 28

Jahrgang 1881.

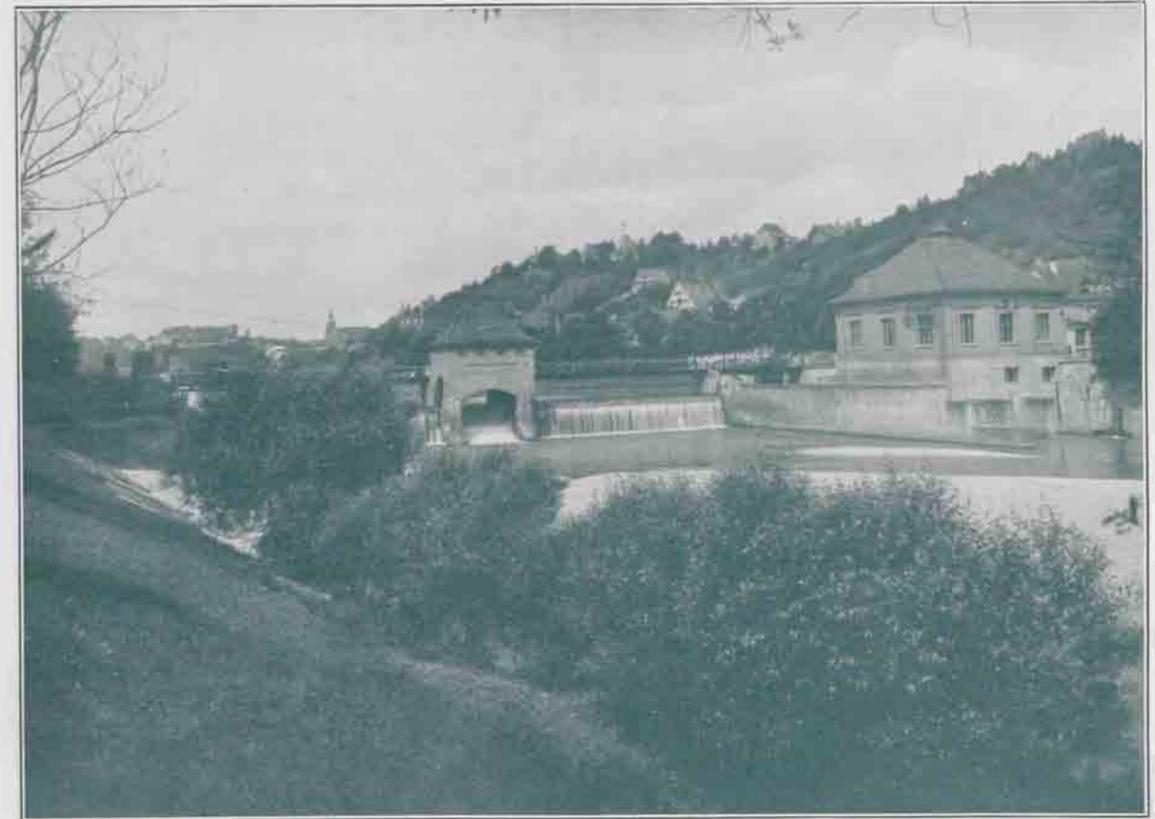
Alberi Belge, Schlosser, Wohnhaus, Mauerstraße 4
 Staatsfinanzverwaltung, Wohn- u. Reitstallgebäude, Wilhelmstraße 15
 Pauline Raß, Wohnhaus, Hirschauerstraße 1
 Bauunternehmer Steinhilber, Wohnhaus, Kellernstraße 43
 Werkmeister Kolb, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 25
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Keplerstraße 12a
 Hutmacher Fischer, Doppelwohnhaus, Herrenbergerstraße 7 u. 7½
 Ferdinand Kofl, Wgtr., Wohnhaus, Gartenstraße 35
 Staatsfinanzverwaltung, Anatomiegebäude, Desterbergstraße 3
 Schlosser Gutbrod, Wohnhaus, Belthlestraße 14
 Israelitische Kirchengemeinde, Synagoge, Gartenstr. 33

Jahrgang 1882.

Staatsfinanzverwaltung, Aula-Anbau an der Silberstraße, Wilhelmstraße 7

Prof. v. Bruns, Wohnhaus, Neckarhalde 38
 Bildhauer Gauß, Wohnhaus, Gartenstraße 45
 Johannes Kehler, Weingtr., Wohnhaus, Belthlestr. 29
 Karl Birkmeyer, Brauereianbau, Herrenbergerstr. 34
 Kaminfeger Stog, Wohnhaus, (später Borussia abgebrochen), Desterbergstraße 6
 Prof. Dr. v. Niemeyer's Wwe., Wohnhaus, Olgastr. 4
 Prof. Dr. Hegelmeyer, Wohnhaus, Olgastraße 5
 Bauunternehmer Steinhilber, Wohnhaus, Hint. Grabenstraße 29

Wilhelm Seeger, z. Ratskeller, Wohnhausanbau, Belthlestraße 26 (später 43)
 Robert Raach, Kaufmann, Wohnhaus, Neckarhalde 70
 Wägenbaur u. Brösamle, Wohnhaus, Hechingerstr. 14
 Jakob Friedrich Kehler, Wohnhaus, Belthlestraße 4/3 (später 8)
 Paul Bauer, Metzger, Wohnhaus, Belthlestraße 4/4 (später 10)
 Thomas Kehler's Wwe., Wohnhaus, Weberstraße 5/1
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Kellernstraße 16

**Am Stauwehr**

Kfm. Walker, Wohnhaus, Neckarhalde 55
 Zimmermeister Jakob Steinhilber, Wohnhaus, Kellernstraße 41
 Christian Fischer, Schreiner, Wohnhaus, Seisingerstr. 3
 Werkmeister Bärtle, Wohnhaus, Föhrbergstraße 2
 Polizeinspektor Kern, Doppelwohnhaus, Föhrbergstraße 6 u. 8
 Pfarrer Thym, Wohnhaus, Kellernstraße 35

Jahrgang 1883.

Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Kellernstraße 41/2
 Bierbrauereibes. Lenz, Bierkellergebäude, Schwärzlocherstraße 55

Waldschütz Schreiner, Wohnhaus, Belthlestraße 4/2 (später 6)

Jahrgang 1884

Michael Strauß, Bauunternehmer, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 38
 Schuhmacher Keppler, Wohnhaus, Weberstraße 5/2
 Gottl. Steinhilber, Wohnhaus, Weberstraße 5/3
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Keplerstraße 9
 Christian Schmid, Schreiner, Wohnhaus, Schleifmühlweg 17
 Ferdinand Brodbeck, Weingtr., Wohnhaus, Käsenbach 2
 Gottlieb Waiblinger, Kellernkaffier, Wohnhaus, Käsenbach 7

Gottlieb Schrenk, Baunternehmer, Wohnhaus, (jetzt) Nautlerstraße 59
 Sofia Friedrich Kürner u. Rudolf Kürner, Wohnhaus u. Scheuer, Herrenbergerstraße 48
 Clemens u. Decker, Wohnhaus u. Stall, Stöcklestr. 7
 Christ. Jakob Sinner, Wohnhaus, Schleifmühlweg 39
 Stiftungspflege, Gutleuthaus-An- u. Umbau, Wilhelmstraße 71
 Brauereibesitzer Gösele, Wirtschaftsgebäude, Schwärzlocherstraße 6
 Werkmeister Bärte, Wohnhaus, Föhrbergstraße 4
 Redakteur Haller, Wohnhausanbau, Grabenstraße 19
 Staatsfinanzverwaltung, Umbau an alte Augenklinik, Wilhelmstraße 26
 Karl Völter, Bildhauer, Wohnhaus, Wilhelmstraße 25
 Staatsfinanzverwaltung, Physiolog. Chemisches Institut, Gmelinstraße 8
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Keplerstraße 11
 Werkmeister Lenz, Wohnhaus, Nautlerstraße 20
 David Zeiber, Weingärtner, Wohn- und Dekonomiegebäude, Belthlestraße 4
 Zimmermeister Kolb, Wohnhaus, Jesingerstraße 4
 Zimmermeister Kolb, Wohnhaus, Herrenbergerstr. 31
 Clemens u. Decker, Wohnhaus, Jesingerstraße 10
 Peter Klett, Bäckermeister, Wohnhaus, Hechingerstr. 3
 J. A. Ruoff, Kaufmann, Wohnhaus, Hechingerstraße 5
 Schneider Rall, Wohnhaus, Lange Gasse 40
 Kaufmann Nisch, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 15
 Karl Schultzeiß, Bäcker, Wohnhaus, Schleifmühlweg 23
 Jakob Rausch, Maler, Magazin, Belthlestraße 2a
 Ferdinand Hoch, Hopfenhändler, Wohn- u. Magazin-Anbauten, Wilhelmstraße 14a
 Adolf Stumpp, Hopfenhändler, Wohnhaus, Uhlandstraße 5
 Jakob Kächele, Prediger, Salemkirche, Hintere Grabenstraße 23

Jahrgang 1885

Karl Beiermeister, Wohnanbau, gegen die Hintere Grabenstraße, Grabenstraße 31
 Waiblinger u. Gugel, Doppelscheuer, Sofienstr. 10 u. 12
 Friedrich Mill und Reinhold Schnaidt, Doppelwohnhaus, Sofienstraße 9 u. 11
 Georg Adam u. Christian Adam Kürner, Wohnhaus u. Scheuer, Weberstraße 9
 Christian Thomas Kehler, Wohnhaus, Weberstraße 11
 Dr. Julius Denzel, Wohnhaus, Gartenstraße 53
 Dr. Julius Denzel, Chemische Fabrik, Gartenstraße 50
 Museums-Gesellschaft, Saalbau (später abgebrochen), Wilhelmstraße 3
 Bildhauer Roidt, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 11.

A. Commerell, Cafetier, Wohnhaus, Desterbergstr. 7
 Hafner Fauler, Hafnerwerkstätte (später Wohnhaus), Sofienstraße 7
 Abraham Friedr. Karrer, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Sofienstraße 8
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Keltternstraße 8
 Gottlieb Birkmaier, Seifensieder, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 10
 Kameralverwalter Klumpp, Wwe., Wohnhaus, (später) Hauffstraße 1
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Weberstraße 13
 Tübinger Hilfsverein, Wohnhaus, Weberstraße 7
 Reg.-Rat Siegenegger, Rhenanienhaus, Zollernstr. 3
 Werkmeister Bärte, Wohnhaus, Rümelinstraße 4
 Rob. Schneider, Flaschner, Wohnhaus, Lange Gasse 13
 Staatsfinanzverwaltung, großes Pflanzenhaus im Bot. Garten, Grabenstraße 2
 Christian Memminger, Bäckers Wwe., Nedarstraße 1

Jahrgang 1886

Clemens u. Decker, Ziegeleibauten im Gaisweg
 Oberamtmann Kirchgraber, Wohnhaus, Keplerstraße 14
 Albert Belger, Schlosser, Wohnhaus, Weberstraße 3
 Wilhelm Kächele, Wohnhaus, Weberstraße 14
 Zimmermeister Barth, Wohnhaus, Keltternstraße 10
 Werkmeister Lenz, Wohnhaus, Keplerstraße 6
 Werkmeister Lenz, Wohnhaus, Nautlerstraße 18
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Keplerstraße 16
 Wilhelm Karrer, Weingärtner, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Mauerstraße 6
 Besser u. Munz, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Sofienstraße 5
 Hermann Georg Kempfer, Wohnhaus, Rümelinstr. 21
 Karl Rupp, Kondukteur, Wohnanbauten, Haaggasse 15/1, 15/1a u. 17/1
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus u. Scheuer, Weberstraße 1
 Prof. Dr. Kugler, Wohnhaus, Olgastraße 6
 Hermann Nisch, Privatier, Wohnhaus, Frondsbergstraße 5
 Stadtbaumeister Lenz, Wohnhaus, Keplerstraße 13.

Jahrgang 1887

Johann Ludwig Wiedmann, Wohnhaus, Käfenbachstraße 6
 Staatsfinanzverwaltung, Isoliergebäude, Ostlanderstr. 5
 Wägenbaur u. Brösamle, Wohngebäude, Mühlstraße 6
 Posthalter Kommel, Wohnhaus, Wöhrdstraße 8
 Adolf Stoll, Werkmeister, Wohnhaus, Ulrichstraße 5
 O.A.-Baumeister Wurster, Wohnhaus, Militärstraße 9
 Friedrich Mehl, Dekonom, Wohnhaus, Keplerstraße 7
 Wägenbaur u. Brösamle, Wohnhaus, Mühlstraße 8

Christian Fischer, Schreiner, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 44
 Joh. Gottl. Karrer, Wohnhaus, Sofienstraße 6
 Zimmermeister Munz, Wohnhaus, Mauerstraße 23
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Mauerstraße 7
 Eisenbahnverwaltung, Wohnhaus, Kasernenstraße 25
 Eisenbahnverwaltung, Wohnhaus, Kasernenstraße 27
 Reg.-Baumeister Fröhner, Wohnhaus, Pfisterstraße 32
 Georg Marquardt, Bierbrauereibes., Wohnanbau, Herrenbergerstraße 34
 Heinrich Laupp, Buchdruckereibesitzer, Umbau, Grabenstraße 33
 Werkmeister Petsche, Wohnhaus, Hölderlinstraße 11
 Joh. Gottl. Maier, Privatier, Wohnhaus, Hölderlinstraße 17
 Joh. Schuler, Privatier, Wohnanbau, Rümelinstraße 7
 Werkmeister Katerin, Wohnhaus, Christoffstraße 9

Jahrgang 1888

Baunternehmer Wörner, Wohnhaus, Nautlerstr. 19
 Feinbäcker Schuler's Wwe., Wohnhaus, Nautlerstr. 21
 Lindenmaier, z. Schwarz, Walffsch, Wohnhaus, Keplerstraße 8
 Oberförster Jäger, Wohnhaus, Desterbergstraße 21/2
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Nautlerstraße 15

Jahrgang 1889

Privatier Dr. Ludwig Franzenhaus, Desterbergstraße 16
 J. Frdr. Dannemann Wwe., Wohnhaus, Mauerstr. 5
 Staatsfinanzverwaltung, Physikalisches Institut, Gmelinstraße 6
 Werkmeister Dannemann, Wohn- und Dekonomiegebäude, Belthlestraße 22
 G. Lenz, Brauereibes., Wwe., Stall (später Wohnhaus), Schwärzlocherstraße 4
 Andreas Deile, Wwe., Wohnhaus, Belthlestraße 24
 Wilhelm Lösch, Schlosser, Wohnhaus, Keltternstraße 4
 Friedrich Kieß, Bäcker, Wohnhaus, Keltternstraße 2
 Generaldirektion d. Posten u. Telegraphen, Neubauten an Stadtpost, Neuestraße 7
 Landgerichtsrat Lust, Wohnhaus, Nedarhalde 56
 Zimmermeister Munz, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Sofienstraße 1
 Zimmermeister Munz, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Sofienstraße 3
 Eugen Koll, Schreiner, Wohnhaus, Mauerstraße 21
 Julius Lenz, Werkmeister, Wohnhaus, Nautlerstr. 17
 Konrad Sautter, Zugmeister, Wohnhaus, Nautlerstraße 11
 Gottlieb Steinhilber, Wohnhaus, Nautlerstraße 13
 Baunternehmer Wörner, Wohnhaus, Keplerstr. 20

Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Hölderlinstraße 21
 Stadtgemeinde, Farrenstall, Seelhausgasse 37a
 Jakob Weller, Zimmermeister, Wohnhaus (jetzt) Hauferstraße 14
 Emil Gräßinger, Kfm., Wohnhaus, Frondsbergstr. 4

Jahrgang 1890

Steinhilber-Mehl, Ziegelei Mehl, (später abgebrochen), Gaisweg
 Gottl. Steinhilber, Baunternehmer, Wohnhaus, Georgstraße 12
 Staatsfinanzverwaltung, Frauenklinik, Ostlanderstr. 9
 Joh. Georg Kehler, Weingärtner, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Georgstraße 10
 Gottlieb Steinhilber, Baunternehmer, Wohn- u. Dekonomiegebäude, Georgstraße 14
 Karl Stolz, Stadtfischer, Wohn- und Dekonomiegebäude, Käfenbachstraße 10

Jahrgang 1891

Christof Jakob Kehler, Wohn- und Dekonomiegebäude, Georgstraße 4
 Lokomotivführer Kaufmann, Wohnhaus, Hölderlinstraße 27
 Verschönerungsverein, Kaiserwihelmsurm, Desterberg
 Gottlieb Schultzeiß, Gemeinderat, Wohnhaus, Keltternstraße 22
 Pfästerermeister Brennenstuhl, Wohnhaus, Keltternstraße 26
 Bierbrauereibesitzer Gösele, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Schwärzlocherstraße 6 u. 8
 Jakob Mack, Schmied, Wohnhaus, Hintere Grabenstraße 13
 W. Frölich, Wohnhaus, Olgastraße 2

Jahrgang 1892

Prof. Dr. Keppler, Wohnhaus, Olgastraße 3
 Stadtgemeinde, Knabenwvllschule, Keltternstraße 23
 J. Bauer, Kohlenhändler, Wohnhaus, Wöhrdstr. 10
 Staatsfinanzverwaltung, Wohnhaus (Forstamt), Hirschauerstraße 2
 — — Gärtnerwohnhaus zum Bot. Garten, Rümelinstraße 32
 Landgerichtsrat Schuhmann Wwe., Wohnhaus, Gartenstraße 57
 Baunternehmer Wörner, Wohnhaus, Hölderlinstr. 29
 Gottlob Bollmer, Küfer, Wohnanbau, Schwärzlocherstraße 11
 Andreas Stammeler, Fuhrmann, Wohn- und Scheueranbau, Am kleinen Memmerle 20
 Lupp u. Kleinfelder, Fabrikgebäude, Reutlingerstraße 44
 Schlachthausgesellschaft, Schlachthof, Melanchthonstr. 2

Jahrgang 1893

Wingolfsbau, Gesellschaftshaus, Gartenstraße 38
 Siegenegger, Rhenanenhaus-Anbau, Zollernstraße 3
 Johannes Sinner, Gärtner, Wohn- und Dekonomiegebäude, im Hasenbühl
 Gottlieb Steinhilber, Bauunternehmer, Wohnhaus, Kauflerstraße 5
 Viktor Jäger, Gärtner, Wohnhaus (im Viehweide), Wildermuthstraße
 Adolf Bausch, Wohnhaus, Betthlestraße 34

Jahrgang 1894

Prof. Dr. Grill, Wohnhaus, Olgastraße 7
 Prof. Dr. Kugler, Wohnhaus, Olgastraße 8
 Zimmermeister Weller, Wohnhaus, Hölderlinstraße 18
 Frau E. Hofmeister, Wohnhaus, Hölderlinstraße 19
 Bauunternehmer Beck, Wohnhaus, Biesingerstraße 14
 Generalmajor v. Schmid, Wohnhaus, Biesingerstr. 7
 Robert Kaipf, Gärtner, Wohnhaus, Mohlstraße
 Werkmeister Dannemann, Wohnhaus, Froschgasse 9¼
 Metzger Wiskemann, Wohn-Anbau, Kauflerstraße 14
 Gesellschaft Stuttgardia, Wohnhaus (später abgebr.), Desterbergstraße 14
 Ernst Kürner, Wohn- und Dekonomiegebäude, Georgstraße 3
 Friedrich Gugel, Wohn- und Dekonomiegebäude, Weberstraße 10
 Gottlieb Steinhilber, Wohn- und Dekonomiegebäude, Weberstraße 8
 Heinrich und Wlth. Schmidhäuser, Doppelwohngebäude, Kauflerstraße 7 u. 9
 Christian Schreiner, Wohn- und Dekonomiegebäude, unter dem Hasenbühl
 Musikmeister Schneckenburger, Wohnhaus, Hechingerstraße 1

Jahrgang 1895

Eisenbahnverwaltung, Abortgebäude b. Bahnhof, Bahnhofstraße 9½
 Bauunternehmer Beck, Wohnhaus, Hirschauerstraße 3
 Zimmermeister Munz, Wohnhaus, Rappstraße 46
 Franz Biesinger, Steinhauer, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 50
 Landsmannschaft Chibellinia, Verbindungshaus, Gartenstraße 51
 Stützungspflege, Gutleuthaus-Nebengebäude, Wilhelmstraße 71c
 Staatsfinanzverwaltung, Nervenklinik, Pfanderstraße 20 u. 22
 Germanenhaus Tübingen, Verbindungshaus, Gartenstraße 3

Joh. Gösele, Rentner, Wohnhausanbau, Grabenstr. 25
 — — Wohnhaus, Schloßbergstraße 15
 Hermann Kieß, Glaser, Wohnanbau, Kärlestraße 7
 Friedr. Dannemann, Werkmeister, Wohn- und Dekonomiegebäude, Georgstraße 1
 Prof. Häring, Wohnhaus, Hirschauerstraße 6
 Clemens u. Decker, neue Ziegeleigebäude, im Gaisweg

Jahrgang 1896

Bauunternehmer Beck, Wohnhaus, Biesingerstraße 10
 Gärtner Biesinger, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 50
 Garnisonsverwaltung, Wohnhaus, Kasernenstr. 5
 Hausbeamtinnen, Wohnhaus, Hechingerstraße 20
 Werkmeister Letzche, Wohnhaus, Derendingerstraße 24
 Revisor Lipps, Wohnhaus, Kauflerstraße 24
 Gärtner Sinner, Wohnhaus, Wildermuthstraße 20
 Bauunternehmer Steinhilber, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 51
 Katastergeometer Wanner, Wohnhaus, Hölderlinstr. 15
 Bauunternehmer Wörner, Wohnhaus, Hölderlinstr. 23
 Flachsen Zanter, Wohnhaus, Hechingerstraße 18
 Georg Marquardt, Bierbrauereibes., Dampffesselhaus, Herrenbergerstraße 34

— Amtsantritt von Oberbürgermeister Haußer —**Jahrgang 1897**

Amtskörperschaft, Gefängnis, Jakobsgasse 26
 Bauunternehmer, Belsler, Wohnhaus Sofienstraße 2
 Stallmeister Friz, Wohnhaus, Hölderlinstraße 20
 — — Wohnhaus, Hölderlinstraße 22
 Garnisonsverwaltung, Bürogebäude, Kasernenstr. 1½
 Kocher, Joh., Werkmeister, Wohnhaus, Hölderlinstr. 25
 Lenz, Julius, Werkmeister, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 16
 Lump u. Kleinfelder, Fabrikgebäude (Erweiterung), Reutlingerstraße 46
 Gebr. Metz, Fabrikgebäude, Hechingerstraße 13
 Munz (Reallehrer Schwarz), Wohngebäude, Biesingerstraße 5
 Riß, Eugen, Kfm., Magazinsbau, Metzgergasse 4½
 Steinhilber (Reallehrer Bröslamen), Wohnhaus, Freierackerstraße 53
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohn- und Remisegeb., Herrenbergerstraße 53a
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus und Scheuer, Georgstraße 9
 Wanner, Jakob, Katastergeometer, Wohnhaus, Hölderlinstraße 13
 Weller, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Mohlstraße 18

Werner, Benedikt, Bauunternehmer, Wohnhaus, Hölderlinstraße 31

Jahrgang 1898

Armbruster, Wlth., Privatier, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 13
 Clemens u. Decker, Wohnhaus, im Gaisweg
 — — Wohnhaus, Herrenbergerstraße 39
 Dannemann, Fr., Werkmeister, Wohnhaus, Kellernstraße 20
 Gösele u. Strattmann, Schloßgartenwirtschaft, Schloßbergstraße
 Himmelreicher, Reallehrer, Wohnhaus, Gartenstr. 61
 Hipp, Andreas, Wohnhaus, Mauerstraße 1
 Hofmeister, Georg, Wohnhaus, Ulrichstraße 7
 Kürner, Jakob, Wohnhaus und Scheuer, Stöcklestr. 11
 Lang, Zollverwalter, Wohnhaus, Derendingerstraße 38
 Lenz, Julius, Werkmeister, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 18
 Leonhard, Gerichtsnotars We., Wohnhaus, Liffstr. 14
 Maier, Gipser, Wohnhaus, (Hölderlinstr. 52) jetzt Haußerstraße
 Munz, Jak., Zimmermeister, Wohnhaus und Scheuer, Rappstraße 6
 Raach, Rob., Privatier, Wohnhaus, Neckarhalde 37
 Ruoff, Marie, We., Wohnhaus, Herrenbergerstr. 11½
 Schuler, August, Privatier, Wohnhaus, Stöcklestr. 13
 Schützengesellschaft, Schießhaus, in der Au
 Schwarzenhölzer, Hauptlehrer, Wohnhaus, Gartenstraße 65
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 55
 Steinhilber (Müller), Wohnhaus, Herrenbergerstr. 57
 Suevia, Corpshaus, Gartenstraße 12
 Wagner, Kfm., Wohnhaus, Stöcklestraße 2
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Hechingerstraße 12
 Werner, Benedikt, Bauunternehmer, Wohnhaus, Melanthonstraße 31
 Wiedmann, (Förster, Präparator), Wohnhaus, Kauflerstraße 48

Jahrgang 1899

Armenpflege, Familienheim, Mauerstraße 2
 Beck, Paul, Bauunternehmer, Wohnhaus, Hirschauerstraße 16
 v. Bruns, Paul, Univ.-Prof., Wohnhaus, (Liffstraße) Brunsstraße 19
 Forstbaur, Ferdinand, Wohnhaus, Christoffstraße 22
 Fuchs, Karl, Korrektor, Wohnhaus, Mauerstraße 3
 Freiherr v. Hügel, Wohnhaus, Neckarhalde 64
 Fiskus, Frühprediger-Wohnhaus, Rümelinstraße 8
 — — Wajchanstalt, Pfanderstraße 8

Fiskus, Flügelanbau an Chirurg. Klinik, Silberstr. 5
 — — Zoologisches Institut, Hölderlinstraße 12
 — — Mineralogisches Institut, Waldhäuserstraße 10
 Rißling, Adelheid, M.-Richters We., Wohnhaus und Scheuer, Zollernstraße 23 u. 23a
 Knecht, Eugen, Tapezier, Wohnhaus, Grabenstr. 19½
 Kocher, Joh. Georg, Architekt, Wohnhaus, Replerstr. 22
 Künstle, Georg, Wohnhaus, Ulrichstraße 14
 Letzche, Jakob, Werkmeister, Wohnhaus, Ulrichstr. 13
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 15
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 17
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 19
 Marquardt, Georg, Bierbrauereibes., Lagerkeller, Herrenbergerstraße 34a
 Mehl, Friedr., Ziegeleibes., Wohn- und Stallgebäude, Hohenbergstraße 1 u. 1a
 Mergenthaler, Kaminfeger, Wohnhaus, Charlottenstraße 44
 Munz, Jak., Bauunternehmer, Wohnhaus, Rappstr. 5
 — — Wohnhaus, Rappstraße 7
 Reinfrank, Schlosser, Wohnhaus, Betthlestraße 6½
 Rilling, Stefan, Zimmermeister, Wohnhaus, Eugenstraße 25
 Rupp, Fabrikant, Wohn- und Fabrikgebäude, Christoffstraße 30
 v. Rümelin, Univ.-Prof., Wohnhaus, Biesingerstr. 9
 Stadtgemeinde, Gymnasium, Uhlandstraße 24
 — — Turnhalle, Uhlandstraße 26
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Christoffstraße 18
 — — Wohnhaus, Christoffstraße 20
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 16
 Stützungspflege, Friedhofskapelle
 Bötter, Metzger, Wohn- und Geschäftshaus, Neckar-gasse 1
 Wägenbaur (Kieß, Metzger), Wohnhaus, Reutlingerstraße 8
 Zanter, Jman., Fabrikant, Fabrikgebäude, Christoffstraße 32

Jahrgang 1900

Beck (Stochdorphia), Wohnhaus, Hirschauerstraße 18
 Dannemann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Stöcklestraße 9
 — — Wohnhaus, Georgstraße 2
 Geng, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Herrenbergerstraße 61
 Gröbinger, Emil, Privatier, Wohnhaus, Frondsbergstraße 12
 Härter, Lokomotivführer, Wohnhaus, Derendingerstraße 30
 Verbindung Sgel, Gesellschaftshaus, Schloßbergstraße

Kaiser, Bäcker, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 41
 v. Lange, Konrad, Univ.-Prof., Wohnhaus, Waldhäu-
 serstraße 29
 Lenz, Privatier, Wohnhaus, Mühlstraße 20
 Marquardt, Georg, Bierbrauereibes., Wohn- und
 Wirtschaftsgebäude, Ulrichstraße 11
 Roos, Albert, Kaufm., Wohn- und Geschäftshaus,
 Wilhelmstraße 2
 Schäfer, Friedrich, Fabrikant, Wohn- und Fabrikge-
 bäude, Eberhardstraße 6
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Ul-
 richstraße 20
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 22
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 31
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 33
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 18
 — (Lehrer, Spitalvater), Wohnhaus, Rappstraße 16
 Stengele, Alfons, Schriftsteller, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 12
 Vatter, Karl, Maler, Wohnhaus, Sofienstraße 6/1
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Stein-
 lachstraße 9
 Wolff, Gärtnereibes., Wohnhaus, Gartenstraße 26

Jahrgang 1901

Amtstörperschaft, Wohnhaus (M.-Sparkasse), Mühl-
 straße 18
 Beck, Paul, Bauunternehmer, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 8
 Boffenmaier, Wirt, Wohn- und Wirtschaftsgebäude,
 Gartenstraße 39
 Dannenmann, Friedrich, Werkmeister, Wohnhaus,
 Belthlestraße 1
 Eisenbahnverwaltung, Betriebsinspektionsgebäude,
 Bahnhofstraße 3
 Hohenstauffia, Verbindungshaus, Zollernstraße 13
 Lepsche, Jaf. Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Eugen-
 straße 29
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 29 1/2
 Rothacker, Schneider, Wohnhaus, Christoffstraße 27
 Stahlacker, Reinhold, Professor, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 26
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus,
 Eugenstraße 35
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 37
 — — Wohnhaus, Ulrichstraße 24
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 27
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 34
 Vierordt, Univ.-Prof., Wohnhaus, Schillerstraße 7
 Walz, Prof. We., Wohnhaus, Wildermuthstraße 4
 Wanner, Jaf., Katastergeometer, Calwerstraße 2

Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Mühl-
 straße 10
 — — Wohnhaus, Mühlstraße 10 1/2
 Wohnungsverein, Wohnhaus, Paulinenstraße 18
 — Wohnhaus, Paulinenstraße 20
 — Wohnhaus, Paulinenstraße 22
 — Wohnhaus, Hügelstraße 6
 — Wohnhaus, Hügelstraße 8
 — Wohnhaus, Hügelstraße 10
 — Wohnhaus, Hügelstraße 12
 — Wohnhaus, Hügelstraße 4
 — Wohnhaus, Hügelstraße 6

Jahrgang 1902

Bärtle, Reg.-Baumeister, Wohnhaus, Gartenstr. 73
 Pelsler, Luis, Bauunternehmer, Wohnhaus, Schleif-
 mühleweg 14
 Clemens u. Deder, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 49
 Dannenmann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Kep-
 lerstraße 5
 Engh, Elise, Wohnhaus, Hölderlinstraße 24
 Fiskus, Justizgebäude, Kaiserstraße 14
 — Verwaltungsgebäude, Kaiserstraße 16
 — Gefängnisgebäude, Kaiserstraße 18
 — Chemisches Institut, Wilhelmstraße 33
 — Direktorwohnhaus, Wilhelmstraße 31
 Fischer, Paul, Fotograf, Mühlstraße 14
 Erözinger, Emil, Privatier, Wohnhaus, Frondsberg-
 straße 6
 Gueftalia, Verbindungshaus, Stauffenstraße 25
 Hauff, Karl, Schneidermeister, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 18
 Kocher, Georg, Werkmeister, Wohnhaus, Mühlstr. 12
 Luginsland, Verbindungshaus, Wielandstraße 9
 Munz, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Paulinen-
 straße 6
 — — Wohnhaus, Paulinenstraße 8
 — — Wohnhaus, Paulinenstraße 10
 — — Wohnhaus, Paulinenstraße 12
 Saxonia, Gesellschaftshaus, Schloßbergstraße
 Schimpf, Fritz, Kaufmann, Wohn- und Geschäftshaus,
 Wilhelmstraße 1
 Schramm, Wohnhaus, Mauerstraße 8
 Stadtgemeinde, Elektrizitätswerk, Romengasse 19
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus und
 Waschanstalt, Eugenstraße 38
 — — Wohnhaus, Kaiserstraße 10
 — — Wohnhaus, Paulinenstraße 2
 — — Wohnhaus, Paulinenstraße 4
 Stimm, Friedr., Bauamtsverwalter, Wohnhaus,
 Liffstraße 18

Wanner, Jakob, Katastergeometer, Wohnhaus, Fronds-
 bergstraße 19
 Weimer, Gärtner, Wohnhaus, im Biefinger
 Wurster, Käthe, Wohnhaus, Melanchthonstraße 25

Jahrgang 1903

Mamannia, Verbindungshaus, Biefingerstraße 15
 Beck, Paul, Bauunternehmer, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 32
 Eisenbahnverwaltung, Wohnhaus, Derendingerstr. 17
 Fiskus (Garnisonsverwaltung), Exerzierhaus, Kaser-
 nenstraße 36
 Grimm, Lorenz, Wohnhaus, Weizsäckerstraße 17
 Hüber, Friedr., Wohnhaus, Seelhausgasse 14
 Königsgesellschaft, Verbindungshaus, Burgsteige 20
 Kost, Albert, Wohnhaus, Nordiogasse 7
 Lichtenberger, Museumsaufseher, Wohnhaus, Weiz-
 säckerstraße 16
 Schmid, Theodor, Schreiner, Wohnhaus, Schleifmühle-
 straße 17
 Seybold, Univ.-Prof., Wohnhaus, Eugenstraße 7
 Stadtgemeinde, Wohnhaus, Mühlstraße 16
 — Katholische Schule (Anbau), Grabenstraße 35
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Eu-
 genstraße 36
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 36 1/2
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Eugen-
 straße 9
 Waiblinger, Magazinier, Wohnhaus, Liffstraße 20

Jahrgang 1904

Bareiß, Wohnhaus, Wildermuthstraße
 Bauer, Kaufmann, Wohnhaus, Eberhardstraße 28
 Beck, Paul, Bauunternehmer, Wohnhaus, Biefinger-
 straße 6
 Beck (von Heinemann), Wohnhaus, Biefingerstraße 16
 Biefinger, Gärtner, Wohnhaus, im Hasenbühl
 Clemens u. Deder, Wohnhaus, Rappstraße 47
 Dannenmann, Friedrich, Werkmeister, Wohnhaus,
 Mathildenstraße 1
 — — Wohnhaus, Hügelstraße 14
 — — Wohnhaus, Hügelstraße 16
 — — Wohnhaus, Hügelstraße 18
 — — Wohnhaus, Eberhardstraße 30
 — — Wohnhaus, Eberhardstraße 32
 Derendingia, Verbindungshaus, Schloßbergstraße
 Fritz, Cypser, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 63
 Camerdinger, Kfm., Wohnhaus, Georgstraße 8
 Scheidle, Wohnhaus, Köstlinstraße 13
 Heinrich, Louis, Bierbrauereibes., Wohnhaus, Dester-
 bergstraße 1
 — — Wohnhaus, Kaiserstraße 2

Heinrich, Louis, Wohnhaus, Kaiserstraße 4
 Körner, Kaufm., Wohnhaus, Ammergasse 26
 Maier, Wohnhaus, Hügelstraße 20
 Munz, Friedr., Schreinermeister, Wohnhaus, Rautler-
 straße 37
 Munz, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Rautler-
 straße 60
 — — Wohnhaus, Rappstraße 9
 — — Wohnhaus, Rappstraße 11
 — — Wohnhaus, Rappstraße 13
 — — Wohnhaus, Rappstraße 15
 Museums-gesellschaft, Anbau, Wilhelmstraße 3
 Normannia, Verbindungshaus, Stauffenstraße 21
 Sauer, Prof., Wohnhaus, Gartenstraße 27
 Sautter, Wagnermeister, Wohnhaus, Stöcklestraße 6
 Schinle, Ernst, Oberamtsbaumeister, Wohnhaus,
 Frischlinstraße 9
 Schmid, Hofrat, Wohnhaus, Hauffstraße 10
 — Kilian, Landwirt, Wohnhaus, Schwärzlochhof
 Schottland, Verbindungshaus, Schwabstraße 20
 Steinhilber (Lehrer), Wohnhaus, Herrenbergerstr. 65
 — (Waiblinger), Wohnhaus, Herrenbergerstraße 67
 — (Waiblinger), Wohnhaus, Herrenbergerstr. 69
 — (Kost), Wohnhaus, Herrenbergerstraße 71
 — Bauunternehmer, Wohnhaus, Herrenbergerstr. 83
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Eugen-
 straße 3
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 5

Jahrgang 1905

Bauer, David, Wohnhaus, Mathildenstraße 5
 Belsler, Emil, Wohnhaus, Sofienstraße 4
 — Louis, Zimmermann, Wohnhaus, Rappstraße 17
 — — Wohnhaus, Rappstraße 19
 Berthold, Otto, Gärtner, Wohnhaus im Geigerle
 Beyer, Kaminfeger, Wohnhaus, Hechingerstraße 10
 Böckle, Maurermeister, Wohnhaus, Lange Gasse 29
 — — Wohnhaus, Lange Gasse 31
 Cronmüller, Lokomotivführer, Wohnhaus, Steinlach-
 straße 11
 Dannenmann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Ma-
 thildenstraße 3
 Fischer, Heinrich, Wohnhaus, Eugenstraße 16
 Honold, Prof., Wohnhaus, Eugenstraße 10
 Fiskus, Liegehalle für Lungentränke, Osianderstr. 14
 — Augenklinik, Osianderstraße 13
 — Oberamtsgebäude, Rümelinstraße 19
 Kocher, Georg, Werkmeister, Melanchthonstraße 16
 — — Wohnhaus, Liffstraße 22
 Laupp, Heinr., Wohn- und Geschäftshaus, Herren-
 bergerstraße 1
 Sautter, Blasius, Wohnhaus, Derendingerstraße 28

Schmid, Theodor, Schreiner, Wohnhaus, Schleifmühlweg 21
 Schweickhardt, Gebrüder, Lagerhaus, Reutlingerstraße 62a
 Sinner, Ernst, Weingtr., Herrenbergerstraße 79
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Ammergasse 23
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 40
 — — Beamtenwohnhaus, Eugenstraße 42
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 44
 — — Wohnhaus, Herrenbergerstraße 81
 — — Wohnhaus, Herrenbergerstraße 77
 — — Wohnhaus, Herrenbergerstraße 73
 — — Wohnhaus, Herrenbergerstraße 85
 — (Grünwald), Wohnhaus, Herrenbergerstr. 75
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Steinlachstraße 13
 Weif. A. u. S., Tübinger Chronik, Uhlandstraße 2/
 Wegel, Lokomotivführer, Wohnhaus, Keltternstraße 12

Jahrgang 1906

Borussia, Corpshaus, Desterbergstraße 12
 Dannemann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Mathildenstraße 7
 — — Wohnhaus, Mathildenstraße 9
 — (Nonnenmacher), Wohnhaus, Nauklerstraße 31
 — — Wohnhaus, Mathildenstraße 11
 — — Wohnhaus, Katharinenstraße 13
 — (Alice Frig), Wohnhaus, Nauklerstraße 27
 Hahn, Kaufm., Wohnhaus, Eberhardstraße 34
 Handte, Jakob, Gärtner, Wohnhaus, Käsenbachstraße
 Kocher, Georg, Hofwerkmeister, Wohnhaus, Keplerstraße 19
 — — Wohnhaus, Liffstraße 16
 Mannheim, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Dedenburg
 Munz (Hiller, Schriftfeger), Wohnhaus, Schleifmühlweg 18
 Schlamp, Paul, Gärtner, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 13
 Steinhilber, Gottlieb, Bauuntern., Wohnhaus, Mathildenstraße 6
 — — Wohnhaus, Mathildenstraße 8
 Wägenbaur, Karl, Werkmeister, Wohnhaus, Gartenstraße 46
 — — Wohnhaus, Eugenstraße 2
 Zwanger, Hugo, Schlosser, Wohn- und Werkstattgebäude, Schleifmühlweg 3

Jahrgang 1907

Bärtle, Franz, Reg.-Baumeister, Wohnhaus, Gartenstraße 55

Barthelmeß/Stähle, Wohnhaus, Gartenstraße 40
 Stähle (Prof. Jacob), Wohnhaus, Gartenstraße 42
 Bauer, Louis, Kfm., Wohn- und Geschäftshaus, Haaggasse 16
 Fiskus, Anbau am Physik. Institut, Nauklerstr. 6
 Dannemann, Friedr., Wohn- und Geschäftshaus, Eberhardstraße 36
 Fausler, Glaser, Wohn- und Werkstattgebäude, Stöcklestraße 15
 — — Wohn- und Werkstattgebäude, Stöcklestr. 17
 Frig, Ernst, Univ.-Stallmeister, Wohnhaus, Wilhelmstraße 42
 Reichsfiskus, Unteroffiziergebäude, Militärstraße 7
 — Kammergebäude, Militärstraße 9 u. 11
 Kehler, Johannes, Wohn- und Oekonomiegebäude, Georgstraße 7
 Kleinkinderschule, Schulgebäude, Rappstraße 45
 Lichtenstein, Gesellschaftshaus, Quenstedtstraße 10
 Naukler, Joh., Zimmermeister, Wohnhaus, Derendingerstraße 32
 Sättle, Kantinenpächter, Wohnhaus, Militärstraße 15
 Schreiner, Joh. Gottl., Gärtner, Wohnhaus, Hasenbühl
 Stadtgemeinde, Rathausanbau, Haaggasse 2
 Steinhilber, Gottl., Bauuntern., Wohnhaus, Mathildenstraße 10
 — — Wohnhaus, Mathildenstraße 12
 — — Wohnhaus, Mathildenstraße 14
 — — Wohnhaus, Wildermulhstraße 14
 Studentenschaft, Bismarcksäule
 Stuttgardia, Gesellschaftshaus, Desterbergstraße 14
 Ulmia, Gesellschaftshaus, Quenstedtstraße 2
 Wolff, Univ.-Prof., Wohnhaus, Gartenstraße 81
 Wucherer, Schlosser, Wohnhaus, Ulrichstraße 12
 Dannemann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Christoffstraße 24

Jahrgang 1908

Deutsches Institut für ärztl. Mission, Nauklerstr. 47
 Bärtle, Franz, Reg.-Baumeister, Wohnhaus, Gartenstraße 59
 Dannemann, Friedr., Werkmstr., Wohnhaus, Kaiserstraße 22
 Danner u. Trid, Wohnhaus, Wilhelmstraße 44
 Eisenbahnbauabteilung, Westbahnhofgebäude, Schleifmühlweg 95, 97, 99
 Eggenweiler, Kantinenpächter, Wohnhaus, Eugenstr. 32
 Fiskus, Forstamt Einsiedel, Wohn- u. Nebengeb., Wilhelmstraße 60
 Holoch, Weingärtner, Wohnhaus in der Weilerhalde
 Memminger, Ernst, Wirt, Wohnhaus, Wilhelmstr. 88

Munz (Reall. Schwarz), Wohnhaus, Zeppelinstraße 26
 — (Prof. Müller), Wohnhaus, Zeppelinstraße 20
 — (v. Honningen), Wohnhaus, Zeppelinstraße 10
 — (Prof. Desterle), Wohnhaus, Zeppelinstraße 8
 Munz, Friedr., Schreiner, Wohn- und Geschäftshaus, Schleifmühlweg 43
 — — (Heppler), Wohnhaus, Schleifmühlweg 47
 — — (Hipp), Wohnhaus, Schleifmühlweg 51

Stopper, Wohnhaus, Wildermulhstraße 42
 Wägenbaur, Karl, Kfm., Wohnhaus, Eugenstraße 8
 Weller, Werkmstr., Wohnhaus, Mohlstraße 15
 Wilbrand, Univ.-Prof., Wohnhaus, Staußenstraße 32

Jahrgang 1909

Deutsches Institut f. ärztl. Mission, Wohnhaus, Mohlstraße 18
 Amann, Schneidermeister, Wohnhaus, Militärstr. 21



Der Anlagensee

Munz, Jakob, Zimmermeister (Walter), Wohnhaus, Rappstraße 2
 Schmid, Weingärtner, Wohnhaus, in der Weilerhalde
 Schmollinger, Schreiner, Wohnhaus, Köllestraße 33
 Schweickhardt, Heinrich, Kfm., Kaiserstraße 27
 Dr. Siebeck, Verlagsbuchhändler, Wohnhaus, Staufsenstraße 30
 Späth, Privatier, Wohnhaus, Gartenstraße 67
 Stadtgemeinde, Gaswerksneubauten
 — neuer Bauhof, Schleifmühlweg 63, 65, 67
 — Oberrealschule, Uhlandstraße 30
 Steinhilber, Gottl., Bauunternehmer, Wohnhaus, Melanchthonstraße 21
 — — Wohnhaus, Köllestraße 10

Bauer, Michael, Wohnhaus, Hechingerstraße 26
 Belfer, Emil, Werkmeister, Wohnhauseinbau, Schwarzlöcherstraße 4
 Biber, Bauamtswerkmeister, Wohnhaus, Zeppelinstraße 14
 Binder, Postunterbeamter, Wohnhaus, Schleifmühlweg 8
 Brodbeck, Weingärtner, Wohnhaus u. Scheuer, im Hasenbühl
 Dannemann, Friedr., Werkmeister, Wohnhaus, Katharinenstraße 21
 — — Wohnhaus, Katharinenstraße 19
 — — Wohnhaus, Katharinenstraße 17
 — — Wohnhaus, Katharinenstraße 15.

Grath, Staatsstraßenmeister, Wohnhaus, Kaiserstr. 31
Krauß, Schuhmachermeister, Wohnhaus, Wächterstr. 37
Meß, Frch., Fabrikant, Wohnhaus, Zeppelinstr. 16
Munz, Frdr., Schreiner (Weimer), Wohnhaus, Schleifmühlweg 45
— — (Schmid), Wohnhaus, Schleifmühlweg 49
— — (Härtner), Schleifmühlweg 61
Munz, Jak., Zimmermeister, Wohnhaus, Hügelstr. 3
Palatia, Gesellschaftshaus, Schwabstraße 16
Kaulker, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Militärstraße 49

Rienhardt, Wohnhaus, Lenaustraße 6
Rothenburg, Verbindungshaus, Schloßbergstraße
Scheef, Adolf, Bezirksnotar, Wohnhaus, Gartenstr. 49
Schramm, Weingärtner, Wohnhaus, Stöcklestraße 23
Schweidhardt, Gebrüder, Nebenbauten, Reutlingerstraße 62
Stadtgemeinde, Gewerbeschule, Schmiedtorstraße 4
— Städt. Krankenhaus, Schmiedtorstraße 2
— Steigerturm, Kelterstraße 21
Ev. Kirchengemeinde, Eberhardskirche, Eugenstraße 30
— Stadtpfarrhaus, Eugenstraße 21
Stähle, Gustav, Architekt, Wohnhaus, Gartenstraße 47
— — Wohnhaus, Lenaustraße 4

Steinhilber, Gottlieb, Baugeschäft, Wohnhaus, Köllestraße 31
— — Wohnhaus, Köllestraße 6
— — Wohnhaus, Köllestraße 8
— — Wohnhaus, Köllestraße 5
— — Wohnhaus, Köllestraße 11

Wendler, Noa, Fabrikant, Wohnhaus, Kontor u. Magazin, Reutlingerstraße 34
Werner, Benedikt, Wohnhaus, Wilhelmstraße 78

Jahrgang 1910

Bauer, Michael, Schreinermeister, Wohnhaus, Hechingergasse 21
Belfer, Bauunternehmer, Wohnhaus, Schleifmühlweg 16
Clemens u. Decker, Wohnhaus, Freiackerstraße 53
Dannenmann, Friedr., Baugeschäft, Wohnhaus, Kaiserstraße 6
— — Wohnhaus, Kaiserstraße 8
— — Wohnungseinbauten, Judengasse 3, 3/1, 3/2
Eisenbahnverwaltung, Güterbahnhof, Eisenbahnstr. 21
Fiskus, Universitäts-Bibliothek, Wilhelmstraße 32
Frisz, Gipfermeister, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 54
Frisz u. Gehr, Gipfermeister, Wohnhaus, Georgstr. 6
Gamerding, Karl, Gipfer, Wohnhaus, Rappstraße 44
Göbele u. Straimann, Wohn- u. Wirtschaftsgebäude, Hagellocherstraße 2

Hipp, Andreas, Baggeraufseher, Wohnhaus, Mauerstraße 1 1/2
Hoch, Schreinermeister, Wohnhaus, Katharinenstr. 5
Junger, Georg, Wohnhaus, Christoffstraße 15
Junger, Jakob, Wohnhaus, Christoffstraße 17
Kimmerle, Diener, Wohnhaus, Käsenbachstraße 4
Klett, Jakob, Wohnhaus u. Bäckerei, Christoffstraße 21
Klett, Peter, Wohnhaus, Eugenstraße 18
Lindenmaier, Wohnhaus, Kaiserstraße 33
Künstle, Gipfermeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 21
Maier, Univ.-Professor, Wohnhaus, Steinlachstraße 17
Marquardt, Georg, Bierbrauereibes., Wohn- u. Wirtschaftsgebäude, Herrenbergerstraße 34
Müller, Karl, Univ.-Prof., Wohnhaus, Hauffstraße 7
Munz, Friedrich, Schreiner, Wohnhaus, Schleifmühlweg 55
— — Wohnhaus, Schleifmühlweg 57
— — Wohnhaus, Schleifmühlweg 59
— — Wohnhaus, Schleifmühlweg 53
Munz, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Baulinenstraße 14

Pflumm, Fabrikant, Wohngebäude, Christoffstraße 6
Kauscher, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Militärstraße 47
Dr. Reiß, Wohnhaus, Stauffenstraße 48
Rhenania, Corpshaus, Zöllernstraße 3
Sartorius, Univ.-Prof., Wohnhaus, Stauffenstraße 18
Schäfer, Friedr., Fabrikant, Wohnhaus, Christoffstr. 29
Seelos, Fräulein, Wohnhaus, Frondsbergstraße 15
Stähle, Gustav, Architekt, Wohnhaus, Hauffstraße 16
— — Wohnhaus, Lenaustraße 2
— — Wohnhaus, Hauffstraße 20
— — Wohnhaus, Gartenstraße 29/1
— — Wohnhaus, Gartenstraße 29/2

Stadtgemeinde, Elektr. Kraftwerk, Brückenstr. 9, u. 11
— Werkwohngebäude, Brückenstraße 7
Steinhilber (Finanzrat Dietrich), Wohnhaus, Stöcklestraße 8
— Baugeschäft, Wohnhaus, Köllestraße 12
— Baugesch. (Schmid), Wohnhaus, Christoffstr. 19
— — Wohnhaus, Köllestraße 14
— — (Serig), Wohnhaus, Eberhardstraße 3
Thoma, Univ.-Prof., Wohnhaus, Stauffenstraße 31
Weimer, Fuhrmann, Wohnhaus, Schleifmühlweg 45

Jahrgang 1911

Baptistengemeinde, Wohnhaus, Poststraße 10
Brodbeck, Wohn- u. Oekonomiegebäude, Köllestraße 13
Belfer, Louis, Wohngebäude, Schwärzlocherstraße 2/1
Fiskus, Erweiterungsbau, Frauenklinik, Osianderstr. 9
Böß, Wohnhaus, Eberhardstraße 9

Brüllinger, Hermann, Architekt, Wohnhaus, Eberhardstraße 11
Deß, Ernst, Eisenbahninspektor, Wohnhaus, Steinlachstraße 21
Dannenmann, Friedr., Bauwertmeister, Wohnhaus, Hügelstraße 5
— — Wohnhaus, Hügelstraße 7
— — Wohnhaus, Kaulkerstraße 23
— — Wohnhaus, Kaulkerstraße 25
Depperich, Küfers Be., Wohnhaus, Schleifmühlweg 25
Gammerding, Martin, Gipfer, Kelterstraße 28
Hirn, Friedrich, Wohnhaus, Freiackerstraße 8
Himmelreicher, Ludwig, Reallehrer, Wohnhaus, Gartenstraße 63
Hefß, Wilh., Schreinermeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 13
— — Wohnhaus, Eberhardstraße 15
Halberr, Malermeister, Wohnhaus, Kaulkerstraße 39
Junger, Bäder, Wohnhaus, Wilhelmstraße 76
Kocher, Georg, Hofwerkmeister, Wohnhaus, Kaulkerstraße 41

— — Wohnhaus, Mohlstraße 11
Kürner, Weingtr., Wohnhaus, Weberstraße 7 1/2
Schreiner, Weingtr., Wohnhaus, Weberstraße 7 1/2
Kocher, Hieronymus, Wohnhaus, Mauerstraße 25
Kürner, Pader, Wohnhaus, Stöcklestraße 26
Laid, Karl, Maurer, Wohnhaus, Ludwigstraße 16
— — Wohnhaus, Ludwigstraße 4
— — Wohnhaus, Ludwigstraße 6
Lampy, Jakob, Fabrikant, Wohnhaus, Ludwigstr. 7
Maier, Zugführer, Wohnhaus, Freiackerstraße 10
Maurer, Gebrüder, Wohnhaus, Schleifmühlweg 15
— — Wohnhaus, Gerstenmühlstraße 7
Munz, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Frischlinstraße 7

Perthes, Univ.-Prof., Wohnhaus, Wildermuthstr. 10
Kauscher, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Militärstraße 51
— — Wohnhaus, Militärstraße 53
Reinhardt, Berta, Lehrerin, Wohnhaus, Wildermuthstraße 6
Schlachthausgesellschaft, Hautemagazin, Schlachthausstraße
Schnaith, Gebrüder, Wohn- und Geschäftshaus, Mühlstraße 3
Scheef, Adolf, Bezirksnotar, Wohnhaus, Gartenstr. 79
Simpfendorfer, Heinrich, Oberlandmesser, Steinlachstraße 23
Stadtgemeinde, Autohalle, Schlachthausstraße 42
Steinhilber, Baugeschäft, Wohnhaus, Köllestraße 21

Steinhilber, Baugeschäft, Wohnhaus, Köllestraße 17
— — Wohnhaus, Köllestraße 9
— — Wohnhaus, Eberhardstraße 7
— — Wohnhaus, Reutlingerstraße 26
— — Wohnhaus, Köllestraße 15
— — Wohnhaus, Eberhardstraße 5
— — Wohnhaus, Reutlingerstraße 28
— — Wohnhaus, Eberhardstraße 17
— — Wohnhaus, Eberhardstraße 19
Tränkle, Buchhändler, Wohn- und Geschäftshaus, Wilhelmstraße 12
Tausch, Wohnhaus, Schleifmühlweg 31
Tröger, Bauamtsverkmstr., Wohnhaus, Schleifmühlweg 29
Württembergia, Verbindungshaus, Schloßbergstraße
Werner, Benedikt, Wohnhaus, Melanchthonstraße 27
Weidle, Weingtr., Wohnhaus, Stöcklestraße 30
Walter, Kaufmann, Wohnhaus, Rappstraße 2
Wucherer, Wohnhaus, Ulrichstraße 10
Zanker, Emanuel, Fabrikant, Wohnhaus, Christoffstraße 10
— — Wohnhaus, Hechingergasse 16
Zwanger, Hugo, Fabrikant, Wohnhaus, Schleifmühlweg 1

Jahrgang 1912

Allmendinger, Friedr., Spediteur, Wohn- u. Geschäftshaus, Reutlingerstraße 30
Bibelkreis, Wohn- und Vereinshaus, Frondsbergstraße 17
Brudner, Verf.-Ansp., Wohnhaus, Schwärzlocherstr. 43
Clemens u. Decker, Wohn- u. Stallgebäude, im Gaisweg
Deutsche Christl. Studentenvereinigung, Saalbau, Desterbergstraße 2
Eisenbahnverwaltung, Werkstättebahnhof, Werkstättebahnhof 1
— mehrere Bauten, Güterbahnhof (Eisenbahnstraße)
Fischer, Paul, Photograph, Wohnhaus, Stauffenstr. 47
Fiskus, Poliklinik, Osianderstraße 6 1/2
— Frauenklinikbau, Osianderstraße 9
Fibelia, Bootshaus, Bismarckstraße 30
Dr. Garbe, Univ.-Prof., Wohnhaus, Waldhäuserstr. 33
Reichsfiskus, Offiziersspeiseanstalt, Wöhrdstraße 25
— Unteroffiziersgebäude, Militärstraße 13
Gotschick, Friedr., Güterbeförderer, Wohnhaus, Poststraße 4
Kinderfreunde, Kinderheimat, Cottastr. 19
Kleinkinderschule, Baulinenstraße 34
Krauß, Ferdinand, Gärtner, Wohn- und Oekonomiegebäude, Schleifmühlweg 32
Marquardt, Bierbrauereibes., Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Eisenbahnstr. 26

Maurer, Gebrüder, Wohnhaus, Gerstenmühlstraße 5
 — — Wohnhaus, Gerstenmühlstraße 5/1
 Mill, Bernhard, Schreiner, Werkstattgebäude, Gerstenmühlstraße 1
 Rauscher, Jakob, Zimmermstr., Wohnhaus, Ludwigstraße 11
 Rilling u. Hagel, Wohn- und Fabrikgebäude, Schaffhausenstraße 69
 Schell, Bauwerkmeister in Stuttgart, Wohnhaus, Kasernenstraße 13/1
 — — Wohnhaus, Kasernenstraße 13/2
 Steinhilber, Gottl., Baugeschäft, Wohnhaus, Westbahnhofstraße 2

Jahrgang 1913

Beck, Adolf, Braumeister, Anbauten, Haagtor 3
 Eisenbahnverwaltung, Ausgleichbehälter, Bahnhofstraße 11
 — Gebäude für Fußgängerunterführung, Fürststraße 1 u. Karlstraße 14
 — Dienstwohngebäude, Eisenbahnstraße 14
 Fiskus, Stifftumbau
 — Haut- und Ohrenklinik, Osianderstraße 4/1
 Ghibellinenhaus, Verbindungshaus, An- und Umbau, Gartenstraße 51
 Haas, Univ.-Prof., Wohnhaus, Stauffenstraße 62
 Hegler, Dr., Aug., Univ.-Prof., Wohnhaus, Waldhäuserstraße 52
 Holoch, Wgtr., Wohnhaus, im Hasenbühl
 Rauscher, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Ulrichstraße 9
 — — Wohnhaus, Christoffstraße 25
 Reichsfiskus, neues Kompagniegebäude, Militärstr. 6
 Stadtgemeinde, Uhlandbad, Karlstraße 2/1
 Stähle, Gustav, Architekt, Wohnhaus, Stauffenstr. 60
 — — Wohnhaus, Schwabstraße 51
 Veil, August, Postrat, Wohnhaus, Bismardstraße 14

Jahrgang 1914

Beck, Hausmeister, Wohn- und Geschäftshaus, Paulinenstraße 11
 Deutsches Institut für ärztl. Mission, Tropengeneesungsheim, Wohlstraße 32
 Eisenbahnverwaltung, Wohnhaus, Eisenbahnstr. 16
 — Wohnhaus, Kasernenstraße 54
 — Wohnhaus, Kasernenstraße 56
 Grath, Staatsstraßenmeister, Wohnhaus, Desterbergstraße 15
 Mädl, Gebrüder, Fabrikgebäude, Reutlingerstraße 47
 Museums-Gesellschaft, Museumsneubau, Wilhelmstr. 3
 Rauscher, Johannes, Zimmermstr., Wohnhaus, Reutlingerstraße 12

Reichsfiskus, Mannschaftsgebäude I, Paulinenstr. 13
 — Wirtschaftsgebäude, Paulinenstraße 15
 — Mannschaftsgebäude II, Paulinenstraße 17
 — Stabshaus, Paulinenstraße 25
 — Unteroffiziersgebäude, Paulinenstraße 27
 — Unteroffiziersgebäude, Paulinenstraße 27/1
 — Lazarett, Krankenblock- und Verwaltungsgebäude, Mathildenstraße 32
 — Absonderungsgebäude, Mathildenstraße 34
 — Waschlüchengebäude, Mathildenstraße 36
 Kemschler, Otl.-Baumeister, Wohnhaus, Gartenstr. 87
 Schreiner, Gärtner, Wohnhaus und Stallgebäude, Hasenbühl 3
 Steinhilber, Baugeschäft, Wohnhaus, Reutlingerstr. 20

Jahrgang 1915 u. 1916

Eisenbahnverwaltung, neues Empfangsgebäude, Bahnhofstraße 7
 — (Personenbahnhof)-Umbau und weitere Anbauten und Nebengebäude
 Reichsfiskus (Neue Kaserne), Waffenmeisterei, Paulinenstraße 21
 — Exerzierhaus, Paulinenstraße 23
 — Kammergebäude und 2 Aborte, Paulinenstraße 19
 Stadtgemeinde, Transformatorenhaus, Köstlinstr. 4

Jahrgang 1917 u. 1918

Nur Vollendung begonnener Bauten früherer Jahre, Umbauten und kleinere Anbauten

Jahrgang 1919

Eisenbahnverwaltung, Dienstwohngebäude, Derendingerstraße 23
 — Dienstwohngebäude, Derendingerstraße 25
 — Dienstwohngebäude, Kasernenstraße 50
 — Dienstwohngebäude, Kasernenstraße 52
 Gedig, Wohnhaus, Käsenbachstraße 27
 Pape, Wohnhaus, Stauffenstraße 38
 Post- und Telegrafverwaltung, Posthausneubau, Bahnhofstraße 2
 Schnaidt/Schneider, Wohnhaus, Hauffstraße 9
 Stadtgemeinde, (bei Turnhalle), Wilhelmstraße 36
 — (Wohnhauseinbauten) Bayhas Eiskeller, Schwarzlocherstraße 55
 — Göseles Gartenhaus, Schloßbergstraße
 — Altkaserne, Kasernenstraße 3
 — (Wohnbaracke) Schleifmühlweg 38
 — — Schleifmühlweg 40
 — — Herrenbergerstraße 70
 — — Herrenbergerstraße 72
 — — Herrenbergerstraße 74
 — — Madenfenstraße 2

Jahrgang 1920

Schnaidt, Albert, Architekt, Wohnhaus, Gartenstr. 58
 Stadtgemeinde (Wohnungseinbauten) in das Rathaus Haaggasse 2
 — — in verschiedene städt. Schulen
 — — bei Fabrikant Rupp, Christoffstraße 30
 — — bei Bälter (Poststeuer) (Wilhelmstr. 10), Kaiserstraße
 — Bierfamilienhaus, Katharinenstraße 4
 — Bierfamilienhaus, Katharinenstraße 6
 — Doppelwohnhaus, Schleifmühlweg 58
 — Doppelwohnhaus, Schleifmühlweg 60
 — Doppelwohnhaus, Schleifmühlweg 62

Jahrgang 1921

Abt, Richard, Obersekretär, Wohnhaus, Bismardstr. 22
 Bartelmann, Josef, Schneider, Wohnhaus, Köllestr. 25
 Bauer, Ferdinand, Reserve-Inf.-Führer, Eberhardstraße 27
 Baumgarten, Dr. Edwin, Wohnhaus, Bismardstr. 20
 Dr. Beigel und Frau Madl, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 35
 Bendleb, Waffenmeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 41
 Bihl, Karl, Monteur, Wohnhaus, Stöcklestraße 27
 v. Blume, Dr., With., Univ.-Prof., Wohnhaus, Frischlinstraße 1
 Bölzle, Christian, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 27
 Dannemann, Friedr., Baugeschäft, Wohnhaus, Schleifmühlweg 32/1
 Dürr, Georg, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 31
 Diellen, Karl, Domänenpächter, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 39
 Ehmann, Georg, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 29
 Fiskus (Staatsfinanzverwaltung), Doppelwohnhaus, Haufferstraße 2 u. 4
 — — Doppelwohnhaus, Haufferstraße 6 u. 8
 Gamedinger, Gotthold, Obersekretär, Wohnhaus, Bismardstraße 24
 Glumm, Franz, Waffenmeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 31
 Gommel, Eugen, Schreiner, Wohnhaus, beim Kupferhammer 12
 Griefinger, Gottlieb, Ref.-Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 33
 Groß, Adolf, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 27/1
 Grünwald, Christian, Lokomotivführer, Wohnhaus, Breuningstraße 8

Gutkunst, Gottlieb, Bäcker, Wohnhaus, Kasernenstraße 19
 Gumpert, Albert, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 33/1
 Heinzius, Paul, Waffenmeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 33
 Kemmler, Jakob, Glasermeister, Wohnhaus, Reutlingerstraße 16
 Kern, Alfred, Kaufmann, Wohnhaus, Bismardstr. 28
 Knapp, Karl, Lokomotivführer, Wohnhaus, Breuningstraße 6
 Knecht, Richard, Architekt, (Reihenwohnhaus), Katharinenstraße 8, 8/1, 10, 10/1, 10/2, 14, 16, 18 und 20
 Laupp, Heinrich, Buchdruckereibes., (Druckereianbau), Herrenbergerstraße 1
 Lichtenberger, Karl, Ref.-Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 40
 Machnow, Wilhelm, Waffenmeister, Wohnhaus, Eberhardstraße 39
 Maute, Samuel, Missionar, Wohnhaus, Bismardstraße 26
 Meyer, Richard, Maschinist, Wohnhaus, Ehlingsloh 5
 Mädl, Gebrüder, Wohn-, Bürogebäude und Lagerhaus, Reutlingerstraße 45/1
 — Martin u. Wilhelm, Wohn- und Bürogebäude, Reutlingerstraße 73
 Noppel, Gottlob, Heizer, Wohnhaus, Eberhardstr. 29
 Ott, Martin, Lokomotivführer, Wohnhaus, Breuningstraße 4
 Rall, August, Kanzleiaffizent, Wohnhaus, Eberhardstraße 37
 Rauscher, Hugo, Brauereibes., Wohnhaus, Bismardstraße 32
 Reder, Fritz, Wohnhaus, Reutlingerstraße 18
 Rückgaber, Franz, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 8
 Ruff, Heinrich, Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 29/1
 Schlagenhauß, Lokomotivführer, Wohnhaus, Mathildenstraße 17
 Schmid, Gottlieb, Flaschner, Wohnhaus, Reutlingerstraße 14
 Schnaidt, Albert, Architekt, Wohnhaus (Reihenhaus), Kielemeyerstraße 1
 — — Wohnhaus, Kielemeyerstraße 3
 Seyboldt, Gottlieb, Zugführer, Wohnhaus, beim Kupferhammer 14
 Sinogowitsch (später Binder, Studienrat), Wohnhaus, Frischlinstraße 3
 Stadtgemeinde (später Kröz), Wohnhaus, Militärstraße 23

Stadtgemeinde, (später Effig), Wohnh., Militärstr. 23/1
 — (später Smelin u. Gumbel), Wohnhaus, Militärstr. 35
 — (später Gutbrod), Wohnhaus, Militärstraße 35/1
 — (später Weber), Wohnhaus, Paulinenstraße 36
 — (später Schläger), Wohnhaus, Paulinenstraße 38
 Steinhilber, Bauuntern. (später Gröber), Wohnhaus, Militärstraße 10
 Theurer, Wilhelm, Architekt, Wohnhaus, Poststraße 8
 Bollmer, Konrad, Wohnhaus, Militärstraße 38
 Wachler, Zugführer, Wohnhaus, Mathildenstraße 15
 Weindorf, Ludwig, Lokomotivführer, Wohnhaus, Eberhardstraße 35
 Welz, Zugführer, Wohnhaus, Reutlingerstraße 18/1
 v. Württemberg, Herzog, Philipp, Wohnhaus, Kaiserstraße 25
 Wuchter, Georg, Ref.-Lokomotivführer, Wohnhaus, Militärstraße 31/1

Jahrgang 1922

Blessing, Wilhelm, Malermeister, Wohnhaus, Bismarckstraße 10
 Brillinger, Hermann, Architekt, Wohnhaus, Bismarckstraße 18
 — Richard, Kaufmann, Wohn- und Geschäftshaus, Karlstraße 11/1
 Fiskus, Wohnhaus, Melanchthonstraße 24
 — Wohnhaus, Hauserstraße 1
 — Wohnhaus (Staatsrentamt), Melanchthonstraße 18
 — Ausbau an Physiologisch. Institut, Silberstraße 8
 Hartmaier, Luise, Wohnhaus, Westbahnhofstraße 4
 Hummel, Christian, Kantinenpächter, Wohnhaus, Paulinenstraße 32
 Lupp, Jakob, Fabrikant, Fabrikgebäude, Reutlingerstraße 48
 Mang, Karoline, Wohnhaus, am Hirschauer Weg (Rappenberg)
 Merz-Ostertag, Wohnhaus, Stöcklestraße 28
 Piehler, Franz, Verlagsbuchhändler, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 36
 Rieckert, Karl, Kaufmann, Wohnhaus, Reutlingerstraße 39
 Stadtgemeinde, Sauggas- und Kraftanlage, Wohnhaus, Brückenstraße 5 u. 5a
 — (später Frey), Wohnhaus, Militärstraße 17
 — (später Döffinger), Wohnhaus, Militärstraße 19
 Theurer, Wilhelm, Architekt, Wohnhaus, Poststraße 6
 Trauth, Wilhelm, Wohn- und Geschäftshaus, Schaffhausenstraße 3
 — — Wohnhaus, Bismarckstraße 8
 Tropengenehmigungsheim, Kinderabteilung, Mohlftr. 32/2

Wittlinger, Ludwig, Hauptlehrer, Wohnhaus, Bismarckstraße 16

Jahrgang 1923

Baur, Heinrich, Kaufmann, Wohnhaus, Herm.-Kurzstraße 21
 Binanzer, Hermann, Schreiner, Wohnhaus, Reutlingerstraße 37
 Dinkel, Gebrüder, Fabrikgebäude, Reutlingerstraße 9
 Flier, Jakob, Holzhändler, Wohnhaus, Bismarckstr. 34
 Engel, Karl, Bauunternehmer, Wohnhaus, Herm.-Kurzstraße 7
 Haug, Karl, Stadtbaurat, Wohnhaus, Gartenstraße 34
 Jehle, Fritz, Jugendrat, Wohnhaus, Herm.-Kurzstr. 9
 Kellmar, Otto, Baumeister, Wohnhaus, Herm.-Kurzstraße 5
 Maurer, Karl, Bauunternehmer, Wohnhaus, Bismarckstraße 12
 Moll, Gebrüder, Fabrikneubau, Reutlingerstraße 47
 Müller, Elisabeth, Doppelwohnhaus, Mohlfstraße 13 und 13/1
 Rauscher, Jakob, Zimmermeister, Wohnhaus, Eugenstraße 74
 Schmid, Karl, Eisenbahningenieur, Wohnhaus, Biererstraße 2
 Schweichardt, Gebrüder, Anbauten d. Effigfabrik, Reutlingerstraße 64
 Schmid, Joh. Christ, Gärtner, Wohnhaus, Stöckle (Hasenbühl)
 Staatsfinanzverwaltung, Frauenklinikneubauten, Pfanderstraße 9
 Stadtgemeinde, Wohnhaus, Hauserstraße 10
 — Wohnhaus, Hauserstraße 12
 — Werkstättebau (Bauhof), Schleifmühlweg 69
 — Wohnhaus, Paulinenstraße 40
 — Wohnhaus, Paulinenstraße 42

Jahrgang 1924

Bed, Richard, Bankdirektor, Wohnhaus, Biererstr. 1
 Brauereigesellschaft, Würt.-Hohenzollerische, Wohn- u. Wirtschaftsgebäude, Eisenbahnstraße
 Dannenhauer, Wilhelm, Kanzleifekretär, Wohnhaus, Biererstraße 4
 Gastpar, Emil, Privatmann, Wohnhaus, Bismarckstraße 40
 Stadtgemeinde, Wohnhaus, Biererstraße 3
 — Wohnhaus, Schaffhausenstraße 11
 Happel, Heinrich, Garnisons-Verw.-Inspektor, Hermann-Kurzstraße 19
 Heeresunterkunftsammt, Stallanbau, Paulinenstraße 19
 Jacob, Hans, Obersekretär, Waldhäuserstraße 28
 Klink, Handelschulrat, Wohnhaus, Waldhäuserstr. 17

Klink, Alfred, Waschanstalt u. Wohnhaus, Katharinenstraße 2
 Landenberger, Wilhelm, Stadtbaurat, Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 13
 Linke, Leopold, Schokoladefabrik, Wohnhaus, Friedrichstraße 4
 Maier, Johannes, Zugführer, Wohnhaus, Breuningstraße 11
 Dr. Maier, Stadtpfarrer, Wohnhaus, Johannesweg 2
 Ring u. Hermann, Wohnhaus, Bismarckstraße 36
 Singer, Wilhelm, Stadtpfeger, Hermann-Kurzstr. 11
 Stähle, Gustav, Architekt, Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 15
 — — Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 17
 — — Ladenanbau, Gartenstraße 40
 Staatsfinanzverwaltung, Anbau, Hygienisches Institut, Kaulerstraße 2/1
 — Beamtenwohngebäude, Melanchthonstraße 26
 — — Melanchthonstraße 28
 Stadtgemeinde, Wohnhaus, Kasernenstraße 17
 — — Kasernenstraße 17/1
 Steinhilber (Fritz, Metzger), Scheuer u. Stall, Köllestraße 27
 Wagner, Matthias, Zugführer, Wohnhaus, Militärstraße 12
 Walter, Karl, Eisenbahnobersekretär, Wohnhaus, Biererstraße 6
 Weißhaar, Albert, Kaufmann, Wohnhaus, Steinlachstraße 25
 Zimmer, Martin, Ingenieur, Wohnhaus, Kägelestr. 19

Jahrgang 1925.

Albrecht, Dr. Walter, Univ.-Prof., Wohnhaus, Waldhäuserstraße 47
 Bernhard, Paul, Josef, Kfm., Wohnhaus, Friedrichstraße 13
 Deutsches Institut für ärztl. Mission, Arztwohnhaus, im Heuland
 Dieterle, Ludwig, Fabrikant, Wohnhaus, Staußenstraße 27
 Fritz, Gottfried, Gipser, Wohnhaus, Frondsbergstr. 25
 Fritz, Karl, Pomologe, Wohnhaus, im hint. Kreuzberg
 Gemeinnützige Gesellschaft z. Bau von Wohnungen für Festbesoldete, Doppelhaus, Madenstraße 8
 — — desgl., Doppelhaus Madenstraße 10
 Gutkunst, Gottlieb, Kaufmann, Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 23
 Harms, Dr. Jürgens, Univ.-Prof., Waldhäuserstr. 48
 Heeresunterkunftsammt, Stallgebäude an der Hindenburgstraße, Paulinenstraße 23/1
 — Mannschaftsgebäude an der Falkenhausenstraße, Mathildenstraße 38

Kälberer, Gottfr., Wagenwärter a. D., Wohnhaus, Schaffhausenstraße 7
 Karrer, Theodor, Schneider, Wohnhaus, Kelterstr. 30
 Kehler, Karl, Schreinermeister, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 93
 Kitzling, Adelheid, Wohnneubau- und Anbau, Zöllernstraße 25
 Kugel, Johannes, Privatier, Wohnhaus, Schwarzlocherstraße 29
 Kärner, Christian, Bauunternehmer, Wohnhaus, Reutlingerstraße 35
 Maier, Christian, Ingenieur, Fabrikneubau, Schwarzlocherstraße 10
 Nägele, Eugen, Professor, Wohnhausanbau, Gartenstraße 23
 Pohl, Therese, Univ.-Prof.-Gefrau, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 26
 Rauscher, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Dendingerstraße 34
 Schmid, Dr. Karl, Rechtsanwalt, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 23
 Schneid, Christian, Gipser, Wohnhaus, in der Neuhaide
 Schweichardt, Gebrüder, Erweiterungsbauten a. d. Effigfabrik, Reutlingerstraße 62
 Spannenberger, Christian, Telegrafenaufsichtsassistent, Wohnhaus, Kappstraße 6
 Staatsfinanzverwaltung, Beamtenwohngebäude, Melanchthonstraße 30
 — — Brunsstraße 34
 — — Kinderklinik, Rümelinstraße 23
 Stadtgemeinde, Gaswerk, Erweiterungsbauten im Eisenhut
 Theurer, Wilhelm, Architekt, Wohnhaus, Bismarckstraße 38, 38/1
 Universitätsbund Tübingen, Wohnhaus, Waldhäuserstraße 50
 Wagner, Karl, Kaufmann, Wohnhaus, Breuningstr. 14
 Wirtle, Rosa, Homöopathin, Wohnhaus, Westbahnhofstraße 15.

Jahrgang 1926

Belthle u. Zeeb, Gipsermeister, Wohnhaus, Reutlingerstraße 33
 Blessing, Heinrich, Maler, Wohnhaus, Ehlingerstr. 6
 Brodbeck, Maschinenseher, Wohnhaus, Hallstattstraße
 Dietrich, Friedrich, Maurermeister, Herm.-Kurzstr. 35
 Emelin, Dekan a. D., Wohnhaus, Johannesweg 6
 Göbel, Eugen, Buchdruckereibesitzer, Wohnhaus, Poststraße 12
 Gugel, Obersteuersekretär, Wohnhaus im Kotbad

Gugel, Karl, Bauunternehmer, Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 29	Wieland, Marie, Kaufm. We., Wohnhaus, Waldhauerstraße 34
Henning, Pfarrer a. D., Wohnhaus, Johannesweg 5	Wörner, Telegrafeningenieur, Wohnhaus, Hallstattstraße
Höckh, Telegrafenaufsicht, Wohnhaus, Schaffhausenstraße 5	Zanker, Fabrikant, Wohnhaus, Schwärzlocherstr. 40
Kinderheim Tübingen, Neubauten, Cottastr. 19	
Knecht, Richard, Architekt, Hauserstraße	Jahrgang 1927
Kobel, August, Rechnungsrat, Wohnhaus, Herm.-Kurzstraße 25	(soweit am 1. Juli mit Bauen begonnen)
Kürner, Postunterbeamter, Wohnhaus, Herrenbergerstraße 89	Bauer, Georg, ML.-Pfleger a. D., Wohnhaus, Landweg 6
Liebig, Kurt, Oberamtsrichter a. D., Wohnhaus, Stöckelstraße	Beltzle, Bäcker in Hagelloch, Wohn- und Geschäftshaus, Brückenstraße 6
Linder, Dr. Karl, Bankbeamter, Wohnhaus, Herm.-Kurzstraße 27	Bortt, Georg, Expedient, Wohnhaus, Kiehmeyerstr. 4
Latus, Richard, Postschaffner, Wohnhaus, Westbahnhofstraße 11	Deutsche Reichspost, Post- und Telegrafengebäude, Bahnhofstraße 2
Dr. Maier, Wohnhaus, Hallstattstraße	Dittus, Ernst, Kaufmann, Wohnhaus, Johannesweg 7
Maier, Friedrich, Gipsermeister, Wohnhaus, Kiehmeyerstraße 5	Fauser, Sigmund, Briefträger, Wohnhaus, Mathildenstr. 41
Müller, Otto, Friseur, Wohnhaus, Westbahnhofstr. 3	Forstbaur, Ferdinand, Kaufmann, Wohn- und Geschäftshaus, Paulinenstraße 1
Munz, Hermann, Architekt, Wohnhaus, Schleifmühlweg 48	Fritz, Heinrich, Werkmeister, Wohnhaus, Bismarckstraße 44
Noll, Andreas, Oberpostinspektor, Wohnhaus, Schleifmühlweg 50	Heinle, Heinrich, Schneidermeister, Wohn- und Geschäftshaus, Friedrichstraße 1
— Josef, Eisenbahnsekretär, Wohnhaus, Eßlingerstraße 5	Rehrer, Briefträger, Wohnhaus, im Hasenbühl
Raß, Paul, Kaufmann, Wohnhaus, Hauserstraße	Kost, Fritz, Weingtr., Wohn- und Dekonomiegebäude, Köllestraße 3
Plocher, Jakob, Eisenbahnbesitzer, Wohnhaus, Bismarckstraße 42	Krauß, Friedrich, Gärtner, Wohn- und Dekonomiegebäude, Pulvermühlstraße 3
Pregizer, Dekan a. D., Wohnhaus, Johannesweg 8	Klett, Regierungsbaumeister, Wohnhaus, Landweg 1
Rauscher, Johannes, Zimmermeister, Wohnhaus, Reutlingerstraße 10	— — Wohnhaus, Johannesweg
Riehmüller, Regierungsbaumeisters We., Wohnhausanbau, Schloßbergstraße 10	Lumpp, Jakob, Fabrikant, Wohn- und Geschäftshaus, Ludwigstraße 2
Sauter, Stadtpfarrer (vorm. Gammerding), Wohnhaus, Hermann-Kurzstraße 31	Deffinger, Karl, Elektrotechniker, Wohn- u. Geschäftshaus, Friedrichstraße 3
Schnaidt, Albert, Architekt, Wohn- und Geschäftshaus, Walter Simonstraße 14	Pfänder, Friedrich, Oberlehrer, Wohnhaus, Hallstattstraße
Schnitzler, Otto, Professor (vorm. Dieterich), Wohnhaus, Herm. Kurzstraße 33	Schnaidt, Albert, Baumeister, Wohnhaus, Gartenstr.
Schneek, Richard, Schaffner, Wohnhaus, Westbahnhofstraße 13	Sinner, Baggeraufseher, Wohnhaus, Schwärzlocherstr. Stadtgemeinde, 10-Familienreihenhaus, Schaffhausenstraße
Stadtgemeinde, massive Wohnbaracke, Hasenbühl (Herrenbergerstraße 68 u. 68/1)	— neues Maschinenhaus bei der Sauggasanlage, Brückenstraße
— Mädchenrealschule u. Turnhalle, Oberer Wöhrd	Stoll, Landgerichtsrats We., Wohnhaus, Iglersloh
Seiß, Franz, Obersteuersekretär, Wohnhaus, Eßlingerstraße 8	Uhl, Karl, Lokomotivführer, Wohnhaus, Mathildenstr. 19
Trapp, Otto, Apotheker, Wohnhaus, Stauffenstraße 34	Wiedmaier, Engelbert, Wohnhaus, Mathildenstr. 43
Ull, Peter, Pfarrer a. D., Wohnhaus, Johannesweg 10	Wohnbaugesellschaft, Wohnhaus, Mackensenstraße 12
Wiedmann, Fritz, Bauinspektor, Wohnhaus, Hallstattstraße	— Wohnhaus, Mackensenstraße 14
	Wagenbaur, Wohnhaus, Johannesweg 12
	Dieth, Oberlehrer, Wohnhaus, Fürststraße
	Zusammen sind es 1127

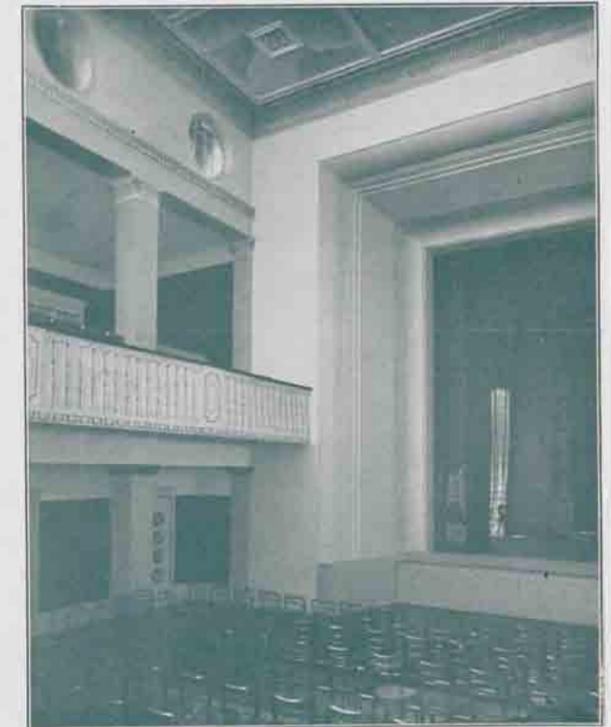
Der Umbau des Museums von Stadtbaurat Haug

Die Tübinger Museums-Gesellschaft war in den Jahren 1912/13 endlich entschlossen, ihren veralteten, unzulänglich gewordenen Theater- und Konzertsaal mit Bühne sowie die Wirtschaftsräumlichkeiten des alten Gesellschaftshauses modernen Anforderungen entsprechend um- bzw. neuzubauen. Der alte, von Baurat Knoblauch in Stuttgart im Jahre 1888 erbaute Museumsaal war eigentlich ein Festsaal nur noch dem Namen nach; mit seiner bemalten sichtbaren hölzernen Dachkonstruktion im Innern machte er einen geschmacklosen Eindruck, ein Rotbehelf, für Theaterzwecke beinahe eine Unmöglichkeit. Es fehlten Notausgänge, die Kleiderablage war eng, der Andrang mitunter geradezu bedrückend, die Bühne viel zu klein, die vorhandene Lüftung und besonders die Ofenheizung in jeder Hinsicht unzureichend, auf der Bühne geradezu bedenklich.

Der damalige Vorstand der Museums-Gesellschaft, Oberamtsvorstand Freiherr von Soden gab dann der Stadt Gelegenheit zur Einsichtnahme von zwei im Auftrag der Museums-Gesellschaft durch eine Stuttgarter Architektenfirma ausgearbeiteten Bauplänen, die aber vom Stadtvorstand und mir als unbefriedigend bezeichnet wurden, da sie dem Gedanken der Schaffung eines wirklich großen Saales mit dementsprechender Bühne, reichlich großen Kleiderablagen usw. in keiner Weise Rechnung trugen.

Die von mir bei dieser Gelegenheit entwickelte ganz neue Idee, die seitherige Saalage des großen Saales so nach Osten zu verschieben, daß sie in die Mitte zwischen dem vorhandenen oberen kleinen Saal (Silberaal) und einem neuen oberen kleinen Saal von etwa derselben Größe (Uhlensaal) zu liegen käme, um jederzeit die Möglichkeit zu haben, je nach Bedarf den neuen großen Saal und diese zwei kleineren Säle zu einem Riesensaal vereinigen zu können, wurde vom Stadtvorstand, nachdem die technische Durchführbarkeit erwiesen war, bestmöglichst unterstützt. Er war es auch, der (im Einvernehmen mit dem Gemeinderat) der Museums-Gesellschaft dringlich anriet, daß dieser neue Gedanke weiter verfolgt werde durch Aufstellung eines neuen städtischen Bauplans. Und so kam ein dementsprechender Beschluß der Mitglieder-

versammlung der Museums-Gesellschaft im Juli 1913 zustande. Ich erhielt anschließend daran die gemein-



Schilleraal des Museums

derällige Erlaubnis zur Ausarbeitung eines neuen Bauprojekts unter Zugrundelegung meiner angedeuteten Idee. Eine kleine Studienreise in Leipzig und größerer Städte innerhalb des Reichs gab mir als dem neuen Planfertiger noch mancherlei Anregungen hierzu.

Anfangs Januar 1914 war dieses neue Bauprojekt unter Einfluß des Umbaus der Wirtschaftsräumlichkeiten usw. des alten Gesellschaftshauses mit Kostenvoranschlag und Erläuterungsbericht fertiggestellt und wurde dem Gemeinderat vorgelegt. Bei der Prüfung und Durchberatung desselben wurde das neue Projekt, da es den Erwartungen, auch bezügl. des Kostenbe-

langs, durchaus entsprach, von den bürgerlichen Kollegien gutgeheißen und der Museums-Gesellschaft zur Ausführung empfohlen unter gleichzeitigem Vorschlag einer Regelung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Stadt und Museums-Gesellschaft; ich verweise daher halb auf die näheren Ausführungen in der Broschüre.

Die Museums-Gesellschaft ihrerseits als Bauherrschaft unterzog meinen Entwurf einer weiteren Kritik, ich mußte ihn im Lichtbild der Öffentlichkeit vorführen. Nach Erledigung einiger Wünsche, besonders der damaligen Württ. Hoftheater-Intendanz und Anhörung eines führenden Baukünstlers, Professor Bonah in Stuttgart als Obergutachter erteilte die Museums-Gesellschaft gleichfalls ihre einhellige Zustimmung zu dem neuen städtischen Bauprojekt; inzwischen war auch die Finanzierung so weit geglückt.

Dies war Ende Februar 1914.

Dieser von mir ausgearbeitete und so genehmigte Bauentwurf umfaßte nun außer dem Umbau der Wirtschaftsräumlichkeiten des alten Gesellschaftshauses:

Die Neuerstellung eines großen Saales (Schilleraal) für 700 Sitzplätze bei Stuhlbetrieb mit 2 Seiten- und einer Mittelgalerie für weitere 450 bis 500 Personen (ohne Stehplätze). Der Haupteingang liegt an der Grabenstraße; durch 3 große Eingänge und ebensolche Windfänge erreicht man eine geräumige Vorhalle mit Kasse und besonders großer Kleiderablage, von hier aus führt ein direkter Zugang zu den Wirtschaftsräumlichkeiten. Eine dreiarmlige Haupttreppe vermittelt den Verkehr zu den Galerien und zu den oberen kleinen Festsälen. Von dieser Vorhalle gelangt man in eine Wandelhalle mit Kleiderablage, von welcher aus sieben zweiflügelige Türen in den großen Saal führen; auf der entgegengesetzten Längsseite des Saales münden gleichfalls 7 zweiflügelige Türen durch eine angegliederte Saal-terrasse direkt ins Freie. Auf diese Weise ist eine verhältnismäßig rasche Entleerung des Saales im Falle einer Panik gewährleistet. Die Ueberleitung vom Saal zur Bühne erfolgt durch einen breiten und tiefen Proszeniumsrahmen von 11 Meter lichter Breite und 7 Meter lichter Höhe. Die rund 200 qm. große und etwa 15 Meter hohe Bühne, 90 cm. über dem Saalparkett liegend, mit Schnürboden versehen, war so gedacht, daß die Züge für die bühnentechnische Einrichtung in Rischen untergebracht werden konnten. Dadurch konnten die Wände und die Decke des Schnürbodens der Bühne so ausgebildet werden, daß sie selbst als Erweiterung in den großen Saal mit einbezogen werden kann. Vor der Bühne liegt ein versenk-

bares Orchester, zu beiden Seiten derselben Künstlerzimmer und ein sogenanntes Regiezimmer, außerdem ein großer Kulissenraum. Zwischen dem großen Saal und den zwei oberen kleinen Sälen sind leicht wegnehmbare doppelte Holzwände mit dazwischen fenstrecht herabhängenden schalldämpfenden Filztafeln im Interesse der Schallsicherheit der Säle untereinander vorgesehen. Zwei massive Treppenhäuser mit feuersicheren Türen und direkten Ausgängen ins Freie, Toiletten, Waschräume, Magazin für Kulissen und Requisiten, die sonst noch nötigen Nebenräume usw. vervollständigen die Bauanlage. Als Heizung ist eine Niederdruckdampfheizung mit fog. Luftumwälzung vorgesehen. Die Außengestaltung ist modern in einfachen schlichten Formen gedacht und mit dem alten Gesellschaftshaus so weit als möglich in Einklang gebracht.

Die Mitgliederversammlung der Museums-Gesellschaft beschloß nun Ende Februar 1914 die sofortige Ausführung nach diesem städtischen Plan und so konnte bereits anfangs März 1914 mit den Abbrucharbeiten des alten Saales begonnen werden. Die Gründungsarbeiten zum neuen Theater- und Bühnenbau gestalteten sich dann insofern schwierig, als sich der Baugrund als ungenügend herausstellte und erst in beträchtlicher Tiefe gewachsener Grund zum Vorschein kam.

Es handelte sich nun darum, ob nicht eine über die ganze Baufläche durchgehende Eisenbetonplatte zur Uebertragung der Lasten auf dem Baugrund ausgeführt werden solle oder ob nicht besondere, in Eisenbeton armierte Fundamentpfeiler für die sehr stark belasteten Stützen des großen Saales und des Bühnenhauses bei mäßiger Inanspruchnahme des Baugrunds das Richtige wäre. Die letztere Fundierung wurde als die für den vorliegenden Fall geeignete sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Rücksicht auf eine möglichst gleichmäßige Setzung der verschiedenen mehr oder weniger stark belasteten Bauteile gewählt; sie wurde rasch und ohne jeden Zwischenfall durchgeführt und hat sich durchaus bewährt. Die Ausführung der Mittelgalerie mit ihrer großen freien Spannweite von 16,80 Meter erforderte in konstruktiver Hinsicht besondere Sorgfalt; die gesamte Belastung bei dieser außergewöhnlichen Spannweite wurde durch einen hohen eisernen Gitterträger aufgenommen.

Um möglichst alle Vorbedingungen für eine einwandfreie Akustik zu schaffen, wurde die Decke über dem großen Saal horizontal statt wie vorgesehen,

als leicht geschweifte Segmentbogendecke durchgeführt; sie ist in Holzkonstruktion mit Deckenverputz an die eisernen Dachbinder aufgehängt worden mit reichlich durchbrochenen Stuckfüllungen für Ventilationszwecke. Sodann wurden die während der Bauausführung von der damaligen Württ. Hoftheater-Intendanz noch vorgebrachten besonderen Wünsche in weitgehendstem Maße berücksichtigt, insbesondere bezügl. der Bühnenöffnung, die annähernd so breit wie das große Haus der Stuttgarter Landestheater gewünscht wurde, der bühnentechnischen Einrichtungen und der Ausstattung der Künstler- und Künstlerinnenzimmer und des Regieimmers. Dem Gedanken der evtl. Unterbringung einer Orgel, der von dem damaligen Vorstand des akademischen Musikvereins — Univ.-Prof. Dr. Volbach — ausging, wurde zunächst einmal durch Vorsehung eines dementsprechenden erkerartigen Anbaus an der Rückseite des Bühnengebäudes Rechnung getragen. Für Theater- und Konzertvorstellungen ist für den großen Saal als Zuschauerraum ein transportabler aus einer Anzahl Holzpodien auf fog. Stellagen ruhender leicht wegnehmbarer Aufbau amphitheatralisch ansteigend, angebracht worden, so daß von allen Plätzen aus die Bühne gleichgut beherrscht werden kann. Will dagegen beispielsweise der große Saal für einen Wirtschaftsbetrieb (Tische und Stühle) oder für Ballzwecke herangezogen werden, so ist es möglich diesen Aufbau in denkbar kürzester Zeit zu entfernen. Schließlich sei noch angeführt, daß im Untergeschoß unter der Kleiderablage des großen Saales noch eine Regelbahn eingebaut worden ist.

Als am 1. August 1914 der Krieg ausbrach, war der Rohbau des großen Saales, des Bühnenbaus und des neuen kleinen Saales bereits annähernd fertig. An diesem Tag als dem Beginn der Universitätsferien sollte weiterhin mit den Umbauarbeiten der Wirtschaftsräumlichkeiten, der Verlegung der Küche und nicht zuletzt der so dringend notwendigen Verbesserung der Klosettverhältnisse des alten Gesellschaftshauses begonnen werden, damit auch diese baulichen Verbesserungen zusammen mit dem Theaterbau bis zu Beginn des Wintersemesters hätten fertiggestellt und miteinander zu gleicher Zeit in Betrieb genommen werden können. Nun wurde aber militärischerseits der alte Museumsaal gleich bei Kriegsausbruch für Reservelazarettzwecke verlangt; da er aber nicht mehr vorhanden und der neue Museumsaal noch nicht fertiggestellt war, so mußte das alte Gesellschaftshaus mit dem alten oberen kleinen Saal (Silberaal) und dem neuen kleineren oberen Saal (Uhlensaal), der kaum im Rohbau fertiggestellt war, zur Verfügung

gestellt werden. Durch diese Inanspruchnahme des ganzen alten Gesellschaftshauses für Reservelazarettzwecke mußte die geplante Durchführung des Umbaus in diesem alten Hause vorläufig aufgegeben werden; der Theaterbau mit Bühnenhaus dagegen wurde mit den nach Kriegsausbruch noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräften weiterbetrieben trotz vieler und mancherlei Schwierigkeiten.

Wenn es dann schließlich doch gelang, trotz den Hemmungen des Kriegs die Bauarbeiten so zu fördern, daß am 11. Juni 1915 die Einweihung des Theater- und Saalbaus erfolgen konnte, so hat seinen Anteil hieran außer dem doch bis Kriegsausbruch als örtlichen Bauführer tätigen Bernhard Jäger erstling der damalige dramaturgische Leiter der Museums-Gesellschaft, Professor Dr. Zinkernagel, der bezügl. der bühnentechnischen Einrichtungen und der Ausgestaltung der Künstlergarderoben dem Bauleitenden hilfreich zur Seite stand; wertvolle Anregungen ergaben sodann die Sitzungen der Baukommission der Gesellschaft.

Die Württ. Hoftheater-Intendanz führte bei der Einweihung, die unter Teilnahme weitester Kreise der Bürgerschaft stattfand als Festvorstellung „Torquato Tasso“ von Goethe auf. Bei dieser Gelegenheit konnte u. A. festgestellt werden, daß die Akustik des Hauses durchweg sehr gut gelungen war.

So dürfte mit der Fertigstellung dieses Bauwerks die Lüburger Theater- und Saalbaufrage wohl für alle Beteiligten, für Stadt und Universität, auf Jahrzehnte hinaus in glücklicher Weise gelöst sein.

Zu erwähnen wäre noch, daß, nachdem im Oktober 1916 das Reservelazarett im alten Gesellschaftshaus der Museums-Gesellschaft aufgehoben worden war, auch der neue obere kleine Festaal (Uhlensaal) mit eingebauter Galerie und Nebenräumen fertiggestellt werden konnte; von dem bei Kriegsausbruch zurückgestellten Umbau des alten Hauses dagegen ist bis heute nur durchgeführt die Tiefverlegung und Verbesserung des Sängerkranssaales mit gleichzeitiger Schaffung des großen Saalbüfets mit Nebenräumen; an Stelle des ursprünglich vorgesehenen Museums-Cafés ist inzwischen ein Laden eingebaut worden.

Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß die Stadt vor einigen Jahren ihren Kinematographischen Vorführungsapparat der Museums-Gesellschaft zur Verfügung gestellt hat zwecks Vorführung von Kultur- und Lehrfilmen jeder Art, besonders für Schulen und Studentenschaft; hievon wird so viel als möglich Gebrauch gemacht.

Es wäre zu wünschen, daß die Durchführung des noch restierenden Umbaus des alten Gesellschaftshauses einschl. der so dringend notwendigen Verbesserung

der Klosettverhältnisse dortselbst in Bälde erfolgen könnte.

Die Nutzbarmachung von Wasserkraften

Von Stadtbauwart Landenberger

Für die Gemeindegewirtschaft in Gegenwart und Zukunft ist die Nützung der nahe oder gar inmitten des Versorgungsgebietes gelegenen Wasserkraften von sehr großer Bedeutung und hierorts eine Aufgabe, welche Gemeindevverwaltung und die einschlägigen technischen Ämter schon viele Jahre lang, zeitweise sehr intensiv beschäftigt hat. Denn es wurde sich als Ziel gesetzt, der städt. Werkswirtschaft des Wassers nie versiegende Kraft immer mehr dienstbar zu machen und hierzu je nach Leistungs- und Aufnahmefähigkeit nach und nach die noch freien Wasserkraften der nahe gelegenen Flüsse, soweit dieselben ausbaufähig sind, zu sichern und zu nützen. Nach Lage der Verhältnisse kamen hierfür zunächst nur die größeren Neckarwasserkraften in Frage — und nur schrittweise war eine Lösung der großen Aufgabe möglich, denn die gewonnene Wasserkraft mußte jeweils untergebracht werden und die Wasserkraftanlagen mußten sich eingliedern in die gesamte Werkswirtschaft. Außerdem war aber durch den Wechsel der Zeit- und Wirtschaftsverhältnisse, dann durch techn. Umwälzungen und Fortschritte und infolge von Naturgewalten die Aufgabe immer wieder neu und von anderer Seite anzufassen. Durch zähe Arbeit sind in den zwei jetzt abgelaufenen Jahrzehnten recht beachtliche Erfolge zu verzeichnen, anderes ist allerdings (das war nicht unsere Schuld) unerreicht geblieben, wieder anderes steht noch bevor.

Eine erschöpfende Darstellung darüber zu geben, muß späterer Zeit vorbehalten bleiben. Zweck dieses Aufsatzes soll vielmehr nur sein, abrißweise und in großen Zügen eine Skizze zu zeichnen, insbesondere auch über den eingeschlagenen Weg. Auf Einzelheiten einzugehen verbietet Raum und Zeit.

Von jeher war in Tübingen (wohl infolge der Lage an drei größeren Wasserläufen) das Bestreben vorhanden, Wasserkraften zu nützen. Schon um das Jahr 1450 wurde der Ammerkanal vom Ammerhof nach Tübingen gegraben und dann im Sattel des Berges unter der heutigen Mühlstraße vollends nach dem Neckar geleitet, zu dem Zweck, das Wasser der Ammer in mehreren kleinen Gefällstufen zunächst wohl für den Betrieb von Mahlmühlen zu nützen. Für jene Zeit mit den unklaren und zerplitterten Rechts- und Eigentumsverhältnissen war dieses Unternehmen eine gewaltige Leistung.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auch im Süden Deutschlands einsetzende Industrialisierung, dann die Elektrifizierung erforderten größeren Kraftbedarf, brachten aber zugleich auch die techn. Hilfsmittel für Nützung und Wertung größerer Wasserkraften, deren Ausbau infolgedessen als bald energisch einsetzte. Gleichzeitig entstand aber durch die inzwischen verbesserte Dampfmaschine für Wirtschaft und Industrie ein weiterer leistungsfähiger Kraftspender, den Wasserkraftwerken ein nicht zu unterschätzender Konkurrent.

Ob die Antriebskraft durch Kohle oder Wasser erzeugt werden sollte, das war nach und nach eine Frage von großer wirtschaftlicher Bedeutung geworden, die immer wieder von Fall zu Fall und auf Grund eingehender Betriebskostenberechnungen und den örtlichen Verhältnissen entsprechend bald zugunsten der schwarzen, bald zugunsten der weißen Kohle (wie man die Wasserkraft bezeichnete) entschieden wurde. Höhere volkswirtschaftliche Gesichtspunkte schieden dabei in der Regel aus, in. E. schon damals sehr zu Unrecht.

Die Wassernutzungsentwürfe und deren Schicksal

Auch in Tübingen entstand um das Jahr 1850 herum der erste Plan, in den Neckar oberhalb der Stadt ein festes Wehr einzubauen, dann das Wasser durch einen neuen Werkskanal im Gelände der heutigen Kastanienallee abzuleiten, Fabriken anzusiedeln und diese durch die gewonnene Wasserkraft zu betreiben. Wäre dieser Plan damals zur Ausführung gekommen, die bauliche, noch mehr aber die wirtschaftliche Entwicklung Tübingens hätte andere Bahnen eingeschlagen. Daß er nicht verwirklicht wurde, ist in landschaftlicher Hinsicht jedenfalls nicht zu bedauern.

Auf anderer Grundlage und energischer denn jemals zuvor setzten zu Anfang des 20. Jahrhunderts neue Bemühungen der Stadtverwaltung ein, für ein stadteigenes Elektrizitätswerk die Neckarwasserkraften dienstbar zu machen. Der erste bedeutsame Erfolg war, der Ausbau der Neckarwasserkraftanlage bei der Gartenstraße unterhalb Tübingen, die im Jahr 1912 in Betrieb genommen wurde. Zunächst als ein notwendiger Bestandteil der Neckarkorrektion brachte die neue Wasserkraftanlage (ein Sperrenwehr mit Walzenwehr und an anderer Stelle näher beschrieben) dem vorher mit Dampf betriebenen städt. Elektrizitätswerk einen Kraftzuwachs von etwa 500 PS, so daß dessen Dampfmaschinen zeitweise stillgelegt werden konnten. Aber der Stromablaß war im Ansteigen, neue Abfahrgelände standen offen.

Durch den Aufstau des Neckars in der Korrektionsstrecke bei der Eberhardbrücke war man schon einige Jahre vorher vor die Frage gestellt, die zwei kleineren Ammerwasserkraften der früheren Schnaitth'schen Mühlen entweder teilweise abzulösen, oder die Nutzungsrechte ganz zu erwerben. Man hat den letzteren Weg gewählt, weil Plan, Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung ergeben haben, daß eine Zusammenfassung aller drei Gefällstufen des Ammerkanals unter der Mühlstraße und die Nützung der Wasserkraft in einem unterirdischen Wasserkraftwerk unter der Brunnenangmphe technisch und mit erträglichen Kosten durchführbar war und daß dadurch für das städt. Elektrizitätswerk eine nach den damaligen Verhältnissen beachtliche Wasserkraft von 50 bis 70 PS. gewonnen werden konnte. Der Plan ist dann auch im Jahr 1919 (als Notstandsarbeit) durchgeführt worden. Eine Druckleitung aus Eisenbeton unter der Mühlstraße führt das Wasser zu. Die durch eine Spiralturbine gewonnene Wasserkraft wird in elektrischen

Strom umgeseht und nach dem Werk Grabenstraße geleitet. Betrieb und Bedienung dieser unterirdischen Wasserkraftanlage erfolgt vom Elektrizitätswerk der Grabenstraße aus.

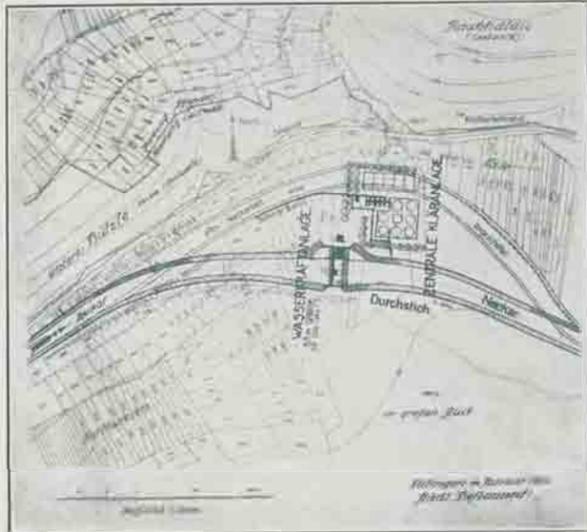
Schon mit der Planbearbeitung der Neckarkorrektion und der Wasserkraftanlage Gartenstraße setzten die techn. Untersuchungen über die Nutzbarmachung einer weiteren Neckarwasserkraft oberhalb Tübingen ein, denn bis zum Kiebingener Kraftwerk der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg war noch ein frisches Gefälle von etwa 9 Meter vorhanden. Durch äußere Umstände, insbesondere Eisenbahnbauten veranlaßt, war Beschleunigung geboten und es wurden demgemäß schon im Jahre 1909 die Konzessionsgesuche für ein zweites Wasserkraftwerk (oberhalb Tübingen) eingereicht. Hiernach sollte die neue Wasserkraftanlage II, wie sie genannt wurde, oben beim Pfingstgraben erstellt werden und bei etwa 4 Meter Gefälle (durch Aufstau des Neckars) eine Wasserkraft von rd. 450 PS. gewonnen werden. Das Wehr war als bewegliches Walzenwehr geplant, ein Fußgängersteg als Verbindung über den Neckar vorgesehen, darunter im festen Wehrlörper sollte ein Schmutzwasser-Sammelkanal für die geschlossene Ableitung der Abwässer aus dem Neckarthalgebiet erstellt werden. Das Kraftwerk selbst war auf der linken Seite des Neckars geplant. Außerdem war vorgesehen rechts des Neckars eine größere Freibadeanstalt mit großem Badebecken, welches mit Wasser aus der Stauhaltung gespeist werden sollte. Verhältnismäßig rasch, im Jahre 1911 wurde die Konzession erteilt, die heute noch besteht, was sich in der Folge als recht vorteilhaft erwiesen hat.

Auch im Neckar unterhalb Tübingen zwischen Lustnau und Kirchentellinsfurt war noch ein größeres Gefälle von etwa 8 Meter ungenützt. Zwar hatte sich die Gemeinde Lustnau schon einen Plan zur Nützung eines kleineren Teilgefälles aufstellen lassen. Allein es stand dessen Bauwürdigkeit schon aus technischen, mehr aber noch aus wirtschaftlichen Gründen doch sehr in Frage.

Schon im Jahr 1912, eingehender noch im Jahr 1913, setzten unsere Untersuchungen über die Nutzbarmachung und Bauwürdigkeit dieser Neckarwasserkraft Lustnau-Kirchentellinsfurt ein und es ergab sich hierbei, daß bei etwa 6 Meter Nutzfälle eine Wasserkraft von 1000 P.S. gewonnen werden konnte und daß diese Wasserkraft noch eine der ausbaufähigsten war.

Infolge Einsprachen der Gemeinde Lustnau mußte unsere gleichzeitig geplante zentrale Kläranlage vom

ersten Entwurf abweichend um etwa 1,2 Kilomtr. weiter nekarabwärts, unterhalb Lustnau verlegt werden, womit dieselbe der geplanten Wasserwerksanlage bedeutend näher und in deren Staubereich zu liegen kam. Dadurch lag nahe, wenn irgend möglich sofort oder doch nach und nach die Kläranlage noch weiter abwärts, d. h. vollends bis ans geplante Wasserkraftwerk zu verschieben und beide Unternehmungen (zentrale Kläranlage und Wasserkraftwerk) in einen Bau- und Betriebskörper zusammenzufassen, wodurch jedenfalls der Bau der Kläranlage erheblich einfacher, ihr



Wasserkraftwerk und Kläranlage

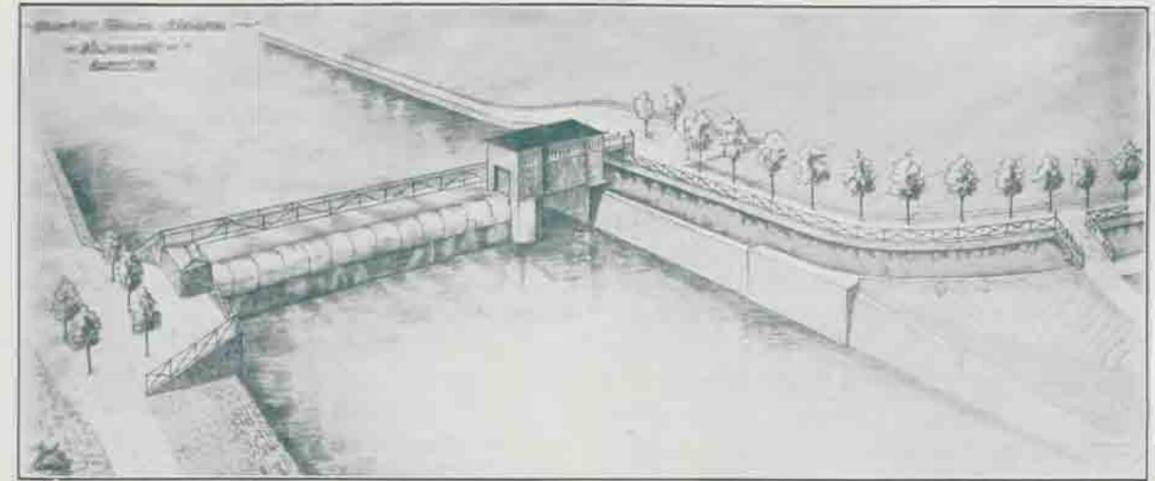
Betrieb wesentlich billiger geworden wäre. Dieser Gedanke hat dann auch unserem Entwurf der Wasserkraftanlage das Gepräge gegeben.

Etwa 2 1/2 Kilometer unterhalb Lustnau sollte der scharfe Bogen des Neckars mittels Durchstichs abgeschnitten und in der Mitte des Durchstichs die Wasserkraftanlage, bestehend aus der Walzenwehrranlage mit dem Kraftwerk, eingebaut werden. Unmittelbar links des Kraftwerks, zum Teil im alten Neckarbett, sollte die zentrale Kläranlage erstellt werden. Voraussetzung für diesen Plan war aber, daß beide Anlagen in eine Hand kommen, was zutreffend schien, da ein ernstlicher Mitbewerber um die Wasserkraftanlage nicht vorhanden war. Der Kriegsausbruch 1914 brachte die nahezu abgeschlossene Plansarbeit für das Wasserkraftwerk zum Stillstand und nach Beendigung des Weltkrieges war eine neue Lage sowohl auf technischem als wirtschaftlichem Gebiet geschaffen. Außerdem trat aber nunmehr die Industriestadt Reutlingen als energischer Bewerber

um den Erhalt der Wasserkraft auf und in Wettbewerb mit Tübingen. Um den Erhalt der Konzession folgten nun jahrelange Auseinandersetzungen, schließlich zähe Kämpfe. Schon im anfänglichen Verlauf derselben und später wiederholt ist unsererseits der Vorschlag gemacht worden, die strittige Wasserkraft gemeinsam durch Tübingen und Reutlingen (womöglich unter Einbeziehung der Elektr. Kraftübertragung Herrenberg) auszubauen, ebenso später dann die noch freie Wasserkraft oberhalb Tübingen. Doch war auch auf dieser Grundlage eine Einigung nicht zu erzielen, weil die Reutlinger den Vorschlag immer wieder in bestimmter Weise abgelehnt haben. Leider, denn der Zusammenschluß hätte insbesondere unter Einbeziehung der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg einen kräftigen und aufnahmefähigen Wirtschaftskörper geschaffen, die Wasserkraftanlage hätte rasch gebaut werden können, der volle Stromabsatz wäre von Anfang an gesichert gewesen und wir hätten Erfahrungen mitgebracht, welche sich bezüglich Bau und Betrieb sicher nur vorteilhaft ausgewirkt hätten. Später ist dann ein Bündnis Reutlingen-Kirchentellinsfurt geschlossen worden. Schließlich im Jahr 1923 ist auch von der zuständigen Kreisregierung die Konzession Reutlingen als der (Gewerbe- und Industrie) Stadt, die der Wasserkraft am ehesten bedürfte, zugesprochen worden, ohne daß einer der großen Gedanken (Zusammenfassung von Kläranlage und Wasserkraftwerk und gemeinsamer Ausbau der Wasserkraftanlagen) weiter berücksichtigt worden wäre. Nach dem Gang der nahezu 4jähr. Verhandlungen, insbesondere gegen den Schluß zu, konnte diese Entscheidung nicht mehr überraschen. Bald nachher hat Reutlingen mit dem Bau seines Wasserkraftwerks, Tübingen mit der zentralen Kläranlage begonnen. Das Kapitel Wasserkraft Lustnau-Kirchentellinsfurt konnte unsererseits geschlossen werden und wir waren nunmehr mehr denn jemals auf die Wasserkraft oberhalb Tübingen und wie sich gezeigt hat, auf enges Zusammengehen mit der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg (als unserem westlichen Nachbar) angewiesen.

Inzwischen, im Jahre 1922 und 23 sind aber doch noch (als Notstandsarbeit) einige beachtliche Erweiterungsbauten der Wasserkraftanlage Gartenstraße, nämlich die Erstellung einer hydraulischen Akkumulierungsanlage und eine Stauerhöhung zur Durchführung gelangt.

Erstere, die hydraulische Akkumulierungsanlage, bestehend aus einem hochgelegenen Wasserbecken (Tagespeicher auf dem Defferberg), einer eisernen Rohrleitung und einer dem Primärwerk Gartenstraße angegliederten Hochdruckanlage hat den Zweck, die weniger nutzbare Nachtkraft der Wasserwerksanlage in hochwertigen Tagesstrom umzusetzen, während die Stauerhöhung dem Niederdruckwerk einen dauernden Gewinn von 25 PS. brachte, so daß hiedurch die gesamte Wasserkraftanlage in ihrer Leistung erhöht, in ihrer Wirkung bedeutend veredelt worden ist.



Die geplante Walzenwehrranlage oberhalb Tübingen

Im Jahr 1919 hat die Elektrische Kraftübertragung Herrenberg (E.K.H.), unser Wasserwerksnachbar im Westen, ein Konzessionsgesuch zur Erstellung eines neuen Wasserkraftwerks oberhalb der Weißeimer Brücke eingereicht. Wir mußten dagegen Einsprache erheben, weil hiedurch ein Teil des der Stadt Tübingen (1911) konzessionierten Gefälles verloren gegangen wäre. Die Folge war zunächst, daß (anfänglich unter Führung der Minist.-Abtlg. für den Straßen- und Wasserbau) Verhandlungen aufgenommen wurden, in deren Verlauf sich immer mehr der Gedanke durchzusetzen vermochte, die ganze Gefällstufe Tübingen-Kiebingen (unter Einbeziehung der der Stadt Tübingen 1911 konzessionierten Werksanlage II) zusammenzufassen und die Wasserkraft in einem gemeinsamen Wasserkraftwerk zu nützen. Die technischen und wirtschaftlichen Vorzüge eines solchen Plans standen von Anfang an klar vor Augen. Bau- und Betriebskosten mußten niedriger werden als für zwei einzelne Wasserkraftwerke, das Wasserkraftunternehmen wurde auf

zwei kräftige Schultern verteilt, dadurch für den einzelnen Beteiligten besser tragbar und der Stromabsatz war von Anfang an eher gesichert. Außerdem waren die Leitungsnetze beider Werke (E.K.H. und Tübingen) zwecks gegenseitiger Stromlieferung ohnehin schon an einzelnen Stellen zusammengewachsen. Für die Ausnützung der Wasserkraft lagen teilweise recht verschiedene und weitgehende Entwürfe vor; vom technischen Berater der E.K.H. insbesondere einer, welcher das Kiebingen Wasserkraftwerk stilllegen, den Neckar oberhalb Kiebingen nach dem Ammertal leiten und im Ammertal auf Tübinger Markung durch einen Sperr-

damm ein großes Wasserbecken schaffen wollte. Mittelt Stollen sollte dann das Wasser oberhalb des Westbahnhofs wieder nach dem Neckar geleitet und links des Neckars (oberhalb der Neckarhalde) durch ein neues Kraftwerk genützt werden. Der Entwurf war aber nicht durchführbar und man einigte sich schließlich nach gutächtlicher Äußerung der Ministerialabteilung auf den (städt.) Plan, nur die freie Gefällstufe Tübingen-Kiebingen durch ein neues Wasserkraftwerk zu nützen. Damit begann ein neuer Abschnitt, die weiteren Plansbearbeitungen erfolgten durch die städtischen technischen Ämter in engem Einvernehmen mit der E.K.H. und auf gemeinsame Kosten und es galt nun, innerhalb des vorgesehenen Rahmens einen Plan zu suchen, der (mit tragbaren Kosten) die wirtschaftlichste Ausnützung und die vollständigste Bewertung der Wasserkraft ermöglichte.

Der scharfe Wechsel der Geld- und Wirtschaftsverhältnisse (Inflation und Währungsstabilisierung), die

immer mehr fortschreitenden Uferzerstörungen im Neckar, die schwerwiegenden Einwendungen aus Kreisen der Landwirtschaft und weitgehende Forderungen und Ansprüche der Ufergemeinden wirkten hemmend. Es mußten immer wieder neue Entwürfe aufgestellt werden, bis schließlich der Entwurf 1926 endgültig zur Konzessionierung eingereicht werden konnte. Hienach soll, kurz gesagt, das Wasserkraftwerk bestehen, aus der Walzenwehranlage mit Fußgängersteg etwa 1 Kilometer oberhalb der Weilheimer Brücke, aus dem etwa 1,7 Kilometer langen Oberkanal links des Neckars am Spitzberg vorbei und dem Kraftwerk auf Markung Tübingen mit einem kurzen Unterkanal etwa 0,5 Kilometer unterhalb der Weilheimer Brücke gelegen. Mittelst zweier Kaplan-turbinen sollen im Kraftwerk bis zu 20 Kubikmeter Wasser verarbeitet werden. Das Nutzgefälle beträgt 7,4 Meter (3,4 Meter werden durch Aufstau, 4 Meter durch den Kanal gewonnen). Die gewonnene Wasserkraft ergibt sich im Mittel zu 870 PS., die mittlere Jahresleistung ist zu 5,2 Millionen KW-Stunden berechnet.

Durch den 1,7 Kilometer langen Oberkanal sind Hochwasser für den Wasserkraftbetrieb weniger störend, durch Anwendung von Kaplan-turbinen und infolge des Zusammenschlusses der drei benachbarten Wasserwerke werden die Stöße unregelmäßiger Wasserführung wesentlich gemildert und weniger fühlbar. Nötigenfalls läßt sich (später) eine noch weitergehende Veredelung der Wasserkraft durch Angliederung einer hydraulischen Akkumulierungsanlage erreichen. Die örtlichen Verhältnisse liegen hierfür überaus günstig und die Einbeziehung der Riebingen-Wasserkraftanlage ist ohne weiteres möglich.

Die Baukosten (nach den derzeitigen Preisen auf rd. 1,72 Millionen Mark berechnet), sind auch wirtschaftlich betrachtet, noch tragbar.

Ein großes Hindernis bilden die vom Hochwasser zerstörten Neckarufer, um deren Instandsetzungskosten noch heute der Streit mit den Ufergemeinden geht. Da die Wasserkraftanlage hart an der Grenze der Wirtschaftlichkeit steht, so sind für sie größere Belastungen nicht mehr tragbar. Auch das staatliche Fernheizwerk hat den Entschluß über den Ausbau des Wasserkraftwerks bisher verzögert. Es ist jedoch (insbesondere in den vergangenen drei Monaten) möglich gewesen, dem geplanten Unternehmen einige sehr schwere Hindernisse aus dem Weg zu räumen und daselbe der Verwirklichung näher zu rücken. Mit dieser wäre die erste Etappe in der Ruhrarmierung der Wasserkraft zunächst abgeschlossen, weitere und neue Möglichkeiten sind ins Auge gefaßt.

Mit dem Plan in Verbindung steht die Erstellung einer großen Freibadeanstalt mit großem Badebecken im Gebiet der oberen Lindenallee nahe dem neuen Universitäts-sportplatz, ferner die Herstellung einer zeitgemäßen Straßenverbindung Tübingen-Hirschau von der Neckarhalde auswärts, deren Durchführung ebenfalls im öffentlichen Interesse erwünscht ist.

Von Jahr zu Jahr steigert sich der Bedarf an Elektrizität. Die Verwendungsmöglichkeit des elektrischen Stroms ist noch lange nicht erschöpft und Württemberg ist das Land, das mit einem derzeitigen Durchschnittsverbrauch von etwas über 150 KWh pro Kopf und Jahr noch sehr weit hinter dem Elektrizitätsverbrauch der Nachbarländer zurücksteht.

Der Krieg und die Nachkriegszeit mit dem Kohlenmangel und der Kohlenrationierung, die Besetzung des Ruhrgebiets und die zeitweise große Neigung zu Massenstreiks haben jahrelang den Wert nahegelegener Wasserkraft recht anschaulich gezeigt und veranlaßt, daß Wasserkraft recht gesucht und viele derselben ausgebaut wurden. Mit der Währungsstabilisierung und der unmittelbar darauf einsetzenden internationalen wirtschaftlichen Verständigung wurde der Ausbau landeseigener Wasserkraft vorübergehend wieder zurückgedrängt.

Der Ausbau von Wasserkraftanlagen ist durch Lohn- und Materialpreissteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit erheblich teurer geworden, unsere heimischen Wasserkraft sind im Laufe der Jahre mehr und mehr verlesen, die besseren, ertragreicheren, wie Rosinen aus einem Kuchen herausgenommen worden, wechselnde Wasserstände und Hochwasser beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit. Andererseits hat die Wärmekraftausnützung unbestritten große wirtschaftliche und technische Verbesserungen erfahren, neue Möglichkeiten (wie z. B. Verflüssigung der Kohle) stehen in Aussicht und zu der Dampfmaschine treten neuerdings mehr und mehr die Dieselmotoren. Ferner ist unserer heimischen Wasserkraft durch den Ausbau ausländischer (alpiner) Wasserkraftanlagen und die Fortleitung von hochgespanntem Strom auf weite Fernen noch ein weiterer Konkurrent entstanden, so daß zunächst, rein rechnerisch betrachtet, manche an sich noch gute Wasserkraft nicht bauwürdig wäre. Doch dürfen höhere, volkswirtschaftliche über die Gegenwart hinausreichende Gesichtspunkte nicht außer Betracht bleiben. Vor allem ist beachtenswert, daß unsere Kohlenvorräte, durch den verlorenen Krieg ohnehin sehr beschnitten, nicht unererschöpflich sind, so daß wir bezüglich des Kohlenverbrauchs aus dem Kapital zeh-

ren. Außerdem entzieht die Kraft- und Stromzufuhr aus weiter Ferne in Form von Kohle, Öl oder Fremdstrom (die immer mit Unsicherheiten verbunden ist) unserer heimischen Wirtschaft jahraus jahrein große Summen und bringt uns immer mehr in die Hände des Großkapitals und unter die Macht der Vertrustung. Auch werden Kohle und Öl anfänglich vielleicht langsamer, aber sicher teurer werden, weil diese Brennstoffe aus immer größerer Tiefe gefördert werden müssen und weil dieselben (wie auch die großen alpinen Ueberlandkraftwerke) immer mehr vertrustet werden.

Gewiß, trotz alledem wird der Ausbau unserer landeseigenen Wasserkraft im einzelnen noch länger vor-

wiegend eine rein wirtschaftliche Frage bleiben. Aber selbst dann, wenn der Strombezug aus weiter Ferne (sei es in Form von Kohle, Öl oder Elektrizität) rechnerisch etwas billiger zu stehen kommt, so ist doch der Besitz eigener Wasserkraftwerke inmitten des Versorgungsgebietes ein wirtschaftlich hochbedeutsamer Faktor und bei dem kommenden, weiteren Zusammenschluß der Stromneze großer Gebiete sind diese (eigenen Wasserkraftwerke) sowohl als Stütz- und Verteilungspunkte, wie insbesondere auch als nie versiegende Kraftquellen und Ausgleich nahezu unentbehrlich und von hohem technischen und noch höherem wirtschaftlichen Wert.

Haushaltpläne der Stadtgemeinde Überblick aus den Jahren 1877, 1897, 1926/27 Von Stadtpfleger Singer

Die Zahlenbeträge des alljährlich aufzustellenden Haushaltplans der Stadtgemeinde Tübingen haben im Laufe der letzten 50 Jahre in den einzelnen Etatspositionen — wie nachstehend dargelegt, beträchtliche Änderungen erfahren.

Diese Erscheinung ist auf die gesteigerte Einwohnerzahl (1877: 10 500, 1897: 14 000 und 1927: 21 300) mit den dadurch bedingten Bedürfnissen an öffentlichen Einrichtungen und Anstalten zurückzuführen.

Nicht zuletzt hat sie aber ihre Ursache darin, daß das Bestreben der Stadtverwaltung darauf gerichtet war und ist, die Stadtgemeinde Tübingen wirtschaftlich emporzubringen und sie auch in ihrer Eigenschaft als Universitätsstadt den gegebenen Zeitverhältnissen anzupassen.

Von Einschlag waren weiterhin die speziell in der Nachkriegszeit eingetretenen Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. So ist beispw. auf dem den Gemeindehaushalt erstlinig belastenden Feld der Erziehung und Bildung (Schulen) die Sache neuerdings so geordnet, daß gesetzlich festgelegte Anteile an den persönlichen Leistungen (Gehältern) mit 50, 60 und 65 % kurzerhand an den Staat abzuführen sind.

Weiterhin ist die Polizei verstaatlicht worden und die Stadt hat dafür einen nach der Kopfzahl der Bevölkerung berechneten Beitrag (z. Zt. 4.10 Mark) dem Staat zu entrichten, der aber höher ist, als die nach dem Polizeiverwaltungs-gesetz angenommenen Leistungen. An den Aufwendungen der Amtskörperschaft hat die Stadt gesetzlicher Vorschrift gemäß nach Maßgabe des Grund-, Gebäude- und Gewerbekatasters und der Rechnungsanteile für Einkommens- etc. Steuer bezw. nach der Zahl der Einwohner sich zu beteiligen. Den Ausgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, des Jugendamts und der sonstigen sozialen Einrichtungen kann sich die Stadt nicht entziehen und die Aufwendungen für Gehälter an die städtischen Beamten und Angestellten sind ebenfalls gesetzlich normiert. Auch die Arbeiterbezüge sind tariflich festgelegt.

Die derzeitige Sachlage auf dem Gebiet des Gemeindehaushalts ist deshalb im Wesentlichen so, daß die städtischen Ausgaben fast durchweg — allermindestens mit 90 %, zwangsläufige sind und — wie gesagt, bestritten werden müssen, ob die Gemeindevertretung will oder nicht.

Ein kurz gefaßter Rückblick über den Haushaltsplan der Stadtgemeinde Tübingen pro 1877, 1897 und 1926/27 auf der Grundlage der heutigen Verhältnisse gibt folgendes Bild:

A. Ausgaben für:	1877 M.	1897 M.	1926/27 M.	Bemerkungen
I. Verbindlichkeiten, welche kraft gesetzlicher Verpflichtung direkt von der Stadt zu leisten und abzuführen sind:				
Erziehung u. Bildung (Schulen) . . .	59386	117817	475787	Im Ganzen: 30 Lehrkräfte (1877) u. 88 (1927); ferner: Schülerzahl 1385 (1877) u. 2435 (1927), ohne Gewerbe-, Handels- u. Frauenarbeits-Schule.
Pollzellekosten . . .	16103	21977	105502	
Amtskörperschaftsumlage	11240	26000	200000	
Wohlfahrtspflege	—	—	57650	
Staatssteuer u. Brandschaden . . .	2436	2260	14000	
Pensionsbeiträge, Pensions- u. Unterblebenen-Besätze . . .	—	3788	42000	
Versicherungsbeträge (Kranken-, Invaliden- usw. Versicherung) nach Abzug der Ersätze von den Versicherten . . .	—	500	12000	
Zuf.	89165	172342	906939	

II. Verbindlichkeiten, deren Beträge nach gesetzlichen Bestimmungen normiert bzw. aus gemeindlichen Einrichtungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind:

	1877	1897	1926/27	Bemerkungen
Allgemeine Verwaltung	19707	43906	220000	Gemeindliche Befoldungen u. sonstige Bedürfnisse (Kanzleiaufwand, Heizung, Reinigung, Porto, Telefon usw.)
Untergang, Steinsatz, Vermarktungskosten	1283	974	4800	
Zuschuß zur Jagd- u. Viehverwaltung . . .	2926	2280	7346	
Feuerschan, Baupolizei u. A.	5018	1665	2670	
Öffentliche Gesundheitspflege	917	2370	15345	
Zuf.	29851	51195	250161	

III. Leistungen auf Grund vertraglicher Verpflichtungen:

	1877	1897	1926/27	Bemerkungen
Verzinsung u. Tilgung der Schulden . . .	13000	27268	113000	Schulden: M. 1877: 196520 1897: 709000 1927: 1300000 (ohne Betriebswerke)

IV. Leistungen, die an sich zwar dem freien Ermessen der Stadt anheimgestellt sind, die aber im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Haushalts schlechthin nicht entbehrt werden können:

A. Ausgaben für:	1877	1897	1926/27	Bemerkungen
Tiefbau mit öffentlichen Anlagen . . .	38378	74777	212210	
Verbesserung von Feld- und Güterwegen einschl. Feldgüter und Wäldungen	23886	22303	35310	
Handel und Verkehr	2238	2735	4480	
Unterhaltungskosten für private und öffentliche Gebäude	2582	5380	16700	
Zuf.	67084	105195	268700	
Gesamt-Summe	199500	356000	1538800	

B. Die Deckungsmittel für diese Aufwendungen sind, soweit die Erträgnisse des Gemeindevermögens, der städtischen Eigenbetriebe und sonstigen Einrichtungen nicht ausreichen, auf dem Wege der Besteuerung in Form direkter und indirekter Steuern aufzubringen.

Auch auf diesem Gebiet hatten die letzten 50 Jahre einschneidende Änderungen gebracht und es wurden in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden durch den Entzug der gemeindlichen Steuerhoheit speziell in der Nachkriegszeit ebenfalls schwerwiegende Eingriffe gemacht.

Erstlings kommt bekanntlich für die Gemeindebesteuerung in Betracht, die Umlage auf das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerkataster (Gemeindefiskus), worüber das Gesetz über die Besteuerungsrechte der Amtskörperschaften und Gemeinden vom Jahr 1877 und 1903 grundlegende Bestimmungen gab.

Neben dieser Umlage stand den Gemeinden das Recht zu, Bürger- bzw. Wohnsteuer sowie unter gewissen Voraussetzungen Zuschläge zur staatlichen Einkommens- und Kapitalsteuer, auch zur Grundstücksumsatzsteuer zu erheben, ebenso Verbrauchsabgaben von Bier, Fleisch, Gas und Elektrizität einzuführen.

Von diesem Recht hatte die hiesige Stadtgemeinde mit Ausnahme der Einführung einer Abgabe auf den Verbrauch von Gas und Elektrizität Gebrauch gemacht, wobei sie an sich ganz beachtliche Einnahmequellen schuf. Allein die Gesetzgebung hatte schon in Vorkriegszeiten auch hier wieder Abstriche gemacht. So mußte die städtischerseits im Jahre 1899 mit einem

jährlichen Durchschnittsertrag von 40 bis 45 000 Mark eingeführte Fleischsteuer, im Jahre 1910 wieder aufgehoben werden und als Ersatz dafür hat man die Zuwachsteuer erhalten mit etwa 1000 Mark pro Jahr Ertrag. Und vollends die Nachkriegszeit brachte durch den Umsturz im Reich die gesamte Steuergesetzgebung, wie sie bisher bestand, ins Wanken, wozu insbesondere auch die Inflationszeit das Ihrige beitrug. Aus diesem Zustand heraus entwickelte sich eine Steuerzentralisation, die den Gemeinden verbot den Reichssteuern gleichartige Steuern und Zuschläge zu Reichssteuern zu erheben und die ihnen gleichzeitig eine der ertragreichsten Steuern — die Gemeindeeinkommensteuer und die durch die Inflation beinahe hinfällig gewordene Kapitalertragssteuer (1913 Anfall 199 000 Mark) wegnahm. Damit war es mit der seitherigen finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden dahin und letztere sind im Wesentlichen sogenannte Kostgänger des Reichs geworden.

Die nunmehr den Gemeinden vom Reich zufließenden Anteile an Reichseinkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer bauten sich ursprünglich auf einer schematisch aufgestellten Schlüsselberechnung auf, nach der die Zuweisung im Jahre 1924 für die hiesige Stadt nur 148 000 Mark betrug. Erst auf lebhaften Einspruch und persönliche Vorstellungen städtischerseits gelang es, diese Zuwendung auf 250 000 Mark zu erhöhen. Aber auch dieser — das örtliche Aufkommen keineswegs voll berücksichtigende Betrag, reichte zur Bestreitung der seit der Vorkriegszeit sich immer mehr und mehr steigenden Ausgaben — speziell auf dem Gebiet der Schule, der Fürsorge etc. weit nicht aus. Es war deshalb die Erschließung weiterer gemeindlicher Steuerquellen auf der Grundlage durchgängiger Neuordnung nicht zu umgehen. Eingeführt wurden — neben der seitherigen Wohnsteuer: Vergnügungssteuer, Fremdenwohnsteuer, Wertzuwachssteuer, Wegsteuer, Getränkesteuer, Zuschlag zur Grunderwerbsteuer, Anteil an der Gebäudeentlastungssteuer u. A.

Einige dieser Steuern wie Fremdenwohnsteuer und Wegsteuer sind indessen wieder aufgehoben worden. Auch die Getränkesteuer wurde neuerdings eingeschränkt auf den örtlichen Verbrauch von Bier, was bei uns eine Einbuße von immerhin 15 000 Mark pro Jahr zur Folge hat.

Sodann wurde — weil das dringende Verlangen nach reichlicherer Subventionierung durch das Reich nicht verstummte, in einem Reichsgesetz vom August 1925 bestimmt, daß Länder und Gemeinden nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes die Befugnis erhalten sollen, selbständige Anteile an der

Einkommens- und Körperschaftssteuer festzusetzen, womit sie dann auch einen Teil der verloren gegangenen Steuerhoheit wieder zurückerlangen würden. Allein die Vorarbeiten über Art und Weise der Einführung dieser Zuschläge konnten bis jetzt nicht zum Abschluß gebracht werden, weshalb es auch nicht möglich war, den vorgesehenen Termin (1. April 1927) einzuhalten. Einstweilen ist durch Reichsgesetz vom 9. April 1927 eine Uebergangsregelung für die Jahre 1927 und 1928 getroffen worden. Nach dieser Regelung wurde die seitherige Garantieüberweisungssumme des Reichs (2100 Mill. Mark) für den fraglichen Zeitraum erhöht auf 2600 Mill. Mark; auch der Berechnungsschlüssel für die Einkommens- etc. Steuer-Ueberweisung wird jetzt zwar mehr dem örtlichen Aufkommen angepaßt, jedoch der festgelegte allgemeine Satz von 33 1/3 % des Landesanteils mit 75 % (25 % behält das Reich für sich) ist immer noch ziemlich bescheiden. Welches Heil die auf 1. Oktober 1927 in Aussicht gestellten Reichsrahmengesetze bringen werden, steht dahin.

Aus den Berichtsjahren ist über die bezügl. Gesamteinnahme-Anfälle folgendes zu verzeichnen:

- Es betragen:
1. Die gesetzlich festgelegten Steuern und Abgaben bestehend aus a) Wohn- und Bürgersteuer (1877: 8700 Mark, 1897: 10 500 Mark), Kapital- und Dienstleistungsteuer (1877: 11 157 M., 1897: 19 100 M.), Verbrauchsabgabe aus Bier (1897: 16 564 Mark), Wanderlagersteuer (1897: 900 M.), Bürgerannahmegebühren (1897: 159 M.) zuf. 19 857 Mark (1877) und 58 214 M. (1897). b) Anteil pro 1926/27 an der Reichseinkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer: 280 000 Mark, Gebäudeentlastungssteuer 55 000 M., Getränkesteuer 45 000 Mark, (ab 1.4.1927 beschränkt auf Bier), Grunderwerbsteuer 25 000 Mark, Einwohnersteuer 18 000 Mark, Wertzuwachssteuer 15 000 Mark, Vergnügungssteuer 12 000 M., u. a. — im Ganzen 451 000 Mark.
 2. Sonstige Anfälle-Gebühren verschiedenster Art (ortsstatutarische Beiträge, Schutzgelder, Marktstandsgebühren, Strafen etc.) mit rund 60 717 M. (1877), 135 611 M. (1897), und 252 378 M. (1926/27).
 3. Erträgnisse des Gemeindevermögens wie Miete (abgesehen von Wertwohnungen), Pachtgelder, Holzzerlöse, Schafweide, Jagd usw. mit rund 64 720 M. (1877), 41 905 M. (1897) u. 168 085 M. einschl. 20 000 M. Baggerbetrieb (1926/27).

4. Ertrag (Ablieferung) der städtischen Werke: 1877 Gaswerk 10 000 Mk., 1897 Gas- und Wasserwerk 36 000 Mark und 1926/27 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk zus. 289 000 Mk. Dabei sind nicht berücksichtigt die Leistungen des Gas- u. Elektrizitätswerks auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung und der Wohlfahrtspflege (Billigerabgabe von Gas etc.). Nimmt man auch hierfür eine entsprechende Summe in Rechnung, so kommt man z. Bt. auf eine Zuwendung von immerhin 344 000 Mark.

5. Umlage auf das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerkataster: 1877: 55 000 Mk. bei 5,4 Proz. und 1 013 949 Mk. Gesamtkataster, 1897: 85 000 Mark bei 6,4 Proz. und 1 317 500 Mark Gesamtkataster und 1926/27: 380 000 Mk. bei 15 Proz. Umlagefuß und 2 533 285 Mk. Gesamtkataster.

Zusammenrag der Einnahmen:

	1877	1897	1926/27
Ziffer 1a und b	19 857 Mk.	58 214 Mk.	451 000 Mk.
Ziffer 2	60 717 Mk.	135 611 Mk.	252 378 Mk.
Ziffer 3	64 720 Mk.	41 905 Mk.	168 085 Mk.
Ziffer 4	10 000 Mk.	36 000 Mk.	289 000 Mk.
Ziffer 5	55 000 Mk.	85 000 Mk.	380 000 Mk.

Gesamt-Summe

der Einnahmen 210 294 Mk. 356 730 Mk. 1 540 463 Mk.

Bei einem Vergleich der Jahreseinnahmen aus den letzten 50 Jahren ist zu konstatieren, daß speziell die Steigerung des Umlagefußes (vergl. Ziffer 5) sich in ganz bescheidenem Rahmen bewegt (das Fache gegenüber einer 8fachen Ausgabensteigerung). Dies war — namentlich beim Fehlen jeglichen größeren Industriebetriebs (1877 Gewerbesteuer rund 480 000 Mk., 1926/27 rund 850 000 Mk.), allerdings nur dadurch möglich, daß seitens der Stadtverwaltung in den letzten 25—30 Jahren das Bestreben darauf gerichtet war, die städtischen Betriebswerke — vornehmlich das Elektrizitätswerk, von Jahr zu Jahr betrieblich so auszustatten bzw. so zu führen, daß die Werke sozusagen die Grundpfeiler in der städtischen Einnahmewirtschaft geworden sind.

Wie aus Ziffer 4 und 5 vorstehender Darstellung hervorgeht, kommen die bezüglichen Zuwendungen gegenwärtig auf fast annähernd die gleiche Summe wie die Erträgnisse der Katasterumlage bei 15 Prozent.

Vermögensstand der Stadtgemeinde

Im Jahre 1877 hatte die Stadtgemeinde (Stadt-pflege) Tübingen ein Grundstockvermögen bestehend in Aktiva-Kapitalien von rund 47 000 Mark. Dasselbe wurde im Laufe der Jahre in Grundstückswerten angelegt, so daß jetzt keine Aktiva-Kapitalien mehr da sind.

Dagegen hat die Stadt einen ausgedehnten Grundbesitz und eine Reihe städtischer Eigenbetriebe.

Der Grundbesitz der Stadt — soweit er sich im Wesentlichen auf rentierende Flächen (Feld und Wald) erstreckt und über dessen Entwicklung an anderer Stelle (vergl. „Bemerkenswertes über den städtischen Grundbesitz“) Näheres dargelegt ist, umfaßt einschließlich Stiftungs-, Armenpflege und Betriebswerke folgenden Flächengehalt: 1877: 725 Hektar, 1897: 729 Hektar und 1927 — abgesehen von den vielen Veräußerungen der letzten Jahre zu Bauzwecken, noch 787 Hektar — darunter 522 Hektar Waldungen. Es sind dies z. Bt. rund 41 Proz. der bezügl. Gesamtmarkungsfläche von 1900 Hektar.

Sodann sind an Gebäulichkeiten — ersichtlich Verwaltungszwecken bzw. — öffentlichen Zwecken dienend, zu verzeichnen: Rathaus — umgebaut im Jahre 1906/07, Gymnasium mit Turnhalle — erbaut im Jahre 1900/01, Oberrealschule — erbaut im Jahre 1908/09, Gewerbe- und Handelsschule — umgebaut im Jahre 1910, Mädchenrealschule — untergebracht mit Frauenarbeitschule bis jetzt in älteren städtischen Gebäuden in der Münzgasse, auf dem Schulberg und im Kornhaus (Neubau gegenwärtig in Ausführung), Evang. Mädchenvolksschule — erbaut im Jahre 1879, Evang. Knabenvolksschule — erbaut im Jahre 1891/92, Kath. Volksschule — erkaufte und vergrößert im Jahre 1902/03, Bauhof — erbaut im Jahre 1909, Ahlandbad — erbaut im Jahre 1913/14, Bildhauerwerkstätte — erstellt im Jahre 1905, Feuerwehrturm — erbaut im Jahre 1909, Farrenstallgebäude samt Wohnhaus und Scheuer, Fruchtstamme, Eichamt und Freibank; dann eine Reihe von Geschäftszwecken und Mietshäusern und zwar: Winterhalbersches Anwesen am Markt — erkaufte im Jahre 1909, Gebäude Nr. 16 der Mühlstraße — erbaut im Jahre 1905, Gebäude Nr. 23 der Wöhrdstraße — erkaufte im Jahre 1909 und Gebäude Nr. 3 daselbst — erkaufte im Jahre 1927, Gebäude Nr. 18, 19 und 54 der Langen Gasse — erkaufte im Jahre 1910, Gebäude Nr. 18 der Rommengasse — erworben im Jahre 1919,

Waldhäuserstraße (Landersches Anwesen) — erkaufte im Jahre 1920, Hölberlinhaus in der Bursagasse — erkaufte im Jahre 1922, Neubauten (Mehrfamilienhäuser) aus neuester Zeit — zwecks Behebung der Wohnungsnot: im Schleifmühlweg, in der Paulinen-, Kojernen-, Hauser-, Bierer- und Schaffhausenstraße.

Dazu kommen noch die Hochbauten mit maschinellen Anlagen und sonstigen Einrichtungen von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk — umgebaut bzw. neu-erstellt im Wesentlichen in den Jahren 1902—1910 (vergl. auch Darstellung über städtische Eigenbetriebe); ferner die bezügl. Gebäulichkeiten der Stiftungs- und Armenpflege (ehemaliges Krankenhaus nun Bürgerheim — um- und eingebaut im Jahre 1909 bzw. 1924, Gutleuthaus, Armenhaus usw.).

Gesamtwert Alles in Allem immerhin 15 Millionen Mark.

Neben diesem Besitztum waren im Bereich der Stadtpflege noch eine Reihe von Stiftungen und Fonds in Höhe von zusammen rund 250 000 Mark, vorhanden; ebenso bei der Stiftungs- und weiteren Verwaltungen im Betrag von annähernd einer Million Mark. Diese Werte sind der Inflation zum Opfer gefallen.

An Schuldverbindlichkeiten sind — wie bereits oben Ziffer A III erwähnt, zu verzeichnen: 1877: 196 520 Mk., 1897: 709 000 Mk. und 1927: 1 300 000 Mark, dazu die resp. Summe der städtischen Werksbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser) mit z. Bt. zusammen rund 750 000 Mark — also im Ganzen 2 050 000 Mark.

Kriegs- und Nachkriegszeit

Von Rechnungsrat Schlichtenmayer

(früher und während des Kriegs Obersekretär des Stadtschultheißenamts)

Als 1914, am Samstag, den 30. Juli, beim Stadtschultheißenamt Tübingen das Telegramm einging: „Mobilmachung befohlen! Erster Mobilmachungstag der 2. August.“ da ahnte wohl selbst innerhalb der Stadtverwaltung niemand, daß sich damit die Pforte auf tat zu einem jahrelangen Völkerringen, in dem Deutschland gegen zehnfache Uebermacht einen Heldenkampf focht, wie die Weltgeschichte keinen zweiten kennt.

Ein solcher Feldzug fordert vom Einzelnen wie von ganzen Verwaltungskörpern neben organisatorischen Leistungen unglaubliche Opfer und Entbehrungen. Die unvermeidlichen Einbußen körperlicher, seelischer und moralischer Art hat die Heimat bis heute noch nicht vollständig ausgleichen können, schon darum nicht, weil jeder Aufstieg an Volkskraft und Gesundheit durch die nach dem Waffenstillstand weiter bestehende Hungerblockade verhindert wurde.

Was unser Tübingen insbesondere durch Krieg und Nachkriegsverhältnisse zu dulden und zu leisten hatte, ist bis heute meines Wissens nirgends zusammengefaßt und hier kann nur skizziert werden, was die Stadtverwaltung unmittelbar berührte, aber jeder Zeitgenosse wird in seinen Erinnerungen die Bestätigung dafür finden, daß Tübingens Gesamtheit —

Behörde und Bürgerschaft — das Große, was sie tatsächlich ausführte, nur deshalb vollbringen konnte, weil alle sozialen Schichten, Mann und Frau — Volk und Obrigkeit — sich zusammentaten und Schulter an Schulter auf gleiche Ziel hinarbeiteten.

Trotzdem die vollziehende Gewalt mit der Mobilmachung von der Stadtbehörde weg, auf das Garnisonskommando überging, war die Stadtpolizei keineswegs entlastet, ihr lag die vorschriftsmäßige Verbreitung des Mobilmachungsbefehles und der Militärjahrepläne ob. Sie mußte der Bevölkerung Auskunft geben, unzählige Bestellungen austragen, und dann namentlich für Aufrechterhaltung der Ordnung in den Straßen sorgen, die nach dem Bekanntwerden der Mobilmachung ein sehr bewegtes Bild boten. Erregung und Begeisterung, oder Sorge und Angst trieben die Leute von daheim weg. In gut gemeintem Eifer suchte jedermann sich nützlich zu machen, indem er sich zu öffentlichen Dienstleistungen anbot. Von seiten der städtischen Leitung galt es, den keineswegs immer vernünftigen Zudrang freundlich zu beschwichtigen, die brauchbaren Kräfte zu wählen und damit die nötigen Einrichtungen sachlich zu treffen.

Das ist hier (kann man ohne Ruhmredigkeit sagen) gut gelungen. Von der Bürgerwache an, die im unteren Rathausaal postiert war und die Aufgabe hatte, die Straßeneingänge, Telegrafenteitungen, Bahnliesen, Brücken usw. zu schützen bis zum städtischen Rekrutierungsamt funktionierte alles tadellos.

Einfach war's ja garnicht. Der Kriegsrazallus der Spionenfurcht übertrug sich von seinem Nährboden in den Grenzbezirken versuchsweise auch in unser Kernland und veranlaßte wie überall, so auch hier einen Uebereifer der Spionenjagd, dem das stellvertretende Generalkommando beruhigend entgegenzutreten mußte.

Ein imposantes Bild boten die Pferdemonstrationen auf dem Kellernplatz, namentlich dann, wenn auch die Pferde aus den Landgemeinden einbezogen waren. Zu Kriegsbeginn fanden verschiedene solche statt. Von 350 Pferden der Stadt Tübingen wurden 250 ausgehoben. Kein kleines Opfer für die Besitzer, obschon sie einen guten Preis für ihre Tiere bekamen, denn erstens trennten sie sich ungern von den vertrauten Gespannen und zweitens blieb nach deren Weggang es den Herren überlassen, ihre Betriebe „irgendwie“ aufrechtzuerhalten. Mehr schlecht als recht ging das, und ähnlich, wenn auch nicht ganz so schwierig gestaltete sich die Aushebung der sogenannten Kriegsfahrzeuge (Weiter- und Kastenwagen).

Lastkraftwagen, soweit damals welche zur Stelle waren, hatte die Militärverwaltung sofort beschlagnahmt.

Der Aufruf des Landsturms geschah am 16. August 1914 und brachte der Stadt neue Obliegenheiten, namentlich als auch der unausgebildete Landsturm I in die Stammrollen eingetragen und gemustert wurde.

Indessen hatten die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen in der Bevölkerung Lühne Siegeshoffnung geweckt und merkwürdigerweise die Ueberzeugung wachgerufen, daß der Feldzug noch vor Beginn des Winters beendet sein werde. Da mußte sich die Stadtverwaltung noch dafür einsetzen, daß Triumphpläne und Vorbereitungen zu Siegesfeiern als verfrüht zurückgestellt wurden. Der Heldenkampf ging weiter und deckte auch die Heimat mit seinem schattenden Ernst, der sich u. a. durch einen immer zwingenderen Leute mangel fühlbar machte. Als im Spätjahr die Einziehung des unausgebildeten Landsturmes stattfand, mußte mit der männlichen Arbeitskraft ungemein ökonomisch umgegangen werden. Opferbereit hatte die Stadtverwaltung ihre waffenfähigen Beamten ziehen lassen und litt insolge-

dessen an einem empfindlichen Mangel an eingearbeiteten Leuten. Selbst diese wenigen, nur „garnisonsdienstsähige“, mußten drum mühsam durch immer wiederholte Reklamationen vom Militärdienst befreit werden.

In Privatbetrieben — kleineren und größeren — ging es ähnlich zu mit Bitten um Verlaub der Einberufenen, und da war es dann eine keineswegs dankbare Aufgabe der Stadtbehörde, solche Gesuche zu begutachten. Die militärischen Notwendigkeiten zwangen zu Härten, und wer glaubte, Grund zu Unzufriedenheit zu haben, meldete sich bei der Stadtbehörde, die gerne der heimischen Wirtschaft mehr entgegengekommen wäre, als eben in ihrer Macht lag. Gewisse Berufszweige wurden bei Reklamationen militärisch bevorzugt, und diese Berücksichtigung der Leute z. B. vom Nahrungsmittelgewerbe, der Landwirtschaft und der Kriegsindustrie erregte die Unzufriedenheit der weniger Begünstigten.

In die Lücke der knapp und knapper werdenden männlichen Arbeitskräfte stellten sich Frauen und Mädchen. Post und Eisenbahn nahmen weibliche Beamte. Hilfskräfte wurden auch aus den Reihen der genesenden Verwundeten herangezogen und dann arbeiteten bei uns sehr viele Kriegsgefangene. Aber behelfsmäßig blieb der Betrieb im Vaterland und wunderbar ist nur, daß er nicht stockte.

Der zum Hindenburgprogramm gehörige „Vaterländische Hilfsdienst“, der am 15. Dezember 1916 in Kraft trat, besserte wenig. Trotz aller Sorgfalt in der Ausführung gelang es nicht, Ungleichheit zu verhindern. Unsere Bevölkerung fügte sich den Härten und trug in musterhafter Weise die Kontrolle und alle Vorschriften des Hilfsdienstes, den die Stadt regulierte.

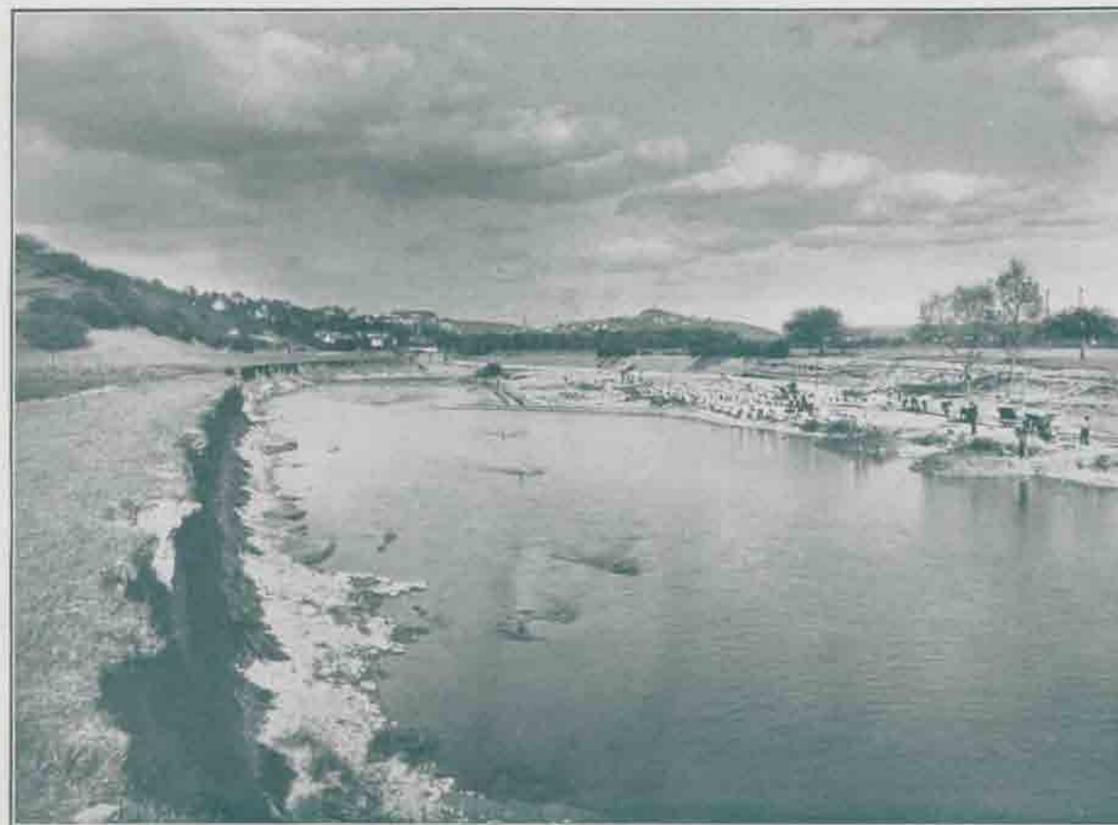
Zu diesen Beforgungen der Zivilbehörde (Stadt) kam die militärische Vorbereitung der Jugend für den Kriegsdienst. Die Stadt hatte Plätze und Räume für die Jugendwehr zur Verfügung zu stellen und machte solche unter Mühen und Opfern frei.

Als Garnisons- und Sammlungsort verschiedener Reservetruppenteile war Tübingen mit Einquartierung in besonderem Umfange bedacht. Diese Last hat die Einwohnerschaft mit anerkennenswerter Opferwilligkeit getragen. Die schwierigen Geschäfte der Quartierzweisung wurden vom damaligen städt. Quartieramt, das über die Masseneinquartierungen der ersten Kriegszeit ständig im oberen Rathausaal tagte, in aufopferungsvoller Tätigkeit bewältigt. Um nicht mehr alle Mannschaften, die in der Kaserne keine

Unterkunft fanden, in der Stadt einquartieren zu müssen, beschaffte die Stadtverwaltung Massenquartiere, was die Garnison durchaus billigte, wollte sie doch ihre Mannschaften so gut wie möglich beisammen haben. Zunächst wurde das Schloss in Anspruch genommen. In diesem, in Staatsbesitz und -verwaltung der kgl. Domänenverwaltung befindlichen Gebäude mußten aber die geeigneten Räume, z. B. der Ritteraal

aber die Quartiergeber nicht zu lange warten zu lassen, hat der Gemeinderat am 5. Dezember 1915 beschlossen, eine Schuld bis zu 50 000 Mark aufzunehmen, um den Quartiergebern die zuständige Quartierentschädigung auszusahlen. Auf einen beträchtlichen Teil dieser Entschädigung haben aber die Quartiergeber zu Gunsten der Kriegswohlfahrtspflege verzichtet.

Eine besondere und auch für Tübingen furchtbare



**Der Neckar oberhalb Tübingen nach der Hochwasserkatastrophe
Dezember 1919**

auf Kosten der Stadt hergerichtet werden. Weitere Massenquartiere kamen ins Evangelische Seminar (Stift), damals im Umbau begriffen, ins Wilhelmshaus (Konvikt) und in den Festsaal der Universität. Die Einwohnerschaft half tatkräftig mit. Auf Ausschreiben des Stadtschultheißenamts wurden von ihr auf die Dauer der Einquartierung etwa 900 Teppiche und 400 Strohfäcke ohne Entschädigung zur Verfügung gestellt. Die Vertöstigung erfolgte von der Garnison aus, die besondere Küchen einrichtete. Für die Quartierleistung war das Reich gesetzlich erst nach Beendigung des Krieges entschädigungspflichtig. Um

Note gab der Kriegführung der Luftkampfs. Daß man sich mit Fliegerabwehr zu beschäftigen habe, wußte man allerdings von Anfang an und die Stadt stellte anfänglich am Stauwehr einen Scheinwerfer auf zur nächtlichen Fliegerbeobachtung; aber so den richtigen Entwicklungsernst und die geringe Aussicht auf Widerstand merkte man doch erst, als sich die Fliegerüberfälle auf Städte im Binnenland mehrten. Auch Tübingen war in die Gefahrzone gerückt und schwierige Verhandlungen mit der Militärbehörde führten zu einer Organisierung des Fliegeralarms für die Einwohnerschaft.

Die Aufstellung von Alarmsirenen und einer Alarmlkanone auf dem Schloß, Bestimmung von Fahnenignal und einer Wache für Fliegerbeobachtung, Bereitstellung von Unterständen für Fliegergefahr verursachte der Behörde viel Kopfschmerzen. Dann mußte die Einwohnerschaft unterrichtet und zur Abblendung nächtlicher Beleuchtung angehalten werden. Es gab Probealarm und allerhand Aufregungen und Befürchtungen, die zum Teil glücklicherweise nicht eintrafen.

Daß sie jedoch nicht unnötig waren, bewies jener Schreckenstag des 12. Oktober 1916, wo ein feindliches Flugzeug durch Bombenabwurf große Verheerungen anrichtete. Sieben Menschenleben waren zu beklagen und empfindlicher Schaden an Privatgebäuden wurde verursacht. Die beiden späteren Fliegerüberfälle, bei denen auf die Stadt Bomben abgeworfen wurden, gingen weit harmloser ab. Wenn auch die Abwehrmaßnahmen der Stadt praktisch wenig wirksam wurden, dienten sie doch zur Beruhigung der Einwohnerschaft, und man hatte das Mögliche getan. Die Stadtverwaltung durfte sich keine Vorwürfe wegen Unterlassung machen.

Kriegsfürsorge

Eigentlich zusammen mit der Mobilmachung rührte sich die Kriegsfürsorge in der Heimat. Behörden und Verbände freier Liebestätigkeit begannen ihr Werk. Zu der Sorge für verwundete und kranke Krieger gesellte sich die Notwendigkeit, die ihres Ernährers beraubten Familien in der Heimat zu stützen.

Zuerst trat das schon im Frieden als internationale Einrichtung fest organisierte Rote Kreuz auf den Plan. Da es in weitem Umfang auf freie Beihilfen angewiesen ist, erließ es gleich zu Anfang einen Aufruf nach dem andern. Es wurden Geldmittel gesammelt zu Sendungen für die Truppen im Felde, zur Abgabe von Wäsche, Bettzeug, Stärkungs- und Erfrischungsmitteln. Dann bedurfte das Rote Kreuz Einrichtungsstücke für seine Lazarette. Auf dem Bahnhof war eine Erfrischungs- und Uebernachtstation. Im großen Hörsaal der alten Aula wurde Leib- und Bettwäsche für hiesige Lazarette angefertigt. Viele Frauen und Mädchen haben dort freiwillig gearbeitet. Die Einwohnerschaft spendete überhaupt in reichem Maße Stoffe, Garn, Fertigwaren, Lebensmittel usw.

Die Geldsammlung in den ersten Kriegswochen ergab einen Betrag von über 40 000 Mark. Außerdem ward die Ausstattung der hiesigen Lazarette durch die Einwohnerschaft beinahe unentgeltlich geliefert. Dabei traf sich die Leitung des Roten Kreuzes mit der Stadtverwaltung, die zu jedem möglichen Entgegenkommen bereit war.

Zur Einrichtung der Kriegsinvaliden-Fürsorge und ihrer Betriebe gab sie die Gewerbeschule her, und sie war es auch, welche die Kriegergräber, die provisorisch das Rote Kreuz gepflegt hatte, übernahm. Es geschah in der Gemeinderatssitzung vom 25. Mai 1915, wo erklärt wurde, die Stadt erblide in der Unterhaltung der Kriegergräber und der Ausgestaltung des Kriegerfriedhofes mit Kriegerdenkmal eine Ehrenpflicht. Wie sie nachmals erfüllt wurde, weiß Tübingens Einwohnerschaft.

In der schonendsten Weise nur vertrat die Stadtverwaltung dem Roten Kreuz und den Lazarettoverwaltungen gegenüber die Belange der Stadtbewohner. Die von wissenschaftlicher Seite für nötig befundene Schnakenvertilgung (Anophelesgefahr) wurde mit viel — durchaus nicht kostenlos — Mühe durchgeführt und als hiesige Lazarette zu Sammelstellen für typhuskranke Soldaten aus versuchten Orten verwendet wurden, da galt es, die aufgeregte Einwohnerschaft gegen befürchtete Ansteckungsgefahren zu schützen und sie hiewegen zu beruhigen.

Auf die Versorgung der Familien von Ausmarschierten konnte das Rote Kreuz sich nicht erstrecken. Frauen und Kinder hatten ja Reichsunterstützung, die aber zu Anfang des Krieges monatlich im Sommer 9 Mk. und im Winter 12 Mk. für die Frau und 6 Mark für Kinder unter 15 Jahren betrug. Diese reichsgesetzliche Hilfe reichte begreiflicherweise nicht aus, die Not zu beseitigen.

Schon am 6. August 1914 hat daher Oberbürgermeister Haußer an die Tübinger Einwohnerschaft einen Aufruf erlassen, durch den eine die verschiedensten Notstände umfassende Hilfsaktion ins Leben gerufen werden sollte. An die vermögenden privaten Kreise richtete er die Aufforderung zu freiwilligen Beiträgen. Auf dem Rathaus (Sekretariat des Stadtschultheißenamts) wurde ein besonderes Büro errichtet, das solche Gaben entgegenzunehmen und besondere Rechnung und Kasse zu führen hatte. Die Verwaltung sollte in den Händen eines, zunächst aus Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien bestehenden Hilfsausschusses liegen, der sich aber zweckmäßig und Hand in Hand mit der Ausübung der verschiedenen

Aufgaben durch Hinzutritt sonstiger Angehöriger der Bürgererschaft zu einem nicht zu großen zentralen Kollegium zu erweitern, soweit nötig in Arbeitsabteilungen zu gliedern und Sammelstellen in der Stadt zu errichten hätte." In der Gemeinderatssitzung vom 8. August 1914 wurde dieser Aufruf beifällig besprochen. Die Hilfeleistungen hatten sich in erster Linie auf Bedürftige der Stadt zu erstrecken. An die Organisation des Bezirks sollten 10 % der ermittelten Gelder abgeführt werden, wogegen diese von einer Sammlung in der Stadt absehen mußte. Daß zur Unterstützung aller Notleidenden private Mittel allein nicht ausreichten, vielmehr öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe notwendig sein werden, war sofort klar. Deshalb sollte auch gleich von Anfang an die Stadtverwaltung in diesem städt. Hilfsausschuß die Führung behalten, ohne daß jedoch der Ausschuss einen bürokratischen Anstrich erhalten sollte.

Auch bei der Sammlung, die dieser Hilfsausschuß veranstaltete, hat sich die Opferwilligkeit der Bürgerschaft aufs beste bewährt, sind doch innerhalb 6 Wochen rund 22 000 Mark eingegangen. Dieser Betrag ermöglichte nach Beschluß vom 19. September 1914 die Bildung eines Unterausschusses, der mit den Arbeiten begann. Dazu gehörte damals auch die Ueberwachung des Arbeitsmarktes, d. h. die Besorgung von Arbeit und Verdienst für alle, welche erwerbslos waren.

Gebt Arbeit! war erste Forderung. Nicht nur Staat und Gemeinde, sondern jeder einzelne mußte mithelfen.

Zur Besorgung von Arbeitsgelegenheit für weibliche Personen ging der nationale Frauendienst erfolgreich voran, wie überhaupt die Frauenorganisation wirklich mustergültig war. Die Stadtverwaltung hat dies weitgehend anerkannt und der Hilfsausschuß hat in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste Hand in Hand mit ihr gearbeitet. Man fügte einander.

Erinnert sei an die Notstandsnäherkeit, die unter Leitung von Frau Missionar Bauer in den Räumlichkeiten des Rathauses untergebracht war und zeitweilig bis zu 1000 Arbeiterinnen aus Stadt und Bezirk lohnende Beschäftigung vermittelte.

Auch durch die Obstverwertungsstelle, der Frau Prätor von Braun vorstand, betätigte sich der nationale Frauendienst in glücklichster Weise. Einzelne Damen des Frauendienstes haben bis zuletzt in dem städtischen Volkstüchentreibe mitgeholfen.

Gleich nach dem Zusammentreten des Hilfsausschusses wurde nämlich vom Stadtvorstand die Ein-

richtung einer Volkstüche in Aussicht genommen.

Die eingegangenen Unterstützungsgefuche zu prüfen, war die Aufgabe einer Abteilung des Hilfsausschusses. Sie arbeitete mit einem Stab von Pflegern und Pflegerinnen, denen bestimmte Bezirke zugewiesen waren. Die Pflegebezirke entsprachen den Wahlbezirken. Für jeden Bezirk waren mindestens 2 Pfleger und Pflegerinnen vorgesehen. Alle Gesuche und Meldungen in Unterstützungssachen gingen zunächst an eine auf dem Rathaus eingerichtete Geschäftsstelle des Hilfsausschusses und wurden von ihr an die Bezirkspfleger zur Nachprüfung weitergegeben. Ueber die Gewährung der Unterstützung beschloß sodann die Unterstützungsabteilung des Hilfsausschusses nach von diesem bestimmten Richtlinien. Die Gewährung einer Unterstützung wegen Kriegsnot mußte von der Armenunterstützung scharf unterschieden werden. Dies wurde auch dadurch äußerlich gekennzeichnet, daß das Büro der Unterstützungsabteilung sich nicht am Sitz der Armenpflege, sondern, wie gesagt, im Rathaus befand. Durch den Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Jahr 1914 sind den Gemeinden bedeutende Mittel zur Unterstützung für die Aufwendungen auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt worden. Die Aufwendungen des Hilfsausschusses konnten daher vom 1. Januar 1915 ab beim Ministerium angemeldet werden, worauf ein Beitrag von 50—70 % des Aufwands jeweils monatlich bewilligt wurde. Voraussetzung dieser Aufwandsbeteiligung war aber, daß die Verrechnung der Aufwendungen des Hilfsausschusses künftig durch die Stadtpflege erfolgte. Eine Aenderung in der Organisation des Hilfsausschusses ist jedoch nicht eingetreten. Es wurde vielmehr beschlossen, daß die Ausgaben und Einnahmen des Hilfsausschusses (Kriegswohlfahrtspflege) vom 1. Februar 1915 ab als öffentliche Mittel zu behandeln seien, unbeschadet der finanziellen Selbstständigkeit des Hilfsausschusses. Neben diesem städtischen Hilfsausschuß, um den sich in ganz besonderer Weise Professor von Blume verdient gemacht hat, bestand ein solcher des Bezirks, unter Geschäftsführung von Bezirksnotar Scheef, der — zur Herstellung der Verbindung — zugleich Mitglied des städt. Hilfsausschusses war.

Die umfangreiche, segensreiche Tätigkeit des Ausschusses, der seiner Arbeit vom August 1914 bis April 1919 oblag, ist in 4 Berichten eingehend geschildert.

Im Rahmen der vorliegenden Darstellung sollen aus verschiedenen — nicht lediglich räumlichen — Gründen nur die hauptsächlichsten Zahlen aus diesem ganzen Werk der Kriegsfürsorge wiedergegeben sein.

Die Einnahmen betragen:

	Mark
1. Freiwillige Gaben aus der Einwohnerschaft einschließlich Mf. 4811.— gespendete Quartierentschädigung Hauskassette	127 491.02 7 593.40
2. Beiträge von Staat und Reich nach den bestehenden Grundätzen	291 716.48
3. Beiträge der Landesversicherungsanstalt Württemberg	3 072.—
4. Beiträge der Amtskorporation Tübingen	38 290.50
5. Erlös aus abgegebenen Schuhen	10 406.42
6. Erlös aus abgegebenen Briefetts	298.70
7. Sonstige Beihilfen und Erlöse	8 083.74
8. für namentlich zu Beginn des Kriegs abgegebene Nahrungsmittel (Mehl, Milch, Obst)	4 571.20
9. zurückbez. Vorschüsse und Bankabhebungen	58 262.61
Summe	549 786.07

Ausgaben:

I. Leistungen in Geld.

	Mark
1. Beiträge zur Bezahlung von Mietzinsen (Gewährt wurden im einzelnen Fall bis zu 50 Mf. pro Vierteljahr, dabei war anzuerkennen, daß leistungsfähige Hausbesitzer den Ansuchen, auch ihrerseits einen entsprechenden Nachlaß zu geben, für die Regel in Höhe von 10—15 % des Mietzinses entsprochen haben).	108 113.65
2. Beiträge zur Bezahlung von Schuldzinsen und sonstigen Verbindlichkeiten (Für diese Zwecke waren die dem Hilfsausschuß zur Verfügung gestandenen Mittel unzulänglich, es mußte auf den Beistand anderer Organisationen verwiesen werden, so namentlich auf den Verein „Mittelstandshilfe in Württemberg“, an dessen Stammkapital die Stadtgemeinde sich namhaft beteiligt hat. Diese Organisation bezweckte, Angehörigen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, welche zum Heere einberufen, oder infolge des Kriegs unverschuldet in ihrer beruflichen Erzi-	57 590.65

tenz gefährdet waren, Beihilfen zu gewähren. Die Vorbereitung der diesbezüglichen Geschäfte erfolgte hier in Tübingen durch einen eigenen städt. Ausschuß. Auch die Württ. Kriegskreditbank A.G., Stuttgart, an deren Gründung sich die Stadtgemeinde mit einem Garantiebetrag von 27 000 Mf. beteiligt hat, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.)

3. Beiträge zur Versicherung der Felderzeugnisse Ausmarschierter gegen Hagelschlag	1 153.63
4. Beiträge zur Anschaffung von Stärkungsmitteln (in der Hauptsache an den Vorstand der Poliklinik zur Verwendung in geeigneten Fällen gegeben)	4 720.—
5. Wochenbetthilfe	335.—
6. Heilstätten- und sonstige Verpflegungskosten (In der Hauptsache handelt es sich hier um Verpflegung von Angehörigen Ausmarschierter in Krankenfällen in den hiesigen Kliniken, oder in einer sonstigen Krankenanstalt, soweit nicht die Kriegskrankenfürsorge des Bezirks eingetreten ist, u. a. sind hier inbegriffen 787.80 Mark für Krankenhausverpflegung der durch Fliegerüberfälle beschädigten Personen).	12 006.78
7. Medikamente und ähnliche Kosten	356.31
8. Beiträge zur Bezahlung von Beerdigungskosten	427.70
9. Einmalige Barunterstützung zur Bestreitung von Bedürfnissen in Fällen außerordentlicher Not, für Urlaubsträger, Weihnachtsgaben, Konfirmandengeschenke usw.	27 923.35
Summe I	212 627.07

II. Unentgeltliche, bezw. zu ermäßigten Preisen erfolgte Abgabe von Nahrungsmitteln und sonstigen Bedürfnissen.

1. Volksküchessen	5 871.75
2. Kartoffeln	69 322.06
3. Eier	17 934.92
4. Butter	21 367.43
5. Kohlraben	2 057.62

6. Brot	6 199.46
7. Milch	15 262.59
8. Naturalien	41 949.13
9. Schuhwaren	20 653.71
10. Hemden, Strümpfe und sonstige Kleidungsstücke	3 515.03
11. Anzüge für entlassene Krieger	4 392.75

Summe II

Naturalleistungen 208 526.45

III. Beihilfen an andere Wohlfahrts-einrichtungen.

einschließlich M 10 000.— Beitrag an den Hilfsausschuß des Bezirks 25 577.37

IV. Mehraufwendungen auf die Volksküche

35 219.66

V. Vorschüsse gegen Wiedererwerb, Bankgelder usw.

andere Verrechnungsposten 96 680.95

Gesamtsumme der Ausgaben 578 631.50

Somit blieb ein von der Stadtkasse zu tragender Abmangel von 28 845.43

Mit dieser Fürsorgetätigkeit des Städt. Hilfsausschusses standen sodann in engem Zusammenhang wirtschaftliche Maßnahmen und Einrichtungen, durch welche der Hilfsausschuß teils in eigener Unternehmung, teils in Unterstützung anderer Faktoren (Stadt, Vereine), vor allem aber auch durch persönliche Arbeitsleistung seiner Mitglieder wirksam sich betätigte. Erwähnt ist hier bereits die Volksküche, die ihren Betrieb unter Leitung von Privatier Reichmann am 19. Januar 1915 eröffnete, mit dem Zweck, minderbemittelten Familien, namentlich Ausmarschierter, Gelegenheit zur Beschaffung eines nahrhaften Mittagessens zu billigem Preis (à 25 ¢ pro Portion) zu geben. In der Küche wurden zeitweilig durchschnittlich 450 Essen am Tage abgegeben. Zu Beginn des Jahres 1917 wurde die Einrichtung getroffen, auch den Angehörigen des sogenannten Mittelstandes die Möglichkeit zu geben, das Essen um 40 ¢ pro Portion oder unentgeltlich zu beziehen, von welcher Gelegenheit täglich durchschnittlich 65 Personen Gebrauch gemacht haben. In einem in der Nähe der Küche gelegenen, geheizten Raum (Industrieaal) war Gelegenheit geboten, während der Mittagsstunden sich aufzuhalten und das Essen einzunehmen.

Zwangswirtschaft

Am 1. August 1914, am Tage nach der Mobilmachung, fand eine Sitzung des Gemeinderats statt, in der der Vorsitzende die mancherlei Folgen, die der Kriegsausbruch für die Stadtverwaltung mit sich bringe, besprach. U. a. führte er aus, daß wegen Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln, vor allem mit Mehl auch für ärmere Kreise, nach den angestellten Anfragen vorerst nichts zu befürchten sei. Wenn ein Mangel sich zeige, müsse das Erforderliche von zentraler Stelle aus eingeleitet werden. Nicht sehr günstig sei es mit dem Kohlenvorrat bestellt. Das Gaswerk habe seinen Bedarf auf 6 Wochen, Sparsamkeit sei daher notwendig. Die Straßenbeleuchtung solle eingeschränkt werden. Kohlen an hiesige Verbraucher sollen nur in kleineren Mengen abgegeben werden.

Schon damals befürchtete man also, der Krieg werde in das Wirtschaftsleben empfindlich eingreifen. Die Entwicklung in der ersten Kriegszeit zeigte, daß hauptsächlich die Preisgestaltung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs aufmerksam zu beobachten war. Die Möglichkeit zur Festsetzung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel war ja durch die Besetze über wirtschaftliche Maßnahmen während des Kriegs vom August 1914 gegeben. Aus der Mitte der Einwohnerschaft heraus ist dann auch schon im Herbst 1914 verschiedentlich angeregt worden, Höchstpreise für gewisse Artikel, z. B. für Kartoffeln, Eier usw. festzusetzen. So einfach lagen aber die Dinge nicht, und der Gemeinderat ging nur mit großer Vorsicht zu Werke. Es durfte der Zusammenhang der inneren wirtschaftlichen Vorgänge und die Wirkung solcher lokaler Höchstpreisfestsetzungen nicht übersehen werden. Bei der damaligen uneinheitlichen Preisgestaltung war es äußerst schwierig, die richtige Preisobergrenze zu finden. Es bestand die Gefahr, daß eine Ware, für die Höchstpreise bestimmt waren, bei der vorhandenen Freizügigkeit auf ein günstigeres Marktgebiet abwanderte. Es wäre notwendig gewesen, zuerst Höchstpreise für den Großhandel oder Erzeugerpreise, die für ein großes Gebiet galten, von zentraler Stelle aus festzusetzen. Aus all diesen Gründen, die durch die nachherige Entwicklung der Verhältnisse als durchaus richtig bestätigt wurden, trat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 14. November 1914 der von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Haußer, vorgebrachten Auffassung bei, der erklärte, „er werde der

Sache alle Aufmerksamkeit schenken und gegebenenfalls den notwendigen Antrag stellen, aber besser sei es, wenn man in Gestalt der freien Wirtschaftsordnung ohne obrigkeitliche Bevormundung auskomme. Deshalb wolle man auch einen Appell an die Verkäufer richten, sie sollen den Bogen nicht zu straff spannen, damit eine Einschränkung ihres freien Bestimmungsrechts nicht notwendig werde."

Zur Ueberwachung der Preise wurde ein statistischer Dienst eingerichtet, in der Weise, daß alle Verkäufer von Lebensmitteln in ihren Geschäften an leicht sichtbarer Stelle Preistafeln anzuschlagen hatten, die sie monatlich zweimal dem Stadtschultheißenamt zur Einsicht und zum Vergleich mit den Preisen in anderen Geschäften vorzulegen hatten. Auffallende Preisunterschiede wurden untersucht und entsprechend ausgeglichen.

Bald zeigte sich jedoch, daß bei verschiedenen Lebensmitteln, die allmählich knapper wurden, eine Höchstpreisfestsetzung nicht zu umgehen war, so namentlich bei Mehl und Brot und Kartoffeln schon im Winter 1914.

Die Preisregelung gewann mit der Länge der Kriegsdauer immer mehr an Bedeutung. Gemäß Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 wurde eine Preisprüfungsstelle errichtet. Die Stadt Preisprüfungsstelle, die unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Haußer aus vier Vertretern der Großhändler und Erzeuger und vier Vertretern der Verbraucher bestand, hielt ihre erste Sitzung am 15. November 1915. Wenn auch schon für eine ganze Reihe, namentlich der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs von reichs- und landeswegen Höchstpreise festgesetzt waren, so waren dennoch von der Preisprüfungsstelle noch wichtige Aufgaben zu lösen, als welche der Vorsitzende zusammenfassend den Schutz des soliden und die Bekämpfung des unsoliden Gewerbes bezeichnete. Die Preisprüfungsstelle hatte namentlich in den ersten 1 1/2 Jahren ihres Bestehens ein reiches, aber auch undankbares Betätigungsfeld. In vielen Sitzungen, denen regelmäßig auch ein Vertreter der Heeresverwaltung anwohnte, wurden nicht nur Höchstpreisfragen, sondern auch wichtige Versorgungsfragen beraten und der Beschlußfassung des Gemeinderats vorgearbeitet. Die Preisprüfungsstelle hatte sich zwar mit allen denkbaren Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu befassen, sie hatte jedoch einzelne Schmerzenskinder, die ihre Tätigkeit in ganz besonderer Weise in Anspruch nahm. Erinnerung sei an die Regelung der Preise für Fleisch-

und Wurstwaren, die sich zeitweilig fast wöchentlich veränderten und jedesmal Verhandlungen mit der Metzgerinnung erforderten, dann an die Preisfestsetzung für Gemüse und Obst auf dem Wochenmarkt, wofür eine besondere Marktpreiskommission eingesetzt wurde, die den dauernden Kampf mit Händlern und Verbrauchern hatte, an die Preise für Milch, Obst, Most, für Eier, Holz und Kohlen.

Mit der fortschreitenden öffentlichen Bewirtschaftung aller Lebensmittel und sonstiger Gegenstände des täglichen Bedarfs und der damit erweiterten Preisfestsetzung sind die Aufgaben der Preisprüfungsstelle ganz wesentlich eingeschränkt und immer mehr auf das Gebiet bloßer Ueberwachung der Preise übergeleitet worden, wo sie sich mit den Aufgaben der verschiedenen Polizeiorgane begegnete. Neben die Preisgestaltung, ja durch diese bedingt, trat die Notwendigkeit der Bewirtschaftung derjenigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, bei denen im Laufe des Kriegs ein Mangel eintrat; und bei der planmäßig von unseren Feinden durchgeführten Abschneidung von jeglicher Einfuhr gab es allmählich kaum mehr Waren, die von der öffentlichen Bewirtschaftung ausgenommen waren.

Welch ungeheurer Behördenapparat war für die Durchführung dieser Zwangsbewirtschaftung, sowohl an den Zentralstellen des Reichs und der Länder, als auch bei den Kommunalverbänden notwendig und welche gewaltige Aufgaben hatten die Gemeindebehörden zu bewältigen! Bei der hiesigen Stadtverwaltung war die Durchführung dieser Aufgaben noch dadurch besonders erschwert, daß ihr insolge der Einberufung nicht genügend Personal zur Verfügung stand. Deshalb war es notwendig, die anfallenden Geschäfte auf verschiedene Beamten zu verteilen. Soweit dies nicht der Fall war, wurden sie vom Stadtschultheißenamt unmittelbar besorgt, bei dem auch zugleich die Fäden für die Versorgung, soweit sie den übrigen Beamten oblag, zusammenliefen.

Nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen vom Januar 1915 über Regelung des Mehl- und Brotverbrauchs mußte der Verbrauch örtlich durch Bezugsmarken geregelt werden. Hiesfür waren besondere Organisationen zu treffen. So wurde hier die Geschäftsstelle für Mehl- und Brotversorgung eingerichtet, die am 10. März 1915 ihre Tätigkeit eröffnete. Es waren in der Hauptsache freiwillige Hilfskräfte, namentlich vom nationalen Frauendienst und nationalen Studentendienst, die sich damals für die Arbeit zur Verfügung stellten. Ein besonderer Ausschuß unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Haußer wurde bestellt. Die Vorberei-

tungen für diese Arbeiten waren sehr mühevoll. Die ganze Leitung der Geschäfte unterstand ursprünglich dem Stadtpolizeiamt, das während des Kriegs anstelle des einberufenen Polizeiamtmanns unter der Vorstandschaff vom Stadtvorstand mit versehen wurde.

Bei dieser Kartenabgabestelle wurden von 1915 bis 1920 alle Arbeiten besorgt, die zur Regelung der förmlichen Bezugsberechtigung der Verbraucher bei den verschiedensten Lebensmitteln notwendig waren. Es war hierzu ein ganzer Stab von Hilfskräften erforderlich, die unter Leitung von Gemeinderat Sontheimer bis November 1918 fast ausschließlich ehrenamtlich ohne besondere Entschädigung tätig waren, eine Hilfe, die sehr hoch anzuschlagen war. Sie kam dem Mangel an Arbeitskräften entgegen, der durch militärische Einberufungen und vaterländischen Hilfsdienst verursacht war. Dann aber auch wurde die finanzielle Belastung der Stadt durch Beschäftigung von Hilfskräften im Dienste der Kriegswirtschaft auf ein Mindestmaß beschränkt.

Den Gang der Versorgung für jedes einzelne Lebensmittel im Rahmen dieser Abhandlung darzustellen und Namen zu nennen, ist nicht möglich. Es würde zu weit führen, und doch würde es nicht gelingen, all die mühevollen, zeitraubende, mit mancherlei Anfechtungen und Aufregungen verbundene Arbeit zu schildern, die mit der Einleitung und Durchführung der verschiedenen Regelungen verknüpft waren. Einzelne besonders bemerkenswerte Dinge seien jedoch auch hier erwähnt.

Zur Mehl- und Brotversorgung: Schon die Bergung der Ernte 1914 war außerordentlich schwierig, ist aber durch Organisierung von freiwilligen und bezahlten Hilfskräften bei günstigem Wetter durchaus gelungen. In den künftigen Kriegsjahren standen für diese Arbeiten Urlauber und Gefangene zur Verfügung. Eine der ersten Maßnahmen in der Mehl- und Brotversorgung war das reichsgesetzliche Verfütterungsverbot vom 28. Oktober 1914. Gleichzeitig wurde der Backwaren- und Kuchenverbrauch eingeschränkt. Vorschriften über stärkere Ausmahlung des Brottorns und Zusatz von Kartoffelerzeugnissen sind ergangen. Am 5. Januar 1915 wurde der Ausmahlungssatz für Roggen auf 82 Prozent und für Weizen auf 80 Prozent angeordnet und die Backvorschriften verschärft. Es kam die Rationierung vom 10. März 1915 ab. Die Tageskopfmenge wurde von der Reichsregierung zunächst auf 225 Gramm Mehl festgesetzt. Nach dem Ergebnis einer sofort vorgenommenen Vorratserhebung wurde dieser Satz auf 200 Gr. ermäßigt, am 1. September 1915 wieder auf 220 Gr.

erhöht und am 1. Februar 1916 auf 200 Gramm herabgesetzt. Dazu kam die Sonderbehandlung von Personen mit großem Brotbedarf, die Schwerarbeiterzulage mit 50 Gramm, später 100 Gramm und die Schwerstarbeiterzulage mit weiteren 200 Gramm. Nicht selten wurde die Qualität des Mehls beanstandet. Für Kranke wurde ein besonderes Auszugsmehl zur Verfügung gestellt. Dem Verkehr in den Wirtschaften dienten besondere Gastmarken.

Die Bäcker, Mehlhändler und Wirte lieferten die eingelösten Brot- und Mehlkarten periodisch bei der Geschäftsstelle für Mehl- und Brotversorgung ab, erhielten auf Grund der abgelieferten Marken einen Bezugschein, auf Grund dessen sie Mehl vom Kommunalverband beziehen konnten. Schwierig zu regeln war der Verbrauch der Selbstversorger, die entsprechend ihrer Getreideernte Mahlscheine bis zu einem pro Kopf bestimmten Höchstbetrag erhielten. Alljährlich waren genaue Erhebungen über die Ernteflächen der einzelnen Selbstversorger anzustellen. Der Verbrauch an Gerste und Haber als Futtermittel, ja sogar der Bedarf an Saatgut war genau zu regeln. Wichtig war die Sorge dafür, daß möglichst bald ausgedroschen werden konnte. Jahrelang betrieb die Stadtgemeinde eine Dreschmaschine in eigener Unternehmung.

Die Bewirtschaftung ist bei Korn, Mehl und Brot trotz aller Schwierigkeiten über Erwarten gut gelungen. Bei anderen, leider allzu vielen Nahrungsmitteln war sie weit schwieriger durchzuführen.

Zur Fleischversorgung mußte die Bewirtschaftung ausgedehnt werden auf Vieh, Fleisch, Wurst, Wild, Geflügel und Fische. Fanden noch anfangs des Jahres 1915 auf Anordnung des Reichs und der Länder umfangreiche Schlachtungen von Schweinen statt, um der Gefahr einer zu weitgehenden Verfütterung von Getreide und Kartoffeln vorzubeugen, so machten sich schon im Herbst 1915 Anzeichen eines beginnenden Mangels an Fleisch bemerkbar. Im November 1915 wurden durch Reichsgesetz fleisch- und fettlose Wochentage eingeführt und im April 1916 erfolgte die Einführung der Fleischkarte. Der umfangreiche Abschluß von Schweinemastverträgen im Herbst 1916 sollte eine Erleichterung in der Fleischversorgung bringen und tatsächlich zeigte sich im Frühjahr 1917 eine gewisse Erleichterung in der Fleischversorgung, während die Mehl- und Brotversorgung zu jener Zeit in einem sehr kritischen Stadium war. Von der Reichsregierung wurde deshalb eine Einschränkung der Mehlration vorgenommen und zum Ausgleich eine Verdoppelung der Fleischration gewährt.

Da jedoch den weniger bemittelten Verbrauchern die Beschaffung der teureren Fleischzulage kaum zugemutet werden konnte, wurden Reichsmittel zur Verfügung gestellt, um das Fleisch, das gegen die Zusatzfleischkarte bezogen wurde, zu verbilligen, eine Maßnahme, die mit außerordentlichen Schwierigkeiten und viel Schwindelei verbunden war. Sie dauerte bis zur neuen Ernte. Eine wichtige Sache war die Organisation der Aufbringung des Schlachtviehs, wozu der freie Handel im Jahre 1917 nicht mehr imstande war. Es mußten Vormerkungslisten angelegt, örtliche Aufbringungsausschüsse, Unter- u. Oberkäufer bestellt werden und die Aufbringung ging als Aufgabe an den Kommunalverband über. Zur Regelung des Verkehrs in den Metzgereien wurden Kundenlisten eingeführt. Die eingelösten Fleischarten hatten die Metzger bei der Kartenabgabestelle abzuliefern, wofür sie dann entsprechende Schlachtscheine erhielten.

Milchversorgung. Nach der Bundesratsverordnung vom November 1914 mußte die vorzugsweise Berücksichtigung der Kinder, werdenden und stillenden Mütter und Kranken bei der Verteilung der vorhandenen Milchmenge sichergestellt werden. Im Sommer 1915 wurden hierorts Stimmen laut, daß es an Milch spanne. Es wurden genaue Erhebungen über die Milcheinfuhr, Preisgestaltung usw. angestellt, und am 17. Juli 1915 genehmigte der Gemeinderat den Entwurf von Grundsätzen über Sicherstellung der Milchversorgung für Kinder, werdende und stillende Mütter und Kranke, wonach der Volksküche in der Schulstraße eine städt. Milchverteilungsstelle angegliedert wurde. Von dieser wurde auf Anweisung des Stadtschultheißenamts an einzelne Versorgungsberechtigte, die auf andere Weise nicht versorgt werden konnten, Milch abgegeben, zu Anfang etwa 20 Liter täglich. Drei Jahre war die Milchversorgung auf diesen Grundsätzen und der Verteilungsstelle in der Volksküche aufgebaut. Die Versorgung hatte aber mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Rathaus wurde eine besondere Stelle eingerichtet, die den Ausgleich zu regeln hatte. Die Milchhändler waren verpflichtet, an die Milchverteilungsstelle (Volksküche) eine nach Maßgabe ihrer Gesamtmenge bestimmte tägliche Milchmenge abzuliefern, damit in Notfällen Versorgungsberechtigte von dort beliefert werden konnten. Die Milchhändler und die hiesigen Kuhhalter erhielten auch jeweils Auflagen zur Lieferung von Milch an bestimmte Versorgungsberechtigte. Besonders erschwert war die Versorgung durch den großen Bedarf der Kliniken und Lazarette, die vorzugsweise zu beliefern waren und

durch die vielen Kranken in der Stadt. Mit dem Rückgang der Milchlieferung ging Hand in Hand eine sich steigende Versorgung im Schleichhandel, gegen den nur schwer und unter großen Härten in manchen Einzelfällen anzukämpfen war. Die Aufbringung der Milch und die Bestimmung der lieferpflichtigen Gemeinden war Sache der Landesversorgungsstelle und der Kommunalverbände. In vielen Besprechungen, schriftlichen und mündlichen Gesuchen und Protesten mußte das Liefergebiet erhalten und dem steigenden Bedarf entsprechend erweitert werden. Die Milchversorgung war wohl eine der schwersten Aufgaben in der Kriegswirtschaft, und angesichts des notorischen Mangels, zu dem noch eine zunehmende Verschlechterung der Qualität kam, auch den größten Anfechtungen seitens der Verbraucher ausgesetzt. Auch die Butterversorgung konnte nur unter einschneidenden Maßnahmen durchgeführt werden. Kundenlisten und Buttermarken wurden 1916 nötig, um die Versorgung der Einwohnerschaft mit den geringen Rationen zu gewährleisten, die wöchentlich ausgegeben worden sind, später aber manchmal nicht ausgegeben werden konnten. Die Butterlieferung, die monatlich von der Landesversorgungsstelle auf Grund genauer Berechnung zugewiesen wurde, ging von Kaufmann W. Kieckert aus auf Anweisung des Stadtschultheißenamts den einzelnen Geschäften zu, die dann auf Grund der Bezugsmarken und Kundenlisten mit der Kartenabgabestelle abrechneten. Auch die Versorgung mit Käse erfolgte auf Grund von Kundenlisten.

Für die Versorgung mit Eiern, die im Winter 1914/15 knapp wurden, waren besondere Einrichtungen notwendig, mußte doch ein großer Teil, der nicht als Frischeier sofort ausgegeben wurde, konserviert werden. Die mühe- und verantwortungsvolle Arbeit des Einlegens im Schloßbrauereikeller besorgte das Personal der Volksküche unter Leitung von Herrn Privatier Reichmann. Aufbringung und Verteilung waren gleich kompliziert. Sie erfolgten durch die Stiftungspflege, der auch die Kartoffelversorgung unterstand. Ging letztere im Herbst 1914 noch ziemlich reibungslos von statten, so zeigte sich schon im Herbst 1915 die Notwendigkeit, für die Stadtgemeinde einen größeren Vorrat zu beschaffen, und im Sommer 1916 setzte mit der Frühkartoffelernte die Verbrauchsregelung mittels Kartoffelbezugsmarken ein. Die Bewirtschaftung gestaltete sich dadurch sehr schwierig, daß der Bedarf des Handels in der Hauptsache durch die Stadt vermittelt werden mußte. Eine außerordentliche Kartoffelnot entstand im Winter

1916/17, die so groß wurde, daß anstelle von Kartoffeln teilweise Bodenkohlstraben abgegeben werden mußten.

Bezüglich der Versorgung mit Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten sind zu erwähnen die ständigen Kämpfe, die auf dem Wochenmarkt zu führen waren gegen den Aufkauf der Erzeugnisse durch auswärtige Händler, der unmittelbare Bezug und Absatz von Mostobst, Gemüse, Kraut, rote und gelbe Speiserüben usw. durch die Stadt. Auch die Versorgung mit Zucker, Süßholz, Brotbacktriebmittel (Marmelade), mehligem Nahrungsmitteln, Speisefett, welche durch ein fein ausgebildetes Marken- und Kontrollsystem erfolgte, erforderte viel Zeit und Aufmerksamkeit.

So war allmählich die ganze Lebensmittelversorgung auf einem Bezugsmarken-, Bestellmarken-, Anweisungs- und Kundenlistenystem aufgebaut, das nicht nur für die Haushaltungen eine außerordentliche Erschwerung des Einkaufs ihrer sehr knapp und nicht selten geradezu unzureichenden Lebensmittel mit sich brachte und eine Quelle ständigen Verrügens war, sondern auch den damit befaßten Handel außerordentlich belastete.

Die Bewirtschaftung beschränkte sich aber nicht auf die Lebensmittel allein, sie wurde vielmehr auch auf andere Gebiete ausgedehnt. Erinnerung sei an die Futtermittelversorgung. In der Fruchtsthranne wurden namentlich zu Anfang des Krieges Kraft- und Erbsenmittel an die hiesigen Tierhalter abgegeben. Später mußte die Versorgung auf Gerste, Haber ausgedehnt werden, Heu und Stroh mußten aufgebracht und an die Heeresverwaltung abgeliefert werden.

An sonstigen Bedarfsgegenständen, auf die sich die Bewirtschaftung erstreckte, sind zu erwähnen: Seife, für die bei Bezugsmarken ausgegeben wurden, Erdöl, das nur auf besondere Anweisung in beschränkter Menge abgegeben werden durfte, Nähfäden, für den besondere Kundenlisten zu führen waren, sodann Web-, Wirt- und Strickwaren, Schuhwaren, Leder, für deren Bewirtschaftung eine besondere städt. Bekleidungsstelle dem Einwohnermeldeamt angegliedert wurde, die nur innerhalb eines gesetzlich begrenzten Bedarfs Bezugsscheine für solche Waren abgeben durfte und ein umfangreiches Karten- und Meldesystem zu versehen hatte.

Eine weitere Aufgabe war die Regelung der Brennstoffversorgung. Eine gewisse Knappheit trat ja schon zu Anfang des Krieges zu Tage. Ihr wurde zunächst durch allgemeine Einschränkungsmaßnahmen begegnet. Es durfte keine größere Menge

Brennstoff abgegeben werden. Das Gaswerk rationierte seinen Koksabsatz. Später folgte die Beschränkung der Haushaltungen im Verbrauch von Gas und Elektrizität. Vom Winter 1916/17 ab durften Brennstoffe nur noch gegen Brennstoffmarken und Bezugsscheine abgegeben werden und Haushaltungen, Gewerbebetriebe und Anstalten mußten ganz umfangreiche Einschränkungen im Brennstoffverbrauch vornehmen. Der im Gaswerk anfallende Koks wurde nur noch für Haushaltungen reserviert, die in Fürsorge des städt. Hilfsausschusses standen. Die Geschäfte der Versorgungsregelung wurden zunächst vom Stadtschultheißenamt, die Karten- und Markenausgabe und Kontrolle durch die Kartenabgabestelle besorgt. Die Bewirtschaftung wurde aber immer umfangreicher und schwieriger. Es war notwendig, ein eigenes Lager von Brennstoffen zu führen, die Versorgung mit Holz ganz auf die Stadt zu übernehmen, und so ergab sich die Notwendigkeit, eine besondere Stelle, die Drehtischstelle, mit den Aufgaben der Brennstoffversorgung zu besetzen. Die wöchentliche Abrechnung mit den Kohlenhändlern, die vielen periodischen Zusammenstellungen und Meldungen für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung, die Beschaffung des für den Hausbrand erforderlichen Brennstoffbedarfs, die Kontrolle des Verbrauchs usw. waren schwierig durchzuführen.

Schließlich sei noch erwähnt die am 28. Juli 1915 vom stellvertretenden Generalkommando verfügte Beschlagnahme und Enteignung von Kupfer, Messing und Rein-Nickel und die dadurch notwendig gewordene Einziehung von Haushalts- und Küchengeräten, gewerblichen Einrichtungsgegenständen, ja sogar von Kirchenglocken. Für die Meldung, Erfassung und Einziehung der beschlagnahmten Gegenstände und Ablieferung aller beschlagnahmten und freiwillig abgelieferten Kriegsmetalle, Entschädigung der Besitzer und Abrechnung mit der Kriegsmetallgesellschaft war eine der Elektrizitätswerksverwaltung angegliederte Metallsammlung betraut.

Übergangswirtschaft

Mit der langen Dauer des Krieges steigerte sich die Not und der Mangel auf allen Gebieten des täglichen Lebens. Die behördlichen Einschränkungs- und Verteilungsmaßnahmen wurden immer drückender empfunden. Es kam die Re-

volution, der Waffenstillstand und die Heimkehr der Krieger aus dem Felde im November 1918. Auch letztere hatten unter Entbehrungen in der Ernährung schwer zu leiden gehabt, und hofften, nach Beendigung des Krieges werde auch der Mangel an des Leibes Nahrung und Notdurft behoben sein. Aber es folgte eine schwere Enttäuschung. In der Heimat begann eine Notzeit, die eigentlich viel schlimmer war, als während des Krieges. Der Mangel steigerte sich auf allen Gebieten des täglichen Lebens. Wohl konnten allmählich Lebensmittel aus dem Ausland eingeführt werden, aber die Preise waren zu Anfang fast unerschwinglich. Die Stadt konnte Gelegenheitskäufe zur Ergänzung der Rationen machen, so beispielsweise in Fleisch- und Wurstkonserven, Kunsthonig usw. von einer hier aufgelösten Etappeninspektion, auch im freien Handel, der allerdings häufig nicht von einwandfreier Art war. Sowohl die Stadt als auch der Kommunalverband nützten die gebotenen Gelegenheiten aus, so gut es zu verantworten war.

Durch die Lebensmitteleinfuhr, die aus Valutagründen von der Reichsregierung sehr beschränkt werden mußte, hatte man aber zunächst keine fühlbare Erleichterung. Nach wie vor war die Stadtverwaltung mit der Sorge beladen, wie der Not am besten gesteuert werden konnte. An einen Abbau der Zwangswirtschaft und der behördlichen Einrichtungen zu ihrer Durchführung war zunächst noch nicht zu denken. Vielmehr zeigte sich die Notwendigkeit, manche Dinge noch straffer zu bewirtschaften als während des Krieges, denn es fehlte trotz der strengsten Abwehrmaßnahmen ein Schleichhandel und Wucher ein, wie man sie während des Krieges nicht gekannt hat. Die Schwierigkeiten in der Versorgung ergaben sich auch schon rein durch die zahlenmäßige Steigerung der Versorgungsberechtigten. Nicht nur die aus dem Felde und der Gefangenschaft heimkehrenden Krieger waren zu versorgen. Durch die starke Belegung der Universität ergab sich noch die Notwendigkeit, Tausende von Studenten in Kosthäusern zu verpflegen. Schwarzschlächterei und Schleichhandel mit Fleisch erschwerten die Aufbringung des Schlachtviehs in unerhörtem Maße. Die Fleischversorgung war durchaus ungenügend, es gab fleischlose Wochen, in denen nur ein ungenügender Ersatz durch andere Lebensmittel geboten werden konnte. Die Stadtverwaltung bemühte sich vergebens um Besserung. Die Unzufriedenheit in der Einwohnerschaft stieg. Der seit der Revolution bestehende Arbeiter- und Soldatenrat, der eine gewisse Kontrolle über die Lebensmittelversorgung ausübte,

veranstaltete zur Aufklärung über die Versorgung eine Versammlung Anfangs Juni 1919, nach deren Beendigung es sogar zu Ausschreitungen vor dem Oberamtsgebäude kam. In den darauf folgenden Tagen folgte eine eingehende Besprechung der Lebensmittelversorgung im Gemeinderat und einer gemeinderätlichen Abordnung beim Ernährungsministerium. Die Ernährungsfrage war damals so gespannt, daß lange Zeit in jeder Sitzung des Gemeinderats die Lebensmittelversorgung als ständiger Punkt auf der Tagesordnung erschien. Außer der Fleischversorgung war es namentlich die Milchversorgung, die zunächst noch sehr im Argen lag. Im November 1918 wurde eine besondere Sammel- und Verteilungsstelle im Bahnhof eingerichtet, in der alle von auswärts kommende Milch abgeliefert werden mußte. Milcharten und Kundenlisten wurden eingeführt. Trotz strengster Erfassungsmaßnahmen in den Landgemeinden blieb die Anlieferung noch lange Zeit durchaus ungenügend.

Auch die Aufgaben der Bekleidungsstelle, die sich zudem noch mit der Verteilung sogenannter Notstandswaren (Stoffen und Stiefeln) zu befassen hatte, gestalteten sich äußerst schwierig.

Obwohl auf manchen Gebieten ein Abbau der Zwangswirtschaft bereits erfolgt war, entschloß sich der Gemeinderat im März 1920 noch zu einer durchgreifenden Organisationsänderung, indem er alle mit der Lebensmittelversorgung, Futtermittelversorgung und Bekleidungsstelle zusammenhängenden Geschäfte in einem besonderen städt. Lebensmittelamt zusammenfaßte, das seinen Betrieb am 1. April 1920 im unteren Rathausaal eröffnete. Diese Zusammenfassung sollte auch einen planmäßigen Abbau der mit der Zwangswirtschaft zusammenhängenden Einrichtungen besser ermöglichen. Tatsächlich konnte auch über Vereinfachung im Betrieb des Lebensmittelamts infolge Abbaus schon am 27. August 1920 berichtet werden, ebenso am 14. März 1921. Vom 1. April 1921 ab konnte der Vorstand des Lebensmittelamts diese Aufgabe nebenamtlich versehen und infolge des fortschreitenden Abbaus der Zwangswirtschaft wieder in sein Hauptamt als Stadtschultheißenamtssekretär und Revisor zurückkehren.

Die Brot- und Mehlerversorgung wurde allmählich gelockert, amtlich aber bis Ende des Jahres 1923 fortgeführt. Die Fleischversorgung wurde am 1. Oktober 1920 aufgehoben. Ueber die Schwierigkeiten der Uebergangszeit mußte eine von der Stadt und vom Kommunalverband betriebene Vorratswirtschaft weghelfen. Die Bewirtschaftung der

Milch sah bessere Zeiten, sodaß man glaubte, auch hier Erleichterungen dadurch eintreten lassen zu können, daß der Handel mit der per Achse eingeführten Milch freigegeben wurde. Bald zeigte sich jedoch wieder ein solch empfindlicher Mangel, daß der Gemeinderat sich entschloß, eine Milchkuhlanlage in dem Gebäude Schulstraße einzurichten, die ihren Betrieb als städt. Milchzentrale am 1. Juli 1922 eröffnete und aus Gründen der Hygiene und des Lieferungsaußgleichs heute noch besteht.

Auch die Bezugscheinpflicht für Web- und Strickwaren wurde aufgehoben, geblieben ist aber zunächst noch eine Verteilung von Notstandswaren und Stiefeln für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Freigabe der Brennstoffbewirtschaftung erfolgte, die Versorgung der Minderbemittelten mit Kohlen und die Bewirtschaftung des Holzes wurden aber noch bis 1924 weitergeführt.

Allmählich bekam die Versorgung auf allen Gebieten ein ganz anderes, aber gleich unerfreuliches Gesicht; anstelle des Mangels in Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen trat infolge der schlechten Wirtschaftslage und der Verarmung weiterer Schichten die Unmöglichkeit für Viele, aus Mangel an Geld die zu teuren Preisen angebotenen Waren zu kaufen. Mit anderen Worten: Anstelle der Versorgung Aller mußte die Fürsorge für Minderbemittelte treten.

Durch die Zwangsbewirtschaftung und die damit verbundene Preisregulierung konnten die Preise für die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs auf einer für alle erschwinglichen Höhe gehalten werden. Nach Lockerung und Aufhebung der Zwangswirtschaft bildeten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage und paßten sich den Weltmarktpreisen an. Durch die Verschlechterung unserer Valuta erreichten sie allmählich eine Höhe, die für weite Kreise eine Zeit bitterster Not brachte. Zu diesen Kreisen gehörten nicht nur die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen, deren Fürsorge ja das Reich im wesentlichen übernommen hatte. Es gehörten zu ihnen auch weite Kreise des Mittelstandes, dessen Einkünfte mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten hatten, die Rentempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, deren Renten der Geldentwertung nicht gefolgt waren, sowie sonstige Minderbemittelte aus weiten Schichten der Einwohnerschaft, Pensionäre, kleinere Beamte, Angestellte, Arbeiter, Erwerbslose, kurz alles, was nicht durch Anpassung des Einkommens in der Lage war, der Geldentwertung zu

folgen. 30 % aller Haushaltungen waren als minderbemittelt zu bezeichnen, und diesen mußte durch Versorgung mit billigen Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen, Brennstoffen, Ermäßigung der Preise für Gas und Elektrizität usw. geholfen werden. Von Beginn des Jahres 1922 ab erhielten die Kleinrentner, die zuvor auf die Hilfe der freien Wohlfahrtspflege angewiesen waren, regelmäßige Beihilfen, woran die Stadtgemeinde $\frac{1}{3}$ zu tragen hatte. Die nicht als Kleinrentner geltenden Notleidenden des Mittelstandes wurden nach wie vor von der freien Wohlfahrtspflege unterstützt. Die Sozialrentner erhielten seit 1. Oktober 1921 ergänzende Unterstützungen als vom Reich eingeleitete Notstandsmaßnahmen, woran die Stadt 20 Proz. zu tragen hatte.

Die öffentliche und private Wohlfahrtspflege, zu welcher diesfalls alle gesetzlichen und freiwilligen Hilfsorganisationen für die durch die Geldentwertung und Teuerung in Not geratenen Bevölkerungskreise gerechnet wurden, gewann immer mehr an Bedeutung. Sie litt aber unter weitgehender Zersplitterung. Der privaten Wohltätigkeit fehlte die Zentrale für Sammlung und Verteilung. In weiten Kreisen der Einwohnerschaft bestand immer noch das Bedürfnis, für die notleidenden Mitmenschen etwas zu tun. So kam es, daß von den verschiedensten Seiten Sammlungen veranstaltet wurden, deren Ergebnisse mehr nach Guldanken als auf Grund eingehender Untersuchung der Verhältnisse der Bedürftigen verwendet wurden. Dabei traf es sich nicht selten, daß Bedürftige, die als solche in weiten Kreisen bekannt waren, von allen Seiten unterstützt wurden, während andere, nicht minder Bedürftige deshalb leer ausgingen, weil ihre hilfsbedürftige Lage nicht so offenkundig war. Für die privaten Sammlungen und Veranstaltungen war eben mehr Fühlung mit den amtlichen Fürsorgeorganen zu wünschen.

Aber auch die amtliche Fürsorge bedurfte dringend einer besseren Zusammensetzung. Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen waren zugewiesen:

1. die Armenfürsorge; der Armenpflege,
2. die Jugendfürsorge; dem Jugendamt,
3. die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen-Fürsorge; der Bezirksfürsorgestelle.

Alle weiteren städt. Wohlfahrtsaufgaben und -Einrichtungen, wie Kleinrentnerfürsorge, Mittelstands- und Altershilfe (Heimatnothilfe), Sozialrentnerfürsorge und die verschiedenen Einrichtungen für Ausübung der Fürsorge, wie Volksküche, Lebensmittel- und Notstandswarenverteilung, Verbilligung von Milch,

Holz und Kohlen, Gas und Elektrizität usw., alle diese Aufgaben waren unter verschiedene Ämter verteilt und dadurch unübersichtlich geworden. Der Gemeinderat hat deshalb am 14. Mai 1923 beschlossen, eine Verbindung dieser Aufgaben mit dem seitherigen Lebensmittelamt vorzunehmen und dieses zum städt. Wohlfahrtsamt auszubauen. Eine Vervollständigung und Abrundung des Aufgabenkreises dieses Amtes wurde dann noch dadurch erreicht, daß ihm das städt. und Bezirksarbeitsamt und mit ihm auch die Erwerbslosenfürsorge angegliedert wurde, welcher Aufgabenkreis aber am 1. Dezember 1923 auf die Amtskorporation überging.

Die Errichtung des städt. Wohlfahrtsamts geschah noch eben rechtzeitig, um die gewaltigen Aufgaben, die im Sommer und Herbst 1923 an die „gehobene“ Fürsorge gestellt wurden, zu bewältigen. Im Sommer 1923 nahm die Geldentwertung immer bedenklichere Formen an. Täglich sank die Mark und dadurch traten Erscheinungen zu Tage, denen mit allen Mitteln begegnet werden mußte: Zurückhaltung der Waren, Preiswucher, Flucht in die Sachwerte, Erwerbslosigkeit usw. Die Not zog immer weitere Kreise. Es fehlte eine Verschleuderung von Werten aller Art ein, um Geld zu bekommen zur Bestreitung des notdürftigsten Unterhalts. Gewissenlose Valutagewinner machten sich die Notlage vieler zu Nutzen und kauften die wertvollsten Dinge zu Schleuderpreisen auf. Eine Verkaufsvermittlungsstelle für Wertfachen, Kleidungsstücke usw., vom Wohlfahrtsamt im Juli 1923 eröffnet, sollte diese Käufe in reelle Bahnen lenken.

Die Landwirtschaft hielt ihre Erzeugnisse zurück, weil sie um den Erlös meist nichts mehr kaufen konnte. Dies bewog die Stadt, eine größere Reserve an Lebensmitteln zu beschaffen (Getreide, Hülsenfrüchte, Fett, Fleischkonserven usw.), die dann in der schlimmsten Zeit um billigen Preis, zum Teil auch unentgeltlich an Minderbemittelte abgegeben wurden. Schlimme Zeiten kamen nochmals für die Versorgung mit Milch, deren Anlieferung auf eine nicht einmal während des Krieges gekannte Mindestmenge zurückging. Besonders schwierig war die Kartoffelversorgung, die nur unter Beihilfe von Staatskrediten auf Wechsel bewerkstelligt werden konnte. Für einen großen Teil der Einwohnerschaft mußte die Stadt Kartoffeln beschaffen. Die schwierige Aufgabe gelang, wenn auch unter bedeutenden Opfern, denn vielen Minderbemittelten mußten die umgerechneten Goldmarkpreise, da sie solche nicht zu bezahlen vermochten, nachgelassen werden.

Gerade in dieser trüben Zeit stammten nacheinander Lichtlein auf, angezündet durch die freie Liebestätigkeit. Zuerst spendete die Landwirtschaft allerhand Produkte, z. B. Kartoffeln, die unentgeltlich verteilt wurden. Dann setzte die Auslandshilfe ein. In den Dienst der Stadt stellte sich — vom Notstandsausschuß des Evangelischen Frauenbundes herkommend — Frau Pfarrer Krone-Wörner, die durch alte und neue — vielfach literarische — Beziehungen zur Schweiz und zur Uebersee manchen Beistand vermitteln konnte.

Wie leicht es fürs valutastarke Ausland bei dem Zerfall der deutschen Währung war, Hilfe zu leisten, erhellt aus dem Umstand, daß das Wohlfahrtsamt für eine Note von fünf Dollars eine Wagenladung Kohlen erzielte. Es sind durch die erwähnte Wohltäterin manche Amerikanernoten und sehr viele schweizerische „Fünfer- und größere Nölle“ hereingeschlagen. Die städtischen und andere Ämter, die Einzelsfürsorge, Wohlfahrtsamt, Ortskohlenstelle, Notküche, Stiftungspflege etc. konnten diese Spenden zur vorteilhaftesten Auswirkung bringen. Gelegentlich wurde es der Stadt sogar möglich, der Studentenschaft entgegenzukommen durch Abgabe und Verteilung von wohlfeilem, z. T. unentgeltlichem Brennmaterial. Die freie Wohlfahrtspflege, auch Jugendfürsorge, wurde vielfach gestiftet.

Nach und nach stellte das Ausland kräftigere Hilfe. Die amerikanischen und englischen Quäker kamen, und die Schwaben im Banat spendeten Mehl.

Das Großzügigste auf diesem Gebiet war die Schweizer-Hilfe, die unsere Palenstadt Schaffhausen uns leistete. Darüber sind Extraberichte veröffentlicht worden.

Die Stabilisierung der Markt kam und damit eine Neuordnung des Fürsorgewesens. Durch Reichsgeleß vom 13. Februar 1924 hat das Reich seine Fürsorgelasten, die ihm aus Krieg und Nachkriegsfolgen entstanden sind, weit hin auf die Fürsorgeverbände abgewälzt. Mit einem sehr ungenügenden Steuerausgleich geschah das.

Es erwuchsen dadurch den Gemeinden und Fürsorgeverbänden erhöhte Fürsorgelasten. Die „gehobene Fürsorge“ wurde in Württemberg Aufgabe der Bezirksfürsorgeverbände (Amtskörperschaften). Trotzdem hielt — für die gehobene Fürsorge — Tübingen das Wohlfahrtsamt, dem auch der Betrieb der Milchzentrale obliegt, aufrecht, denn die ganze Zusammensetzung der hiesigen Einwohnerschaft mit ihren vielen Klein- und Sozialrentnern und Minderbemittelten, ließ eine persönliche Fühlung mit den einzelnen Schülern wünschens-

wert erscheinen. Diese, sympathisch einzustellende Ueberwachung und Stützung der Notstandsverhältnisse konnte nur durch ein städt. Wohlfahrtsamt geschehen. Die Tübinger Organisation ist denn auch von seiten der Regierung und des Städtetags als eine gedeihliche anerkannt und zur Nachahmung empfohlen worden.

Anmerkung von Oberbürgermeister Dr. Hauger: Das Tübinger Wohlfahrtsamt hat seine Existenzberechtigung als einer sehr wertvollen Einrichtung bislang erwiesen und seine Geschäfte wurden durch Rechnungsrat Schlichtenmayer — unter lebendiger Führungsnahme mit all den freiwilligen Hilfskräften unserer Bürgererschaft — aufs Beste besorgt.



Der Neckar oberhalb Tübingen nach der Regulierung

Die Entwicklung des Schulwesens in den letzten 50 Jahren von Studiendirektor a. D. Krimmel

Eine der wichtigsten Aufgaben für eine Stadt ist die Sorge für die Errichtung und Unterhaltung leistungsfähiger Schulen. Eine Universitätsstadt, wenn sie auch klein ist, muß auf diesem Gebiete alles tun,

was ihre Steuerkraft erlaubt. Daß hier in früheren Zeiten nicht immer so viel geschehen ist, als wünschenswert und möglich war, wird man zugeben dürfen, ohne daß man deshalb den Männern, die an der Spitze der

Stadt standen oder in den Kollegien saßen, zu nahe tritt. Denn die Armut der Zeit, die geringe Ergiebigkeit der Steuerquellen und die Mannigfaltigkeit der der kleinen Universitätsstadt obliegenden Pflichten geboten große Sparsamkeit. Freilich trug zu dieser zuweilen allzuängstlichen und übertriebenen Sparsamkeit auch der Glaube bei, daß bisher alles recht gewesen sei und den vorhandenen Bedürfnissen genügt habe, und deshalb die gewünschten Neuerungen überflüssig seien. So war in den ersten drei Vierteln des vorigen Jahrhunderts in unserer guten Stadt Tübingen bei weitem nicht alles so, wie es hätte sein sollen.

Allein die verantwortlichen Personen wuchsen bald in die Anschauungen und Forderungen der neuen Zeit hinein, und in rascher Folge wurde, namentlich seit den letzten 30—40 Jahren, auch auf dem Gebiete des Schulwesens eine Aufgabe nach der andern großzügig gelöst. Ein Blick auf die Entwicklung des hiesigen Schulwesens, namentlich seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts soll dies zeigen. Kurze Rückblicke auf weiter zurückliegende Zeiten ließen sich bei einzelnen Schulen nicht vermeiden. Eine tabellarische Zusammenstellung am Schluß soll die Höhe des jährlichen Aufwands vorführen, den die Stadt für ihre Schulen in den letzten 50 Jahren zu machen hatte.

Das Gymnasium

Das Tübinger Gymnasium war zur Zeit des 400-jährigen Universitätsjubiläums im Jahre 1877 schon über zwei Jahrzehnte eine Vollanstalt und hatte auch seinen inneren Ausbau, die für eine Vollanstalt übliche und nötige Zahl von Klassen und Lehrern fast vollständig erreicht. Bis 1818 hatte Tübingen nur eine Lateinschule, die *scholana latina*, die ihre Schüler gewöhnlich nur bis zum 14. Lebensjahr unterrichtete, aber sehr oft schon in diesem jugendlichen Alter der Universität zuführte. Diese Lateinschule wurde 1818 zum Lyzeum erweitert. Zu den bisherigen Klassen trat eine Oberklasse mit einem Hauptlehrer. Rektor dieses Lyzeums wurde 1827 der seit 1822 an der Oberklasse unterrichtende Professor Dr. Pahl. 1837 erhielt die Oberklasse einen zweiten Lehrer in dem Oberreallehrer, späteren Professor Dr. Wildermuth, der Mathematik und Französisch, das bisher am Lyzeum nicht gelehrt worden war, zu unterrichten hatte. Allmählich regte sich aber bei den Lehrern des Lyzeums und in weiten Kreisen der Bürgerschaft und der Universität der immer lauter werdende Wunsch,

daß das Lyzeum zum Gymnasium ausgebaut werde. Dieser Wunsch ging 1855 in Erfüllung. Das Tübinger Lyzeum wurde zum „Landesgymnasium“ erhoben. Aber zunächst war dieses neue Gymnasium nur eine 5-klassige Schule, da von seinen zehn Jahrgängen, die es umfaßte, je zwei zusammen unterrichtet wurden. An der Oberklasse waren nur 3 Lehrer, der Rektor Pahl, Dr. Wildermuth und Dr. Baur, der später längere Zeit als Rektor die Schule leitete. Bei dieser bescheidenen Zahl von Klassen und Lehrern konnte es natürlich nicht bleiben. Das erste Ziel der neuen Anstalt war daher der innere Ausbau, die Teilung der Klassen und die Anstellung weiterer Lehrer. Die rasch wachsende Schülerzahl erleichterte die Aufgabe. 1879 war das Ziel erreicht. Das Gymnasium bestand nun aus 10 selbständigen, in allen Fächern von einander getrennten Klassen. Ihre Zahl wurde dann 1903 nach dem Vorbild der Gymnasien der anderen deutschen Staaten auf 9 beschränkt. Die erste Klasse wurde zur Vorklasse ohne lateinischen Unterricht. Die Zahl der Hauptlehrer beträgt jetzt 15, dazu ein Vikar und einige Hilfskräfte. Die Anstalt hat einen eigenen Religions-, Zeichen- und Turnlehrer. Diese drei Lehrer geben aber auch einen erheblichen Teil ihres Unterrichts an der Oberrealschule.

Auf den langjährigen Rektor Dr. Pahl, der 37 Jahre lang Vorstand des Lyzeums und Gymnasiums war und von 1823—1842 auch die Realschule im Nebenamt geleitet hat, folgte 1864 Rektor (Oberstudienrat) Dr. Hirtzel, 1874 Dr. Baur, 1880 Dr. Majer, 1894 Dr. Treuber, 1902 Dr. Knapp (Oberstudienrat, Studiendirektor), und seit 1922 Dr. Binder (Oberstudiendirektor).

Die Anstalt zählte 1853, 2 Jahre vor der Erhebung zum Landesgymnasium schon 192 Schüler, 1877 200 und jetzt trotz des Wegfalls der Vorklasse im Jahre 1923 243 Schüler, darunter 37 Mädchen, welche das Gymnasium von der ersten Klasse ab besuchen dürfen.

Das zweite Ziel, welches das Gymnasium zu erreichen hatte, war die Erlangung eines neuen, modernen Anforderungen entsprechenden Heims. Das Lyzeum, auch nach seiner Erweiterung zum Gymnasium, war bis 1861 in dem alten Schulgebäude auf dem Schulberg untergebracht. Für die wachsende Schule waren dies ganz ungenügende Räume. So wanderte sie dann 1861 aus in das vom Kanzler Autenrieth seiner Zeit erbaute Haus an der Ecke der Wilhelms- und Mühlstraße, damals eines der stattlichsten Häuser der Stadt, das diese um 38 000 Mark gekauft hatte und später noch mit einem Kostenaufwand von 10 000 Mark beträchtlich vergrößerte. Allein die Wahl war doch nicht

glücklich. Der Lärm an dieser verkehrsreichen Straßenecke, an der 6 Straßen zusammenstoßen, wirkte sehr störend. „Die Schulräume waren zu eng und zu nieder, Beleuchtung, Lüftung, Heizung ungenügend.“ Im Juni 1896 übergab Rektor Dr. Treuber im Namen des Lehrerrats den bürgerlichen Kollegien ein auch von zahlreichen Eltern unterstütztes Gesuch um Erstellung eines neuen Gymnasiums. Nach längeren Beratungen beschloßen die Kollegien im Mai 1898, den Neubau in der verlängerten Uhlandstraße mitten zwischen den prächtigen städtischen Anlagen zu errichten. Die Pläne entwarf in der Hauptsache Stadtbau-meister Grilsdörfer. Er leitete auch den Bau. Die Einweihung fand am 16. September 1901 statt. Das neue Gebäude beherbergte bis 1910 auch 2 Klassen der Oberrealschule und beherbergt jetzt 5 Grundschulklassen.

Der Weltkrieg brachte auch für das Gymnasium Erhebendes und Schmerzliches. Zahlreiche Schüler zogen freiwillig ins Feld. 21 fielen im Kampfe. Ein Denkmal im Vorgarten, von einem früheren Schüler, der auch im Weltkrieg sein Leben ließ, geschaffen, erinnert an dieselben.

Aus dem inneren Leben des Gymnasiums ist vor allem hervorzuheben, daß die beherrschende Stellung, welche der Unterricht in den alten Sprachen lange Zeit eingenommen hatte, allmählich stark eingeschränkt wurde. Eine wichtige Neuerung ist ferner der Wegfall des französischen Pflichtunterrichts, der früher in der 3. Klasse seinen Anfang genommen hatte. An die Stelle des Französischen tritt nunmehr von Klasse VI ab das Englische als Pflichtfach, während es früher nur als freiwilliges Fach an den oberen Klassen unterrichtet wurde. Daneben findet aber auch freiwilliger französischer Unterricht an den oberen Klassen statt, ja wenn sich Teilnehmer finden, auch schon von Klasse III ab. Der Unterricht in Physik und Naturwissenschaften wird ergänzt durch Teilnahme an freiwilligen physikalisch-naturwissenschaftlichen Übungen. Auch die Musik findet sorgsame Pflege in dem pflichtmäßigen Singunterricht von den Klassen I—III, sowie durch freiwillige Teilnahme an dem Schülerchor und Schülerorchester, eine Einrichtung, die auch an der Oberrealschule vorhanden ist.

Mit dem Gymnasium war auch von 1832 bis 1922 die Elementarschule verbunden, die ihre Schüler in zweijährigem Unterricht für den Eintritt ins Lyzeum (Gymnasium) oder in die Realschule vorzubereiten hatte. Diese Elementarschule war ursprünglich mit der untersten Lyzealklasse vereinigt. Die wachsende Zahl der Elementarschüler zwang zunächst zur

Trennung von der Lyzealklasse, dann zur Errichtung von weiteren, schließlich 4 Elementarklassen mit zusammen 162 Schülern. Mit der Einführung der Grundschule wurden sie samt den Vorklassen abgebaut. Diese Elementarklassen waren während ihres 90-jährigen Bestehens eine vorzügliche Vorbereitungsschule für den Eintritt in eine höhere Schule.

Auch der Turnlehrer ist dem Rektorat des Gymnasiums unterstellt. Freiwilliges Turnen der Lyzeal- und Realschüler finden wir schon seit 1829. 1845 erklärte die Regierung die Leibesübungen für einen Teil des öffentlichen Unterrichts und für verbindlich für alle Schüler, welche das 10. Lebensjahr zurückgelegt hatten, machte aber die Teilnahme zugleich abhängig von der Zustimmung des Vaters. Im Jahre 1848 wurde der Universitätsturnlehrer Wüst zum Turnlehrer für Lyzeum und Realschule bestellt, ein Amt, das er bis 1895 verwaltete. Die neue Turnordnung vom Februar 1863 schrieb 3 Pflichtstunden in der Woche für den Turnunterricht vor. Bald wurden sie auf 2 eingeschränkt, im neuesten Lehrplan aber wieder auf 3 erhöht. Geturnt wurde zuerst auf dem alten Turnplatz der Universität, auf dem unteren Wöhrd, und in der alten Aula, seit 1860 im Turnsaal des Pfleghofgebäudes, seit 1877 in der Universitätsturnhalle und seit 1901 in der zugleich mit dem Gymnasium erbauten städt. Turnhalle in der Uhlandstraße und auf dem angrenzenden Turnplatz. Eine Erweiterung erhielt die körperliche Ausbildung durch die Einführung von Spiel- und Marschnachmittagen, welche Rektor Fink schon 1890 vergebens beantragt hatte. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß die Stadt dem Gymnasium und der Oberrealschule schon seit längerer Zeit zwei große und prächtig gelegene Spiel- und Sportplätze zur Verfügung gestellt hat, von denen der eine durch den Bau der Mädchenrealschule in Wegfall gekommen ist.

Das Schulgeld, das im Laufe der Jahrzehnte den Verhältnissen entsprechend wiederholt hinaufgesetzt wurde und auch für die 3 höheren Schulen verschieden hoch war, ist jetzt für alle 3 Schulen in gleicher Höhe festgesetzt. Es beträgt für Schüler, welche ihren Wohnsitz im Oberamtsbezirk Tübingen haben, an den Klassen I—V 60 Mark, an den Oberklassen 75 Mark und kann im Vergleich zu den Schulgeldern, die in vielen anderen deutschen Staaten erhoben werden, als mäßig bezeichnet werden. Für Schüler außerhalb des Oberamtsbezirks tritt ein Zuschlag von 75 Prozent, für Ausländer ein solcher von 200 Prozent hinzu. Besuchen mehrere Geschwister diese 3 Schulen zu gleicher Zeit, so tritt eine nach der Zahl der Geschwister abgestufte Er-

mäßigung ein, die bis zu 75 Prozent geht. Auch werden 20 Prozent des Schulgelds für Schulgeldnachlässe und Schülerwohlfahrtspflege verwendet.

Die Oberrealschule

Die Tübinger Realschule ist viel jünger als die Anatolische Schule, aus der das Gymnasium herausgewachsen ist, auch viel jünger als die evangelische Volksschule, und kann erst auf eine 104jährige Geschichte zurückblicken. Die erste ihrer anfänglichen 3 Klassen wurde im Januar 1823 eröffnet. Allein, da die Realschüler zugleich Schüler des Lyzeums oder der Volksschule sein mußten und nur von Lehrern im Nebenamt unterrichtet wurden, verkümmerte sie langsam wieder. Die Zahl der Schüler sank von 60 bis auf 30 herab. Schon dachte man wieder an ihre Aufhebung. Doch soweit kam es nicht. Man entließ die Fachlehrer und stellte zwei Reallehrer im Hauptamt an, Rieß und Wildermuth. Im Jahre 1837 wurde sogar diesen zwei Klassen eine 3., eine Oberklasse, angefügt, an der junge Leute von 14—16 Jahren unterrichtet wurden, und 1842 kam es zur Errichtung einer 4. Klasse. Doch die Oberklasse gedieh nur langsam. Besser wurde es erst, als Oberreallehrer, später Professor Dr. Ferdinand Kommerell 1852 die Leitung der Schule übernahm. In unermüdlicher Arbeit gelang es ihm, die Verhältnisse langsam zu bessern und namentlich die Oberklasse zu heben, deren Schüler er mit glänzendem Erfolg für den Eintritt in die „Mathematische Abteilung“ der „Polytechnischen Schule“ vorbereitete. Zwar wurde zunächst 1856 die vierklassige Realschule auf 3 Klassen beschränkt, um so die Mittel für die Errichtung einer weiteren Gymnasialklasse zu beschaffen. Aber schon 1861 erfolgte die Wiedererrichtung der 4. Klasse; 1884 gelang es Kommerell, die bürgerlichen Kollegien zur Errichtung einer Hilfslehrstelle, später Professorstelle an den Oberklassen zu veranlassen. So war der Bestand der Schule für immer gesichert. Sie zählte 1872 5 Klassen, darunter 2 Oberklassen, 6 Lehrer mit Einschluß des Zeichenlehrers, 137 Schüler darunter 30 an den zwei Oberklassen, und bereitete für die Polytechnische Schule vor und hatte seit 1868 das Recht, Zeugnisse über die wissenschaftliche Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienste auszustellen. Im Jahre 1872 raffte der Tod den Prof. Dr. Kommerell mitten in der Arbeit weg. Seinem Nachfolger, Rektor Dr. Friedrich Ramsler gelang es, die überfüllten Mittel- und Unterklassen, die noch je 2 Jahr-

gänge umfaßten, zu teilen. So hatte die Schule seit 1878 8 Klassen, darunter 2 Oberklassen und 9 Lehrer. Um alle ihre Schüler, 211 im ganzen, aufnehmen zu können, hatte man der Anatolischen Schule einen stattlichen Neubau mit einem Aufwand von 50 000 Mark angefügt, der 1878 bezogen wurde.

Die Realschule hatte nunmehr nur noch zwei Ziele zu erreichen, den Ausbau zur Vollanstalt und ein neues, allen Ansprüchen genügendes Heim. Die Erreichung dieser beiden lag naturgemäß noch in weiterer Ferne und hing ganz von der Entwicklung der Schule ab.

Den ersten Versuch zum Ausbau der Schule zur Oberrealschule machte noch Rektor Dr. Ramsler 1893, ein Jahr vor seinem Tode. Da aber die Schule damals erst 257 Schüler zählte, darunter nur 37 an den Oberklassen, und da der Ausbau auch beträchtliche Kosten verursacht hätte, so beschlossen die Kollegien auf den Bericht des Prof. Dr. Schönberg, dem Besuch vorerst noch keine Folge zu geben, und erklärten, daß der Ausbau der Realschule zur Vollanstalt zunächst noch kein dringendes Bedürfnis sei, daß man aber die Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren werde.

Ramslers Versuch wiederholte 1897 der neue Rektor Dr. Fink. Sein Besuch wurde durch eine gemeinsame Eingabe des Handels- und Gewerbevereins und der Bürgervereine kräftig unterstützt. Aber auch jetzt konnten sich die Kollegien noch nicht zum Ausbau entschließen, wenn sie auch die Vorteile einer realistischen Vollanstalt für Stadt und Universität nicht verkanteten. Doch zeigte sich bei diesen Verhandlungen, daß der Ausbau nur noch eine Frage der Zeit war. Unter den auf Fink folgenden Direktoren Dr. Otto Krimmel und Reißwanger wurde die Frage nicht wieder aufgerollt. Erst Rektor Haag, der 1900 die Vorstanderschaft übernahm, machte einen dritten, von zahlreichen Bürgern unterstützten Versuch. Sein Antrag fand auf Befürwortung durch den neuen Oberbürgermeister Hauber die Zustimmung der bürgerlichen Kollegien. Allein die Ministerialabteilung für die höheren Schulen, die an sich nicht gegen den Ausbau war, erklärte, daß die Erbauung eines neuen Oberrealschulgebäudes die unerläßliche Voraussetzung für den Ausbau bilde. Die Stadtgemeinde hatte aber erst vor kurzem ein neues Gymnasium erbaut und wünschte begreiflicher Weise eine längere Atempause. So wurde die Lösung der Frage abermals vertagt. 1903 wurde zum Rektor Eugen Krimmel, bisher Rektor in Freudenstadt, bestellt.

Aber das äußere Wachstum der Schule, das durch die endlich errungene Gleichberechtigung mit den gymnastischen Schulen und den gewaltigen Aufschwung von Handel, Gewerbe und Industrie mächtig gefördert wurde, nötigte zu diesem Neubau bald als man erwartet hatte. 1903 wurde zwar die unterste Klasse von den eigentlichen Realschulklassen getrennt, blieb aber als Vorklasse äußerlich mit ihr verbunden. Zunächst konnten den zwei untersten Klassen der Realschule zwei Zimmer im neuen Gymnasialgebäude angewiesen werden. Aber da 1900 eine neunte, 1905 eine zehnte und erste Klasse errichtet werden mußte und ein ferneres ähnliches Wachstum zu erwarten war, so konnte, wenn auch die Verlegung der Zeichensäle und einiger Klassen in das Kornhaus das dringendste Bedürfnis befriedigte, doch nur ein Neubau wirkliche Abhilfe schaffen. Die Verhandlungen wegen Abtretung eines Teils des Kammeramtsgartens und später wegen Austausch des Kammeramts gegen das Landgerichtsgebäude scheiterten an der ablehnenden Haltung des Kgl. Finanzministeriums. So beschloß man 1906 einen Neubau in der Fortsetzung der Uhlandstraße aufzuführen. Die Einweihung des schönen, nach den Plänen des Architekten Elsäßer ausgeführten Gebäudes fand am 7. Mai 1910 statt. Der Beschluß der Kollegien einen Neubau aufzuführen brachte auch die Frage des Ausbaus der Schule zur Vollanstalt zur Lösung. Im März 1907 wurde den Kollegien von Eltern unserer Schüler und weiteren Kreisen der Bürgerschaft ein Besuch zum Ausbau der Realschule vorgelegt. Es erfuhr tatkräftige Förderung durch Oberbürgermeister Hauber und fand erfreuliches Entgegenkommen bei den Kollegien. Auch der Akademische Senat befürwortete den Ausbau beim zuständigen Ministerium. So wurde, trotzdem daß Staatsbeiträge zu den neu zu schaffenden Stellen trotz aller Bemühungen abgelehnt wurden, 1908 der endgültige Beschluß gefaßt, die Realschule zur Vollanstalt auszubauen und im Herbst vorläufig eine 8. Klasse zu errichten. Die erste Reifeprüfung fand im Sommer 1910 statt.

Das äußere Wachstum der Schule wurde durch den Ausbau natürlich noch mehr gefördert und erreichte 1920 seinen Höhepunkt. Die Schule zählte damals in 20 Klassen 648 Schüler, darunter 157 an den Oberklassen. Infolge der steigenden Verarmung weiter Teile unseres Volkes, des Geburtenrückgangs und namentlich auch der Aufhebung der Vorklassen nahm die Schülerzahl ab und beträgt im laufenden Schuljahr in 21 Klassen 519, darunter 184 an den Oberklassen. Die Zahl der Lehrer beträgt 21. Seit 1924 steht an

der Spitze der Schule Oberstudiendirektor Dr. Kommerell, bisher Vorstand der Oberrealschule in Reutlingen, der Sohn des oben erwähnten Dr. Ferdinand Kommerell, der seit Beginn dieses Sommersemesters auch mathematische Vorlesungen an der Universität hält.

Der Weltkrieg und die Nachkriegszeit brachten viele Störungen und vor allem schmerzliche Verluste. 17 Schüler und vier junge Lehrer, die Referendare Robert Bleil, Karl Fuchs, August Fuld und Hugo Luzeier starben den Heldentod. Die Namen dieser Tapferen sind eingegraben auf einer Steintafel an der Wand der Eingangshalle.

Aus dem inneren Leben der Schule ist in erster Linie die schon oben erwähnte, nach langen Kämpfen errungene Gleichberechtigung der Oberrealschule mit dem Gymnasium und Realgymnasium hervorzuheben. Da für ein abschließendes Studium an der medizinischen Fakultät der erfolgreiche Besuch eines an der Oberrealschule eingerichteten Lateinunterrichts oder das sog. kleine Latinum, für das Studium der Rechtswissenschaft und der Philologie die Erstlegung einer besonderen Prüfung im Lateinischen Voraussetzung ist, so wurde schon 1908 freiwilliger lateinischer Unterricht an den oberen Klassen eingerichtet. Schon die Studententafel von 1903 und noch mehr die Lehrpläne von 1912 und wiederum die neuesten Lehrpläne brachten eine Verminderung der mathematischen Stunden und eine stärkere Betonung des Unterrichts in Deutsch, Geschichte, teilweise auch im Englischen, sowie in Physik, Chemie und Naturwissenschaften. Zu der von der Ministerialabteilung 1920 gewünschten Spaltung der zwei oberen Klassen in zwei Abteilungen, von denen die eine mehr die sprachlich-geschichtlichen, die andere mehr die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer pflegen sollte, kam es trotz grundsätzlicher Bereitwilligkeit der Lehrer aus Mangel an Schulräumen nicht. Dagegen ist seit Beginn des laufenden Schuljahrs an Klasse IV neben dem A-Zug, der wie bisher zwei Fremdsprachen, Französisch und Englisch, zu lernen hat, noch ein B-Zug eingerichtet, in dem nur eine Fremdsprache, das Französische, gelehrt wird, und dafür andere Fächer stärker betont werden. Die Einführung von Spielnachmittagen im Sommer, Ausmärschen im Winter u. ä. sind schon beim Gymnasium erwähnt.

Seit 1902 erhielten auch die Mädchen die Erlaubnis in höhere Knabenschulen mit Oberklassen einzutreten. In Städten mit einer Mädchenrealschule darf der Eintritt in die Oberrealschule erst nach dem erfolgreichen Besuch der obersten Klasse der Mädchenrealschule erfolgen. An der hiesigen Oberrealschule sind zur Zeit 37 Mädchen.

Besondere Hervorhebung und Anerkennung verdient zum Schluß noch die Opferwilligkeit der Gemeindevertretung. Die Ausgaben für die frühere Realschule und jetzige Oberrealschule steigerten sich fast von Jahr zu Jahr. Sie betragen im Schuljahr 1877 bis 78 7526 Mark und nach dem Voranschlag für 1927 betragen sie 79 482 Mark. So oft die Errichtung neuer Klassen und damit die Anstellung von weiteren Lehrern oder die Bewilligung von außerordentlichen Beiträgen zur Anschaffung von Lehrmitteln beantragt wurden, fanden diese Anträge volles Entgegenkommen bei den bürgerlichen Kollegien.

Höhere Mädchenschule Mädchenrealschule

Die höhere Mädchenschule ging aus den II Klassen der evangelischen Mädchenvolksschule und dem sogenannten Töchterinstitut hervor. Von den II Klassen soll weiter unten die Rede sein. Vom Töchterinstitut wollen wir hier mit kurzen Worten sprechen. Da die Kenntnisse, welche sich die Schülerinnen der II Klassen erwerben, nicht als Abschluß einer höheren Bildung angesehen werden konnten, so lag der Gedanke nahe, eine besondere Schule zu gründen, welche die in den II Klassen erworbene Bildung erweitern und vertiefen sollte.

Diese Schule, „das Töchterinstitut“, wurde 1860 vom damaligen Vorstand der Realschule, Professor Dr. Kommerell, gegründet. Es war eine reine, 2 Jahrgänge umfassende, Privatschule. Doch erhielt sie von der Gemeinde unentgeltlich ein Schulzimmer und vom Staat aus Universitätsmitteln 600 Mark, zahlte aber der Gemeinde längere Zeit für Heizung jährlich 57 Mark. Zu Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte, Französisch, Zeichnen und einigen anderen Fächern trat auch Englisch. Die Lehrer waren zum Teil akademisch gebildet. Der Vorstand war der jeweilige Rektor der Realschule.

Sie führte eine Art Wanderleben. Wir treffen sie in der Mädchenvolksschule, in der Realschule, im Gymnasium, wieder in der Realschule und schließlich wieder in der Mädchenvolksschule. Im Jahre 1889 drohte sie einzugehen. Die Zahl der Schülerinnen, etwa 20, nahm infolge des Wettbewerbs einer zweiten ähnlichen Schule ab, so daß trotz des Schulgelds von 88 Mk. schon längere Zeit ein jährlicher Abmangel von 200—300 Mark entstand, und das seiner Zeit gesammelte und

bis auf 2000 Mark angewachsene Vermögen nahezu aufgezehrt war. Der Gemeinderat bewilligte nun einen jährlichen Beitrag von 250 Mk., verzichtete auf die bisher geleistete Entschädigung und hat dadurch das Fortbestehen des Töchterinstituts gesichert.

Im September 1895 faßten die bürgerlichen Kollegien grundlegende Beschlüsse über einen über die Volksschule hinausgehenden Unterricht für Mädchen. Auf Grund eines eingehenden Berichts, den der Professor Dr. Schönberg, damals Gemeinderat, erstattete, beschloß man, die bisherigen Klassen aufzuheben und eine von der Volksschule völlig getrennte, von einem eigenen Vorstand geleitete Höhere Mädchenschule zu gründen. Der auch besprochene Gedanke, eine mit der Volksschule zusammenhängende Mädchenmittelschule zu schaffen wurde abgelehnt. Die neue Schule, welche das Ende der II Klassen und des Töchterinstituts bedeutete, wurde am 21. April 1896 mit einer Feier eröffnet. Sie zählte zunächst 9 Klassen, da die obersten zwei Lehrgänge umfaßte. Zu den Fächern, die schon an den II Klassen gelehrt wurden, trat namentlich das Englische, allerdings nicht als Pflichtfach.

Das nieder angelegte Schulgeld wurde bald beträchtlich erhöht.

Um die Kosten der neuen Schöpfung zu verringern, sollte die Vorstandschaft zunächst von einem Lehrer im Nebenamt geführt werden. Der Gemeinderat wählte zum Vorstand den Gymnasialprofessor Nägele, der dieses Amt auf dringendes Ersuchen der bürgerlichen Kollegien bis 1906 führte, aber in seinen Berichten wiederholt die Notwendigkeit der Schaffung eines Rektorats im Hauptamt betonte.

Unter den Lehrern und Lehrerinnen, welche von der Eröffnung ab an der Schule wirkten, nennen wir den Dr. Lawton, der leider schon 1907 starb, den Oberreallehrer Brösamlen, der nach 28jährigem Dienste an der Schule in den Ruhestand trat, den Oberreallehrer Schwarz, der lange Zeit als Zeichenlehrer an der Schule tätig war und 1927 sich in den Ruhestand zurückzog, den Reallehrer Schwarzenhölzer, den im Jahre 1923 der Tod mitten in der Arbeit wegrißte, die Lehrerinnen Tritschler, Reinhardt und Vogel. Die Lehrerin Vogel starb schon 1903 und vermachte der höheren Mädchenschule und der Mädchenvolksschule je ein Kapital von 400 Mark, dessen Zinsertrag zu Preisen verwendet werden sollte.

Als Professor Nägele sein Amt niederlegte, bewilligten die Kollegien als Dank für seine treuen Dienste Mittel für die Professor Nägele Stif-

tung, deren Ertrag unbemittelten Schülerinnen zu gute kommen sollte.

Zum Rektor im Hauptamt wurde Dr. Eugen Stahlecker, bisher Oberreallehrer in Korntal, gewählt.

Die Anstalt stand zunächst unter einer K. Kommission, wurde aber 1903 der Ministerialabteilung für die Höheren Schulen unterstellt. Ein neuer Lehrplan brachte eine Vermehrung der Stundenzahl für fremde Sprachen, als neue Fächer Kunstgeschichte, Algebra und Geometrie. Wichtig war auch die Einführung einer Abgangsprüfung am Schluß der 10. Klasse, deren Bestehen unter anderem zum Eintritt in die 7. Klasse einer Oberrealschule berechtigt und so den Schülerinnen den Weg zum Universitätsstudium öffnet. Die so umgewandelte Höhere Mädchenschule führt seit 1914 den Namen Mädchenrealschule.

Aus dem inneren Leben der Schule ist noch hervorzuheben die Einführung des Englischen als erste Fremdsprache in den Lehrplan im Jahre 1923. Eine Elternversammlung hatte sich fast einstimmig dafür ausgesprochen. Um aber alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die dieses einseitige Vorgehen mit sich bringen konnte, beschloß man zugleich, Parallelkurse, in denen das Französische die erste Fremdsprache bilden sollte, zu erreichen. Der Gemeinderat und die vorgesetzte Behörde gaben ihre Zustimmung.

Dagegen scheiterte, wenigstens zunächst, der von Studiendirektor Dr. Stahlecker ebenfalls auf Wunsch einer Elternversammlung im Jahre 1925 gemachte Versuch, der Schule noch eine weitere Klasse anzufügen, in der neben der Fortsetzung des wissenschaftlichen Unterrichts vor allem hauswirtschaftlicher Unterricht gegeben werden sollte. Unterricht im Kochen Nähen, Flecken, in Gesundheitslehre, Säuglings- und Kindergartenpflege. Der Gemeinderat ging aber, namentlich unter Berufung auf die Finanzlage der Stadt, auf diese Anregung nicht ein. Auch wollte man zuerst den hauswirtschaftlichen Unterricht an der Fortbildungsschule für Volksschülerinnen einführen und dann auf Grund der gesammelten Erfahrungen die Frage erneut beraten.

Auch gegenüber einer weiteren, vom Akademischen Rektoramt aufgeworfenen Frage, ob die Gemeinde nicht geneigt wäre, die Mädchenrealschule zur Vollanstalt auszubauen, verhielt sich der Gemeinderat ablehnend. Mit Rücksicht auf den dadurch entstehenden Mehraufwand von nahezu 25 000 Mark und die Tatsache, daß die Mädchenrealschülerinnen nach ihrer Abschlußprüfung Gelegenheit haben, ohne Schwierigkeit

in die Oberrealschule überzutreten und dort das Reifezeugnis zu erwerben, beschloß man die Beratung der Frage bis zu einem gelegeneren Zeitpunkt zurückzustellen. Zustimmung fand die von der Behörde, der Elternversammlung und dem Lehrerrat beantragte Spaltung in einen A und B Zug von Klasse IV ab. Im B Zug soll nur eine Fremdsprache gelehrt werden, dafür aber pflichtmäßiger Handarbeitsunterricht, mehr Unterricht im Zeichnen und in der Naturkunde stattfinden.

Die Zahl der Schülerinnen in der Mädchenrealschule wuchs sehr rasch, sie betrug bei der Eröffnung 250, 25 Jahre nachher schon über 600. Die Räume reichten nicht mehr, obwohl durch die Schaffung der Grundschule 3 Klassen wegfielen. Kein Wunder, daß sich in Elternkreisen und bei den Lehrern der Wunsch nach einem Neubau regte. Dieser Wunsch wurde in einer Denkschrift des Lehrerrats vom Jahre 1906 begründet. Aber auch die Realschule stellte aus denselben Gründen denselben Antrag und fand zuerst Berücksichtigung, weil sie die ältere Anstalt war, und bei ihr für den beabsichtigten Ausbau zur Vollanstalt der Neubau die unerläßliche Voraussetzung bildete. Die höhere Mädchenschule fand geeignete Räume im Anbau des verlassenen Realschulgebäudes. Aber die Frage des Neubaus kam darum nicht zur Ruhe. Schon im Jahre 1906, wenige Tage nach der Einweihung des Oberrealschulgebäudes, gelangte eine entsprechende Eingabe aus Elternkreisen an das Stadtschultheißenamt, die eine herbe Kritik an den vorhandenen Räumen übte, eine Kritik mit der aber das Gutachten des Hygienischen Instituts und des Obermedizinalrats Scheurle nicht übereinstimmten. Im März 1912 kam eine neue von 130 Frauen unterzeichnete Eingabe. Auch die Ministerialabteilung forderte zu einem Neubau auf. Oberbürgermeister Hauffer, der nach dem Bau der Oberrealschule mit dem Gemeinderat eine Atempause von 5—6 Jahren für notwendig erachtet hatte, war 1914 bereit, bei den Kollegien den gewünschten Neubau zu beantragen, für den schon ein Kapital von 91 500 Mark gesammelt und weitere 40 000 Mark in Aussicht gestellt waren. Da kam der Weltkrieg. Während desselben war trotz der gegenteiligen Ansicht des Schulvorstands ein Neubau nicht möglich, ebensowenig in der Nachkriegszeit mit ihrer Wohnungsnot und völligen Geldentwertung. So entstand eine neue Verzögerung: Schuld daran war nur die Ungunst der Zeit, wie auch Studiendirektor Dr. Stahlecker selbst sagte: „Die Stadtverwaltung hat nicht aus Mangel an Wohlwollen und

Verständnis, sondern unter dem Druck zwingender Verhältnisse die Abhilfe bisher hinausgeschoben.“ Unsere Währung wurde wieder beständig, und so konnte man dem Gedanken des Neubaus wieder näher treten. Nachdem die Finanzierung des Neubaus, der auf 500 000 Mark zu stehen kommt, möglich geworden war ohne zu einer erdrückenden Last für die Gemeinde zu werden, beantragte Oberbürgermeister Hauber im Februar 1926, zwischen dem westlichen Ende der Uhlandstraße und der Herrenberger Eisenbahnlinie einen Neubau zu erstellen, der die Mädchenrealschule aufnehmen und zugleich die Bedürfnisse der Volksschule berücksichtigen, also eine Art Sammelschule werden sollte. Man hat allen Grund den Opfer Sinn und Mut einer Gemeindevertretung anzuerkennen, die in gegenwärtiger Zeit für Kulturzwecke eine solche Ausgabe wagt, und die Mädchenrealschule zu beglückwünschen, daß sie noch in diesem Jahre nach so langem Warten ein so schönes Heim finden wird.

Die Opfer, welche die Gemeinde in früheren Jahrzehnten für eine über die Volksschule hinausgehende Mädchenbildung zu bringen hatte, waren ganz gering. Sie betragen kaum einige tausend Mark, Gehälter für 3 bis 4 Volksschullehrer, die an den 2 Klassen tätig waren, aber auch an der Mädchenvolksschule unterrichteten. Der Haushaltplan für 1927/28 weist für die Mädchenrealschule einen städtischen Aufwand von 57 990 Mark auf.

Die evangelische Volksschule

Die evangelische Volksschule zeigt in Tübingen während des größten Teils des 19. Jahrhunderts dasselbe Bild, wie in den meisten württembergischen Gemeinden: ängstliche, für unsere Zeit oft unbegreifliche Sparsamkeit der bürgerlichen Kollegien gegenüber den Schulen, namentlich den Volksschulen, eine unzureichende und mit Ueberstunden überlastete, ungenügend bezahlte und zu Nebenverdienst aller Art gezwungene Lehrerschaft, übervolle Klassen, oft mangelhafte und den gesundheitlichen Vorschriften vielfach widersprechende Schulhäuser, einen einseitigen und rückständigen Lehrplan, fast keinen Unterricht in den Realien, kein Zeichnen, kein Turnen, ungenügende Lehr- und Lernmittel, dazu geistliche Aufsicht durch das Evang. Konsistorium und den Kath. Kirchenrat, die Bezirks- und Ortsschulinspektoren, die ebenfalls

Geistliche waren. Diese geistliche Schulaufsicht wurde zwar in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts meist als selbstverständlich hingenommen, aber später als un zweckmäßig, lästig und ungerecht empfunden und mit Nachdruck Sachaufsicht verlangt. Die neue Zeit hat zuerst langsam, dann aber schnell einen Umschwung herbeigeführt, wie er auch von den hoffnungsvollsten Vorkämpfern auf dem Gebiete des Volksschulwesens kaum erwartet worden war.

Die hiesige Knabenvolksschule litt unter dieser Ungunst der Zeiten und Verhältnisse eigentlich noch mehr als die Mädchenvolksschule. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren zwei Lehrer an der Knabenschule tätig. Im Jahre 1829 kam noch ein dritter hinzu. Der Stiftungsrat, der seit 1808 das Recht, die Volksschullehrer zu wählen, besaß, überließ die Ernennung diesmal dem Ev. Konsistorium und machte später keinen Versuch mehr, das alte Wahlrecht zurückzugewinnen.

Die Zahl der Schüler an der Knabenschule wuchs und erreichte 1859 mit 341 Schülern einen vorläufigen Höhepunkt. Ein vierter, unständiger Lehrer wurde angestellt, um dem Schulgesetz von 1858 zu genügen, das für je 90 Schüler einen Lehrer verlangte, bei Abteilungsunterricht aber 120, ja 130 Schüler zuließ. Doch von 1860 an sank die Zahl der Schüler an der Knabenvolksschule fortwährend, da die katholischen Schüler infolge der Gründung einer katholischen Konfessionschule ausblieben, und mehr Schüler als bisher die Elementarschule besuchten. Sie sank 1860 auf 304, betrug 1869 nur noch 227, um dann 1870 wieder auf 247 zu steigen. Da nun damals, wie es scheint, bei den Kollegien der Grundsatz herrschte, daß es genüge, wenn man auf dem Gebiete des Volksschulwesens den Buchstaben des Gesetzes erfülle, so beschloß man 1870 einstimmig beim Ev. Konsistorium den Wegfall der 4 unständigen Lehrstellen zu beantragen, trotzdem daß der Ortsschulinspektor und der Ortsschulrat mit Nachdruck für den Fortbestand derselben eintraten. Und das Ev. Konsistorium genehmigte 1871 den Antrag mit dem Anfügen, daß die drei jüngsten Jahrgänge zusammen unterrichtet, und die Zahl der so unterrichteten Kinder 130 nicht übersteigen dürfe und ein vierstündiger Abteilungsunterricht erteilt werde.

Indessen mußte schon nach einigen Jahren die vierte Lehrstelle wieder errichtet werden und weitere kamen hinzu. Doch gab es an der Knaben-, wie an der Mädchenschule lange Zeit noch stark überfüllte Klassen. Wir finden von 1877—1889 der Reihe nach folgende Höchstzahlen: 101, 108, 116, 115, 117, 130, 143 (!) (erster und zweiter Jahrgang der Knabenschule) 125, 122, 132. Von

da ab sinkt die Höchstzahl dauernd unter 100 und vermindert sich durch Anstellung neuer Lehrer fortwährend. Jetzt zählt infolge neuer gesetzlicher Bestimmungen und dank dem Entgegenkommen des Gemeinderats die stärkste Klasse 51 Schüler, der Durchschnitt im letzten Jahre beträgt nur 40.

Besonders mißlich waren an der Knabenschule die Schulräume. Sie war im Kornhaus untergebracht, in verhältnismäßig kleinen Schulzimmern, mitten in der geschäftsreichen und deshalb geräuschvollen Altstadt, so daß man bei geschlossenen Fenstern Unterricht erteilen mußte. Die Orts- und Bezirksschulinspektoren übten eine scharfe Kritik an den unhaltbaren Zuständen. Das Ev. Konsistorium verlangte Abhilfe durch einen Neubau. Doch die mit anderen kostspieligen Aufgaben belastete Gemeinde zögerte noch längere Zeit. Nachdem man nach langen Verhandlungen über die Wahl eines Bauplatzes, Ecke der Reiter- und Beihlestraße, einig geworden war, schritt man zum Neubau, der mit einem Kostenaufwand von 92 829 Mark im Jahre 1892 vollendet wurde. Die Lehrer der Knabenschule betrachteten es als eine Erlösung, als sie von ihren bisherigen Schulräumen Abschied nehmen und in die neuen geräumigen und hellen Schulzimmer einziehen durften.

Neben dem Schulhaus wurde auch eine Turnhalle erbaut.

Das Schulgesetz von 1909 brachte den Wegfall der geistlichen Schulaufsicht und die Einführung der sachmännischen, die Schaffung des Ev. bzw. Kath. Oberschulrats, der sachmännischen Bezirksschulaufsicht (Bezirksschulräte) und der Volksschulrektorate an größeren Schulen, sowie die Umbildung der Ortsschulräte, die Möglichkeit der Gründung von Hilfsschulklassen für schwach begabte Schüler, sowie einen neuen, fortschrittlichen Lehrplan.

Zum ersten Bezirksschulrat wurde der bisherige Rektor des Mädchenseminars in Markgröningen Dr. Paret ernannt. Der erste Volksschulrektor wurde Oberlehrer Harr, der mitten in seiner Berufstätigkeit im Jahre 1915 ein Opfer seines Pflichteifers wurde. Er hatte noch die Aufsicht über die Knaben- und die Mädchenvolksschule, ebenso sein Nachfolger Oberlehrer Claß. Nach seiner Zurücksetzung erhielt jede der beiden Schulen ihren eigenen Rektor. An der Knabenvolksschule wirkte bis 1922 Rektor Werner, der seit 1891 seine unermüdbare Arbeitskraft den hiesigen Volksschulen widmete. Seit seiner Zurücksetzung versieht dies Amt Rektor Wankmüller. Die Mädchenvolksschule

leiteten hintereinander die Direktoren Bader, Pfeleiderer, Schmierer und Rüd.

Aus dem inneren Leben der hiesigen Volksschule sind noch hervorzuheben die Einführung des Freihandzeichnens, dessen Einführung an der Knabenschule aus Mangel an geeigneten Räumen hinausgezögert werden mußte, und zu welchem 1909 auch das Linearzeichnen in Verbindung mit der neu eingeführten Raumlehre trat, des Handfertigkeitsunterrichts, des Knabenturnens 1883, für das in Ermangelung einer Turnhalle zunächst der freie Platz vor der Spitalkirche benützt wurde, dann auch des Mädchenturnens seit 1909. Neben der Turnhalle wurde ein geräumiger Turnplatz erstellt. Die Herstellung eines geeigneten Spielplatzes im Ammertal ist noch eine Zukunftsaufgabe. 1921 wurde die erste Hilfsschulklasse für schwächere Schüler errichtet, der bald eine zweite folgte. Sie trägt im Gegensatz zu den nach Bekenntnissen getrennten Volksschulen simultanen Charakter. An diesen Klassen werden zur Zeit 28 evangelische und 1 katholisches Kind unterrichtet.

Einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte des Volksschulwesens bildet die Einführung der Grundschule im Jahre 1921 und damit auch die stufenweise Aufhebung der Klassen der Elementarschule und der sogenannten Vorklassen. An der evangel. Volksschule wurden zunächst 6 Grundschulklassen eingerichtet, 2 Knaben- und 3 Mädchenklassen und eine gemischte Klasse, an der katholischen Volksschule zwei.

Die Weimarer Verfassung brachte den schon früher im Gemeinderat zweimal beantragten, aber jedesmal abgelehnten Wegfall des Schulgelds und die Vermittelfreiheit, von der aber viele Eltern namentlich an der Grundschule keinen Gebrauch machen.

Erwähnung verdient noch die Verbindung der Knabenvolksschule mit der 1924 im Rahmen des „Pädagogischen Seminars“ der Universität errichteten Übungs- und Versuchsschule. Diese Übungen und Versuche fanden zunächst an drei Klassen der evangelischen und einer Klasse der katholischen Volksschule statt und wurden 1925 auf eine der zwei Hilfsschulklassen ausgedehnt.

Ferner finden an der Knaben- wie an der Mädchenschule katechetische Übungen für Studierende der Ev. theolog. Fakultät statt.

Auf die Verbindung des „Pauperinstituts“ mit der Knabenvolksschule, die etwa von 1825 bis 1910 währte, gehen wir nicht näher ein, da diese Verhältnisse in der Jubiläumsausgabe der Tübinger Chronik vom Jahre 1920 von Rektor Werner eingehend geschildert worden

sind. Die Aufhebung dieser Einrichtung im Jahre 1910 bedeutete für die Schule die Beseitigung einer oft lästig empfundenen Störung. Der Weltkrieg brachte schmerzliche Verluste. Die Unterlehrer Proß und Rüdiger fielen im Kampf für das Vaterland.

Die evangelische Mädchenschule hat im wesentlichen dieselbe Entwicklung gehabt, wie die Knabenschule. Doch stand sie seit 1829 in enger Verbindung mit einer eigenartigen Einrichtung, den sogenannten A-Klassen. Da diese Klassen bis 1896 bestanden, ist Entstehung und Eigenart derselben kurz zu schildern.

Etwas 1825 gründete der Lehrer Kleile eine Privatschule für Knaben, die später in das Lyzeum übertreten wollten, und für Mädchen, die eine über das Bildungsziel der Volksschule hinausgehende Bildung sich aneignen wollten. Im Jahre 1828 unterrichtete er mit einem Lehrgehilfen 17 Knaben und 43 Mädchen und bat nun das Ev. Konsistorium um Anerkennung seiner Privatschule als „öffentlicher Schulanstalt“. Das Konsistorium willfahrte zwar dieser Bitte nicht, sann aber dem Stadtrat an, diese Privatschule auf die Stadt zu übernehmen und so eine öffentlich anerkannte höhere Töchterschule zu schaffen. Der Gemeinderat lehnte dieses Ansinnen wegen des zu erwartenden Mehraufwands ab. Aber das Konsistorium verlangte nun innerhalb 8 Tagen den Plan für eine Einrichtung, „welche auch den Töchtern der höheren Stände Gelegenheit darbiete, in der öffentlichen Schule ihre Bildungsbedürfnisse befriedigt zu erhalten und sie nicht nötige, in Privatinstitute auszuwandern.“ Der damalige Inspektor der Mädchenschule, Oberhelfer Preßel schlug nun vor, eine Mittelschule in enger Verbindung mit der allgemeinen Mädchenschule zu gründen, in der neben den allgemeinen Schulfächern weitere Unterrichtsgegenstände wie Zeichnen, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde usw. gelehrt werden sollen. Zu diesen Fächern trat dann später noch das Französische als freiwilliges Fach. Diese Mädchen sollten ein erhöhtes Schulgeld von 8 fl. zahlen, wovon der damalige Betrag des allgemeinen Schulgelds, 1 fl. 36 kr., in die Stadtkasse fließen, der Rest zur Anschaffung eines Schulinventars und zur Belohnung der Lehrer für Ueberstunden dienen sollte. Später wurde das Schulgeld und der Anteil der Stadt erheblich erhöht. Dieser Plan fand die Zustimmung der bürgerlichen Kollegien und die Genehmigung des Konsistoriums. So entstanden die A-Klassen. Sie bildeten eine halb private, halb öffentliche Schule. Eine öffentliche Schule waren sie insofern, als sie der Aufsicht des Ortschulinspektors und des Konsistoriums

unterworfen waren und regelmäßig besichtigt wurden, als ihre Lehrer meist auch an der allgemeinen Mädchenschule, den sogenannten B-Klassen, Unterricht erteilten und vom Konsistorium bestellt wurden und ihren gesetzlichen Gehalt aus der Stadtkasse erhielten, eine Privatschule insofern, als der größte Teil des Schulgelds nicht in die Gemeindefasse, sondern in die Kasse der A-Klassen floß, die Lehrer in bezug auf die zu unterrichtenden Fächer weitgehende Freiheit genossen und auch an andern Schulen angestellte Lehrer dort tätig waren, die ihre Belohnung nur aus der Kasse der A-Klassen erhielten. Die Zahl der an den A- und B-Klassen unterrichtenden Lehrer und Lehrerinnen sollte nach der Gesamtzahl der Schülerinnen bemessen werden. Aber zuweilen vertraten die bürgerlichen Kollegien auch den Standpunkt, daß die A-Klassen eine reine Privatschule seien, und daß die Stadt nur zur Anstellung von so viel Lehrkräften verpflichtet sei, als die Zahl der Schülerinnen an den B-Klassen es vorschreibe. So waren es meist zu wenig Lehrer an beiden Schulen, und es mußte an den A-Klassen viel mit besonders bezahlten Ueberstunden gearbeitet werden. Es gab einzelne Lehrer, die auf diese Weise bis zu 40 Wochenstunden gaben. Hauptsächlich für diese Ueberstunden erhielten sie besondere Belohnungen aus der Kasse der A-Klassen, die nach der Zahl der Stunden, dem Alter der Lehrer und der Schwierigkeit der Unterrichtsfächer abgestuft waren. Daß an den A-Klassen von den Lehrern Tüchtiges geleistet wurde, erhellt aus den Visitationsberichten. Aus der Mitte der bürgerl. Kollegien ist wiederholt die Befürchtung ausgesprochen worden, daß diese ganze Verbindung die Belange der Schülerinnen der B-Klassen beeinträchtige, und die A-Klassen auf Kosten der B-Klassen sich einer gewissen Bevorzugung erfreuen. Die Ortschulinspektoren haben die Berechtigung dieser Befürchtungen immer nachdrücklich bestritten. Unter den Lehrern, welche den größeren Teil ihrer amtlichen Tätigkeit den A-Klassen widmeten, nennen wir die Oberlehrer Uß und Holzinger. Aber auf die Dauer war die ganze Einrichtung nicht möglich. Man kann wohl sagen, daß sie eigentlich schon zu lange gedauert hatte, als sie 1896 aufgehoben wurde.

Die Trennung der A-Klassen von der Mädchenvolksschule hatte sofort die eine Wirkung, daß jetzt wieder an der ganzen Volksschule auf jede Klasse ein Lehrer kam, was in den vorhergehenden zehn Jahren nicht mehr der Fall gewesen war.

Längere Zeit nach der Aufhebung der A-Klassen und der Errichtung der höheren Mädchenschule wurde in den bürgerlichen Kollegien auch der Gedanke der

Gründung einer Mädchenmittelschule erwogen. Er fand aber keine Mehrheit, wohl aber der Vorschlag des Oberbürgermeisters Hauser, den sieben Klassen der Mädchenschule eine freiwillige achte anzufügen und von der sechsten Klasse ab freiwilligen französischen Unterricht einzuführen. Aber die Ausführung des Vorschlags scheiterte an der ablehnenden Haltung der Oberschulbehörde.

Früher als die Knabenvolksschule kam die Mädchenvolksschule zu einem neuen Schulgebäude. Schon in dem später abgebrochenen Schulhause auf der Südseite der Stiftskirche waren die Verhältnisse ganz unzulänglich. Der Einzug in das von der Stadt erworbene Fakultätshaus im Jahre 1853 brachte einige Erleichterung, aber nur für zwei Jahrzehnte. Bald waren die Räume wieder so ungenügend wie jemals. Im Jahre 1881 erfolgte der Einzug in das neue, mit einem Aufwand von 50 655 Mark erbaute neue Mädchenschulgebäude in der Grabenstraße. Neuer Raumangel zwang zum Aufbau eines neuen Stockwerkes.

Die Veränderungen und Fortschritte im inneren Leben der Volksschule haben wir meist schon bei der Knabenvolksschule erwähnt. Auch die Mädchenvolksschule nahm daran teil. Zur Ergänzung sei noch bemerkt, daß das Schuljahr 1908/09 die Einführung des pflichtmäßigen Arbeitsunterrichts und die Anstellung der ersten Arbeitslehrerin brachte, der schon im nächsten Jahre die zweite folgte. Die Schule hat jetzt auch eine eigene Turnlehrerin, die auch einen Teil des Arbeitsunterrichts zu geben hat.

In bezug auf die Gesamtzahl der Volksschüler und Schülerinnen bemerken wir noch, daß sie noch vor der Absonderung der A-Klassen im Schuljahr 1891/92 mit 1147 Schülern ihren ersten Höhepunkt erreichte. Nach der Ablösung der A-Klassen sank sie 1898/99 langsam bis auf 888, um dann wieder stetig anzusteigen. Im Schuljahr 1916/17 erreichte sie einen zweiten Höhepunkt mit 1314 Schülern, sank trotz der Einführung der Grundschule im vorigen Jahr bis auf 979 herab und beträgt im laufenden Schuljahr 1054, die von 21 Lehrern und 11 Lehrerinnen in 28 Klassen unterrichtet werden.

Mit der Volksschule hängt zusammen die frühere Sonntagschule bzw. die Winterabend- und seit 1895 die allgemeine Fortbildungsschule. An dieser allgemeinen Fortbildungsschule für Mädchen wurde Juni 1925 ein freudig begrüßter Fortschritt erzielt, als ihre Umwandlung in eine hauswirtschaftliche Schule erfolgte. Schon 1922 bat die Tübinger Abteilung des württ. Lehrerinnenvereins um Einrichtung einer

Schulküche und Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts. Oberbürgermeister Hauser und der Gemeinderat befundeten ihre wohlwollende Stellung gegenüber dem Gesuch. Doch konnte ihm sowie einem erneuten Gesuch des Lehrerrats der allgemeinen Fortbildungsschule aus Mangel an einem passenden Raum für eine Schulküche und einer geeigneten Lehrerin nicht sofort entsprochen werden. Im Jahre 1925 stand ein Raum für die Küche und eine geeignete Lehrerin zur Verfügung, und der erwartete Staatsbeitrag wurde in Aussicht gestellt. Im Juni 1925 wurde die Schule eröffnet. Die Einrichtung der Schulküche in dem Raum, der während des Kriegs und einige Zeit nach dem Kriege die Volkstüche beherbergt hatte, sowie der ganze Betrieb dieses hauswirtschaftlichen Unterrichts darf mit Recht als mustergültig bezeichnet werden.

Daß mit dem Wachstum der Schule, der Errichtung immer neuer Klassen, der Bestellung immer neuer Lehrkräfte namentlich infolge der bedeutenden Herabsetzung der Schülerhöchstzahl in den einzelnen Klassen, mit dem Wegfall des Schulgelds und mit der Unentgeltlichkeit der Vermittel auch der Aufwand der Stadt für die evangelische Volksschule und die allgemeine Fortbildungsschule sich gewaltig steigern mußte, liegt auf der Hand. 1877/78 betrug der allein von der Stadt zu tragende Aufwand 12 986 Mark, der Vorkurs für das laufende Schuljahr beträgt 88 741 Mark, wozu noch 7500 Mark für die Unterhaltung der beiden Schulgebäude kommen.

Die katholische Volksschule

Eine katholische Kirchengemeinde entstand in Tübingen erst, als die theologische Fakultät im Jahre 1817 von Ellwangen nach Tübingen verlegt und mit der Universität verbunden wurde, und die katholische Pfarrei von der Hofdomäne Ammern nach Tübingen übersiedelte. Obgleich diese Kirchengemeinde noch klein war, regte sich doch der Wunsch nach einer, wenn auch privaten, katholischen Volksschule schon 1818 und wieder 1838. Allein die Regierung stellte keine Beiträge in Aussicht. So gelangten diese Pläne nicht zur Ausführung. Die schulpflichtigen katholischen Kinder besuchten, soweit sie nicht in die höheren Schulen gingen, die evangelische Volksschule.

Erst im Jahre 1863 wendete sich das katholische Stadtpfarramt (Kudgaber) an den Gemeinderat mit der Bitte, seine Bereitwilligkeit zur Unterstützung

einer zu errichtenden katholischen Volksschule auszusprechen, einen geeigneten Schulraum und entbehrliche Schulbänke und das nötige Holz zur Heizung zur Verfügung zu stellen. Es machte geltend, daß die neue Schule von Anfang an 30 Schüler haben werde.

Der Gemeinderat entsprach diesem Ansuchen und bewilligte, da ein entbehrlicher Schulraum nicht vorhanden war, einen jährlichen Beitrag von 50 fl., den er 1869 auf 100 fl. erhöhte. Im Mai 1864 wurde die katholische, von der katholischen Kirchengemeinde zu unterhaltende Schule mit 17 Schülern eröffnet, die im nächsten Jahre auf 22 anwuchsen.

1872 ließ die katholische Kirchengemeinde ein Schulhaus in der Grabenstraße bauen, zu dem die Stadt einen geräumigen Bauplatz kostenlos zur Verfügung stellte. Einen Beitrag zu den Baukosten lehnte sie ab.

Im Jahre 1882 wurde diese katholische Konfessionschule von der Stadtgemeinde übernommen. Obwohl die gesetzliche Voraussetzung, das Vorhandensein von 60 katholischen Familien in der Stadt, nicht einwandfrei nachgewiesen war, so beschloß der Gemeinderat doch dem Gesuch des katholischen Kirchenrats zu entsprechen, aber unter der „selbstverständlichen Voraussetzung“, daß das der katholischen Stiftungspflege gehörige Schulhaus gegen Uebernahme der auf dem Hause ruhenden Verbindlichkeiten und die Verpflichtung, daß das Haus nie anderen Zwecken als katholischen Schulzwecken dienen dürfe, Eigentum der Stadtgemeinde Tübingen werde. Allein der kathol. Stiftungsrat lehnte diese Vorschläge ab, und schließlich einigte man sich über einen Vertrag, nach welchem das Gebäude der katholischen Konfessionschule im Besitze der katholischen Stiftungspflege blieb, diese die bisher zu Schulzwecken dienenden Räume der Stadtgemeinde unentgeltlich zur Benützung für die katholische Schule überließ, die im Gebäude befindlichen Wohnräume des katholischen Schullehrers an die Stadtgemeinde zu denselben Zwecken gegen eine jährliche Miete von 260 Mark vermietete, und das Schulinventar, ohne Gegenleistung, in den Besitz der Stadt überging. Aber die Notwendigkeit, für die rasch wachsende Schülerzahl neue Schulräume zu erstellen, legte es der Gemeinde nahe, der katholischen Stiftungspflege ihr Schulhaus abzukaufen. Oberbürgermeister Hauff führte die Unterhandlungen mit dem katholischen Kirchenstiftungsrat. Das Ergebnis der Unterhandlungen war ein beide Teile befriedigender Kaufvertrag; der katholische Stiftungsrat verkaufte das ihm gehörige katholische Schulgebäude um 15 000 M., unter der Bedingung, daß das ganze Gebäude ausschließlich zu Zwecken der hiesigen katholischen Schule verwendet

wird. Sollte die Erbauung eines neuen katholischen Schulhauses notwendig werden, so ist die Gemeinde befugt, die Räume im alten Gebäude für andere Schulzwecke in Gebrauch zu nehmen, so weit sie nicht für den regelmäßigen Bedarf der katholischen Schulgemeinde benötigt werden. Sollten in der hiesigen Stadt sogenannte Simultanschulen eingeführt werden, so steht der katholischen Kirchengemeinde mit dem Eintritt jenes Zeitpunktes ein Rückkaufsrecht zu und zwar zu demselben Preis, den die Stadt jetzt bezahlt und den Kosten, die der Stadt durch den geplanten Ausbau erwachsen, unter der Voraussetzung, daß das Anwesen in der Hauptsache und auf Dauer für den Zweck einer katholischen Konfessionschule verwendet wird. Das Rückkaufsrecht erlischt, wenn es nicht bis 1. Januar 1950 ausgeübt wird. Die Kosten für die Erweiterung des katholischen Schulgebäudes, welche das Raumbedürfnis in ausreichender Weise befriedigten, betragen 26 055 Mark, so daß das ganze Gebäude die Stadt auf 41 055 Mark zu stehen kam.

Die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschule infolge des Gesetzes vom Jahre 1895 führte zu Auseinandersetzungen mit dem katholischen Ortschulrat und dem katholischen Kirchenrat in Stuttgart. Der kathol. Ortschulrat verlangte eine Konfessionsfortbildungsschule. Die überwiegende Mehrheit der Kollegien vertrat die Ansicht, daß diese Forderung ihre Begründung weder im Gesetze selbst, noch in den Motiven, noch in den Kammerverhandlungen habe, und daß eine Trennung nach Bekenntnissen nur in Bezug auf den Religionsunterricht stattfinden müsse. So beschloß man also das gemeinschaftliche Oberamt für Schulsachen um Genehmigung zu bitten, daß die Klassen der allgemeinen Fortbildungsschule sowohl für Söhne als für Töchter je aus der Gesamtzahl der zur allgemeinen Fortbildungsschule Verpflichteten ohne Rücksicht auf die Konfession gebildet werden sollen, und daß eine Trennung nur für den Religionsunterricht stattfinden solle. Allein die Kollegien drangen mit ihrer Anschauung nicht durch. Der katholische Kirchenrat bestand auf der Schaffung einer besonderen katholischen Fortbildungsschule, und die beim K. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens (Sarwey) eingelegte Beschwerde wurde als unbegründet abgewiesen. So blieb es bei der nach Bekenntnissen getrennten allgemeinen Fortbildungsschule.

Die katholische Volksschule wuchs rasch heran. Sie begann 1864 als einklassige Schule mit 17 Schülern. Aber 1884, 1902, 1908, 1913, 1921 und 1922 wurde je eine neue Klasse mit einem besonderen Lehrer angefügt. Jetzt hat sie 7 Klassen mit 281 Schülern. Her-

vorzuheben ist noch, daß in allen Klassen Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden. Die dabei gemachten Erfahrungen sollen durchweg befriedigen. Unter den Lehrern, die seit 1864 an der Schule wirkten und teilweise jetzt noch wirken, erwähnen wir den Lehrer Kohler, der als erster Lehrer an der Schule tätig war, den Oberlehrer Meher, der 23 Jahre seine Kraft der Schule widmete, den Oberlehrer und Gemeinderat Schleichner und den derzeitigen Rektor Schäfle.

Mit dem Wachstum der Schule wuchs auch der Aufwand der Stadt. Im Jahre 1864/65 50 fl. und ein Kasten Holz, im neuesten Haushalt 21 387 Mark, wozu noch 1500 Mark für die Unterhaltung des Gebäudes kommen.

Die Gewerbe- und Handelsschule

Der Gedanke, den gewerblichen Lehrlingen neben ihrer praktischen Ausbildung in der Werkstatt des Meisters auch eine schulmäßige durch geeigneten Unterricht angedeihen zu lassen, wurde zum erstenmal im Dezember 1825 im Stiftungsrat erwogen, und nach längeren Verhandlungen im Januar 1827 der Beschluß gefaßt, eine Sonntagschule für Handwerker, oder wie man es kurz nannte, eine Handwerkerchule zu gründen. Gegenstände des Unterrichts waren Gesang, Rechts- und Schön-schreiben, Rechnen, Erdkunde, Naturlehre, Maschinenkunde und Zeichnen. Die Gesamtzahl aller Stunden betrug 400. Der Unterricht erstreckte sich auf das ganze Jahr. Doch waren die Schüler nicht verpflichtet alle 400 Stunden zu besuchen, sondern konnten nach Belieben wählen. Das Schulgeld war für die einzelnen Fächer verschieden und betrug zwischen 20 und 30 Kreuzer für das einzelne Fach. Der Gesamtaufwand durfte 200 fl. nicht übersteigen. Auch der Ertrag des „Realschulfonds“ wurde zur Deckung der Kosten herangezogen. Der Rest des Aufwands wurde von der Stadt- und Stiftungskasse je zur Hälfte übernommen. Die Kosten verringerten sich bald dadurch, daß die im Jahre 1833 ernannten Reallehrer Kieß und Wildermuth an dieser Handwerkerchule wöchentlich 10 Stunden Unterricht zu erteilen hatten.

Die Teilnehmer der gewerblichen Jugend waren anfangs so rege, daß die Zahl der Schüler schon Ende Januar 1829 auf 230 angewachsen war, und im

Schreiben und Zeichnen eine Trennung in zwei Abteilungen vorgenommen werden mußte. Im Jahre 1835 erfolgte dann auf Kieß' Vorschlag eine allgemeine Trennung der Schüler in zwei Abteilungen, von denen die jüngere nur noch vier Monate in vier Wochenstunden unterrichtet wurde.

Beim bloßen Sonntagsunterricht blieb es von Anfang an nicht. Denn es ist wiederholt davon die Rede, daß die Schüler die Beleuchtungskosten selbst zu tragen hätten. Dabei kann es sich nur um Werktagsunterricht handeln.

Der Zeichenunterricht wurde von 1833 ab längere Zeit den Lehrlingen und Realschülern am Sonntag gemeinsam erteilt, aber das hohe Schulgeld von 3 fl. im Jahr verminderte die Zahl der gewerblichen Zeichnungsschüler so stark, daß man dasselbe um mehr als die Hälfte ermäßigte.

Diese Handwerkerchule, die fast nur den Sonntagsunterricht kannte, dauerte bis zum Jahre 1857.

Auf sie folgte die gewerbliche Fortbildungsschule.

Im Juli 1848 war die Zentralstelle für Handel und Gewerbe geschaffen worden. Zum technischen Rat derselben wurde Dr. Steinbeis bestellt. Er ist der Schöpfer der gewerblichen Fortbildungsschule. Sie beruhte zwar auch auf dem Grundsatze der Freiwilligkeit, erteilte ihren Unterricht, vom Zeichnen abgesehen, nur werktags, aber abends nach Schluß der Werkstattarbeit. Doch hatte sie einen stufenweise aufgebauten Lehrplan, gab den meist im Nebenamt unterrichtenden Lehrern Gelegenheit, sich in Sonderkursen für ihren Unterricht zu schulen, und suchte den Eifer von Lehrern und Schülern durch häufig veranstaltete Ausstellungen von Schularbeiten, namentlich Zeichnungen, zu fachen und dehnte den Unterricht auch auf die kaufmännischen Lehrlinge aus.

Zur Beaufsichtigung dieser neuzubildenden gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen wurde eine besondere Behörde gebildet, die K. Kommission für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Diese forderte nun im Laufe der Jahre zahlreiche württembergische Stadtverwaltungen zur Errichtung von solchen Schulen auf und erleichterte denselben diese neue Aufgabe dadurch, daß sie die Hälfte des wirklichen Aufwands durch den Staat in Aussicht stellte.

Die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Tübingen begannen schon im Jahre 1852. Aber sie rückten nur langsam vom Fleck, und die Eröffnung der „Gewerblichen Fortbildungsschule“ konnte erst im Herbst 1857 erfolgen. Den Unterrichts-

plan hatte der zum Vorstand bestellte damalige Vorstand der Oberrealschule, Oberreallehrer, später Professor Dr. Kommerell ausgearbeitet. Es wurden zwei Kurse errichtet. Im jüngeren wurde geometrisches Zeichnen (2 St.), Formenlehre und Geometrie (2 St.), gewerbliches Rechnen (2 St.), Geschäftsaufsatz (2 St.) gelehrt. Im älteren Kurs waren gewerbliche Mechanik (1 St.), technologische Chemie (1 St.), Fachzeichnen (2 St.), Buchführung (2 St.), als freiwilliges Fach auch Modellieren vorgesehen. Dazu kam für beide Kurse Freihandzeichnen am Sonntag 3–4 St. und an einem Werktag (2 St.). Der Unterricht sollte sich auf neun Monate erstrecken. Zudem sollte die Schule nach Kommerells ausdrücklichem Verlangen Pflichtschule sein. Allein die Kgl. Kommission schränkte den Unterricht auf 6 Monate im Winter ein und wies auch den Gedanken der Pflichtschule zurück. Die Kosten für die Stadt berechnete Kommerell annähernd richtig auf ungefähr 250 fl. Das Schulgeld wurde in der unteren Abteilung auf 1 fl., in der oberen auf 1 fl. 30 kr. festgesetzt. Für die ärmeren Schüler sollten Reifzeuge aus der Veronika Mayer'schen Realschulstiftung angeschafft werden, da ja die Fortbildungsschule die natürliche Fortsetzung der Realschule bilde. Das Gesetz schrieb auch die Bildung eines örtlichen Gewerbeschulrats vor, der aus Mitgliedern der Kollegien und vornehmlich des Gewerbestandes bestehen sollte. Den Vorsitz übernahm Universitätsprofessor Dr. Reusch. Auf ihn folgten, soweit die Namen sich in den Akten vorfinden, Baurat Schlierholz, Bauinspektor Kapff, Kaufmann Louis Baur, Kaufmann Bräuning, Privatier Walker, Flammer und Schneider und Gemeinderat und Landtagsabgeordneter Henne. Die Schulleitung hatten die jeweiligen Direktoren der Realschule.

Als Schulräume benützte die neue Fortbildungsschule zuerst die Räume der Realschule im Realschulgebäude auf der Südseite der Stiftskirche, dann die in der Anatolischen Schule. Im Jahre 1893 wurden die Zeichensäle mit einem Bauaufwand von 10 000 Mark ins Kornhaus verlegt. Im Jahre 1910 nahm das zur Gewerbeschule umgebaute Stadtmagazin die umgebildete Gewerbeschule auf, wovon später noch die Rede sein wird.

Die neuerrichtete Schule war zunächst nur eine Schule für gewerbliche Lehrlinge. Für die kaufmännischen Lehrlinge war noch nicht gesorgt. Die von der hiesigen Kaufmannschaft schon 1854 beabsichtigte Er-

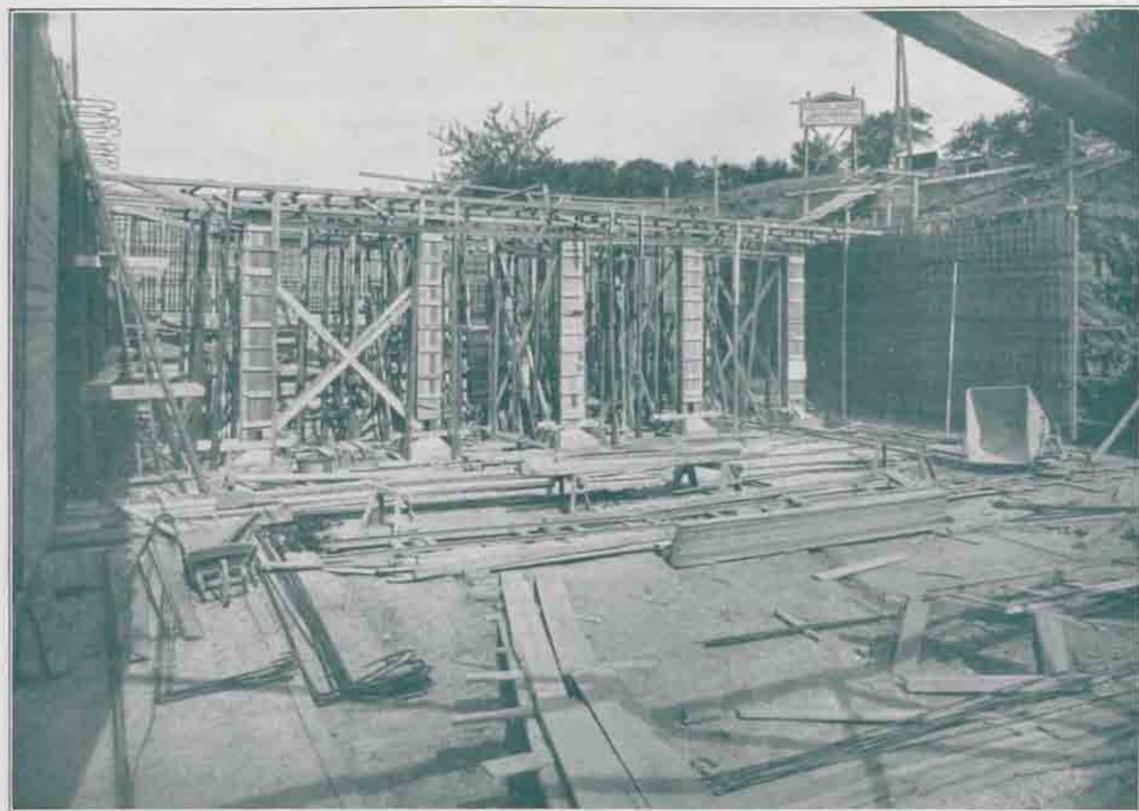
richtung einer privaten Fortbildungsschule scheint nicht zur Ausführung gelangt zu sein. Wenigstens beschließt „die freie Genossenschaft der vereinigten Kaufleute und Buchhändler in Tübingen“ im Jahre 1863 für ihre Lehrlinge eine private Fortbildungsschule mit 4–5 Stunden Abendunterricht zu gründen, und der Kaufmann Louis Baur bat um unentgeltliche Ueberlassung, Heizung und Beleuchtung eines Zimmers in der Realschule. Der Gemeinderat entsprach dem Gesuch. Ein Antrag aus der Mitte des Kollegiums, an die Bewilligung die Bedingung des Pflichtbesuchs zu knüpfen, fand keine Annahme. Diese private kaufmännische Fortbildungsschule dauerte bis 1876. Erst durch Erlass vom 3. August 1876 erklärte die Kgl. Kommission, daß sie mit der Einordnung der kaufmännischen Fortbildungsschule in die gewerbliche ganz einverstanden sei und die Uebernahme der hälftigen Mehrkosten durch den Staat beim Staatsministerium befürworten werde.

Diese freiwillige gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule bestand bis Mai 1910. Wesentliche Änderungen in ihrem Aufbau fanden nicht mehr statt. Im Jahre 1881 wurden erstmals neben den regelmäßigen Abgangsprüfungen freiwillige Prüfungen der gewerblichen Lehrlinge in ihren eigentlichen Berufskenntnissen abgehalten. 1895 wurde in der kaufmännischen Abteilung auch der Unterricht in der Kurzschrift eingeführt. Doch fristete diese Abteilung nur ein kümmerliches Dasein. An einzelnen Unterrichtsfächern nahmen zuweilen nur 2 bis 3 Schüler teil, so daß man befürchtete, die ganze Abteilung werde schließlich eingehen, um so mehr als die Kgl. Kommission erklärte, daß sie künftig nur dann Staatsbeiträge bewillige, wenn die Zahl der Teilnehmer mindestens 15 bezw. in den sprachlichen Fächern 12 betrage. Ein strafferer Lehrplan, der in beiden Abteilungen die meisten Fächer für Pflichtfächer erklärte, wendete diese Gefahr ab.

Eine sehr zu begrüßende Neuerung bildete die Errichtung einer Modellier-Werkstätte im Jahre 1906. Zeichenlehrer Merz, der schon für seine Tageschüler einen Modellierkurs eingerichtet hatte, bat um einen besonderen Arbeitsraum für Steinplastik und Gipsguß. Oberbürgermeister Hauser unterstützte den Antrag mit nachdrücklichem Eifer. Es wurde beschlossen das Hinterhaus des alten Schießhauses zu einer Modellierwerkstatt umzubauen und dem Zeichenlehrer Merz unter sehr entgegenkommenden Bedingungen zu überlassen. Jetzt ist diese Werkstätte von der Gewerbeschule getrennt und mit der Oberrealschule vereinigt.

Doch waren die Lage der freiwilligen Fortbildungsschule gezählt. Wenn auch nicht gelehrt werden kann, daß diese Schule die Ausbildung der Lehrlinge vielfach gefördert hat, so waren doch auch andererseits ihre Mängel offenkundig, der freiwillige Charakter der Schule, der Abend- und Sonntagsunterricht, die Beschränkung des Unterrichts in den meisten Fächern auf 5–6 Monate und vor allem die Erteilung des über-

schäftigt sind, zu ihrer beruflichen Weiterbildung Gewerbe- und Handelsschulen zu errichten sind, und daß diese jugendlichen Arbeiter 3 Jahre lang zum Besuch dieser Schulen verpflichtet sind und mindestens 280 Stunden Unterricht erhalten sollen. Die Schulen selbst sollten bis 1. April 1909 eingerichtet werden. Doch konnten gewisse Berufsarten, für welche der Besuch einer gewerblichen Fortbildungsschule weniger wich-



**Der Wasserhochbehälter (Gegenbehälter) in der Grafenbalde
Gebaut 1926**

wiegenden Teils des Unterrichts durch nicht fachmännisch ausgebildete Lehrer.

So entschloß sich der damalige weitblickende Minister des Kirchen- und Schulwesens, Dr. v. Weizsäcker und sein Ratgeber, der Präs. v. Mosthaf mit zur Einführung der Pflicht- und Tageschule mit Fachlehrern, mit der einige deutsche Staaten, namentlich Baden, schon vorangegangen waren. Das Gesetz betr. die Gewerbe- und Handelsschulen vom 22. Juli 1906 schreibt vor, daß in allen Gemeinden, in denen in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben durchschnittlich mindestens 40 schulpflichtige männliche Arbeiter unter 18 Jahren be-

tig ist, also namentlich die sogenannten ungelerten Arbeiter mit Genehmigung des Ministeriums vom Besuch dieser Schule entbunden werden.

In Tübingen war für die Errichtung solcher Schulen die Erstellung eines geeigneten Gewerbeschulhauses unerläßliche Voraussetzung. Denn an die bisherige Mitbenützung der Räume des alten oder neuen Realschulgebäudes war nicht mehr zu denken. Es darf als ein besonders glücklicher Griff bezeichnet werden, als Oberbürgermeister Hauser den Kollegien den Umbau des Stadtmagazins zur Gewerbeschule mit einem Aufwand von 45 000 M. vorschlug. Dieser stattliche Fachbau mit seinem schönen Eisenge-

bälk bildet jetzt eine Fierde der unteren Stadt. Da aber die Stadt im Begriff war, ein neues Oberrealschulgebäude zu erstellen, so war die sofortige Inangriffnahme dieses Umbaus unmöglich, und die Gemeinde hat um Befreiung von der obigen Verpflichtung bis 1910.

Zur Entscheidung der Frage, ob die Schulpflicht nur die technischen Berufe umfassen oder auch die „verwandten“ Berufe mit einbeziehen sollte, wurde eine Versammlung der betreffenden Meister einberufen. Sie wünschten alle, mit Ausnahme der Vertreter einer einzigen Berufsart, daß die Pflichtgewerbeschule auch auf ihre Lehrlinge ausgedehnt werde. Auch die Metzger baten später wiederholt und schließlich mit Erfolg um Aufnahme ihrer Lehrlinge in die Pflichtschule. So werden jetzt die Schüler der Gewerbeschule in 5 Berufsgruppen eingeteilt: die Bau- und Holzberufe, die Metallberufe, die kunstgewerblichen Berufe, die Bekleidungsberufe und die Nährberufe. Jede Abteilung wird besonders unterrichtet, und der Unterricht steht im engsten Zusammenhang mit dem Beruf.

Die Eröffnung der neuen Gewerbeschule, oder besser gesagt des Unterrichts für den untersten Jahrgang, erfolgte am 15. Mai 1910. Zum Lehrer wurde der Gewerbeschulassessor Ackermann bestellt, der schon im nächsten Jahr ständig wurde, 1919 an Stelle des Vorstands Rektor Krimmel die Vorstandschafft übernahm und 1921 zum Gewerbeschuldirektor befördert wurde. Im Mai 1911 wurde ein zweiter, 1912 ein dritter Gewerbelehrer bestellt. Diese 3 Lehrer genügten eine Reihe von Jahren.

Auch die Handelsschule wurde im Mai 1910 eröffnet. Zum Lehrer bestellt wurde Handelschulassessor Bofinger, der schon im nächsten Jahre ständig und später Direktor der Handelsschule in Ulm wurde. Dem gesetzlichen Pflichtunterricht wurden schon 1910 alle 3 Jahrgänge unterworfen.

Die Tübinger Gewerbeschule, bezw. Fortbildungsschule war schon seit Jahrzehnten von den Lehrlingen der Nachbargemeinden, namentlich der Gemeinde Derendingen stark besucht worden. Diese Gemeinden ließen also ihre gewerbliche Jugend auf Kosten der Stadt Tübingen schulen, ohne, abgesehen von ihrer geringfügigen Quote am Beitrag der Amtskörperschaft, zu den Kosten der Schule etwas beizusteuern. Da nun aber die Gemeinde Derendingen mehr als 40 schulpflichtige Arbeiter unter 18 Jahren hatte, so wurde sie vom Oberschulrat zur Errichtung einer eigenen Gewerbeschule aufgefordert. Aber statt eine eigene Zwerghschule zu gründen, zog sie es vor, sich an

die Gemeinde Tübingen zum Zweck der Schaffung eines im Artikel 6 des Gesetzes betr. die Gewerbe- und Handelsschulen vorgesehenen Schulverbandes zu wenden. Die bürgerlichen Kollegien zeigten beim Abschluß dieses Vertrages ein vom Oberbürgermeister Hausher worin empfohlenes, weitgehendes Entgegenkommen. Aus diesem Vertrag sei hervorgehoben: Der Schulverband hat seinen Sitz in Tübingen, wird ausschließlich vom Gemeinderat in Tübingen vertreten und seine Rechnung von der Stadtpflege Tübingen geführt. Der jeweilige Abmangel ist von beiden Gemeinden nach der Schülerzahl zu tragen. Die Schulräume und das Schulinventar werden von der Gemeinde Tübingen gestellt u. unterhalten und bleiben in ihrem Besitz. Der Verband zahlt aber für Inventarbenützung jährlich 10 % der Anschaffungskosten. Da nun die Gemeinde Tübingen an diesen 10 % den weitaus größten Teil bezahlte, so leuchtet das weitherzige Entgegenkommen der Stadtgemeinde ohne weiteres ein. Der Vertrag sah eine einjährige Kündigungsfrist vor und trat am 15. Mai 1914 in Kraft.

Der Weltkrieg brachte manche Störung. Die Lehrer Ackermann, Bofinger und Schenkel waren fast während des ganzen Kriegs, der Lehrer Engelried kürzere Zeit einberufen. Sie durften alle wohlbehalten zu ihrem Berufe zurückkehren. Im Jahre 1915 wurden vom Verein für Invalidentfürsorge im Gewerbeschulgebäude zwei Werkstätten, je eine Werkstatt für Schreiner und Metallarbeiter, eingerichtet. Die Räume, sowie Heizung und Beleuchtung stellte die Stadt unentgeltlich zur Verfügung. Nach Auflösung der Werkstätten erwarb die Stadtgemeinde die Ausrüstung, konnte sich aber zum Betrieb der Werkstätten aus Mangel an Mitteln und an Raum zunächst noch nicht entschließen.

Im Jahre 1919 hat auch die Gemeinde Dufflingen um Eintritt in den Schulverband Tübingen-Derendingen. Da aber dadurch die Ausrüstung eines neuen Schullokals und ein vierter Lehrer notwendig wurden, so wurde für Dufflingen bestimmt, daß es sich an den Kosten der Ausrüstung nach seiner Schülerzahl zu beteiligen habe, eine Festsetzung, die auch Derendingen annahm.

Am 1. Mai 1922 trat auch Lustnau in den Schulverband ein. Die Zahl der Schüler wuchs. Weitere Lehrer mußten angestellt werden. Die vorhandenen Räume wollten nicht mehr reichen. Kein Wunder, daß der Gemeinderat den vom Gewerbeschulrat unterstützten Antrag der hiesigen Damenschneiderinnung, die Gewerbeschulpflicht bei den gelernten jugendlichen

Arbeiterinnen der Damenschneiderei, Weißnäherei und Stickerie mit Beginn des Schuljahrs 1925 einzuführen, im März 1925 vorerst zurückstellte und den im Jahre 1926 wiederholten Antrag trotz gründlicher Billigung wegen Raummangels und wegen der mißlichen Finanzlage der Stadt erneut ablehnte, diesmal mit dem Versprechen, die Gewerbeschulpflicht der weiblichen Berufe im nächsten Jahre zu behandeln. Uebrigens ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß der freiwillige Besuch der Gewerbeschule einzelnen Mädchen schon seit einigen Jahren gestattet ist.

An der Gewerbeschule wirken zur Zeit 8 Lehrer. Die Zahl der Schüler beträgt 792, darunter 36 Mädchen. Damit ist sie die größte Schule unserer Stadt geworden. Nach der beabsichtigten Verlegung der Handelsschule in die Mädchenrealschule in der Münzgasse dürfte auch der Raummangel für einige Zeit behoben sein.

Auch die Handelsschule entwickelte sich in ähnlicher Weise, wuchs aber den gegebenen Verhältnissen entsprechend nicht zu diesem Umfang heran. Im Handelsschulrat führten nach einander den Vorsitz Kaufmann Bilfinger, Kaufmann Frik Schimpf und Kaufmann Gustav Schweichardt. Auf den Handelsschulrat Bofinger folgte Handelsschulrat Klinf und bald wurde auch die Anstellung eines zweiten Lehrers und eines Lehrers im Nebenamt für den Unterricht in der Kurzschrift notwendig. Der wiederholt angestrebte, aber immer wieder hinausgeschobene freiwillige Unterricht im Maschinenschreiben wurde im Dezember 1924 gutgeheißen und zur Anschaffung von Schreibmaschinen 1000 Mark bewilligt, und im April 1926 wiederum Mittel zur Anschaffung von 5 weiteren Schreibmaschinen. Auch der hiesige Handelsverein schaffte auf seine Kosten 1 Schreibmaschine an. Bedauerlicher Weise fiel der früher erteilte fremdsprachliche Unterricht aus. Englischer Unterricht, wenigstens für solche, die schon früher englischen Unterricht gehabt haben, wäre zu wünschen.

Die Schulpflicht für Mädchen unter 18 Jahren, die in kaufmännischen Betrieben stehen, ist seit 1920 eingeführt. Die Gesamtzahl der Schüler beträgt 159. Sie werden in den 3 Jahrgängen in je 2 Klassen eingeteilt, je nachdem dieselben die Volksschule oder eine höhere Schule besucht haben. Die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden beträgt 9. Dazu kommen 1½ Stunden Unterricht in der Kurzschrift, der an sich freiwillig ist, aber doch von allen besucht wird.

So sind auch hier die Voraussetzungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Schule im vollen Maße gegeben.

Wie die Aufgaben der Gemeinde auf dem Gebiete der gewerblichen und kaufmännischen Fachbildung gewachsen sind, und wie die Gemeinde diese Aufgaben erfüllt hat, zeigt am deutlichsten die Gegenüberstellung zweier Zahlen. Der städtische Aufwand für die gewerbliche Fortbildungsschule betrug 1857 bis 1858 302 fl., der Voranschlag im Haushalt 1927 bis 1928 für Gewerbe- und Handelsschulen sieht 17 767 Mark für Besoldungen und sachlichen Aufwand und 8000 Mk. für Unterhaltung des Gebäudes vor, im ganzen also die stattliche Summe von 27 767 Mark.

Die Frauenarbeitschule

Die Gründung von Frauenarbeitschulen verdankt Württemberg der Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Diese veranlaßte zunächst die Gemeinde Reutlingen unter Gewährung von Staatsbeiträgen zur Gründung der Reutlinger Frauenarbeitschule, die fast für alle anderen Frauenarbeitschulen des Landes Musteranstalt wurde. Ein genauer Lehrplan regelte die Ausbildung.

Dem Beispiele Reutlingens folgten bald andere Städte. Tübingen konnte umso weniger zurückbleiben, als auch schon kleinere Städte vorangegangen waren.

Die Gründung der Schule ging aber nicht von der Stadtverwaltung, sondern von opferwilligen Frauen und Männern unserer Gemeinde aus. Ein Ausschuß trat zusammen und wendete sich im März 1875 an die Bürgerschaft mit einem Aufruf, der die Absicht, eine Frauenarbeitschule zu gründen, sowie den Lehrplan und die Vorschriften dieser neuen Schule mitteilte und zu jährlichen Beiträgen von 4 Mark aufforderte, mit denen man das Arbeitszimmer ausstatten, Lehrmittel anschaffen und sonstige Bedürfnisse befriedigen wollte. Mit diesen Beiträgen und den Schulgeldern hoffte man die Schule unterhalten zu können.

Der Ausschuß war von Männern und Frauen unterzeichnet, die jedem älteren Tübinger bekannt sind. Wir lesen hier die Namen: Kaufmann Friedrich Baur, Oberbürgermeister Gös, Helfer Sandberger, Professor Dr. Schönberg, Frau Professor Weib, Frau Oberbürgermeister Gös, Frau Kaufmann Gunfer, Frau Oberamtsrichter Hiller, Frau Professor Müller, Frau Oberamtmann Sandberger, Frau Helfer Sandberger, Frau Kaufmann Späth,

Frau Professor Weber und Frau Professor Ottilie Wildermuth. Von allen, welche den Ausruf unterzeichnet haben, lebt nur noch die hochbetagte Frau Oberbürgermeister Gös, welche nun mit besonderer Genugtuung auf die 52-jährige, so gedeihliche Entwicklung des Werkes zurückblicken kann, an dessen Entstehung und Förderung sie so viel Anteil genommen hat.

Der Ausruf hatte Erfolg. Die Stadt stellte im Industriegebäude einen geeigneten Arbeitsaal und das nötige Brennholz zur Verfügung. Die Eröffnung der neuen Schule fand am 4. Juni 1875 statt.

Im Jahre 1877 gewährte die Stadt zum ersten Mal, aber für die Dauer, einen Geldbeitrag von 200 Mark. Der Staat steuerte ungefähr ebensoviel bei, deckte aber auch den zuweilen entstehenden Abmangel. Der Rechner der Schule war lange Jahre hindurch Kaufmann Friedrich Baur.

Doch erschien es im Laufe der Zeit zweckmäßig, ja notwendig, daß die Stadt die Schule in eigene Verwaltung nahm. Der erste Abmangel betrug 550 Mark, also ungefähr so viel, als die Gemeinde bisher im ganzen beigesteuert hatte. Die städtischen Leistungen wuchsen aber rasch.

In die Beaufsichtigung und Leitung der Schule teilten sich der Schulrat, anfänglich Kuratorium genannt, und der Schulvorstand (die Leiterin). Im ursprünglichen „Kuratorium“ führte zunächst den Vorsitz Helfer (Oberhelfer) Sandberger, der spätere Präsident des Konsistoriums, dann Rektor Dr. Ramsler und lange Zeit Oberreallehrer Brösamlen. Im Jahre 1922 wurde der Verwaltungsrat umgebildet. Er besteht aus dem Stadtvorstand bzw. seinem Stellvertreter, Herren und Frauen aus dem Gemeinderat und der Bürgerschaft, sowie der Leiterin der Schule und zwei Lehrerinnen. Vorsitzender ist zur Zeit Gemeinderat Dr. Hagum.

Das Amt des Vorstands bzw. der Leiterin versahen: Frau Kaufmann Armbruster, Frau Medizinalrat Desterlen, dann 26 Jahre lang (1896—1922) Oberreallehrer Brösamlen, Fräulein Maiffaß und seit drei Jahren Frl. Oberlehrerin Gös, die an der Schule seit 1902 tätig ist.

Als erste Lehrerinnen wirkten Frl. Knecht, jetzt Frau Brenner, die auf der Keutlinger Frauenarbeitschule ausgebildet worden war, und Fräulein Wurster. Die Zahl der anfangs bescheiden bezahlten Lehrerinnen betrug zunächst nur 2, dann längere Zeit 3—4, vor 3 Jahren noch 6. Infolge einer uner-

wartet raschen Zunahme der Schülerinnen sind jetzt 12 hauptamtliche Lehrerinnen angestellt. Eine Lehrerin im Nebenamt erteilt freiwilligen Turnunterricht.

Die Zahl der Schülerinnen war anfangs bescheiden. Man fing mit 29 an. Seit der Uebernahme der Schule durch die Stadt, welche derselben die unentbehrliche sichere finanzielle Grundlage verschaffte und eine Reihe von Verbesserungen im Aufbau und Betrieb gestattete, stieg die Zahl der Schülerinnen beständig. 1924 waren es schon 120; im Sommer 1925 206 und im April 1927 nicht weniger als 270.

Der derzeitige Lehrplan sieht zwei Ausbildungsmöglichkeiten vor, eine einjährige und eine zweijährige. Die einjährige Ausbildung umfaßt 3 Kurse: Handnähen, Maschinennähen und Kleidernähen. Jeder Kurs dauert mit Einschluß der Ferien 4 Monate. Die zweijährige Ausbildung schreibt einen Kurs im Handnähen, je zwei Kurse im Maschinen- und Kleidernähen und einen Kurs im Sticken mit je 4-monatlicher Dauer vor. Mit allen Kursen ist pflichtmäßiger Zeichenunterricht verbunden. Den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend gestattet man zuweilen auch die Teilnahme an nur einem viermonatlichen Kurs.

All dieser Unterricht ist nur Tagesunterricht. Deshalb sind vom Besuch desselben alle Mädchen ausgeschlossen, welche den Tag über in einer beruflichen Tätigkeit stehen. Um nun auch diesen Mädchen die Wohltat der Schule zuteil werden zu lassen, hat man neben dem Tagesunterricht seit 1924 Abendunterricht im Hand-, Maschinen- und Kleidernähen eingerichtet und zwar in 3 Unterrichtskursen von je 4 Monaten, zweimal wöchentlich je von 7—9 Uhr abends. Die Schülerinnen, nur Mädchen, die den Tag über in irgend einem Berufe tätig sind, durchschnittlich ungefähr 80, werden je nach Bedarf in 5—9 Klassen eingeteilt.

Aus der Geschichte der Schule ist noch hervorzuheben, daß sie auch die von Zeit zu Zeit veranstalteten Ausstellungen in Stuttgart besichtigt und für die ausgestellten Zeichnungen und Arbeiten vielfache Anerkennung gefunden hat. Auch findet hier alle Jahre am Schluß eine derartige Ausstellung statt, in größerem Umfang alle 3 Jahre oder bei sonstigen besonderen Veranlassungen.

Das Schulgeld, das im Laufe der Zeit erhöht werden mußte, beträgt jetzt für den 4-monatlichen Kurs für Schülerinnen aus der Stadt 22, aus dem Oberamtsbezirk 27.50 Mark und für die anderen Schülerinnen 33 Mark.

Mit dem Wachstum der Schule steigerten sich auch die Ausgaben für die Stadt. Ursprünglich nur der Verzicht auf Miete für einen Arbeitsaal und Brennholz, dann noch 200 Mark Geldbeitrag, im Voranschlag für den neuesten Haushalt finden wir die stattliche Summe von 10 286 Mark.

Die Kleinkinderschulen

Auch für die Anstalten, welche die noch nicht schulpflichtige Jugend aufzunehmen pflegen, für die Kleinkinderschulen, haben Stiftungspflege und Stadtkasse, wenn das Bedürfnis vorhanden war, stets eine offene Hand gehabt.

Schon 1834 wurde durch eine Vereinigung von hiesigen Frauen eine Kleinkinderschule gegründet und unterhalten, die zuerst in dem Industriegebäude untergebracht war, später aber ein eigenes Heim in der Kappstraße erbaute. Seit 1873 gewährte die Stiftungspflege dieser Vereinigung einen Beitrag von 257 Mark, der immer wieder erhöht wurde und im Rechnungsjahr 1927/28 1000 Mark beträgt.

Dann entstand im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine Privat-Kinderschule im Industriediertel, die sich längere Zeit nur mühsam zu halten vermochte. Die Stadt überließ derselben das nötige Gelände zu einem Hausbau und Spielplatz unentgeltlich und gewährte ihr auch seit 1913 fortlaufende und einmalige Beiträge und behnte diese Unterstützung später auf die Kleinkinderschule in der Kappstraße aus. Diese Beiträge betragen im Voranschlag 1927/28 zusammen 4500 Mark.

Die beiliegende Tabelle enthält den Aufwand der Stadt für ihre Schulen in den Rechnungsjahren 1877 bis 1927 und zwar den Aufwand nach Abzug der Schulgelder, Beiträge und der sonstigen Einnahmen.

Läßt man die Rechnungsjahre 1918—1923 mit ihrer Bedeutsamkeit bei Seite, so ergibt sich in diesen 45 Jahren ein Gesamtaufwand von 4 071 130 Mark für Befoldungen und sachliche Leistungen aller Art.

Bei der Rubrik Oberrealschule ist zu bemerken, daß hier längere Zeit ein erheblicher Teil der Befoldung

des Zeichenlehrers, der auch an der gewerblichen Fortbildungsschule zu unterrichten hatte, sowie zahlreiche Ausgaben für Zeichenvorlagen und ähnliche Gegenstände gebucht sind und nicht bei der Rubrik Fortbildungsschule. So erscheinen die Ausgaben für die gewerbliche Fortbildungsschule niedriger, als sie tatsächlich waren. Die wirklichen Ausgaben sind unter die im Haushaltplan angegebenen Zahlen gesetzt.

In den ersten zwei Jahren hielt sich der gesamte Aufwand auf sehr bescheidener Höhe. Er betrug nicht einmal 30 000 Mark. Doch bemerkt man ein zwar langames, aber fast ununterbrochenes Steigen. Die Ausgaben schnellen stärker an mit der Gründung der höh. Mädchenschule, um fast 8000 Mark, während andererseits die Auflösung der mit der Mädchenvolksschule verbundenen A-Klassen die Ausgaben für die ev. Volksschulen nur um ungefähr 2000 Mark und nur ganz vorübergehend vermindert hat. Im Rechnungsjahr 1902/03 beträgt der Aufwand nahezu das Doppelte von demjenigen im Rechnungsjahr 1877/78 und im Rechnungsjahr 1907/08 schon das Dreifache. Ein sehr starkes Steigen bemerken wir vom Rechnungsjahr 1924 an. 1918 beträgt der Aufwand 126 790 Mark, 1924 schon 202 023 und 1927 340 304 Mark oder fast das Zwölfwache von den Ausgaben des Rechnungsjahres 1877/78.

Zu dieser plötzlichen und ungewöhnlichen Steigerung trugen neben anderen Ursachen, wie die Errichtung von neuen Lehrstellen, namentlich die zwei Schullastengesetze vom 24. Dezember 1920 und vom 30. Juli 1925 bei. Infolge des ersten fielen die bisherigen Staatsbeiträge zum Besoldungsaufwand der Gemeinden weg. Die dadurch entstandene Mehrbelastung für Tübingen betrug ungefähr 50 000 Mark. Eine Eingabe an die Ministerien des Kirchen- und Schulwesens und der Finanzen um Belassung der teilweise seit Beginn und Mitte des 19. Jahrhunderts namentlich für das Gymnasium gewährten Beiträge wurde durch Erlass vom 27. 1. 1921 abschlägig beschieden, da es sich bei diesen Beiträgen um öffentlich-rechtliche Leistungen des Staates handle, die durch Gesetz aufgehoben oder geändert werden können.

Eine noch stärkere Mehrbelastung brachte das zweite Schullastengesetz vom 30. Juli 1925, das für Tübingen die Gemeindeleistungen bei den höheren Schulen auf 60 Proz., bei den Volksschulen auf 65 Proz., bei den Gewerbe- und Handelsschulen wie bisher auf 50 Proz. festsetzte. Die neue Mehrbelastung beträgt ungefähr 86 000 Mark, wenn nicht der zur Erleichterung einzelner Gemeinden geschaffene Ausgleichsstock eine fühlbare Verminderung bringt.

Zusammenstellung des Aufwands der Stadtgemeinde Tübingen für ihre Schulen vom 1. Juli 1877 bis 30. März 1928

Rechnungs- jahr	Allgemeiner Aufwand	Gymnasium u. Elementar- schule	Oberreal- schule	Mädchen- realschule	Turnanstalt	Evangelische Volkschule	Katholische Volkschule	Gewerbes u. Handels- schule	Frauen- arbeits- schule	Mein- fängerchule	Summe
1877/8 1.7.—30.6.	269	6740	7526	—	908	12986	269	77 914	274	257	29306
1878/9 1.7.—31.3.	280	5844	6996	—	1338	8968	213	490 1027	274	257	24660
1879/80	364	6497	10242	—	1378	13933	262	213 940	268	257	33414
1880/1	350	5980	10056	—	1359	12801	254	573 1060	252	257	31882
1881/2	358	6182	10143	—	1363	13179	248	1521 1181	256	257	32507
1882/3	355	7356	9313	—	1268	16461	1746	408 1096	264	257	37428
1883/4	354	8360	9954	—	1292	15252	1631	681 1048	232	257	38013
1884/5	395	10248	10285	—	1924	15749	2108	767 1082	231	257	41964
1885/6	407	9342	10090	—	1945	16391	1721	704 1041	274	257	41131
1886/7	545	9143	10255	—	1323	17012	1770	728 1302	216	260	41261
1887/8	507	9724	10296	—	1724	18451	1785	782 1423	260	260	43789
1888/9	532	9396	10613	—	1788	18393	1996	817 1579	264	260	44059
1889/90	495	10429	10225	250	1855	18457	1814	1030 1738	245	260	45060
1890/1	676	11379	9990	250	1895	18554	2005	954 1690	264	260	46227
1891/2	430	10038	9306	250	1972	19491	1961	1367 1787	268	260	45343
1892/3	433	9384	9487	250	1843	20009	1941	845 1512	265	260	44717
1893/4	450	9890	10373	250	1746	21469	1793	501 1978	266	260	46998
1894/5	443	10457	10282	250	2115	21540	1802	792 2028	266	260	48207
1895/6	388	10262	9733	250	2134	21815	2076	1276 2388	263	260	48457
1896/7	377	10015	10505	9122	2529	19713	2012	1291 2398	266	260	56090
1797/8	386	10120	12797	7759	2745	20438	2148	1262 2343	665	260	58580
1898/9	380	10284	12135	6548	2395	20738	2362	2819	245	260	58166
1899/1900	399	11948	11524	7501	1392	27684	2987	2671	386	260	65716
1900/1	290	11026	13595	7108	2570	27312	3629	2616	364	260	68770
1901/2	372	15316	11301	7837	2489	28293	3866	3087	707	260	73528
1902/3	400	16971	11465	7339	2333	30479	4718	3236	8	260	77209
1903/4	420	15361	9665	6138	2280	30436	5015	3013	576	260	73164

Rechnungs- jahr	Allgemeiner Aufwand	Gymnasium u. Elementar- schule	Oberreal- schule	Mädchen- realschule	Turnanstalt	Evangelische Volkschule	Katholische Volkschule	Gewerbes u. Handels- schule	Frauen- arbeits- schule	Mein- fängerchule	Summe	
1904/5	416	15046	9887	8359	2493	33115	5218	3135	485	260	78414	
1905/6	434	16740	10266	11614	2452	33541	5653	3625	1758	340	86423	
1906/7	449	16393	11110	13029	2649	35375	5770	4437	1578	340	91130	
1907/8	473	21122	12231	13404	2547	38263	6957	4061	1565	340	100963	
1908/9	435	20337	11129	13308	2549	38398	8076	3314	1253	340	99139	
1909/10	390	16723	12455	14947	2606	38805	7345	3546	1525	340	98682	
1910/1	70	17349	18841	14838	2671	45464	8278	3405	1316	340	112572	
1911/2	81	18546	17546	16000	2250	49047	9230	5478	2379	460	121017	
1912/3	114	18932	19937	17137	2530	52324	9347	6947	2741	620	130629	
1913/4	227	19464	26147	18093	2511	53070	11357	5764	1906	650	139189	
1914/5	106	19918	21887	16261	2008	53161	12125	5076	2350	1650	134542	
1915/6	250	18641	19664	14163	1205	52716	11344	4061	2401	1250	125695	
1916/7	250	18154	18888	15926	1650	52018	11822	4087	3407	1350	127552	
1917/8	250	12940	20391	17777	1250	52976	11660	4134	3562	1850	126790	
1918/9	221	21196	23583	20064	1915	57774	12764	4572	3970	1600	147659	
1919/20	211	148206	144743	97102	12158	159138	38682	120989	17177	1950	740356	
1920/1	—	118721	168858	87020	14729	107721	26277	57895	11584	8350	541155	
1921/2	—	148176	144743	97102	12137	159837	38683	120989	17177	8350	747194	
1922/3	—	—	—	—	Inflation und Geldentwertung						—	—
1923/4	—	—	—	—	Inflation und Geldentwertung						—	—
1924/5	—	40613	46994	31951	2815	47305	13318	11424	3093	4600	202023	
1925/6	—	58287	75491	54305	4113	78592	19422	15417	9117	4600	319344	
1926/7	—	54691	78647	58408	4294	86381	20067	17990	9598	5500	335576	
1927/8	—	57906	79482	57990	4746	88741	21386	19767	10286	5500	345804	

Gesamtsumme 4071130

Mit der oben genannten Summe von 4 071 130 Mark sind die Leistungen der Gemeinde Tübingen in den letzten 50 Jahren nicht erschöpft. Es kommt noch hinzu der bedeutende Aufwand für Schulhausneubauten oder Kauf von Häusern für Schulzwecke.
Hier sind folgende Ausgaben zu nennen:
1. Altes Gymnasium, Kauf und Erweiterung 1861 48 000 „
2. Anbau an das alte Realschulgebäude 1877 50 000 „

- 3. Mädchenvolkschule 1881 50 655 „
nebst Erweiterung 1906 18 066 „
- 4. Knabenvolkschule 1892 92 829 „
- 5. Einbau von Zeichenfälen im Kornhaus 1893 10 000 „
- 6. Neues Gymnasium 260 275 „
nach Abzug des Erlöses für das alte Gymnasium 1901 noch 160 275 „
- 7. Katholische Volkschule, Kauf und Anbau 1903 41 950 „

8. Oberrealschule 1910	243 543 „	an Kosten für die Unterhaltung der Schulgebäude	270 000 „
9. Gewerbeschule 1910	45 000 „		
10. Neue Mädchenrealschule 1927 ungefähr	500 000 „		

Summe 1 260 418 „

Endlich dürfen wir auch den Aufwand nicht vergessen, den die Unterhaltung der Gebäude in dem Zeitraum von 1877/1927 verursachte. Er beträgt unter Weglassung des Aufwands der Jahre 1919—1923 mindestens 270 000 Mark.

So haben wir also im Zeitraum von 45 Jahren	
an Personal und Sachaufwand	4 071 130 „
an Aufwand für Neubauten und Erweiterungen	1 260 418 „

Stadtgemeinde und Universität

Wenn hier noch vom Verhältnis der Stadtgemeinde zur Universität die Rede sein soll, so kann es sich dabei nur um Bemerkungen oder Feststellungen mehr allgemeiner Natur handeln, und nicht etwa darum, auf den verschiedenen Gebieten der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung die anregenden und befruchtenden Beziehungen der Hochschule und Hochschulkreise erschöpfend und dem Einzelnen nachgehend darzutun. Es würde dies auch viel zu weit führen und am Ende nimmer interessieren. Denn in Tübingen ist nun einmal die Universität mit all dem was drum und dran hängt unbestreitbar auch heute noch ein gar wesentliches Stück vom Ganzen und derart mit ihm verwachsen, daß sie nicht nur auf Schritt und Tritt zur Erscheinung kommt, sondern auch als eine der treibenden Lebenskräfte im inneren gemeindlichen Organismus überhaupt zu bewerten ist.

Naturnotwendig mußte die Hochschule (seit der Zeit ihres Bestands) auf ein Gemeinwesen von der Struktur Tübingens mit seiner bescheidenen Bevölkerungsziffer und seinem geringen dynamischen Vermögen — zudem von je der kleinsten der Universitätsstädte des Reiches — einen absolut bestimmenden Einfluß ausüben; vollends da die Hochschule als solche mit ihrer von lange her überlieferten idealen und wissenschaftlichen Geltung und mächtig auch mit ihrer studentischen

Dieser Aufwand, der zum weitaus größten Teil in die letzten 30 Jahre fällt, zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die Stadtgemeinde Tübingen in den letzten Jahrzehnten ihre Pflicht auf dem Gebiete des Schulwesens redlich und gewissenhaft und in einer alle berechtigten Erwartungen durchaus befriedigenden Weise erfüllt hat.

Diese Tatsache bürgt uns auch dafür, daß sie die weiteren, gewiß nicht leichteren Aufgaben, die auf diesem Gebiete noch an sie herantreten werden, in demselben Geiste der Opferwilligkeit und des Fortschritts lösen wird.

sehen Frequenz in den Borderreihen der deutschen Universitäten für die Regel rangiert hat. Wir sind und bleiben deshalb (wie gesagt) eine örtliche Gemeinschaft, die durch den Sitz der schwäbischen Hochschule in ihren Daseinsbedingungen und in ihrer ganzen Erscheinung weithin reguliert wird. — Immerhin war letzteres noch in viel höherem Grad und in einer ganz anderen Art der Fall in jenen früheren Zeiten, wo die Universität noch durchaus den Charakter der für sich abgeschlossenen und selbstherrlichen Körperschaft innehatte und mit diesen ihren Privilegien gegenüber einer minderberechtigten und vielgebundenen Bürgerschaft so ziemlich in jeder Beziehung recht eigentlich dominiert hat.

Aber auch später, als diese korporative Unabhängigkeit der Universitas geschwunden — und entsprechende Unterordnung unter den souveränen Staat und organische Einordnung in den gemeindlichen Haushalt an ihre Stelle getreten war, ist von einer freieren Regsamkeit der Stadtgemeinde außerhalb der Universitätsphäre nicht besonders viel zu verspüren. Und die Hochschule der 70er und nachfolgenden Jahre des vorigen Säkulums, sie hat mit der seit Gründung des Reichs noch entschiedener eingetretenen Entfaltung der engeren Landesuniversität zur deutschen Universität und den daraus resultierenden mancherlei Vorzügen

(namentlich im Wechselverkehr der Hochschulen und ihrer Hörer untereinander) in der Präponderanz dieser ihrer Grundstellung kaum eine Einbuße erlitten.

Und aus dieser Jahrhunderte alten, mitunter als solche auch recht fühlbaren Vorherrschaft der Universität und ihrer Belange ist es wohl zu erklären, daß die Tatsache des Bestands einer engeren Interessengemeinschaft zwischen Stadt und Hochschule Tübingen, die doch mehr oder weniger zweifellos immer existent gewesen ist, in der subjektiven Vorstellung weiter Kreise der Gesamtbürgerschaft lange Zeit hindurch keineswegs eine Rolle gespielt hat, ja daß noch vor nicht allzu langer Frist die Reihen derer nicht eben dünn gesät waren, bei denen (von früher her) eine Art von Hochschulgegnerschaft (sozusagen noch im Unterbewußtsein sich vorfindend und (abgesehen vom Unmut über gelegentliche studentische Exzesse) vielleicht auch durch die wachsende Unzulänglichkeit des Universitäts-Haushalts, für die stetig zunehmende Bevölkerung den normalen Nährboden abzugeben, noch bestärkt wurde.

Erst dem rückliegenden Halbjahrhundert (und vornehmlich seinen drei letzten Dekaden) war es vorbehalten, hierin allmählich Wandel zu schaffen, den vorhandenen Dualismus mit der Wurzel zu verdrängen und einen gleichmäßigeren Zug aller produktiven Kräfte des Gesamthaushalts herbeizuführen. Denn in Konsequenz vom Grundgedanken einer auf gleich begründeten Interessengemeinschaft (wie sie sein soll) war darauf Bedacht zu nehmen, aus dem immer prekärer sich gestaltendem Verhältnis tatsächlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit für weitere Kreise mehr und mehr herauszukommen und auf anderen Feldern und selbständiger den Unterhalt zu suchen. Mit andern Worten: es mußte unter Niederlegung von Schranken das Erwerbsleben da und dort gründlich umgestellt werden, eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kräfte u. a. mittels Antriebs der gewerblichen Produktion und wie immer geformter schöpferischer Handlung mußte Platz greifen und entsprechende Eigenunternehmungen der Stadt — mit Nützung der naturgegebenen Schätze und der vorhandenen Wasserkräfte — waren schon als Vorspann fürs Ganze schlechterdings nicht zu entbehren. Wie dies schrittweise unter Ausschaltung von allerlei Hemmungen und mit zielbewußter immer wirksamerer Schöpfung einer Reihe von Dauerwerken in Wirtschaft und Kultur durch die Stadtgemeinde erfolgt ist, das braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter erörtert zu werden und bildet ja eben das Thema, von dem die gegenwärtige kleine Broschüre in verschiede-

ner Beziehung hauptsächlich und beweiskräftig handelt. Namentlich im Kapitel von der gewerblichen Tätigkeit ist speziell auf das Verhältnis der Hochschule hingewiesen und u. a. vermerkt, daß die Ueberzeugung vom recht wohl Verträglichem der mancherlei ideellen und materiellen Interessen, die in einer kleinen Universitätsstadt eingeschlossen sind und nebeneinander wohnen müssen, erst allmählich im Lauf der letzten Jahrzehnte sich durchgesetzt hat — ebenso wie die Auffassung, daß auch für die Erziehung des jungen Studenten frisches, gesundes Erwerbsleben eine entscheidendere Umgebung darstelle, als der Dämmerzustand der bloßen Enge und einer für weite Bevölkerungsschichten geradezu zum Lebensprinzip gestempelten Idylle.

Einschlägig in dieses Kapitel ist sodann der Betracht darüber, welche Faktoren und Umstände beim obenerwähnten Wandlungsprozeß im Sinn besserer Solidarität und Sammlung der ganzen Einwohnerschaft eine Rolle gespielt haben.

Ist hier mit Fug zunächst anzuziehen das spontane Bestreben der Gemeindeverwaltung, der Universität und ihren speziellen Bedürfnissen in der rückliegenden Periode jederzeit die gebührende Rücksicht angedeihen zu lassen (bei allem Vorbehalt für Biele — eine mehr unabhängige Tätigkeitsphäre zu zimmern), so muß anerkannt werden, auch die Vertretung der Hochschule war all die Jahre her regelrecht und bestmöglich bemüht, mit der Stadt ein vernünftiges Einvernehmen zu pflegen — und auch bei Betreibung gemeinsam interessierender Dinge hat der Umstand jährlichen Wechsels in der Person des Rektors der Hochschule keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Und bei einer ganzen Reihe von feierlichen Gelegenheiten hat man beiderseits zum unlöslichen Verband der Stadt und Hochschule „auf Gedeih und Verderb“ immer wieder und in recht unzweideutiger Form sich bekannt. Ein Beispiel dessen bietet die freudige Anteilnahme der Stadt über die Ankunft des 2000. Studenten im Sommer 1910, die in einem solenneren Akt auf dem Rathaus und u. a. mit einer Betspende an die Adresse des Glücklichen ausklang.

In der Geschichte dieser Annäherung verdient pietätvolles Gedenken Person und Wirken des im Jahre 1908 verstorbenen Universitätskanzlers, des Staatsrats von Schönberg. 18 Jahre hindurch (1890 bis 1907) hat er ununterbrochen dem Tübinger Gemeinderat angehört und anläßlich seines Scheidens aus der Gemeindeverwaltung wurde ihm in Würdigung seiner mannigfachen Verdienste namentlich auch „ob seiner nach Form und Inhalt durchaus korrekten, vornehm-

gefinnten Vertretung des speziellen Universitätsinteresses" — als eine äußerst seltene Auszeichnung — das Ehrenbürgerrecht der Stadtgemeinde verliehen.

Als seine Vorläufer in der Rathauszugehörigkeit aus Universitätskreisen kommen lediglich 2 in Betracht — Privatdozent Dr. E. Schweißhardt von 1860/68 und dann der bekannte Universitätsprofessor Dr. G. v. Mandry 1880/84. Nachfolgend sind zu nennen — die Universitätsprofessoren v. Schleich, G. 1908/13 und nun wieder von 1926 ab, Hegler, A. (zunächst als Mitglied des Bürgerausschusses) von 1911/19 und dann (als Gemeinderat) von 1919/25, Fuchs K. J. 1919/22, Scheel, D., 1923/24, Stock, W. von 1926 ab und Univ.-Prof. W. Gmelin desgl. von 1926 ab.

Man ersieht also in neuerer Zeit eine umfänglichere Beteiligung von Universitätsangehörigen an der Gemeindeverwaltung. Dies hängt zusammen mit der Wandlung des Gemeindevahlrechts und der Gemeindevertretung durch Gesetz vom März 1919 (Ausdehnung des Wahl- bzw. Wählbarkeitsrechts auf alle Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. bzw. 25. Lebensjahr vollendet haben und im Gemeindebezirk seit 6 Monaten wohnen). Das neue Wahlrecht ermöglicht also — bei der verhältnismäßig großen Zahl studentischer Gemeindeglieder (1500 wahlberechtigte Studenten bei einer Gesamtzahl von ca. 12 300 wahlberechtigten Gemeindeeinwohnern) in unserem kleineren Gemeinwesen eine stärkere Einflusnahme der Universität und ihrer Kreise auf das städtische Regiment und garantiert damit u. a. wohl auch den weiteren Fortgang der angebahnten besseren Verschmelzung.

Abgesehen von der Poliklinik, die ja schon seit langer Zeit — für die Regel unter unentgeltlicher Behandlung wenigstens der Unbemittelten — im Dienst der leidenden Menschheit ihre hochschätzbare Funktion ausübt, ist man gemeindlicherseits in den rückliegenden Jahrzehnten anlässlich der Umwandlung des früheren Stadtpitals in ein städtisches Krankenhaus (übrigens ebenso — wie das Gutleuthaus mit seiner Pfründnerabteilung auch den Bezirksgemeinden zur Verfügung gestellt) auch zum Gesamthaushalt der Kliniken und Landeskrankenhäuser in eine nähere Beziehung getreten. U. a. zunächst dadurch, daß man von Stadt und Bezirk die verschiedenartig gewünschte Errichtung eines Bezirkskrankenhauses (al pari den Landeskrankenhäusern) abgelehnt und auch mittels des erwähnten städtischen Krankenhauses in seiner mehr sekundären oder subsidiären Rolle ein Arrangement auf diesem

Feld getroffen hat, welches zwar die besonderen (unterrichtlichen) Bedürfnisse der Hochschule erstlinig mitberücksichtigte, aber auch — unter entsprechender Vergeltung in Wort und Werk — eine durchaus loyale klinische Versorgung der Kranken in Stadt und Bezirk zur Folge hatte.

In den Jahren 1923 bzw. 1924 kam dann zwischen Stadt und Universität ein zur Stunde noch in Kraft befindlicher Vertrag zu stande, dessen § 1 lautet:

„Die hiesigen Universitätskliniken übernehmen die Rechte und Pflichten eines allgemeinen Krankenhauses für die Stadt Tübingen nach Maßgabe ff. Paragraphen" — und in dem u. a. die Kliniken sich verpflichtet, gegenüber den hiesigen Krankenkassen auf Angehen ähnlich wie gegenüber der Stadt sich zu verhalten und auch die Aufgaben und Interessen des Tübinger Bezirks auf dem Feld der Krankenfürsorge nötigenfalls auf der Basis besonderer Vereinbarung zu betreuen. Dieser Austrag der technischen Krankenfürsorge ist als eine besonders wertvolle Frucht des Einvernehmens zwischen Stadt und Bezirk Tübingen einerseits und zwischen der Universität (Gesamthaushalt der Kliniken) andererseits anzuschlagen, weil dadurch allzu große Aufwendungen den bezügl. Körperschaften trotz Bestands einer durchaus guten und befriedigenden Fürsorge erspart bleiben und weil wiederum im Interesse der Kliniken und Unterrichtsanstalten die Gewähr dafür gegeben ist, daß all die verschiedenartigen Krankheitsfälle aus dem Stadtgebiet und dem benachbarten Territorium so ziemlich restlos in ihrem Schoß anfällig werden. In Frage steht zur Zeit die Einrichtung einer gemeindlichen Schulzahnklinik unter Führung der Hochschule.

Weiter ist es aber namentlich das kulturelle Gebiet, das mit seinen mancherlei Feldern lebhaftere Beziehungen zwischen Stadtgemeinde und Universität bzw. zwischen Gesamtbürgerschaft und Universitätskreisen erzeugt und erhält. Die Trägerin des Theaters und überhaupt der planmäßigen Veranstaltung künstlerischer Darbietungen ist bekanntlich hierorts die Museums-gesellschaft von Hause aus und mit ihrem Hause. Sie hat sich diese Aufgabe gestellt und führt sie auch in anerkannter Weise durch. Die Museums-gesellschaft setzt sich aber auch heute noch und wohl noch auf längere Frist hin überwiegend aus Universitätsangehörigen zusammen. Vornehmlich die Universitätskreise, in denen allerdings auch das subjektive Bedürfnis nach solchen künstlerischen Gaben (in Theater und Konzerten) stärker ausgeprägt ist, übernehmen also damit eine Mission, die eigentlich die Stadtgemeinde oder die Allgemeinheit (mit evtl.

Beihilfe des Staats) betreffen würde. Nun besteht aber darüber nicht der mindeste Zweifel, daß unser Gemeindehaushalt nach seiner ganzen ökonomischen Struktur für jetzt und auf absehbare Frist außer Stand wäre, vor allem ein erstklassiges Theaterinstitut von solcher Qualität, wie es seit längeren Jahren vornehmlich durch die Verbindung mit dem Landestheater hier besteht und unbedingt zu erhalten ist, ohne schwere Schädigung anderer vitaler Interessen zu alimentieren. Denn selbst Städte mit dem doppelten und dreifachen der Bevölkerungsziffer Tübingens tun erfahrungsgemäß mit der eigenen Theaterhaltung außerordentlich schwer und bringen es häufig trotz aller Anspannung zu keiner recht befriedigenden Ordnung dieser Dinge. Und auf erstlinige Mitwirkung der Gesellschaftsschicht des Museums bliebe auch eine leistungsfähigere Stadt-gemeinde doch immer wieder angewiesen, zumal das Museum hierorts ein für den genannten Zweck hervorragend geeignetes Baugrundstück im Eigenbesitz hat. Gerade das Problem einer baulichen Erweiterung und Verbesserung seiner Wirtschafts-, Theater- und Konzerträumlichkeiten, verbunden mit der Schaffung eines „großen Saals", welches im Jahre 1913/14 vom Museum im Benehmen mit der Stadt gelöst werden konnte, gab deshalb den Anlaß, das beiderseitige Verhältnis (in Rechten und Pflichten der Beteiligten) mittels eines auf längeren Zeitraum berechneten Vertrags zwischen Gesellschaft und Stadt fester zu ordnen. Im wesentlichen des Inhalts, daß die Gesellschaft bereit ist, nicht nur ausschließlich im eigenen Interesse ihrer Mitglieder, sondern in gewissem Rahmen auch auf gemeinnütziger Grundlage — in ihren neugewonnenen Räumen für die Veranstaltung musikalischer und schauspielerischer Darbietungen, besonders für den Betrieb einer hochstehenden Schaubühne, nach wie vor rege pflichtliche Sorge zu tragen und daß wiederum die Stadt u. a. zur Leistung eines (in der Zwischenzeit erhöhten) erklecklichen Jahresbeitrags sich verpflichtet. — Vor einigen Jahren hat dann das Museum auch noch einen stadteigenen Filmvorführungsapparat eingebaut und auf seinen Betrieb speziell für erzieherisch kulturelle Zwecke sich eingestellt.

Diese Ordnung der Dinge hat im allgemeinen bislang durchaus praktische Probe bestanden. Und wenn auch die Vorstandschafft und Geschäftsleitung des Museums dadurch nicht selten vor schwierige Anforderungen sich gestellt sah, ist es ihr trotzdem bis zur Stunde gelungen, selbst durch die schwersten Notzeiten hindurch seine wirtschaftliche und geschäftliche Fassung dem Museum zweckdienlich zu wahren und auch den Ruhmes-titel einer Heim- und Pflegestätte der Künste besonders

theatralisch-konzertlicher Art für dasselbe zu behaupten. Dies wird wohl auch in Zukunft nicht anders werden, wenn nach wie vor die Erkenntnis vom Richtigen und Notwendigen der getroffenen Vereinbarung obwaltet und beide Teile von gegenseitigem Vertrauen und von lebendigem Opfer-sinn erfüllt bleiben. — Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die hochbeachtlichen Leistungen des Akademischen Musikvereins, dann auch des Kunst- und Altertumsvereins und — in punkto Verbreitung von Allgemeinbildung — der (früheren) Vereinigung für Volkswohl bzw. der Kreise, die den sehr umfänglichen Betrieb sog. Volkshochschulkurse sich angelegen sein lassen oder der Volksbibliothek zu gesundem und wirksamem Bestande verhelfen.

Der gegenwärtige Betracht wäre entschieden unvollständig, wenn er nicht noch kurz auf die studentische Nothilfe (Tübinger Studentenhilfe) zu sprechen käme. Man kann der Studentenhilfe gegenüber vom Standpunkt der Tübinger Geschäftswelt das Eine oder Andere herausfinden, was minder gefällt (so die — übrigens neuerdings eingeschränkte — Ausübung der Handwerksbetriebe und das Dasein studentischer Lehrwerkstätten) und auch die Tatsache ist nicht zu bestreiten, daß im Verhältnis der Studentenschaft zu den hiesigen Geschäftsträgern zufolge der mannigfaltigen allgemeinen Notlage das früher bestandene ökonomische Bild merklich verbläht ist; aber das Verdienst muß der Organisation dieses wesentlich auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung aufgebauten studentischen Hilfswerks (einschließlich der Mitarbeit von Dozenten) hier und anderwärts ungeschmälerzt zugebilligt werden, daß ohne diese Hilfe eine sehr große Zahl der studentischen Kriegsteilnehmer schlechterdings aus der Bahn geschlagen worden wäre, daß es für sie unmöglich war, sich durchzuringen und ihr Ziel zu erreichen. Und die Mittel, mit denen dies geschah, sie sind, abgesehen von der Fülle persönlicher Arbeitsleistungen und Zeitopfer der direkt Beteiligten in der Hauptsache nicht unter irgend welcher Mitleidenschaft anderer Bevölkerungskreise der deutschen Städte, speziell der Universitätsstädte, beigebracht worden. Eine außerordentlich lebhafte und geschickte Propaganda hat vielmehr fast von allen großen Nationen des Erdrundes flüssige Gelder hereinbekommen, die namentlich zur Zeit des Tiefstandes unserer Valuta überaus wirkungsvoll gewesen sind und die Anlage dauernden Vermögensbesitzes in Baugrundstücken usw. nicht selten recht umfänglich und wertvoll ermöglicht haben. Aber auch die Industrie und ihre Kapitalkraft und vornehmlich die

dem städtischen Konsum gegenüber häufig nur schwer zu erschließenden Kreise der Landwirtschaft mußte diese Hilfsorganisation ihren höheren Zwecken mit großem Erfolg dienstbar zu machen. Und ohne die schwere wirtschaftliche Depression — war sie auf dem besten Weg, ihre Einrichtungen durchs ganze Reich und Land hin noch rascher und gründlicher auszubauen auch mit dem Ziel, daß es besonders den erstkulturtragenden Schichten des Mittelstandes, aus denen ein großer Teil der Studentenschaft sich bislang rekrutiert hatte, trotz ihrer prekären Lage immerhin noch in gewissen Grenzen ermöglicht werden sollte, ihren Nachwuchs der Hochschule zuzuführen und daß damit auch gegenüber einem stärker sich aufstrebenden Materialismus (u. a. von Neureichen) gewisse ideale vollstümliche Kräfte vor dem Siechtum bewahrt würden.

Für die kleine Universitätsstadt, die mit dem Schicksal ihrer Hochschule besonders eng verbunden ist und ein so ausgeprägtes Korporationsleben wie hierorts hat, spielt das Dasein einer solchen Organisation aber auch im Hinblick auf die dadurch beeinflusste studentische Frequenz eine bemerkenswerte Rolle. Namentlich trifft dies zu im Konkurrenzverhältnis mit großen Universitätsstädten, wie München u. a., wo man bekanntlich in der einen oder andern Beziehung nicht nur teurer, sondern auch billiger zu leben vermag, ohne daß es Einem einen (gesellschaftlichen) Nachteil einträgt. Gerade in letzterer Hinsicht ist der studentische Kosttisch (*mensa academica*) mit seinen häufigeren Freistellen ein sehr wertvoller Ausgleich und geeignet, einer nicht geringen Zahl von Studierenden das Fortkommen überhaupt zu ermöglichen. Ganz abgesehen von sonstigen Vorzügen dieser und jener Art, die von der Nothilfe weiter prästiert werden. Auch der Umstand faktischen Wegfalls der Stipendien, die für manchen ein nicht unwesentliches Erleichterungsmittel finanzieller Tragbarkeit des Studiums gewesen, macht es begrüßenswert, daß durch Vermittlung der Studentenhilfe bezw. ihrer diesbezüglich noch weiter auszubauenden Spezialorganisationen in vereinzelten Fällen erhaltungswürdige studentische Existenzen durch Darlehenshingabe, Beihilfe in Krankheitsfällen usw. gestützt werden.

Und wir wissen, der Erhalt einer höheren Bezugsziffer auf welchem Weg immer, ist auch in Zukunft für Stadt und Universität nicht nur von ökonomischem Belang, sondern auch bedeutsam für die Gesamtgeltung der Hochschule als solcher, für ihre Qualität und ihren Rang in der Reihe der deutschen Universitäten überhaupt.

Wir haben also — Alles in Allem genommen — auch im wohlverstandenen Interesse der Bürgerschaft keinen Grund, der studentischen Selbsthilfe apathisch zu begegnen.

Bekanntlich hat einige Zeit vor Ausbruch des Krieges ein ziemlich starker Pessimismus hinsichtlich der Zukunft Tübingens in weiteren Kreisen geherrscht und namentlich schien es, als ob im Wettgange mit der großstädtischen Hochschule die Kleinstadt ohne Weiteres das Feld räumen müsse. Das ist doch wohl in der Zwischenzeit (vielleicht mit unter den Einwirkungen und Nachwirkungen des Krieges und der Revolutionsära) etwas anders geworden. Unsere Studentenzahl ist nicht zurückgegangen; das Gegenteil trifft zu. Und man wird annehmen dürfen, daß der genußfrohe Zug nach dem Capua großstädtischer Hochschulen sich einigermaßen begrenzt hat und daß man dort trotz gewisser Annehmlichkeiten und Vorzüge, die nicht verkannt werden sollen, doch nicht all das vollwertig zu ersetzen vermag, was das kleinere, aber in seinen Einrichtungen wohlfundierte Universitätsgemeinwesen in mancher Beziehung für sich hat und auch voraus hat. So hat das fast verbrauchte klingende Wort vom Verbundensein der Hochschule und Stadt „auf Gedeih und Verderb“ gerade in der Nachkriegs- und Revolutionszeit kräftigste Probe bestanden und als unbedingte Wahrheit erwiesen, daß beide Teile, wenn schon sie Reisegefährten sein müssen durch Freud und durch Leid hin, unter allen Umständen gut miteinander fahren, da sie sich gegenseitig wertvoll ergänzen. Und die mancherlei bösen Bescherungen, durch die man gerade um jene Zeit in der einen und andern der vielbegehrten großstädtischen Hochschulen (beispielsweise München) hindurch mußte, sie sprechen eine beredete Sprache und sind unserer einfacher und gesünder gelagerten sozialen Struktur erspart geblieben.

Deshalb erscheint es nach wie vor nichts weniger als ein aussichtsloses Beginnen für Gemeindeverwaltung und Bürgerschaft, zur Aufnahme einer wachsenden Zahl von Studierenden die örtlichen Verhältnisse immer noch günstiger und gastlich leistungsfähiger zu gestalten — anders gesagt: zu erhalten und im Tun und Lassen stets wieder neu zu gewinnen die Kleinstadt, die sicher und eigenartig dieser ihrer natürlichen und wesenbedingten Vorzüge sich bewußt ist, die aber auch sauber und wohlstandig eine höhere kulturelle Ausstattung zur Schau trägt, im Zeichen allseits offenen Verkehrs lebt und in der ganzen Gebahrung ihrer Bewohner einen freieren Horizont unschwer entwickelt.

Der einzigartige Styrnschmuck seiner vielen Verbindungshäuser läßt unser Tübingen allen anderen voran und schon von Weitem erkennen — als die lebens- und idealfrohe Heimat der studentischen Korporation, der nie altersmüden Erzieherin der Jugend, mit ihrer überlieferten Treue, mit ihrer quellfrischen Romantik. Darum sind sie stets in einem Atem zu nennen Alt-Tübingen und der immer grünend bleibende Kranz seiner studentischen Vereine, weil sie wahlverwandt einander bedingen und fördern. Und das erprobte gute Einvernehmen zwischen Student und Philister wird auch durch gelegentliche Stürme keine bleibende Störung erfahren, solange die eine gesunde gastliche Art alleinverbürgende Grundlage gegenseitiger Achtung und Sympathie nicht wankt oder morisch wird. Und wer es nicht wüßte, daß dies Tübingen durch die Jahrhunderte hindurch bis zur Stunde den Ruf einer durch Geist und Charakter hervorragenden Hochschule hat, würde dem nicht schon äußerlich gerade auch in unseren Tagen der Eindruck einer bevorzugten Bildungsstätte lebhaft vermittelt — durch den ebenso zweckmäßig wie imposant sich aufbauenden geschlossenen Bereich seiner

mancherlei Unterrichtsräume, seiner Heilanstalten und Institute, die von des Landes opferwilliger Sorge augenscheinlich bewacht, auch in ihrer Ausstattung mehr und mehr auf den neuesten Stand gebracht und von besten Lehrkräften betreut sind?!

Man mag weit gehen in deutschen Landen, ein solches Schaubild und Sinnbild ruhiger gesammelter Kraft akademischer Arsenale wieder zu finden in lichter, freier, beherrschender Lage und auf einem Platz, den ringsum Natur, Geschichte und Dichtung bekränzt und geweiht hat!

Ich frage: Wenn alle, die mehr oder weniger dazu berufen sind, in ihrem Teil alles aufbieten, das äußere und innere Wesen der Tübinger Hochschule zuverläßig zu hüten und geschickt zu verwalten, und wenn im befruchtenden Wechselerkehr der deutschen Stämme und Universitäten untereinander das schwäbische Volk vornehmlich und mit Vorliebe seinen idealen Sinn und Opfermut auch weiterhin hier vorspannt, wer wäre Neingläubig genug, am blühenden Wachstum unserer Substanz auch für die fernste Zukunft irgend zu zweifeln?

Stadtgemeinde und Garnison

Im Oktober 1875 ist unter freudiger Teilnahme der ganzen Einwohnerschaft mit dem Einzug eines Bataillons des ehemaligen Inf.-Regiments Kaiser Friedrich (7. Württ.) Nr. 125 die Universitätsstadt Tübingen bekanntlich auch eine Garnisonstadt geworden und durch 22 Jahre hindurch bis zum Jahr 1897 eben der Standort eines Bataillons des 7. Regiments geblieben. Im Jahre 1897 wurde dann unsere Stadt der Sitz des Stabs eines neuerrichteten Inf.-Regiments Nr. 180 (10. Württ.) und kam dessen 1. Batl. an Stelle der seitherigen Siebener hierher. Und auf 1. April 1919 endlich ist — nach Auflösung des Altregiments und überhaupt der ganzen Wehrverfassung — das 2. Bataillon des Bad. Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 14 in die während des Krieges vollends erstellte Neukaserne eingerückt und bildet bis zur Stunde die Tübinger Garnison.

Dies als kurze Umrahmung — mit dem Anfügen, daß die nachfolgenden Aufzeichnungen in der Hauptsache auf die Ära des Inf.-Regts Nr. 180 sich beziehen.

Aus der ersten Zeit ist im Verhältnis der Gemeindeverwaltung zur Garnison nichts besonderes zu vermerten. Der amtliche Verkehr zwischen Kaserne und Rathaus wandelte seine korrekte Bahn und wahrte immer eine höfliche Form. Und so ist es ja wohl bis zur Stunde geblieben. Und wenn gleich im Lauf der Jahre eine recht lange Reihe von Befehlshabern hier sozusagen Gastrolle gaben, darunter auch der eine oder andere vom hohen Norden her oder aus einem Milieu heraus, das Anpassung an die Tübinger Kleinstadt, an Landsart und Sitte, nicht eben leicht machte, so sind doch eigentliche Differenzen niemals hervorgetreten. Und unser Tübingen hat Ursache, im besonderen diesen (Bataillons- od.) Regiments-

Kommandeuren, die nicht nur fast durchweg auserlesene Persönlichkeiten, sondern häufig auch (wenigstens nach ihrer späteren Karriere zu schließen), hervorragendere Soldaten gewesen sind, ein gutes Andenken zu bewahren. Denn wenn es möglich war, verschiedene für unser Gemeinwesen sehr wichtige Fragen richtig zu lösen, so ist das auch einer gewissen Mitwirkung von führender militärischer Seite da und dort zu danken gewesen.

Bereinzelt auftretende Klagen wegen Flurschaden, sofern sie überhaupt ihren Weg auf's Rathaus fanden, wurden von der Militärverwaltung immer prompt erledigt — und auch die Stadtgemeinde war bemüht, Wünschen auf Reitwege, auf bessere Badgelegenheit usw. sich beziehend, so gut als möglich aufzuwarten. Und gerne erinnert man sich aus jener ersten Periode des einen oder andern Vorgangs, in dem zuweilen auch wärmere Gefühle der Zusammengehörigkeit nach außen hin lebendig wurden. So beispielsweise bei der (ersten) Einweihung der neuen Neckarbrücke im Jahre 1901: als kurz nach der feierlichen Eröffnung der Brücke für den Verkehr als erster geschlossener Verband das von einer Übung zurückkehrende Bataillon mit klingendem Spiel über die Brücke marschierte und der damalige Kommandant (unser noch lebender Mitbürger Erzelenz von Hügel) der in der Platanenallee versammelten Schar offizieller Festgäste in launiger Weise darüber Rapport erstattete. Aber auch andere Szenen vor allem praktischer Hilfsbereitschaft gegenüber elementaren Notständen (so wenn bei Feuer- oder den damals noch dringlicheren Hochwassergefahren eine Abteilung der Garnison im Sturmschritt jeweils angerückt kam und unverdroffen ins Zeug ging) bleiben unverwischt in der Erinnerung und brachten zuweilen in das Einerlei des Alltags oder in den Bereich außerordentlicher Sorgen bunte und gefällige Bilder.

Bald jedoch galt es, zum Teil in mehr intimer Arbeitsgemeinschaft einige für Garnison und Stadt recht bedeutsame Dinge zu behandeln. Der Plan der Verlegung des Güterbahnhofs (durch die Neckarkorrektion verursacht und ermöglicht) hatte u. a. die Verlegung des kleinen Exerzierplatzes im Neckartal zur notwendigen Folge. Dieser Exerzierplatz im Maßgehalt von 9—10 Hektar war seiner Zeit mit Erhalt der Garnison — seitens der Stadt unwiderruflich und in jeder Hinsicht unbeschränkt dem Militärhaushalt zur Verfügung gestellt worden. Und nun erklärte sich zu seiner Abtretung die Militärverwaltung am Ende bereit, aber selbstverständlich nur dann, wenn vollwertiger Ersatz ihr prä-

stiert werde. Und als hiefür ausschließlich oder erstgeeignetes Gelände bezeichnet sie einmal das vielparzellierte Ackerland in der Umgebung der Essigfabrik südlich der Reutlingerstraße und zum andern das ausgedehnte Wiesenplanum oberhalb des Alleenbereichs und westlich des Pfingstgrabens dem Neckar entlang. Unmöglich konnte die Stadt darauf eingehen, hier ihr schönstes Alleenrevier abzuriegeln — ausgerechnet mit einem Exerzierplatz und dort das für ihre kleindäuerliche Bevölkerung ohnedies allzu knapp vorhandene Brachland in solchem Umfang noch weiter zu schmälern. Und doch brauchte sie die bisherige Exerzierplatzfläche allernotwendigst, um damit in den Verhandlungen mit der Eisenbahn zu operieren und das für Ausdehnung des Bahnhofes und der Wohnzone unbedingt erforderliche Neuland zu gewinnen. In dieser schwierigen Lage kam man auf den Gedanken, in der Nähe des schon vorhandenen Schießplatzes (im Wantheimer Tal) eine entsprechende Fläche gemischter Kulturart (Wald und Feld) im Eigentum der Stadt bzw. Stiftung befindlich und durch raschen Zukauf verschiedener Privatgrundstücke noch dehnbar als Ausgleich anzubieten. Kurz zuvor war Gelegenheit gewesen, einen Vortrag im hiesigen Kasino (Oberstleutnant Köll) zu hören, in dem nach Maßgabe der Erfahrungen im japanisch-russischen Krieg („Erfolge des japanischen Spatens“) für den Exerzierplatz der Zukunft nicht mehr eine topfebene Fläche, sondern eher ein recht durchschnittenes formenreiches Terrain verlangt wurde. Wo ließ sich diese Idee besser verwirklichen als eben im Bereiche des abgelegeneren „Salzgartens“, der neben Aekern und Wiesen einen zwar ziemlich prekären aber hiebreifen Waldbesitz hatte?! Der Herr Oberst befreundet sich mit der Sache; sie kann trotz mancher weiteren Hindernisse und Gegnerschaft auch höheren Orts durchgesetzt werden. Und beiden Teilen war also geholfen.

Im Jahre 1906 wurden sodann in Ergänzung des Altkasernements ein Kammer- und ein Unteroffizierswohngebäude erstellt und wurden u. a. wegen bauplanmäßiger Durchführung der Fürst- und Militärstraße verschiedentlich Verhandlungen zwischen Stadt- und Garnisonsgemeinde bzw. Reichsriegsverwaltung erfolgreich geführt.

Von ganz besonderem Belang war aber das von Stadt und Garnison Ende des Jahres 1909 eingeleitete und in den nächstfolgenden Jahren durch mancherlei Wechselfälle hindurch auch glücklich zu Stande gebrachte Unternehmen, das stadteigene, aber der Militärverwaltung zu uneingeschränkter Nutzung (für Kasinozwecke) überlassene fogen. alte Gerichts-

h o j e b ä u d e, Ecke Holzmarkt und Neuestraße, wieder zurückzugewinnen und dafür auf neuem Grund mit städtischer Beihilfe ein Neufasino zu erstellen. Die bemerkenswerten Motive für die Betreibung dieser auch für die Gegenwart noch wichtigen Affaire (im ersten Stadium) kennzeichnet folgender Passus aus einem Schreiben des Stadtvorstands an den damaligen Regimentalkommandeur (Oberst von Berrer) vom 2. August 1909: „Die treibende Ursache ist wohl erstlingig zu suchen in dem Umstand, daß das jetzige Kasino nach Lage, Raunteilung und Ausstattung auch bei bescheidenen Ansprüchen den Zwecken, für die es gemünzt ist, nur in (man darf sagen) prekärer Weise genügt und gerade von den Vorzügen, welche die Wohnstatt in Tübingen häufig auszeichnen, Ausblick auf ein schönes Landschaftsbild, Bewegungsfreiheit in unmittelbarer Umgebung und damit Gelegenheit zum Aufenthalt im Freien (Gartenanlage etc.) wenig oder so gut wie Nichts seinen Bewohnern vermittelt. Wenn sodann der (gelegentlich im privaten Verkehr geäußerte) Gedanke eventuellen Umtausches des jetzigen Kasinos sofort auf fruchtbaren Boden fiel und aus besonderem Anlaß gegenwärtig wieder beschäftigt, so findet das seine Erklärung einmal in dem stets geneigten Gehör, das man Wünschen der Militärverwaltung, vollends wenn sie so begründet sind wie hier, gemeindlicherseits von je gerne entgegengebracht hat. Es ist aber auch begreiflich um deswillen, weil eine Lösung der Frage ohne Opfer und derart möglich ist, daß sie beiden Teilen einen Gewinn sichert. Denn wir wollen uns nicht verhehlen: was das jetzige Kasinogebäude am Holzmarkt gegenüber der Stiftskirche einschränkt und weniger brauchbar macht, das ist abgesehen von der Form seiner Baufläche und der räumlichen Inneneinteilung — seine zentrale Lage, die eben ihrerseits wieder die Ausnützbarkeit für rein geschäftliche Zwecke als eine natürlichere und wünschenswerte erscheinen läßt. Wenn endlich die Stadtgemeinde in der Lage ist, dafür eine Area zum Tausch anzubieten, die gerade für den Haushalt des Offizierkorps und seine beste Ausstattung fast ideal zu nennende Anforderungen verwirklicht, so verdankt sie es der vorübergehenden und deshalb rasch auszumügenden Erscheinung, daß zufolge des großen Unternehmens der Steinlach- und Neckarkorrektion verbunden mit Bahnhofumbau fast inmitten der städt. Wohnzone begrenzt von den bezüglichen Flußläufen neue erstklassige Baugründe herauswachsen.“

Aus dieser Saat ist dann nach langem Hin und Her der endgültige Vertrag zwischen der Militärverwaltung (Reichsfinanz) und zwischen der Stadt vom Dezember 1911 gereift: der das alte Kasinogebäude

ohne Weiteres der Stadt zurückgibt und dafür im Wesentlichen von der Stadt den fundierten Baugrund (Standort des jetzigen Kasinos) und einen Baubeitrag von 45 000 Mfl. einhandelt, übrigens mit der grundbuchlich gesicherten Bestimmung (§ 9) „Sollte Tübingen aufhören, Garnisonstadt zu sein, so wird der Stadtgemeinde das Recht eingeräumt, das ganze Anwesen um 35 000 Mark zurückzukaufen.“ Beiläufig bemerkt: Wer hätte gedacht, daß die im Wiederkaufsrecht niedergelegte vorsehende Sorge der Stadt so bald praktische Bedeutung gewinnen könnte, wie es dann nachher geschehen ist, als mit dem drohenden Eingehen der Garnison bzw. mit dem so gänzlichen Wandel der militärischen Verhältnisse nach Kriegsausgang die Frage des Heimfalls aktuell und ein diesbezüglicher Anspruch stadtheits erhoben wurde?!

Der Vertrag selbst hat sich ausgewirkt einmal in Gestalt des imposanten Geschäftshauses, in welches das von der Stadt veräußerte Gerichtshof- oder alte Kasinogebäude sich umgewandelt hat. Und zum andern in Gestalt des Neufasinos mit Garten, das auf der Landzunge zwischen Neckar und Steinlach zugleich mit der östlich vorgelagerten öffentlichen (noch der Stadt gehörigen) Anlage ein drucksvoll und gefällig die dortige Landschaft beherrscht. Auch die gartenkünstlerische Lösung der Landzunge ist dem Zusammengehen von Stadt und Militärverwaltung zu danken und ein Werk der Firma Berz und Schwede in Stuttgart. Und das von der letzteren hierüber ausgearbeitete Gutachten ist und bleibt auch für späterhin bemerkenswert besonders mit der Annahme, daß die angestrebte großzügige Wirkung der Anlage nur dann erreicht wird, wenn man den Kasinogarten und die öffentliche Anlage an der Spitze der Landzunge als Ganzes behandelt und das eine dem andern gegenüber in seiner Wirkung anpaßt. Zum Bezug des Neubaus Frühjahr 1913 hat dann die Stadtgemeinde dem Offizierkorps zugleich mit ihren Glückwünschen eine kleine Dedikation für die Innenausstattung gemacht „im Hinblick auf das gute Einvernehmen, das zwischen Stadt und Regiment besteht und wie im vorliegenden Fall, so auch bei verschiedenen andern Anlässen sich schon bekundet habe oder fortlaufend bekunde, so beispielsweise durch die öffentlichen Konzerte der Regimentsmusik und dann in der erst abgetanen oder zum Teil noch schwebenden Angelegenheit wegen Erhalts einer Maschinengewehrkompanie.“

Gerade diese letztere Affäre — die Zuteilung einer neu zu bildenden Maschinengewehrkompanie

nie Inf.-Regts. Nr. 180 an Tübingen oder Gmünd durch das Kriegsministerium bzw. die Württ. Krone hat im Jahr 1912 unsere Gemeindeverwaltung mit entsprechendem Echo in der Bürgerschaft und in der lokalen Presse in heftige Erregung zu versetzen vermocht und alle nur denkbare Anstrengungen ausgelöst, die Entscheidung für Tübingen zu erzielen. Vornehmlich weil die Meinung war, die Kompagnie gehöre an den Sitz des Regimentskommandos (wie es sonst fast allwärts der Fall war) und es bestehe die Gefahr, daß beim Nichtzutreffen dieser Voraussetzung auch der Standort des später zu bildenden dritten Bataillons damit vorbestimmt werde. Gegen diese Eventualität galt es für die Gemeindebehörde vor Allem sich zu sichern. Und daß dies in gründlicher und wirksamer Weise geschehen ist (noch bevor die definitive Entscheidung fiel), davon kann ein diesbezüglicher, lange Zeit sehr sorgfältig aufbewahrter Aktenbund in der gemeinderätlichen Registratur Zeugnis ablegen. Die Zuteilung der Maschinengewehrkompanie selbst erfolgte ja dann aus „militärischen Gründen“ zu Gunsten Gmünds, aber doch so, daß die Tübinger Garnison zugleich eine Etatserhöhung erfuhr und damit eine höhere Gesamtstärke als diejenige der Garnison Gmünd erreichte und zugleich so, daß für den Fall später eintretender Ergänzung des Inf.-Regts. 180 durch ein drittes Bataillon in der betreffenden Verfügung des Kriegsministeriums Tübingen ausdrücklich als Standort in Aussicht genommen wurde. Diese Ergänzung ist ja nachher als Ausfluß einer umfänglichen vom Reichstag erledigten Wehrevorlage (im Jahr 1913) erfolgt und dabei Tübingen tatsächlich für Neubau und Ausstattung einer Kaserne für ein drittes Bataillon bestimmt worden. Und die bauliche Fertigstellung des Neukasernements, die ihrerseits wieder umfängliche Verhandlungen (meist vom Stadtvorstand geführt) zwischen Intendantur und Stadt über Arealerwerb, Straßenbauten usw. notwendig machten, hat sich dann bekanntlich noch längere Zeit über Kriegsbeginn hinausgezogen.

Diese früheren, so erfolgreichen Bestrebungen auf Erhalt des Bestands, bzw. auf Verstärkung der Garnison sich beziehend, sie sind nun allerdings nach dem großen Wandel der Ereignisse, nach der Zertrümmerung unseres gewaltigen Heereswerkzeugs sozusagen abgetane Dinge, die kein irgend wesentliches Interesse mehr wahrufen können.

Und doch all das, was dadurch neu errungen worden ist nur an materiellen Werten, im besonderen mit den umfänglichen und stattlichen Gebäudekomplexen (darunter der Neukaserne), all-

das klingt und schwingt heute noch mit im vielstimmigen Konzert des wirtschaftlichen Lebens der Stadt!

Denn wenn die eine — die Neukaserne — nunmehr die eigentliche Wohnstatt abgab und abgibt für das (nach kurzfristigem Aufhören der Garnison) hier wieder garnisonierte 2. Bataillon eines Reichwehrregiments, war die andere — die Altkaserne — überaus brauchbar für Wohnungszwecke und mit einer Helferin in der nach dem Krieg auch in unserem Tübingen stark einsetzenden Wohnungsnot, wovon in anderem Zusammenhang kurz die Rede ist.

Während des Kriegs hat man so lange irgend möglich die Beziehungen der Bürgerschaft zum Regiment mit Liebesgaben-Sendungen etc. eifrig gepflogen und nicht selten erhielt auch die Stadtverwaltung von den betreffenden Regimentskommandeuren (v. Haldenwang und v. Vischer) Zuschriften von der Front her, die von der unentwegt aufrechten Haltung der Truppe Kunde brachten. Und welche Szenen betäubender und erhebender Art stellte nicht tagtäglich auf die Bühne unser Tübingen selbst: hier als feurig schmiedender Garnisons- und Rekrutierungsort und dort als die unaufhörlich und allseits pflegende Lazarettstadt. Und tönen uns nicht heute noch zu Gehör die Klänge des Volkslieds aus dem Munde der jeweils ausmarschierenden Kolonnen, vorbei am ehernen Denkmal des Sängers und Volksfreundes, der den „guten Kameraden“ im deutschen Heere unsterblich gemacht hat?

Unvergessen wird auch dem Augenzeugen bleiben die endliche Wiederkehr des Regiments in unser Städtchen: wie in äußerst gelichteten Reihen und in musterhafter Ordnung die beiden Bataillone nacheinander eingezogen und über all die düstere Stimmung hinweg von lebhafter und dankbarer Teilnahme der Bürgerschaft begrüßt worden sind.

Freilich wer würde bei diesen mancherlei Kriegsbildern nicht auch daran erinnern, was die Garnisonstadt selbst in ihrem friedlichen Bereich und bis in den Kreis ihrer Gebrechlichen und Kinder hinein als Angriffsobjekt feindlicher Fliegerbomben nicht nur einmal und mit schmerzlichen Opfern an Leib und Leben hat erdulden müssen?!

Nach Abschluß des Kriegs und nach Auflösung des Regiments 180 kamen in unserer Mitte auch wieder andere Gedanken zum Zug und regte sich lebhaftes gemeindliches Verlangen auch nach den beiden Exerzierplätzen — dem großen 40 Hektar aufweisenden auf Waldhäuser Markung gelegenen — und dem kleineren, im Mehgehalt von 8—9 Hektar im Salzgarten hiesiger Markung stuierten und von der Stadt seiner Zeit überlassenen (siehe oben). Man beabsichtigte den großen Waldhäuser Platz vom Reich-

ganz oder doch teilweise zu erwerben und soweit hierfür tauglich für ländliche Heimstätten aufzuteilen und hat für letzteren Zweck Pläne ausgearbeitet und sachverständige Gutachten über Bodenbeschaffenheit etc. sich erholt. Diesbezügliche Anträge wurden aber von den zuständigen militärischen Stellen wiederholt abgelehnt — zunächst im Herbst 1919 mit dem Hinweis, daß Tübingen trotz Auflösung des Regiments immer noch als eventueller Standort für Reichswehr in Betracht komme, und dann im Frühjahr 1921 mit dem Hinweis, daß Tübingen nunmehr endgültig wieder zum Standort eines Bataillons bestimmt, beide Exerzierplätze, den großen und kleinen, für Ausbildungszwecke nach wie vor ungeschmälert und notwendigst brauche.

Auch die Bereitwilligkeit der Stadt, einen „der Spielvereinigung“ überwiesenen stadteigenen Platz zugleich als Sport- und Spielplatz für die Mannschaften der Reichswehr gelten zu lassen (im Einvernehmen mit der Vereinigung), hatte an diesem Entschluß der Militärverwaltung nichts zu ändern vermocht. Und so mußte man sich eben darein finden, vollends nachdem (wie schon berührt) durch Entscheidung des Reichswehrministeriums vom 1. Dezember 1920 Tübingen als Standort für ein Inf.-Bataillon wieder endgültig bestimmt worden, derart, daß das II. Bataillon 113 durch das aufgelöste Schützenbataillon hier (Billingen) aufgefüllt worden ist.

Auch den Wünschen der großen Mehrheit der Tübinger Bevölkerung (darf man wohl sagen) nach Beibehalt oder Wiedererhalt einer Garnison war ja damit Rechnung getragen und hat die Tübinger Garnison (mit kurzer Unterbrechung) eine Lebensdauer von mehr als 50 Jahren (1875) nun aufzuweisen.

Das Licht dieser Tatsache, daß die Garnison nun so lange unserer Stadt durch Freud und Leid eine getreue und auch förderliche Begleiterin gewesen ist, wir wollen es auch heutigen Tags nicht unter den Scheffel stellen. Die Rolle wird ja freilich nach menschlichem Ermessen das Bataillon jetzt und künftig hierorts nicht mehr zu spielen vermögen, die es dereinst unter ganz anderen Verhältnissen auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht mit dem Sitz des Regiments gerade auch für die Universitätsstadt des Landes schon dadurch gespielt hat, daß es mit erheblicher Erleichterung des Studiums eine große Zahl Studierender aus dem Süden und Norden des deutschen Vaterlandes jeweils aufgenommen und soldatisch geschult hat.

In einer Schule, die zwar (wie überall) auch Unstimmiges im Einzelnen und von Einzelnen aufzeigen

mochte, die aber doch als eine wirksame Erziehungsanstalt ohnegleichen unsere Jugend im allgemeinen und durch alle Volksschichten hindurch körperlich und seelisch gestrafft und diszipliniert hat. Und stets redlich und erfolgreich mitgearbeitet zu haben — an dieser Erziehungsaufgabe und damit auch an der Bildung eines Volksherees, wie es leistungsfähiger in Führung und Mannschaft die Welt kaum



Brunnenfigur im Ablandbad von Bildhauer Knecht München

(Stiftung von den früheren Gemeinderäten Schweichhardt und Liesching).

Jemals gesehen, es ist und bleibt das militärische und vaterländische Verdienst auch der alten Tübinger Garnison.

Daß auf solcher Grundlage auch das Einvernehmen mit dem gegenwärtigen Reichswehribataillon — auch hier nicht zuletzt dank der Mühewaltung der betreffenden Bataillonskommandeure — ein vortreffliches immer gewesen ist

und wohl auch instinktiv sein wird, leuchtet ein und mag man ohne Weiteres erhoffen. Umsomehr als ja die Aufgaben und Ziele der Reichswehr auf dem Feld der Leibesübungen — gegenüber der akademischen und

„Blindgänger“

Welcher Haushalt, ob klein, groß, privat, öffentlich erfährt nicht mitunter auch Fehlschläge? Und wer reichlich Berg von der Kunkel zieht, wiewohl mit Temperament und Ausdauer, mit Glück und Geschick, auch ihm wird nicht allzu selten selbst ein gut genehmer und feingespinnener Faden zerreißen. Das ist nicht weiter verwunderlich, im Allgemeinen kein Grund zum Verzagen und für die Regel leichter tragbar, als eine schuldhaft „verpaßte Gelegenheit.“ Immerhin können solche Mißerfolge recht schmerzlich berühren und Wunden schlagen, die lang nicht vernarben. Auch unsere Gemeindeverwaltung, die zumeist ja eine glückliche Hand hatte, ist von Mißgeschicken fraglicher Art nicht ganz verschont geblieben. Und ich kann es mir nicht versagen, einige der bedauerlichsten Dinge ganz kurz wieder ans Licht zu ziehen, ohne sonderliche Hoffnung, daß etwa die Zukunft und in Bälde einigermaßen wieder gut machen werde, was die Vergangenheit hierin versäumt hat.

Was war es nur für ein unglücklich Gestirn, das über den Beratungen des Stuttgarter Halbmondsaals brütete, als im Sommer 1910 und dann wieder 1912 durch Beschlüsse beider Kammern (in der Kammer der Abgeordneten allerdings zuletzt mit ganz geringer Mehrheit) die bewährte Tierarzneischule des Landes (bald 100 Jahre alt) die Existenz und damit die Möglichkeit ihrer Verlegung nach Tübingen und ihrer Angliederung an die hiesige Hochschule vollständig eingebüßt hat! Die letztere Eventualität war ja von der Regierung sehr ernsthaft ins Auge gefaßt worden und war nach Lage der Dinge zweifellos auch die einzig richtige Lösung des eigenartigen Problems. Denn dadurch wurde (ohne allzu große Kosten) der vorher isolierten Veterinäranstalt im Verband mit der Landesuniversität, zu der sie ihrer wissenschaftlichen Aufgabe nach gehörte, der wünschenswerte An- und Auftrieb in verschiedener Richtung gegeben und für im-

der übrigen sportlichen Jugend (der Tübinger Zivilbevölkerung) einen lebhafteren und gegenseitig befruchtenden Verkehr im beiderseitigen Interesse von Hause aus nahe legen, ja fördern.

mer gesichert — und dadurch wurde auch wiederum die Humanmedizin entschieden und laufend befruchtet Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Aktion für unser ganzes Gemeinwesen. Kurz, diese Errungenschaft sie hätte sicherlich (auch nach heutigem Betracht) ein weiteres wertvolles Unterpfand abgegeben für die künftige solide Creszenz unserer Hochschule und Stadt.

Kein Wunder haben wir — in voller Erkenntnis dessen und durch Universitätsvertreter hierin bestärkt — von Gemeindegewegen das Alleräußerste versucht — im Anbieten von weitgehenden Opferleistungen (mit Grundbesitz und Bauwerk) und mit allen nur denkbaren Mitteln, um das Blättlein am Ende doch noch zu Gunsten der gefährdeten Anstalt und im Sinn der Regierungspläne zu wenden. Dies Zeugnis wird uns auch die Staatsregierung, mit der wir lange Zeit hindurch in der Affaire lebhaft verhandelt, ohne Weiteres ausstellen müssen.

Freilich alles hat nichts geholfen, das Unheil war nun einmal im Zug und unter der Parole notwendiger Sparsamkeit und Vereinfachung, wahrscheinlich auch noch aus anderen weniger zu Tage tretenden Motiven hat man mit Vorschlag von Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen kein Bedenken getragen, das noch voll lebensfähige und in seiner Lebenskraft leicht zu steigende alte Kulturinstitut unruhlich in die Pfanne zu hauen: just in einer Zeit, wo seine Belange namentlich in leuchten-hygienischer Hinsicht und damit für den Tierschutz und den Vermögensbestand schwäbischer Bauernschaft immer einleuchtender und immer wirksamer zu werden begannen.

Fraglich, ob es jemals gelingt, den wirtschaftlichen und idealen wenn auch unwägbaren Schaden, der dadurch dem Land und der Landesuniversität zugefügt worden ist, instinktiv auch nur zum Teil wieder auszugleichen.

Eine besondere Sache war im Jahre 1911 auch die öffentlich und lebhaft durchs Land hin veranstaltete Suche nach einem geeigneten Bauplatz für Errichtung eines Konvaleszentenheimes — in Stuttgart oder an einem anderen entsprechenden Ort; für welchen Zweck seitens der Kommerzienrat von Knosp'schen Eheleute in St. ein Kapital von zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt war.

Dieses Heim, für Kreise des kleineren Mittelstandes bestimmt, hat bekanntlich als sogen. „Rudolf-Sofienstift“ im Schoß Groß-Stuttgarts neben der Station Wildpark seine endgültige Aufstellung gefunden — und leider nicht, wie wir eine Zeitlang hoffen konnten, auf Tübinger Markung.

Stuttgart — nach der Stiftungsurkunde als Standort (mit einem bestimmt bezeichneten Quartier) erstlinig in Betracht kommend — hatte sich zunächst ablehnend verhalten und dadurch die Riesenkonkurrenz mit dem Eingang von über 100 Offerten aus den bevorzugtesten Gegenden unseres an Naturschönheit so reichen Landes faktisch veranlaßt. Die Auswahl geschah dann stiftungsgemäß durch ein besonderes Komitee und unter Einsichtnahme der vornehmlich in Betracht kommenden Plätze an Ort und Stelle durch dieses Komitee — und Tübingen befand sich schließlich mit seinem Platz in der allerengsten Wahl unter vortrefflichen Chancen. Da —, nachdem die ganze Aktion langhin bis vor Torluß also sich abgewickelt hatte, — wurde auch in Stuttgart der Appetit rege und kam plötzlich ein Neubeschluß der hauptstädtischen Vertretung (unter einem neuen Stadtoberhaupt) zu Stande, der die Stiftungsbedingungen akzeptiert und damit die vorausgegangene Mühewaltung aller übrigen Liebhaber fruchtlos gemacht hat.

Insofern vielleicht doch nicht ganz fruchtlos für uns, als sich bei diesem Anlaß evident gezeigt hat — und das ist ein Grund mit, den Vorfall nicht vergessen zu lassen, — welche hervorragendes, den verschiedensten Zweckbestimmungen dienliches (Luftkurort) Baugelände die Stadt Tübingen da und dort zur Verfügung hat! Die unserem Angebot unterliegenden Pläne waren von der Stadtverwaltung sorgfältigst ausgearbeitet worden: als unter verschiedenem Betracht überaus geeignete und schöne Baustelle war sich gedacht das Gelände direkt unterhalb des Hühbergs im Bereich des alten Herbstenhofes und in entsprechender Verkehrsverbindung mit den Kliniken durch das Gysium hindurch; das Heim selbst konnte als Anlauf und Mittelpunkt gelten für eine künftige kleine Waldsiedlung, die mit der Zeit

vielleicht einen besonderen Ausläufer des Tübinger Wohnbezirks dargestellt hätte.

Wann werden diese Blümenträume reifen?

Mit einem Wort wäre dann noch zu erinnern — an den feinerzeitigen Gedanken der Gründung eines Hotels 1. Klasse als eines privatwirtschaftlichen Unternehmens — auf einer von der Stadtgemeinde hierfür vorgesehenen Baustelle Ecke der Friedrichs- und Wöhrdstraße mit Einbezug des vormals Wendler'schen Anwesens bis zum Neckar.

Auch dieser Plan (aus der früheren Allgemainsituation heraus recht wohl verständlich) war schon ziemlich weit gediehen (auch in der Anbahnung von Verhandlungen mit Interessenten); aber vornehmlich der Kriegsausbruch hat auch seinem Weiterverfolg ein jähes Ende bereitet.

Außerhalb obiger Reihe aktuell betriebener Dinge mag noch ganz kurz Erwähnung finden ein Gedanke, früher und flüchtiger eine Zeitlang im Schoß der Gemeindeverwaltung gehegt und skizzenhaft von ihr bearbeitet, aber noch wenig verlaublich, nämlich der —, das Schloß Hohen-Tübingen (samt Umgebung) für direkteren Fahrverkehr zu gewinnen — mittels einer Art schmälereu Burgwegs, von der oberen Neckarhalde aus nach der Berghöhe führend und mit Einmündung auf der Nordseite der Schloßparzelle.

Die „weite Ferne“ des Unternehmens, dem ja wohl auch noch der Engel des Heimatschutzes seine Aufwartung nicht versagt hätte, bewies schon der Umstand, daß nach der Meinung seiner Urheber eine Landeslotterie die wesentlichen Baumittel hierfür zu erbringen hatte.

Verschiedenes andere, häufig so rasch durchdacht wie geboren — ist der Vergessenheit anheimgefallen. Aber immer tauchen wieder neue Probleme auf. Denn der „Ideenb...“, jener durch den Reichtum seiner besonderen Einfälle einst vielgenannte, längst zu den Vätern versammelte Tübinger Bürger — man kann vielleicht auch sagen, der hier seßhafte produktive Gang zu mehr oder weniger geistreichen und phantastischen, immer aber originalen Ideen und Projekten (zumeist im Bereich fortschrittlich sein sollender Unternehmungen oder Neuwerte der Stadt) — der „Ideenb...“ wird in unserem Tübingen nie ganz verschwinden und ist eine Erscheinung, die Zeugnis ablegt vom beweglichen Geist und von der eigenartigen Veranlagung seiner Bürger.

Stiftungs- und Armenverwaltung

Von Stiftungs- und Armenpfleger Geleßhaber

Stiftungswesen

Im Vergleich zu den reichen Stiftungen anderer württembergischer Städte, insbesondere des Oberlandes, nimmt Tübingen auf diesem Gebiet einen bescheidenen Platz ein, namentlich wenn man nur auf die bürgerlichen und kirchlichen Stiftungen sieht und die früher recht bedeutenden Universitätsstiftungen außer Betracht läßt. Freilich, sie alle haben — soweit sie aus Kapitalien bestanden — durch die große Geldentwertung schwer gelitten. Geblieben sind nur kümmerliche Reste. So haben wenige Jahre fast ganz vernichtet, was in Jahrhunderten aufgebaut worden ist.

Reichen doch die Anfänge des Tübinger Stiftungswesens — soweit sich aus den noch vorhandenen Amtsgrundbüchern usw. nachweisen läßt — zurück bis ins 13. Jahrhundert. Am 21. Juli 1292, also zur Zeit des Kaisers Adolf von Nassau, erließ der Generalvikar von Konstanz ein Ablassschreiben zu Gunsten des „Hospitalis zum heiligen Geist“ in Tübingen, der die Aufgabe hatte, einheimische Kranke und Arme, sowie „landfahrende“ Leute zu unterstützen. Wenige Jahre später taucht in den alten Urkunden das „Feldfleckenhaus“ (das jetzige Gutleuthaus) auf, ein Krankenhaus für Personen mit (damals sehr häufigen) ansteckenden Krankheiten, wie Pest, Lepra usw. Dasselbe wurde im Jahre 1480 vom Kloster Bebenhausen mit einer großen Stiftung bedacht. Mitte des 15. Jahrhunderts werden Spitalgüter in Weilheim, Derendingen, Kusterdingen, Bebenhausen und Dferdingen erwähnt, auch ein „Zehnten“ in Tailsingen. 1512 wird das Seelhaus gestiftet (jetzt Privathaus Seelhausgasse 25) für „fahrende Leute, Pilger und Pilgerinnen“. 1544 erwirbt der Spital den Schwärzlocher Hof von Konrad Bräuning, Bürger in Tübingen. Diese 3 Anstalten (Hospital, Feldfleckenhaus und Seelhaus) waren ohne Zweifel das Werk durchaus privater christlicher Caritas. Sie hatten nach und nach ein recht ansehnliches Vermögen an Gütern, Gülden, Zehnten usw. zusammengebracht. Unter Aufsicht der

Kirche übten sie je für sich und unabhängig von einander ihre guten Werke. Um Jahr 1539 kamen sie unter die Aufsicht der weltlichen Behörden und wurden dann in einer Verwaltung (als Hospitalstiftung) zusammengefaßt.

Neben dieser rein privaten Hospitalstiftung war um Jahr 1536 auf Grund der neuen württembergischen „Armenkasten-Ordnung“ von den Stadtbehörden der „Armenkasten“ als öffentlich-rechtliche Armeneinrichtung aus öffentlichen Mitteln begründet worden. Die beabsichtigte Vereinigung beider Fürsorgeeinrichtungen kam damals nicht zu stande.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte der Gassen- und Häuserbettel in Tübingen einen derart bedenklichen Umfang angenommen, daß die städt. Behörden verschärfte Maßnahmen ergreifen mußten. Es wurde (1770) ein „Armeninspektor“ aufgestellt. Er war Unterpfleger des Armenkastens, beaufsichtigte die Armen, zahlte die Unterstützungen aus und führte über die ihm aus dem Armenkasten zufließenden Mittel eigene Rechnung. Diese „Armeninspektion“ bestand bis zum Jahr 1874 (siehe unten).

Zu Anfang des 17. Jahrhunderts (1618) tauchte hier eine weitere Armenanstalt auf, die sogenannte „Lazarettpflege“. Ihr gehörte das hinter dem Gutleuthaus gelegene „Lazarett“, das heute noch besteht. Zur Zeit ist ein Teil desselben mit Rotwohnungen belegt. Ob die Lazarettpflege eine private Stiftung ist oder ob sie auf Grund der 1615 erschienenen „revidierten Armenkastenordnung“ als öffentliche Armenanstalt errichtet wurde, ist nicht bekannt.

Neben diesen bisher genannten 3 Wohltätigkeitseinrichtungen (Hospitalstiftung, Armenkasten und Lazarett) bestand dann noch eine vierte, die „Stiftungspflege“ oder die „Heiligenpflege“, eine Verwaltung frommer Stiftungen (piorum corporum). Wann diese „Stiftungspflege“ ins Leben trat, läßt sich nicht mehr nachweisen. Erwähnt wird sie

erstmals ums Jahr 1652. Das Älteste, was wir über sie besitzen, ist eine Rechnung, d. h. ein Hauptbuch aus dem Jahr 1700/1703. Soweit man feststellen kann, trug sie zunächst den Charakter einer Verwaltung von Stiftungen für andere als Armenzwecke. Es wurden bei ihr alle Stiftungen ad pias causas verwaltet, die nicht ausdrücklich einer anderen Verwaltung zugewiesen waren. Wie sich aus dem „Corpus Fundationum“ der Stiftungspflege von 1772 ergibt, kamen später allerlei Stiftungen dazu. Die Stiftungspflege diente dann teils kirchlichen, teils Armenzwecken und besaß allein nach keinerlei Liegenschaften. Obwohl keine Nachweise darüber vorhanden sind, darf doch angenommen werden, daß in dieser „Stiftungs- oder Heiligenpflege“, die früher bestandenen zahlreichen kleinen „Heiligenpflegen“, die vielen „Bruderschaften“ und eine große Zahl sonstiger kleiner Einzelstiftungen zusammengefaßt worden sind, eben die Stiftungen ad pias causas die pia corpora, fast durchaus kleine Einzelverwaltungen mit eigenen Verwaltern.

Neben diesen Stiftungs- und öffentlichen Einrichtungen der Tübinger Stadtverwaltung bestand noch ein „Lazarett“ der Universität in der Lazarettgasse (1810 verkauft) und eine große Anzahl von Universitätsstiftungen, die völlig selbständig von der Universität verwaltet wurden, wie überhaupt in den früheren Jahrhunderten die Stadt Tübingen aus zwei vollständig getrennt verwalteten Gemeinwesen, der „Stadtgemeinde“ und der „Universitätsgemeinde“ bestand. Zu letzterer gehörten neben den Professoren, Studenten und Universitätsbediensteten sämtliche Ärzte, Apotheker, Buchhändler pp. als sogenannte „Universitätsverwandte“. Das ist nun schon längst anders geworden, dagegen haben die „Universitätsstiftungen“ ihre selbständige Verwaltung bis heute sich bewahrt.

Die vier städtischen Stiftungs- und öffentlichen Armenverwaltungen:

der Hospital mit Gutleuthaus (Siechenhaus) und Seelhaus,

der „Armenkasten“,

die städtische „Lazarettpflege“

und die „Stiftungs- oder Heiligenpflege“

wurden im Jahre 1813 zu einer einzigen Verwaltung, „der Stiftungs- und Hospitalpflege“ zusammengezogen.

Diese juristische Person des öffentlichen Rechts hatte nunmehr sämtliche Armen-, Kirchen- und Schullasten nach Herkommen zu bezahlen.

Nach Ablösung der Zehnten, Komplexlasten, Hellerzinsen usw. bestand das Vermögen der „Stiftungs- und

Hospitalpflege“ fast nur noch in Kapitalien und Liegenschaften. Ein ganz kleiner Rest der „Hellerzinsen“ ist jedoch erhalten geblieben. Jetzt noch erheben die Deputatspersonen von zwei leistungspflichtigen hiesigen Hausbesitzern jährlich 1.08 Mark „Hellerzins“ zu ihren Gunsten.

Mit der Vereinigung aller öffentlichen und privaten Stiftungen (ohne die Universitätsstiftungen) in einer Hand war in der organisatorischen Entwicklung auf diesem Gebiet ein gewisser Abschluß erreicht. Unverkennbar ist bis zurück ins 16. Jahrhundert immer wieder das Bestreben hervorgetreten, die vielen vorhandenen und die stets wieder neu entstehenden Sonderstiftungen und sonstigen Wohltätigkeitseinrichtungen möglichst zusammenzufassen. Die letzte Vereinigung aller geistlichen und weltlichen Stiftungen in der Hand der bürgerlichen Stadtverwaltung stand ohne Zweifel im engsten Zusammenhang mit der zur selben Zeit erfolgten Einziehung des Kirchenguts in Württemberg durch König Friedrich.

Dieser Zustand blieb gerade 60 Jahre lang (1813 bis 1873) unverändert bestehen. Dann begannen sich entgegengesetzte Strömungen geltend zu machen.

Die erste Abzweigung vom Gesamtbestand des Stiftungsvermögens erfolgte nach Gründung des Deutschen Reichs im Zusammenhang mit der Einführung des „Unterstützungswohnsitzgesetzes“ in Württemberg. Im Jahr 1873 wurden die ausschließlich der weltlichen Armenfürsorge gewidmeten Stiftungen ausgeschieden und dem neuen „Ortsarmenverband“ und seiner Verwaltungsstelle der „Armenpflege Tübingen“ übergeben.*) Außer einem Kapitalvermögen von 32 500 fl. (rd. 56 000 Mark) gingen damals der Hospital, das Gutleuthaus mit Lazarett und das Seelhaus auf die neu ins Leben gerufene Armenpflege über. Verwaltungsbehörde ist der Gemeinderat unter Hinzutritt je eines Geistlichen der beiden christlichen Konfessionen. („Ortsarmenbehörde“, seit 1924 „Ortsfürsorgebehörde“ genannt).

Im Jahr 1887 wurden im württ. Landtag die Beschlüsse über die örtliche Selbstverwaltung der Kirchengemeinden verabschiedet. Auf Grund dieser gesetzlichen Vorschriften wurden im ganzen Land die kirchlichen Zwecken dienenden Bestandteile des örtlichen Stiftungsvermögens ausgeschieden. Sehr häufig mußten hierüber langwierige Verhandlungen geführt werden.

*) unter Aufhebung der bisher noch bestehenden „Armeninspektion“.

Hier in Tübingen kamen diese im Jahre 1892 zum Abschluß. Die neu ins Leben getretene „evangelische Kirchenpflege“^{*)} erhielt damals ein Kapital von 51 000 Mark. Gleichzeitig ging die Stiftskirche und die Spitalkirche in ihr Eigentum über. Damit allerdings auch die Baulast, die seither Sache der Stiftungs- und Hospitalpflege gewesen war. Letztere hat z. B. im Jahr 1777 zur 300-Jahrfeier der Universität die Stifts- (St. Georgs-) Kirche mit einem Aufwand von 2217 fl. neu herrichten lassen.

Der Rest des Vermögens der früheren „Stiftungs- und Hospitalpflege“ verblieb der „bürgerlichen Stiftungs- und Hospitalpflege“ unter städtischer Verwaltung (Gemeinderat). Die Stiftungs- und Hospitalpflege muß vereinbarungsgemäß die nach Erfüllung der ihr obliegenden Verpflichtungen

an Feldgütern im wesentlichen unverändert geblieben. (ca 75 Hektar, dazu rund 100 Hektar Wald).

Beim Geldvermögen dagegen haben sich sehr erhebliche Veränderungen vollzogen. Zunächst in aufsteigender Linie, dann aber ein plötzlicher Absturz mit der Währungsstabilisierung nach der Inflation.

Die nachfolgende summarische Zusammenstellung gibt hierüber näheren Aufschluß. Dazu ist erläuternd zu bemerken, daß nur solche Stiftungen, bei denen besondere Bestimmungen über die alljährliche Verwendung des Zinsertrags bestehen, rechnerisch getrennt aufgeführt werden können, während die anderen Stiftungen aller Art (z. B. Grundstocks- oder Baufonds-Zuwendungen) in der Gesamtvermögenssumme enthalten sind.

Uebersicht über das Geldvermögen der Tübinger städtischen Stiftungen

Jahr	Bürgerliche Stiftungs- und Hospitalpflege		Armenpflege		Ev. Kirchenpflege ¹⁾		zusammen	
	Gesamtvermögen M.	hierunter Einzel-Stiftungen M.	Gesamtvermögen M.	hierunter Einzel-Stiftungen M.	Gesamtvermögen M.	hierunter Einzel-Stiftungen M.	Gesamtvermögen M.	hierunter Einzel-Stiftungen M.
1892	250000	28000	115000	7000	155000	60000 ²⁾	520000	95000
1914	355000	40000	185000	24000	210000	90000	750000	154000
1927 ³⁾	83000 ⁴⁾	5300	17000	2000	18000	6000	116000	13800

verbleibenden Ueberschüsse an die Armenpflege (jetzt städt. Armenverwaltung) abführen.

Das Gesamtvermögen der in der Verwaltung der Stadt stehenden örtlichen Stiftungen bestand im Jahre 1873, vor dem Beginn der Vermögensauseinandersetzungen in rund 450 000 Mark Kapitalien und in rentierender Liegenschaft im Wert von rund 350 000 M. Dabei sind die Kirchen, das Spitalgebäude, Gutleuthaus usw. als nicht rentierend nicht eingerechnet. Im Bestand des Liegenschaftsvermögens sind seit 1873 im ganzen keine wesentlichen Veränderungen vorgekommen. Nur bei den Feldgütern hat namentlich in der Zeit nach 1898 infolge der damals einsetzenden, von der Stadtverwaltung angeregten und geförderten lebhaften Bautätigkeit und der damit verbundenen Ausdehnung der Stadt eine beträchtliche Verschiebung durch Kauf und Verkauf, Tausch mit der Stadt usw. stattgefunden. Im Ganzen ist aber auch der Besitz

Eine bunte Fülle mildtätigen Wirkens tut sich vor uns auf, wenn wir die alten Akten durchblättern. Mögen uns auch manche Stiftungsbestimmungen aus früheren Jahrhunderten seltsam anmuten, so zeigen sie doch, daß zu allen Zeiten die helfende Nächstenliebe am Werk und immer wieder bestrebt war, den notleidenden Mitmenschen beizuspringen. Aus großen und kleinen Stiftungen ist schließlich ein sehr namhaftes Kapital zusammengelassen und es sind so manche segensreiche Einrichtungen ins Leben gerufen worden. So ist z. B. der alte „Spital“ (jetzt Bürgerheim) ein

1) Da das Vermögen der evangelischen Kirchenpflege früher mit dem Stiftungsvermögen vereinigt war, ist es hier mit einbezogen worden.

2) einschließl. Jägerstiftung.

3) Summe der Beträge, die nach vollständiger Durchführung der Aufwertung aus dem Papiermarkvermögen sich ergeben werden, (abgerundete, zum Teil durch Schätzung ermittelte Beträge).

4) Höhere Aufwertung eines größeren Kaufschillingrests.

Zeuge frommer Nächstenliebe aus alter Zeit.

Aus allen Schichten der Tübinger Bevölkerung sind diese milden und frommen Stiftungen gekommen. Neben dem Universitätsprofessor erscheint der biedere Handwerksmann in den alten Stiftungsverzeichnissen, der Kaufmann, der Geistliche, der Beamte; sie alle — Männer und Frauen — wetteiferten miteinander in guten Werken. Viele Namen der Stifter sind verklungen und verjunken; viele Familiennamen aber finden wir heute noch in unserer Stadt. Alle die Namen der mehr als 300 noch bekannten Einzelsiftungen hier aufzuführen, ist schon des knappen Raumes wegen nicht angängig. Ein kleiner Ausschnitt wird aber doch interessieren. U. a. sind als Stifter verzeichnet:

Obervoigt Moriz von und zu Kronck; Zacharias Kegelen, Gerichtsverwandter; Universitätsnotar Sturm, We.; Johann Georg Bauer, Bürgermeister; Dr. Christian Heinrich Hiller, Rat und Hofgerichtsassessor; Sibilla Agnes von Grünenthal; Hans Cuder Witwe, Pfriündnerin im Spital; Wolfgang Adam Lauterbach, Professor; Johann Isak Amler, Klosterverwalter; Johann Jakob Amler, Pfarrer in Hochdorf; Andreas Adam, Stadtwerkmeister und dessen Witwe; Gebrüder Breuning (Konrad, Paulus, Wolfgang, Johann und Christof); Georg Valentin Bauer, Handelsmann und Eisnfaktor; Heinrich Beer, Scribent; Johann Friedrich Burkhardt, Kastenknecht; Jakob Erhard Bauer, Klosterchirurg; Johann Jakob Böringer, Metzger; Wilhelm Gottlieb Burkhardt, Speisemeister; Christof Heimr. Berger, Buchhändler; Johann Friedrich Gotta, Professor und Kanzlers Ehegattin; Johann Christof Cloß, Gärtners Ehefrau; Johann Friedrich Erbe, Uingelder; Elias Gottfried Fischer, Amtsbürgermeister; Johann Andr. Heckenhauer, Bäcker und dessen Ehefrau; Wilhelm Heinrich Riß, Stadtrat; Johann Georg Enßlin, Kupferfaktor und Handelsmann und noch viele andere.

Aus neuerer Zeit (1890/1920) sind an größeren Stiftungen noch zu nennen:

Sanitätsrat Dr. Gärtner; Christian Felix Sauter, Buchbinder; Hirth, Gustav, Kaufmann; Frau Pfarrer Holder; Corps Suevia; Wilhelmine Walter, Rentnerin; Univ.-Prof. Dr. Geib; Emilie Ammermüller; Stadtpfarrer Demmler.

Bis in die neueste Zeit herein sind diese „milden Stiftungen“ weiter gestossen. Erst als die Geldentwertung ihren höchsten Stand erreicht und seit die Stabilisierung unserer Währung eingesezt hatte, ist die

Quelle ganz versiegt. Hoffentlich kommt sie, wenn die gegenwärtigen schlimmen Zeiten überwunden sind, bald wieder zum fließen. Armut und Hilfsbedürftigkeit ist auch in unseren Zeiten leider nur zuviel vorhanden. Es darf gehofft werden, daß Verständnis für soziale Not und freundliche Bereitwilligkeit, dem leidenden Nebenmenschen mit Rat und Tat beizustehen, in der jetzt lebenden Generation nicht aussterben und daß sie sich auch auf dem Gebiet der milden Stiftungen erneut wieder betätigen werden, sobald die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder gegeben sind.

Das Bürgerheim

Das frühere Spital, das 1909 durch Aufbau eines Stockwerks und durch einen Anbau gegen Norden erheblich vergrößert worden war, diente von 1909 bis 1923 als Krankenhaus und dann vorübergehend im Jahre 1923/24 als Studentenheim.

Im Frühjahr 1924 wurde zunächst im 2. Stock des Hauses das „Bürgerheim“ eingerichtet; im Juni desselben Jahrs konnte es mit 13 Bewohnern eröffnet werden. Am 1. Oktober 1924 waren es bereits 19 Hausgenossen. Durch die steigende Nachfrage ermutigt, ging man im Frühjahr 1925 daran, auch die im 1. Stock des Hauses verfügbaren Räume für die Zwecke des Bürgerheims einzurichten. So konnten dann im Juni 1925 weitere 12 Personen aufgenommen werden. Nach dem Auszug des im Erdgeschoß untergebrachten Wohlfahrtsamts wurden die dort freigewordenen Räume ebenfalls für das Bürgerheim herangezogen.

Mit Ausnahme der Wohnung der Stadtschwester im 1. Stock und der Hausmeisterwohnung im Erdgeschoß dient nunmehr das ganze Haus den Zwecken des Bürgerheims.

Mit seinen hohen hellen Räumen und mit seinen großen luftigen Gängen ist es für diesen besonderen Zweck gut geeignet. Zimmer und Gänge sind in einem freundlichen warmen Ton gehalten; das Ganze macht einen behaglichen Eindruck. Jedes Stockwerk hat Bad, Teeküche und die sonst erforderlichen Nebenräume. Die Zimmer selbst sind von den Bewohnern mit ihrem eigenen Hausrat eingerichtet. Dadurch erhalten die Einzelwohnungen einen gemütlichen familiären Charakter. In der kalten Jahreszeit wird das ganze Haus durch eine Warmwasserheizung angenehm erwärmt. Im Sommer bietet der Hof im freundlichen Grün der schönen Bäume erfrischenden Aufenthalt.

Das Haus gewährt zur Zeit in 40 Zimmern 35 Bewohnern gute und sorgenfreie Un-

terkunft. Die Leitung des Heims liegt in den Händen einer Schwester aus dem Diakonissenhaus Hall, der der Hausmeister der Stiftungspflege zur Seite steht. Vier Hausangestellte sorgen dafür, daß das Haus tadellos sauber gehalten ist. Die Beköstigung der Heimbewohner geschieht durch die im Erdgeschloß des Hauses untergebrachte Volksküche. Die zu leistende Vergütung ist sehr nieder gehalten. Für volle Verpflegung einschließlich Wohnung (1 Einzelzimmer), Heizung, Beleuchtung, Reinigung beträgt im Mindestsah gegenwärtig für eine Person 62 M. pro Monat. Dazu kommt noch eine kleine Anrechnung für Wäsche (Selbstkosten).

Das Bürgerheim hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens als eine sehr segensreiche Einrichtung erwiesen. Es ist immer voll besetzt und stets sind zahlreiche Aufnahmeanträge vorgemerkt.

Städtische Armenverwaltung

Ueber die Entstehung der „Städt. Armenverwaltung“ (früher Armenpflege) ist das Nähere schon oben (Ziffer 1) ausgeführt.

Bis zum Weltkrieg war die gesamte öffentliche Armenfürsorge bei ihr zusammengefaßt.

Die besonderen Notstände, die während des Kriegs und in der Nachkriegszeit hervortraten, riefen auch besondere Organisationen auf den Plan. Teils waren es Einrichtungen der Privatwohlthätigkeit unter Beteiligung der Organe der Armenpflege (städtischer Hilfsausschuß), teils waren es neue, durch Reichsgesetz ins Leben gerufene Ämter der sogenannten „gehobenen Fürsorge“ (Kriegsfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Bezirksfürsorgestelle — später „Bezirksfürsorgebehörde“ — für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, das Jugendamt und das städt. Wohlfahrtsamt, letzteres als städtische Zweigstelle der Bezirksfürsorgebehörde zur Betreuung der bedürftigen Kleinkapitalrentner und Sozialrentner). Hierüber wird soweit es sich um städtische Einrichtungen handelt, an anderer Stelle berichtet werden.

Ueber die Tätigkeit der Armenpflege, jetzt städt. Armenverwaltung, gibt nachstehende Uebersicht einigen Aufschluß, soweit dies in Zahlen sich ausdrücken läßt.

	Aufwand		
	1898	1914	1926
Offene Fürsorge: (Barunterstützungen, Hauszins pp.)	= 4800 M.	6 000 M.	4 600 M.
Geschlossene Fürsorge, (Anstaltskosten pp.)	= 6 100 M.	13 700 M.	14 400 M.
Sonstiges	= 1 900 M.	3 700 M.	2 600 M.
Zusammen	= 12 800 M.	23 400 M.	21 600 M.

Zu den Zahlen von 1926 ist zu bemerken, daß durch die schon erwähnten, nach dem Krieg neu ins Leben getretenen Wohlfahrtseinrichtungen gewisse Kreise Hilfsbedürftiger, die früher von der Armenpflege versorgt worden sind, (z. B. die Sozialrentner, die Jugendlichen pp.) in die gehobene Fürsorge übernommen wurden.

Die Aufwendungen für die verschiedenen Armen- und sonstigen Anstalten (städt. Krankenhaus, Gutleuthaus, Familienheim und Seelhaus) sind bei den obigen Zahlen nicht berücksichtigt.

Das „Städt. Krankenhaus“, im Jahre 1909 mit erheblichem Bauaufwand im früheren „Spital“ eingerichtet, wurde dort bis zum Jahre 1923 betrieben. Es erforderte jedes Jahr einen erheblichen Zuschuß.

Durchschnittlich war das städt. Krankenhaus mit 28—29 Personen belegt. Doch war der Krankenstand sehr schwankend. Im Sommer sank er manchmal auf 14—15 Kranke. Während des Krieges, als die Universitätskliniken sehr stark mit kranken und verwundeten Soldaten belegt waren, wurden viele Civilkranke dem städt. Krankenhaus zugewiesen. In dieser Zeit stieg die Krankenzahl bis auf 65 Personen, wobei allerdings die vorhand. Räume viel zu eng belegt werden mußten.

Das Gutleuthaus, (das alte Feldschießenhaus) ist eine uralte Einrichtung. Sein Charakter hat sich im Laufe der Zeit sehr erheblich gewandelt. Früher eine Unterkunftsstätte für Personen mit ansteckenden Krankheiten, wurde es später als Anstalt für Gebrechliche, namentlich auch für Geisteschwache benützt. Im Jahre 1909, als der „Spital“ für Krankenhauszwecke umgebaut wurde, nahm es die früher dort untergebrachten „Spitaliten“ auf. Dadurch war eine Erweiterung (Ausbau des Dachstods) nötig geworden.

Bei dieser Gelegenheit wurde es auch sonst gründlich verbessert. Es macht nun einen zwar einfachen, aber durchaus freundlichen Eindruck. Alle Räume sind tadellos reinlich gehalten. Es wird seit Jahren von Hilfsbedürftigen auch aus solchen Kreisen gerne aufgesucht, die sich früher ihm ferngehalten hatten.

Im Jahr 1898 zählte das Haus nur 29 Insassen; 1914 waren es bereits 41—42. In den letzten Jahren wurden ständig 54—56 Personen beherbergt. Es ist allerdings damit auch fast voll besetzt.

Städtisches Jugendamt von Jugendrat Sehle

Das hiesige Jugendamt verdankt seine Entstehung, wie alle Jugendämter Württembergs, dem württ. Jugendamtsgesetz vom 8. Oktober 1919, das später durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (R.J.W.G.) vom 9. Juli 1922 ersetzt worden ist. Wenn anderwärts der Errichtung des Jugendamts zum Teil ernstliche Schwierigkeiten entgegengesetzt wurden, so war dies hierorts bis zu einem gewissen Grad anders. In Tübingen ist nämlich schon vor dem Krieg die Bestellung eines Berufsvormunds ins Auge gefaßt worden, 1917 ist auch grundsätzlich beschlossen worden, nach Kriegsende die Berufsvormundschaft einzuführen. Der Beamte sollte jedoch nur nebenamtlich tätig sein und in der Hauptsache nur die Vormundschaften von den sogenannten Klinikkindern, d. h. von den in der Frauenklinik unehelich geborenen Kindern führen, während die eingangs erwähnten Gesetze der Tätigkeit des Jugendamts ein erheblich weiteres und höheres Ziel steckten.

Nach dem Jugendamtsgesetz war jede Amtsförperschaft zur Einrichtung eines Jugendamts verpflichtet. Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern durften jedoch ein eigenes Jugendamt errichten. Von diesem Recht machte die Stadtverwaltung Gebrauch, wobei sie sich aber zum Anschluß der Bezirksgemeinden bereit erklärte, der dann auch vom Ministerium des Innern mit Erlaß vom 3. März 1919 Nr. 1 138 versüßt wurde.

Zur Durchführung der Aufgaben der öffentlichen Jugendfürsorge wurde in der Folge gemäß Art. 184 der Gemeindeordnung zwischen der Stadtgemeinde Tübingen und den Landgemeinden des Oberamtsbezirks Tübingen ein Gemeindeverband gegründet, dessen Rechtsverhältnisse durch eine besondere Satzung geregelt wurden, welche die Genehmigung der Kreisregierung Reutlingen erhielt (Erlaß vom 16. Dezember 1920 Nr. 8835).

Außerdem ist durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des Jugendamts vom 19. Juli 1924 eine Jugendamtsatzung aufgestellt worden, welche nähere Bestimmungen über die Geschäftsführung des Amtes enthält, vorläufig aber nur provisorischen Cha-

rakter trägt, da die württ. Ausführungsbestimmungen zum R.J.W.G. noch fehlen.

Das hiesige Jugendamt hat seine Tätigkeit am 1. Dezember 1920 aufgenommen.

Die

Aufgaben

des Amtes sind in Art. 3 und 4 des württ. Jugendamtsgesetzes und in § 3 und 4 des R.J.W.G. festgelegt. Sie hier voll zu würdigen, ginge zu weit. Es sollen daher nur die wichtigsten Gebiete kurze Erwähnung finden.

An erster Stelle sind zu nennen die

Amtsvormundschaften

die in hiesiger Stadt durch die vielen unehelichen Geburten in der Frauenklinik besonders zahlreich anfallen. Im Herbst 1922 führte das Jugendamt 480 Vormundschaften einschließlich einiger Pflegschaften von ehelichen Kindern; die Zahl wuchs ständig und zwar 1923 auf 500, 1924 auf 572, 1925 auf 681 und 1926 auf über 700, ohne die das Jahr über angefallenen und erledigten Vormundschaften von Klinikkindern, die, im Jahre 1926 rd. 300 an der Zahl, nach kürzerer oder längerer Zeit einem anderen Jugendamt, meist dem Heimatjugendamt übergeben werden konnten. Hier macht das Jugendamt für die Regel nur die einleitenden Schritte, es stellt die Verhältnisse der Kindsmutter und des angeblichen Kindsvaters fest, verhandelt mit demselben wegen Anerkennung der Vaterschaft und Bezahlung der Unterhaltsrente und erhebt nötigenfalls Klage auf Unterhalt. Im ganzen hat sich sonach z. Zt. das Jugendamt mit rd. 1000 Vormundschaften zu beschäftigen.

An Mündelgeldern gingen ein: 1924 18 000 M., 1925 30 000 M., 1926 46 500 M.; daneben sind noch in zahlreichen Fällen, d. h. überall da, wo die Zahlungen ordnungsmäßig eingehen, die Renten direkt an die Kindsmutter bezahlt worden. Die Tätigkeit des Amtsvormunds beschränkt sich nicht bloß auf die Beitreibung der Unterhaltsrenten, es hat der Vormund vielmehr den Mündel in allen Vermögensangelegenhei-

ten zu vertreten, auch der Mutter nötigenfalls beizustehen, der gegenüber er die Stellung eines Beistandes einnimmt.

In engem Zusammenhang mit der Vormundschaftsführung steht die

Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige,

welche das Jugendamt seit Inkrafttreten der Reichsfürsorgeverordnung im Auftrag der Bezirksfürsorgebehörde ausübt. Auch hier machen sich die klinischen Einrichtungen und das Säuglingsheim recht bemerkbar. Ein guter Teil der unehelichen Kinder, die in der Frauenklinik geboren werden, wird gleich hilfsbedürftig, und es hat daher der hiesige Bezirksfürsorgeverband sofort helfend eingzugreifen. Auch für hilfsbedürftige Minderjährige, die in anderen Kliniken Aufnahme finden, hat der hiesige Bezirk vorläufig zu sorgen. Soweit Tübingen nicht endgültig verpflichteter Fürsorgeverband ist, werden die Aufwendungen zwar von dem endgültig verpflichteten Verband wieder ersetzt, aber das Jugendamt hat die nicht einfachen Feststellungsarbeiten zu leisten, es muß sich vielfach mit den Fürsorgebehörden herumstreiten, und es muß vor allem der hiesige Bezirksfürsorgeverband das Geld vorschießen. An neuen Unterstützungsfällen sind angefallen: 1924 109, 1925 200 und 1926 293, wovon 60—70 Prozent auf auswärtige Fürsorgeverbände entfallen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Bekämpfung der Tuberkulose hingewiesen, der sich das Jugendamt und die Bezirksfürsorgebehörde in besonderem Maße annimmt. Für die Ueberwachung und Betreuung der Kranken hat das Jugendamt seine Fürsorgerin zur Verfügung gestellt.

Im **Kost- und Pflegekinderwesen** spürt man ebenfalls die erwähnten klinischen Einrichtungen insofern, als viele Pflegekinder im hiesigen Bezirk untergebracht werden. Gemeldet sind 50, doch sind sicherlich noch mehr vorhanden. Im allgemeinen sind die Kinder gut aufgehoben. Zum Einschreiten ist selten Anlaß gegeben. Die Aufsicht üben die Bezirksfürsorgerin und die ehrenamtlichen Damen in Stadt und Bezirk aus.

Die **Schulaufsicht und Fürsorgeerziehung** bereitet manche Sorgen und Unannehmlichkeiten. Es handelt sich hier, wenigstens bei der Fürsorgeerziehung, immer um einen schweren Eingriff in das Familienleben und in die Privatrechtsphäre der Ein-

zelnen. Die zwangsweise Wegnahme eines Kindes vom Elternhaus bleibt daher auf den äußersten Notfall, wenn alle anderen Erziehungsmittel versagen, beschränkt. Erfreulicherweise ist man vor diese Notwendigkeit im hiesigen Bezirk nicht sehr häufig gestellt. Im vergangenen Rechnungsjahr 1926 waren es 12 Fälle. Unter Schulaufsicht (die Voretappe der Fürsorgeerziehung) befindet sich allerdings eine größere Zahl, wie auch vom Jugendamt z. Bt. 25 Fürsorgezöglinge, die im hiesigen Bezirk untergebracht sind, zu überwachen sind.

Die **Jugendgerichtshilfe**, die im gewissen Zusammenhang mit dem vorerwähnten Kapitel steht, wird hier im Auftrag des Jugendamts von der Tübinger Vereinigung für Jugendgerichtshilfe und Jugendfürsorge wahrgenommen, doch gewährt das Jugendamt einen Beitrag, auch nimmt es an den Sitzungen der Vereinigung teil.

Im Bezug auf **Mutterschutz, Wohlfahrt für Säuglinge und Kleinkinder**

— der eigentlichen Domäne der Bezirksfürsorgerin — geschieht im hiesigen Bezirk ziemlich viel. In allen größeren Gemeinden des Bezirks finden **Mütterberatungsstunden** statt, die in wachsendem Maße besucht werden. In Tübingen ist diese Einrichtung mit der Kinderklinik verbunden, die auch für die Beratungsstunden in Lustnau und Derendingen einen Arzt entsendet. Ferner werden seit einigen Jahren in Stadt und Bezirk von der Bezirksfürsorgerin **Mütterabende** abgehalten, die immer recht gut besucht sind.

In den letzten Jahren wurden auch **Lebensmittel (Mütterpakete)** an bedürftige werdende oder stillende Mütter abgegeben.

Die Bezirksfürsorgerin besucht so oft, wie möglich, Mütter, Säuglinge und Kleinkinder. Sie beobachtet den Gesundheitszustand auch bei den öffentlichen Impfungen und den Schuluntersuchungen, notiert Beanstandungen und sucht sie zu beseitigen.

Außerdem werden in großer Zahl **Säuglingsfibel** und sonstige **Druckschriften** abgegeben. Wenn die Säuglingssterblichkeit allgemein erheblich zurückging, so ist das zu einem guten Teil auf die **Aufklärungsarbeit** in Wort und Schrift zurückzuführen.

Wohlfahrt der schulpflichtigen Jugend.

Hier handelt es sich vor allem um die **Erholungsfürsorge**, die hauptsächlich als Folge der schlechten

Ernährung während des Kriegs und der Inflationszeit nötig wurde. Einige Jahre wurden viele Kinder auf den Heuberg verschickt, 1922 allein 250. In den folgenden Jahren wurden wegen Mangels der nötigen Mittel nur wenige Kinder in auswärtigen Heimen untergebracht, während man 1925 wieder 116 und 1926 102 Kinder verschickte. Die Kosten wurden in der Hauptsache von den Eltern und der Krankenkasse getragen.

Eine große Rolle spielten bei uns immer die örtlichen **Solbadkuren** im Uhlbad, die während des Krieges vom Nationalen Frauendienst begonnen, vom Bezirkswohlfahrtsverein unterstützt und später vom Jugendamt fortgeführt wurden. An diesen Kuren, die von Fräulein M. Hochstetter hier trefflich geleitet wurden, nahmen teil: 1923 250, 1924 250, 1925 150 und 1926 97. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kinder hat sich in den letzten Jahren gottlob wesentlich gebessert, weshalb man jetzt in der **Erholungsfürsorge** trittreten kann.

Eine große Wohltat für die Jugend waren die **Kinderspeisungen**, die mit Hilfe der amerikanischen Quäker sowie des Reichs- und Landesauschusses für Kinderspeisungen vom Winter 1921 bis dahin 1924 durchgeführt wurden und an denen jeweils 300 bis annähernd 500 Kinder teilnahmen. Was durch dieses groß angelegte, über ganz Deutschland verbreitete Hilfswerk geleistet wurde, vom Aus- und Inland und von den vielen ehrenamtlich tätigen Hilfskräften, auch am hiesigen Platz, verdient zu allen Zeiten anerkannt zu werden. Besonders hervorzuheben sind die **Zuwendungen** des Hilfswerks der Stadt Schaffhausen, die es in Bar und Naturalien auch der Sache der Kinderspeisung zukommen ließ.

War einst vor allem der Mangel an Milch der Grund für die Kinderspeisungen, so gibt jetzt der Ueberfluß an solcher den Anlaß zur Milchabgabe in den Schulen durch die städt. Milchzentrale, wobei für bedürftige Kinder unbemittelter Eltern das städt. Wohlfahrtsamt die Kosten aufbringt. Dieser Wandel in den Verhältnissen ist dankbar zu begrüßen und wird dazu beitragen, daß die Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse der Kinder sich weiter bessern.

Was endlich die **Wohlfahrt der schulpflichtigen Jugend** betrifft, so kann hier nennenswertes nur für die weibliche Jugend geleistet werden.

Von dem Bestreben geleitet, die weibliche Jugend auf den Beruf als Hausfrau und Mutter vorzuberei-

ten, werden seit Jahren in Stadt und Land **Kurse aller Art** abgehalten, um deren Zustandekommen sich vornehmlich die Fürsorgerin bemüht. Es sind das vor allem **Koch-, Näh-, Flick- und Kinderspeisungskurse**. In verschiedenen Gemeinden hat die Fürsorgerin auch schon Unterricht in der Säuglings- und Kinderpflege an der weiblichen Fortbildungsschule erteilt. Wiederholt hat Professor Dr. Birk von der Kinderklinik winters im großen Hörsaal der medizinischen Klinik einen **Säuglingspflegetag** abgehalten. Es geschieht also heute manches, was bei den jungen Mädchen den Sinn für die Pflege der Säuglinge und Kleinkinder weckt und fördert und was sie für den Hausfrauenberuf vorbereitet. Die Kurse werden natürlich auch von weiblichen Personen besucht, die nicht mehr der Fürsorge des Jugendamts unterstehen.

An **besonderen Maßnahmen und Veranstaltungen**

sind zu erwähnen die **Weihnachtsfeiern** und **Gabenbescherungen** für unsere Schutzbefohlenen, die **Ruhrkinderhilfe** 1923 (230 Kinder), die **Reichsgesundheitswoche** 1925, an deren Durchführung das Jugendamt wesentlich beteiligt war, und endlich die 1925 veranstaltete **Versammlung** der Oberamtsvorstände, Wohlfahrtsbeamten usw. von hier und Umgebung über die Frage des Lichtbilds und Films im Dienste der Gesundheitspflege. Auch darf auf die Bemühungen um Errichtung von **Kleinkinderschulen** und Anstellung von **Gemeindefachweibern**, soweit es hieran fehlt, hingewiesen werden. Erwähnenswert sind noch die **Nähnachmittage**, an denen den Winter über eine Anzahl Tübinger Frauen für bedürftige Kinder **Erstlingswäsche** und **Kleidungsstücke** anfertigt aus Stoffen, die man meistens geschenkt bekommt.

Ueber die **Organisation**

des Jugendamts ist zu sagen, daß die Leitung gesetzmäßig der Jugendkommission zukommt, die aber naturgemäß sich nur mit allgemeinen Fragen befassen kann und daher die Beratung von Einzelfällen einem kleineren Ausschuss übertragen hat. Die ökonomische Verwaltung und Bewilligung der Mittel steht dem Verwaltungsausschuss des Jugendamts zu. (Vor.: Oberbürgermeister Dr. Haußer).

Zur Bearbeitung der laufenden Geschäfte besteht ein Büro, in welchem tätig sind: ein Geschäftsführer, ein Obersekretär und eine Schreibgehilfin; die beiden

ersteren sind weithin auch für das Arbeitsamt tätig, das mit dem Jugendamt verbunden ist. Für den Außendienst ist eine Fürsorgerin angestellt. Der Vorsitzende der Jugendkommission (bis Sommer 1923 Stadtpfarrer Schlatter und von da an Stadtpfarrer Sid) überwacht den Geschäftsgang. Wertvolle Dienste leisten auch die örtlichen Vertreter und die freiwilligen Helfer und Helferinnen, ohne die das Amt nicht bestehen könnte.

Schlußbetrachtung.

Die Wohlfahrtsämter dürften durch ihre seitherige Tätigkeit die Stimmen, die sie geringschätzig als „Revolutions- oder Inflationseinrichtungen“ bezeichneten, im großen und ganzen zum Schweigen gebracht haben. Das Jugendamt war in der Not der Zeit, aus der es geboren, eine Waffe zur Bekämpfung der seelischen und körperlichen Folgen von Krieg, Hungerblockade und Geldentwertung. Es sei nur erinnert an die Kinderfütterungen, Solbadkuren und die sonstige Erholungsfürsorge, denen viele unserer Kinder es zu danken haben, daß sie die schweren Zeiten leidlich überstanden, ohne zu verelenden. Die Tätigkeit des Jugendamts galt und gilt dem kommenden Geschlecht, der heranwachsenden Jugend. Natürlich kann man nicht erwarten, daß ein Amt und vollends ein so bescheidenes, wie das Jugendamt, die ungezogenen und verlotterten jungen Menschen unverzüglich wieder gesittet und brauchbar macht.

Direkt erzieherisch vermag das Jugendamt auch nur geringen Einfluß auszuüben. Diese Aufgabe liegt nach wie vor erstlinig bei den Eltern und Vormündern, dann, wie bisher, bei Lehrern, Geistlichen und Vereinen der Jugendpflege. Schon seine geringen Geldmittel und seine wenigen Hilfskräfte schränken die Tätigkeit des Jugendamts ein, es kann und muß jedoch die Familienerziehung, die viel weitergehend als früher versagt, wenigstens da unterstützen, wo offensichtliche Mängel zu Tage treten; nötigenfalls ist hier im Wege der Fürsorgeerziehung einzuschreiten. Seine offiziellen Aufgaben liegen im übrigen, wie oben dargelegt, in der Wahrung der Rechte von unehelichen Kindern, Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, Mutterchutz, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge usw.; es sind das durchweg Bestrebungen zur *Förderung* des leiblichen und geistigen Wohles der heranwachsenden Generation.

Ein Beweis für die Wirksamkeit des Jugendamts und daß es sich eingelebt hat dürfte auch darin zu sehen sein, daß im hiesigen Bezirk eine sich vergrößernde

Zahl jugendfreundlich eingestellter Männer und Frauen freudig mithilft. Auch erhält das Amt freundliche Zuwendungen aller Art (Geld, Lebensmittel, Kleider) und wird in manchen, die Jugend direkt oder indirekt berührenden Angelegenheiten zu Rate gezogen.

Wer einwendet, daß man doch früher auch ohne Jugendämter ausgekommen sei, hat sich noch keine Gedanken darüber gemacht, wer dann, wenn diese Ämter nicht mehr da wären, die verschiedenen Aufgaben der Jugendfürsorge übernehmen würde und könnte, von denen niemand im Ernst wird behaupten wollen, daß sie unwichtig seien. Er übersieht auch, daß in Vorkriegszeiten die Lage wesentlich weniger verworren war als jetzt. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse waren besser, das Volk stand sittlich und religiös höher und die militärische Ausbildung gab gleichzeitig eine Erziehungsschule für den jungen Mann ab. Man muß daher heute manches tun, was früher nicht nötig war. Vor allem muß man bei dem allgemeinen Geburtenrückgang, wie er jetzt auch in Deutschland zu beobachten ist, sich bemühen, die jungen Menschen, die einmal da sind, zu erhalten und sie zu einem brauchbaren Geschlecht heranzuziehen.

Die Regierungen von Reich und Land sehen dies weitgehend ein und erlassen daher durch ihre Organe ein Gesetz um das andere zum Schutze der Jugend. Genannt seien nur das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten, denen noch verschiedene andere, die erst im Entwurf vorliegen, nachfolgen werden.

Gesetze allein machen es jedoch nicht; es hängt alles von der Durchführung derselben ab. Daß dies in richtiger Weise geschieht, muß ernstlich überwacht werden, und dazu ist auch das Jugendamt berufen. Man steht da im Kampfe gegen die Verderber: Alkohol, Nikotin, Kino, Schundliteratur usw., also gegen zahllose — auch sacht ansiehende Feinde, gegen die nur dann etwas auszurichten ist, wenn alle Menschen, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, zusammenhelfen.

Möge die Tätigkeit des Jugendamts, die der körperlichen, religiösen und sittlichen Erziehung unserer Jugend gilt, auch künftighin die nötige Unterstützung finden. Dann wird sie auch Erfolg haben.

Das kirchliche Leben 1877—1927

Das evang.-kirchliche Leben

Daselbe ist im obigen Zeitraum stark beeinflusst worden einerseits durch Persönlichkeiten: Frühprediger und Seelsorger wie Professor Beck, Kübel, Kauffsch, Wurster, Dekan Sandberger, Dekan Eisfäher, Stadtpfarrer Demmler und Römer (um nur Verstorbene zu nennen); und andererseits durch wirtschaftliche Verhältnisse und politische Ereignisse: den ungeahnten wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands nach 1871 und den Weltkrieg mit seinen Folgeerscheinungen. Wirtschaftliche Blüte wirkt meist erschöpfend und verflachend aufs kirchliche Leben; Notzeiten dagegen wecken und sammeln zum Beten und Helfen. Die ganze Zeitlage und die mit unerhörter Wucht hereinstürzenden Ereignisse drängten nach stärkerer, nachdrücklicherer und ausgedehnterer kirchlicher Betätigung, Zusammenfassung und Durchdringung der Gemeinde und ihres kirchlichen Lebens mit kirchlichen Vereinen und neuen Einrichtungen, Vermehrung, Belebung und Verschönerung der Gottesdienste, eindringlicherer und vielseitigerer Darbietung des Evangeliums, Errichtung neuer Pfarrstellen und Gotteshäuser, energischer Sammlung in Vereinen und Gemeinschaften, Förderung der kirchlichen und sozialen Liebestätigkeit, zweckmäßigerer Verteilung der Seelsorge, reichlicherer Beziehung der Laienwelt zur kirchlichen Mitarbeit. Auch das rasche Anwachsen der Bevölkerungszahl auf mehr als das Doppelte (1877: 8000, 1927: 16 000 Evang.), dazu die uneinheitliche Schichtung der Gemeinde mit ihren fast auseinanderfallenden Kreisen (Akademiker, Beamte, Bürger, Weingärtner und Industriearbeiter, Militär) nötigte zu nachdrücklicher Steigerung der kirchlichen Arbeit in die Breite und Tiefe.

1. Das kirchliche Leben einer Gemeinde, welche so stark wie Lübingen ihr ganzes Gepräge von der Univerſität erhält, wird von dieser Einwirkung aus begreiflichen Gründen vielfach nachteilig beeinflusst: Dozenten und Studenten pflegen überwiegend dem kirchlichen Leben ohne innere Einfühlung gegen-

über zu stehen und von den kirchlichen Einrichtungen keinen lebhaften Gebrauch zu machen. Auch Angehörige anderer Kreise haben vielfach eine ähnliche kirchliche Einstellung. Immerhin dürfte der Pfarrgemeinderat schon 1885 betonen, daß der kirchliche Sinn in der Gemeinde sich wieder mehr gehoben habe. Auf dieser aufsteigenden Linie ist es seither geblieben.

2. Bei den Gottesdiensten gab es zahlreiche Änderungen: Verlegung der Sonntagsnachmittagsgottesdienste auf 5 Uhr (im Hochsommer 8 Uhr), Abschaffung der längst überlebten Donnerstagspredigten (1912) sowie der schwach besuchten Gottesdienste an 8 Feiertagen (1912), nachdem schon seit 1910 an denselben der Schulunterricht nicht mehr eingestellt wurde. Dagegen wurden neue Gottesdienste eingerichtet: für Schwerhörige und Gebrechliche in der Stiftskirche (1914), fürs Militär in der Spitalkirche (1896), später in der Eberhardskirche; Bibelstunden in der Eberhardskirche (1911); Andachten allsonntäglich im Bürgerheim (1924) und allmonatlich im Gutleuthaus (1926); Weihnachtsfeiern für die „Brüder von der Landstraße“ im Anker (1882), später in der Herberge zur Heimat; Gottesdienste zur Eröffnung des Konfirmandenunterrichts (1917), Passionsandachten in der Stiftskirche (1911), Silvestergottesdienste in der Spitalkirche (1907) und Eberhardskirche (1911); Gottesdienste für die konfirmierte Jugend (1919). Eine nachhaltige Vermehrung der Gottesdienste brachte das Evang. Vereinshaus und besonders die Erbauung der Eberhardskirche (1909—11). Ein Versuch, die hier von je nicht üblichen Sonntagschriftenlehren einzuführen (1892), mußte wieder aufgegeben werden (1907). Im Jahre 1899 wurde das Mitternachtsläuten an Silvester eingeführt. Die Gottesdienste wurden durch reichlichere Liturgie, besonders an den Festtagen (1908), durch vermehrten Gemeindegesang und Chorgesang (1921) und besonders auch durch Heranziehung des im neuen Gesang- und Choralbuch (1912) dargebotenen wertvollen alten Liederguts belebt und verschönt, namentlich durch die zielbewußte Tätigkeit des Kirchen-

musikdirektors Gölz, welcher, im Jahre 1919 zum Musiklehrer im Stift und zum Organisten und Chorleiter in der Stiftskirche gewählt, auch durch monatliche Geistliche Morgenmusiken und Konzerte in der Kirche der Gemeinde die Schätze der alten und neueren kirchlichen Tonkunst aufschloß. Die Zahl der Abendkommunionen wurde vermehrt (1925), auch am Erntedankfest die Altäre der drei Kirchen mit reichen Gaben von Gärten, Feldern und Kaufläden für die Armen geschmückt (1923). — Das frühere tägliche Choralblasen auf dem Stiftskirchenturm wurde (1922) wegen der Teuerung auf die Sonntage beschränkt und vom Bläserchor des Christlichen Vereins junger Männer übernommen. — Evangelisationen wurden hier abgehalten durch die Evangelisten Schrenk (1894), Sam. Keller (1905) und Zimmermann (1924), sowie von der freikirchlichen Zeltmission (1906 und 1914). — Die im Krieg auf dem Gottesacker veranstalteten Gedächtnisfeiern für die Kriegsgefallenen fanden seitens der Gemeinde so lebhaftige Beteiligung, daß sie zu allgemeinen Totengedächtnisfeiern erweitert, mit dem vaterländischen Gefallenengedenktage verbunden, dauernd auf den „Totensonntag“ verlegt und (1926) von der evang. und kath. Gemeinde zusammenbegangen wurden. — Ein Evang. Gemeindeblatt, 1915 begonnen und den Ausmarschiertern ins Feld gefandt, hat sich in der Gemeinde fest eingebürgert und verzeichnet in seinem örtlichen Teil alle kirchlich wichtigen Ereignisse in der Gemeinde.

3. Erwähnt muß hier werden auch das Ende des Pauper-Instituts, dessen Ursprung wohl bei den Kantorschülern der hier (um 1474) bestehenden Salve-Brüderschaft zu suchen ist. Dessen 16 Pauperes sangen hier vor den Häusern jeden Donnerstag morgen und in der Weihnachtszeit einige Wochen lang abends, auf Bestellung auch bei Beerdigungen. Ihr treuherziger Gesang, bei allen alten Tübingern beliebt und geschätzt, hörte mit dem Altwerden und Sterben des „Pauperpräkten“ Schlegel auf (1902). Die Bestellung eines Nachfolgers konnte das Pauperesingen nur auf wenige Jahre noch einmal beleben; 1909 wurde die Einrichtung vom Gemeinderat in Stiftungsangelegenheiten endgültig aufgehoben; doch behielt sich der Kirchengemeinderat vor, sie zu gegebener Zeit in neuerer Form als kirchlichen Schülerchor wieder ins Leben zu rufen. Ein hiefür gesammelter Grundstock ist der Inflation zum Opfer gefallen.

4. In den letzten 50 Jahren ist Tübingen aus einem Landstädtchen mit 9000 Seelen, in welchem noch 1884 vom Pfarrgemeinderat das Schnattern der Gänse vor der Spitalkirche während des Gottesdienstes beklagt

werden mußte, zu einer Stadt von über 20 000 Einwohnern, darunter über 16 000 Evang., herangewachsen. Dies erforderte eine Vermehrung der geistlichen Kräfte, der Gotteshäuser und der kirchlichen Vereinigungen. Für die Seelsorge an den Kliniken wurde (1896) unter Aufhebung des Stadtvikariats eine vierte Stadtpfarrstelle errichtet; ferner 1911 eine erste Stadtpfarrstelle an der Eberhardskirche, zu welcher 1921 noch eine zweite kam, erstere zugleich mit Wahrnehmung der Militär- und Polizeiwahl-Seelsorge (1920) betraut, letztere zugleich zur Mithilfe bei den Übungen der theologischen Predigeranstalt und zur wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragen der Religionspädagogik. Die Bestellung eines Stadtmissionars wurde 1904 erwogen, aber wieder fallen gelassen, dagegen vom Kirchengemeinderat 1925 zur Beihilfe in der geistlichen Gemeindegemeinschaft ein Gemeindegemeinschaftler angestellt. — Die bei der räumlichen Ausdehnung der Stadt dringend notwendige Einteilung der Gemeinde in Seelsorgebezirke wurde 1892 eingeleitet, 1905 verbessert und 1908 endgültig (in 4 Bezirke) festgelegt.

5. Von den Gotteshäusern wurde die Spitalkirche 1885/86, ebenso die der Predigeranstalt zugewiesene Schloßkirche 1886 gründlich erneuert, in der Stiftskirche 1890/91 Niederdruckdampfheizung, in der Spitalkirche 1891 Gasheizung, auch in beiden Kirchen statt der bisherigen Gasbeleuchtung elektrische Beleuchtung (1925 bzw. 1927) eingerichtet, in der Stiftskirche die Orgel (1883) und die Orgel selbst (1913 u. 1921) erweitert und verbessert, ebenso die Spitalkirchenorgel (1913). Die Friedhofspflege erstellte 1894 auf dem Friedhof eine Kapelle. Für die „Industrievorstadt“ auf dem rechten Neckarufer wurde 1909/11 die Eberhardskirche mit 770 festen Sitzplätzen (Bauaufwand 80 100 Mk.) nebst Pfarrhaus von Architekt M. Essfäher erbaut und am 26. Februar 1911 eingeweiht. — Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Erstellung einer katholischen Stadtpfarrkirche beim Konvikt (1876/78), der israelitischen Synagoge (1882), der methodistischen Salemskirche (1885) für die „Evang. Gemeinschaft“, sowie eines Gemeindehauses in der Poststraße für die Baptistengemeinde, auch die Erstellung einer Leichenhalle durch die Stadtverwaltung in der alten Spitalkirche (1912).

6. Das evangelische Vereinswesen blühte besonders kräftig empor. Zur bisherigen kirchlichen Knaben- und Mädchen-Sonntagschule (1869), dem Jünglingsverein (1863), der als „Christlicher Verein junger Männer“ (1902) im Jahre 1905 im Evang. Vereinshaus ein schönes Heim und 1907 einen Ber-

einsgarten mit lustiger Halle bekam, ferner zum Jungfrauenverein (1894) jetzt „Evang. Mädchenkreis“, dem Gustav-Adolf-Verein und Gustav-Adolf-Frauenverein und mehreren Missionsvereinen kamen in unserer Periode als neue Vereinsgründungen hinzu: Der Evang. Bund (1883), die Ortsgruppe des deutsch-evang. Frauenbundes (Gründungen desselben: das Blaukreuz-Kaffee- und Speisehaus in der Uhlandstraße, das Charlottenhaus in der Wöhrdstraße zur Beherbergung weiblicher Durchreisender; die monatlichen „Mütterabende“); der Verein Freundinnen junger Mädchen mit Bahnhofmission zur Betreuung durchreisender Mädchen, der Blaukreuzverein (1900), der Hilfsverein für ärztliche Mission (1909), der Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz, der Schüler-Bibelkreis („S.K.“); besonders der Evang. Verein, welcher das von Frau Professor Froriep gekaufte Gasthaus zum „Waldhorn“ übernahm und zu einem „Evang. Vereinshaus“ mit Hospiz und alkoholfreiem Speisehaus umbaute (1905); und der „Evang. Volksbund“ (1919), der unter der Leitung von Professor Volz der Evang. Gemeinde ein sehr wertvoller Mitarbeiter auf kirchlichem und werktätigem Gebiete geworden ist. Vom Kleinkinderschulverein wurden freundliche Schulgebäude in der Rappstraße (1907) und Paulinenstraße (1912) erbaut, von paritätischer Seite das Säuglingsheim (1912) aus Mitteln der König Wilhelm-Jubiläumsspende an Stelle des früheren Säuglingshorts. Dagegen fiel die in der alten Zehntscheuer (1912) eingebaute Kinderkrippe der Kriegsnot zum Opfer. — Der vielseitige Wunsch nach Einrichtung eines evang. Gemeindehauses mit großem Versammlungssaal, Zimmern für Konfirmandenunterricht, Jugendvereine und Fremdenbeherbergung ließ sich noch nicht verwirklichen: ein angekaufter Grundstock, zu welchem eine Stiftung von Frau Karoline Zahnenbenz den Grund gelegt hatte, wurde durch die Inflation entwertet. Neue, tatkräftige Anläufe sind gemacht; es ist zu hoffen, daß sie in nicht zu ferner Zukunft zum Ziele führen. — Der evang. Herbergsverein (1886) hat für die Wanderer, die früher im „Anker“ ihr Quartier fanden, eine „Herberge zur Heimat“ (1886), verbunden (1909) mit einer Wanderarbeitsstätte, errichtet. — Von Gründungen mit spezifisch evangelischem Charakter seien noch besonders genannt die blühende „Deutsche christliche Studentenvereinigung“ (D.C.S.V.), die sich am Oesterberg ihr Heim mit schönen Versammlungsräumen erbaut hat; die „Deutsche christliche Vereinigung studierender Frauen“ (D.C.V.S.F.) und die ärztliche Mission, die sich das „Deutsche Institut für ärztliche Mission“ mit Schwesterheim

(1909) und noch zum Beginn des Weltkriegs ein Tropengeneesungsheim und Kindergeneesungsheim in vorbildlicher Weise erstellt hat. — Ein im Jahr 1880 ins Leben gerufener „Privatwohltätigkeitsverein“ ging nach dem Krieg wieder ein, nachdem er sein ganzes Kapitalvermögen eingebüßt hatte, während der auf neutraler Grundlage (1908) gegründete Bezirkswohlfahrtsverein sich durch die Notjahre durchgeschlagen hat.

7. Die Evangelische Gemeindefrankenpflege wurde längere Zeit von einem Diakonissenkomitee geleitet, welchem eine von der städtischen Armenpflege unterhaltene Diakonissenstation in der Poliklinik und im Spital mit zusammen 5 Stuttgarter Diakonissen unterstellt war (1894). Mit der Umwandlung des Spitals in ein städtisches Krankenhaus (1909) wurden 5 Haller Diakonissen berufen und im Spital stationiert: 2 für die Pflinglinge des Krankenhauses, 3 für den Gemeindegemeinschaft (1910), letztere dem Kirchengemeinderat unterstellt und ihre Zahl von ihm auf 4 erhöht; wozu noch eine Hauschwester zur Beforgung des Haushalts kranker oder überanstrengter Hausfrauen gekommen ist (1925). Sämtlichen Gemeindegemeinschaftern wird von der Kirchenpflege unentgeltliche Verpflegung durch die Schwestern gewährt, so jedoch, daß von den vermöglicheren Kranken eine freiwillige entsprechende Vergütung erwartet wird. (Nehlich hat die auf 4000 Seelen angewachsene kath. Gemeinde eine mit 4 barmherzigen Schwestern besetzte Krankenstation).

8. Kirchliche Gemeinschaften, Freikirchen und Sekten. Zu der altpietistischen, später gemäßigten Hahn'schen Gemeinschaft, welche sich seit 1888 auf dem Föhrberg versammelt, sind neuerdings zwei weitere Gemeinschaften gekommen: diejenige des „Süddeutschen Brüderbunds“ (1904; Leiter Gebrüder Brüllinger), eine Frucht der Zeltmission; und sodann 1925 eine Abzweigung der Föhrberg-Gemeinschaft in der Eberhardsvorstadt, hauptsächlich für die Gemeinde der Eberhardsvorstadt. — Von Freikirchen sind, etwa mit dem Beginn unserer Berichtsperiode, zwei in unserer Gemeinde aufgetreten: Die methodistische „Evangelische Gemeinschaft“, welche sich in der Salemskirche ein eigenes Gotteshaus erbaut hat, und die Baptistengemeinde (mit Haus in der Poststraße). Von sektiererischen Bewegungen hatte der Swedenborgianismus 1877 Vertreter hier, ohne weiteren Boden zu gewinnen. Auch die Christliche Wissenschaft, die Russelfianer („Erste Bibelforscher“, Ammergasse 26), die Adventisten (1897: Langegasse 56) und die Anthroposophen haben hier nur bescheidenen Eingang gefunden, während die Neuapostolischen (Christophstraße 30) mit

einer ungestümen Werbearbeit eine nicht unbeträchtliche Zahl von Uebertritten erzielt.

9. In den letzten Jahrzehnten änderte sich zufolge der neueren staatlichen Gesetzgebung das Verhältnis der Kirchengemeinde zur Schule und zur bürgerlichen Gemeinde. Das früher von der Kirche im Auftrag des Staats geleistete Aufsichtsamt über die Volksschule in Gemeinde und Bezirk (Orts- und Bezirksschulinspektorat) ging auf die von der Kirche unabhängigen Organe der Schule über (1909 f.). Das Verhältnis zwischen kirchlicher und bürgerlicher Gemeinde wurde durch die Staatsgesetzgebung von 1887 und von 1919 bezw. 1924 neu geregelt. Die bisherigen, durch Königl. Verordnung von 1851 eingeführten Pfarrgemeinderäte hatten die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten in der Pfarrgemeinde zu besorgen gehabt, waren aber ohne Einfluß auf die Verwaltung des Ortskirchenvermögens und hatten namentlich auch keinerlei Besteuerungsrechte. Die kirchlichen Stiftungen, Bauten, Einnahmen und Ausgaben unterstanden dem Stiftungsrat, d. h. dem durch Beziehung der Ortsgeistlichen verstärkten bürgerlichen Gemeinderat. Das etwaige Defizit der kirchl. Stiftungspflege hatte die bürgerliche Gemeinde zu decken. So war, trotz der stets entgegenkommenden Haltung der bürgerlichen Kollegien zur Kirche, die Tätigkeit des Pfarrgemeinderats gesetzlich sehr beschränkt und einseitig und daher die Teilnahme bei den Wahlen seiner Mitglieder ganz gering (nie kamen mehr als 60 Wähler zur Urne). Der hiesige Pfarrgemeinderat hat bis zu seiner letzten Sitzung (16. Juli 1889) sorgfältig und fleißig gearbeitet und in den 38 Jahren seines Bestehens 310 Sitzungen gehalten. — Das neue Staatsgesetz vom 14. Juni 1887 veranlaßte die Auscheidung des Ortskirchenvermögens aus dem allgemeinen Stiftungsvermögen und übertrug die gesamte Vertretung der Kirchengemeinde dem aus den Ortsgeistlichen, ev. Ortsvorsteher, Kirchenpfleger und gewählten Mitgliedern (für hier 12) bestehenden Kirchengemeinderat, der nun also insbesondere die selbständige Verfügung über das Ortskirchenvermögen und das Recht zur Erhebung von örtlichen Kirchensteuern hatte. Die erste Wahl zum Kirchengemeinderat fand am 7. Juli 1889 statt. In der 1892 abgeschlossenen Auscheidung des hiesigen Ortskirchenvermögens erhielt die Kirchengemeinde, unter Verzicht auf die Acker, Wiesen und Waldungen der Stiftungspflege außer den 2 Kirchen ein Kapitalvermögen zugeschieden von 139 209 Mark (darunter über 80 000 Mark Einzelstiftungen, deren Zinsen für wohltätige Zwecke festgelegt waren). Die Zinsen aus den restlichen rund 60 000 Mark reichten samt den Opfer-

erträgen für die laufende kirchliche Verwaltung, bis die Erstellung einer weiteren Kirche im Industrieviertel samt Pfarrhaus aus Mitteln der Kirchenpflege zur erstmaligen Erhebung einer ortskirchlichen Steuer (1910) nötigte; sie betrug 4 % aus Einkommen und Kapital.

Die weitere, durch die Staatsumwälzung herbeigeführte Staatsgesetzgebung von 1924 fügte zum bisherigen Recht der Erhebung von Ortskirchensteuern dasjenige der Landeskirchensteuer hinzu, welche von den kirchlichen Kreisen und einsichtigen Politikern längst verlangt, aber von den Landständen und der Regierung immer wieder zurückgestellt, nun 1924, im allernachteiligsten Zeitpunkt, ins Werk gesetzt werden mußte, in welchem die Privatvermögen durch die Inflation entwertet waren, das Wirtschaftsleben die schwersten Wunden trug und daher diese ganze Neuordnung als fast untragbare Last empfunden, auch die Veranlagung der einzelnen auf vielfach sehr unklaren Grundlagen aufgebaut werden mußte. — Seit 1925 sind die Ortsvorsteher nicht mehr von Amts wegen Mitglieder des Kirchengemeinderats.

Die Neuordnung der Landeskirchenverfassung auf rein synodaler Grundlage, wodurch die Wähler viel größeren Einfluß auf die Regierung und Gesetzgebung der Landeskirche und auf die Besetzung der Pfarrstellen bekamen, brachte in die Struktur vieler Kirchengemeinden scharfe Gegensätze herein durch Ringen um die grundsätzliche Frage, ob nun die Landeskirche mehr als Volkskirche oder als Gemeinschaftskirche auszubauen sei; Gegensätze, an deren wünschenswerter Vermittlung und Ausgleichung wohl noch Jahrzehnte zu arbeiten haben werden.

10. Der Weltkrieg hat im kirchlichen Leben unserer Gemeinde die überall beobachteten kirchlichen Erscheinungen hervorgerufen: anfangs eine außerordentlich starke Welle religiöser Erhebung und Begeisterung (die allerdings nicht überall in der Gemeinde geteilt wurde) und in vielen Kreisen eine bis zum Schluß treu bewährte Dienst- und Opferbereitschaft. Und wenn auch allmählich viel unechte Gottbegeisterung erlahmte und viel Oberflächenglaube erlosch: bei der furchtbaren Novemberkatastrophe 1918 gab es in unserer Gemeinde wohl viel politisches Zusammenbrechen, auch viel religiöse Betäubung und Enttäuschung, aber doch keinen religiösen oder kirchlichen Zusammenbruch in weiteren Kreisen. Die Zahl derer war nicht gering, die gerade im unentwegten Vertrauen auf ihres Gottes Weisheit und Treue die Kraft zum Aufrechtbleiben bekamen; zum Aufrechtbleiben auch später, als die Geldentwertung fast sämtliche Privatvermögen

wegschwemmte und die Kreise verarmten, welche kirchlich am treuesten und gebefreudigsten gewesen waren, während die Neureichen das Geben noch wenig gelernt haben. Religiös gleichgültige und kirchliche Mitläufer sind teilweise abgeplüßert. Das kirchliche und religiöse Leben und Erleben selbst ist aber durch diese ungeheuren Umwälzungen nicht verarmt, sondern ge-

sie als ihr großes religiöses Gut und Erlebnis hat, durch große und kleine Kanäle in die einzelnen Gemeindefreie hineinleiten und dazu besonders auch die Laienkräfte energisch aufrufen und beziehen muß und will, damit wirkliches religiöses und fruchtbares Leben geweckt, genährt und vermehrt werde.

Dekan Faber.



Gutlenthaus

reinholt, vertieft und bereichert worden. Die politischen Parteien, von der äußersten Linken abgesehen — haben in diesen entscheidungsvollen Jahren viel Verständnis und Entgegenkommen für die kirchlichen Belange gezeigt; das darf nicht unerwähnt bleiben. —

Die vorstehende Darstellung des hiesigen kirchlichen Lebens im letzten Halbjahrhundert mußte, wenn sie ein klares Bild geben sollte, notwendig ein etwas nüchtern chronistisches Gepräge mit vielen Jahreszahlen und Einzelheiten bekommen. Sie dürfte aber zeigen, daß unsere Kirchengemeinde nicht auf dem stillen Frieden des Götterlebens und Gottgenießens ausruhen will, sondern daß sie in zielbewusster Arbeit das, was

Die kath. Pfarrgemeinde

Ihr äußeres Bild und ihr inneres Leben

1. Das Jahr 1877, das die Feier des 400jährigen Bestehens der Universität Tübingen gesehen hat, zeigt uns das Bild einer etwa 1300 Glieder zählenden kath. Gemeinde, die ein engräumiges, unzulängliches Gotteshaus hat. Wohl ist die neue Kirche eben im Bau begriffen, kommt aber erst Ende 1878 zur Vollendung. Stetig wächst die Gemeinde und ist bei Trennung des Konviktsdirektoriums und Stadtpfarramtes, das bis 1896 in einer Hand vereinigt war, auf 2400 Seelen angewachsen. Bald ist die Errichtung eines Vikariates

zur Notwendigkeit geworden, um so mehr, als im Laufe der Jahrzehnte 30 Filialien mit freilich zum Teil nur vereinzelt Katholiken zum Pfarrsprengel gekommen sind (Ammern, Bebenhausen, Bessen, Bläsißbad, Bläsißberg, Burg, Derendingen, Dettenhausen, Dufflingen, Eck, Einsiedel, Gniebel, Hagelloch, Jettenburg, Immenhausen, Kusterdingen, Kirchentellinsfurt, Lustnau, Mößlingen, Nehren, Pfondorf, Osterdingen, Rübgarten, Sebastiansweiler, Schwärzloch, Waldhausen, Waldhörle, Talheim, Wantheim, Weilheim.) Aus den 2 sonntäglichen Vormittagsgottesdiensten in der alten kleinen Kirche sind 7 Gottesdienste in der neuen, weit größeren geworden. Die Pfarrgemeinde selbst zählt heute gegen 4400 Mitglieder, Katholiken aus allen Kreisen und Ständen.

Welches waren die Ursachen solchen Wachstums? Zunächst wohl besonders die gewaltige Erweiterung des Eisenbahn- und Postwesens und das dadurch gewordene große Anwachsen der Zahl der Verkehrsbeamten, der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung in den Jahrzehnten zwischen dem deutsch-französischen Krieg und dem großen Weltkrieg, ferner die immer mehr in die Erscheinung tretende Durchsetzung der Diaspora mit Katholiken, die Verlegung sodann des in bester Erinnerung stehenden Infanterieregiments 180 (bzw. eines Bataillons dieses Regiments) nach Tübingen und die 1920 geschehene Verlegung eines bad. Bataillons hieher, unseres so beliebt gewordenen Bataillons vom bad. Infanterieregiment Nr. 14; und nicht zuletzt war es die Stadt Tübingen selbst, die mit ihren Reizen, ihrer herrlichen Lage, ihrer einzigartigen Schönheit nicht nur Studenten, sondern auch Beamte, Pensionäre und andere anzog und hereinzog. Die innere Ursache aber der ganzen Entwicklung war die Festigung des kath. Glaubens, Denkens und Empfindens in den Seelen — vor allem durch das Wirken der Seelsorger.

1877 war Stadtpfarrer der damalige Konviktsdirektor und nachmalige Domkapitular, Weihbischof und Bischof Wilhelm v. Reiser, unter dem die jetzige kath. Kirche erbaut wurde; 1879—1887 Direktor Bonifaz Maier; 1887—1893 der spätere Generalvikar Othmar v. Ege; 1893—1896 der vor 3 Jahren verstorbene Domkapitular Dr. Frz. Kav. Keß. Nun wurde Direktorium und Stadtpfarramt von einander getrennt. Am 1. Okt. 1896 wurde als erster Stadtpfarrer im Hauptamt investiert Jos. Berg, vorher Schulinspektor und Dekan in Lautlingen, nachher Domkapitular in Rottenburg. Am 26. Okt. 1899 folgte Stadtpfarrer Joh. Staudenmaier (seit 1905 zugleich Dekan), um 18 Jahre lang in Württembergs Universitätsstadt zu wir-

ken. Was alle diese hochw. Herrn der kath. Gemeinde gewesen sind und geleistet haben, bleibt ihnen unvergessen und wird einst offenbar werden aus dem Buche des Lebens. Seit 12. Mai 1918 ist verantwortlicher Seelsorger der Gemeinde der Verfasser d. A., Stadtpfarrer Eugen Menz. — Hilfspriester waren die H. H. Vikare: Dr. Hugo Grimm (1904 bis 1906), Georg Ströbele (1906 bis 1908), Mag. Bihlmeyer (1908—1911), Jakob Kleiner (1911—1912), Karl Schmitt (1912—1916), Alfons Muth (1916—1917), Fidel Erath (1917—1918), Anton Geiger (1918—1920), Georg Diem und Aushilfspriester Dr. Julius Langhäuser (1920—1921), Franz Luz (1922—1926) und seit März 1926 Vikar Josef Luz. Dankbar nenne ich auch die hochw. Herrn des Wilhelmsstiftes: dessen Vorstand Mgr. G. Stauber, den Spiritual und Studentenseelsorger P. Robert Köppel, sowie die Herren des Repetentenkollegiums: Dr. Aug. Hagen, Rep. Alf. Maier, Musikrepetent Joh. Alt, Rep. Wilhelm Sedlmeier, Rep. Alf. Hufnagel, Rep. Norbert Lämmle. Ihre Vorgänger aus den letzten 50 Jahren zu nennen, gestattet der zur Verfügung stehende Raum nicht. In Ehrfurcht sei aber besonders noch gedacht der kath. theol. Fakultät, von deren Geist und Wirken tiefe Spuren sich finden und deren markanteste Glieder im letzten Viertel des letzten Jahrhunderts wohl die Professoren Joh. Kuhn, Frz. Kav. Linjenmann, Paul Schanz, Frz. Kav. Junk und Joh. Besser waren und die z. Z. besteht aus den Professoren Dr. Johannes Sägmüller, bis vor kurzem Professor des Kirchenrechts, jetzt ordin. emeritus; Dr. Paul Riebler, Prof. für alttestamentl. Exegese; Dr. Ignaz Rohr, Prof. für neutestam. Exegese, Dr. Karl Bihlmeyer, Prof. für Kirchengeschichte; Dr. Otto Schilling, Prof. für Moralthologie; Dr. Karl Adam, Prof. für Dogmatik; Dr. Paul Simon, Prof. für Philosophie und Apologetik; Dr. Eugen Stolz, Prof. für Pastoraltheologie; Dr. Jos. Löhr, Prof. für Kirchenrecht; Dr. Jos. Geiselmann, Privatdozent für Dogmatik.

II. Nun die Schau ins Innere, vom äußeren Bild zum inneren Geist, zum inneren Leben! Dieses Leben quoll und quillt aus der Tiefe dessen, was das Wesen des Christentums ist: aus der Liebe. Diese Liebe aber ist nicht die des Philanthropen, die reine Menschenliebe, sondern die Liebe, wie Christus sie gelehrt, die auf dem Glauben fundierte Liebe, die sich auswirkt im Dienste des Herrgotts, wie im Dienste am Mitbruder. Hinter dem Mitmenschen sieht der kath. Christ den Schöpfer und Erlöser des Menschen. Der

Gottes- und Christusglaube ist ihm das Primäre. Schon in der Urfirche wurden die Christen „Gläubige“ genannt. Und so ist das innere Leben eines kath. Christen und einer kath. Christengemeinde in erster Linie Ausdruck des Glaubens und darum Gottesverehrung. — Der Mittelpunkt der Gottesverehrung ist das Gotteshaus. Es war darum eine Großtat der glaubenden Liebe, als 1875 der Bau einer katholischen Kirche, unserer jetzigen Stadtpfarrkirche, in Angriff genommen und 1878 zur Vollendung gebracht wurde. An einem Donnerstag, 28. November 1878, wurde sie dann in dreistündiger Pontifikalhandlung durch Bischof Karl Josef v. Hefele im Beisein vieler Priester und einer großen Volksmenge „ad sanctum Joannem evangelistam“ eingeweiht. Ungezählte sind seither in feierlichsten Gottesdiensten in der Tiefe des Gemütes ergriffen worden und in innigsten Verkehr getreten mit ihrem Herrgott. Aus diesem Geist der Anbetung Gottes als des höchsten Herrn flossen auch all die Gaben, die der Kirche neue Zier gebracht: vor allem in den 90er Jahren weitere Altäre, 1912 die schöne Beleuchtung, 1921 prächtige Chorfenster und 1925 ein neues Geläute von einer Feierlichkeit und Fülle des Klanges, daß es vielfach schon bewundert wurde. Von den Chorfenstern, die an Stelle der am 12. Oktober 1916 durch eine feindliche Fliegerbombe zerstörten früheren Fenster traten und die Szenen aus dem Leben des Patrons der Kirche, des Apostels Johannes, darstellen, sagen Kenner und Künstler, daß leuchtend ist ihre Farbengebung, ausdrucksvoll ihre Harmonie und tief religiös ihr Gehalt. Die Glocken, die allein über 20 000 Mark gekostet und zu deren Anschaffung in sehr dankenswerter Güte auch die Stadt 1200 Mark gespendet hat, sind am Ostermontag 1925 durch Prälat, Domdekan Dr. Kottmann, dem Vertreter des Bischofs, unter Assistenz der Geistlichkeit feierlich geweiht worden. Als Paten bei dieser Glockentaufe funktionierten die Herren des Kirchenstiftungsrats: Forstrat Müntz, Gewerbeschutrat Engelried, Güteroberinspektor Werner, Privatier N. Spieß und der langjährige Kirchenpfleger Kaufmann Jos. Eigenberger. Eine große Volksmenge war anwesend, unter den Ehrengästen auch der Vorstand der Stadt, Oberbürgermeister Hauser. Wie die Verherrlichung Gottes notwendig zum Dienst am Mitbruder führt, dafür ist schon ein Beweis der Zweck, den man der größten Glocke gab: Christusglocke sollte sie sein und zugleich Kriegergedächtnisglocke. Jeden Samstag wird sie nach dem abendlichen Aveläuten besonders geläutet und da ruft sie jedesmal mit ihrer feierlichen, weitklingen-

den ehernen Stimme; gedenket derer, die das Blut für euch vergossen, tuet ein Werk der Liebe und betet für die Gefallenen. Zeugnis für die Stellungnahme der Pfarreimitglieder zu Gott dem Herrn, Zeugnis für das glaubensfrohe und glaubenstiefe Leben vieler gibt auch der rege Kirchenbesuch und der eifrige Sakramentsempfang. Wohl sind manche kalt und gleichgültig, aber doch hat das hl. Mahl der Eucharistie, das vor 20 Jahren noch nicht 20 000 Gäste sah, jetzt über 60 000 in einem Jahre. Und was ist es ein Schauspiel für Himmel und Erde, wenn an dem seit 1922 eingeführten Jugendsonntag immer mehr Jugendliche sich beteiligen, dieses Jahr über 300. Als Glaubensbekenntnis ganz besonderer Art sei endlich noch die Volksmission genannt, die 1923 stattgefunden hat, die einen so eifrigen Anfang sah, so guten Fortgang hatte und so segensreichen Ausgang nahm. Sie hat die Seelen wieder gründlich bestrahlt mit der Sonne der ewigen Wahrheit und in tiefen Flügen einatmen lassen die Luft der ewigen Heimat und wollte ganz besonders die Gottesliebe der Gläubigen entzünden zur Liebe des Nebenmenschen.

Besonders wichtigen Dienst am Nächsten leistet die Schule. Behen hier auch sehr viele kath. Schüler in die höheren Schulen, so zählt doch unsere Volksschule mit ihren 7 Klassen 3. Jt. 275 Kinder, seit der 1921 erfolgten Einrichtung der segensreichen und sozial ausgleichenden Grundschule wesentlich mehr als früher. 1877 hatte die Pfarrgemeinde noch eine Konfessionsschule mit nicht mehr als 60 Kindern. Da wurde das Schulhaus 1882 von der Stadt übernommen und dann 1903 durch einen schönen, geräumigen Anbau erweitert, der heute gerade noch ausreicht. Als Lehrkräfte sind außer den geistlichen Religionslehrern tätig: der Schulvorstand Rektor Schäfer, Oberlehrer Repp, Oberlehrer Schleicher, Oberlehrer Baumann, Seminaroberlehrer Dr. Frey, Reallehrer Treß und Lehrer Köhrle; den Handarbeitsunterricht erteilt eine barmherzige Schwester. Aus dieser unserer kath. Volksschule sind nun in den vergangenen 50 Jahren Tausende ins Leben gegangen, um später als glaubensfrohe, tüchtig gemachte Christen den Dienst am Mitmenschen und am Volke aufzunehmen und auch das Verhältnis zu den Andersgläubigen zu einem stets friedlichen zu gestalten.

Vieles, sehr vieles haben durch tätige Barmherzigkeit schon die barmherzigen Schwestern geleistet. Ihr Haus ist eine Stiftung der am 4. Febr. 1907 verstorbenen Frl. Louise Gmelin, die 1883 zur kath. Kirche übergetreten war. Am 17. Juni 1908 wurde dann die kath. Schwesternstation eröffnet. Seit-

dem ist die barmh. Schwester eine gewohnte Figur in Tübingens Straßenbild und ihr Haus ist wohl eines der am meisten angerufenen.

Christliche Caritas üben auch die Vereine. Der 1888 gegründete Elisabethen-Verein, in seiner Tätigkeit ergänzt durch den akadem. Vinzenzverein: wieviel hat er schon an Unterstützung und Aufrichtung, Trost und Rat in die Seelen getragen und in die Häuser der Armen und in Not Geratenen. Seine Tagungen hält er im Haus der Frau Baronin v. Hügel, wo schon viel geschehen ist für die kirchlichen Paramente, wie im Dienst der Caritas im Krieg und Frieden. — Sodann nenne ich den 1880 gegründeten Männerverein „Freundschaft“ mit seinem Vereinshaus Rene, das 1919 angekauft wurde, nachdem vom Stadtpfarrer eine Bitte um gütige Beiträge und ein Aufruf zur Zeichnung von Anteilscheinen in Stadt und Land hinausgeschickt war, eine Bitte, die sehr erfreulichen Widerhall fand. Ihre Versammlungen hatte die „Freundschaft“ Jahre und Jahrzehnte lang in der „Ratsstube“, seit 1903 im Rene. Viel Befehrendes und Erfreudendes ist da schon geboten, viel Geselligkeit schon gepflegt worden. Seine besondere Bedeutung hat ferner der Gesellenverein, vor 38 Jahren gegründet; von seinen Veranstaltungen und Einrichtungen geht reicher Segen aus in jugendliche Seelen. Auch der Lehrlingsverein gibt Führung und starke Stütze. Für die christliche Weltanschauung und Lebensauffassung unter den stu-

dierenden Akademikern tritt mit ihren eindrucksvollen Vortragsabenden die vor 8 Jahren gegründete kath. Akademikervereinigung ein. — Weiblicherseits ist es der kath. Frauenbund, der Mütterverein, die Jungfrauenkongregation, der Dienstmädchenverein, die alle schon Tüchtiges geleistet, die soziale Frauentätigkeit gefördert und die heiligsten Güter haben retten und mehren helfen. — Und wenn der Volksverein oder die Pfarrgemeinde als solche eine große Veranstaltung hat, wenn alle Vereine zusammen, wie in den letzten Jahren, eine gemeinsame Weihnachtsfeier halten; wie ist da selbst Tübingens größter Saal ein zu kleiner Raum und wie ist man selig und froh, befriedigt und beschenkt stets von dammen gegangen. — Nicht vergessen sei endlich die kath. Volksbibliothek mit ihrem rührigen Bibliothekar W. Staudacher. In besonderer Weise ist sie caritativ tätig; sie erschließt ja durch das gute Buch seelische Werte für jung und alt.

Das sind die Organisationen unserer Pfarrgemeinde. Doch nicht viele Organisationen machen's, das Wichtigste ist und bleibt der Organismus selbst. Möge dieser auch in den nächsten 5 Jahrzehnten und jederzeit stets belebt und genährt sein von der lebenspendenden und lebendig erhaltenden Kraft der auf dem Glauben fundierten Liebe. *Fides vincit mundum, Caritas nunquam excidit.*

Stadtpfarrer Metz.

Feste und Feiern Von Prof. R. Stabler

Wenn in den vorhergehenden Kapiteln die Fülle von Arbeit dargelegt worden ist, welche die Stadtverwaltung in den letzten 50 Jahren auf den verschiedensten Gebieten geleistet hat, so dürfte ein kurzer Hinweis auf die Feste und Feiern, an denen die Stadtverwaltung beteiligt war, keine unwillkommene Ergänzung bilden, auch wenn man die Bedeutung solcher Vorgänge nicht besonders betonen will. Diese Ausführungen sollen nicht nur zeigen, daß auch für die Stadtverwaltung das Dichterwort gilt „saure Wochen, frohe Feste“, sie werden auch eine Vorstellung von den Anforderungen geben, die namentlich die großen

Feste mit umfänglichem auswärtigem Besuch an die Stadtverwaltung, besonders an den Stadtvorstand und die technischen Beamten stellen.

Den Reigen eröffnen sollen die Feste und solennen Akte, die ihren Anlaß in den von der Stadt in den letzten 50 Jahren geschaffenen Werken hatten, nicht als ob diese Feste sich durch besonderen Glanz auszeichnen hätten, — im Gegenteil, die Stadtverwaltung huldigte auch hier dem Grundsatz, mit bescheidenen Mitteln möglichst Gutes zu leisten — sondern weil wir sie als der Stadt ureigen gehörig betrachten dürfen.

Nach im Jubiläumsjahr 1877 war von den bürgerlichen Kollegien der Beschluß gefaßt worden, die Stadt, die bisher auf die nicht eben zahlreichen laufenden Brunnen angewiesen war, mit einer Wasserleitung zu versehen. Schon am 28. März 1879 konnte die Eröffnung des Wasserwerks mit Festessen und Bankett gefeiert werden, wobei Stadtschultheiß Gös mit freudigem Stolze hervorheben konnte, daß nunmehr nach langen Zeiten zum ersten Mal wieder die Tübinger Bürgerchaft, nicht mehr beengt durch eine mißtrauische staatliche Bevormundung, vielmehr gefördert durch eine weise Regierung und ermutigt durch den großartigen Aufschwung, den die Universität gerade in den letzten Jahren genommen habe, sich an eine große Aufgabe mit Erfolg gewagt habe.

Nachdem Tübingen Jahrhunderte lang sich mit einer einzigen fahrbaren Brücke über den Neckar begnügt hatte, konnte am 18. Nov. 1896 eine zweite, steinerne, die sog. *Altenbrücke* an Stelle des hölzernen, 1508 erstmals errichteten, oft durch Hochwasser zerstörten und ebenso oft wiederhergestellten Hirschauer Stegs in Gegenwart des Ministers von Fischel eingeweiht werden. Gemeinderat Prof. Dr. von Schönberg gedachte in Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters in seiner Weiherede mit Wehmut des Beschwunders des Hirschauer Stegs, dieses alten Wahrzeichens Tübingens, das den Anforderungen der Zeit habe weichen müssen; er betonte, daß das ganze Werk, dessen Ausführung nur durch freiwillige Zuschüsse opferwilliger Einwohner ermöglicht worden sei, von Stadtbaumeister Geilsdörfer allein entworfen und gebaut worden sei.

Schon 5 Jahre später, am 27. Juli 1901, folgt die Einweihung der neuen Neckarbrücke, die an Stelle der alten, aus der Zeit Eberhards im Bart stammenden, soliden, aber den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügenden Brücke von Staat und Stadt erbaut worden war. Die Einweihung vollzog sich in sehr einfacher Form: Festzug der bürgerlichen Vereine zur Brücke, wo die bürgerl. Kollegien und Vertreter der staatlichen Behörden sich aufgestellt hatten, Begrüßung durch Oberbaurat Graner, Dankrede von Stadtschultheiß Haußer an Regierung und Stände für die Schöpfung dieses durch Baukunst und Kulturwert gleich ausgezeichneten Werkes; hierauf Zug über die Brücke, kleiner von der Stadt den Gästen in der Platanenallee gereicher Imbiß mit Konzert. Nachmittags nach dem Festmahl volksfestartiges Treiben bei Konzertmusik in der Platanenallee, abends prächtige Beleuchtung der Häuserfront am Neckar und des Schloßportals.

Ihre eigentliche Weihe erhielt die Brücke erst 2 Jahre später bei der Enthüllung des in der Brückenmitte aufgestellten Standbildes des Grafen und nachmaligen Herzogs Eberhard im Bart, des Gründers der Hochschule. Auf der Neckarbrücke, wo sich die bürgerlichen Kollegien, die städtischen und staatlichen Beamten, die Professoren der Universität, das Offizierskorps, die bürgerlichen Vereine und studentischen Korporationen mit ihren Fahnen aufgestellt hatten, begrüßte Oberbürgermeister Haußer das zum Fest erschienene Königspaar. Nach Eröffnung der Feier durch einen von Prof. Wörz geleiteten Chorgesang der vereinigten Tübinger Gesangsvereine wurde das Standbild enthüllt, worauf Prof. Dr. Busch in begeisterten Worten die Verdienste des Grafen Eberhard schilderte.

Anfügen möchte ich hier gleich eine ganz schlichte Feier aus Anlaß der Enthüllung der 1910 vor der Neckarmüllerei aufgestellten *Brunnen-Nymphe*, deren Bild für uns schon zum Bilde der Neckarbrücke gehört. Nachdem im Rathausaal Oberbürgermeister Haußer in Beisein der bürgerlichen Kollegien eine Darstellung der Geschichte des Kunstwerks gegeben hatte, überreichte er dem Künstler, dem Zeichentlehrer, nunmehrigen Studienrat, Metz, eine Ehrengabe, worauf sich die Kollegien zur Besichtigung an Ort und Stelle begaben.

Einen Höhepunkt in der Reihe der städtischen Feste bedeutete der im April 1909 in Anwesenheit des Regierungspräsidenten von Hofmann, von Vertretern der Hochschule und der Behörden, im unteren Saale des Rathauses veranstaltete *Weiheakt* des umgebauten, sozusagen verjüngten und veredelten Rathauses. Mit Recht konnte Oberbürgermeister Haußer in seiner Weiherede es aussprechen, daß das Tübinger Rathaus, wenn es auch nicht mit der Pracht mancher alter reichsstädtischer Rathäuser in Wettbewerb treten könne, doch in seiner der altgetreuen Nachbarschaft angepaßten Schlichtheit vornehmer wirke als so mancher neuzeitliche Prachtbau, um daran anschließend dem Wunsch Ausdruck zu geben, es möge auch in den neuen Räumen der alte Geist der Schlichtheit und Offenheit walten. Und als freudige Ueberraschung teilte er den Festgästen mit, daß die Stadtverwaltung durch einen am Vorabend von den Kollegien genehmigten Kaufvertrag den anstoßenden Winterhalder'schen Gebäudekomplex für die Stadt erworben und so die Möglichkeit geschaffen habe, ein vielleicht erst in späten Zeiten sich fühlbar machendes Bedürfnis nach räumlicher Ausdehnung unter Wahrung des äußeren Charakters des Rathauses und seiner Umgebung befriedigen zu

können. Und diesem Bestreben der Stadtverwaltung, das Neue mit dem Alten harmonisch zu vereinen, sollte auch der Vertreter der Regierung, Präsident von Hofmann, Anerkennung, wenn er sie beim Festmahl in ihrem Bestreben bestärkte, durch Heranziehung der Industrie die Leistung der Stadt unter Wahrung ihres Charakters als Universitätsstadt zu erhöhen. Das Festmahl aber fand nicht wie sonst in einem Gasthof statt, sondern im unteren Raume des Rathauses, in welchem, wie der Oberbürgermeister hervorhob, einst in längst verschwundenen Zeiten Bürgerschaft und Universität Feste gefeiert und die württembergischen Fürsten die Erbhuldigung entgegengenommen hatten.

Ende 1911 gelangte ein Werk zur Vollendung, das für die weitesten Kreise der Bevölkerung von größter Bedeutung war, die Neckarkorrektion und das damit verbundene Stauwerk; wurde doch durch dieses Werk nicht bloß die stets drohende Ueberschwemmungsgefahr gebannt, weites Gelände nutzbringender Verwendung dienstbar gemacht und eine wertvolle Wasserkraft für das Elektrizitätswerk gewonnen, sondern auch das ganze Landschaftsbild, man darf wohl sagen, nicht zu seinem Schaden geändert und dem Schwimmbad und besonders dem bisher in Tübingen nur dürftig vegetierenden Rudersport, der jetzt das Flussbild so freundlich belebt, ein weites Spielfeld gegeben. Die Feier am 30. Dezember war im Verhältnis zur Bedeutung des Werks sehr einfach: Die Festgäste, Vertreter der staatlichen Behörden, an ihrer Spitze Minister von Bischof, der Hochschule und des Militärs wurden von Oberbürgermeister Haußer und den bürgerlichen Kollegien im unteren Saale des Rathauses begrüßt, worauf der Stadtvorstand unter Hinweis auf eine den Festgästen eingehändigte Darstellung des Werks und seiner Geschichte seine kulturelle, finanzielle und gesundheitliche Bedeutung erläuterte und den Sachverständigen Beratern, namentlich Baudirektor Leibbrand und Oberbaurat Stocker, ganz besonders aber auch dem Vorstand des städtischen Bauamts, Stadtbaumeister Landenberger den Dank der Stadtverwaltung aussprach, während Bürgerausschußobm. Dr. Hayum allerderer, die zum Gelingen des großen Werkes beigetragen, in erster Linie des Stadtvorstands in Worten hoher Anerkennung gedachte. Auf einem gemeinsamen Rundgang wurde dann das ganze Gebiet der Neckarkorrektion und das Kraftwerk, wo Betriebsleiter Henig die nötigen Erläuterungen gab, von den Festgästen besichtigt. Aus den vielen Reden bei dem sich anschließenden Festessen sei nur das eine hervorgehoben: wie schon an Ort und Stelle von Baudirektor Leibbrand, so wurde auch hier von den verschiedensten Seiten an-

erkannt, daß die von gewissen Seiten gehegten Befürchtungen, das neue Werk möchte dem Landschaftsbild und damit den Interessen der Universität abträglich sein, der dankbaren Erkenntnis gewichen seien, daß durch dasselbe die Lebensbedingungen der Stadt und der Universität nur verbessert worden seien.

Noch unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs, am 25. Juli 1914, konnte das U h l a n d b a d eröffnet werden, eine Schöpfung, deren segensreiche Wirkung sich so gleich im Weltkrieg in hervorragendem Maße bewähren sollte. Zur Eröffnungsfeier hatten sich außer den bürgerlichen Kollegien Vertreter der Regierung, der Hochschule, des Militärs, die Vorstände sämtlicher hiesigen Schulen, sowie die Mitglieder des Schwimmvereins eingefunden. Oberbürgermeister Haußer entwickelte in den oberen Räumen des Gebäudes die Vorgeschichte des Werks, dankte allen, die beim Bau mitgewirkt, namentlich dem Vorstand des städtischen Hochbauamts, Stadtbaurat Haug, sowie auch allen, die das Werk durch Rat und Tat, insbesondere durch Stiftungen gefördert hatten, und schloß seine Rede mit der Verkündigung, daß das neue Bad entsprechend dem für den Bau grundlegenden Beschluß des Gemeinderats vom 13. November 1912, dem 50. Todestag Ludwig Uhlands, den Namen „Uhlandbad“ tragen solle „zur lebendigen Erinnerung an den großen Sohn und Bürger unserer Stadt und um damit die spätere Betriebsführung als eine gemeinnützige und durch Rücksichten auf das Gemeinwohl getragene zu kennzeichnen.“ Der Schwimmverein, dessen Vorstand der Stadt den freudigen Dank des Vereins aussprach und den Wert der Schwimmbadkur kurz erläuterte, weihte das Schwimmbad durch eine Schwimmübung ein, worauf Regierungspräsident von Hofmann zugleich im Namen der Gäste der Stadtverwaltung unter voller Anerkennung ihrer erfolgreichen Bemühungen dankte.

Hatten sich in früheren Zeiten die Schulhäuser Tübingens in Ausmaß und Bauweise von den größten Bürgerhäusern kaum unterschieden, hatte oft dasselbe Haus Jahrhunderte lang für eine Schule genügt, so durfte in den letzten 50 Jahren die Stadt vier neue, man kann sagen, in monumentalem Stil erbaute Schulhäuser einweihen, während ein fünftes seiner Einweihung entgegensteht. Daß sich die Einweihungsfeierlichkeiten bei Schulen in einfachen Formen abspielen, liegt einigermaßen im Wesen der Sache.

Am 1. Mai 1882 wurde die neuerbaute M ä d c h e n s c h u l e in der Grabenstraße eingeweiht. Nach Worten des Abschieds, die Oberlehrer U h dem alten Schulhaus in der Münzgasse widmete, zog man in die Stifts-

straße zum neuen Gebäude. Hier überreichte Stadtschultheiß Gös dem Schulinspektor, Oberhelfer Sandberger unter Glück- und Segenswünschen den Schlüssel, worauf dieser dem Stadtvorstand und den bürgerlichen Kollegien den Dank der Lehrerschaft aussprach.

Mit der Uebersiedlung der sog. B-Klassen (Volksschulklassen) in die Grabenstraße hatte sich die schon lange bestehende Trennung der Mädchenschule in A-Klassen (mit etwas höherem Unterrichtsziel) und B-Klassen auch räumlich vollzogen. Doch gehörten die in der Münzgasse verbliebenen A-Klassen auch fernerhin zum Organismus der Volksschule, wurden auch von Lehrern der B-Klassen unterrichtet. Erst 1896 wurde an Stelle dieser A-Klassen in deren bisherige Behausung eine „höhere Mädchenschule“ (i. „Mädchenrealschule“) errichtet. Bei der ganz schlichten Eröffnungsfeier konnte Oberbürgermeister Gös darauf hinweisen, daß man in Tübingen schon im Jahr 1829, also in einer Zeit, wo man anderwärts noch kaum an solches dachte, durch Schaffung der A-Klassen auch den Mädchen Gelegenheit zu einer etwas höheren Ansprüchen genügenden Bildung gegeben habe. Aber das Gute sei auch hier der Feind des Besseren gewesen. So sei es zu erklären, daß Tübingen so spät erst zu einer höheren Mädchenschule gekommen sei. Nachdem noch Universitätsprofessor Stahl den bisherigen Lehrern der A-Klassen den herzlichen Dank der Eltern ausgesprochen hatte, begrüßte der Vorstand der neuen Schule, Prof. Nägele den neuen Lehrkörper.

In überaus einfacher Weise wurde auch die n e u e K n a b e n s c h u l e in der Kelterstraße am 3. Oktober 1892 eingeweiht. Nach einer freundlichen Ansprache an die Schüler, die er ermahnte, tüchtige Bürger und gute Christen zu werden, überreichte Oberbürgermeister Gös dem Schulinspektor, Stadtpfarrer Demmler, die Schlüssel, der sie mit herzlichen Worten des Dankes an den Stadtvorstand und die bürgerlichen Kollegien entgegennahm.

Zwar ohne Pomp, aber doch nicht mehr ganz so schlicht wie bei den genannten Schulen waren die Einweihungsfeierlichkeiten bei den beiden höheren Knabenschulen, dem Gymnasium und der Oberrealschule.

Am 16. September 1901 konnte das neue Gymnasium in der Uhlandstraße, das in seiner Einfachheit ein vornehmes, fast klassisches Gepräge hat, feierlich eingeweiht werden. Nach einer Abschiedsrede des Rektors Dr. Treuber vor der alten Behausung in der Wilhelmstraße ging es in festlichem Zug zum neuen Haus, wo Stadtbaumeister Geilsdörfer dem Oberbürgermeister Haußer die Schlüssel überreichte, der sie unter dankbarer Anerkennung der technischen Leistungen des Stadtbau-

meisters dem Rektor übermittelte. Beim Festakt in der zugleich als Festsaal dienenden, neu erbauten Städtischen Turnhalle hielt nach einem Weihegebet des Dekans Elsäßer Rektor Treuber die Festrede über das Wesen und die Aufgabe des humanistischen Gymnasiums und nahm die Glückwünsche des Vertreters der Ministerialabteilung, Oberstudienrat Dr. Rapp, sowie der Vertreter hiesiger und auswärtiger Schulen entgegen. Auf den Festakt folgte die Besichtigung des neuen Gebäudes. Beim Festessen im Gasthof zum Ochsen wurden noch zahlreiche Reden gehalten, so namentlich vom Stadtvorstand und von Rektor Treuber. Ihren Abschluß fand die Feier mit einer geselligen Vereinigung der Schüler der Oberklassen im Hanskarle, wo prosaische und poetische Ergüsse jugendlichen Humors eine fröhliche Stimmung schufen.

Ganz ähnlich verlief im April 1910 die Einweihung der Oberrealschule. Nach Worten des Abschieds vom alten Hause am Schulberg, das einst vier Jahrhunderte lang die Lateinschule und dann die Realschule beherbergt hatte, zog man mit klingendem Spiel zum neuen stattlichen Bau, der als wichtiger Eckpfeiler die Uhlandstraße im Westen abschließt. Hier übergab der Schöpfer des Werkes, Architekt Elsäßer, ein Sohn unserer Stadt und einstiger Schüler des Gymnasiums, dem Stadtbaumeister Geilsdörfer die Schlüssel, der sie an Oberbürgermeister Haußer weitergab, worauf dieser sie mit herzlichen Worten des Dankes an alle, die beim Bau mitgewirkt, insbesondere an den Stadtbaumeister, dem Vorstand der Oberrealschule, Rektor Krimmel, überreichte, der sie mit den entsprechenden Dankesworten an die Stadtverwaltung entgegennahm. Nach einem Rundgang durch das Gebäude eröffnete Stadtpfarrer Meyer den Weiheakt in der Städtischen Turnhalle mit Gebet, worauf Rektor Krimmel die Festrede hielt über die Geschichte der Tübinger Realschule und über den Bildungswert und das Bildungsziel der Realschule und dann die Glückwünsche des Vertreters der Ministerialabteilung Oberstudienrat Dr. Haas, und anderer Festgäste aus nah und fern entgegennahm. Umrahmt war die Feier von musikalischen Darbietungen der Schüler. Daran schloß sich das Festessen mit den üblichen Tischreden. Den Abschluß des Festes bildete auch hier eine gesellige Vereinigung der Schüler, aber in etwas größerem Stil als beim Gymnasium. Zu der Vereinigung, die am Abend für die Schüler aller Klassen im großen Saale des Museums veranstaltet wurde, waren die bürgerlichen Kollegien, die Eltern der Schüler und alle Freunde der Anstalt eingeladen worden. Musikalische Leistungen, Darbietungen in gebundener und ungebundener Rede von Lehrern und Schülern, besonders die

Aufführung einiger Szenen aus Uhlands Herzog Ernst von Schwaben ließen die Feier harmonisch verlaufen.

Bei den bisher erwähnten Feiern hatte es gegolten, einem von der Stadt oder doch unter wesentlicher Mitwirkung der Stadt glücklich vollendeten Werke seine Weihe zu geben. Aber die städtischen Behörden haben ja nicht bloß bei stadteigenen sondern auch bei jedem andern Bauwerk in der Stadt mehr oder weniger mitzuwirken; für jedes hat die Stadtverwaltung ein gewisses Interesse, ein um so größeres, je weiteren Kreisen es zu dienen hat. Und so ist es billig, wenn sie da, wo sie ihren Beistand mit Rat und Tat nicht versagt, auch ihre Teilnahme an der Festesfreude nicht zu versagen pflegt. Deshalb sollen auch derartige Weiheakte aus den letzten 50 Jahren gewürdigt werden.

Als erster solcher Weiheakt, um die Zeitfolge einzuhalten, ist hier zu nennen, die schlichte Weihe eines ebenso schlichten Bauwerks, des „Jägerstifts“ im Jahr 1882. Die durch freiwillige Beiträge ergänzte Stiftung von Fräulein Bertha Jäger hatte es dem Hilfs- und Armenverein ermöglicht, durch Erbauung des Jägerstifts in der Belthlesstraße für ärmere geordnete Familien billige Wohnungen zu schaffen. Die Weiherede hielt Oberhelfer Sandberger, während Stadtschultheiß Gös die Glückwünsche der Stadtverwaltung in den Worten des Uhlandschen „Zimmerspruchs“ zum Ausdruck brachte.

Im selben Jahre wurde unter Beteiligung weiter Kreise, so namentlich der ganzen evangelischen Geistlichkeit und einiger Vertreter der bürgerlichen Kollegien die neue Synagoge in der Gartenstraße in Gegenwart von Oberkirchenrat Dr. Wassermann eingeweiht.

Dem Mangel an einem für größere Festlichkeiten ausreichenden, namentlich auch zu Bühnenaufführungen geeigneten Raumes hatte die Museumsgelesellschaft durch den Ausbau des großen Saales abgeholfen. Bei seiner Einweihung im Dezember 1886 brachte in Vertretung des Stadtvorstandes Pol.-Amtmann Wagner die Glückwünsche der Stadtverwaltung dar.

Kaum ein anderes Bauwerk in hiesiger Stadt scheint mit größerer Begeisterung eingeweiht worden zu sein als der Kaiser-Wilhelms-Turm am 4. Juli 1891, zu dessen Erbauung die Mittel durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden waren. Von 3 Uhr an begann eine Wallfahrt die Desterbergstraße hinauf zum fahnenumwehten, guirlandengeschmückten Turme. Ehrengäste, die städtischen und staatlichen Beamten, die Professoren der Hochschule, Offiziere, alle Vereine mit ihren Fahnen, Abordnungen der studentischen Korpo-

rationen, der Schulen, des Bataillons beteiligten sich an der Feier, die um 4 Uhr durch einen Gesang der vereinigten Sängerkörpers der Stadt unter Prof. Dr. Kauffmanns Leitung eröffnet wurde. Gemeinderat Prof. Dr. von Schönberg führte in seiner warmempfundenen Festrede aus, der Turm mit seinem monumentalen Charakter und seiner Formschönheit solle nicht bloß ein Aussichtsturm, sondern zugleich ein patriotisches Denkmal sein, würdig des Heldenkaisers, dessen Namen es trage. Auch Prof. Rägele, der in der Erstellung des Turms die Erfüllung eines alten Wunsches, ja Traumes vieler Tübinger erblickte, will ihn als eine bleibende Mahnung betrachtet wissen, nicht müde zu werden im Kampfe für Freiheit und Recht, für alles Gute, Edle und Schöne, was für den Deutschen das Wort Vaterland in sich schließt. Vom Turm weg begab sich die ganze Festversammlung, Bürgerschaft und Studentenschaft, ins Museum zu einer geselligen Vereinigung, wo die Begeisterung Rede auf Rede folgen ließ und der Vorsitzende des Baukomitees, Oberbürgermeister Gös, dem Erbauer des Turmes, Regierungsbaumeister Peter die ihm vom König verliehene Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft überreichte. Nach Einbruch der Dunkelheit zog alles „wie einst in den Tagen von Waterloo“ zu zweit Arm in Arm vor die Aula, um von dort aus die Schönheit des Turmes in bengalischer Beleuchtung von neuem zu bewundern.

Ein für die Entwicklung der Stadt bedeutsamer Bau, das neue Schlachthaus, war im Herbst 1893 vollendet und damit von der ganzen Stadt lästig empfundene Mißstände beseitigt worden. Das kleine städtische Schlachthaus hatte dürftig für die Großviehslachtungen genügt, die sich in halber Öffentlichkeit abspielten, während alles Kleinvieh in Privathäusern geschlachtet wurde. Diesen Notstand beendet zu haben ist das Verdienst der Tübinger Metzgermeister, die als „Schlachthausgesellschaft“ aus eigenen Mitteln das neue auch den Bedürfnissen fernster Zeiten noch genügende Schlachthaus erstellten. Mit Recht konnte bei seiner Einweihung am 18. September Oberbürgermeister Gös sagen, die Stadt dürfe stolz sein auf ein Werk, das, aus eigenster Kraft der Bürger hervorgegangen, eine solche Beachtung gefunden habe, daß sich aus weiter Ferne zahlreiche Gäste zu seiner Einweihung eingefunden hätten.

Am 10. Oktober 1905 wurde das neue Justizgebäude eingeweiht. Bei dem an Trinksprüchen reichen Festessen erinnerte Ministerpräsident von Breiting daran, daß schon im Jahr 1514 Herzog Ulrich die Stadt Tübingen in dankbarer Anerkennung ihrer in

schwerer Not bewährten Treue zum Sitz eines Hofgerichts gemacht habe, so daß die Stadt bis zur Aufhebung des Hofgerichtes (1805) fast 300 Jahre lang der Sitz des ersten Gerichts im Lande gewesen sei. Und als später bei Neuordnung des Gerichtswesens die Stadt wieder zum Sitze eines Kreisgerichts und Landgerichts bestimmt worden sei, habe sie große finanzielle Opfer gebracht und mit derselben loyalen guten Gesinnung auch jetzt wieder ihre kräftige Beihilfe nicht versagt und sich dadurch eine neue Sicherheit dafür geschaffen, daß ihr die Annehmlichkeiten einer höheren Instanz für weitere ungezählte Jahrhunderte erhalten bleibe. Für die der Stadt gewidmeten Worte freundlicher Anerkennung dankend erwiderte Oberbürgermeister Haußer in seiner humoristisch gehaltenen Rede, daß in diesem Falle nicht bloß lautere Rücksicht auf die Penaten der Justiz, sondern auch andere Wünsche und wirtschaftliche Sorgen die Stadt zu kräftiger Mitwirkung veranlaßt haben. Noch fasse ihn Grausen bei der Erinnerung, wie die düstere Fama von der geplanten Verlegung des Landgerichts nach Reutlingen das Tübinger Bürgergemüt erregt und den alten Haß der Städte mit lodender Flamme neu zu beleben gedroht.

Wie an andern deutschen Universitäten hatte sich auch in hiesiger Stadt die Studentenschaft zur Errichtung eines Ehrenmals für den Baumeister des neuen Deutschen Reichs zusammengeschlossen. Der „Bismarckturm“ wurde 1907 mit Fackelzug, Gesang und Festrede eingeweiht. Die innige Teilnahme der Bürgerschaft an diesem solennen Geschehnis kam nicht nur beim Festkommers in der Rede des Oberbürgermeisters Haußer zum Ausdruck, sondern fand auch ihre praktische Befräftigung dadurch, daß die Stadtverwaltung auf Ansuchen des Denkmalkomitees den Unterhalt und die Pflege des Denkmals und der umgebenden Anlagen übernahm mit der einmütigen Erklärung, daß es der Stadt zu hoher Ehre und freudiger Genugtuung gereiche, die Anlage bestimmungsgemäß zu hegen und zu pflegen nicht zuletzt auch als ein Denkmal opferwilliger erfolgreicher Anspannung der durch vaterländische Ideale und durch Liebe zum heimatlichen Boden geeinten Tübinger Studenten.

Ein Weihefest seltener Art war es, als im Oktober 1909 in Gegenwart des Königspaares, des Kultministers von Fleischhauer, des Vertreters des Reichskolonialamts, Oberreg.-Rat von Berner, und vieler anderer zum Teil aus weitester Ferne hergereister Gäste das Deutsche Institut für ärztliche Mission, das erste seiner Art in Deutschland, feierlich eingeweiht wurde. Dem Stuttgarter Fabrikanten Paul Veidler, dessen Opferwilligkeit und rastlosem Bemühen

in erster Linie das Zustandekommen des Werks zu verdanken ist, wurde von der medizinischen Fakultät die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Die überaus freudige Teilnahme aller Kreise der Bevölkerung, wie sie namentlich bei dem abends veranstalteten Familientag zum Ausdruck kam, war begreiflich und berechtigt bei einem Werke, das mit seiner segensreichen Wirksamkeit den Namen unserer Stadt in die fernsten Länder tragen wird. Gefrönt wurde dies Werk durch die Erstellung des noch im Kriege 1916 vollendeten Tropengenehungsheims. Bei beiden Werken hatte die Stadt praktische Beihilfe geleistet, beim Tropengenehungsheim durch die Ausstattung des Zimmers „Tübingen“.

Einen Markstein in der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bedeutet die am 28. April 1910 erfolgte Eröffnung der Bahn Tübingen—Herrenberg. Ein Extrazug von Herrenberg, in den unterwegs auch die Vertreter der Stadt Tübingen eingestiegen waren, brachte die Stuttgarter Festgäste, an ihrer Spitze Ministerpräsident von Weizsäcker, sowie die Vertreter der beteiligten Gemeinden nach Tübingen. Hier gab Oberbürgermeister Haußer beim Festmahl im Museum in seiner Begrüßungsrede der hellen Freude Ausdruck, die an diesem langersehnten Tage in den Mauern Tübingens bei den Kernschichten der Bevölkerung vornehmlich in der Altstadt herrsche über das Gelingen der nach bunten Wechselfällen nun doch so wohl gelungenen Bahnanlage mit ihrer für die Entwicklung der Stadt so günstig gelegenen Endstation im Westen; man hoffe von der neuen Bahn, daß sie unser Tübingen mit Gäu und Schwarzwald immer enger verbinden, daß sie aber auch der Universitätsstadt auf immer weitere Fernen neue Verkehrswege eröffnen werde. Aus den Ausführungen des Ministerpräsidenten sei hervorgehoben, daß für ihn in der Bahn, die durch den Schloßberg führend Ammertal und Neckartal verbinde, der Zusammenschluß der gesamten Bürgerschaft, aber auch die veränderte wirtschaftliche Struktur der Stadt zum Ausdruck komme. Tübingen solle zwar auch in Zukunft in erster Linie Universitätsstadt bleiben, aber er freue sich darüber, daß der Student in Tübingen nicht mehr bloß eine beschauliche Idylle genieße, in der er die erste und einzige Violine spiele, sondern auch in dieser aufstrebenden Stadt ein Bild frischen deutschen Lebens erblicken könne und solle.

Einen sehr einfachen Weiheakt, der aber doch neben den Vertretern der Behörden Angehörige aller Schichten der Bevölkerung in großer Menge um sich schart hatte, bildete die Einweihung der durch Architekt Eisäfer erbauten Eberhardskirche am 28. Februar 1911, der einzigen Kirche, welche seit der Re-

formation von der evangelischen Gemeinde in unserer Stadt erbaut worden ist. Den für diesen Zweck hervorragend geeigneten Bauplatz im Industrieviertel hatten die bürgerlichen Kollegien der Kirchengemeinde unentgeltlich überlassen.

Mit feierlichem Gepränge und in Anwesenheit einer großen Anzahl von Festgästen wurde im November 1912 die neue Universitätsbibliothek eingeweiht. Beim Festakt in den Räumen der neuen Bibliothek, dem auch die Gegenwart der Königin und anderer Glieder des kgl. Hauses eine besondere Weihe verlieh, führte Kultminister von Fleischhauer aus, die stattliche Reihe der in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingeweihten Universitätsbauten zeuge von der fortschreitenden Entwicklung unserer Hochschule; wenn man sich aber bei der Eröffnung der Bibliothek nicht wie bei den anderen Instituten auf eine schlichte Feier im internen Kreise beschränkt habe, so sei dies darin begründet, daß es sich hier um eine Einrichtung handle, die nicht wie die anderen Institute einem bestimmten Wissenszweig, sondern als zentrales Hilfsinstitut der Gesamtheit aller Wissenschaften diene, ein Gedanke, dem auch der Rektor der Universität Ausdruck verlieh, während der Vorstand des Instituts, Oberbibliothekar Dr. Geiger einen eingehenden Ueberblick über Entwicklung und Schicksale der hiesigen Bibliothek gab. Hierauf erfolgte die feierliche Ernennung des Kultministers zum Ehrendoktor der juristischen Fakultät. Fackelzug der Studentenschaft und Kommerz beschloßen den festlichen Tag.

Noch vor dem Kriege hatte die Museumsgeellschaft im Einvernehmen und unter wesentlicher Beihilfe der Stadt ein für das gesellige und künstlerische Leben unserer Stadt bedeutsames Unternehmen begonnen: durch Umbau des alten Museumsbaus und Anbauten nach den Plänen und unter der Leitung des Stadtbaumeisters Haug wurden modernen Anforderungen durchaus entsprechende Theater- und Konzerträume geschaffen, die auch für Festlichkeiten größeren Stils ausreichende Gelegenheit bieten. Die Eröffnungsfeier fand erst im Krieg, am 14. Juni 1915 statt, mit nachfolgendem Essen, wobei der Generalintendant Baron zu Puttlitz seine Anerkennung für diese hervorragende Leistung aussprach, die das Hoftheater geradezu verpflichtete, die künstlerischen Bestrebungen des Museums zu unterstützen. Oberbürgermeister Hauser gedachte noch in ehrenden Worten des um das Zustandekommen des Baus hochverdienten, auf dem Felde der Ehre gefallenen Reg.-Rats Freiherrn von Soden.

Neben diesen Feiern, die ihre Begründung in der glücklichen Vollendung eines für die Allgemeinheit irgendwie bedeutsamen Werkes fanden, mögen noch einige Gedenktage und ähnliche Festakte erwähnt werden.

Eine für unsere Stadt besonders erfreuliche und ehrende Feier war die Enthüllung des Höl-derlindenkmals am 13. Juli 1881. Der aus Holzstein stammende Bildhauer Emmerich Andresen, ein begeisterter Verehrer des Dichters, hatte einen „Genius des Ruhms“, mit dem er auf der Wiener Weltausstellung den Kunstpreis erhalten hatte, zu einem Denkmal für Hölderlin bestimmt und wünschte, daß dieses in unserer Stadt, wo der Dichter so lange gelebt und seine letzte Ruhestätte gefunden hatte, aufgestellt werde. Freudig kam die Stadtverwaltung diesem Wunsche entgegen; als Platz für das Denkmal wurde der botanische Garten bestimmt. Bei der Enthüllung verlas Stadtschultheiß Gös die von dem Biographen des Dichters, Prof. Schwab in Stuttgart, verfaßte Weiherede. Die Festrede beim Bankett hielt der Aesthetiker Prof. Dr. Köstlin. Dem Künstler, der vom König durch Verleihung eines Ordens ausgezeichnet wurde, überreichte der Stadtvorstand eine Ehrengabe der dankbaren Stadt. Das treue Andenken, das die Stadt dem Dichter bewahrt, zeigt sich auch darin, daß sie im Jahr 1915 den sog. Möbelnachlaß des Dichters kaufte und das Hölderlinszimmer durch einen Mietvertrag der Allgemeinheit sicherte. Auch aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Geburtstags des Dichters versäumte Oberbürgermeister Dr. Hauser nicht, in der Gemeinderatssitzung des Dichters zu gedenken und einen Kranz an seinem Grab niederlegen zu lassen.

Unter begeisterter Teilnahme aller Schichten der Bevölkerung wurde am 28. April 1887 der 100. Geburtstag des größten Sohnes unserer Stadt, des Dichters Ludwig Uhland gefeiert. Nachdem am Vorabend des Tags vier Verbindungen einen Fackelzug und Festkommers veranstaltet hatten, feierte am Tage selbst Oberbürgermeister Gös bei der Enthüllung der Gedenktafel am Geburtshaus des Dichters Uhland als den bedeutendsten Mann Tübingens. Am Grabe Uhlands hielt Rektor Ramsler eine Gedächtnisrede, in der Aula hielt Prof. Dr. Sievers die Festrede, bei der Feier der Schulen Prof. Dr. Braitmaier. Am Nachmittag zogen alle Vereine und studentischen Korporationen im Festzug zum Denkmal des Dichters, wo der Stadtvorstand Uhland als den großen Politiker feierte, der sich keiner Partei anschloß, den jetzt alle Parteien als den Ihrigen ansehen, als den Herold

der nationalen Einigung. Ein Bankett, bei dem Prof. Köstlin die Festrede hielt, beschloß den erhebenden Tag. In ihrer äußeren Aufmachung bescheidener, darum aber nicht minder erhebend und von dauernder Wirkung für die Zukunft war im Jahr 1912 die Huldigung an den Dichter aus Anlaß seines 50. Todestags. Am Vorabend schon war bei einer Feier des Gymnasiums Herzog Ernst von Schwaben aufgeführt worden. Am Todestag, am 13. November, faßten in einer feierlichen Sitzung die bürgerlichen Kollegien den schon erwähnten Beschluß über die Erbauung des Uhlandbads. Außerdem beschloß man die Schaffung einer Uhland-Gedächtnisstiftung mit einem Kapital von 5000 Mark, aus deren Zinsen alljährlich am Todestag des Dichters seine Werke oder andere patriotische Bücher zur Verteilung an Schüler der Volksschulen und Ortsbüchereien beschafft werden sollten. Hierauf begaben sich die bürgerlichen Kollegien mit einer Anzahl von Mitgliedern verschiedener Gesangsvereine zum Uhlanddenkmal, wo nach einer feierlichen Ansprache Oberbürgermeister Hauser einen Kranz niederlegte. Weitere Kränze legten nieder als Gruß des Neugarter Gesangsvereins „Uhland“ Prof. Dr. Wolbach, und im Auftrag des Wiener Männergesangsvereins Prof. Wörz. Beim Festakt in der Aula hielt der Germanist Prof. Dr. von Fischer die Festrede. Im Germanienhause wurde zunächst im engeren Kreise die „Uhland-Ausstellung“ eröffnet. Abends fand eine zahlreich besuchte Gedenkfeier der fortschrittlichen Volkspartei statt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß am Nischen Hause, Hafengasse 3, auf eigene Kosten vom Eigentümer eine Gedenktafel angebracht wurde: Uhlands Elternhaus 1787—1825.

Im August 1887 wurde das Denkmal von Ottilie Wildermuth enthüllt, in deren mit harmlosem Humor und warmer Empfindung geschriebenen Gesichten sich für viele von uns noch ein Stück der guten alten Zeit, des alten Tübingens verkörpert. Nachdem am Grabe Dekan Sandberger, am Denkmal Rektor Ramsler gesprochen hatte, übernahm Oberbürgermeister Gös das Denkmal der „nicht allein als Schriftstellerin, sondern auch durch Opfersinn und Wohltätigkeit ausgezeichneten Frau“ in die Obhut der Stadt.

Das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs Karl im Jahr 1889 wurde auch in Tübingen unter wärmster Anteilnahme aller Kreise gefeiert. Am 22. Juni hatte die Universität die Feier mit einem Festakt in der Aula eröffnet. Tags darauf war vormittags Festgottesdienst, nachmittags herrschte volksfestartiges Treiben in den Alleen, wo abends 5 Uhr Oberbürgermeister Gös die Festrede hielt. Au-

ßerdem hatten die Schulen noch ihre besonderen Feiern.

Im Winter 1895 rüstete man sich wie überall in deutschen Landen so auch in Tübingen zur Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Reiches. Bei dem am 24. November von der Stadt veranstalteten Bankett brachte Oberbürgermeister Gös den ersten Trinkspruch auf Kaiser und König aus, die Festrede hielt Gemeinderat Prof. Dr. von Schönberg. Eine Anzahl von Bürgern hatte eine Sammlung zugunsten der Kriegerwitwen veranstaltet und sich die Ehre ausgebeten, den Veteranen ein Festmahl spenden zu dürfen; zu diesem Festmahl stiftete auch der König 2 Hirsche aus dem Schönbuch. Die Studentenschaft feierte den Tag am 18. Januar 1896 durch einen Kommerz.

Wenn der 400. Geburtstag Philipp Melancthons am 16. Februar 1897 im ganzen evangelischen Deutschland gefeiert wurde, so hatte Tübingen dazu noch besonderen Anlaß; hatte doch der Reformator in unserer Stadt gelebt und an unserer Hochschule gewirkt. Und so führte auch Oberbürgermeister Gös bei der Enthüllung der Melancthonsgedenktafel an diesem Tage aus, Tübingen sei stolz darauf, einen der bedeutendsten Männer des 16. Jahrhunderts in seinen Mauern beherbergt zu haben um so mehr, als dieser immer eine große Anhänglichkeit an die Stadt gezeigt habe. Er feierte Melancthon als den Mann der Wissenschaft und als eine Stütze des evangelischen Glaubens.

Zu einer großen patriotischen Kundgebung gestaltete sich das von der Stadt zur Erinnerung an den 100. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. veranstaltete Bankett am 22. März 1897. Oberbürgermeister Gös begrüßte die Versammlung; die Festrede hielt Bürgerauschussmitglied Prof. Dr. Teuffel, der die schlichten Herrschertugenden Wilhelms I. pries. Außerdem wurden in den Schulen, wie in der Kaserne, bei vielen Vereinen und studentischen Korporationen besondere Feiern gehalten.

Ein Gedenktag erster Ordnung war auch für Tübingen die 100. Wiederkehr von Schillers Todestag am 9. Mai 1905. An der Hochschule und von Vereinen wurden Feiern veranstaltet. Die Stadtverwaltung aber wußte den Erinnerungstag zu einem Feste der Jugend zu gestalten durch eine Aufführung von Schillers Tell für die reifere Schuljugend, durch Verteilung von Schillers Gedichten an hiesige Schüler, endlich durch Veranstaltung eines Maienfestes. Im Festzug marschierten die Schulen, die Vereine, studentische Korporationen, kostümierte Gruppen, Szenen aus

Schillers Gedichten darstellend, auf den Festplatz in den Alleen; hier hielt Bürgerauschussmitglied Prof. Desterlen die Festrede über Schiller als den Dichter der Jugend; die Feier war umrahmt durch Chorgesänge der vereinigten Gesangsvereine. Nach der Feier begann das am Maifest übliche Treiben mit turnerischen Auführungen und Spielen. Abends waren viele Häuser illuminiert und die Nacht war durch die ringsum flammenden Bergfeuer und den vom Kaiser-Wilhelmsturm spielenden Scheinwerfer erleuchtet.

Anlaß zu einer Freudenkundgebung gab im Sommersemester 1910 die Ankunft des 2000. Studenten. Anfangs Juli wurde dem Glücklichen X in einer feierlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien in Gegenwart des Rektors der Universität durch Oberbürgermeister Haußer mit einer launigen Ansprache ein mit entsprechender Widmung versehenes silbernes Becher überreicht.

Der silbernen Hochzeit des Königspaares gedachte Oberbürgermeister Haußer in einer Sitzung der bürgerlichen Kollegien am 8. April 1911. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die Jubiläumspalette zum Schmuck des Rathauses anzuschaffen, außerdem das „Hausbuch schwäbischer Erzähler“ 200 Schülern der Volksschule als Erinnerungsgabe zu spenden.

Am 18. Oktober 1913 wurde auch in Tübingen die Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig gefeiert in Verbindung mit dem auf dieses Jahr vorgesehene Kinderfest, das auf solche Weise einen höheren Sinn und Inhalt bekommen sollte. Nachdem vormittags Oberbürgermeister Haußer in der Sitzung der bürgerlichen Kollegien in einer Ansprache auf die Bedeutung des Tages hingewiesen hatte, schlossen sich diese auf dem Marktplatz dem Festzug der Schulen an. Auf dem Festplatz im oberen Wöhrd hielt Stadtpfarrer Meyer die Festrede. Nachmittags fand das Kinderfest statt; ein vaterländischer Abend des Volkswohlvereins beschloß den Tag.

Im Hinblick auf die Wiederkehr des 100. Geburtstags des schwäbischen Dichters Hermann Kurz würdigte Oberbürgermeister Haußer in einer Sitzung der Gemeindefollegien Ende Nov. 1913, das Wesen und Schaffen des Dichters und seine besonderen Beziehungen zu Tübingen, worauf beschlossen wurde, aus dem Erträgnis der Umlandstiftung Werke des Dichters an bedürftige Volksschüler und an Ortsbüchereien des Bezirks zu verteilen, auch einer Straße den Namen des Dichters zu geben.

Eine Erinnerungsfeier ganz eigener Art war im Jahr 1914 die Vierhundertjahrfeier des

Tübinger Vertrags, die von Stadt und Hochschule im Benehmen mit der Regierung und den Landständen veranstaltet wurde. Am 4. Juli wurden die Festgäste, die Staatsminister und Spitzen der staatlichen Behörden, aber auch viele Mitglieder der beiden Kammern von den bürgerlichen Kollegien unter Vorantritt der Stadtgarde durch die besagten Straßen zum blumengeschmückten Rathaus geleitet und von Oberbürgermeister Haußer begrüßt, der zugleich des 400jährigen Geburtstags des Stadtreiterkorps gedenkend das stolze Reiterfählein begrüßte, in welchem sich der Vorvater Bürgerfenn und Bürgerkraft pietätsvoll, gefällig und wirksam zugleich verkörpere, und den Stadtreitern sowie allen anwesenden Festgästen eine bronzene Erinnerungsplatte mit dem württembergischen Wappen und dem Stadtwappen verehrte. Beim Festakt im Rittersaal des Schlosses, zu dem sich außer den genannten Gästen der Lehrkörper der Universität und die Spitzen sämtlicher Behörden sowie Vertreter der Studentenschaft eingefunden hatten, hielt nach den Ansprachen des Ministerpräsidenten von Weizsäcker und der Kammerpräsidenten von Buhl und von Kraut Universitätskanzler von Rümelin die Festrede. Nach dem Festessen im Museum machten die Festgäste unter Führung des Stadtvorstandes eine Rundfahrt durch die Stadt, die mit einem gemütlichen von der Universität gespendeten Schoppen im Botanischen Garten endigte. Den glänzenden Abschluß bildete die meisterhaft durchgeführte Beleuchtung des Schlosses und der Neckarhalde, die uns ein Bild aus „Tausend und eine Nacht“ vorzaubern schien. Fast beängstigend war in den Alleen das Gedränge der aus der weiteren und näheren Umgebung herbeigeeilten Gäste, die ihrer Bewunderung und ihrem Entzücken begeistertem Ausdruck gaben. Und diese prächtige Feier sollte für lange Jahre die letzte sein, an der wir uns der ungetrühten, reinen Festesfreude hingeben durften.

Der vielen, teils freudigen, teils traurigen Feiern, die der Gang des Krieges uns wie alten Deutschen brachte, wollen wir hier nicht im einzelnen gedenken. Doch das darf wohl gesagt werden, daß der Stadtvorstand bei den verschiedensten Gelegenheiten, so am 27. März 1925 im Hinblick auf Bismarcks Geburtstag, am 5. Oktober 1916 aus Anlaß des Regierungsjubiläums König Wilhelms II., am 27. September 1917 im Hinblick auf den bevorstehenden 70. Geburtstag Hindenburgs durch seine Ansprachen in den Sitzungen der bürgerlichen Kollegien zeigte, daß er sich seiner und der Stadtverwaltung hohen Verantwortung in dieser schweren Zeit voll und ganz bewußt war. Und als in der Sitzung vom 22. September 1919 über die

Gestaltung der von der Regierung angeordneten Jahrhundertfeier der württembergischen Verfassung beraten wurde, führte er aus, daß zwar schon der Ernst der Lage und die mannigfache innere und äußere Not eine Feier in bescheidener Form empfehle, daß es aber andererseits jetzt gerade für die Stadtverwaltungen gelte, fest zu bleiben, sich selbst und andere zur Selbstverwaltung tüchtig zu machen, mitzukämpfen und mitzuliden, um hochbejahrten Volks-, Wirtschafts- und Kulturbestand zu retten und auf neuer Grundlage neu zu ordnen.

Am 30. Oktober 1921 fand die feierliche Einweihung des von der Stadtgemeinde erstellten Kriegerfriedhofs samt Erinnerungsmal statt unter überaus zahlreicher Beteiligung aller Kreise, besonders aller Gesangsvereine, aller Militär- und Kriegervereine, der Sanitätskolonne, der Stadtreiter und des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten. Dekan Faber und Stadtpfarrer Reng hielten die Weihereden. Hierauf legte Oberbürgermeister Haußer namens der Stadtgemeinde den Helden des Weltkriegs einen Lorbeerkranz mit entsprechenden Worten am Denkmal nieder; weitere Kränze wurden von den verschiedenen Vereinigungen niedergelegt; Gebet des Geistlichen beschloß die von den Chören der Gesangsvereine umrahmte eindrucksvolle Feier.

Ernst, schlicht und eindrucksvoll war auch die Feier, mit welcher am Sonnwendtag 1922 die Universität das Denkmal für ihre Gefallenen einweihete. Ein fast endloser Zug von Professoren, Dozenten und Studenten bewegte sich am Abend hinauf zum Denkmal, das den gefallenen Kommilitonen die überlebenden auf der dem Gründer der Universität geweihten Eberhardshöhe errichtet hatten. Zur Feier waren Vertreter der Behörden, an ihrer Spitze Staatspräsident Dr. Hieber, der Stadt, des Offizierkorps sowie Angehörige der Gefallenen erschienen. In seiner tief empfundenen Gedächtnisrede führte Rektor Dr. Rohr aus, die Alma Mater gedenke in stolzer Trauer ihrer Toten, von deren Geist man noch einen Hauch verspüre an den Kommilitonen, denen die Heimkehr beschieden. Er übergab das Denkmal der Öffentlichkeit in der Zuversicht, das Denkmal werde sein ein Ehrendenkmal der Pflichttreue der Toten und eine Mahnung unererschütterlicher Arbeitsfreudigkeit für die Lebenden. Im Auftrag der Studentenschaft widmete stud. paed. Pfähler den gefallenen Kommilitonen einen ehrenden Nachruf: Der Geist der Toten, der Geist des stillen Heldentums solle für die überlebenden Kameraden der Führer werden nicht bloß in Stunden der Erhebung, sondern auch im Leben des Alltags. Er

weihte das Gedächtnismal als ein Symbol des wahren Denkmals, das jeder Kommilitone in seinem Herzen aufrechte, das sichtbar und wirksam werden möge in seinen Taten. Im Auftrag der Stadtgemeinde legte Oberbürgermeister Haußer einen Kranz am Denkmal nieder: Mit Genugtuung erfülle es, daß die Stadt mit dem Verschönerungsverein imstande gewesen, für solchen Zweck ihren Studenten diese natur schöne Stätte zur Verfügung zu stellen. Die vietnamige steinerne Urkunde gebe ein stolzes, erhebendes Zeugnis, daß der Tod fürs Vaterland keinen Unterschied kenne und daß im Leben des deutschen Volks das Vorrecht höherer Bildung lediglich darin bestehe, im Dienst fürs Gemeinwohl die größeren Opfer zu bringen. Und diesen Gedanken führte auch Staatspräsident Dr. Hieber in seiner zu Herzen gehenden Rede aus: Das Denkmal sei zugleich ein tiefestes Sinnbild unseres Staates, der kein Vorrecht des Vermögens oder der Bildung kennt und auch das Opfer des Lebens, wo es sein muß, fordert. Mit dem Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ schloß die erhebende Feier.

Fünf Jahre später, am 15. Mai 1927, wurde unter herzlicher Teilnahme der ganzen Bevölkerung das Denkmal enthüllt, welches das Tübinger Regiment Nr. 180 seinen Gefallenen in unmittelbarer Nähe der einstigen Friedensstätte des Regiments errichtet hatte. Zu der Feier hatten sich die überlebenden Hundertachtziger eingefunden, die Traditionskompanie vom Inf.-Regl. Nr. 13, viele höhere Offiziere, Herzog Albrecht und Herzog Philipp von Württemberg, General von Soden, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Universität, der Studentenschaft, die militärischen und viele bürgerliche Vereine. Als erster ergriff der evangelische Feldgeistliche, Dekan Dr. Lempp das Wort zu einer ergreifenden Ansprache, die mit der Bitte zu Gott schloß, er möge es uns erleben lassen, daß wir noch einmal als freie Männer auf dem Boden unseres Vaterlandes stehen dürfen als ein frommes, starkes, durch die Not geläutertes Volk. Generalleutnant von Lind, der als Oberst 1914 das Regiment ins Feld geführt hatte, erinnerte an die hervorragenden Taten des Regiments im ganzen Kriege, von denen die Tafeln des Denkmals der Jugend erzählen sollen, des Denkmals, das errichtet sei „den Toten zum Gedächtnis, den Lebenden als Bernächtnis“. Oberbürgermeister Haußer übernahm in den Schirm und Schutz der Stadt das Denkmal, das dankbare Gesinnung errichtet zum bleibenden Andenken an die Gefallenen, aber auch an das Regiment selbst, das Jahre lang in unserer Stadt gestanden, von jeher bekannt als eine Pflanz- und Pflanzstätte braven, tapferen, kame-

radtschaftlichen Soldatengeistes. Der katholische Feldgeistliche, Prof. Dr. Schmid, führte aus, an den Ueberlebenden sei es nun, sich wert zu machen der großen Opfer unserer Helden, deren starke Kraft beruht habe auf ihrem starken Glauben. Nach dem Gesang des Liedes vom guten Kameraden wurde eine große Anzahl von Kränzen am Denkmal unter entsprechenden Worten niedergelegt, worauf der lange Festzug am Denkmal vorüber auf den Marktplatz zog, um dort zum Schluß das Deutschlandlied anzustimmen. Nachmittags vereinigten sich die Hundertachtziger und die Festgäste zu einem kameradschaftlichen Zusammensein im Schillersaal.

In diesem Zusammenhang seien auch einige „Blumenstage“ kurz erwähnt. Solche fanden statt am 22. Februar 1911 anlässlich der Silbernen Hochzeit des Königspaares für Zwecke der Wohlfahrtspflege (König-Wilhelm-Landespende), am 5. Oktober 1919 zugunsten der notleidenden Heimkehrer, am 11. Juli 1920 zugunsten der noch in Sibirien, Turkestan und Frankreich schmachtenden Deutschen, endlich am 13. März 1921 für Oberschlesien.

Nicht übergangen werden soll eine festliche Veranstaltung, die sich aus früheren Zeiten eingebürgert hatte und bis in die letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts ziemlich regelmäßig stattfand, das *Maien- oder Kinderfest*. Dieses Fest wurde in Tübingen nicht, wie sonst üblich, von der Stadtverwaltung, sondern von einem freiwilligen Festkomitee, das aus ausgewählten meist der Geschäftswelt angehörenden Bürgern bestand und sich jeweilig durch neue Mitglieder ergänzte, unter Beihilfe der Lehrerschaft veranstaltete. Die Stadt überließ auf Ansuchen einen Festplatz, gewöhnlich in der Kastanienallee oder auf dem Wöhrd. Eine Hauptforge des Komitees war die Zusammenfassung des zum Teil kostümierten Kinderfestzuges, der vom Marktplatz oder Kellernplatz auszugehen pflegte. Für die Ordnung des Zuges und die Leitung der Spiele auf dem Festplatze stellten sich Angehörige der Lehrerschaft zur Verfügung. Zum Fest war die ganze Bevölkerung der Stadt eingeladen. Durch eine Hauskollekte wurde das Geld zur Bestreitung der Kosten aufgebracht; letztere waren übrigens nicht bedeutend, da das ganze Fest mit freiwilligen Kräften vorbereitet und durchgeführt wurde, auch viele Geschenke zu Preisen von Privaten gestiftet und die Pferde für die Festwagen von den Besitzern unentgeltlich gestellt wurden. Ja heute klingt es für uns fast unglaublich, wenn wir hören, daß noch im Jahr 1895 die Gesamtkosten (Errichten des Festplatzes, Musik, Dekoration der Festwagen, Verteilung von 9000 Brezeln, von 1200 Spielprei-

sen u. a.) nicht mehr als 1082 Mark und 80 Pfennig betragen. Da trotzdem im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts das Fest mehr und mehr an Bedeutung verlor — neben den Vereinstinderfesten mit ihren viel reicheren Darbietungen hatten die einfachen allgemeinen Kinderfeste für weite Kreise der Bevölkerung ihre Zugkraft verloren, auch das Umgehen mit dem Klingelbeutel wurde mehr und mehr verpönt — und als das Festkomitee die Stadt um wirksame Unterstützung ersuchte, beschloß 1902 die Stadtverwaltung, die Veranstaltung des Festes selbst in die Hand zu nehmen mit der Einschränkung, daß es künftig nur noch alle drei Jahre gefeiert werden solle. So wurde es im Jahr 1905 als städtisches Maienfest am 9. Mai abgehalten, zugleich, wie schon erwähnt, als Feier der 100. Wiederkehr von Schillers Todestag. Im Jahr 1908 erklärten die Vorstände aller Schulen einmütig, neben den behördlich angeordneten Spielnachmittagen, Ausmärschen und Schulausflügen, den Veranstaltungen der Jugendverbände, sei ein weiterer Erholungstag unnötig, zumal auch bei den Schülern, namentlich bei den älteren, keine rechte Stimmung für ein allgemeines Kinderfest sei. Trotz dieser nicht unberechtigten Bedenken glaubte die Stadtverwaltung namentlich auch im Gedanken an die soziale Wirkung eines solchen die Kinder aller Schulen umfassenden Festes, das zugleich geeignet sei, die Heimatliebe und die Anhänglichkeit an das städtische Gemeinwesen zu stärken, an der Einrichtung des altüberlieferten, allgemeinen Kinderfestes grundsätzlich festhalten zu sollen, beschloß aber, es zunächst noch um ein Jahr zu verschieben. So wurde das Fest als städtisches Maienfest am Samstag, 22. Mai 1909, mit einer Nachfeier am Sonntag abgehalten und nahm einen durchweg geordneten Verlauf. Zum letztenmal wurde das Fest 1913 zugleich in Verbindung mit der Feier der Leipziger Schlacht abgehalten.

Für die Stadtverwaltung war es stets eine liebe Ehrenpflicht, an den Festen der bürgerlichen Vereine, die ja alle in ihrer Art der Stadtgemeinde wertvolle Dienste leisten und ihrerseits den Festen der Stadt ihren Glanz verleihen, sich zu beteiligen, betrachtet sie doch deren Feste gewissermaßen als städtische Feste. Darum sollen aus der großen Zahl dieser Feste wenigstens die bedeutendsten hervorgehoben werden.

Ein Ehrentag für die ganze Stadt war es, als am 15. Juli 1884 Stadtschultheiß Gös den preisgekrönt vom Ulmer Viederfest heimkehrenden *Sängertranz* begrüßen durfte. Und als dieser im Jahr 1903 sein 75jähriges Jubiläum feierte, da betonte Oberbürgermeister Haußer, der beim Festkonzert im Museum die

Glückwünsche der Stadt darbrachte, unter anderem, wie gerade von den Gesangsvereinen durch die Pflege des Idealen echter Bürgerfimmel geweckt und in weite Schichten einer Stadt ein höherer Zug getragen werde.

Auch beim 50jährigen Jubiläum des *Weingärtner Viedertranzes*, das am 10. Nov. 1895 unter Mitwirkung von Sängerkranz, Harmonie und Singchor des Gewerbevereins gefeiert wurde, rühmte Oberbürgermeister Gös die idealen Bestrebungen des Vereins, der dem Höchsten sein Lied weihe, dem Vaterland, dem Fürsten, dem Mannesmut und der Frauenliebe. Und in ähnlichem Sinne brachte am 27. Juni 1897 Polizeiamtman Haußer in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters der *Harmonie* bei ihrem 50jährigen Jubelfest die Glückwünsche der Stadtverwaltung zum Ausdruck; das Fest der Harmonie sei ein Fest der ganzen Gemeinde; es zeige, daß noch idealer Sinn und ideales Streben in den Mauern Tübingens eine Heimat habe.

Im August 1887 feierte die Tübinger *Schützen-gesellschaft* ihr 325jähriges Bestehen in schlichter Weise durch ein Festschießen. Prunkvoller gestaltete sich im Juni 1912 die Feier des 350jährigen Jubiläums, zu dem sich eine große Anzahl auswärtiger Gäste eingefunden hatte. Bei der Begrüßung der Festversammlung im Hirsch wies Oberbürgermeister Haußer besonders auf das Band hin, das 350 Jahre lang die Schützengilde mit den Familien der Stadt verbinde. Eine besondere Freude für die Schützen war es, auf dem von Tausenden bevölkerten Festplatz beim Schießhaus auch König Wilhelm, der eine prachtvolle Ehrengabe gestiftet hatte, in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen.

Im Jahre 1891 wurde nach 25 Jahren zum erstenmal wieder eine aus nah und fern vielbesuchte *Gewerbeausstellung* abgehalten, von der Oberbürgermeister Gös in seiner Eröffnungsrede sagen konnte, sie zeige, daß die Entwicklung des hiesigen Gewerbebestandes „mit dem auf allen Gebieten menschlichen Wirkens herrschenden Fortschritt Schritt halte“. Und doch konnte er drei Jahre später, als der Gewerbeverein sein 50jähriges Jubiläum feierte, nicht verhehlen, daß die Entwicklung der letzten 50 Jahre ihn mit ernster Sorge für die Zukunft des Handwerkerstandes erfülle, dessen Verschwinden er als eine schwere Schädigung der Kultur aufs tiefste bedauern würde, der sich neben der Großindustrie nur werde behaupten können, wenn er die höchsten Anforderungen an sich selbst stelle. Noch trüber sah die Zukunft aus, als der Verein im Jahr 1919 seinen 75. Geburtstag mit einer schlichten dem Ernst der Zeit angemessenen Feier beging. Um so

wärmere Teilnahme sprach aus der Rede des Oberbürgermeisters Haußer, der doch der Hoffnung Raum gab, daß der Handwerkerstand auch über diese auf diesem Stand besonders schwer lastenden Nöten hinwegkommen werde, eine Hoffnung, welche die allerletzten Jahre mehr und mehr zu bestätigen scheinen.

Das 50jährige Jubiläum der *Turngemeinde* im Jahr 1895 beschränkte sich naturgemäß auf eine einfache Feier, nachdem im Jahr zuvor das Kreisturnfest in hiesiger Stadt abgehalten worden war. Zu einer Feier größeren Stils aber gestaltete sich im Jahr 1920 das 75jährige Jubiläum; hatte doch der Krieg und die Nachkriegszeit, die auf anderen Gebieten so verheerend wirkten, dem Sport- und Turnbetrieb einen mächtigen Impuls gegeben. Eine besondere Freude konnte bei der Feier im großen Schillersaal Gemeinderat Henne dem Verein bereiten, indem er ein Schreiben des beurlaubten Oberbürgermeisters verlas, worin dieser Beschaffung eines besseren Spiel- und Turnplatzes dem Verein in Aussicht stellte. Dem Versprechen folgte bald die Tat.

Am 10. und 11. Juni 1897 beging die *Freiwillige Feuerwehr* ihre 50jährige Jubelfeier mit Festbankett, Uebung und Verteilung von Auszeichnungen. Beim Festbankett, zu dem die Spitzen der Behörden erschienen waren, rühmte Bürgerauschubsmann Viehsching in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters die Opferwilligkeit der Feuerwehr, die Leben und Gesundheit für das Wohl anderer einsetze. Auf dem Festplatz begrüßte Pol.-Amtmann Haußer die Feuerwehrleute als tüchtige Arbeiter, gute Bürger und treue Kameraden. Beim 60jährigen Jubiläum 1907 gab Kommandant Eberhard einen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Freiwilligen Feuerwehren. Oberbürgermeister Haußer wies auf die engen Beziehungen zwischen dem Gemeinwesen und der Feuerwehr hin, welche letztere ihre Verfassung dem hochentwickelten Bürgerfimmel der Tübinger Einwohnerschaft verdanke. Zur allgemeinen Freude gab dann Kommandostellvertreter Haag die Ernennung des Oberbürgermeisters zum Ehrenmitglied bekannt.

Am Tag der Vierhundertjahrfeier des Tübinger Vertrags, am 5. Juli 1914, konnte auch das Stadtreiterkorps sein 400jähriges Bestehen feiern. Regierungsrat von Soden überbrachte diesem ältesten der Tübinger Vereine die Glückwünsche der Staatsregierung und des Königs. Der ehrenden Auszeichnung, welche dem Korps seitens der Stadtverwaltung zuteil wurde, haben wir bei der Feier des Tübinger Vertrags gedacht.

Im September 1926 feierte die *Sanitätskolonne* das Fest ihres vierzigjährigen Bestehens.

Wie es sich für eine Vereinigung geziemt, deren einziges Bestreben es ist, dem Volke zu dienen, wurde das Fest ohne allen Prunk gefeiert, am 11. Sept. durch ein Bankett, am folgenden Tag durch eine größere Übung, der Generaloberarzt Dr. v. Schloßberger anwohnte. Doch war eine große Anzahl auswärtiger Gäste erschienen. Beim Bankett schilderte Ehrenkolonnenführer Prof. Desterlen die Geschichte des Roten Kreuzes und der Tübinger Sanitätskolonne insbesondere. Die Vertreter des Landesvereins vom Roten Kreuz, Präsident von Hegelmaier und Generalleutnant von Ströbel, der Bezirksvertreter, Vertreter der Hochschule, der Behörden und der auswärtigen Kolonnen brachten ihre Glückwünsche dar. Oberbürgermeister Haußer wies in seinem Glückwunschsreiben darauf hin, wie der Wirkungskreis des Roten Kreuzes mehr und mehr alle nur denkbaren Felder des bürgerlichen Lebens umfasse, und mahnte an die Pflicht, durch Förderung der äußeren Lebensbedingungen der Sanitätskolonne dafür zu sorgen, daß die für ihre Tätigkeit so unentbehrliche spontane Begeisterung nicht verkümmere.

Weit größere Aufgaben als aus den Festen der hiesigen Vereine erwuchsen der Stadtverwaltung aus jenen großen Festen, wo die Stadt von auswärtigen Verbänden zur Feststadt ausertoren worden war.

Als erstes dieser Feste im verfloffenen halben Jahrhundert ist der 7. württ. Feuerwehrtag zu nennen, der am 27. August 1882 in Verbindung mit einer Ausstellung von Feuerlöschgeräten in der Universitätsturnhalle abgehalten wurde. Der Andrang war so groß, daß kein Lokal der Stadt die Menge der Gäste fassen konnte, ja selbst auf dem Festplatz in der Platanenallee, wo Oberbürgermeister Gös die Gäste in einer an Uhlands „guten Kameraden“ anklingenden Rede begrüßte, reichten die Bewirtungs- und Sitzgelegenheiten bei weitem nicht aus, so daß viele Gäste wieder in die Stadt zurückkehrten, nicht zum Verdrusse der dortigen Wirte. Abends war Illumination der Platanenallee durch Lampions- und bengalisches Feuer, die nach unseren Begriffen einfach, damals einen feenhaften Eindruck machte.

Drei solche Feste bzw. Tagungen allerdings kleineren Ausmaßes sah im Sommer 1892 Tübingen in seinen Mauern: Am 6. Juni fand das Fest der württ. Jäger, d. h. der früheren Angehörigen des alten württ. Jägerbataillons statt; Bürgerauschuhobmann Bohnenberger begrüßte die alten Jäger bei ihrer Feier im Museum. Am folgenden Tag durfte Oberbürgermeister Gös die Wanderversammlung der

württembergischen Landwirte begrüßen, zu der sich auch Minister von Schmid eingefunden hatte. Am 19. Juli endlich war hier das Gustav-Adolffest. In der Jakobskirche begrüßte Oberbürgermeister Gös die Festgäste im Namen der evangelischen Gemeinde; dem Festakt in der Stiftskirche wohnte auch die Königin an.

Ein großer Tag für Tübingen wurde das 32. Kreisturnfest des Kreises Schwaben am 5. August 1894. In seiner Begrüßungsrede auf dem Festplatz hob Oberbürgermeister Gös die nationale Bedeutung der Turnvereine hervor, die ihre Mitglieder dazu erziehen, ihre Kraft dafür einzusetzen, daß die nationale Einheit und Freiheit, die wir erkämpft, erhalten bleibe. Den Siegern in den Einzelwettkämpfen widmete die Stadt als Angebinde die Kloßschen „Tübinger Bilder“. Trotz des großen Andrangs — 112 Turnvereine mit 2365 Mann waren gekommen, abgesehen von der ungezählten Menge der Festbummler aus nah und fern — verlief das ausgezeichnet vorbereitete und durchgeführte Fest durchaus ordnungsmäßig und, was der Chronist besonders rühmend hervorhebt, trotz der dursterregenden Hitze ohne jeden Erzeh.

Am 2. und 3. Oktober 1897 hielt der Verband der württembergischen Gewerbevereine hier seine Tagung. Gemeinderat Prof. Dr. von Schönberg und Pol.-Amtmann Haußer begrüßten die Gäste mit der Versicherung, daß die Universitätsstadt der Mission des Handwerks stets eingedenk sein werde. Die arbeitsreiche Tagung wurde mit einer Festkneipe im Keller des Schlosses beschlossen. Außerdem fanden noch zahlreiche Tagungen von Gewerbevereinen und Handwerkerinnungen hier statt, denen die Stadtverwaltung immer ganz besondere Beachtung schenkte.

Einen glänzenden Verlauf nahm Ende Juni 1904 das 19. württembergische Landesfischen unter dem Ehrenpräsidium von Oberbürgermeister Haußer. Das Fest war von Stadt und Bürgerschaft unter führender Mitwirkung der hiesigen Schützengilde musterhaft vorbereitet worden. In stattlichem mit zahlreichen malerischen Gruppen durchsetztem Festzug marschierten die Schützen durch die Stadt zum Festplatz beim alten Schießhaus, aus allen Fenstern mit Blumenspenden begrüßt. Das Schießen dauerte drei Tage, von Banketten und anderen festlichen Veranstaltungen umrahmt und begleitet. Zu dem aus Ehrengaben aufreichteste aufgebauten Gabentempel hatte auch die Stadt einen Ehrenpreis gestiftet; einen hervorragend wertvollen Pokal hatte auch aus Anhänglichkeit an Tübingen

gen Prof. Dr. Simon in Königsberg für den besten Tübinger Schützen gespendet mit der Bestimmung, daß derselbe stets im Besitz der Tübinger Schützengilde bleiben müsse. Die Befriedigung über den schönen Verlauf des in jeder Beziehung wohl gelungenen Festes kam auch darin zum Ausdruck, daß bei einer Nachfeier der Schützengilde Schützenmeister Sonthheimer zum Oberschützenmeister, Oberbürgermeister Haußer zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

Ein Fest größten Ausmaßes, das der Stadtverwaltung kaum zu bewältigende Aufgaben zu stellen schien, war im Juni 1906 der württembergische Kriegerbundstag. Dem Festkomitee unter dem geschäftsführenden Vorsitz des damaligen Hauptmanns, jetzigen Majors d. L. Wendler und unter dem Ehrenvorsitz des Stadtvorstands gelang es, durch überaus gewissenhafte und gründliche Vorbereitung dem Fest einen schönen Verlauf zu sichern. Der Samstag, 9. Juni, war mit Empfang der Gäste, Sitzung des Gesamtpräsidiums, Konzert und Bankett im Museum ausgefüllt. Der Höhepunkt des Festes aber war es, als am Sonntag vormittag nach Ankunft des Königs im Festzug unter Führung der Stadtgarde und der hiesigen militärischen Vereine die endlose Menge der nach Kreisen geordneten Kriegervereine mit über 17 000 alten Soldaten über den Marktplatz an dem dort aufgestellten Königszelt jubelnd vorbeimarschierten. Der Nachmittag vereinigte alle Festteilnehmer auf dem Festplatz in den schattigen Alleen, die abends samt Umgebung (Schloß und Neckarhalde) festlich beleuchtet wurden. Besichtigung der Stadt, Ausflüge in die Umgebung und eine Nachfeier auf dem Festplatz beschlossen das Fest, bei dem im ganzen gegen 40 000 Fremde in Tübingen eingekehrt waren.

Ein bescheidenes, fast idyllisches Fest spielte sich 1907 unter reger Beteiligung der Stadt- und Landbevölkerung in unserer Stadt ab, das landwirtschaftliche Gau fest.

Als auf dem Viedersfest in Heilbronn 1910 von den Sängern Tübingen als Feststadt für 1913 ausgerufen wurde, da tauchten wohl Bedenken auf, ob unsere Stadt namentlich hinsichtlich der Wohnungsfrage zumal während des Semesters einer solchen Riesenaufgabe gewachsen sei. Doch im Hinblick auf den größeren Zuschnitt des ganzen städtischen Haushalts, auf die rege Baurätigkeit der letzten Jahre, auf die Schaffung des Festplatzes in den erweiterten Alleen westlich vom Herrenberger Bahndamm, auf die so glückliche Durchführung des großen Kriegerbundstages glaubte die Stadtverwaltung es wagen zu sollen, entschlossen, in Tübingen, wo ein Umland und Sülcher gelebt und ge-

wirkt, dem schwäbischen Sängerbund ein Fest zu richten würdig der Universitätsstadt und ihrer Geschichte.

Eingeleitet wurde das Fest am Samstag (21. Juni) abends mit Begrüßung der Gäste im Schloßhof durch den Bundespräsidenten List und Oberbürgermeister Haußer. Am Sonntag früh marschierten die bürgerlichen Kollegien mit dem Festausschuß und den Tübinger Bundesvereinen zur Sängerkolonne auf dem Festplatz, wo das Fest vom Bundespräsidenten eröffnet und die Bundesfahne dem Stadtvorstand unter entsprechender Rede und Gegenrede übergeben wurde. Der Tag war im übrigen dem Wettfingen in der Festhalle gewidmet. Während des Wettfingens fanden Huldigungen von Gesangsvereinen am Umland- und am Sülcherdenkmal statt sowie auch an Sülchers früherem Wohnhaus, wo nach einer Weiherede von Prof. Nägeli eine Sülchergedenktafel enthüllt wurde. Drohte am ersten Tag ein ziemlich früh einsetzender anhaltender Regen etwas auf die Feststimmung zu drücken, so führte der folgende bei prächtigem Wetter dem Feste neue Gäste in Menge zu. Bei der Hauptvorstellung, zu der sich auch das Königspaar eingefunden hatte, ernteten die gewaltigen Chöre, die abwechselnd unter der Leitung von Prof. Wörz, Prof. Förstler und Prof. Volbach sich hören ließen, tosenden Beifall. Nachmittags zogen die Gesangsvereine in einem riesigen, von der Stadtgarde geführten Festzug, in welchem 10 Musikkapellen, Blumenwagen, kostümierte Gruppen, Vertretungen der Studentenschaft im Wachs mitzogen, in einer 5 Kilometer langen Linie durch die Stadt zur Preisverteilung auf den Festplatz. Nach der Preisverteilung gab der Stadtvorstand die Bundesfahne an den Bundesauschuß zurück und verabschiedete die Sängergäste mit einem Hoch auf den deutschen Gesang. Hierauf begann ein fröhliches Feststreiben auf dem Festplatz. Die Schloßbeleuchtung bei Anbruch der Nacht bildete einen Höhepunkt des Festes und ließ zum ersten Mal so recht erkennen, welche unbegrenzte Möglichkeiten die Neckarseite der Stadt mit ihrer natürlichen Gliederung und ihrer eigenartigen Bauweise der Beleuchtungstechnik bietet. So war das 30. Schwäbische Viedersfest dank der Opferwilligkeit der Tübinger Bürgerschaft, insbesondere dank der unermüdeten, umsichtigen Vorbereitungsarbeit des Festkomitees erfolgreich durchgeführt worden zum Frommen des deutschen Männergesangs, zur Freude aller Festteilnehmer und zur Ehre der Feststadt.

Noch soll des Besuchs zweier Gesellschaften kurz gedacht werden, die zwar keine Scharen von Gästen in unsere Stadt brachten, deren Besuch aber doch für den Ruf unserer Stadt nicht ohne Bedeutung war, des Be-

suchs der Burgenfahrer (d. h. der Teilnehmer einer durchs Württemberger Land veranstalteten deutschen Burgenfahrt, die in Tübingen ausmündete) und des internationalen Heimatschutzkongresses, der 1912 in Stuttgart tagte. Beide Besuche gaben Oberbürgermeister Haußer Anlaß darzulegen, daß die Stadtverwaltung pietätsvolles Erhalten des alten Besitzes in Burg- und Stadtrevier als selbstverständliche Pflicht ansehe, und daß sie auch da, wo sie den kulturellen Bedürfnissen Rechnung tragend Altes umgestalte und Neues schaffe, dem geschichtlich Gewordenen und Gewohnten respektvoll zu begegnen wisse, wovon sich die Gäste auf einem Rundgang durch die Stadt überzeugen konnten. Mit unverhohlener Befriedigung über das, was sie gesehen und gehört, und mit Bewunderung für die ewig schönen Reize des Tübinger Landschaftsbildes schieden die Besuche.

Hunderte von Gästen bringen jahraus jahrein die Feste der studentischen Korporationen in unsere Stadt. Auf sie einzugehen verbietet mir der Raum. Doch darf an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß auch diese Feste, besonders die größeren unter ihnen, der Stadtverwaltung ihre Aufgaben bringen. Und diese freut sich, die studentischen Feste fördern und auch so die guten Beziehungen zwischen Hochschule und Stadt pflegen zu können. (Eine Anerkennung der Bemühungen der Stadtverwaltung um die Förderung der Hochschule wird man auch in der anläßlich seines 60. Geburtstages erfolgten Verleihung

der Würde eines Ehrendoktors der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an Oberbürgermeister Haußer erblicken dürfen, einer Auszeichnung, die noch keinem Tübinger Stadtvorstand zuteil geworden war.) Ja die gesamte Bürgerschaft hat ihre Freude an diesen Festen und das durchaus nicht bloß aus materiell-egoistischen Motiven. Im steten Verkehr mit den in ununterbrochenem Wechsel die Stadt durchflutenden jugendlichen Generationen der Studenten hat auch die Bürgerschaft einen gewissen jugendlich-sorglosen Frohmut bewahrt, daß sie neidlos sich mit den Freunden freuen kann und auch die oft überschwänglichen, überlauten Äußerungen überschäumender Jugendlust mit Nachsicht und Geduld erträgt. Ja man darf sagen, alle die studentischen Feste, namentlich die großen Jubelfeste, sind mehr oder weniger getragen von den Sympathien der gesamten Einwohnerschaft. Wie könnte bei der verhältnismäßig kleinen Zahl größerer Gasthöfe Tübingen oft Woche für Woche Hunderte von Gästen beherbergen, zumal während des Semesters, wo alle verfügbaren Zimmer vermietet sind, ohne die gastfreundliche Gesinnung der Bevölkerung? Und wenn schon vor 400 Jahren ein Melanchthon an den Einwohnern Tübingens besonders ihr freundliches Entgegenkommen gegen die Fremden gerühmt hat, so wird unsere gute Stadt, das hoffen wir bestimmt, auch beim bevorstehenden Universitätsjubiläum und noch in fernen Zeiten diesen ihren alten Ruhm zu wahren wissen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Vorwort		Gemeindeverwaltung	
Von Oberbürgermeister Dr. h. c. Haußer . . .	7	Die bürgerlichen Kollegien 1877 . . .	57
Der städtische Grundbesitz		Der Gemeinderat im Jahre 1927 . . .	58
Feld	9	Die Beamtenschaft	64
Wald	10	Städtische Eigenbetriebe. Geschichtlich-technischer	
Das Feldbereinigungswesen. Feldwege und		Betracht	
Entwässerung	13	Das städtische Elektrizitätswerk 1902—1927 . . .	67
Tübingen und die Nachbargemeinden . . .	14	Das städtische Gaswerk 1861—1927 . . .	73
Städtische Bau- und Bodenpolitik	16	Das städtische Wasserwerk 1877—1927 . . .	75
Ortsbauplan	19	Uhlandbad 1914—1927	78
Bauliche Ausdehnung Tübingens in den letzten		Riesbaggereibetrieb 1907—1927	78
50 Jahren (Siehe auch den beigelegten Plan		Städtische Eigenbetriebe. Finanzwirtschaftlicher	
am Schluß)	23	Betracht	
Die Bevölkerung der Stadt		Elektrizitätswerk	80
Bevölkerungszahl und Standesamt von 1876		Gaswerk	81
bis 1926	26	Wasserwerk	82
Berufliche Umschichtung in den letzten 50		Riesbaggereibetrieb	83
Jahren	28	Spezielle tiefbauliche Eigenbetriebe . . .	83
Gewerbe und Handel		Uhlandbad	83
Entwicklung der letzten 50 Jahre	30	Hochbauten	85
Eisenbahn- und Straßenwesen, Kanalisation,		Tübinger Bautätigkeit	
Flußbauten		Hochbau von 1877—1927	93
Eisenbahnwesen	38	Der Umbau des Museums. Von Stadtbaurat	
Straßenwesen	41	Haug	111
Kanalisation und Müllbeseitigung	44	Die Nutzbarmachung von Wasserkräften. Von	
Flußbauten	45	Stadtbaurat Landenberger	114
Heimatschutz	49	Die Wassernutzungsentwürfe und deren	
Städtische Anlagen und Denkmale	52	Schicksal	115
Die Anlagen ums Jahr 1900. Veränderungen		Haushaltpläne der Stadtgemeinde	
und Neuschöpfungen	53	Uebersicht aus den Jahren 1877, 1897, 1926	
Brunnen	55	bis 1927. Von Stadtpfleger Singer . . .	119
Platzwesen	57	Vermögensstand der Stadtgemeinde . . .	122

sucht
eine
deu
mün
schl
Beid
laß
Erhe
als
da,
gend
lich
nen
durch
ner
hört,
des
St
Fest
in u
Rau
werd
unter
bring
förde
hoch
fenn
die
anfä

	Seite	Bilder	Sei
Kriegs- und Nachkriegszeit. Von Rechnungsrat			
Schlichtenmayer	123	Oberbürgermeister Bös	2
Kriegsfürsorge	126	Oberbürgermeister Dr. h. c. Haußer	1
Zwangswirtschaft	129	Rathaus mit Marktplatz	11
Uebergangswirtschaft	133	Partie an der Neckarbrücke	11
		Neckarpartien vor und nach der Korrektio	11
Die Entwicklung des Schulwesens in den letzten		Uhlbad	2
50 Jahren. Von Studiendirektor a. D.		Schwimmbad des Uhlbades	2
Krimmel	137	Gewerbeschule	3
Das Gymnasium	138	Partie am Flußkanal	3
Die Oberrealschule	140	Partie am Einfluß der Steinlach in den Neckar	3
Höhere Mädchenschule — Mädchenrealschule	142	Kläranlage	4
Die evangelische Volksschule	144	Oberrealschule	4
Die katholische Volksschule	147	Kriegerfriedhof	5
Die Gewerbe- und Handelsschule	149	Dannekersche Nymphengruppe	5
Die Frauenarbeitschule	153	Der Gemeinderat und die städtischen Beamten	5
Die Kleinkinderschulen	155	vom Jahre 1909	5
Zusammenstellung des Aufwands der Stadt-		Generatoren im Neckarwerk. Neue Hochspan-	
gemeinde Tübingen für ihre Schulen	156	nungs-Schaltanlage im Werk Grabenstraße	7
		Maschinenhaus der Sauggasanlage beim Neckar-	
Stadtgemeinde und Universität	158	werk	
		Speicherbecken für die hydraul. Akkumulierung	
Stadtgemeinde und Garnison	163	Modell der neuen Sammelsschule	
		Am Stauwehr	
„Blindgänger“	168	Der Anlagensee	10
		Schilleraal des Museums	11
Stiftungs- und Armenverwaltung. Von Stif-		Wasserkraftwerk und Kläranlage	11
tungs- und Armenpfleger Griehhaber		Die geplante Walzenwehrranlage oberhalb Tü-	
Stiftungswesen	170	bingen	11
Das Bürgerheim	173	Der Neckar oberhalb Tübingen nach der Hoch-	
Städtische Armenverwaltung	174	wasserkatastrophe Dezember 1919	12
		Der Neckar oberhalb Tübingen nach der Regu-	
Städtisches Jugendamt. Von Jugendrat Jehle	175	lierung	13
Das kirchliche Leben 1877—1927		Der Wasserhochbehälter (Gegenbehälter) in der	
Das ev.-kirchliche Leben. Von Dekan Faber	179	Grafenhalde, Erbaut 1926	15
Die katholische Pfarrgemeinde. Von Stadt-	183	Brunnenfigur im Uhlbad von Bildhauer	
pfarrer Menz	183	Knecht - München	16
Feste und Feiern. Von Prof. K. Stahlecker	186	Gutleuthaus	18



